



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### **Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### **About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

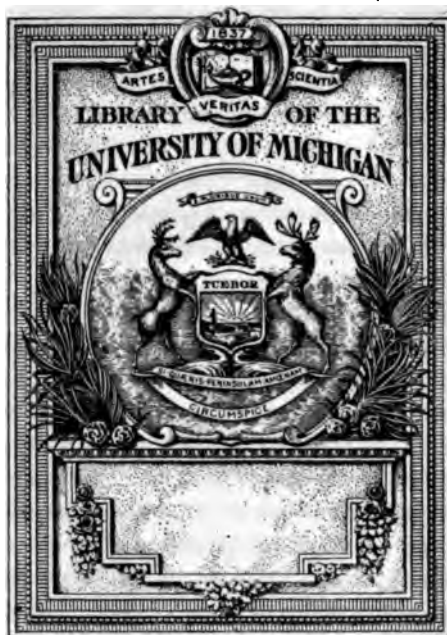
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

**B** 1,074,405



2  
394  
.57



# Das Staatsarchiv.

---

## Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart.

---

Herausgegeben

von

Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold.

---

**Zweiter Band.**

1862. Januar bis Juni.

---

**HAMBURG.**

Otto Meissner

1862.





## Chronik des Jahres 1861.

---

Das Jahr 1861 begann ernst mit dem Tode Königs Friedrich Wilhelm IV. von Preussen, der nach dreijähriger Krankheit in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar entschlief und am 7. d. M. in der Friedenskirche zu Sanssouci beigesetzt ward. An demselben Tage verkündigte eine Allerhöchste Proclamation den Regierungsantritt des Königs Wilhelm, welche nach einem warmen Nachruf für den Verstorbenen verhiess, an den Grundsätzen der Regentschaft festzuhalten: „es sei Preussens Aufgabe nicht, dem Genuss erworbener Güter zu leben; nur durch die Anspannung aller geistigen und sittlichen Kräfte vermöge es, seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten; der König wolle das Recht des Staates nach seiner geschichtlichen Bedeutung ausbauen und befestigen; seine Pflichten für Preussen fielen mit denen für Deutschland zusammen.“ Dieselben Gedanken fanden in der Thronrede Ausdruck, mit der König Wilhelm die Sitzung des Landtags eröffnete, nachdem Tags zuvor eine Amnestie für politische Vergehen erlassen war. Er erklärte, in dem unbeirrten Festhalten ernster und nachdrücklicher Förderung der Interessen Preussens und Deutschlands die sicherste Bürgschaft gegen den Geist des Umsturzes zu finden, welcher sich in Europa rege; durch die bedenkliche allgemeine Lage, die der König auch anderweitig mehrfach betont hatte, ward die Nothwendigkeit der Reform sowohl des preussischen Heeres als der Bundeskriegsverfassung begründet; hervorgehoben wurden ausserdem die unausgesetzten Bemühungen der Regierung für die Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes in Kurhessen und die Anerkennung der Pflicht, nunmehr endlich eine gebührende Lösung der Frage der unter dänischer Herrschaft stehenden deutschen Herzogthümer herbeizuführen. Von den Adressen, mit denen die beiden Häuser diese Thronrede beantworteten, hatte nur die des Abgeordnetenhauses eine Bedeutung für die auswärtige Politik, namentlich durch die mit einer Mehrheit von 13 Stimmen erfolgte Annahme des Vinckeschen Verbesserungsantrages: „der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegenzutreten, erachten wir weder im preussischen noch im deutschen Interesse.“ Alle Bemühungen des Ministers von Schleinitz, die Verwerfung desselben durchzusetzen, blieben vergeblich, obwohl er der Majorität des Hauses weiter entgegenkam, als er jemals früher gethan. Er hatte nach der missbilligenden Depesche, die er am 13. October 1860 von Coblenz nach Turin gerichtet, noch am 29. Decbr. in einem Erlass an Graf Bernstorff auf das Bestimmteste das Ansinnen Lord Russells zurückgewiesen, den Verkauf Venetiens in Wien zu befürworten; er erklärte jetzt, dass es sich bei dieser Frage vornehmlich darum handle, ob Deutschland ein strategisches Interesse an der Behauptung dieser Provinz durch Oesterreich habe; dies bejahe der grosse preussische Generalstab; aber, fügte der Minister hinzu, er wolle hieraus keine andere Consequenz ziehen als die, „dass Preussen sich nicht berufen fühlen könne, Oesterreich die Verzichtleistung auf Venetien anzurathen oder dieselbe direct zu befördern.“ Diese Erklärung begrüsst die Majorität mit grosser Befriedigung, fand aber die Auskunft, welche Herr v. Schleinitz über drei Incidenzpunkte der Stellung Preussens zu Italien gab, nämlich die Coblenzer Depesche, die Fahrten der Loreley und die Verwendung für das Verbleiben der französischen Flotte vor Gaeta, so wenig nach ihrem Sinn, dass sie glaubte,

#### IV

durch die Annahme des Vinckeschen Antrages der Regierung noch bestimmter jede active Parteinahme für Oesterreich gegen Italien abschneiden zu müssen. — In der Debatte über die deutschen Verhältnisse wurde das Amendement Stavenhagen, welches die preussische Spitze eines deutschen Bundesstaats forderte, verworfen, nachdem Graf Schwerin den Finanzminister veranlasst, vertraulich dem Herrn v. Vincke zu erklären, dass die Annahme den Rücktritt des Herrn von Schleinitz zur Folge haben könne, welcher nicht vereinzelt bleiben werde. Die Erörterung der kurhessischen Frage bot als bemerkenswerth nur die Erklärung des Herrn v. Schleinitz, die Regierung vertheidige die Verfassung von 1831, nicht weil sie musterhaft, sondern weil sie unrechtmässig beseitigt sei; er gab zu, dass noch nicht alle legalen Mittel der Einwirkung auf die hessische Regierung erschöpft seien, weigerte sich aber die Verfassung auf der Spitze der preussischen Bajonnette nach Kassel zu führen; nur Gefährdung directer preussischer Interessen könne zur Anwendung von Waffengewalt treiben. Der Berichterstatter wies darauf hin, dass eine solche Gefährdung bei der geographischen Lage leicht eintreten könne. — Die Debatten über die schleswig-holsteinische Angelegenheit wiederholten die Klagen über den Druck der dänischen Herrschaft und behielten die deutschen Rechte auf Schleswig vor. Der König nahm die Adresse am 12. Februar entgegen.

Kurz nach dem preussischen Landtag wurden auch die französische Legislative und das englische Parlament eröffnet. Die Thronrede der Königin (5. Februar) war farblos, sie appellirte an die Mässigung der Mächte für die Erhaltung des Friedens, stellte das Nichtinterventionsprincip für Italien auf und spiegelte in dem Bedauern über den Ausbruch der Wirren in den Vereinigten Staaten die Besorgniss des Rückschlages auf die englische Industrie wieder.

Die Rede, welche der Kaiser Napoleon am 4. Februar an die Senatoren und Deputirten hielt, beschäftigte sich mehr mit innerer als mit auswärtiger Politik, und namentlich mit den Veränderungen der Verfassung vom 24. Novbr. 1860 und deren Vergleichung mit den Nachtheilen des früheren Parlamentarismus. Nach aussen hin erklärte Napoleon, sich mit einem legitimen Einfluss begnügen und aufrichtig den Frieden zu wollen; den unerwarteten Ereignissen in Italien gegenüber habe seine Regierung sich auf dem Standpunkt der Nichtintervention gehalten; er habe deshalb trotz seiner Sympathie für das Unglück des Königs von Neapel seine Flotte von Gaeta zurückziehen müssen; habe aber sein Recht auf Savoyen und Nizza durchgesetzt, die unwiderruflich mit Frankreich vereinigt seien. Der Kaiser schloss mit einer Aufforderung zum Vertrauen in die Zukunft; eine Nation von 40 Millionen könne so wenig wider ihren Willen in Verwicklungen gezogen als durch Drohungen gereizt werden. Diese letzte Wendung, die auf Persignys dringenden Rath noch gemildert war, ging offenbar auf gewisse Aeusserungen des Königs von Preussen; der Minister des Innern hatte auch empfohlen, den Ausdruck der Sympathie für den König von Neapel wegzulassen. Napoleon, welcher ihm darin nicht gefolgt war, ward durch den lauten Beifall seines Auditoriums überrascht, der diese Worte begleitete.

In Italien waren inzwischen in den beiden ersten Monaten des Jahres die Ereignisse rasch vorwärts gegangen. Franz II. hatte sich nach Verlust seiner Hauptstadt nach Gaeta zurückgezogen, das von der Landseite durch die Piemontesen beschossen, auf der Seeseite aber durch die französische Flotte geschützt ward; der Aufenthalt derselben verlängerte sich in Folge der Bitten der Cabinette von Preussen, Oesterreich und Russland; als aber die Unterhandlungen mit Cialdini während des Waffenstillstandes vom 9—19. Jan. gescheitert, weil der König die Uebergabe abgelehnt, verliess das französische Geschwader Gaeta, und Admiral Persano blockirte auch von der Seeseite die Festung, welche sich am 18. Februar ergeben musste, worauf Franz II. und seine Gemahlin sich auf einer französischen Corvette nach den päpstlichen Staaten einschifften und ihren Wohnsitz in Rom aufschlugen. Die Citadelle von Messina und das Fort Civitella del Tronto hielten sich noch länger; erstere ergab sich am 13, letzteres am 20. März. In Neapel übernahm der Prinz von Carignan die Statthalterschaft; Nigra ward ihm als Minister beigegeben; die Abtheilung für auswärtige Angelegenheiten im Statthaltereirath ward aufgehoben, den sardini-

sehen Consuln der Schutz der bisher neapolitanischen Unterthanen übertragen; die Ausnahmsgesetze wurden abgeschafft, ebenso die Privilegien der Klöster, und gleiche bürgerliche und politische Rechte den Nichtkatholiken gesichert. Ein königliches Dekret vom 14. Februar hob die administrative Autonomie Toscanas auf; am 5. Mai ward auch die gesonderte Verwaltung von Neapel beseitigt und Ponza di San Martino trat an die Stelle von Carignan. Inzwischen war am 18. Februar das erste italienische Parlament eröffnet. Die Thronrede des Königs machte im Ganzen einen friedlichen Eindruck; sie wies die Versammlung auf den Ausbau des Erreichten hin, „die Weisheit bestehe nicht weniger darin, rechtzeitig zu wagen als klug zu warten.“ Im Senat ward am 26. Februar, in der Deputirtenkammer am 14. März ein Gesetz angenommen, welches dem König Victor Emanuel und seinen Nachkommen den Titel eines Königs von Italien beilegte [St.-A. No. 8]. Derselbe ward sofort von England anerkannt [No. 10], nachdem Lord John Russel schon am 20. Januar dem neapolitanischen Geschäftsträger angekündigt, dass er ihn nicht mehr als am britischen Hofe beglaubigt ansehen könne, da Franz II. seine Staaten verlassen. Die vertriebenen Fürsten [No. 19, 20, 21], Oesterreich und die päpstliche Regierung [No. 18] drohten gegen die Annahme dieses Titels, welche, wie es in dem Schreiben des Cardinals Antonelli vom 15. April heisst, „das Siegel auf die gottesschänderischen Usurpationen des Königs setze.“ Die meisten andern Regierungen, die ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Turiner Cabinet nicht abgebrochen, nahmen vorläufig eine abwartende Stellung ein; Graf de Launay in Berlin hatte schon vor der Proclamation des neuen Titels sein Creditiv als sardinischer Gesandter überreicht und blieb stillschweigend, indem er als „Ministre de S. M. le Roi Victor Emanuel“ bezeichnet ward, da der Versuch des zur Thronbesteigung entsandten Botschafters General v. La Marmora, die preussische Regierung zur Anerkennung Italiens zu bewegen, misslungen war. Den Consuln von Bayern, Württemberg und Mecklenburg in Italien ward im Mai das Exequatur entzogen [No. 27], nachdem die resp. Bundestagsgesandten dieser Staaten verweigert, Mittheilungen der „Légation d'Italie à Francfort“ entgegenzunehmen. Der französische Minister des Auswärtigen verhielt sich diesen Vorgängen gegenüber neutral; im Senat aber wie im Corps législatif gab die italienische Frage zu heftigen Debatten Anlass; die Depeschen, welche nebst dem Exposé de la situation mitgetheilt waren, stellten aufs neue die päpstliche Frage in den Vordergrund und zeigten die Rücksichtslosigkeit der ultramontanen Partei, die sich auch in Frankreich durch Erlasse des Clerus, namentlich des Bischofs von Poitiers, kundgab. Nachdem diese im Senat ein Organ in dem Marquis la Roche-Jacquelein gefunden, hielt der Prinz Napoleon eine lange Rede für Italien und seine einheitliche Constituirung. Er erklärte dasselbe als einzigen zuverlässigen Bundesgenossen Frankreichs, weil diese Allianz das einzig vernünftige Mittel bilde, die Verträge von 1815 zu modificiren, gegen die der Prinz sich in den stärksten Ausdrücken gehen liess; es sei der Ruhm des Kaisers, dieselben mit der Spitze seines Schwertes zerrissen zu haben; seit Frankreich in Savoyen und Nizza das wieder genommen, was die heil. Allianz ihm entrissen, sei ihm Italien nicht nur durch Sympathieen, sondern auch durch seine Interessen unauflöslich verbunden; dasselbe sei auch durch seine künftige maritime Bedeutung berufen, mit der französischen Flotte vereint, der englischen das Gleichgewicht zu halten. Die Rede des Prinzen Napoleon machte grosses Aufsehen, und die Antworten einiger Cardinäle fanden nur schwachen Anklang, zumal der Minister Billault sich den Resultaten der Rede des Prinzen wesentlich anschloss und namentlich die Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalt in Rom forderte; der Kaiser habe seine Truppen zurückziehen wollen, als die Expedition Garibaldi's alles künderte. Im Corps législatif griff der clericale Abgeordnete Keller die italienische Politik der Regierung heftig an und erklärte sie für die Austüfung des Testaments von Orsini; lebhaftere Entgegnungen des Ministers Billault und der republicanischen Mitglieder folgten; letztere forderten die Räumung Roms. Wenn die clericale Opposition der Regierung wenig bedrohlich erschien, so war für diese die Antwort, welche der Herzog v. Aumale auf die Rede des Prinzen Napoleon erliess, der die Orleans heftig angegriffen, ein schwerer Schlag; unter dem unscheinbaren Titel eines Briefes über die Geschichte Frankreichs in St. Germain erschienen, verbreitete sie sich rasch trotz aller Repressivmassregeln der Behörden

und machte um so tieferen Eindruck, als die Discussionen über innere Fragen im Corps législatif nicht zum Vortheil der Regierung ausfielen.

Während Italien bestrebt war, seine neuverbundenen Gebiete zu organisiren, ward Oesterreich ganz durch die Bemühungen in Anspruch genommen, seine disparaten Kronlande durch neue Institutionen zu verbinden. Durch die Erlasse vom 20. Oct. 1860 hatte der Kaiser Franz Joseph seinen Entschluss angekündigt, auf die alte Verfassung Ungarns zurückzugehen\*); er wollte sich als König von Ungarn krönen lassen, einen Landtag einberufen und hatte die Reorganisation der Comitats verfligt. Eine ähnliche Reorganisation wurde für Siebenbürgen am 28. Decbr. erlassen und durch das Decret vom 24. März 1861 administrativ durchgeführt. Vieles in diesen Verfügungen war unbestimmt geblieben. Dass der Kaiser keineswegs gemeint war, das frühere Verhältnis zur Centralgewalt einfach wiederherzustellen, lag schon in den Bestimmungen des Octoberpatentes, das einen Reichsrath für den ganzen Kaiserstaat anordnete. Die Ungarn aber in der überwiegenden Majorität wollten zu dem Stande der Verfassung zurückkehren, der in gewissen Punkten durch die Revolution, hauptsächlich aber durch die Reaction unterbrochen war. Man forderte demzufolge in einer Conferenz bei dem Primas Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1848, verjagte die kaiserlichen Beamten, verweigerte den Urtheilen der kaiserlichen Gerichtshöfe die Anerkennung und zahlte keine Steuern mehr, welche nicht schon früher vom Landtag bewilligt worden. Auch in Siebenbürgen sprach sich in der Notabelnconferenz von Karlsburg am 11. Februar die Mehrheit für die Rechtsgültigkeit der Gesetze von 1848 und die Zugehörigkeit zu Ungarn aus, während später der Congress der Slovaken Oberungarns zu St. Martin die Wahrung der slowakischen Nationalität gegen ein Aufgehen in das Magyarenthum beschloss. Das königl. Rescript vom 16. Janr. gegen die Ausschreitungen der Comitats blieb ohne Wirkung; die Obergespane erklärten dem Hofkanzler Baron Vay am 14. Februar, dass es wider das Gesetz sei, dem Lande die Steuerentrichtung zur Pflicht zu machen.

Nachdem nun am 4. Februar das Ministerium reorganisirt und schon vorher Hr. v. Schmerling Staatsminister geworden war, verlieh unter dem 26. Februar der Kaiser der gesammten Monarchie neue Grundgesetze. Dieselben betonten namentlich, was den Reichsrath betrifft, weit mehr als das Octoberdiplom die Reichseinheit, welche nur aus dem absoluten in das constitutionelle System übergeführt werden sollte, und beschnitten die Befugnisse der Provinziallandtage in vieler Hinsicht. Am 6. April wurden die Landtage der verschiedenen Kronländer eröffnet, am 1. Mai durch den Kaiser der Reichsrath, der aber von Ungarn, Siebenbürgen, Croatien nicht beschickt ward. Die Adressen beider Häuser des Reichsraths, sowie der Landtage der deutschen Provinzen betonten die Begründung der Einheit auf freiheitlicher Grundlage; dagegen gab in Ungarn die Regierung nach langem Streit, ob die Eröffnung in Ofen, wie sie wollte, oder in Pest, wie die Ungarn verlangten, tagen solle, mit dem Vorbehalt der formellen Eröffnung in Ofen nach. Wegen Unvollständigkeit der kaiserlichen Concessionen constituirte sich der Landtag nur provisorisch; eine starke Partei behauptete, dass Ferdinand V. noch König von Ungarn sei, weil er nicht als solcher, sondern nur als Kaiser von Oesterreich abgedankt habe, aber auch die Partei Deak-Eötvös, welche die Verbindung mit Oesterreich nicht aufgeben will, verlangte als Vorbedingung jeder Verständigung die ganze Verfassung mit Herstellung der reinen Personalunion, das verantwortliche ungarische Ministerium und die Gesetze von 1848. Eine Adresse, welche diese Forderungen entwickelte, ward von beiden Häusern des Landtags angenommen, die Entgegennahme aus den Händen der Präsidenten vom Kaiser wegen Vorenthaltung des rechtmässigen Titels verweigert, nach Ergänzung des Mangels angenommen, doch die Forderung des Landtags bestimmt zurückgewiesen und derselbe aufgelöst, die Leistung der verweigerten Steuern durch militärische Massregeln erzwungen. Ein Deficit von 60 Mill. fl. war am Ende des Jahres das Ergebnis der Zerwürfnisse des österreichischen Kaiserstaates.

\* ) Vergl. die ausserordentliche Beilage zum Staatsarchiv „Der ungarische Verfassungstreit.“

Obschon Oesterreich so von Schwierigkeiten im Innern stark bedrängt ward und in Italien Gewehr bei Fuss stand, zeigte es sich in den Unterhandlungen, die in Berlin über Reform der Bundeskriegsverfassung gepflogen wurden, wenig nachgiebig, um sich Preussens Hülfe zu sichern; die Commissare des letztern forderten Zweitheilung der Bundesarmee unter Preussen und Oesterreich. General Graf Huye dagegen machte geltend, dass der einheitliche Oberbefehl nicht aufgegeben werden könne und schlug, da es unmöglich sei, denselben in die Hand eines Fürsten zu legen, die Errichtung eines Directoriums vor, bestehend aus einem preussischen, einem österreichischen und einem von den übrigen Staaten gewählten General, welches vollkommen selbständig verfahren könne. Als das Berliner Cabinet hierauf einzugehen sich weigerte, wurden die Verhandlungen am 16. April abgebrochen. Preussen stellte darauf am 2. Mai am Bunde den Antrag, im Falle eines Bundeskriegs, an welchem sich beide deutsche Grossmächte mit ihren Gesamtarmeen beteiligten, die den Oberfeldherrn betreffenden Artikel der Bundeskriegsverfassung zu suspendiren und die Oberleitung der Vereinbarung der beiden Grossmächte zu überlassen, ein Antrag, der sowenig zu einem Resultat führte, als die im Mai erneuerten militärischen Besprechungen der Mittelstaaten über ein Project der bayerischen Regierung, welches eine vom Bunde unabhängige Wahl des Feldherrn statuirt. Den Kern der Sache traf Badens Antrag vom 31. Mai. Ein praktischer Schritt zur Militärreform geschah durch die Convention zwischen Preussen und Coburg-Gotha vom 1. Juni 1861, welche im Wesentlichen die Militärhoheit des letztern an ersteres übertrug. [St. A. No. 29.]

Je weniger für die Förderung der inneren Entwicklung Deutschlands geschah, wenn man nicht etwa dahin das grossherzogl.-hessischerseits beantragte Verbot des Nationalvereins durch den Bundestag oder, im Ernste, den am 3. Mai erfolgten Amtsantritt des Ministers Freiherrn v. Roggenbach in Baden rechnen will, umso mehr wurde die Aufmerksamkeit durch eine neue Phase der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gefesselt. Der am 17. Januar in der Bundesversammlung in Folge der von Oldenburg am 26. Juli 1860 gegebenen Anregung gestellte Antrag der vereinigten Ausschüsse: da das dänische Patent vom 28. Sept. 1859 und das Finanzgesetz vom 3. Juli 1860, weil ohne Zustimmung der Stände erlassen, als illegal zu betrachten seien, so sei Dänemark aufzufordern, sich binnen 6 Wochen über die Erfüllung des Provisoriums gemäss dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 zu erklären, widrigenfalls die Bundesexecution einzutreten habe, wurde am 7. Febr. in der Bundesversammlung zum Beschluss erhoben. Dies Ereigniss regte die öffentliche Meinung Dänemarks in hohem Grade auf; laut forderte man, die Execution in Holstein als Kriegsfall zu betrachten; die Regierung indessen wünschte dringend die Execution zu vermeiden, und wenn auch der König den Brief des Grossherzogs von Oldenburg, welcher von ihm (2. Febr.) Herstellung der alten Verbindung zwischen Schleswig und Holstein forderte, entschieden ablehnend beantwortete, so liess das Cabinet doch schon im Verlauf des Februar in Berlin und Wien erklären, dass es die holsteinischen Provinzialstände berufen werde. Am 6. März traten dieselben in Itzehoe zusammen. Drei Vorlagen wurden ihnen von der Regierung gemacht: 1) ein Plan zur Herstellung der definitiven Gesamtverfassung, demgemäss der Reichsrath künftig aus zwei Kammern bestehen solle, die erste von 30 auf Lebenszeit von der Krone ernannten, die zweite von 60 ziemlich nach der bisherigen Weise gewählten Mitgliedern, 2) ein Gesetzentwurf über die provisorische Stellung des Herzogthums Holstein hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie während des Provisoriums, 3) ein Entwurf, die Verfassung Holsteins betreffend. Die Versammlung verwarf diese Vorschläge dem Ausschussberichte gemäss und bezeichnete die Wiederherstellung und zeitgemässe Entwicklung der altberechtigten Verbindung mit Schleswig als die einzige Lösung des Conflictes. Eine selbständige Bedeutung gewann der §. 13 ad. 2) über den Beitrag Holsteins zu den gemeinschaftlichen Ausgaben der Monarchie für 1861—1862. Am 1. März hatten in Kopenhagen die Gesandten von England, Frankreich, Russland und Schweden gemeinschaftlich dem Minister Hall den officiellen Rath ertheilt, das Budget dem Bundesbeschluss gemäss vorzulegen. In der Sitzung des Geh. Staatsraths vom 2. März wurde diese Concession als unmöglich verworfen und demgemäss die Vorlage festgestellt. Ohne Wissen des Ministers für Holstein aber erliess der Mini-

## VIII

ster des Auswärtigen eine Note vom 4. März an jene Gesandten, worin er sagte, „dass man hoffentlich mit Befriedigung sehen werde, in welcher Weise die königl. Regierung den geäußerten Wünschen entgegengekommen sei, indem sie in §. 13 des Provisoriums den Ständen die königl. Resolution vom 28. Sept. 1859 vorlege.“ Die Mächte fassten diese Vorlage begreiflich als zur Beschlussnahme beabsichtigt auf, und Lord Wodehouse kündigte dies in Antwort auf eine Interpellation im Oberhause an. Den Ständen gegenüber aber leugnete der Minister für Holstein Herr Raaslöff diese Competenz durchaus ab, da es unthunlich erscheine, ihnen eine Stimme bei der Festsetzung des Budgets zuzugestehen. Der Minister ward dafür entlassen und antwortete durch eine öffentliche Rechtfertigungsschrift, in der er seinen auswärtigen Collegen geradezu der Doppelzüngigkeit anklagte, ein Vorwurf, den dieser in seinem Circular vom 22. März zu widerlegen vergebens versuchte. Herr v. Schleinitz benutzte die günstige Situation, in der die Execution gerechtfertigter als jemals erschien, in keiner Weise, und es kam durch englische Vermittelung eine Art Compromiss zu Stande, wonach für das laufende Finanzjahr vorläufig von dem ausserordentlichen Zuschuss des Herzogthums Holstein aus seinen besonderen Einnahmen über die im Normalbudget vom 28. Februar 1856 festgestellte Quote hinaus Abstand genommen wird. Durch diese Erklärung, welche am 12. August zur Kenntniss des Bundestags gebracht wurde, sah derselbe sich veranlasst, das Executionsverfahren gegen Dänemark vorläufig nicht weiter zu verfolgen [No. 60—63].

Inzwischen war Polen \*) der Schauplatz lebhafter Unruhen geworden. Eine Deputation des landwirthschaftlichen Vereins erbat Mitte Februar beim Statthalter die Erlaubniss, an dem Tage der Schlacht von Grochow eine Todtenmesse auf freiem Felde halten zu dürfen; es ward dies auf Anfrage in Petersburg gestattet, sofern die Versammlung unbewaffnet sein werde; sie fand nicht statt, aber wenige Tage darauf brachen Unruhen in Warschau aus; die russischen Autoritäten zeigten die grösste Rathlosigkeit und eine Adresse an den Kaiser Alexander II. auf Wiederherstellung der polnischen Nationalität hatte ein kaiserliches Decret vom 27. März zur Folge, welches sehr weitgehende Reformen bewilligte; später ward auch der Staatrath hergestellt. Aber alles dies befriedigte den Geist des Volkes nicht; die Geschichte des ganzen Jahres ist vielmehr in Polen von Unruhen erfüllt, welche nichts zu einer gedeihlichen Entwicklung kommen liess, wobei fortwährender Personenwechsel in der Regierung zeigte, wie planlos die Centralgewalt diesem Treiben gegenüberstehe. In ganz andrer ruhigerer Weise entwickelte sich eine constitutionelle Bewegung in Finnland, welcher der Kaiser Alexander durch Einberufung des ständlichen Ausschusses entgegenkam (10. April), worauf später die Zusammenkunft der Stände selbst genehmigt ward.

Weit folgenschwerer als diese Kämpfe sollte der Ausbruch des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten für das Jahr 1861 werden. Nach dem Siege der republicanischen Partei bei der Präsidentenwahl drängten die Sklavenstaaten, für ihre Interessen besorgt, zum Ausscheiden aus der Union. Buchanan, selbst durch die demokratische Partei erwählt, bekämpfte diese Tendenzen nur sehr lau; nach einander erklärten Süd-Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana, Texas, Arkansas ihren Austritt aus der Union und vereinigten sich zur Bildung einer Conföderation, zu deren Präsidenten am 9. Februar Jefferson Davis gewählt ward; der südliche Congress versammelte sich in Montgomery und nahm eine Constitution an, welche am 29. April ratificirt ward. Die Grenzstaaten Tennessee, Nord-Carolina, Kentucky und Missouri nahmen eine neutrale oder getheilte Stellung ein. [Vergl. No. 25 folg.] Einem so energischen Vorgehen gegenüber musste natürlich der Versuch eines Compromisses scheitern, den die Friedensconferenz von Washington machte, wonach die Sklaverei südlich von 36° 36' ohne Einmischung des Bundes fortbestehen sollte. Ebenso wenig konnte die versöhnliche Haltung, welche der neue Präsident Abraham Lincoln in seiner Inauguralrede vom 4. März [No. 42], welche die Union für unaufzöselich erklärte, annahm, die Secessionisten zur Unterwerfung unter die Union

---

\*) Wichtige Aufschlüsse über die Vorgeschichte, s. No. 85—96.

bewegen. Vielmehr, als die Regierung von Washington ihnen noch die Post zukommen liess, nahmen sie alle Vorräthe und Gelder derselben weg, verhinderten alle Bundesbeamte an der Ausführung ihrer Pflichten und griffen die Bundesfestungen an. Eine grosse Anzahl von Offizieren des Heeres und der Marine nahm den Abschied und trat in den Dienst der Südstaaten. Als auch das wichtige Fort Sumter an der Charlestonbay sich ihnen hatte ergeben müssen (12. April), sah man in Washington ein, dass nur entschiedene militärische Erfolge der Regierung wieder Gehorsam im Süden verschaffen könnten; durch Proclamation vom 15. April [No. 43] wurden 75,000 Mann der Miliz aufgerufen, am 19. April [No. 44] die Blockade der südlichen Häfen erklärt, welche am 27. auch auf die von Virginia und Nord-Carolina ausgedehnt ward [No. 45], da diese Staaten sich dem Süden zuneigten oder doch eine Neutralität aufrecht halten wollten, welche die Action der Bundestruppen durchaus hemmte. Letztere hatten nur geringe Erfolge, obwohl die Miliz in immer grössern Massen aufgerufen, die Habeas-Corpus-Acte suspendirt und ein Anlehen von 500 Mill. \$ aufgenommen ward. Demzufolge hatte auch England, obwohl es die Blockade anerkannte, gegen welche als eine Papierblockade Davis protestirte, in Anbetracht der Ausdehnung des Aufstandes denselben als einen Bürgerkrieg aufgefasst und beiden Theilen die Rechte der Kriegführenden zuerkannt [No. 57], so dass die Kaper des Südens, welche Lincoln als Piraten bedrohte, in englische Häfen einlaufen konnten, wiewohl ohne Prisen. In Washington wurde diese Concession mit grossem Missvergnügen angesehen. Lincoln erklärte am 19. April den fremden Gesandten, er werde die diplomatische Verbindung mit den Staaten abbrechen, welche die vom Süden abgesandten Commissäre anerkennen würden. Die Annahme des protectionistischen Morrill-Tarifs machte andererseits die Stimmung in England für den Norden noch ungünstiger, und da die Bundesregierung trotz der massenhaft aufgegebenen Hilfsmittel keine Fortschritte machte, vielmehr bei Bulls-Run eine empfindliche Niederlage erlitt, so wurden die Stimmen immer zahlreicher, welche Anerkennung der südlichen Conföderation forderten; der Kaiser Napoleon proponirte dieselbe Lord Palmerston im Juni, doch glaubte das britische Cabinet nicht darauf eingehen zu können.

Die Entwicklung der italienischen Angelegenheiten blieb eine wesentlich friedliche; ein im Parlament ausgebrochener Streit zwischen Cavour und Garibaldi ward beigelegt; ersterer erklärte am 27. März, dass es nothwendig sei, unverzüglich Rom zur Hauptstadt Italiens zu proclamiren; die Würde und Unabhängigkeit des Papstes, sowie die Freiheit der Kirche werde gesichert werden. Aber es war ihm nicht beschieden, sein Werk vollendet zu sehen; er starb nach kurzer Krankheit am 6. Juni. Baron Ricasoli ward sein Nachfolger und erklärte seine Absicht, die Politik des Verewigten fortzusetzen; der Verlust, den die gemässigte Partei durch den Tod Cavour's erlitten, bewog den Kaiser Napoleon, das Königreich Italien anzuerkennen [No. 13]; Ricasoli verband mit der Anzeige davon die Versicherung, dass mit der Anerkennung keinerlei Bedingungen und keine Beeinträchtigung der nationalen Rechte Italiens verknüpft seien. Der neue Minister widmete vornehmlich der römischen Frage seine Thätigkeit, ohne aber mit derselben weiter zu kommen, da der Cardinal Antonelli sich weigerte, irgend eine Proposition zu discutiren, und Frankreich die Vorschläge Ricasolis wenigstens als nicht zeitgemäss bezeichnete. Derselbe denuncirte in seinem Circular vom 24. August [No. 76] die päpstliche Regierung als Begünstigerin der Aufstände, welche durch bewaffnete Banden, deren Führer sich Generäle des Königs Franz II. nannten, fortwährend die neapolitanischen Provinzen beunruhigten. Diese wurden übrigens durch die Strenge Cialdinis mehr und mehr unterdrückt, und zu Ende d. J. auch der Spanier Borges, der eine hervorragende Rolle dabei gespielt, gefangen und erschossen. — Im Laufe des Jahres wurde das neue Königreich successive anerkannt von Dänemark, Schweden, Portugal, Holland, Belgien, Türkei, Griechenland, Brasilien, den Vereinigten Staaten.

Der Sommer brachte übrigens für die meisten Staaten Europas keine erheblichen Bewegungen. Der preuss. Landtag, dessen Thätigkeit die auswärtige Politik nach der Adressdebatte nur durch den energischen Protest in der Macdonaldangelegenheit berührte, ward am 5. Juni geschlossen. Eine Proclamation vom 3. Juni [No. 35] verkündete, dass

## X.

der König, anstatt der bisher üblichen Erbhuldigung, die feierliche Krönung in Königsberg erneuern wolle', durch welche von Friedrich I. die erbliche preussische Königswürde begründet worden. Die Krönung fand mit grosser Pracht am 18. Oct. in Gegenwart vieler Fürsten, Botschafter, des Landtags und anderer entbotener Zeugen statt. In die Zwischenzeit fallen das Attentat Oskar Beckers in Baden, welches die allgemeinsten Kundgebungen der Sympathie für den König hervorrief, und dessen Besuch in Compiegne. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, welche der Krönung bald folgten, fielen zu Gunsten der fortgeschrittenen liberalen Partei aus. Im Herbst erfolgte auch der seit Anfang Juli feststehende Rücktritt des Herrn v. Schleinitz vom auswärtigen Ministerium und seine Ersetzung durch den seitherigen Gesandten in London, Grafen Bernstorff. Demselben fiel zunächst die Aufnahme der Verhandlungen mit Dänemark zu; letzteres machte unter dem 26. October in einer Depesche an die Gesandten in Wien und Berlin Vorschläge zu einem Provisorium für Holstein, welches im Wesentlichen auf die von den Provinzialständen abgelehnten Grundlagen hinauskam; Oesterreich und Preussen antworteten hierauf am 10. Decbr. mit der Frage, wie sich diese Vorschläge mit der kgl. Bekanntmachung vom 28. Janr. 1852 vereinbaren liessen, und beklagten sich ausserdem, dass die Deutschland für das Herzogthum Schleswig gegebenen Zusagen nicht erfüllt seien; der dänische Minister des Auswärtigen replicirte hierauf in der Depesche vom 26. Decbr., dass die Regierung den in jener Proclamation gegebenen Verheissungen nachgekommen sei und in Concessionen nicht weiter gehen könne; Schleswig sei ein dänisches Land, für welches Deutschland keinerlei Einmischung gestattet werden könne. [Ueber den bezüglichen Depeschenwechsel vergl. den Jahrgang des Staatsarchiv 1862.]

In die zweite Hälfte des Jahres fällt auch das Heraustreten der deutschen Reformbestrebungen aus den Programmen der Parteien in die der Regierungen; der badische Minister Freiherr v. Roggenbach ergriff die Initiative durch Vorschläge, die er zu Berlin im bundesstaatlichen Sinne machte; der Grossherzog wies auf eine derartige Reform bei der Eröffnung des Landtages hin [No. 165], was eine lebhafte Zustimmung in beiden Kammern fand. Der sächsische Minister v. Beust machte dagegen Reformvorschläge [No. 164, 175, 176], welche etwa eine Ausbildung des Staatenbundes bezweckten. Graf Bernstorff lehnte dieselben in einer Depesche vom 20. Decbr. [No. 177] ab, indem er seinerseits als Aufgabe der Reform hinstellte, den Verband des Gesamtbundes auf seinen ursprünglichen, mehr völkerrechtlichen Charakter zurückzuführen, innerhalb desselben aber einen Bundesstaat zu gründen, welchem die deutschen Staaten durch freiwilligen Beitritt sich einzuordnen vermöge ihres im XI. Art. der Bundes-Akte zugesicherten Bündniss-Rechtes durchaus befugt sein würden. — Die Verhandlungen zwischen Preussen und den Hansestädten [No. 122 folg.] über eine Marineconvention haben bis Ende d. J. noch zu keinem Resultat geführt; dagegen dürfen die Sammlungen für die preussisch-deutsche Flotte durch ihre Ausdehnung und als besondere Aufgabe des deutschen Nationalvereins wohl Anspruch auf ehrende Erwähnung machen.

Im türkischen Reiche\*) dauerte während d. J. die Gährung in den meisten Provinzen fort. In Syrien kam es nicht zu neuen Unruhen, nachdem die französischen Truppen dasselbe auf bestimmtes Andringen von England und der Pforte geräumt hatten, wobei jedoch die Kais. Regierung erklärte, dass sie im Fall neuer Verfolgungen der Christen einseitig zu deren Gunsten zu interveniren sich vorbehalte [Thouvenel an Lavalette 3. Mai No. 38]. Am 9. Juni ward zwischen der Türkei und den fünf Grossmächten eine Uebereinkunft über die Verwaltung des Libanon geschlossen [No. 40]. Am 25. Juni starb der Sultan Abdul-Medjid und sein Bruder Abdul-Aziz bestieg den Thron [No. 37]; derselbe kündigte grosse Ersparungen an, doch wurden die inneren Bedrängnisse des Reichs in der zweiten Hälfte des Jahres nicht geringer; es gelang so wenig, in Bosnien die Aufstände zu unterdrücken, als die Montenegriner in ihre Grenzen zurückzuweisen; im December kam es in Constantinopel zu Theuerungsunruhen.

\*) Ueber die Lage des Reiches, insbesondere auch die finanziellen Zustände Vgl. No. 129—138.



Für die Handelspolitik wurde das verflossene Jahr in vielfachen Beziehungen wichtig. Die durch den englischen Vertrag von Frankreich betretene Bahn wurde durch die am 1. Mai mit Belgien unterzeichnete Convention [No. 1—4] weiter verfolgt. Gleichzeitig waren Unterhandlungen mit Preussen für den Zollverein angeknüpft, welche sich durch das ganze Jahr hinzogen, ohne bis jetzt zu einem Abschluss geführt zu haben, welcher indess doch noch erwartet wird. Ebenso sieht der Vertrag zwischen Frankreich und Italien seiner Unterzeichnung entgegen. Ersteres schloss ausserdem einen Handelsvertrag mit der Türkei am 29. April [No. 64]. Preussen schloss Verträge mit Japan und für ganz Deutschland mit China. Sehr wichtig ist der nach jahrelangen Bemühungen zu Stande gekommene Vertrag vom 22. Juni über die Ablösung des Staderzolles [No. 5—7]. Belgien machte Ende d. J. einen Versuch, eine gleiche Befreiung für die Schelde zu erreichen. Auch die Finanzreform, welche Napoleon auf Foulds Bericht am 12. Novbr. befahl, hängt wesentlich mit einer neuen Handelspolitik zusammen, und man hätte glauben können, das Jahr werde unter friedlicheren Aussichten schliessen als es angefangen: da plötzlich liess der Trentfall [No. 189 folg.] einen Conflict zwischen England und Amerika in drohender Nähe erscheinen. Der amerikanische Dampfer San Jacinto hielt das englische Postschiff Trent zwischen Havana und St. Thomas an und führte die auf demselben befindlichen Commissäre der Südstaaten, Mason und Slidell, gewaltsam fort; die englische Regierung verlangte bestimmt die Auslieferung der Gefangenen und Entschuldigung des Vorfalles. Am letzten December waren noch keine Nachrichten darüber in Europa eingetroffen, ob das Cabinet von Washington nachgegeben habe.

---



## Nr. 175.

**SACHSEN.** — Denkschrift der königl. Regierung zu dem Project einer Reform des deutschen Bundes. \*)

So gross immer die Verbreitung der Angriffe und Anfeindungen gegen den deutschen Bund geworden sein mag, so bleibt es nichts desto weniger eine geschichtlich unumstössliche Wahrheit, dass diese letzte Schöpfung deutscher Organisation, sowohl in dem was sie geleistet, als auch in dem was sie verhütet hat, die Anerkennung verdient, Besseres geschaffen zu haben, als ein vorhergehender Jahrhunderte langer Abschnitt der deutschen Geschichte aufzuweisen vermochte. Wenn man in unseren Tagen so viel über die entschwundene Machtstellung Deutschlands klagen hört, so sollte man meinen es wäre die Erinnerung an diese gefallene Grösse noch den ältesten Leuten unter den Zeitgenossen aus eigener Anschauung im Gedächtniss und pflanze sich aus ihren Erzählungen in die Wünsche und Bestrebungen der jüngeren Generation fort. Man sollte, wenn man immer und immer wieder Deutsches Reich und Deutschen Bund, als Gegensatz von Gutem und Schlimmem, nennen hört, gar nicht glauben, dass das Deutsche Reich, soweit von seiner politischen Bedeutung in Europa die Rede sein kann, seinen Nimbus, schlecht gerechnet, schon 400 Jahre vor seinem Falle verloren hatte, und dass während dieses Zeitraumes die hervorragendsten Momente deutscher Geschichte in innern Kriegen und in Abtretungen deutscher Länder an das Ausland bestanden. Man sollte endlich, wenn man hört wie die Deutschen von heute die Auferstehung Barbarossa's träumen und in einer Kaiserwahl den Anfang einer weltbeherrschenden Stellung Deutschlands erblicken, es nicht für möglich halten, dass 300 Jahre früher ein Kaiser, dem das Geschick eine solche Stellung wirklich beschieden hatte, dieselbe gegen die Deutschen vertheidigen und durch die Deutschen verlieren musste. ¶ Nein, der Deutsche Bund möge noch so viele Begehungs- und Unterlassungssünden auf dem Gewissen haben, den Vergleich mit denjenigen Zuständen, welche er ersetzt hat und welche in einen Zeitraum von Jahrhunderten zurückreichen, kann er getrost aushalten. In den Zeitabschnitt, der ihm angehört, fällt keine Verminderung deutschen Gebietes, während seines Bestehens haben noch keine deutschen Heere gegen einander gekämpft, hat kein deutsches Land mit dem Auslande ein Bündniss gegen ein anderes deutsches Land geschlossen. Dagegen haben während des Deutschen Bundes die verschiedenen Völker Deutschlands ihre geistigen und materiellen Interessen im steten Fortschritte genähert und verschmolzen, und wenn diese erfreuliche Erscheinung auch zum grössten Theil auf Rechnung der allgemeinen culturgeschichtlichen Entwicklung der Zeit zu setzen ist, in welche das Bestehen des Deutschen Bundes fällt, so mag doch nicht verkannt werden, dass diese Entwicklung in Deutschland schon bald nach der Begründung des Bundes ihren ersten Anfang nahm,

No. 175.  
Sachsen,  
15. Octobr.  
1861.

\*) Vgl. Bd. I. Nr. 164.

No. 175. dass sie in den Bundesgrundgesetzen vorgesehen war und dass, wenn aus Ursachen, welche nicht der Beschaffenheit des Bundes an sich zur Last fielen, der Bund selbst in seinem Organe leider nicht als Leiter und Förderer jener Entwicklung zu erkennen war, gleichwohl seine Verfassung nirgends ein nachhaltiges Hemmniss derselben gewesen ist. ¶ Demungeachtet würde Verblendung dazu gehören, um nicht zu sehen, dass der Deutsche Bund im Herzen des deutschen Volkes nie tiefere Wurzeln geschlagen hat, und dass ein festeres Band als das der Gewohnheit Beide nicht verbindet, ja, dass das hiemit zusammenhängende Gefühl der Gleichgültigkeit einem noch schlimmeren Platz gemacht hat. ¶ Wohl ist es wahr, dass die revolutionären Ideen, deren Mutter nicht Deutschland, sondern Europa ist, hiezu mit beigetragen haben. Es mag sogar als ein Merkmal mehr für die Vorzüge des Deutschen Bundes gelten, dass die Revolution die Auflösung desselben sich als eine ihrer ersten Aufgaben gestellt hat; allein die Erfahrung, die man in mehreren deutschen Staaten zu machen hatte, dass nach Ueberwindung der revolutionären Stürme von 1848 und 1849 die Bevölkerungen sich noch mehr an die Landesverfassungen anschlossen, wenn diese auch keine Veränderung erlitten hatte, diese Erfahrung hat man in Bezug auf die Bundesverfassung nicht zu machen gehabt. ¶ Man ist im Allgemeinen geneigt, diese Erscheinung auf zweierlei Ursachen zurückzuführen. Einmal nämlich auf den Widerwillen, welchen das langjährige Polizeiregiment des Bundes hervorgerufen habe, und dann auf das unbefriedigte Nationalbewusstsein, welches eine einheitliche Action für Deutschland als europäische Macht verlange. ¶ In beiden Behauptungen liegt viel Wahres; mit beiden wird viel Uebertreibung verbunden; mit keiner von beiden wird die Frage der Gegenwart erschöpft. ¶ Wahr ist, dass die fast ausschliesslich polizeiliche Thätigkeit, welche lange Zeit hindurch im Namen des Bundes geübt wurde, ihm eine grosse Gehässigkeit zugezogen hat; allein sie war doch mehr oder minder nur die Potenzirung und Concentrirung eines gleichzeitig in den meisten Staaten, namentlich den grössern derselben, bestehenden Systems. Hat man dort dieses System zu verschmerzen und zu vergessen gewusst, sobald es theils an Schroffheit verlor, theils einem entgegengesetzten Systeme wich, warum sollte nur für seine Ausübung am Bunde ein unvertilgbarer Hass in den Gemüthern verbleiben und sich dauernd auf den Bund selbst übertragen? ¶ Wahr ist es, dass der Bund dem nationalen Bewusstsein geringe Befriedigung gewährte, dem Verlangen nach einheitlicher Action nicht genügt hat. Aber war diese Action etwa vor dem Bestehen des Bundes in Deutschland vorhanden? Konnte jenes Verlangen mit vollem Rechte an einen Staatenbund gestellt werden, und war daher dessen Nichterfüllung für die Nation eine Täuschung? ¶ Der Drang nach nationaler Einheit, das Verlangen nach nationaler Macht in Deutschland sind allerdings älter als das vom Westen her seit drei Jahren gepredigte Nationalitätsprincip. Es hat dieses Streben keineswegs in den Programmen von 1848, ja nicht einmal in der Wartburgversammlung von 1817, seinen ersten Ausdruck gefunden; die Rede, womit der Kaiserl. Oesterreichische Staatsminister Graf Buol-Schauenstein im Jahre 1816 die Bundesversammlung eröffnete, verlieh dem-

Sachsen,  
15. Octobr.  
1861.

selben die unzweideutigste und umfassendste Weihe. Allein wie diese Rede, **No. 175.** welche in den Entgegnungen eines Humbold, eines Gagern getreuen Widerhall fand, die Befriedigung jenes Strebens in dem Zusammenwirken aller Sachsen,  
15. Octobr.  
1861. Bundesglieder, in dem festen, durch den Bund verbürgten und unterstützten Zusammenhalten Oesterreichs und Preussens erkannte, so auch verfolgten in dem langen Zeitraume von 1816 bis 1847 die — bekennen wir es offen — von den deutschen Regierungen nicht genug gepflegten Wünsche und Gedanken deutscher Patrioten kein anderes Ziel. Erst in dem letztgenannten Jahre, als die Revolution, die im Februar 1848 in Paris zufälligerweise zum Ausbruch kommen sollte, in Folge des in der Schweizerfrage hervorgetretenen Bankrotts der alten Cabinetspolitik mit rührigen Händen vorbereitete wurde, da erblickten auch die Ideale vom deutschen Bundesstaate, vom deutschen Kaiserthron und vom deutschen Parlamente das Licht der Welt. Sie waren Kinder der Revolution und sind es noch heute. Die Revolution brach aus und sofort gewannen sie Fleisch und Bein. Ihr Dasein war ein kurzes und kostete Ströme von Blut. Die Revolution kann sie noch einmal ins Leben rufen, sie kann dieses Leben vielleicht länger fristen als das erste Mal, es wird noch mehr Blut und Elend kosten, ein dauerndes wird es darum nicht sein. ¶ Verlassen wir indessen diese Betrachtung. Ein sicherer Blick in die Zukunft ist dem Menschen nicht vergönnt. Aufgabe kann es nur sein, die Gegenwart zu prüfen und die Zukunft zu bedenken. Bei dem Einen wie bei dem Andern aber gibt es für gewissenhafte Menschen, wie für gewissenhafte Regierungen, nur eine Leiter: die Pflicht. Die Pflicht gebietet den deutschen Regierungen vor Allem, eingedenk zu bleiben, dass sie durch einen Bundesvertrag gebunden sind und denselben aufrecht zu halten haben. Sie können daher zu keiner Neugestaltung die Hand bieten, welche eine Auflösung des Bundesvertrages in sich schliesst. Im Gegentheile muss jeder von ihnen unternommene Versuch auf der Ueberzeugung beruhen, den Bundesverband zu stärken, alle Theilnehmer noch fester damit zu verknüpfen. ¶ Sollten sie, wenn sie also handeln, wirklich — wie geglaubt wird — mit dem Geiste ihrer Völker in unbesiegbaren Widerstreit gerathen? Sollte es ihnen nicht möglich sein, diesen Geist mit dem Bunde auszusöhnen und den Bund durch diesen Geist selbst zu verjüngen? ¶ Sie haben diesen Geist zu achten, aber es kann nicht ihre Aufgabe sein, ihm in seinen Verirrungen zu folgen, sich von einer blinden Begeisterung hinreissen zu lassen. Sie können, sie dürfen daher nicht deshalb den Bund verwerfen, weil sich an eine zeitweise aber vergangene Thätigkeit desselben eine unliebsame Erinnerung im Volke knüpft, noch auch deshalb weil Parteiprogramme einer Zukunft entgegenstreben, welche nur auf dem Umsturze, nicht auf der Umbildung des Bundes zu erreichen ist. Der Umsturz des Bundes aber birgt in seinem Schoosse die äussersten Gefahren, die dem gemeinsamen Vaterlande drohen können: Innere Kriege und Einmischung des Auslandes. ¶ Dagegen haben die deutschen Regierungen alle Ursache, an sich die Frage zu stellen, ob sie ihrerseits das gethan haben, was nöthig war, ihre Völker mit dem Bunde zu befreunden, und in einer aufrichtigen Beantwortung dieser Frage werden sie das sicherste Mittel finden, jenem Ziele näher zu

**No. 175.** kommen. ¶ So viel in den einzelnen Bundestaaten die Landesverfassung in den Handlungen und Aussprüchen der öffentlichen Gewalten ihren sichtbaren Ausdruck findet, so auch musste der Bund in seinem verfassungsmässigen Organe erkennbar werden. ¶ Wollte man dauernd in den deutschen Bevölkerungen Interesse und Achtung dem Bunde zuwenden, so musste daher darauf Bedacht genommen werden, die Thätigkeit seines Organs, der Bundesversammlung, so zu bemessen und zu unterhalten, um ihren Berathungen und Beschlüssen Interesse und Achtung zu verschaffen. ¶ Der gute Wille dazu war vorhanden, wie die ersten Jahre seit dem Bestehen des Bundes lehren. Aber er hatte keine Folge. Offen darf es gesagt werden, ohne den vielen ausgezeichneten Persönlichkeiten zu nahe zu treten, welche in Frankfurt verwendet wurden, ohne die Gediegenheit der vielen Arbeiten zu verkennen, die ihren Fleiss daselbst kennzeichnete, das öffentliche Interesse, das öffentliche Vertrauen konnte sich der Bundesversammlung nie zuwenden, weil man es nicht anders haben wollte. Abgesehen von der eben so unnöthigen als verderblichen Heimlichkeit, mit der man die Berathungen und Beschlüsse der Bundesversammlung umgab, so geschah in dem langen Zeitraum, wo die vollständige Gleichförmigkeit der Interessen und der Grundsätze zwischen den beiden Vormächten eine rasche und fördernde Thätigkeit der Bundesversammlung so sehr erleichtert hätte, nichts, um die Uebereinstimmung der Regierungen in der Geschäftsbehandlung am Bunde hervortreten zu lassen. Im Gegentheil richtete man den Geschäftsgang geflissentlich so ein, um Langsamkeit und Verschleppung nicht allein zu erleichtern, sondern um sie zur Regel zu machen. Alles wurde so eingerichtet, um auch der unbedeutendsten Verlegenheit auszuweichen, jede unliebsame Aufgabe möglichst von der Hand zu weisen. Durfte man sich beklagen, wenn bei solcher Behandlung der Geschäftsthätigkeit am Bunde die Theilnahme des Volkes ihm verloren ging? Darf man sich wundern, wenn dann der heute so verderblich wirkende Irrthum Boden gewann, den Bund mit dem Bundestage zu verwechseln und mit ihm zu verurtheilen? Wenn aber in der langen Zeit, wo Einigkeit unter allen deutschen Regierungen in den obersten Grundsätzen und Anschauungen bestand, die Bundesversammlung nicht zu einer lebensvollen Thätigkeit gelangen konnte, so war ein solches Resultat nach deren Wieder-Zusammentritt im Jahre 1851, wo jene oberste Bedingung ermangelte, kaum zu verlangen. Einer Behörde aber, der ohne eigene Schuld, aber thatsächlich dennoch die Zeit den Stempel des Unvermögens dergestalt aufgedrückt hat, ist ein neues Leben nicht einzuhauchen, so lange sie in der alten Gestalt verbleibt. ¶ Eine zweite, bei Weitem tiefer eingreifende, Erklärung für die Unpopularität des Bundes wird man in dem Umstande finden, dass zwischen Bundesverfassung und Einzelverfassungen der nothwendige Einklang nie bestanden hat, und leider nie und von keiner Seite ernstlich angestrebt worden ist. Die Bundesakte selbst verlangte in allen Bundestaaten das Bestehen landständischer Verfassungen. Die getreue Beobachtung dieser bundesgrundgesetzlichen Vorschrift war aber nie Gegenstand der Bundesthätigkeit. Man überliess sie der particularen Entwicklung, und nur in der Einschränkung der letzteren wurde die Aufmerksamkeit des

Sachsen,  
15. Octobr.  
1861.

Bundes erkennbar. Seine Wirksamkeit verrieth Ohnmacht und Willkür zu **No. 175.** gleicher Zeit; Ohnmacht, indem er (wie beispielsweise in den Jahren 1832 Sachsen, und 1834) eine entschieden anticonstitutionelle Tendenz offenbarte, die aber 15. Octobr. ihr Ziel nicht erreichte, ja nicht einmal energisch anzustreben wagte; Willkür, indem er dabei nicht nach festen Grundsätzen, sondern nach Rücksichten der Zweckmässigkeit verfuhr. Das solide Verfassungsleben in den Einzelstaaten fand am Bunde nur ein störendes Hemmniss, nicht aber einen Schutz, eben so wenig gegen Verkürzungen als gegen Ausschreitungen: denn das erklärliche Gefühl, von der öffentlichen Meinung nicht unterstützt zu sein, machte den Bund trotzdem ängstlich im Eingreifen, so dass Letzteres erst dann erfolgte, wenn ernste Störungen eingetreten waren. ¶ Die Hauptursache dieser Uebelstände ist heut beseitigt. Sie lag in der Verschiedenheit der in den verschiedenen Staaten geltenden Systeme. Jetzt ist das constitutionelle System das allgemein geltende. Um aber das öffentliche Vertrauen in dieser Richtung dem Bunde zuzuwenden, bedarf es einer entschiedenen Garantie gegen die Wiederkehr ähnlicher Zustände, und diese ist allein in einem ständigen, unabhängigen Bundesgerichte und in der Entnahme aller Entscheidungen in Verfassungsstreitigkeiten aus den Händen des politischen Organs des Bundes zu finden. ¶ Die Entfremdung, die das Verfassungsleben in den einzelnen Staaten dem Bunde zugezogen hat, verdient aber noch eine andere Betrachtung. Sie findet zum grossen Theil auch darin ihre Erklärung, dass den Landesvertretungen nicht allein jede Btheiligung an den Bundesangelegenheiten abgeschnitten war, sondern dass auch in einzelnen Fällen ihre verfassungsmässigen Rechte durch die von ihrem Beirath unabhängigen Bundesbeschlüsse beeinträchtigt erschienen. ¶ In dieser Beziehung giebt es gewisse Grenzen einzuhalten, die auch heute nicht überschritten werden dürfen, will man den Bestand des Bundes nicht gefährden. Alle Beschlüsse, welche die Aufbietung von Streitkräften zu der Vertheidigung des Bundes, sowie die Aufbringung der dazu nöthigen Mittel zum Gegenstand haben, müssen eo ipso für die einzelnen Staaten obligatorisch sein, und dürfen nicht durch eine Concurrenz der Landesvertretungen in Frage gestellt werden. ¶ Anders verhält es sich mit Beschlüssen, für deren Berechtigung man wohl den Bundeszweck, wie ihn Art. 2 der B. A. definirt, anführen könnte, von denen aber gleichwohl nicht mit absoluter Gewissheit behauptet werden kann, dass der Bundeszweck sie erfordere. Dahin gehören die Beschlüsse wegen Press- und Vereinsgesetzgebung. In der That tragen auch die in diesen Materien in der neueren Zeit gezogenen Beschlüsse den Stempel der Unsicherheit an sich. Sie sind an sich ungenügend ausgefallen und haben überdiess in den einzelnen Staaten nur theilweise und halbe Ausführung erfahren. ¶ Sowohl für Gesetze dieses Inhalts, als auch für diejenigen, welche dem eigentlichen Bundeszwecke noch ferner liegen, sondern nur auf eine Verschmelzung der deutschen Gesetzgebung vom Standpunkte der Nützlichkeit hinzielen, wird, soll anders der Bund seine Lebenskraft bewahren, eine Mitwirkung der Landesvertretungen nothwendig; diese Mitwirkung kann aber nur dann eine wirkliche Einigung versprechen, wenn sie nicht durch Befragung der einzelnen Landesvertretungen,

**No. 175.** sondern durch Einberufung von Abgeordneten dieser Vertretungen zu einer gemeinsamen Vertretung ins Werk gesetzt wird. ¶ Das Bedürfniss einer entsprechenden Einrichtung ist in der neuesten Zeit in gleichem Grade fühlbar geworden, als sich überall das Bestreben nach Verallgemeinerung der Gesetzgebungen in den deutschen Ländern kundgegeben hat. Hat auch der Wunsch, die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen die Kammern in den Einzelstaaten beispielsweise vermocht, das auf Anregung des Bundes commissarisch zu Stande gebrachte Handelsgesetzbuch unverändert zu genehmigen, so hat doch dabei die Klage nicht ganz verstummen können, dass ein gewisser moralischer Zwang bei diesem Verfahren obwalte und die Ausübung eines verfassungsmässigen Rechts illusorisch mache. Das mehrseits anempfohlene Prinzip der freien Vereinbarung, im Gegensatze zu der bundesmässigen Behandlung derartiger Gesetzgebungsarbeiten, wird diese zwingende Nothwendigkeit für die Kammern der Einzelstaaten jeder Zeit herbeiführen müssen, dagegen gewinnt ihr Zustimmungsrecht eine praktische Geltung, wenn sie in einer Versammlung vertreten sind, welcher von Seiten der Bundesversammlung ein Gesetzentwurf zur Annahme vorgelegt wird. Die Schwierigkeiten, welche mit dem Zustandekommen des letzteren, im Hinblick auf die entgegenstehende bundesverfassungsmässige Bedingung der Unanimität, verbunden sind, mögen nicht verkannt werden. Allein man wird eben so wenig ausser Betracht lassen dürfen, dass in Gegenständen der Gesetzgebung die Regierungen einem eben so berechtigten als heilsamen Impulse der Landesvertretungen folgen, und dass, sobald die Landesvertretungen ein gemeinsames Organ erhalten, jener Impuls mehr und mehr im Sinne der Einigung sich fühlbar machen wird. Ja es darf wohl die Voraussetzung als erlaubt betrachtet werden, dass, sobald eine solche Einrichtung ins Leben gerufen wird, eine Einigung der Regierungen, welche in Bezug auf Fragen allgemeiner Gesetzgebung die Zulässigkeit eines Majoritäts-Beschlusses mit  $\frac{2}{3}$  Stimmen ausspräche, des Beifalls der öffentlichen Meinung gewiss sein würde. ¶ Man wird einhalten, dass, wenn für legislatorische Zwecke einmal eine Versammlung von Delegirten der Kammern ins Leben tritt, die Versammlung auch auf eine Betheiligung an den politischen Berathungen des Bundes Anspruch erheben würde. Diese Folge ist nicht abzuläugnen; sie darf aber auch nicht in ihrer Bedeutung überschätzt und als ein Schreckbild betrachtet werden. Wenn die deutschen Regierungen, wie diess jetzt der Fall ist, überall in der Erzielung der Uebereinstimmung der Landesvertretungen ihre Aufgabe erkennen, so werden sie auch nicht leicht in die Lage kommen, am Bunde sich zu Beschlüssen zu einigen, welche mit dem Geiste der Landesvertretung im Allgemeinen in directem Widerspruche stünden. Allerdings sind die politischen Auffassungen der Majoritäten in den Landesvertretungen oft sehr von einander abweichend, wie diess jetzt ein Blick in die Kammern von Preussen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg u. s. w. zeigt. Es würde daher die Einigung am Bunde nicht gewinnen, sondern noch mehr erschwert werden, wollte man die Landesvertretungen durch ihre Delegirten bei den zwischen den Regierungen am Bunde zu pflegenden Berathungen und zu fassenden Beschlüssen in der Weise

Sachsen.  
15. Octobr.  
1861.



betheiligen, dass sie hierbei, sei es durch ein *Votum decisivum* oder auch nur durch ein *Votum consultativum* zu concurriren hätten. Wohl aber kann man sich es als eine mögliche und in mancher Hinsicht erspriessliche Einrichtung denken, dass die Bundesversammlung, nachdem sie in einer schwebenden politischen Frage sich zu einem Beschlusse geeinigt hat, der Versammlung von Delegirten der Landesvertretungen davon Eröffnung macht, über Motive und Folgen dieser Beschlüsse derselben Aufklärungen gibt, und etwaige Wünsche und Anträge der Versammlung vernimmt. Es mag diese Aufgabe mit Unbequemlichkeiten verbunden sein, sie mag ihre missliche Seite haben, allein ohne Ueberwindung von Schwierigkeiten und Gefahren gibt es überhaupt heute keine Aufgabe für die Regierungen. Dagegen kann die Beigabe einer solchen Vertretung der Kammern dem Bunde in vielen Fällen einen sehr erwünschten Rückhalt gewähren. Den Beleg dafür bietet ein naheliegender Vorgang, die Differenz mit der Dänischen Regierung. Der Bund hat in dieser Frage einen Impuls der öffentlichen Meinung hinter sich, der ihn sehr rücksichtslos treibt, weil er keine Verantwortung auf sich hat, und daher dem Bunde, sobald dieser in ein den Umständen angemessenes bedächtiges Tempo übergeht, eine sehr unverdiente Gehässigkeit aufbürdet. Das Verhältniss würde sich wahrscheinlich ganz anders gestalten, wenn eine Versammlung von Delegirten der Landesvertretungen am Bunde zu einer Kundgebung in dieser Sache Anlass erhielte. Diese Kundgebung würde sicherlich bei Weitem vorsichtiger gehalten sein, als diejenige ist, zu der die einzelnen Landesvertretungen frischweg vorschreiten, ohne sich viel Sorgen über die Folgen zu machen, wogegen eine auf energisches Vorgehen gerichtete Manifestation einer solchen delegirten Versammlung, die sich in einem entsprechenden Bundesbeschlusse anschliesse, diesem, dem In- und Auslande gegenüber einen sehr erwünschten Nachdruck geben müsste. ¶ Endlich ist auch nicht die Betrachtung zurückgewiesen, dass, wenn die deutschen Regierungen eine derartige Rechenschaftsablegung in Aussicht zu nehmen hätten, sie darin ohne allen Zweifel einen sehr bewegenden Grund finden würden, sich in schwebenden Bundesfragen eher zu einigen, als diess jetzt zumeist geschieht, gleichwie in den einzelnen Staaten Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Ministerialdepartements, ja zuweilen zwischen Krone und Ministerium durch die Aussicht auf den bevorstehenden Landtag häufig ihre Lösung finden, die ausserdem noch lange Zeit auf sich würde warten lassen. Allerdings tritt der Einwurf entgegen, dass Meinungen eher zu versöhnen sind als Interessen. Gleichwohl werden auch diese einem Compromisse zugänglicher, wenn das Bekenntniss ihrer Unverträglichkeit abgelegt werden soll. ¶ Dagegen würde es für die Landtage in den Einzelstaaten ein unendlicher Gewinn sein, wenn die Discussion über allgemeine politische Fragen, die alsdann unfehlbar der delegirten Versammlung allein zufiele, aus den Berathungen der Einzellandtage entfernt und diese der Verhandlung der eigentlichen Landesangelegenheiten ausschliesslich zurückgegeben würden; die Discussion in der Delegirtenversammlung selbst aber würde, wenn sie auf der einen Seite allerdings dazu führen kann, die politische Aufregung im Volke zu erhalten und zu erhöhen, auf der andern

**No. 175.** Seite auch dazu dienen, die Ansichten in vielen Punkten zu klären und schroffe Parteistandpunkte in ihrer praktischen Unausführbarkeit ebenso erkennbar werden zu lassen, als die Schwierigkeiten, die oft mit den Aufgaben des Bundes verknüpft sind. ¶ Aber — wird man einhalten — wurde nicht oben gesagt, ein deutsches Parlament sei ein Kind der Revolution und werde es bleiben? Sollte nicht jede Umgestaltung vermieden werden, die auf Umsturz hinausführt? ¶ Ein deutsches Parlament, d. h. eine Versammlung von Abgeordneten, welche zwar in den verschiedenen deutschen Ländern, aber ohne jede Verpflichtung gegen dieselben unmittelbar vom Volke gewählt werden, führt nicht allein zum Umsturze des bestehenden Föderativsystems, es ist bereits der Umsturz selbst. Sein Mandat weist nicht auf die in den Einzelstaaten bestehenden verfassungsmässigen Gewalten zurück, sondern auf die Gesamtheit des deutschen Volkes, und der natürlichste Ideengang muss dahin führen, sonach die Gesamtheit über den Einzelnen stehend erscheinen zu lassen. ¶ Folgerechterweise stellt sich daher ein Parlament nicht neben die im Bunde vereinigten deutschen Regierungen, sondern über dieselben, und der hiedurch eben so natürlicherweise hervorgerufene Widerstand dieser Regierungen gegen eine solche Usurpation muss, wie im Jahre 1849 geschah, zuletzt zum Kampfe zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen Anspruch und Recht führen. ¶ Zwischen einem deutschen Parlament und einer Vertretung der Kammern beim Bunde aber bestehen sehr erhebliche Unterschiede. Die zu dieser Versammlung gewählten Abgeordneten erhalten ihr Mandat von der gesetzlichen Vertretung des Landes, dem sie angehören; sie haben verfassungsmässige, eidlich angelobte Pflichten gegen dieses Land und dessen Oberhaupt. Die Regierungen dieser Länder haben zwar nicht die Füglichkeit directer Einwirkung auf jene Abgeordneten, wohl aber haben sie solche in Bezug auf die Kammern, welche sie entsenden; die Abgeordneten stehen in Gemeinschaft mit den Vertretern der Kammern anderer deutschen Länder, der Gesamtheit der deutschen Regierungen gegenüber, und es erfolgt eine Aenderung der bisherigen Verhältnisse eigentlich nur insofern, als bestimmte Fragen, welche bisher jede einzelne Regierung mit ihrer Landesvertretung einzeln verhandelte, nunmehr gemeinsam von der Gesamtheit der Regierungen mit einem Ausschusse sämmtlicher Landesvertretungen verhandelt werden. Zu vergessen ist dabei nicht, dass in allen denjenigen Ländern, wo zwei Kammern bestehen, die verfassungsmässige Gleichstellung beider auch gleiche Betheiligung an der Wahl von Abgeordneten zur Vertretung am Bunde bedingt, und dass hiermit ein Element in dieser letzteren gesichert ist, welches eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft für Wahrung partikulärer Rechte neben den einheitlichen Bestrebungen bietet. ¶ In den beiliegenden Vorschlägen zu Modification einiger Artikel der Bundesacte wird man den Versuch erkennen, den vorstehenden Gedanken eine praktische Gestaltung zu geben. Es sei gestattet diese Vorschläge mit einigen Bemerkungen zu begleiten. ¶ Das vorangestellte erneuerte Gelöbniss zur Aufrechthaltung der Bundesacte kennzeichnet den Character derselben, welcher wesentlich dahin gerichtet sein soll, den bestehenden Bundesvertrag in ungeschwächter Kraft zu erhalten. ¶ Das

Sachsen,  
15. Octobr.  
1861.

durch die B. A. eingesetzte Organ, die Bundesversammlung, wird nicht aufgehoben, wohl aber wird dasselbe seiner bisherigen Sphäre entzogen und auf einen neuen Boden verpflanzt. ¶ Die Bundesversammlung soll fortan nicht mehr eine Conferenz von Regierungsbevollmächtigten darstellen, welche, an einen schleppenden und aufhältlichen Geschäftsgang gewiesen, nicht in der Lage sich befinden, die dem Bunde vorliegenden Fragen zu berathen und in kurzer Zeit zu erledigen, sondern genöthigt sind, Instruction vor jeder Abstimmung einzuholen. Vielmehr sollen in Zukunft die am Bunde zu verhandelnden Geschäfte in zwei kurzen Sessionen erledigt werden, und zwar durch solche Bevollmächtigte, welche in der Lage sind darüber sofort in Berathung zu treten und ohne besondere Instructionseinholung abzustimmen. Dass hiezu active Minister in den meisten Fällen die geeigneten Persönlichkeiten sein werden, liegt auf der Hand, indess ist die Wahl anderer Personen dazu nicht ausgeschlossen. ¶ Man hat als Zeitraum der Session ein Maximum von 4 Wochen gestellt. Würde indessen die vorgeschlagene Verhandlungs-Modalität angenommen, so wäre mit Sicherheit darauf zu rechnen, dass in der Regel zwei bis höchstens drei Wochen hinreichen würden. Es könnte auch, wenn die wichtigeren Gegenstände erledigt wären, für die minder wichtigeren der Hauptbevollmächtigte einen zweiten Bevollmächtigten substituiren. ¶ Es darf von dieser Einrichtung der Nutzen mit Sicherheit erwartet werden, dass das öffentliche Interesse, welches jetzt dem langsamen und unproductiven Geschäftsgange der Bundesversammlung gänzlich fehlt, einer periodischen, kurz dauernden Session sich zuwenden und solchergestalt sich mit den Bundesverhandlungen befreunden werde. ¶ Ein anderer Vortheil ist darin zu erkennen, dass, während es in hohem Grade misslich sein würde, eine Ministerconferenz zu dem Zwecke zusammentreten zu lassen, um die Frage der Bundesreform zu erörtern, weil ein resultatloser Ausgang die Autorität des Bundes und der Regierungen nur compromittiren könnte, hier ein Mittel zur Begegnung der Minister und zu directem Ideenaustausch gegeben ist, ohne jenen nachtheiligen Erfolg befürchten zu lassen, indem ein Resultat derartiger Besprechungen alsdann erfolgen kann, ohne in bestimmte Aussicht genommen zu sein. Der Vorschlag geht dahin, die Session abwechselnd in einer Stadt des Südens und in einer Stadt des Nordens abzuhalten. Regensburg war dabei durch geschichtliche Erinnerung, Hamburg durch die bisherige Wahl der freistädtischen Localität an die Hand gegeben. Man ging dabei von der Ansicht aus, dass ein solcher Wechsel, weit entfernt eine Scheidung von Norden und Süden zu bewirken, vielmehr geeignet sein werde, beide sich gegenseitig noch mehr zu befreunden und die Untrennbarkeit beider zu besiegeln. Man hat dabei auf eine hochherzige Entschliessung S. M. des Kaisers von Oesterreich gerechnet, welche in dem Herzen seines erhabenen Verbündeten, S. M. des Königs von Preussen, sicherlich entsprechenden Wiederhall finden würde. ¶ Frankfurt soll auch ferner die ständigen Behörden beherbergen, welche beizubehalten sein würden. Es sind diess die Bundes-Militärcommission, welche unter dem Namen der Bundes-Militärverwaltung nächst ihrem bisherigen Geschäftsbereich noch die selbständige Verwaltung des Bundeseigenthums zugetheilt erhalte, und

**No. 175.** die Bundeskanzlei. ¶ Für die Bundesversammlung dagegen, — auch Vor-  
Sachsen,  
15. Octobr.  
1861. urtheile müssen im öffentlichen Leben berücksichtigt werden, — wird es  
vortheilhaft sein, ihre Sitzungen anderswo abzuhalten, als in der Eschen-  
heimer Gasse. ¶ Die Beschaffung der nöthigen Localitäten würde — die  
Annahme der vorgeschlagenen Städte vorausgesetzt — sicherlich durch die  
Königlich Bayerische Regierung und die fürstlich Taxis'sche Verwaltung  
einer- und durch den Senat der freien Hansestadt Hamburg andererseits  
erleichtert werden. ¶ Damit die Continuität der Bundesaction nicht unter-  
brochen werde, wird vorgeschlagen, zwischen den beiden Sessionen eine  
mit ausserordentlicher Vollmacht ausgestattete Executive einzusetzen, gebildet  
aus Sr. M. dem Kaiser von Oesterreich, Sr. M. dem König von Preussen  
und einem von den übrigen Bundesgliedern beauftragten dritten Souverain.  
¶ Diese Executive hätte beim Eintritt ausserordentlicher politischer Con-  
juncturen beschliessend und ausführend einzutreten, nach Befinden auch für  
Ausführung gefasster Bundesbeschlüsse zu sorgen. ¶ In Bezug auf die Zu-  
sammensetzung der Abgeordnetenversammlung ist nur das Eine zu bemerken:  
Es erscheint auf den ersten Anblick nicht angemessen, dass die übrigen  
Staaten mehr Abgeordnete entsenden sollen als Oesterreich und Preussen  
zusammen. Man wird aber zugestehen müssen, dass dieses Verhältniss bei  
der Bethheiligung der Landesvertretungen kein Missverhältniss ist, und für  
die beiden Grossstaaten ein viel günstigeres Verhältniss herausstellt, als  
solches die Bundesakte im Plenum annimmt. ¶ Ueber das Bundesgericht  
enthalten die Vorschläge keine näheren Details. Der fast seit zwei Jahren  
zu erwartende und wohl nun hoffentlich bald zu gewärtigende Bericht des  
Bundestags-Ausschusses über den einschlagenden Vorschlag der Grossherzogl.  
Badischen Regierung wird hierüber Material genug an die Hand geben.  
¶ So mögen denn die Vorschläge angelegentlich empfohlen sein. Sie  
kommen vielleicht spät, aber sie kommen nicht zu spät, wenn man eine  
Besserung des jetzigen, weder Regierungen noch Volk befriedigenden Zu-  
standes ernstlich will. Sie machen nicht Anspruch darauf, das Beste, das  
Unfehlbare zu bieten. Würden sie nur dazu führen, dass von anderer  
Seite etwas Besseres, Annehmbareres gefunden würde, so hätten sie ihren  
Zweck erreicht.

Dresden, den 15. October 1861.

---

## Nr. 176.

**SACHSEN.** — Nachtrag zu der vorstehenden Denkschrift über das Bundes-  
reformproject der königl. Regierung.

**No. 176.** Wir haben es mit einer Reform der Bundesverfassung zu thun.  
Sachsen.  
20. Novbr.  
1861. Will man dieses Wort zu Ehren bringen, und nicht von vornherein Lügen  
strafen, so wird man sich vergegenwärtigen müssen dass es nicht Aufgabe  
sein kann das Bestehende über den Haufen zu werfen, und auf der Basis  
von Theorien, von Voraussetzungen und Wünschen ein neues Gebäude auf-  
zuführen, sondern dass es darauf ankommt das Bestehende umzubilden,  
ohne es in seiner Grundlage zu erschüttern. Geht man über diese Gränze

hinaus, so erreicht man nichts als einen vollkommen berechtigten Widerstand hervorzurufen. ¶ Man muß daher vor allem den Character des Bestehenden ins Auge fassen, und solchergestalt sich erinnern, dass der deutsche Bund ein Staatenbund ist. Ein deutscher Bundesstaat ist mehrfach angestrebt worden, die Frage jedoch ob er nur möglich sei, wird bei dem obigen Standpunkt der Reform schon durch die einfache Betrachtung verneint, dass der Bundesstaat gleichbedeutend ist mit der Auflösung des Bundes. Es genügt darauf hinzuweisen, dass die Vertheidiger dieser Idee keine andere Verwirklichung derselben aufzufinden vermocht haben als die Constituirung einer einheitlichen Leitung in der Hand der einen Grossmacht, woraus, ganz abgesehen von der Frage der zweifelhaften Unterordnung sämmtlicher unten diese Leitung zu stellenden Staaten, die Ausscheidung der andern Grossmacht aus dem deutschen Bunde folgt; denn darüber wird niemand der die Dinge mit offenen Augen betrachten will, im Zweifel sein: dass der dabei in Aussicht genommene weitere Bund nichts anderes sein könnte als ein Allianzvertrag, dessen Dauer und Ausführung, wie jedes andere politische Bündniss, von wechselnden Umständen abhängig bleiben würde. ¶ Diese einfache Betrachtung begründet den Standpunkt, dass jeder Reformversuch der den Staatenbund nicht zum Ausgang nimmt, ein unpraktischer ist. ¶ Unpraktisch ist daher der Vorschlag eines aus direkten allgemeinen Volkswahlen hervorgehenden Parlaments. Eine solche Nationalvertretung, die, ihrem Mandat zufolge, von den einzelnen conföderirten Staaten nichts weiss, kann in einem Staatenbunde nicht ein organisches Glied werden ohne entweder den Staatenbund aufzulösen oder vom Staatenbund aufgelöst zu werden. Diess war die Geschichte der Jahre 1848 und 1849. Das erste wurde versucht, das zweite geschah. In einer Bundesreform ist daher für diese Idee kein Platz. ¶ Unpraktisch ist der Gedanke einer einheitlichen Centralregierung, welcher die einzelnen Staaten in ständiger Weise zu gehorchen hätten. Ihre Aufgabe könnte eine solche Centralgewalt nur dann erfüllen, wenn sie in einer Hand sich befände. Angenommen nun selbst dass die übrigen Staaten, ausser Oesterreich und Preussen, sich in der Gestalt eines unter beiden wechselnden Turnus dem absoluten Dualismus unterwerfen wollten, was nachhaltig zu bestreiten ist, so würden beide Mächte es mit ihrer europäischen Stellung nicht vereinbar finden, sich auch nur zeitweise eine der andern unterzuordnen, und noch weniger diess einem Vertreter der übrigen Staaten gegenüber zu thun. ¶ Unpraktisch erscheint aus denselben Gründen ein ständig in einer Hand befindliches militärisches Oberkommando, und nicht minder eine ausschliessliche Vertretung nach aussen. ¶ Auch diese Gedanken gehören daher nicht in das Gebiet der Bundesreform. ¶ Heisst das etwa dem Staatenbund ein absolutes Armuthszeugniss ausstellen? Ist der Staatenbund, dessen Bestehen Deutschland die schönsten Blüten seines innern Culturlebens, seiner Volkswirtschaft, seines materiellen Wohlstandes verdankt, vollkommen unfähig den Anforderungen der nationalen Zusammengehörigkeit, der nationalen Machtentfaltung zu genügen? Gewiss nicht. Nur wolle man nicht mit einem Schlag erreichen was das Werk mühsamen und beharrlichen Zusammenwirkens sein

**Nr. 176.** muss, dann aber auch gelingen wird. ¶ Von diesen Gesichtspunkten aus, Sachsen, 20. Novbr. 1861. welche allerdings nicht auf theoretischer Grundlage construiert sind, wohl aber auf einer nüchternen Anschauung rechtlicher und thatsächlicher Verhältnisse beruhen, möge man die gemachten Vorschläge beurtheilen. ¶ Der leitende Gedanke der ihnen zum Grunde liegt, ist dahin gerichtet, dass eine concentrische und expansive Thätigkeit eines Staatenbundes wesentlich bedingt sei durch eine möglichst unmittelbare lebendige Berührung der Bundesglieder unter sich, und zwar in gemeinsamer Berathung. Hierdurch allein kann es möglich werden, eine billige Erkenntniss der sich gegenüberstehenden gerechten Ansprüche, die Beseitigung unseligen Misstrauens, das Gefühl der vereinten Kraft zu erreichen, und ist diess erst erreicht, so wird man auch zur Eintracht gelangen, und es wird alsdann an Selbstverläugnung und Aufopferungsfähigkeit nicht fehlen. ¶ Die diplomatischen Beziehungen unter den einzelnen deutschen Staaten erweisen sich nützlich, um ein freundliches Vernehmen unter ihnen zu erhalten, und die gegenseitigen Interessen zu fördern und auszugleichen; jenem allgemeinen Zweck können sie nicht genügen. Ebenso wenig kann diess eine Versammlung von Bevollmächtigten, welche weder berufen noch befähigt sind, eine gemeinsame selbständige Berathung zu pflegen. ¶ Aus diesem Grund, nicht um mit dem Schein einer Neuerung die Sache beim alten zu lassen, sondern um dem eben ausgesprochenen Gedanken eine lebendige Gestalt zu geben, hat man die periodischen Bundestage vorgeschlagen. Man hat dabei an der Zusammensetzung des engern Raths etwas nicht geändert, um nicht von Haus aus Schwierigkeiten hervorzurufen, die nach den Erfahrungen der Dresdener Conferenzen man sehr zu vermeiden Ursache hatte, während sachlich man darauf einen sehr secundären Werth legen zu sollen glaubte. Die realen Machtverhältnisse, für welche man vielfach eine organisatorische Form beansprucht, werden bei einer periodischen Zusammenkunft wobei die Regierungen so zu sagen von Angesicht zu Angesicht sich begegnen, besser ins Gewicht fallen als wenn eine scheinbare Ausgleichung mit ein paar Stimmen mehr oder weniger versucht wird. ¶ Man wird vielleicht einhalten, dass der ebenangeführte Vorgang der Dresdener Conferenzen kein ermuthigender sei. Es sind indessen verschiedene Umstände zu beachten, welche auf den Verlauf derselben ungünstig einwirkten, und welche für die periodischen Bundestage gar nicht in Aussicht zu nehmen sein würden. Die Dresdener Conferenzen traten in einem Augenblick zusammen, wo ein grosser Meinungskampf sich moralisch in sich selbst aufgezehrt, thatsächlich aber und in seinen äusseren Folgen Deutschland an die Schwelle des Bürgerkriegs gebracht hatte. Eine sehr natürliche Nachwirkung war daher Erschöpfung auf der einen Seite, Sehnsucht nach Ruhe und innerm Frieden auf der andern. Es war daher nicht sowohl, wie man oft behauptet hat, ein Misstrauen in die Resultate eines Regierungscongresses, als vielmehr die aus den eben geschilderten Zeitverhältnissen erwachsende Abspannung, welche von Anfang an die Dresdener Conferenzen mit einer gewissen Gleichgültigkeit umgab, und ihnen den heilsamen Impuls der öffentlichen Aufmerksamkeit entzog. So kam es denn auch dass die schliessliche Rückkehr zum alten

Bundestag zwar als Merkmal der Unfruchtbarkeit der Conferenz ausgebeutet, **No. 170.** im allgemeinen aber als etwas der augenblicklichen Lage entsprechendes und ihren nächsten Anforderungen genügendes betrachtet wurde. Der mehr oder minder resultatlose Ausgang hatte überdiess seinen Grund in der formellen Einleitung der Geschäftsbehandlung. Man berief ein Bundesplenium mit persönlicher Vertretung aller Virilstimmen, verhandelte die Geschäfte in Commissionen, in welchen die beiden Grossmächte und die vier Königreiche fast ausschliesslich das Wort führten, und legte das Resultat dem Plenum vor, in welchem wiederum nicht nach Massgabe der Stimmenzahl im Plenum abgestimmt wurde. So gelangte man denn zu dem denkwürdigen Ergebniss, dass Vorschläge über welche die beiden Grossmächte und die vier Königreiche sich geeinigt hatten, von der Mehrzahl der übrigen Bundesglieder mit Erfolg verworfen werden konnten. ¶ Es ist aber ganz besonders eines nicht aus den Augen zu verlieren, was bereits in der vorausgehenden Denkschrift hervorgehoben wurde: die periodischen Bundestage würden nur die Aufgabe haben die beim Bund anhängenden Angelegenheiten zur Erledigung zu bringen. Es können auch Verbesserungen einzelner Theile der Bundeseinrichtungen — wie namentlich die Ausführung einzelner Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung, die Frage der maritimen Vertheidigung Deutschlands, eine engere Vereinigung der Vertretung nach aussen, genauere Normirung der Competenz der einzuberufenden Kammervertretung beim Bunde — daselbst zur Verhandlung kommen, aber immerhin würde es nicht die erklärte Aufgabe des zusammentretenden Bundestags sein, eine revidirte Bundesverfassung zu entwerfen, mithin auch ein resultatloser Ausgang, wie solcher bei den Dresdener Conferenzen eintrat, nicht in Aussicht stehen. ¶ Der Nutzen jeder neuen Einrichtung wird stets von dem Eifer und von der Einsicht abhängen womit diejenigen sie handhaben welche dazu berufen sind. Mit Sicherheit wird sich daher nie im Voraus über die Güte und über die Mängel einer neuen Institution absprechen lassen, und vielleicht dann am wenigsten, wenn dieselbe den Anforderungen einer systematischen Gliederung sich gefällig erweist. Der einzige Maassstab der sich für die Beurtheilung noch am ehesten als zulässig denken lässt, dürfte in der Anwendung auf bereits dagewesene Fälle zu finden sein; und in dieser Beziehung erscheint es erlaubt auf den verhängnissvollen Zeitpunkt zu verweisen, welchem man im Frühjahr 1859 gegenüberstand. Mögen noch heute die Ansichten über das was damals geschah, und das was hätte geschehen sollen, auseinander gehen — und es darf angenommen werden, dass ein allseitiges aufrichtiges Bekenntniss hierüber heute keinen wesentlichen Zwispalt mehr herausstellen würde — darüber wird man ernstlich einen Zweifel nicht erheben wollen, dass ein Bundestag wie ihn die Vorschläge sich denken, wenn er am 1. Mai 1859 zusammentrat, nicht ohne einen entscheidenden Beschluss auseinander gehen konnte, und dass dieser Beschluss in dem Votum einer gleichzeitig einberufenen Delegirtenversammlung — man wolle sich nur der in jenen Tagen allgemein herrschenden Stimmung erinnern — einen sichern Nachdruck gefunden haben würde. Das geeinigte Deutschland würde die eine Grossmacht nicht verlassen, und sich der Führung der

Sachsen,  
20. Novb.  
1861.

No. 176. andern gern anvertraut haben. ¶ Man wird den Vorschlägen, soweit sie die Vertretung der Kammern betreffen, eine gewisse Unsicherheit der Auffassung und einen Mangel scharfer Begränzung zum Vorwurf machen. Es ist deshalb nicht überflüssig auch hier den leitenden Standpunkt darzulegen. Wäre es darauf angekommen in der öffentlichen Meinung einen raschen Beifall zu ernten, so würde es nicht schwer gefallen sein einen diesem Zweck entsprechenden Vorschlag zu finden. Diess aber konnte nicht die Aufgabe sein. Man hätte es mit der Gewissenhaftigkeit nicht zu vereinigen vermocht Vorschläge hinauszugeben mit denen man die Annehmlichkeiten des Applauses für sich selbst, die Unannehmlichkeiten des Widerspruchs dagegen für andere in Aussicht zu nehmen hatte. Es sind daher der Thätigkeit der projektirten Abgeordnetenversammlung enge Gränzen gezogen worden, indem man auf der einen Seite daran festhielt, dass in Bezug auf das Mehr oder Minder der einzuräumenden Befugnisse der freien Vereinbarung der Regierungen nicht vorgegriffen werden dürfe, von der andern Seite aber es zweckmässig erschien, dass der Versuch des neuen Organismus in einer vorsichtigen Weise und dergestalt eingerichtet werde, um den Regierungen dazu Muth, den Volksvertretungen aber, beziehentlich deren Delegirten, Anlass zu der Betrachtung zu geben, dass nur ein massvoller Gebrauch der gebotenen Mitwirkung von ihrer Seite die Befestigung und Ausbildung der neuen Einrichtung bedinge. ¶ Dass die Verhandlung unter den angenommenen Voraussetzungen keine leichte Aufgabe sein werde, wurde bereits anerkannt. So unverkennbar indessen die Schwierigkeiten sind die sich nach der angenommenen Basis vorhersehen lassen, so dürfen sie auch nicht überschätzt werden. Die Vorbedingung des ganzen Vorschlags beruht freilich auf der Voraussetzung einer aufrichtigen Vereinigung der deutschen Regierungen zu dem neuen Organismus. Erklärt man diese für eine Unmöglichkeit, so wäre freilich jede weitere Betrachtung über die Güte des Organismus selbst unnöthig. Ist sie dagegen zulässig, und hiervon allein kann eine Discussion über die Consequenzen der neuen Einrichtung ausgehen, so werden die im Bundestag vereinigten Regierungen eben so gut wie jede einzelne Regierung, und sogar noch mehr, diejenigen Kräfte zu ihrer Verfügung haben, deren er bedarf um einer Repräsentation gegenüber Stand zu halten, und durch Nachdruck ebensowohl als durch Versöhnlichkeit ihre Unterstützung zu gewinnen. Uñter dieser Voraussetzung werden denn auch die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich bleiben die mit der Berücksichtigung etwaiger Anträge verbunden sein könnten. ¶ Was die Zahl der abzuordnenden Delegirten und deren Vertheilung auf die einzelnen Länder betrifft, so sind die Vorschläge selbstverständlich nur bestimmt einen ersten Wurf zu geben, ohne im mindesten einer anderweiten Regulirung vorzugreifen. ¶ Dasselbe gilt von den vorgeschlagenen Modalitäten der Geschäftsbehandlung auf den einzuberufenden Bundestagen. Es hätte einerseits über die nächste Bestimmung der Vorschläge hinausgeführt, ein erschöpfendes Geschäftsregulativ aufzustellen, andererseits erschien es sogar unzweckmässig sich in Fixirung von Details einzulassen deren Beschaffenheit etwas rein secundäres ist, und bei deren Feststellung man Gefahr läuft mit unbe-



kannten Neigungen und Abneigungen in Conflict zu gerathen. Nur einer möglichen Ausstellung möge begegnet sein. Man wird bei der vorgeschlagenen Einrichtung einen Ersatz für die bisherigen Ausschüsse der Bundesversammlung vermissen, und vielleicht namentlich an diesen rühmen, dass sie zur Vermittlung entgegenstehender Ansichten dienten. Dieser Nutzen soll keineswegs bestritten werden. Wenn man indessen einhalten sollte, dass die Berathung wie sie jetzt in den Ausschüssen stattfindet, durch Correspondenz unter den Regierungen nicht zu ersetzen sei, so würde zu entgegenen sein, dass jene Ausgleichung sehr häufig, ja fast in der Regel nur das Resultat der Correspondenz war, was eben für die Verzögerung der Berichterstattung die geeignete Entschuldigung darbot. Innerhalb der vier Wochen die nach den Vorschlägen zwischen der Kenntnissnahme des Gutachtens und dem Bundestag inneliegen sollen, ist für die einzelnen Regierungen, wenn sie sich concordiren wollen, Zeit genug zur Correspondenz darüber gegeben. Jene ausgleichende Thätigkeit der Ausschüsse hat aber noch überdiess nicht selten ihre Schattenseite gehabt. Das Bestreben vermittelnd einzuwirken, hat oft dazu beigetragen, Unsicherheit in die Bundesbeschlüsse zu bringen. Wenn eine einzelne Regierung mit der Erstattung des Gutachtens betraut ist, so wird sie es als eine Ehrensache behandeln, dass dasselbe mit gleicher Gründlichkeit, als diess in anerkannter Weise in den Ausschüssen geschah, geliefert werde, sie wird dazu die besten ihr zu Gebot stehenden Kräfte verwenden, dieses Gutachten aber, bei dessen Redaction man nicht ausgeglichen hat, wird mehr sachlich und consequent durchgeführt sein als diess häufig in den Ausschussberichten geschah, und es möchte anzunehmen erlaubt sein, dass die Abstimmung über ein solches Gutachten manchen Regierungen leichter werden würde als diess zuweilen bei den jetzigen Ausschussberichten der Fall ist, deren vortrefflicher Ausarbeitung eben durch die Folgen jener Ausgleichung nicht selten Abbruch geschieht. ¶ Die Errichtung des Bundesgerichts auf der einen, die Einsetzung der Executive auf der andern Seite, welcher gerade auf dem militärischen und diplomatischen Gebiet nach Erfordern der Umstände die ausgedehntesten Vollmachten zufallen würden, weisen zur Genüge die Voraussetzung zurück, als seien die Vorschläge nur darauf berechnet, die Bundesgewalt nach innen zu stärken, nicht aber nach aussen. ¶ Endlich mag an die Schlussworte der vorausgehenden Denkschrift erinnert werden. Die Vorschläge bezwecken eine Anregung, nur geschieht diese Anregung in etwas nachdrücklicherer Form als der eines allgemeinen Antrags. Sie sind der Kritik zugänglich, allein sie werden in der Kritik allein nicht ihre Widerlegung finden, sondern erst in der Darbietung einer bessern und zugleich ausführbaren Lösung.

Dresden, am 20. Nov. 1861.

No. 176.  
Sachsen,  
20. Novbr.  
1861.

## No. 177.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandten in Dresden. — Antwort auf das kön. sächsische Project einer Reform des deutschen Bundes. —

Berlin, den 20. December 1861.

**No. 177.** Ew. etc. wissen welche Beachtung wir der staatsmännischen Thätigkeit des Frhrn. von Beust auf dem Gebiete deutscher Fragen zu widmen gewohnt sind, und Sie werden während Ihrer letzten Anwesenheit hieselbst sich zu überzeugen Gelegenheit gehabt haben wie sehr auch die jüngste Arbeit dieses hervorragenden Staatsmannes über die Reform der Bundesverfassung unser Interesse in Anspruch genommen hat. ¶ Die darauf bezüglichen Schriftstücke, welche Graf Hohenthal uns mitzutheilen beauftragt war, befinden sich in Ew. etc. Händen. ¶ Wir sind mit lebhafter Genugthuung den eben so klaren als geistvollen Ausführungen der Denkschrift des Frhrn. v. Beust gefolgt, welche die Nothwendigkeit der Reform zu motiviren, die Mängel und Gebrechen der bestehenden Zustände zu beleuchten und ihre Ursachen zu erklären bestimmt ist. Die Ueberzeugung von jener Nothwendigkeit datirt in Preussen von Jahrzehnten her, und eben so alt sind unsere ernstlichen, aber fruchtlosen Bemühungen, ihr unter den Bundesgenossen gleiche Geltung zu verschaffen. ¶ In sehr vielen Fällen stimmen wir mit dem K. Sächsischen Minister in Beziehung auf die von ihm dargelegten Missstände des Bundes und die Mängel in den Bundes-Einrichtungen überein, wenn wir auch den Erklärungsgründen derselben oft nicht in gleicher Weise beipflichten können. ¶ Die wesentlichste Verschiedenheit in der Auffassung aber, welche auch bei unserer Beurtheilung des von ihm aufgestellten Reformplans massgebend ist, waltet bei uns insofern ob, als wir das Hauptgebrechen der ganzen Bundesverfassung darin erkennen müssen: dass in den Bundesverträgen nicht der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit festgehalten, sondern dass schon die erste Grundlage desselben mit Bestimmungen über Fragen des innern Staatsrechts in einer für das Bundesverhältniss nachtheiligen Weise vermischt ist. Hierin ist, unserer Ansicht nach, die hauptsächlichste Quelle der vielen Missstände zu suchen, welche bei diesen gemischten Grundlagen in dem Bundesverbande deshalb um so weniger ausbleiben konnten, weil ihm die heterogensten Staaten angehören. Ein Blick auf das verschiedene Verhältniss, in welchem die deutschen Grossstaaten und die andern dem Bunde nur mit einem Theil ihres Gehiets angehörenden Mächte im Vergleich zu den übrigen Staaten zum Bunde stehen, wird zum Verständniss genügen. ¶ Wenn irgendwo, so dürfte insbesondere in dem Uebelstande dieser vermischten Grundlage eine den Lebenskeim des Bundes bedrohende Gefahr und deshalb auch die dringende Mahnung liegen, diese Grundlage, welche für alle Bundesglieder gleichmässig gelten soll, in ihren Elementen zu sichten und zu vereinfachen, und zwar in einer dem Plane des Frhrn. v. Beust gerade entgegengesetzten Richtung. Jedenfalls ist es unverkennbar, dass das Bundesverhältniss derjenigen vier Staaten, welche den Schwer- und Mittelpunkt ihres Organismus ausserhalb jenes Verhältnisses haben, ein unüberwindliches Hinderniss für eine Entwicklung

Preussen,  
20. Decbr.  
1861.

der Verfassung des Gesamtbundes in bundesstaatlicher Richtung bilden muss. Das Verfolgen dieser Richtung setzt eine sich steigernde Beschränkung der Autonomie der einzelnen Staaten voraus, für welche — hierin wird uns Frhr. v. Beust gewiss beistimmen — Einhelligkeit sämtlicher Bundesglieder niemals zu erreichen sein wird. ¶ Wir müssen deshalb alle auf den ganzen Bestand des Bundes berechneten Reform-Vorschläge in der bundesstaatlichen Richtung, in welcher sich auch die vorliegenden bewegen, trotz der Erläuterungen der Nachtrags-Denkschrift, unserer Ansicht nach, von vornherein für unausführbar halten. Dagegen erscheint es uns nicht unwahrscheinlich oder wenigstens nicht unmöglich, dass eine Vereinfachung der Grundlagen des Bundes in seiner Gesamtheit, insbesondere die Zurückführung derselben auf die zur Erhaltung seiner Integrität und seiner Sicherheit nothwendigen Vertragsbestimmungen, einstimmig beschlossen werden könnte. Und ferner halten wir es für unzweifelhaft, dass für die andere Seite der Reform des Bundes, welche die engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Gebiete des inneren Staatsrechts bezweckt, der Weg freier Vereinbarung mit dem besten Erfolg zu betreten wäre. ¶ Dies ist der eine Hauptgesichtspunkt, von welchem aus preussischerseits bereits verschiedentlich allgemeine Reformbestrebungen eingeleitet worden sind, und welcher, auch ohne dass solche vorlagen, in Beziehung auf die Entwicklung der verschiedenartigsten, das gemeinsame deutsche Interesse fördernden Massnahmen und Einrichtungen von Preussen stets festgehalten worden ist. Von diesem Gesichtspunkt aus kann eine Begründung oder Erweiterung der Competenz des Bundes auf dem Gebiet einer allgemeinen Gesetzgebung nicht rathsam erscheinen. Es kann weder im wahren Interesse des Einzelstaats noch der Gesamtheit liegen, dass die Schwerfälligkeit des Bundeswegs freie Vereinbarungen zwischen einzelnen Staaten deshalb hindere oder verzögere, weil über den Gegenstand derselben gleich die Vereinigung der Gesamtheit in Angriff genommen werden soll. ¶ Ebenso wenig lässt es sich rechtfertigen, dass deshalb, weil die Gesamtheit eine Anordnung durch Einstimmigkeit zum Bundesgesetz erhoben hat, der Einzelstaat für eine ihm wünschenswerthe Veränderung an die Vorbedingung der Einstimmigkeit gebunden bleiben soll. ¶ Ein zweiter mit dem vorstehend erörterten gleich wichtiger Gesichtspunkt, welcher nach unserer Auffassung zur Richtschnur jeder bedeutsamen Reform des Bundes genommen werden muss, wenn anders dieselbe von praktischem Werth sein soll, ist der, dass sowohl bei der Bildung der verfassungsmässigen Organe des Bundes als auch bei der Begründung der organischen Einrichtungen desselben, die realen Machtverhältnisse zum Grunde gelegt werden, und dass in den Bundesbeziehungen überhaupt das Gewicht der Stimmen mehr mit dem Gewicht der Leistung, die Grösse der Berechtigung mehr mit der Grösse der Verpflichtung in Einklang gesetzt werde. ¶ Wir halten es für ein tief liegendes Gebrechen der gegenwärtigen Bundeseinrichtungen, dass den realen Machtverhältnissen meist keine irgend genügende Rechnung getragen ist, und haben hierauf, insbesondere auch in den schwebenden Verhandlungen über die Revision der Bundeskriegsverfassung, wiederholt auf das ernstlichste hingewiesen. ¶ Der

No. 177.  
Preussen,  
20. Decbr.  
1861.

**No. 177.** sinnreiche und mit grossem Verständniss der nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Wünsche und Tendenzen der Bundesgenossen aufgestellte Reformplan des Frhrn. v. Beust theilt auch diesen zweiten Hauptgesichtspunkt nicht mit uns. ¶ Es bleibt nach demselben als Grundlage des neuen Verfassungs-Organismus das Stimmenverhältniss, welches im engern Rath wie im Plenum der Bundesversammlungen den beiden Grossstaaten nur je ein Siebenzehntel des Stimmengewichts zuschreibt, obwohl jeder derselben im Bund etwa ein Drittel des Machtgewichts bildet, selbst wenn man von der Thatsache absieht, dass sie beide für die höchsten Zwecke des Bundes, wenn auch nicht bundesverfassungsmässig, doch factisch mit ihrer Gesamtmacht eintreten. ¶ Frhr. v. Beust will sogar die vorgeschlagene Volksvertretung am Bunde in einem ähnlichen Verhältniss, und zwar so gebildet wissen, dass die beiden Grossmächte zusammen noch nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten zu entsenden hätten, und er beruft sich dabei auf den Umstand, dass dieses Zahlenverhältniss für sie ein günstigeres sei, als das im Plenum der Bundesversammlung. ¶ Wenn nun auch der Reformplan des Frhrn. v. Beust auf Grundlagen beruht, zu denen wir uns nach obigen Andeutungen in einem entschieden gegensätzlichen Verhältniss befinden, und von denen aus, nach unserer Ueberzeugung, für Reformversuche kein erspriessliches Ergebniss zu erwarten steht, so kann uns dieser Umstand doch nicht hindern, dem patriotischen Geist, von welchem die Vorschläge getragen sind, einzelnen Zielen, nach welchen dieselben streben, und vor allem der Absicht unsere Anerkennung zu zollen, die Thätigkeit der Bundesversammlung zweckentsprechend zu beleben und das Interesse der Nation daran zu erhöhen. ¶ Wir zweifeln nicht, dass eine abgekürzte und concentrirtere Thätigkeit des Bundestags in dieser Richtung wirken könnte, wenn uns dieses Mittel auch nicht ausreichend erscheint. Allein ob nicht bei der Verwandlung des Bundestages in eine periodisch zusammentretende Ministerconferenz die Vorbereitung der Beschlussfassungen auf anderem Wege als durch Ausschussberathungen, namentlich durch Verhandlung von Regierung zu Regierung, von grösserm Zeitverlust für die Durchführung begleitet sein dürfte, wagen wir nicht verneinend zu entscheiden. ¶ Was die erste Begründung einer Volksvertretung am Bund anbetrifft, so theilen wir die Ausführungen der Denkschrift des Frhrn. v. Beust darin, dass eine solche wohl am besten durch Delegation von Seiten der Landtage der einzelnen Staaten würde erfolgen können. Aber wir dürfen zugleich die Bedenken und Schwierigkeiten nicht unberührt lassen, welche allein schon dadurch entstehen müssen, dass der einheitliche Verfassungs-Organismus, welcher in Preussen Bundesland und Nichtbundesland umschliesst, weder eine unbedingte Aussonderung eines Theils der gesetzgeberischen Thätigkeit aus der Competenz des Landtags, noch eine allgemeine Unterordnung des ganzen Landtags unter eine Abgeordnetenversammlung am Bundestag gestattet. Aehnlich, und vielleicht noch schwieriger, würde es sich mit Oesterreich verhalten. Die Entfaltung des Verfassungslebens in den dem Bunde nur mit einem Theil ihrer Lande angehörenden Staaten hat überhaupt eine grössere Individualisirung derselben hervorgerufen und damit folgerecht ihre Stellung zum Bunde spröder

Preussen,  
20. Decbr.  
1861.

gestaltet. ¶ Die Executivgewalt, welche nach dem Vorschlag des Freiherrn **No. 177.** v. Beust durch Mandat der Bundesversammlung während deren Vertagung Preussen, 20. Decbr. 1861. an drei Bundesfürsten, darunter die Souveraine der beiden Grossmächte, übertragen werden und welche dieselben zur Ausführung der Beschlüsse der Bundesversammlung, sowie zur Ergreifung ausserordentlicher Massregeln in ungewöhnlichen politischen Conjunctionen ermächtigen soll, halten wir, ganz abgesehen von andern dagegen obwaltenden Bedenken, schon aus Rücksicht auf die Stellung der Souveraine der beiden Grossmächte und die nothwendige Selbständigkeit der Politik ihrer Cabinette, nicht für ausführbar. ¶ Ebensovienig wird unseres Erachtens ein Bundesgericht von so umfassender Competenz, wie Freiherr v. Beust sie begründet zu sehen wünscht, ins Leben zu rufen sein. Im Hinblick auf die eben berührten Verfassungsverhältnisse der nur mit einem Theil ihrer Lande im Bunde stehenden Staaten müssen wir vielmehr bestreiten, dass einem Bundesgericht das Recht der höchsten Entscheidung über Verfassungsfragen der Einzelstaaten übertragen werden könne. ¶ Was endlich die Erhebung des bisherigen technischen Beiraths der Bundesversammlung in Militairangelegenheiten, der Militaircommission, zu einer selbständigen Bundesverwaltungsbehörde anbelangt, so würden auch bei dieser neuen organischen Einrichtung die gewichtigsten Bedenken zu überwinden sein. Die Competenz der neuen Behörde, welcher die Verwaltung des Bundeseigenthums und die Verfügung über die dazu erforderlichen Mittel anvertraut werden soll, würde nicht leicht zu begränzen sein, auch die Zusammensetzung derselben, welche nicht die der Militaircommission (Oesterreich, Preussen und die Vertreter der vier Bundescorps) bleiben könnte, alsbald schwer zu lösende Streitfragen heraufbeschwören. ¶ Fassen wir nun aber den vom Frhrn. v. Beust entworfenen Verfassungsorganismus des Bundes, in welchem den bisherigen Organen desselben neue hinzugefügt und die Befugnisse der früheren erweitert sind, in seiner Gesamtheit ins Auge, so tritt uns ein weit künstlicherer und verwickelterer Bau als der bisherige entgegen und wir können uns der Ueberzeugung nicht erwehren, dass, die Durchführbarkeit desselben vorausgesetzt, die Action des Bundes durch den neuen Apparat im Grossen und Ganzen nicht erleichtert, vielmehr erschwert werden würde. ¶ Im Eingange des Nachtrages zu seiner die Reformvorschläge motivirenden Denkschrift erläutert Frhr. v. Beust den Standpunkt von dem er ausgeht näher dahin: dass es sich bei den Reformen des Bundes immer nur um die bessere Entwicklung eines Staatenbundes handeln könne, weil der Bundesstaat gleichbedeutend mit der Auflösung des Bundes sei. ¶ Auch wir glauben, dass ein ernster Versuch, den ganzen Bund in bundesstaatliche Formen zu zwingen, leicht von solchen Folgen begleitet sein könnte, während uns die Bildung eines Bundesstaates im Staatenbunde mit dem Fortbestehen des letzteren sehr wohl vereinbar scheint. Eben daher schreibt sich eines unserer Hauptbedenken gegen die Reformpläne des Frhrn. v. Beust, welche, wie wir schon oben andeuteten, nach unserer Ansicht gerade für das Ganze eine bundesstaatliche Richtung einschlagen. ¶ Denn in dem von ihm gewünschten neuen Bundes-Organismus erstrebt Frhr. v. Beust

**No. 177.** unzweifelhaft eine staatsrechtliche Verbindung der im Bunde begriffenen Staaten unter einer über das Ganze sich erstreckenden höheren Staatsgewalt, welche in ihrer bestimmten Sphäre souverain sein soll. Er erstrebt ferner die Constituirung eines förmlichen Gesetzgebungsrechts, eines selbständigen Bundesgerichts und eines selbständigen militärischen Verwaltungsorgans. Hiemit kommen aber gerade die wesentlichen Attribute des Bundesstaats: Gesetzgebung, Oberaufsicht und Vollziehung in Bundessachen zum Ausdruck. ¶ In dem Nachtrag ist ferner die Ansicht ausgesprochen, dass die Vereinigung eines Theils der Bundesgenossen zu einem engeren Verband das Ausscheiden der einen Grossmacht aus dem Bunde zur nothwendigen Folge haben müsse, weil der weitere Bund in jenem Fall zu einem blossen Allianzvertrag herabsinke, dessen Dauer und Ausführung von wechselnden Umständen abhängig bleiben würde. ¶ Wir vermissen jede nähere Begründung dieser Ansicht und vermögen unsererseits die Nothwendigkeit solcher Folgen nicht einzusehen. Denn weder würde aus der Benutzung des durch Art. 11 der Bundesacte gewährten Bündnissrechts zu engeren Vereinigungen unter einem Theil der Bundesgenossen für die anderen die Berechtigung zum Ausscheiden aus dem Bunde erwachsen, noch würde dadurch die Garantie für den Bestand des weiteren Bundes eine Veränderung erleiden. Sie bliebe im Gegentheil ganz die bisherige und würde vielmehr durch die Verbesserung der Verfassung gestärkt, während der Bund bei seiner gegenwärtigen mangelhaften Organisation Zweifel über seine Widerstandskraft in grossen Wechselfällen erwecken kann und eine solche jedenfalls erst noch zu bewähren hat. ¶ Wir theilen mit dem Frhrn. v. Beust die Ansicht, dass für den ganzen Bund keine kräftige Centralgewalt, sei es eine einheitliche, sei es eine zusammengesetzte, dauernd errichtet werden könne. Auch haben wir uns bereits in dem umfänglichen Schriftwechsel, welcher über die Vorfragen zur Revision der Bundeskriegsverfassung stattgefunden hat, in einer mit seiner gegenwärtigen Auffassung übereinstimmenden Weise darüber ausgesprochen, dass ein zwischen den beiden Grossmächten wechselnder Turnus, welcher die eine der andern zeitweise unterordnen würde, mit ihrer europäischen Stellung nicht vereinbar sei. ¶ Dagegen erkennen wir der Ansicht, dass ein ständiges militärisches Obercommando in einer Hand und eine einheitliche Vertretung nach aussen unpraktisch oder unausführbar sei, die Berechtigung nur für den Fall zu, wenn die Vereinigung dieser Attribute für den ganzen Staatenbund in Anspruch genommen würde; nicht aber für den Fall, wenn sie sich bloss auf einen engeren Verband im Bunde bezöge, in welchem man für dieselbe einen vertragsmässigen Boden gelegt hätte. ¶ Wie sehr nun auch immer bei den Betrachtungen, mit welchen wir die interessanten Erörterungen des k. sächsischen Ministers in seinen Denkschriften begleitet haben, der beiderseitige Gedankengang sich in gegensätzlichen Richtungen bewegt, so können wir doch nicht umhin, hier schliesslich noch einmal in Betreff der patriotischen Absichten unsere Anerkennung auszusprechen, von welchen diese Denkschriften Zeugnis ablegen. ¶ Von der grössten Bedeutung und von hohem Werth ist für uns aber vor allem der Umstand, dass überhaupt von so gewichtiger Seite und

Preussen,  
20. Decbr.  
1861.

in so eindringlicher Weise eine unumwundene Kundgebung über das unabweisliche Bedürfniss der Reform der Bundesverfassung erfolgt ist. ¶ Wir bekennen uns, wie Frhr. v. Beust in seiner unterm 11. v. M. an den Grafen v. Hohenthal gerichteten Depesche sehr richtig vorausgesetzt hat, jetzt wie früher, sehr gern zu der von ihm so beredt dargelegten Ueberzeugung, dass es hohe Zeit und im Interesse der Erhaltung der für alle Staaten gleich nothwendigen obersten Grundsätze der Ordnung und des Rechts geboten sei, die Frage der deutschen Bundesreform dem zersetzenden Treiben des Parteiwesens zu entnehmen und zu diesem Zweck zu einer offenen Auseinandersetzung unter den Bundesgenossen zu gelangen. ¶ Ew. etc. ersuche ich ergebenst, bei Abstattung unseres verbindlichsten Dankes an den Frhrn. v. Beust für seine gefälligen Mittheilungen, unserer aufrichtigen Genugthuung, insbesondere in letzterer Beziehung, den wärmsten Ausdruck leihen und dem gedachten Herrn Minister, falls er es wünschen sollte; Abschrift der gegenwärtigen Depesche mittheilen zu wollen. Empfangen u. s. w.

*Bernstorff.*

*Sr. Hochwohlgeboren, Herrn v. Savigny, etc.  
Dresden.*

## No. 178.

**PREUSSEN.** — Rede des Königs bei Eröffnung des Landtags am 14. Januar 1862. --

Erlauchte, edle und liebe Herren von beiden Häusern des Landtags! — **No. 178.**  
Ihre Thätigkeit beginnt in ernster Zeit. ¶ Nachdem Gottes Rathschluss die Preussen,  
14. Januar  
1862. Krone mit der Bürde ihrer Pflichten und Rechte auf Mein Haupt gelegt, habe Ich diesem Meinem Königlichen Rechte an heiliger Stätte die Weihe gegeben. Die Theilnahme Meines Volks an dieser Feier hat bewiesen, dass seine Liebe und Treue, welche der Stolz und die Kraft Meiner Vorfahren waren, mit der Krone auch auf Mich übergegangen sind. Solche Kundgebungen konnten Meinen festen Vorsatz nur stärken, Meine Königlichen Pflichten im Geiste Meiner Ahnen für das Wohl und die Grösse Preussens zu üben. ¶ Mit Mir hat Preussen dem Allmächtigen gedankt, als Seine starke Hand den Frevel gnädig abwendete, der Mein Leben bedrohte. Mit Mir beklagen Sie heute den unersetzlichen Verlust, den die Vorsehung über ein grosses befreundetes Reich und über ein Königshaus verhängt hat, welches dem Meinigen durch die theuersten Bande der Verwandtschaft verbunden ist. ¶ Die Lage des Landes ist im Allgemeinen befriedigend. ¶ Ackerbau, Gewerbe und Handel zeigen eine fortschreitende Regsamkeit, wenn auch zu Meinem Bedauern einzelne Zweige des Verkehrs durch Störungen in den gewohnten Beziehungen zum Auslande leiden. ¶ Die Eisenbahnen haben wesentlich dazu beigetragen, Ueberfluss und Mangel an Boden-Erzeugnissen in den verschiedenen Landestheilen auszugleichen. Auf ihre weitere Ausdehnung bleibt die Fürsorge Meiner Regierung gerichtet. ¶ Die nach dem östlichen Asien entsendete Mission hat den grössten Theil ihrer Aufgabe durch den Abschluss von Verträgen mit China und Japan bereits glücklich gelöst. Ich hoffe, dass unser Seehandel

**No. 178.** die ihm durch diese Verträge eröffneten und gesicherten Bahnen mit Erfolg betreten wird. ¶ Sowohl diese beiden Verträge als der zur Erleichterung der Schifffahrt über Ablösung des Stader Zolles geschlossene Vertrag werden Ihnen zu verfassungsmässiger Zustimmung vorgelegt werden. ¶ Das deutsche Handels-Gesetzbuch wird bald — ich erwarte es mit Zuversicht — Gemeingut des grössten Theiles von Deutschland sein. Im Anschlusse an dasselbe werden Ihnen einige Gesetz-Entwürfe zu weiterer Förderung der Interessen des Handels, wie zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Seeleute zugehen. ¶ Von grösserem Gewicht sind andere Entwürfe, welche Meine Regierung vorlegen wird. Sie werden Ihnen beweisen, dass Ich, Meinen Grundsätzen getreu, den Ausbau unserer Verfassung vor Augen habe. ¶ Die Vorlagen, welche die Umbildung gegenwärtig bestehender Einrichtungen bezwecken, geben Zeugniß, dass Meine Regierung die Reformen nicht zurückhält, welche durch thatsächliche Verhältnisse und das gleichmässig zu berücksichtigende Wohl aller Stände begründet sind. ¶ Die Ausführung des Gesetzes vom 29. Mai v. J. wegen anderweiter Regelung der Grundsteuer hat unter entgegenkommender und loyaler Mitwirkung der Grundbesitzer ungeachtet der grossen zu überwindenden Schwierigkeiten so erfreuliche Fortschritte gemacht, dass die rechtzeitige Beendigung des Veranlagungswerks erwartet werden darf. ¶ Die Finanzen des Staats sind in befriedigender Lage. Der gesteigerte Ertrag verschiedener Einnahmezweige begründet die Hoffnung, dass ein erheblicher Theil des für das verflossene Jahr erforderlichen Zuschusses zu den Kosten der Heeres-Organisation seine Deckung in Mehreinnahmen finden wird. ¶ Der mit gewissenhafter Sorgfalt aufgestellte Staatshaushalts-Etat ergiebt für das laufende Jahr eine weitere Steigerung der Einnahmen. Dadurch sind die Mittel gewährt, neue als nützlich oder nothwendig erkannte Ausgaben zu bestreiten und den durch die Reform des Heeres bedingten Zuschuss zu vermindern. Soweit derselbe für diesen Zweck neben den Steuerzuschlägen erforderlich bleibt, welche bis zur Erhebung der regulirten Grundsteuer nicht entbehrlich sein werden, finden sich die Mittel dazu in dem noch unverwendeten Ueberschusse des Jahres 1860. Es wird daher voraussichtlich so wenig im laufenden Jahre wie in den beiden vorhergehenden Jahren eine Verminderung des Staatsschatzes eintreten. ¶ Bei der Feststellung des für die reorganisirte Armee erforderlichen finanziellen Bedarfs sind die Rücksichten strengster Sparsamkeit beachtet worden. Eine weitere Ausdehnung derselben würde die Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres, folglich dessen Lebensbedingungen und damit die Sicherheit des Vaterlandes gefährden. ¶ Im Verfolg der Reorganisation wird Meine Regierung Ihnen einen Entwurf in Betreff einiger Abänderungen des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorlegen. Derselbe ist dazu bestimmt, den seit Erlass jenes Gesetzes unabweislich hervorgetretenen Bedürfnissen unseres Kriegswesens abzuhelpen, so wie den geltenden Verordnungen über die Verpflichtung zum Seedienst eine gesetzliche Grundlage zu geben. ¶ In Bezug auf die nunmehr glücklich beseitigten Verwickelungen zwischen Grossbritannien und den vereinigten Staaten von Nordamerika hatte Ich

Preuss.  
14. Januar  
1862.



Meinen Gesandten in Washington mit Weisungen versehen lassen, welche ihn in den Stand setzten, die Rechte der neutralen Schifffahrt zu wahren und der Sache des Friedens kräftig das Wort zu reden. ¶ Meine Begegnung mit dem Kaiser der Franzosen im Laufe des verflossenen Herbstes hat nur dazu beitragen können, die bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Unseren beiderseitigen Staaten noch günstiger zu gestalten. Die Verhandlungen über eine vertragsmässige Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Zollverein und Frankreich dauern fort. ¶ Meine ernsten und unausgesetzten Bemühungen, eine zeitgemässe Revision der Wehrverfassung des Deutschen Bundes herbeizuführen, haben zu Meinem Bedauern ein befriedigendes Ergebniss bisher noch nicht gewährt. Inzwischen ist Meine Regierung bestrebt, im Wege der Vereinbarung mit einzelnen deutschen Staaten, eine grössere Gleichmässigkeit in den militairischen Einrichtungen anzubahnen und dadurch die Wehrhaftigkeit Deutschlands zu erhöhen. Die in diesem Sinne mit der Herzogl. Sachsen-Coburg-Gothaischen Regierung abgeschlossene Convention wird Ihnen zur verfassungsmässigen Zustimmung vorgelegt werden. ¶ In gleicher Weise widmet Meine Regierung der wichtigen Angelegenheit der Vertheidigung der Deutschen Küsten und der Entwicklung unserer Flotte, für welche sich überall ein so erfreuliches Streben kundgegeben und durch patriotische Beiträge innerhalb und ausserhalb Preussens bethätigt hat, ihre unausgesetzte Sorgfalt. Wir beklagen die Verluste, welche unserer jungen Marine hoffnungsvolle Kräfte entrisen haben. Aber solche Unfälle, die keiner Flotte erspart bleiben, können das Gewicht der Gründe, welche eine rasche Erhöhung unserer Wehrkraft zur See verlangen, nur vermehren. Der zur Regelung dieser beschleunigten Entfaltung bestimmte Gründungsplan unterliegt der abschliessenden Berathung Meiner Regierung. ¶ Das Bedürfniss einer allgemeinen Reform der Bundes-Verfassung hat neuerlich auch im Kreise der Deutschen Regierungen von verschiedenen Seiten ausdrückliche Anerkennung gefunden. Treu den nationalen Traditionen Preussens, wird Meine Regierung unablässig zu Gunsten solcher Reformen zu wirken bemüht sein, welche, den wirklichen Machtverhältnissen entsprechend, die Kräfte des Deutschen Volkes energischer zusammenfassen und Preussen in den Stand setzen, den Interessen des Gesamt-Vaterlandes mit erhöhtem Nachdruck förderlich zu werden. ¶ Zu Meinem lebhaften Bedauern ist der Verfassungsstreit in Kurhessen noch nicht geschlichtet. Ich will jedoch, selbst den letzten Ereignissen gegenüber, an der Hoffnung festhalten, dass den Bemühungen Meiner Regierung, welche fortwährend auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831, unter Abänderung der den Bundesgesetzen widersprechenden Bestimmungen derselben, gerichtet sind, der endliche Erfolg nicht fehlen wird. ¶ Meine und die Kaiserlich österreichische Regierung sind mit der Königlich dänischen Regierung auf deren Wunsch in vertrauliche Unterhandlungen eingetreten, um eine vorläufige Grundlage für eine Verständigung zwischen dem Deutschen Bunde und Dänemark über die Frage der Herzogthümer zu gewinnen. Wir halten dabei sowohl an dem Bundesrecht, als an bestimmten internationalen Vereinbarungen fest, und es gereicht Mir zur lebhaften

**No. 178.** Genugthuung, dass hierin das vollste Einverständniss nicht nur zwischen <sup>Preussen,</sup> Mir und dem Kaiser von Oesterreich, sondern auch zwischen Uns und allen <sup>14. Januar</sup> Unseren übrigen deutschen Bundesgenossen besteht. ¶ Meine Herren! Sie <sup>1862.</sup> sind berufen, im Verein mit Meiner Regierung die Gesetzgebung, welche in einer grossen Zeit begonnen wurde, weiter zu führen. Wie jene Reformen bestimmt waren, dem Patriotismus des preussischen Volkes ein grösseres Feld der Bethätigung zu eröffnen und dadurch dessen Aufschwung vorzubereiten, so erwarte Ich von der gegenwärtigen Fortführung jener Gesetzgebung die gleiche Wirkung. ¶ Die Entwicklung unserer Institutionen muss im Dienst der Kraft und Grösse unseres Vaterlandes stehen. Niemals kann Ich zulassen, dass die fortschreitende Entfaltung unseres inneren Staatslebens das Recht der Krone, die Macht und Sicherheit Preussens in Frage stelle oder gefährde. ¶ Die Lage Europas fordert einträchtiges Zusammenwirken zwischen Mir und Meinem Volke. Ich zähle auf die patriotische Unterstützung seiner Vertreter.

---

### No. 179.

**SACHSEN-MEININGEN.** — Replik des Herzogs an den Herzog von Sachsen-Coburg, die Militärconvention des Letztern mit Preussen betr. \*) —

Meiningen zur Elisabethenburg, 15. Decbr. 1861.

**No. 179.** Durchlauchtigster Fürst, Hochgeehrter Herr Vetter! Ew. Hoheit <sup>Meiningen,</sup> und Liebden haben in Ihrem gefälligen Antwortschreiben vom 4. d. M. auf <sup>15. Decbr.</sup> meine, die Militärconvention vom 1. Juni d. J. betreffende Verwahrung <sup>1861.</sup> geäussert, dass Hochsie dieser meiner Verwahrung einen rechtlichen Werth nicht beizulegen, noch eine Folge zu geben vermögen. Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, dass der rechtliche Werth und die Tragweite meiner Verwahrung unabhängig von der Bedeutung, welche Ew. Hoheit und Liebden derselben beilegen, besteht. Die Entscheidung darüber wird dem Richter anheimfallen, dessen Urtheil seiner Zeit diese Frage unterliegt. Darum kann ich es auch dahin gestellt sein lassen, welche Folge Hochsie meiner Verwahrung für jetzt zu geben geneigt sind; zur Wahrnehmung der Rechte meines Hauses genügt es, sie eingelegt zu haben. Ich verharre dabei und sehe damit die Sache selbst für jetzt als erledigt an. ¶ Der weitere Inhalt Hochihres Schreibens jedoch veranlasst mich noch zu folgenden Bemerkungen: Ew. Hoheit und Liebden haben darauf hingewiesen, dass wir uns vor 12 Jahren durch einen förmlichen Staatsvertrag verpflichteten, auf Beschränkungen unserer Hoheitsrechte im Interesse der Wohlfahrt Deutschlands einzugehen. Damals handelte ich in Uebereinstimmung mit den andern Chefs der Häuser im Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Gesammthause. Was wir von Rechten damals aufzugeben bereit waren, das wollten wir an eine Centralgewalt abtreten, in welcher die einzelnen deutschen Fürsten und Staaten eine zeitgemässe Vertretung fänden, und man glaubte, dass dadurch, wenn auch noch ein Theil der deutschen Fürsten dissentirte, wenigstens eine Grundlage für die Neugestaltung Deutschlands gewonnen werden könnte. Alle diese Bedingungen fehlen bei der

\*) Vrgl. Bd. I. Nro. 161 u. Nro. 162.

Militär-Convention vom 1. Juni d. J. Abgeschlossen ohne Rücksicht auf **Nr. 179.** die zunächst beteiligten Agnaten, ist sie ein Schritt, der der Natur der Sache nach seitens des grösseren Theils der deutschen Staaten keine Nachfolge finden kann und der zur Bildung einer Centralgewalt nicht führt. Darum kann ich mich nicht überzeugen, dass damit ein Fortschritt gemacht sei. Ich halte im Gegentheil dafür, dass die Lösung der deutschen Frage durch Separatverträge, in denen kleinere Staaten sich bestimmter Hoheitsrechte zu Gunsten grösserer entäussern, nur verwirrt und erschwert, nicht geklärt und gefördert wird. Meine Verwahrung vom 23. v. M. steht demnach nicht im Widerspruch mit meiner früheren Handlungsweise; wohl aber liefert letztere einen, wie ich erwarten durfte, nicht nöthigen Commentar dazu, in welchem Sinne ich in meiner Verwahrung gesagt habe, dass ich nicht gesonnen sei, mich Opfern zu entziehen, welche gemeinsam der gemeinsamen Sache gebracht werden müssen. ¶ In der Convention vom 1. Juni d. J. sind nun auf die Krone Preussen Militärhoheitsrechte übertragen, welche nicht erst, wie Hochsieg anzudeuten scheinen, durch die Auflösung des deutschen Reiches erwachsen sind, sondern unzweifelhaft schon zur Zeit des deutschen Reiches den Fürsten als Ausfluss ihrer Landeshoheit zustanden. Diese landeshoheitlichen Rechte, ihrer historischen Entstehung nach ein Zubehör des Besitzthums der Fürsten, bilden somit auch einen Bestandtheil des Fideicommisses des Sachsen-Gothaischen Gesamt-Hauses und die Agnaten Ew. Hoheit und Liebden haben nach meiner Ansicht zu beanspruchen, dass ihnen im Falle eintretender Erbfolge nicht bloss das Land ungeschmälert in seinen Grenzen sammt dem Domänenvermögen, sondern auch die Rechte der Landeshoheit unverkürzt verbleiben. Wie die Uebertragung der Summe aller Hoheitsrechte, so unterliegt auch eine theilweise Uebertragung derselben dem Widerspruch der Agnaten. ¶ Danach und weil die Convention nicht auf Ew. Hoheit und Liebden Regierungszeit, sondern auf zehn Jahre mit der Stipulation stillschweigender Verlängerung abgeschlossen ist, erwächst mir das Recht der Verwahrung, wobei ich auch noch von der Frage vorerst absehen zu können glaube, ob sämmtliche in dem geehrten Schreiben vom 4. d. Mts. genannte Personen nach den Sachsen-Ernestinischen Hausgesetzen zur Succession in das Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha berufen sind. ¶ Im Uebrigen darf ich die Versicherung aussprechen, dass meine Verwahrung vom 23. v. M. lediglich der Absicht entsprungen ist, den agnatischen Anspruch meines Hauses gegen eine Veräusserung hoheitlicher Rechte sicher zu stellen, durch welche weder für die Wohlfahrt, noch insbesondere für die erhöhte Wehrkraft des gemeinsamen Vaterlandes etwas gewonnen wird. Die weitere Entwicklung der deutschen Angelegenheit wird das Urtheil fällen, ob Eure Hoheit und Liebden oder ich hierin das Richtige erkannt haben. ¶ Aus der an den Staatsminister v. Seebach gerichteten Mittheilung des Königlich Sächsischen Gesandten vom 4. d. M. werden Ew. Hoheit und Liebden auch entnommen haben, dass Se. M. der König von Sachsen der von mir kundgegebenen Rechtsverwahrung für die in meinem ergebensten Schreiben vom 23. v. M. vorgesehenen Eventualitäten sich angeschlossen haben. ¶ Genehmigen Ew. Hoheit etc.

## Nr. 180.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Staatssecr. d. Ausw. an die Gesandten von Spanien, Frankreich und England. — Ablehnung des Beitrittes zu der gegen Mexico abgeschlossenen Convention. \*) —

Department of State, Washington, 4 Decbr. 1861.

No. 180.  
Vereinigte  
Staaten,  
4. Decbr.  
1861.

The undersigned, Secretary of State of the United States, has the honor to acknowledge the receipt of a note which was addressed to him on the 30th day of November last, by Mr. Gabriel G. Tassara, Minister Plenipotentiary of Her Majesty, the Queen of Spain, Mr. Henry Mercier, Minister Plenipotentiary of His Majesty, the Emperor of the French, and Lord Lyons, Minister Plenipotentiary of Her Majesty, the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland. ¶ With that paper the aforesaid Ministers have submitted the text of a Convention which was concluded at London on the 31st. October, last, between the Sovereigns before named, with a view of obtaining, through a common action, the redress of their grievances against the Republic of Mexico. ¶ In the preamble the High contracting parties say that they have been placed by the arbitrary and vexatious conduct of the authorities of the Republic of Mexico, under a necessity for exacting from those authorities a more effective protection for the persons and properties of their subjects, as well as the execution of obligations contracted with them by the Republic of Mexico, and have agreed to conclude a Convention between themselves for the purpose of combining their common action in the case. ¶ In the first article the High contracting parties bind themselves to make immediately after the signing of the Convention, the necessary arrangements to send to the shores of Mexico, land and sea-forces combined, the effective number of which shall be determined in a further exchange of communications between the Governments, but the total of which must be sufficient to enable them to seize and occupy the various fortifications and military positions of the Mexican sea-coast. Also, that the commanders of the allied forces shall be authorized to accomplish such other operations as may, on the spot, be deemed most suitable for realizing the end specified in the preamble, and especially for insuring the safety of foreign residents. And that all the measures which are thus to be carried into effect, shall be taken in the name and on account of the High contracting parties, without distinction of the particular nationality of the forces employed in executing them. ¶ In the second article, the High contracting parties bind themselves not to seek for themselves, in the employment of the coercive measures foreseen by the present Convention, any acquisition of territory, or any peculiar advantage, and not to exercise, in the subsequent affairs of Mexico, any influence of a character to impair the right of the Mexican nation to choose, and freely to constitute the form of its own Government. ¶ In the third article, the High contracting parties agree, that a Commission composed of three Commissioners, one appointed by each of the contracting powers, shall be

\*) Bd. I, Nro. 147.

established, with full power to determine all questions which may arise from the employment and distribution of the sums of money which shall be received from Mexico, having regard to the respective rights of the contracting parties. ¶ In the fourth article, the High contracting parties, expressing the desire that the measures which it is their intention to adopt, may not have an exclusive character, and recognizing the fact that the Government of the United States, like themselves, has claims of its own to enforce against the Mexican Republic, agree that immediately after the signing of the present Convention, a copy of it shall be communicated to the Government of the United States, and that this Government shall be invited to accede to it, and that, in anticipation of such accession, their respective Ministers at Washington shall be provided with full powers to conclude and sign, collectively or severally, with a Plenipotentiary of the United States, to be designated by the President, such an instrument. But as the High contracting parties would expose themselves, in making any delay in carrying into effect Articles I and II of the Convention, to failure in the end which they wish to attain, they have agreed not to defer, with a view to obtaining the accession of the United States, the commencement of the stipulated operations beyond the period at which their combined forces may be united in the vicinity of Vera-Cruz. ¶ The Plenipotentiaries in their note to the Undersigned invite the United States to accede to the Convention. The Undersigned having submitted the subject to the President will proceed to communicate his views thereon.

No. 100.  
Vereinigte  
Staaten,  
4. Decbr.  
1861.

First; As the Undersigned has, heretofore, had the honor to inform each of the Plenipotentiaries now addressed, the President does not feel himself at liberty to question, and he does not question that the sovereigns represented have undoubted right to decide for themselves the fact whether they have sustained grievances, and to resort to war with Mexico for the redrees thereof, and have a right also to levy the war severally or jointly.

Secondly: The United States have a deep interest, — which, however, they are happy to believe is an interest held by them in common with the High Contracting Powers and with all other civilized States, — that neither of the sovereigns by whom the Convention has been concluded shall seek or obtain any acquisition of territory, or any advantage peculiar to itself, and not equally left open to the United States and every other civilized State, within the territories of Mexico, and especially, that neither one nor all of the contracting parties shall, as a result or consequence of the hostilities to be inaugurated under the Convention, exercise, in the subsequent affairs of Mexico, any influence of a character to impair the right of the Mexican people to choose and freely to constitute the form of its own Government. ¶ The Undersigned renews on this occasion the acknowledgement heretofore given that each of the High contracting parties had informed the United States substantially, that they recognized this interest, and he is authorized to express the satisfaction of the President with the terms in which that recognition is clearly embodied in the Treaty itself. ¶ It is true, as the High contracting parties assume, that the United States

No. 180. have, on their part, claims to urge against Mexico. Upon due consideration, however, the President is of opinion that it would be inexpedient to seek satisfaction of these claims, at this time, through an act of accession to the convention. Among the reasons for this decision which the Undersigned is authorized to assign, are, first, that the United States so far as it is practicable, prefer to adhere to a traditional policy recommended to them by the Father of their Country, and confirmed by a happy experience, which forbids them making alliances with foreign nations. ¶ Second. Mexico being a neighbor of the United States on this continent, and possessing a system of Government similar to our own in many of its important features, the United States habitually cherish a decided [good will towards that Republic, and a lively interest in its security, prosperity and welfare. ¶ Animated by these sentiments, the United States do not feel inclined to resort to forcible remedies for their claims at the present moment, when the Government of Mexico is deeply disturbed by faction within and exposed to war with foreign nations, and, of course, the same sentiments render them still more disinclined to allied war against Mexico, than the war to be urged against her by themselves alone. ¶ The Undersigned is further authorized to state to the Plenipotentiaries for the information of the Sovereigns of Spain, France and Great Britain, that the United States are so earnestly anxious for the safety and welfare of the Republic of Mexico, that they have already empowered their Minister residing there to enter into a treaty with the Mexican Republic, conceding to it some material aid and advantages which, it is hoped, may enable that Republic to satisfy the just claims and demands of the said Sovereigns, and to avert the war which those Sovereigns have agreed among each other, to levy against Mexico. The Sovereigns need not be informed that this proposal to Mexico has been made, not in hostility to them, but with a knowledge of the proceeding frankly communicated to them, and with the hope that they might find, through the increased ability of Mexico to result from the Treaty, and her willingness to tread with them upon just terms, a mode of arresting the hostilities which it is the object of the Convention now under consideration to inaugurate. ¶ What has thus far been done by the American Minister at Mexico under these instruction, has not yet become known to this Government, and the information is looked for with deep interest. ¶ Should these negotiations offer any sufficient ground on which to justify a proposition to the High contracting Parties in behalf of Mexico, the Undersigned will hasten to submit such a proposition to those powers. But it is to be understood, first, that Mexico shall have acceded to such a Treaty, and secondly, that it shall be acceptable to the President and Senate of the United States. ¶ In the mean time, the High contracting parties are informed that the President deems it his duty that a naval force should remain in the Gulf of Mexico, sufficient to look after the interests of American citizens in Mexico, during the conflict which may arise between the High contracting parties and that Republic. And that the American minister residing in Mexico be authorized to seek such conference in Mexico

Vereinigte  
Staaten,  
4. Decbr.  
1861.

with the belligerent parties as may guard either of them against inadvertent injury to the just rights of the United States if any such shall be endangered. ¶ The Undersigned having thus submitted all the views and sentiments of this Government on this important subject, to the High contracting parties in a spirit of peace and friendship, not only towards Mexico, but towards the High contracting parties themselves, feels assured that there will be nothing in the watchfulness which it is thus proposed to exercise, that can afford any cause of anxiety to any of the parties in question. ¶ The Undersigned has the honor etc.

No. 180.  
Vereinigte  
Staaten,  
4. Decbr.  
1861.

*William H. Seward.*

*To Mr. Tassara etc., Mr. Mercier etc., and Mr. Lyons etc.*

## No. 181.

**PARISER CONGRESS.** — Declaration über das Seekriegsrecht vom 16. April 1856. —

Les plénipotentiaires qui ont signé le traité de Paris du 30 mars 1856, réunis en conférence, considérant: Que le droit maritime, en temps de guerre, a été pendant longtemps l'objet de contestations regrettables; ¶ Que l'incertitude du droit et des devoirs en pareille matière donne lieu, entre les neutres et les belligérants, à des divergences d'opinion qui peuvent faire naître des difficultés sérieuses et même des conflits; ¶ Qu'il y a avantage, par conséquent, à établir une doctrine uniforme sur un point aussi important; ¶ Que les plénipotentiaires assemblés au congrès de Paris ne sauraient mieux répondre aux intentions dont leurs gouvernements sont animés, qu'en cherchant à introduire dans les rapports internationaux des principes fixes à cet égard; ¶ Dûment autorisés, les susdits plénipotentiaires sont convenus de se concerter sur les moyens d'atteindre ce but, et, étant tombés d'accord, ont arrêté la déclaration solennelle ci-après;

No. 181.  
Pariser  
Congress,  
16. April  
1856.

- 1<sup>o</sup> La course est et demeure abolie;
- 2<sup>o</sup> Le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre;
- 3<sup>o</sup> La marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable sous pavillon ennemi;
- 4<sup>o</sup> Les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est-à-dire maintenus par une force suffisante pour interdire réellement l'accès du littoral de l'ennemi.

Les gouvernements des plénipotentiaires soussignés s'engagent à porter cette déclaration à la connaissance des États qui n'ont pas été appelés à participer au congrès de Paris, et à les inviter à y accéder. ¶ Convaincus que les maximes qu'ils viennent de proclamer ne sauraient être accueillies qu'avec gratitude par le monde entier, les plénipotentiaires soussignés ne doutent pas que les efforts de leurs gouvernements pour en généraliser l'adoption ne soient couronnés d'un plein succès. ¶ La présente déclaration n'est et ne

No. 181. sera obligatoire qu'entre les Puissances qui y ont ou qui y auront accédé.

Pariser  
Congress,  
16. April  
1856.

¶ Fait à Paris, le 16 avril 1856.

(L. S.) *A. Walewski.* (L. S.) *Buol-Schauenstein.* (L. S.) *Clarendon.*  
 (L. S.) *Bourquenev.* (L. S.) *Hübner.* (L. S.) *Cowley.*  
 (L. S.) *Manteuffel.* (L. S.) *Orloff.* (L. S.) *Cavour.*  
 (L. S.) *Hatzfeld.* (L. S.) *Brunnow.* (L. S.) *de Villamarina.*  
 (L. S.) *Aali.*  
 (L. S.) *Mehemmed-Djémil.*

Der vorstehenden Erklärung sind beigetreten:

- |  |  |
|--|--|
| 1. Argent. Conföd. ( 1. Oct. 1856)     | 20. Lübeck . . . . . (20. Juni 1856)                   |
| 2. Baden . . . . . (30. Juli 1856)     | 21. Mecklb.-Schwerin (22. Juli 1856)                   |
| 3. Baiern. . . . . ( 4. Juli 1856)     | 22. Mecklb.-Strelitz . (25. Aug. 1856)                 |
| 4. Belgien . . . . . ( 6. Juni 1856)   | 23. Nassau . . . . . (18. Juni 1856)                   |
| 5. Brasilien . . . . . (18. März 1856) | 24. Niederlande . . . ( 7. Juni 1856)                  |
| 6. Braunschweig . . ( 7. Dec. 1857)    | 25. Oldenburg. . . . ( 9. Juni 1856)                   |
| 7. Bremen . . . . . (11. Juni 1856)    | 26. Parma . . . . . (20. Aug. 1856)                    |
| 8. Chili . . . . . (13. Aug. 1856)     | 27. Peru . . . . . (23. Nov. 1857)                     |
| 9. Dänemark. . . . . (25. Juni 1856)   | 28. Portugal . . . . . (28. Juli 1856)                 |
| 10. Deutscher Bund (10. Juli 1856)     | 29. Sachsen, Kgrch. (16. Juni 1856)                    |
| 11. Equator . . . . . ( 6. Dec. 1856)  | 30. Sachsen-Weimar (22. Juni 1856)                     |
| 12. Griechenland . . (8/20. Juni 1856) | 31. Sachsen-Altenbg. ( 9. Juni 1856)                   |
| 13. Guatemala . . . . (30. Aug. 1856)  | 32. Sachsen-Coburg-<br>Gotha . . . . . (22. Juni 1856) |
| 14. Hamburg . . . . . ( 7. Juli 1856)  | 33. Schwed.-Norwg. (13. Juni 1856)                     |
| 15. Haiti . . . . . (17. Sept. 1856)   | 34. Schweiz. . . . . (28. Juli 1858)                   |
| 16. Hannover . . . . . (31. Mai 1856)  | 35. Sicilien (beide) . (31. Mai 1856)                  |
| 17. Hessen, Kurfrsth. ( 4. Juni 1856)  | 36. Toscana. . . . . ( 5. Juni 1856)                   |
| 18. Hessen, Grosshz. (15. Juni 1856)   | 37. Württemberg. . . (25. Juni 1856)                   |
| 19. Kirchenstaat . . ( 2. Juni 1856)   |  |

Brasilien hat in der betreffenden Note nachfolgenden Zusatz gemacht: „L'humanité et la justice doivent certainement au Congrès de Paris une grande amélioration apportée à la loi commune des nations; mais, au nom des mêmes principes, on peut encore demander aux Puissances signataires du traité du 30 mars 1856, comme complément de son oeuvre de justice et de civilisation, la conséquence salutaire que renferment les maximes qu'elles ont proclamées. Cette conséquence est que, toute propriété particulière inoffensive, sans exception, des navires marchands, doit être placée sous la protection du droit maritime à l'abri des attaques des croiseurs de guerre. ¶ Le Gouvernement impérial adhère en cela à l'invitation des États-Unis d'Amérique et, dans l'espoir que la modification proposée par cette Puissance au premier des principes proclamés par le Congrès de Paris se réalisera, se déclare dès à présent disposé à l'admettre comme la complète expression de la nouvelle juridiction internationale.“

Die Gründe, aus welchen die Vereinigten Staaten von Amerika



damals den Beitritt zu der Erklärung des Pariser Congresses verschoben, sind niedergelegt in einer gleichlautend an die diplomatischen Vertreter der ursprünglichen Unterzeichner in Washington erlassenen Note des Staatssecretärs Marcy vom 28. Juli 1856.

No. 181.  
Pariser  
Congress,  
16. April  
1856.

## No. 182.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Gesandter in London an den Staatssecr. d. Ausw., die Verhandlung mit England\*) wegen des Beitrittes der Union zu der Seerechtsdeclaration des Pariser Congresses und andere Gegenstände betr. — London, June 14, 1861.

(Extract.) The intelligence of the feeling expressed in America upon the reception of the Queen's proclamation\*\*) was fully expected by me, so that it excited no surprise, and much of the course of your argument in your despatch will be found to have been already adopted in my conference with Lord John Russell, an account of which is before this time in your hands. — — — ¶ However this may be, my duty was plain. I applied for an interview with Lord John Russel, and he appointed one for 10 o'clock on Wednesday, the 12th, at his own house. After some preliminary talk, I observed to him that I had been instructed to press upon Her Majesty's Government the expediency of early action on the subject of privateering; that, in the present state of excitement in the United States, consequent upon the measures which it had felt necessary to adopt, I did not know of anything which would be so likely to allay it as an agreement on this point. His Lordship then said that he did not know whether I knew it, but the fact was that Mr. Dayton had made a proposition to France for negotiation on the basis of the articles as agreed upon in Paris. France had communicated the fact through her Minister, the Comte de Flahault; and he intimated that there had been a Cabinet conversation on the subject, without arriving at a decision. I then referred to what had passed at our former interview. I mentioned my proposal to negotiate, and the inclination shown by his Lordship to leave the subject with Lord Lyons, with authority to arrange the only point in dispute as the Government at Washington might desire. There I had left the matter. His Lordship replied that he did not mean to be quite so understood. His intention was to say that having agreed upon the three Articles he should be ready to consent to the total omission of the fourth Article if that would be agreeable at Washington. I said that I had not so understood him, and from my present recollection I am confident that my report of his language was not incorrect. — — — ¶ I next approached the most delicate portion of my task. I descanted upon the irritation produced in America by the Queen's Proclamation, upon the construction almost universally given to it, as designed to aid the insurgents by raising them to the rank of a belligerent State, and upon the very decided tone taken by the President in

No. 182.  
Vereinigte  
Staaten.  
14. Juni  
1861.

\*) Vrgl. Bd. I. No. 48.

\*\*) Vrgl. Bd. I. Nro. 57.

~~It is impossible to see~~ any such design was really entertained. I added ~~that from my own~~ observation of what had since occurred here I had not ~~been able to convince~~ myself of the existence of such a design. But it was ~~not to be expected~~ that the fact of the continued stay of pseudo Commis- ~~sioners in the city,~~ and still more the knowledge that they had been ad- ~~mitted to more or less interviews with his Lordship,~~ was calculated to ex- ~~cite commotion.~~ Indeed, it had already given great dissatisfaction to my ~~Government.~~ I added, as moderately as I could, that in all frankness any ~~such~~ protraction of this relation could scarcely fail to be viewed by us ~~as hostile~~ in spirit, and to require some corresponding action accordingly. ¶ His Lordship then reviewed the course of Great Britain. He explained ~~the mode~~ in which they had consulted with France prior to any action at all, as to the reception of the deputation from the so-called Confederate States. It had been the custom both in France and here to receive such persons unofficially for a long time back. Poles, Hungarians, Italians, &c., had been allowed interviews, to hear what they had to say. But this did not imply recognition in their case any more than in ours. He added that he had seen the gentlemen once some time ago, and once some time since; he had no expectation of seeing them any more. — — — ¶ I shall continue my relations here until I discover some action apparently in conflict with it, or receive specific orders from the department dictating an opposite course. ¶ I ventured to repeat my regret that the proclamation had been so hastily issued, and adverted to the fact that it seemed contrary to the agreement said to have been proposed by Mr. Dallas, and concurred in by his Lordship, to postpone all action until I should arrive, possessed with all the views of the new Administration. But still, though I felt that much mischief had ensued in the creation of prejudices in the United States, not now easy to be eradicated, I was not myself disposed in any part of my conduct to aggravate the evil. My views had been much modified by opportunities of more extended conversation with persons of weight in Great Britain, by the improved tone of the press, by subsequent explanations in Parliament, by the prohibition of all attempts to introduce prizes into British ports, and, lastly, by the unequivocal expression of sentiment in the case of Mr. Gregory, when the time came for him to press his motion of recognition. I trusted that nothing new might occur to change the current again, for nothing was so unfortunate as the effect of a recurrence of reciprocal irritations, however trifling, between countries, in breaking up the good understanding which ~~it~~ was always desirable to preserve. ¶ His Lordship agreed to this, but remarked that he could not but think the complaint of the proclamation, though natural enough perhaps at this moment, was really ill-founded. He went over the ground once more which he occupied in the former interview—the necessity of doing something to relieve the officers of their ships from the responsibility of treating these persons as pirates if they met them on the seas. For his part, he could not believe the United States would persevere in the idea of hanging them, for it was not in consonance with their wellknown character. But

what would be their own situation if they should be found practising upon a harsher system than the Americans themselves. Here was a very large territory—a number of States—and people counted by millions, who were in a state of actual war. The fact was undeniable and the embarrassment unavoidable. Under such circumstances the law officers of the Crown advised the policy which had been adopted. It was designed only as a preventive to immediate evils. The United States should not have thought hard of it. They meant to be entirely neutral. ¶ I replied that we asked no more than that. We desired no assistance. Our objection to this act was that it was practically not an act of neutrality. It had depressed the spirits of the friends of the Government. It had raised the courage of the insurgents. We construed it as adverse because we could not see the necessity of such immediate haste. These people were not a navigating people. They had not a ship on the ocean. They had made no prizes, so far as I knew, excepting such as they had caught by surprises. Even now, I could not learn that they had fitted out anything more than a few old steamboats, utterly unable to make any cruise on the ocean, and scarcely strong enough to bear a cannon of any calibre. But it was useless to go over this any more. The thing was now done. All that we could hope was that the later explanations would counteract the worst effects that we had reason to apprehend from it; and, at any rate, there was one compensation, the act had released the Government of the United States from responsibility for any misdeeds of the rebels towards Great Britain. If any of their people should capture or maltreat a British vessel on the ocean, the reclamation must be made only upon those who had authorized the wrong. The United States would not be liable. — — — — — ¶ I did not touch at all on the subject of the blockade, as referred to in your despatch No. 10, for the reason that I do not now understand the Government as disposed in any way to question its validity, or to obstruct it. On the contrary, his Lordship, incidentally referring to it in this interview, said that instructions had been sent out to the naval officers in command to respect it, and never themselves seek to enter any of the ports blockaded, unless for some urgent necessity to protect British persons or property. ¶ I have etc.

*Ch. F. Adams.*

*Hon. W. H. Seward etc., Washington.*

### No. 183.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in London. — Instruction zu den Verhandlungen über Feststellung der Seerechtsgrundsätze. —

Department of State, Washington, July 1, 1861.

(Extract) Sir, — Your despatch, No. 8 (dated June 14), has been received. My despatch, No. 21, of 19th ult., has anticipated the matter you have discussed in the paper before me. It remains only to say that

**No. 183.** while we would prefer to add Mr. Marcy's amendment\*), exempting private property of non-belligerents from confiscation in maritime war, and desire you to stipulate to that effect if you can, yet we are, nevertheless, ready and willing to accede to the declaration of the Congress of Paris if the amendment cannot be obtained. In other words, we stand on the instructions contained in my aforesaid despatch. — — —

Vereinigte  
Staaten,  
1. Juli  
1861.

Ch. F. Adams Esq. etc., London.

W. H. Seward.

## No. 184.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London, betreffend eine von der englischen Regierung beabsichtigte Erklärung bei dem Abschluss einer Convention über den Beitritt der Vereinigten Staaten zu der Pariser Seerechtsdeclaration. —

Foreign-office, Aug. 19, 1861.

**No. 184.** Sir,—I have the honour to enclose a copy of a declaration which I propose to make upon signing the convention of which you gave me a draught, embodying the articles of the Declaration of Paris. ¶ I propose to make the declaration in question in a written form, and to furnish you with a copy of it. ¶ You will observe that it is intended to prevent any misconception as to the nature of the engagement to be taken by Her Majesty. ¶ If you have no objection to name a day in the course of this week for the signature of the convention, Mr. Dayton can on that day, and at the same time, sign with M. Thouvenel a convention identical with that which you propose to sign with me. ¶ I have etc.

Gross-  
britannien,  
19. August  
1861.

Ch. F. Adams, Esq., etc.

Russell.

### DRAUGHT OF DECLARATION.

In affixing his signature to the convention of this day between Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland and the United States of America, the Earl Russell declares, by order of Her Majesty, that Her Majesty does not intend thereby to undertake any engagement which shall have any bearing, direct or indirect, on the internal differences now prevailing in the United States.

## No. 185.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Gesandter in London an den Min. d. Ausw. — Begleitbericht zu der vorausgehenden Note des englischen Cabinets. —

London, Aug. 23, 1861.

**No. 185.** Sir,—I have the honour to transmit a copy of a note addressed to me by Lord Russell, transmitting to me a copy of a declaration which he

Vereinigte  
Staaten,  
23. August  
1861.

\*) The President proposes to add to the first proposition in the „declaration“ of the congress at Paris the following words: „And that the private property of the subjects or citizens of a belligerent on the high seas shall be exempted from seizure by public armed vessels of the other belligerent, except it be contraband.“ Thus amended the government of the United States will adopt it, together with the other three principles contained in that „declaration“. (Aus der bei No. 181 angezogenen Note des Staatssecretsairs Marcy vom 23. Juli 1856.)

proposes to make upon signing the convention embodying the articles of **No. 185.** the Declaration of Paris, in conjunction with myself. ¶ I have waited to communicate with Mr. Dayton until I now learn from him that M. Thouvenel proposes to him a similar movement on the part of France. ¶ This proceeding is of so grave and novel a character as, in my opinion, to render further action unadvisable until I obtain further instructions; and I find Mr. Dayton is of the same opinion on his side. I propose to address a letter to his Lordship, stating my reasons for declining to proceed, as soon as possible; but I fear I shall not have time to get it ready and a copy made in season for the present mail. I shall, therefore, postpone any further elucidation of my views until the next opportunity. I do so the more readily that I am informed by Mr. Dayton that you have ceased to consider the matter as one of any urgent importance. ¶ I have etc.

*Hon. W. H. Seward, etc. Washington.*

*Ch. F. Adams.*

Vereinigtes  
Staaten,  
23. August  
1861.

## Nr. 186.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London. -- Recapitulation der Verhandlungen über den Beitritt der Vereinigten Staaten zu der Pariser Seerechtsdeclaration.

Foreign Office, August 28, 1861.

The undersigned, Her Majesty's principal Secretary of State for **No. 186.** Foreign Affairs, has had the honour to receive the note of the 23d inst., **Gross-** of Mr. Adams, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the **britannien,** United States. ¶ Mr. Adams has accounted satisfactorily for the delay in **28. August** answering the note of the undersigned of the 19th instant. Her Majesty's **1861.** government, in all these transactions, has acted in concert with the government of the Emperor of the French, and the undersigned cannot be surprised that Mr. Adams should wish to communicate with Mr. Dayton, at Paris, before replying to his note. The undersigned is quite prepared, following Mr. Adams, to recapitulate the particulars of this negotiation, and he is happy to think that in matters of fact there is no ground for any controversy between them. He need only supply omissions. ¶ Mr. Adams, at his first interview with the undersigned, on the 18th of May last, mentioned the subject of the declaration of Paris as one on which he had power to negotiate, and the undersigned then told him that the matter had already been committed to the care of Lord Lyons, at Washington, with authority to agree with the government of the United States on the basis of the adoption of three of the articles and the omission of the first, being that relating to privateering. So far the statement of Mr. Adams agrees substantially with that here made. But the representation of the undersigned was strictly accurate, and in faith of it he subjoins the despatch by which Lord Lyons was authorised to negotiate on the basis of the three latter articles of the declaration of Paris. Lord Lyons, however, was not empowered to sign a convention, because that form had not been adopted by the Powers who originally signed the declaration, nor by any of the

**No. 186.** numerous States which afterwards gave their adherence to its articles.

Gross-  
britannien,  
28. August  
1861.

¶ At a later period, when Mr. Adams brought a copy of his full powers to the Foreign Office, the undersigned asked why the adherence of the United States should not be given in the same form as that of other Powers, and he was told in reply, that as the constitution of the United States required the consent of the Senate to any agreement with foreign Powers, that agreement must necessarily, or at least would most conveniently, be made in the shape of a convention. ¶ The undersigned yielded to this argument, and proposed to the government of the Emperor of the French, with which her Majesty's government have been acting throughout in complete agreement, to concur likewise in this departure from the form in which the declaration of Paris had been adopted by the maritime Powers of Europe. ¶ But the British government could not sign the convention proposed by the United States as an act of Great Britain singly and alone, and they found to their surprise that in case of France and of some of the other European Powers, the addition of Mr. Marcy, relating to private property at sea, had been proposed by the ministers of the United States at the courts of those powers. The undersigned concurs in the statement made by Mr. Adams respecting the transactions which followed. Her Majesty's government, like Mr. Adams, wished to establish a doctrine for all time, with a view to lessen the horrors of war all over the globe. The instructions sent to Lord Lyons prove the sincerity of their wish to give permanence and fixity of principles to this part of the law of nations. The undersigned has now arrived at that part of the subject upon which the negotiation is interrupted. The undersigned has notified Mr. Adams his intention to accompany his signature of the proposed convention with a declaration to the effect that her Majesty „does not intend thereby to undertake any engagement which shall have any bearing, direct or indirect, on the internal differences now prevailing in the United States.“ ¶ The reasons for this course can be easily explained. On some recent occasions, as on the fulfilment of the treaty of 1846, respecting the boundary, and with respect to the treaty called by the name of the „Clayton-Bulwer Treaty,“ serious differences have arisen with regard to the precise meaning of words, and the intention of those who framed them. It was most desirable in framing a new agreement not to give rise to a fresh dispute. But the different attitude of Great Britain and of the United States in regard to the internal dissensions now unhappily prevailing in the United States gave warning that such a dispute might arise out of the proposed convention. ¶ Her Majesty's government, upon receiving intelligence that the President had declared by proclamation his intention to blockade the ports of nine of the States of the Union, and that Mr. Davis, speaking in the name of those nine States, had declared his intention to issue letters of marque and reprisals; and having also received certain information of the design of both sides to arm, had come to the conclusion that civil war existed in America, and her Majesty had thereupon proclaimed her neutrality in the approaching contest. ¶ The government of the United States, on the other hand, spoke

only of unlawful combinations, and designated those concerned in them as rebels and pirates. It would follow, logically and consistently, from the attitude taken by her Majesty's government, that the so-called Confederate States, being acknowledged as a belligerent, might, by the law of nations, arm privateers, and that their privateers must be regarded as the armed vessels of a belligerent. ¶ With equal logic and consistency it would follow, from the position taken by the United States, that the privateers of the Southern States might be decreed to be pirates; and it might be further argued by the government of the United States that a European Power signing a convention with the United States, declaring that privateering was and remains abolished, would be bound to treat the privateers of the so-called Confederate States as pirates. ¶ Hence, instead of an agreement, charges of bad faith and violation of a convention might be brought in the United States against the Power signing such a convention, and treating the privateers of the so-called Confederate States as those of a belligerent Power. ¶ The undersigned had at first intended to make verbally the declaration proposed. But he considered it would be more clear, more open, more fair to Mr. Adams, to put the declaration in writing, and give notice of it to Mr. Adams before signing the convention. ¶ The undersigned will not now reply to the reasons given by Mr. Adams for not signing the convention if accompanied by the proposed declaration. Her Majesty's government wish the question to be fairly weighed by the United States government. The undersigned, like Mr. Adams, wishes to maintain and perpetuate the most friendly relations between her Majesty's kingdom and the United States. It is in this spirit that her Majesty's government decline to bind themselves, without a clear explanation on their part, to a convention which, seemingly confined to an adoption of the declaration of Paris of 1856, might be construed as an engagement to interfere in the unhappy dissensions now prevailing in the United States—an interference which would be contrary to her Majesty's public declarations, and would be a reversal of the policy which her Majesty has deliberately sanctioned. etc.

Ch. F. Adams, Esq., etc. etc.

Russell.

## No. 187.

VEREINIGTE STAATEN. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in London. — Den Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt zu der Pariser Seerechts-declaration betreffend. —

Department of State, Washington, Sept. 7. 1861.

Sir, — I have received your despatch of August 23 (No. 32). No. 187. It is accompanied by a note which was addressed to you by Lord Russell on the 19th of the same month, and a paper containing the form of an official declaration which he proposes to make on the part of Her Majesty on the occasion of affixing his signature to the projected Convention between the United States and Great Britain for the accession of the former Power to the articles of the declaration of the Congress of Paris for the melioration

No. 186.  
Gross-  
britannien,  
28. August  
1861.

Vereinigte  
Staaten,  
7. Septbr.  
1861.

**No. 187.** of the rigour of international law in regard to neutrals in maritime war.

Vereinigete  
Staaten,  
7. Septbr.  
1861.

The instrument thus submitted to us by Lord Russell is in the following words: — „Draught of Declaration. — In affixing his signature to the Convention of this day between Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland and the United States of America, the Earl Russell declares, by order of Her Majesty, that Her Majesty does not intend thereby to undertake any engagement which shall have any bearing, direct or indirect, on the internal differences now prevailing in the United States.“ ¶ Lord Russell, in his note to you, explains the object of the Instrument by saying it is intended to prevent any misconception as to the nature of the engagement to be taken by Her Majesty. ¶ You have judged very rightly in considering this proceeding, on the part of the British Government, as one so grave and so novel in its character as to render further action on your part in regard to the projected Convention inadmissible until you shall have special instructions from this department. ¶ Long before the present communication can reach you, my instructions of August 17, No. 61, will have come to your hands. That paper directed you to ask Lord Russell to explain a passage in a note written to you, and then lying before me, in which he said: — „I need scarcely add that, on the part of Great Britain, the engagement (to be contained in the projected convention) will be prospective, and will not invalidate anything already done“; which explanation I stated would be expected as a preliminary before you could proceed further in the transaction. ¶ You have thus been already prepared for the information that your resolution to await special instructions in the emergency is approved. ¶ I feel myself at liberty, perhaps bound, to assume that Lord Russell's proposed declaration, which I have herein recited, will have been already regarded, as well by him as by yourself, as sufficiently answering the request for preliminary explanations which you were instructed to make. ¶ I may therefore assume that the case is fully before me, and that the question whether this Government will consent to enter into the projected treaty with Great Britain, subject to the condition of admitting the simultaneous declaration on Her Majesty's part, proposed by Lord Russell, is ready to be decided. ¶ I am instructed by the President to say that the proposed declaration is inadmissible. ¶ It would be virtually a new and distinct article incorporated into the projected convention. To admit such a new article would, for the first time in the history of the United States, be to permit a foreign Power to take cognizance of and adjust its relations upon assumed internal and purely domestic differences existing within our own country. ¶ This broad consideration supersedes any necessity for considering in what manner or in what degree the projected convention, if completed, either subject to the explanation proposed or not, would bear directly or indirectly on the internal differences which the British Government assume to be prevailing in the United States. ¶ I do not enlarge upon this branch of the subject. It is enough to say that the view thus adopted by the President seems to be in harmony equally with a prudent regard to the safety of the Republic and a just sense of



its honor and dignity. ¶ The proposed declaration is inadmissible, among **No. 187.** other reasons, because it is not mutual. It proposes a special rule by which Her Majesty's obligations shall be meliorated in the bearing upon internal difficulties now prevailing in the United States, while the obligations to be assumed by the United States shall not be similarly meliorated or at all affected in their bearing on internal differences that may now be prevailing, or may hereafter arise and prevail, in Great Britain. ¶ It is inadmissible, because it would [be a substantial and even a radical departure from the declaration of the Congress at Paris. That declaration makes no exception in favour of any of the parties to it in regard to the bearing of their obligations upon internal differences which may prevail in the territories or dominions of the parties. ¶ The declaration of the Congress of Paris is the joint act of 46 great and enlightened Powers, designing to alleviate the evils of maritime war, and promote the first interest of humanity, which is peace. The Government of Great Britain will not, I am sure, expect us to accede to this noble act otherwise than upon the same equal footing upon which all the other parties to it are standing. We could not consent to accede to the declaration with a modification of its terms unless all the present parties to it should stipulate that the modification should be adopted as one of universal application. The British Government cannot but know that there would be little prospect of an entire reformation of the declaration of Paris at the present time, and it has not even told us that it would accept the modification as a general one if it were proposed. ¶ It results that the United States must accede to the declaration of the Congress of Paris on the same terms with all the other parties to it, or that they do not accede to it at all. ¶ You will present these considerations to Lord Russell, not as arguments why the British Government ought to recede from the position it has assumed, but as the grounds upon which the United States decline to enter into the projected convention recognizing that exceptional position of Her Majesty. ¶ If, therefore, Her Britannic Majesty's Government shall adhere to the proposition thus disallowed, you will inform Lord Russell that the negotiation must for the present be suspended. ¶ I forbear purposely from a review of the past correspondence, to ascertain the relative responsibilities of the parties for this failure of negotiation, from which I had hoped results would flow beneficial, not only to those two nations, but to the whole world—beneficial, not in the present age only, but in future ages. ¶ It is my desire that we may withdraw from the subject, carrying away no feelings of passion, prejudice, or jealousy, so that in some happier time it may be resumed, and the important objects of the proposed convention may be fully secured. I believe that the propitious time is even now not distant; and I will hope that when it comes Great Britain will not only willingly and unconditionally accept the adhesion of the United States to all the benignant articles of the declaration of the Congress at Paris, but will even go further, and, relinquishing her present objections, consent, as the United States have so constantly invited, that

Vereinigtes  
Staaten,  
7. Septbr.  
1861.

**No. 187.** the private property, not contraband, of citizens and subjects of nations in collision shall be exempted from confiscation equally in warfare waged on the land and in warfare waged upon the seas, which are the common highways of all nations. ¶ Regarding this negotiation as at an end, the question arises, What, then, are to be the views and policy of the United States in regard to the rights of neutrals in maritime war in the present case? My previous despatches leave no uncertainty on this point. We regard Great Britain as a friend. Her Majesty's flag, according to our traditional principles, covers enemy's goods not contraband of war. Goods of Her Majesty's subjects, not contraband of war, are exempt from confiscation though found under a neutral or disloyal flag. No depredations shall be committed by our naval forces or by those of any of our citizens, so far as we can prevent it, upon the vessels or property of British subjects. Our blockade being effective, must be respected. ¶ The unfortunate failure of our negotiations to amend the law of nations in regard to maritime war does not make us enemies, although, if they had been successful, we should have, perhaps, been more assured friends. ¶ Civil war is a calamity from which certainly no people or nation that has ever existed has been always exempt. It is one which probably no nation ever will escape. Perhaps its most injurious trait is its tendency to subvert the good understanding and break up the relations existing between the distracted State and friendly nations, and to involve them, sooner or later, in war. It is the desire of the United States that the internal differences existing in this country may be confined within our own borders. I do not suffer myself for a moment to doubt that Great Britain has a desire that we may be successful in attaining that object, and that she looks with dread upon the possibility of being herself drawn into this unhappy internal controversy of our own. I do not think it can be regarded as disrespectful if you should remind Lord Russell that when, in 1838, a civil war broke out in Canada, a part of the British dominions adjacent to the United States, the Congress of the United States passed, and the President executed, a law which effectually prevented any intervention against the Government of Great Britain in those internal differences by American citizens, whatever might be their motives, real or pretended, whether of interest or sympathy. I send you a copy of that enactment. The British Government will judge for itself whether it is suggestive of any measures on the part of Great Britain that might tend to preserve the peace of the two countries, and, through that way, the peace of all nations. ¶ I am, etc.

**Ch. F. Adams, Esq., etc., London.**

**W. H. Seward.**

## Nr. 188.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Paris. — Den Verlauf und Abbruch der Verhandlungen mit dem französischen Cabinet über den Beitritt zu der Pariser Seerechtsdeclaration betr. —

Department of State, Washington, Sept. 10, 1861.

Sir — Your despatch of August 22 (No. 35) has been received. I learn from it that M. Thouvenel is unwilling to negotiate for an accession by the United States to the declaration of the Congress of Paris concerning the rights of neutrals in maritime war, except „on a distinct understanding that it is to have no bearing, directly or indirectly, on the question of the domestic difficulty now existing in our country“, and that to render the matter certain M. Thouvenel proposes to make a written declaration simultaneously with his execution of the projected convention for that accession. ¶ You have sent me a copy of a note to this effect, addressed to you by M. Thouvenel, and have also represented to me an official conversation which he has held with you upon the same subject. The declaration which M. Thouvenel thus proposes to make is in these words: — „In affixing his signature to the convention concluded on date of this day between France and the United States, the undersigned declares, in execution of the orders of the Emperor, that the government of his Majesty does not intend to undertake by the said convention any engagements of a nature to implicate it, directly or indirectly, in the internal conflict now existing in the United States.“ ¶ My despatch of the 17th day of August last (No. 41), which you must have received some time ago, will already have prepared you to expect my approval of the decision to wait for specific instructions in this new emergency at which you have arrived. ¶ The obscurity of the text of the declaration which M. Thouvenel submits to us is sufficiently relieved by his verbal explanations. According to your report of the conversation, before referred to, he said that both France and Great Britain had already announced that they would take no part in our domestic controversy, and they thought a frank and open declaration in advance of the execution of the projected convention might save difficulty and misconception hereafter. He further said, in the way of specification, that the provisions of the convention standing alone might bind England and France to pursue and punish the privateers of the South as pirates; that they are unwilling to do this, and had so declared. He said also that we could deal with these people as we chose, and they (England and France) could only express their regrets on the score of humanity if we should deal with them as pirates, but that they could not participate in such a course. He added that, although England and France are anxious to have the adhesion of the United States to the declaration of Paris, yet that they would rather dispense with it altogether than be drawn into our domestic controversy. He insisted somewhat pointedly that we could take no just exception to this outside declaration, to be made simultaneously with the execution of the convention, unless we intended that they (England and France) shall be made parties to our controversy, and that the very facts of your hesitation

No. 188.  
Vereinigte  
Staaten,  
10. Septbr.  
1861.

**No. 188.** was an additional reason why they should insist upon making such contemporaneous declaration as they proposed. ¶ These remarks of M. Thouvenel are certainly distinguished by entire frankness. It shall be my effort to reply to them with moderation and candour. ¶ In 1856, France, Great Britain, Russia, Prussia, Sardinia, and Turkey, being assembled in Congress at Paris, with a view to modify the law of nations so as to meliorate the evils of maritime war, adopted and set forth a declaration, which is in the following words:

Vereinigste  
Staaten,  
10. Septbr.  
1861.

1. Privateering is and remains abolished;
2. The neutral flag covers enemy's goods, with the exception of contraband of war.
3. Neutral goods, with the exception of contraband of war, are not liable to capture under enemy's flag.
4. Blockades, in order to be binding, must be effective—that is to say, maintained by forces sufficient really to prevent access to the coast of the enemy.

The States which constituted the Congress mutually agreed to submit the declaration to all other nations; and invite them to accede to it. It was to be submitted as no special or narrow treaty between particular States for limited periods or special purposes of advantage, or under peculiar circumstances; but, on the contrary, its several articles were by voluntary acceptance of maritime powers to constitute a new chapter in the law of nations, and each one of the articles was to be universal and eternal in its application and obligation. France especially invited the United States to accede to these articles. An invitation was actually tendered to all other civilised nations, and the articles have been already adopted by forty-one of the Powers thus invited. The United States hesitated, but only for the purpose of making an effort to induce the other parties to enlarge the beneficent scope of the declaration. Having failed in that effort, they now, after a delay not unusual in such great international discussions, offer their adhesion to that declaration, pure and simple, in the form, words, and manner in which it was originally adopted and accepted by all of the forty-six nations which have become parties to it. France declines to receive that adhesion unless she be allowed to make a special declaration, which would constitute an additional and qualifying article, limiting the obligations of France to the United States to a narrower range than the obligations which the United States must assume towards France and towards every other one of the forty-six sovereigns who are parties to it, and narrower than the mutual obligations of all those parties, including France herself. ¶ If we should accede to that condition it manifestly would not be the declaration of the Congress of Paris to which we would be adhering, but a different and special and peculiar treaty between France and the United States only. Even as such a treaty it would be unequal. Assuming that M. Thouvenel's reasoning is correct, we should in that case, be contracting an obligation, directly or indirectly, to implicate ourselves in any internal conflict that may now be existing, or that may hereafter occur in France,

while she would be distinctly excused by us from any similar duty towards the United States. ¶ I know that France is a friend, and means to be just and equal towards the United States. I must assume, therefore, that she means not to make an exceptional arrangement with us, but to carry out the same arrangement in her interpretation of the obligations of the declaration of the Congress of Paris in regard to other powers. Thus carried out, the declaration of Paris would be expounded so as to exclude all internal conflicts in States from the application of the articles of that celebrated declaration. Most of the wars of modern times — perhaps of all times — have been insurrectionary wars, or „internal conflicts.“ If the position now assumed by France should thus be taken by all the other parties to the declaration, then it would follow that the first article of that instrument, instead of being in fact a universal and effectual inhibition of the practice of privateering, would abrogate it only in wars between foreign nations, while it would enjoy universal toleration in civil and social wars. With great deference I cannot but think that, thus modified, the declaration of the Congress of Paris would lose much of the reverence which it has hitherto received from Christian nations. If it were proper for me to pursue the argument further, I might add that sedition, insurrection and treason would find in such a new reading of the declaration of Paris encouragement which would tend to render the most stable and even the most beneficent systems of government insecure. Nor do I know on what grounds it can be contended that practices more destructive to property and life ought to be tolerated in civil or fratricidal wars than are allowed in wars between independent nations. ¶ I cannot, indeed, admit that the engagement which France is required to make, without the qualifying declaration in question, would directly or indirectly implicate her in our internal conflicts. But if such should be its effect, I must, in the first place, disclaim any desire for such an intervention on the part of the United States. The whole of this long correspondence has had for one of its objects the purpose of averting any such intervention. If, however, such an intervention would be the result of the unqualified execution of the convention by France, then the fault clearly must be inherent in the declaration of the congress of Paris itself, and it is not a result of anything that the United States have done or proposed. ¶ Two motives induced them to tender their adhesion to that declaration— first, a sincere desire to co-operate with other progressive nations in the amelioration of the rigours of maritime war; second, a desire to relieve France from any apprehension of danger to the lives or property of her people from violence to occur in the course of the civil conflict in which we are engaged, by giving her unasked, all the guarantees in that respect which are contained in the declaration of the Congress of Paris. The latter of these two motives is now put to rest, insomuch as France declines the guarantees we offer. Doubtless she is satisfied that they are unnecessary. We have always practised on the principles of the declaration. We did so long before they were adopted by the Congress of Paris, so far as the right of neutrals or friendly States are concerned. While our relations with

**No. 188.** France remain as they now are, we shall continue the same practice none the less faithfully than if bound to do so by a solemn convention. ¶ The other and higher motive will remain unsatisfied, and it will lose none of its force. We shall be ready to accede to the declaration of Paris with every Power that will agree to adopt its principles for the government of its relations to us, and which shall be content to accept our adhesion on the same basis upon which all the other parties to it have acceded. ¶ We know that France has a high and generous ambition. We shall wait for her to accept hereafter that co-operation, on our part, in a great reform which she now declines. We shall not doubt that, when the present embarrassment which causes her to decline this co-operation shall have been removed, as it soon will be, she will then agree with us to go still further, and abolish the confiscation of property of nonbelligerent citizens and subjects in maritime war. ¶ You will inform M. Thouvenel that the proposed declaration, on the part of the Emperor, is deemed inadmissible by the President of the United States, and if it shall be insisted upon, you will then inform him that you are instructed for the present to desist from further negotiations on the subject involved. ¶ I am, etc.

Vereinigte  
Staaten,  
10. Septbr.  
1861.

Wm. L. Dayton, Esq., etc. Paris.

W. H. Seward.

### Nr. 189.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Lieutenant Fairfax an Captain Wilkes, Befehlshaber des San Jacinto. — Bericht über die Wegnahme' des Herrn Mason und Genossen von Bord des „Trent.“ —

U. S. Steamer San Jacinto, at sea, Nov. 12, 1861.

**No. 189.** Sir, — At 12:20 P. M., on the 8th inst., I repaired alongside of the British mail packet in an armed cutter, accompanied by Mr. Houston, second-assistant engineer, and Mr. Grace, the boatswain. I went on board the Trent alone, leaving the two officers in the boat, with orders to await until it became necessary to show some force. I was shown up by the first officer to the quarterdeck, where I met the Captain, and informed him, who I was, asking to see his passenger list. He declined letting me see it. I then told him that I had information of Mr. Mason, Mr. Slidell, Mr. Eustis and Mr. M'Farland having taken their passage at Havana in the packet to St. Thomas, and would satisfy myself whether they were on board before allowing his steamer to proceed. Mr. Slidell, evidently hearing his name mentioned, came up to me and asked if I wanted to see him. Mr. Mason soon joined us, and then Mr. Eustis and Mr. M'Farland, when I made known the object of my visit. The Captain of the Trent opposed anything like a search of his vessel, nor would he consent to show papers or passenger list. The four gentlemen above mentioned protested also against my arresting and sending them to the United States steamer near by. There was considerable noise among the passengers just about that time, and that led Mr. Houston and Mr. Grace to repair on board, with some six or eight

Vereinigte  
Staaten,  
12. Novbr.  
1861.

men, all armed. After several unsuccessful efforts to persuade Mr. Mason and Mr. Slidell to go with me peaceably, I called to Mr. Houston and ordered him to return to the ship with the information that the four gentlemen named in your order of the 8th inst. were on board, and force must be applied to take them out of the packet. ¶ About three minutes after there was still greater excitement on the quarterdeck, which brought Mr. Grace with his armed party. I, however, deemed the presence of any armed men unnecessary, and only calculated to alarm the ladies present, and directed Mr. Grace to return to the lower deck, where he had been since first coming on board. It must have been less than half an hour after I boarded the Trent when the second armed cutter, under Lieut. Greer, came alongside, (only two armed boats being used.) He brought in the third cutter eight marines and four machinists, in addition to a crew of some twelve men. When the marines and some armed men had been formed just outside of the main deck cabin, where these four gentlemen had gone to pack up their baggage I renewed my efforts to induce them to accompany me on board. Still refusing to accompany me unless force was applied, I called in to my assistance four or five officers, and, first taking hold of Mr. Mason's shoulder, with another officer on the opposite side, I went as far as the gangway of the steamer and delivered him over to Lieut. Greer, to be placed in the boat. I then returned for Mr. Slidell, who insisted that I must apply considerable force to get him to go with me; calling in at least three officers, he also was taken in charge and handed over to Mr. Greer. ¶ Mr. M'Farland and Mr. Eustis, after protesting, went quietly into the boat. They had been permitted to collect their baggage, but were sent in advance of it, under charge of Lieut. Greer. ¶ I gave my personal attention to the luggage, saw it put in a boat, and sent in charge of an officer to the San Jacinto. ¶ When Mr. Slidell was taken prisoner, a great deal of noise was made by some of the passengers, which caused Lieut. Greer to send the marines into the cabin. They were immediately ordered to return to their former position outside. I carried out my purpose without using any force beyond what appears in this report. ¶ The mail agent, who is a retired commander in the British navy, seemed to have a great deal to say as to the propriety of my course, but I purposely avoided all official intercourse with him. When I finally was leaving the steamer he made some apology for his rude conduct, and expressed, personally, his approval of the manner in which I carried out my orders. We parted company from the Trent at 3:20 P. M.

*D. M. Fairfax,*  
Lieut. and Executive Officer.

*Captain Charles Wilkes, U. S. N.,*  
*Commanding San Jacinto.*

## No. 190.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Capt. Wilkes vom San Jacinto a. d. Marineminister. —  
Die Wegnahme des Herrn Mason und Genossen von Bord des Trent betr. —

United States Steamer San Jacinto,  
at Sea, Nov. 16. 1861.

No. 190.  
Vereinigte  
Staaten,  
18. Novbr.  
1861.

Sir,—In my despatch by Commander Taylor I confined myself to the reports of the movements of this ship and the facts connected with the capture of Messrs. Mason, Slidell, Eustis, and M'Farland, as I intended to write you particularly relative to the reasons which induced my action in making these prisoners. When I heard at Cienfuegos, on the south side of Cuba, of these commissioners having landed on the island of Cuba, and that they were at Havannah, and would depart in the English steamer of the 7th November, I determined to intercept them, and carefully examined all the authorities on international law to which I had access—viz., Kent, Wheaton, Vattel, besides various decisions of Sir William Scott and other judges of the Admiralty Court of Great Britain, which bore upon the rights of neutrals and their responsibilities. The governments of Great Britain, France, and Spain having issued proclamations that the Confederate States were viewed, considered, and treated as belligerents, and knowing that the ports of Great Britain, France, and Spain, and Holland, in the West Indies, were open to their vessels, and that they were admitted to all the courtesies and protection vessels of the United States received, every aid and attention being given them, proved clearly that they acted upon this view and decision, and brought them within the international law of search, and under the responsibilities. I therefore felt no hesitation in boarding and searching all vessels of whatever nation I fell in with, and have done so. The question arose in my mind whether I had the right to capture the persons of these commissioners—whether they were amenable to capture. There was no doubt I had the right to capture vessels with written despatches; they are expressly referred to in all authorities, subjecting the vessel to seizure and condemnation if the captain of the vessel had the knowledge of their being on board; but these gentlemen were not despatches in the literal sense, and did not seem to come under that designation, and nowhere could I find a case in point. That they were commissioners I had ample proof from their own avowal, and bent on mischievous and traitorous errands against our country—to overthrow its institutions and enter into treaties and alliances with foreign states, expressly forbidden by the constitution. They had been presented to the Captain General of Cuba by her Britannic Majesty's consul general, but the Captain General told me he had not received them in that capacity, but as distinguished gentlemen and strangers. I then considered them as the embodiment of despatches, and as they had openly declared themselves as charged with all authority from the Confederate government to form treaties and alliances tending to the establishment of their independence, I became satisfied that their mission was adverse and criminal to the Union, and it, therefore, became my duty to arrest their progress and capture them, if they had no passports or papers



from the Federal government, as provided for under the law of nations, viz.—that foreign ministers of a belligerent on board of neutral ships are required to possess papers from the other belligerent to permit them to pass free. Report and assumption gave them the title of ministers to France and England, but inasmuch as they had not been received by either of these powers, I did not conceive they had immunity attached to their persons, and were but escaped conspirators plotting and contriving to overthrow the government of the United States, and they were, therefore, not to be considered as having any claim to the immunities attached to the character they thought fit to assume. As respects the steamer in which they embarked, I ascertained in the Havannah that she was a merchant vessel plying between Vera Cruz, the Havannah, and St. Thomas, carrying the mail by contract. The agent of the vessel, the son of the British consul at Havannah, was well aware of the character of these persons, that they engaged their passage and did embark in the vessel; his father had visited them, and introduced them as ministers of the Confederate States, on their way to England and France. They went in the steamer with the knowledge and consent of the captain, who endeavoured afterwards to conceal them by refusing to exhibit the passenger list and the papers of the vessel. There can be no doubt he knew they were carrying highly important despatches, and were endowed with instructions inimical to the United States. This rendered his vessel, a neutral, a good prize; and I determined to take possession of her, and, as I mentioned in my report, send her to Key West for adjudication, where I am well satisfied she would have been condemned for carrying these persons and for resisting to be searched; the cargo was also liable, as all the shippers were knowing to the embarkation of these live despatches and their traitorous motives and actions to the Union of the United States. I forbore to seize her, however, in consequence of my being so reduced in officers and crew and the derangement it would cause innocent persons, there being a large number of passengers who would have been put to great loss and inconvenience as well as disappointment from the interruption it would have caused them in not being able to join the steamer from St. Thomas for Europe. I therefore concluded to sacrifice the interests of my officers and crew in the prize, and suffered the steamer to depart after the necessary detention to effect the transfer of these commissioners, considering I had obtained the important end I had in view, and which affected the interests of our country and interrupted the action of that of the Confederates. I would add that the conduct of her Britannic Majesty's subjects, both official and others, showed but little regard or obedience to her proclamation, by aiding and abetting the views and endeavouring to conceal the persons of the commissioners. I have pointed out sufficient reasons to show you that my action in this case was derived from a firm conviction that it became my duty to make these parties prisoners, and to bring them to the United States. Although in my giving up this valuable prize I have deprived the officers and crew of a well-earned reward, I am assured they are quite content to forego any

**No. 190.** advantages which might have accrued to them under the circumstances. I may add that, having assumed the responsibility, I am willing to abide the result. — I am etc.

Vereinigte  
Staaten,  
16. Novbr.  
1861.

*Hon. Gideon Welles, Secretary of the Navy.*

*Charles Wilkes, Captain.*

## No. 191.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Washington. — Genugthuungsforderung wegen der Trent-Angelegenheit\*). —

Foreign Office, November 30, 1861.

**No. 191.**

Gross-  
britannien,  
30. Novbr.  
1861.

My Lord, — Intelligence of a very grave nature has reached Her Majesty's Government. ¶ This intelligence was conveyed officially to the knowledge of the Admiralty by Commander Williams, agent for mails on board the contract steamer Trent. ¶ It appears from the letter of Commander Williams, dated „Royal Mail Contract Packet Trent, at Sea, November 9“, that the Trent left Havannah on the 7th instant, with Her Majesty's mails for England, having on board numerous passengers. Commander Williams states [that shortly after noon on the 8th a steamer having the appearance of a man-of-war, but not showing colours, was observed ahead. On uearing her at a quarter past 1 p. m., she fired a round shot from her pivot gun across the bows of the Trent, and showed American colours. While the Trent was approaching her slowly the American vessel discharged a shell across the bows of the Trent, exploding half a cable's length ahead of her. The Trent then stopped, and an officer with a large armed guard of marines boarded her. The officer demanded a list of the passengers; and, compliance with this demand being refused, the officer said he had orders to arrest Messrs. Mason, Slidell, McFarland, and Eustis, and that he had sure information of their being passengers in the Trent. While some parley was going on upon this matter Mr. Slidell stepped forward and told the American officer that the four persons he had named were then standing before him. ¶ The commander of the Trent and Commander Williams protested against the act of taking by force out of the Trent these four passengers, then under the protection of the British flag. But the San Jacinto was at that time only two hundred yards from the Trent, her ship's company at quarters, her ports open, and tompions out. Resistance was therefore out of the question, and the four gentlemen before named were forcibly taken out of the ship. A further demand was made that the commander of the Trent should proceed on board the San Jacinto, but he said he would not go unless forcibly compelled likewise, and this demand was not insisted upon. ¶ It thus appears that certain individuals have been forcibly taken from on board a British vessel, the ship of a neutral Power, while such vessel was pursuing a lawful and innocent voyage — an act of violence which was an affront to the British flag and a violation of international law. ¶ Her Majesty's Government, having in mind the friendly

\*) Vrgl. unten No. 198.

relations which have long subsisted between Great Britain and the United States, are willing to believe that the United States naval officer who committed this aggression was not acting in compliance with any authority from his Government, or that if he conceived himself to be so authorized he greatly misunderstood the instructions which he had received. ¶ For the Government of the United States must be fully aware that the British Government could not allow such an affront to the national honour to pass without full reparation, and Her Majesty's Government are unwilling to believe that it could be the deliberate intention of the Government of the United States unnecessarily to force into discussion, between the two Governments, a question of so grave a character, and with regard to which the whole British nation would be sure to entertain such unanimity of feeling. ¶ Her Majesty's Government, therefore, trust that when this matter shall have been brought under the consideration of the Government of the United States that Government will, of its own accord, offer to the British Government such redress as alone could satisfy the British nation, namely, the liberation of the four gentlemen and their delivery to your lordship, in order that they may again be placed under British protection, and a suitable apology for the aggression which has been committed. ¶ Should these terms not be offered by Mr. Seward you will propose them to him. ¶ You are at liberty to read this despatch to the Secretary of State, and, if he shall desire it, you will give him a copy of it. ¶ I am, etc.

*The Lord Lyons, etc., Washington.*

*Russell.*

No. 191.  
Gross-  
britannien,  
30. Novbr.  
1861.

## No. 192.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den Gesandten in London. — Die Trentangelegenheit und andere Differenzpunkte betr. —

Department of State, Washington, November 30, 1861.

(Extract.) Sir, — Your confidential note of the 15th of November, not marked as a despatch, has been submitted to the President, and I hasten to reply to it in time for the Wednesday's mail. ¶ No Minister ever spoke or acted more wisely in a crisis which excited deep public solicitude than you did on the occasion of the Lord Mayor's dinner. ¶ We are impressed very favorably by Lord Palmerston's conversation with you. You spoke the simple fact when you told him that the life of this insurrection is sustained by its hopes of recognition in Great Britain and in France. It would perish in ninety days if those hopes should cease. I have never for a moment believed that such a recognition could take place without producing immediately a war between the United States and all the recognising Powers. I have not supposed it possible that the British Government could fail to see this; and at the same time I have sincerely believed the British Government must, in its inmost heart, be as averse from such a war as I know this Government is. ¶ I am sure that this Government has carefully avoided giving any cause of offence or irritation to Great Britain. But it has seemed to me that the British Government has been inattentive to the

No. 192.  
Vereinigte  
Staaten,  
30. Novbr.  
1861.

No. 192. currents that seemed to be bringing the two countries into collision — — —

Vereinigte  
Staaten,  
30. Novbr.  
1861.

¶ I infer from Lord Palmerston's remark that the British Government is now awake to the importance of averting possible conflict, and disposed to confer and act with earnestness to that end. If so we are disposed to meet them in the same spirit, as a nation chiefly of British lineage, sentiments, and sympathies — a civilized and humane nation, a Christian people. ¶ Since that conversation was held Captain Wilkes, in the steamer San Jacinto, has boarded a British colonial steamer and taken from her deck two insurgents who were proceeding to Europe on an errand of treason against their own country. This is a new incident, unknown to and unforeseen, at least in its circumstances, by Lord Palmerston. It is to be met and disposed of by the two Governments, if possible, in the spirit to which I have adverted. ¶ Lord Lyons has prudently refrained from opening the subject to me, as I presume waiting instructions from home. We have done nothing on the subject to anticipate the discussion; and we have not furnished you with any explanations. We adhere to that course now, because we think it more prudent that the ground taken by the British Government should be first made known to us here; and that the discussion, if there must be one, shall be had here. ¶ It is proper, however, that you should know one fact in the case without indicating that we attach importance to it, namely, that, in the capture of Messrs. Mason and Slidell on board a British vessel, Captain Wilkes having acted without any instruction from the Government, the subject is therefore free from the embarrassment which might have resulted if the act had been specially directed by us. ¶ I trust that the British Government will consider the subject in a friendly temper, and it may expect the best disposition on the part of this Government. ¶ Although this is a confidential note, I shall not object to your reading it to Earl Russell and Lord Palmerston if you deem it expedient. ¶ I am, etc.

*William H. Seward.*

*C. F. Adams Esq. etc., London.*

## No. 193.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Washington. — Eine Unterhaltung mit dem amerikanischen Gesandten in London aus Veranlassung der vorausgehenden Depesche betr. —

Foreign Office, Dec, 19, 1861.

No. 193.

Gross-  
britannien,  
19. Decbr.  
1861.

My Lord, — Mr. Adams came to me to-day, at the Foreign Office, at three o'clock. He said he came to ask two questions which concerned himself personally. ¶ I interrupted him to ask whether what he was going to say was by order of his government, or from his own sense of what he ought to do. ¶ Mr. Adams answered that the proceeding was entirely his own, but that he had with him a despatch from Mr. Seward which he was authorised to read to me if he should think fit to do so. It appeared, he said, from that despatch, that the government of Washington had not authorised the capture of the two insurgents, Mason and Slidell, and that

the United States government stood quite uncommitted at the time of sending the despatch. ¶ I said that if the despatch did not enter into any controversy with regard to the case of Messrs. Mason and Slidell, I should be glad to hear it read. ¶ Mr. Adams then proceeded to read the despatch.

No. 193.  
Gross-  
britannien,  
19. Decbr.  
1861.

It commenced by referring with approbation to a speech made by Mr. Adams at the Mansion-house, and proceeded to notice with gratification the sentiments which had been expressed by Lord Palmerston in a conversation he had held with Mr. Adams in reference to the James Adger. ¶ Mr. Seward then proceeds to declare that the American government value highly the friendship of Great Britain, and lament that certain causes of difference have arisen, owing, as M. Seward imagines, to the want of attention on the part of the British government to the performance of the duties incumbent on a friendly Power during the struggle in which the United States are engaged. Mr. Seward gives as instances the case of communication to the Confederate authorities by Mr. Bunch; the admission of the Sumter privateer, to purchase coal and provisions at Trinidad, in distinction, as he said, to the conduct of every European State; and the arrival in the Southern States of vessels laden with arms and ammunition from England. ¶ Mr. Seward then proceeds to the case of the Trent, from which ship the two insurgents had been taken. He affirms that no instructions were given to Captain Wilkes which authorised him to act in the manner he had done.

- Neither had the United States government committed itself with regard to any decision upon the character of that act. The government would wait for any representation the British government might make before coming to any positive decision. He desires that if Mr Adams shall think it desirable this despatch shall be read to me, and also to Lord Palmerston. ¶ In answer to Mr. Adams, I touched upon most of the points treated of in the despatch. I did not think it necessary, however, to recur to the case of Mr. Bunch. ¶ With regard to the Confederate privateer, I said that I could not see that our conduct had been different from that of France and Holland, or of Spain. The Sumter had been refused coal from the government stores at Trinidad, but had been allowed to get coal and provisions from private merchants. The same thing had taken place at Martinique and at Curaçoa. I did not find that the rule of 24 hours had been observed in practice, but there would be little difficulty in coming to an agreement on this point. ¶ In regard to the export of arms and ammunition to the Confederate States, I had lately read the opinion of the Attorney General, and believed it was in entire conformity with the provisions of the Foreign Enlistment Act: warlike equipment of a vessel was prohibited; the loading a vessel with arms and ammunition was not prohibited. But, in point of fact, a much greater amount of arms and ammunition had been sent to the Federal States, where there was no obstacle to the export or the import, than to the ports of the Confederate States which were blockaded. Mr. Adams admitted this to be the fact, and said he had refrained from pressing a more rigorous compliance with the Foreign Enlistment Act for this reason. ¶ I then stated to Mr. Adams the substance of the two despatches

**No. 193.** I had written to Lord Lyons on the subject of the Trent. ¶ I told him that in a private letter I had directed Lord Lyons to talk the matter over with Mr. Seward two days before reading to him the despatch. Mr. Adams asked whether the direction to Lord Lyons to leave Washington in seven days was in the despatch to be read. I said it was not, and that in case Mr. Seward should ask what would be the consequence of a refusal on his part to comply with our conditions, Lord Lyons was to decline to answer that question, in order not to have the appearance of a threat. I said that I thought the explanation that the government had not authorised the seizure would stand in the place of an apology. ¶ But the essential condition was, that Mr. Mason and Mr. Slidell should be given up to Lord Lyons. ¶ Mr. Adams said that if the matter was stated to Mr. Seward in the manner I had explained, he hoped for an amicable termination of the difference; he thought that if the government of the United States insisted on maintaining the act of Captain Wilkes, the United States would be abandoning their doctrine and adopting ours. ¶ Mr. Adams asked me a further question, which he said I might decline to answer; it was whether, if Lord Lyons came away, a declaration of war would be the immediate consequence. ¶ I told him nothing was decided on that point; we should wait for a reply from America, and then decide upon our course. ¶ I stated to Mr. Adams the substance of M. Thouvenel's despatch to M. Mercier, as I had heard it from M. de Flahault. ¶ Mr. Adams said that the French government had always been very consistent in their maintenance of the rights of neutrals. He added that he could not pay our government the same compliment. ¶ I said I would dispense with compliments if this matter could be amicable arranged. ¶ We parted on very friendly terms.—I am, &c.,

*The Lord Lyons, Washington.*

*Russell.*

## No. 194.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. grossbritannischen Gesandten in Washington. — Bewilligung der Auslieferung der an Bord des Trent weggenommenen Personen. —

Department of State, Washington, December 26, 1861.

**No. 194.** Mylord, — Earl Russell's despatch of November the 30th, a copy of which you have left with me at my request, is of the following effect, namely: ¶ That a letter of Commander Williams, dated Royal Mail Contract Packet-boat Trent, at Sea, November 9th, states that that vessel left Havana on the 7th of November, with Her Majesty's mails for England, having on board numerous passengers. ¶ Shortly after noon, on the 8th of November, the United States war steamer San Jacinto, Captain Wilkes, not showing colors, was observed ahead. That steamer, on being neared by the Trent, at one o'clock fifteen minutes in the afternoon, fired a round shot from a pivot gun across her bows, and showed American colors. While the Trent was approaching slowly towards the San Jacinto she discharged a shell across the Trent's bows, which exploded at half a cable's

**No. 194.**  
Vereinigte  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.

length before her. The Trent then stopped, and an officer with a large armed guard of marines boarded her. ¶ The officer said he had orders to arrest Messrs. Mason, Slidell, M'Farland and Eustis, and had sure information that they were passengers in the Trent. While some parley was going on upon this matter, Mr. Slidell stepped forward and said to the American officer that the four persons he had named were standing before him. The Commander of the Trent and Commander Williams protested against the act of taking those four passengers out of the Trent, they then being under the protection of the British flag. But the San Jacinto was at this time only two hundred yards distant, her ship's company at quarters, her ports open and tompions out, and so resistance was out of the question. ¶ The four persons before-named were then forcibly taken out of the ship. A further demand was made that the Commander of the Trent should proceed on board the San Jacinto, but he said he would not go unless forcibly compelled likewise, and this demand was not insisted upon. ¶ Upon this statement Earl Russell remarks that it thus appears that certain individuals have been forcibly taken from on board a British vessel, the ship of a neutral Power, while that vessel was pursuing a lawful and innocent voyage — an act of violence which was an affront to the British flag, and a violation of international law. ¶ Earl Russell next says that Her Majesty's Government, bearing in mind the friendly relations which have long subsisted between Great Britain and the United States, are willing to believe that the naval officer who committed this aggression was not acting in compliance with any authority from his Government, or that, if he conceived himself to be so authorized, he greatly misunderstood the instructions which he had received. ¶ Earl Russell argues that the United States must be fully aware that the British Government could not allow such an affront to the national honor to pass without full reparation, and they are willing to believe that it could not be the deliberate intention of the Government of the United States unnecessarily to force into discussion between the two Governments a question of so grave a character, and with regard to which the whole British nation would be sure to entertain such unanimity of feeling. ¶ Earl Russell, resting upon the statement and the argument which I have thus recited, closes with saying that Her Majesty's Government trust that when this matter shall have been brought under the consideration of the Government of the United States, it will, of its own accord, offer to the British Government such redress as alone could satisfy the British nation, namely, the liberation of the four prisoners taken from the Trent, and their delivery to your Lordship, in order that they may again be placed under British protection, and a suitable apology for the aggression which has been committed. Earl Russell finally instructs you to propose those terms to me, if I should not first offer them on the part of the Government. ¶ This despatch has been submitted to the President. ¶ The British Government has rightly conjectured, what it is now my duty to state, that Capt. Wilkes, in conceiving and executing the proceeding in question, acted upon his own suggestions of duty, without any direction or instruction, or even fore-

No. 194. knowledge of it on the part of this Government. No directions had been given to him, or any other naval officer, to arrest the four persons named, or any of them, on the Trent, or on any other British vessel, or on any other neutral vessel, at the place where it occurred, or elsewhere. The British Government will justly infer from these facts that the United States not only have no purpose, but even no thought, of forcing into discussion the question which has arisen, or any other which could affect in any way the sensibilities of the British nation. ¶ It is true that a round shot was fired by the San Jacinto from her pivot gun when the Trent was distantly approaching. But, as the facts have been reported to this Government, the shot was nevertheless intentionally fired in a direction so obviously divergent from the course of the Trent as to be quite as harmless as a blank shot, while it should be regarded as a signal. ¶ So also we learn that the Trent was not approaching the San Jacinto slowly when the shell was fired across her bows, but, on the contrary, the Trent was, or seemed to be, moving under a full head of steam, as if with a purpose to pass the San Jacinto. ¶ We are informed also that the boarding officer (Lieut. Fairfax) did not board the Trent with a large armed guard, but he left his marines in his boat when he entered the Trent. He stated his instructions from Capt. Wilkes to search for the four persons named, in a respectful and courteous though decided manner, and he asked the captain of the Trent to show his passenger list, which was refused. The Lieutenant, as we are informed, did not employ absolute force in transferring the passengers, but he used just so much as was necessary to satisfy the parties concerned that refusal or resistance would be unavailing. ¶ So, also, we are informed that the Captain of the Trent was not at any time or in any way required to go on board the San Jacinto. ¶ These modifications of the case as presented by Commander Williams are based upon our official reports. ¶ I have now to remind your Lordship of some facts which doubtlessly were omitted by Earl Russell with the very proper and becoming motive of allowing them to be brought into the case, on the part of the United States, in the way most satisfactory to this Government. ¶ These facts are, that at the time the transaction occurred an insurrection was existing in the United States, which this Government was engaged in suppressing by the employment of land and naval forces; that in regard to this domestic strife the United States considered Great Britain as a friendly Power, while she had assumed for herself the attitude of a neutral; and that Spain was considered in the same light, and had assumed the same attitude as Great Britain. ¶ It had been settled by correspondence that the United States and Great Britain mutually recognised as applicable to this local strife these two articles of the declaration made by the Congress of Paris in 1856, namely, that the neutral or friendly flag should cover enemy's goods not contraband of war, and that neutral goods, not contraband of war, are not liable to capture under an enemy's flag. ¶ These exceptions of contraband from favor were a negative acceptance by the parties of the rule hitherto everywhere recognized as a part of the law of nations, that whatever is contraband is

Vereinigte  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.



liable to capture and confiscation in all cases. ¶ James M. Mason and E. J. McFarland are citizens of the United States and residents of Virginia. ¶ John Slidell and George Eustis are citizens of the United States and residents of Louisiana. ¶ It was well known at Havana when these parties embarked in the Trent that James M. Mason was proceeding to England in the affected character of a Minister Plenipotentiary to the Court of St. James, under a pretended commission from Jefferson Davis, who had assumed to be President of the insurrectionary party in the United States, and E. J. McFarland was going with him in a like unreal character of Secretary of Legation to the pretended mission. ¶ John Slidell, in similar circumstances, was going to Paris as a pretended Minister to the Emperor of the French, and George Eustis was the chosen Secretary of Legation for that simulated mission. ¶ The fact that these persons had assumed such characters has been since avowed by the same Jefferson Davis in a pretended message to an unlawful and insurrectionary Congress. It was, as we think, rightly presumed that these Ministers bore pretended credentials and instructions, and such papers are in the law known as despatches. We are informed by our Consul at Paris that these despatches, having escaped the search of the Trent, were actually conveyed and delivered to emissaries of the insurrection in England. ¶ Although it is not essential, yet it is proper to state, as I do also upon information and belief, that the owner and agent, and all the officers of the Trent, including the Commander Williams, had knowledge of the assumed characters and purposes of the persons beforenamed when they embarked on that vessel. ¶ Your lordship will now perceive that the case before us, instead of presenting a merely flagrant act of violence on the part of Captain Wilkes, as might well be inferred from the incomplete statement of it that went up to the British Government, was undertaken as a simple, legal and customary belligerent proceeding by Captain Wilkes to arrest and capture a neutral vessel engaged in carrying contraband of war for the use and benefit of the insurgents. ¶ The question before us is, whether this proceeding was authorized by and conducted according to the law of nations. ¶ It involves the following inquiries: ¶ 1st. Were the persons Umed and their supposed despatches contraband of war? ¶ 2d. Might Captain Wilkes lawfully stop and search the Trent for these contraband persons and despatches? ¶ 3d. Did he exercise that right in a lawful and proper manner? ¶ 4th. Having found the contraband persons on board and in presumed possession of the contraband despatches had he a right to capture the persons? ¶ 5th. Did he exercise that right of capture in the manner allowed and renognised by the law of nations? ¶ If all these inquiries shall be resolved in the affirmative the British Government will have no claim for reparation. ¶ I address myself to the first inquiry, namely, were the four persons mentioned, and their supposed despatches, contraband? ¶ Maritime law so generally deals, as its professors sayt, in rem, that is, with property, and so seldom with persons, that it seems a straining of the term contraband to apply it to them. But persons, as well as property, may become contraband, since the word means

No. 194. broadly „contrary to proclamation, prohibited, idlegal, unlawful.“ ¶ All  
 Vereinigte  
 Staaten.  
 26. Decbr.  
 1861. writers and judges pronounce naval or military persons in the service of  
 the enemy contraband. ¶ Vattel says „war allows us to cut off from an  
 enemy all his resources, and to hinder him from sending ministers to solicit  
 assistance.“ And Sir William Scott says „you may stop the ambassador of  
 your enemy on his passage.“ Despatches are not less clearly contraband,  
 and the bearers or couriers who undertake to carry them fall under the  
 same condemnation. ¶ A subtlety might be raised, whether pretended min-  
 isters of an usurping Power, not recognised as legal by either the belligerent  
 or the neutral, could be held to be contraband. But it would disappear  
 on being subjected to what is the true test in all cases — namely, the  
 spirit of the law. Sir William Scott, speaking of civil magistrates who  
 were arrested and detained as contraband, says: „It appears to me on  
 principle to be but reasonable that when it is of sufficient importance to  
 the enemy that such persons shall be sent out on the public service at the  
 publik expense, it should afford equal ground of forfeiture against the  
 vessel that may be let out for a purpose so intimately connected with the  
 hostile operations. ¶ I trust that I have shown that the four persons who  
 were taken from the Trent by Captain Wilkes, and their despatches, were  
 contraband of war. ¶ The second inquiry is, whether Capt. Wilkes had  
 a right by the law of nations to detain and search the Trent? ¶ The  
 Trent, though she carried mails, was a contract or merchant vessel — a  
 common carrier for hire. Maritime law knows only three classes of vessels—  
 vessels of war, revenue vessels, and merchant vessels. The Trent falls  
 within the latter class. Whatever disputes have existed concerning a right  
 of visitation or search in time of peace, none, it is supposed, has existed  
 in modern times about the right of a belligerent in time of war to capture  
 contraband in neutral and even friendly merchant vessels, and of the right  
 of visitation and search, in order to determine whether they are neutral,  
 and are documented as such according to the law of nations. ¶ I assume,  
 in the present case, what, as I read British authorities, is regarded by  
 Great Britain herself as true maritime law: that the circumstance that the  
 Trent was proceeding from a neutral port to another neutral port does not  
 modify the right of the belligerent captor. ¶ The third question is, whether  
 Capt. Wilkes exercised the right of search in a lawful and proper manner?  
 ¶ If any doubt hung over this point, as the case was presented in the  
 statement of it adopted by the British Government, I think it must have  
 already passed away before the modifications of that statement which I  
 have already submitted. ¶ I proceed to the fourth inquiry, namely: Having  
 found the suspected contraband of war on board the Trent, had Captain  
 Wilkes a right to capture the same? ¶ Such a capture is the chief if not  
 the only recognised object of the permitted visitation and search. The  
 principle of the law is, that the belligerent exposed to danger may prevent  
 the contraband persons or things from applying themselves or being applied  
 to the hostile uses or purposes designed. The law is so very liberal in  
 this respect that when contraband is found on board a neutral vessel, not

only is the contraband forfeited, but the vessel, which is the vehicle of its passage or transportation, being tainted, also becomes contraband, and is subjected to capture and confiscation. ¶ Only the fifth question remains, namely: Did Captain Wilkes exercise the right of capturing the contraband in conformity with the law of nations? ¶ It is just here that the difficulties of the case begin. What is the manner which the law of nations prescribes for disposing of the contraband when you have found and seized it on board of the neutral vessel? ¶ The answer would be easily found if the question were, what you shall do with the contraband vessel. You must take or send her into a convenient port, and subject her to a judicial prosecution there in admiralty, which will try and decide the questions of belligerency, neutrality, contraband, and capture. So, again, you would promptly find the same answer if the question were: What is the manner of proceeding prescribed by the law of nations in regard to the contraband if it be property or things of material or pecuniary value? ¶ But the question here concerns the mode of procedure in regard, not to the vessel that was carrying the contraband, nor yet to contraband things which worked the forfeiture of the vessel, but to contraband persons. ¶ The books of law are dumb. Yet the question is as important as it is difficult. First, the belligerent captor has a right to prevent the contraband officer, soldier, sailor, minister, messenger, or courier from proceeding in his unlawful voyage and reaching the destined scene of his injurious service. But, on the other hand, the person captured may be innocent — that is, he may not be contraband. ¶ He, therefore, has a right to a fair trial of the accusation against him. The neutral State that has taken him under its flag, is bound to protect him if he is not contraband, and is therefore entitled to be satisfied upon that important question. The faith of that State is pledged to his safety, if innocent, as its justice is pledged to his surrender if he is really contraband. ¶ Here are conflicting claims, involving personal liberty, life, honor, and duty. Here are conflicting national claims, involving welfare, safety, honor, and empire. They require a tribunal and a trial. The captors and the captured are equals; the neutral and the belligerent State equals. ¶ While the law authorities were found silent, it was suggested at an early day by this Government that you should take the captured persons into a convenient port and institute judicial proceedings there to try the controversy. But only courts of admiralty have jurisdiction in maritime cases, and these courts have formulas to try only claims to contraband chattels, but none to try claims concerning contraband persons. The courts can entertain no proceedings and render no judgment in favor of or against the alleged contraband men. ¶ It was replied all this is true; but you can reach in those courts a decision which will have the moral weight of a judicial one by a circuitous proceeding. Convey the suspected men, together with the suspected vessel, into port, and try there the question whether the vessel is contraband. You can prove it to be so by proving the suspected men to be contraband, and the court must then determine the vessel to be contraband. If the men are not contraband the vessel will

**No. 194.** escape condemnation. Still there is no judgment for or against the captured persons. But it was assumed that there would result from the determination of the court concerning the vessel a legal certainty concerning the character of the men. ¶ This course of proceeding seemed open to many objections. It elevates the incidental inferior private interest into the proper place of the main paramount public one, and possibly it may make the fortunes, the safety, or the existence of a nation depend on the accidents of a merely personal and pecuniary litigation. Moreover, when the judgment of the prize court upon the lawfulness of the capture of the vessel is rendered, it really concludes nothing, and binds neither the belligerent State nor the neutral upon the great question of the disposition to be made of the captured contraband persons. That question is still to be really determined, if at all, by diplomatic arrangement or by war. ¶ One may well express his surprise when told that the law of nations has furnished no more reasonable, practical, and perfect mode than this of determining questions of such grave import between sovereign Powers. The regret we may feel on the occasion is nevertheless modified by the reflection that the difficulty is not altogether anomalous. Similar and equal deficiencies are found in every system of municipal law, especially in the system which exists in the greater portions of Great Britain and the United States. The title to personal property can hardly ever be resolved by a court without resorting to the fiction that the claimant has lost and the possessor has found it, and the title to real estate is disputed by real litigants under the names of imaginary persons. ¶ It must be confessed, however, that while all aggrieved nations demand, and all impartial ones concede, the need of some form of judicial process in determining the characters of contraband persons, no other form than the illogical and circuitous one thus described exists, nor has any other yet been suggested. Practically, therefore, the choice is between that judicial remedy or no judicial remedy whatever. ¶ If there be no judicial remedy, the result is that the question must be determined by the captor himself, on the deck of the prize vessel. Very grave objections arise against such a course. The captor is armed, the neutral is unarmed. The captor is interested, prejudiced, and perhaps violent; the neutral, if truly neutral, is disinterested, subdued, and helpless. ¶ The tribunal is irresponsible, while its judgment is carried into instant execution. The captured party is compelled to submit though bound by no legal, moral, or treaty obligation to acquiesce. Reparation is distant and problematical, and depends at last on the justice, magnanimity, or weakness of the State in whose behalf and by whose authority the capture was made. Out of these disputes reprisals and wars necessarily arise, and these are so frequent and destructive that it may well be doubted whether this form of remedy is not a greater social evil than all that could follow if the belligerent right of search were universally renounced and abolished forever. But carry the case one step further. What if the State that has made the capture unreasonably refuse to hear the complaint of the neutral or to redress it? In that case, the very act of capture would be an act of war—of war begun without notice, and pos-

**No. 194.**  
 Vereinigte  
 Staaten,  
 26. Decbr.  
 1861.

sibly entirely without provocation. ¶ I think all unprejudiced minds will agree that, imperfect as the existing judicial remedy may be supposed to be, it would be, as a general practice, better to follow it than to adopt the summary one of leaving the decision with the captor, and relying upon diplomatic debates to review his decision. Practically, it is a question of choice between law, with its imperfections and delays, and war, with its evils and desolations. Nor is it ever to be forgotten that neutrality, honestly and justly preserved, is always the harbinger of peace, and therefore is the common interest of nations, which is only saying that it is the interest of humanity itself. ¶ At the same time it is not to be denied that it may sometimes happen that the judicial remedy will become impossible, as by the shipwreck of the prize vessel, or other circumstances which excuse the captor from sending or taking her into port for confiscation. In such a case the right of the captor to the custody of the captured persons and to dispose of them, if they are really contraband, so as to defeat their unlawful purposes, cannot reasonably be denied. ¶ What rule shall be applied in such a case? Clearly, the captor ought to be required to show that the failure of the judicial remedy results from circumstances beyond his control and without his fault. Otherwise, he would be allowed to derive advantage from a wrongful act of his own. ¶ In the present case, Captain Wilkes, after capturing the contraband persons and making prize of the Trent in what seems to us a perfectly lawful manner, instead of sending her into port, released her from the capture, and permitted her to proceed with her whole cargo upon her voyage. He thus effectually prevented the judicial examination which might otherwise have occurred. ¶ If, now, the capture of the contraband persons and the capture of the contraband vessel are to be regarded, not as two separable or distinct transactions under the law of nations, but as one transaction, one capture only, then it follows that the capture in this case was left unfinished, or was abandoned. Whether the United States have a right to retain the chief public benefits of it, namely, the custody of the captured persons on proving them to be contraband, will depend upon the preliminary question whether the leaving of the transaction unfinished was necessary, or whether it was unnecessary, and therefore voluntary. If it was necessary, Great Britain, as we suppose, must of course waive the defect, and the consequent failure of the judicial remedy. On the other hand, it is not seen how the United States can insist upon her waiver of that judicial remedy, if the defect of the capture resulted from an act of Captain Wilkes, which would be a fault on their own side. ¶ Capt. Wilkes has presented to this Government his reasons for releasing the Trent. „I forbore to seize her,“ he says, „in consequence of my being so reduced in officers and crew, and the derangement it would cause innocent persons, there being a large number of passengers who would have been put to great loss and inconvenience, as well as disappointment, from the interruption it would have caused them in not being able to join the steamer from St. Thomas to Europe. I therefore concluded to sacrifice the interest of my officers and crew in the prize, and suffered her

No 104.  
Vereinigte  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.

No. 194. to proceed, after the detention necessary to effect the transfer of those Com-  
 Vereinigte missioners, considering I had obtained the important end I had in view,  
 Staaten, and which affected the interest of our country and interrupted the action of  
 26. Decbr. that of the Confederates.“ ¶ I shall consider, first, how these reasons ought  
 1861. to affect the action of this Government; and, secondly, how they ought to  
 be expected to affect the action of Great Britain. ¶ The reasons are satis-  
 factory to this Government, so far as Captain Wilkes is concerned. It  
 could not desire that the San Jacinto, her officers and crew, should be  
 exposed to danger and loss by weakening their number to detach a prize  
 crew to go on board the Trent. Still less could it disavow the humane  
 motive of preventing inconveniences, losses, and perhaps disasters, to the  
 several hundred innocent passengers found on board the prize vessel. Nor  
 could this Government perceive any ground for questioning the fact that  
 these reasons, though apparently incongruous, did operate in the mind of  
 Captain Wilkes and determine him to release the Trent. Human actions  
 generally proceed upon mingled, and sometimes conflicting, motives. He  
 measured the sacrifices which this decision would cost. It manifestly,  
 however, did not occur to him that beyond the sacrifice of the private  
 interests (as he calls them) of his officers and crew, there might also possi-  
 bly be a sacrifice even of the chief and public object of his capture—  
 namely, the right of his Government to the custody and disposition of the  
 captured persons. This Government cannot censure him for this oversight.  
 It confesses that the whole subject came unforeseen upon the Government,  
 as doubtless it did upon him. Its present convictions on the point in question  
 are the result of deliberate examination and deduction now made, and not  
 of any impressions previously formed. ¶ Nevertheless, the question now is,  
 not whether Captain Wilkes is justified to his Government in what he did,  
 but what is the present view of the Government as to the effect, of what  
 he has done. Assuming now, for arguments sake only, that the release of  
 the Trent, if voluntary, involved a waiver of the claim of the Government  
 to hold the captured persons, the United States could in that case have no  
 hesitation in saying that the act which has thus already been approved by  
 the Government must be allowed to draw its legal consequence after it.  
 It is of the very nature of a gift or a charity that the giver cannot, after  
 the exercise of his benevolence is past, recall or modify its benefits. ¶ We  
 are thus brought directly to the question whether we are entitled to regard  
 the release of the Trent as involuntary, or whether we are obliged to con-  
 sider that it was voluntary. Clearly the release would have been involun-  
 tary had it been made solely upon the first ground assigned for it by  
 Capt. Wilkes, namely, a want of a sufficient force to send the prize vessel  
 into port for adjudication. It is not the duty of a captor to hazard his  
 own vessel in order to secure a judicial examination to the captured party.  
 No large prize crew, however, is legally necessary, for it is the duty of  
 the captured party to acquiesce and go willingly before the tribunal to  
 whose jurisdiction it appeals. If the captured party indicate purposes to  
 employ means of resistance which the captor cannot with probable safety

to himself overcome, he may properly leave the vessel to go forward; and neither she nor the State she represents can ever afterwards justly object that the captor deprived her of the judicial remedy to which she was entitled. ¶ But the second reason assigned by Capt. Wilkes for releasing the Trent differs from the first. At best, therefore, it must be held that Capt. Wilkes, as he explains himself, acted from combined sentiments of prudence and generosity, and so that the release of the prize vessel was not strictly necessary or involuntary. ¶ Secondly. How ought we to expect these explanations by Capt. Wilkes of his reasons for leaving the capture incomplete to affect the action of the British Government? ¶ The observation upon this point which first occurs is, that Capt. Wilkes's explanations were not made to the authorities of the captured vessel. If made known to them they might have approved and taken the release, upon the condition of waiving a judicial investigation of the whole transaction, or they might have refused to accent the release upon that condition. ¶ But the case is one not with them, but with the British Government. If we claim that Great Britain ought not to insist that a judicial trial has been lost because we voluntarily released the offending vessel out of consideration for her innocent passengers, I do not see how she is to be bound to acquiesce in the decision which was thus made by us without necessity on our part, and without knowledge of conditions or consent on her own. The question between Great Britain and ourselves thus stated would be a question not of right and of law, but of favor to be conceded by her to us in return for favors shown by us to her, of the value of which favors on both sides we ourselves shall be the judge. Of course the United States could have no thought of raising such a question in any case. ¶ I trust that I have shown to the satisfaction of the British Government, by a very simple and natural statement of the facts, and analysis of the law applicable to them, that this Government has neither meditated, nor practised, nor approved any deliberate wrong in the transaction to which they have called its attention; and, on the contrary, that what has happened has been simply an inadvertency, consisting in a departure, by the naval officer, free from any wrongful motive, from a rule uncertainly established, and probably by the several parties concerned either imperfectly understood or entirely unknown. For this error the British Government has a right to expect the same reparation that we, as an independent State, should expect from Great Britain or from any other friendly nation in a similar case. ¶ I have not been unaware that, in examining this question, I have fallen into an argument for what seems to be the British side of it against my own country. But I am relieved from all embarrassment on that subject. I had hardly fallen into that line of argument when I discovered that I was really defending and maintaining, not an exclusively British interest, but an old, honored, and cherished American cause, not upon British authorities, but upon principles that constitute a large portion of the distinctive policy by which the United States have developed the resources of a continent, and, thus becoming a considerable

No. 194.  
Vereinigtes  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.

No. 194. maritime Power, have won the respect and confidence of many nations. These principles were laid down for us in 1804, by James Madison, when Secretary of State in the Administration of Thomas Jefferson, in instructions given to James Monroe, our Minister to England. Although the case before him concerned a description of persons different from those who are incidentally the subjects of the present discussion, the ground he assumed then was the same I now occupy, and the arguments by which he sustained himself upon it have been an inspiration to me in preparing this reply. ¶ „Whenever,“ he says, „property found in a neutral vessel is supposed to be liable on any ground to capture and condemnation, the rule in all cases is, that the question shall not be decided by the captor, but be carried before a legal tribunal, where a regular trial may be had, and where the captor himself is liable to damages for an abuse of his power. Can it be reasonable, then, or just, that a belligerent commander who is thus restricted, and thus responsible in a case of mere property of trivial amount, should be permitted, without recurring to any tribunal whatever, to examine the crew of a neutral vessel, to decide the important question of their respective allegiances, and to carry that decision into execution by forcing every individual he may choose into a service abhorrent to his feelings, cutting him off from his most tender connexions, exposing his mind and his person to the most humiliating discipline, and his life itself to the greatest danger? Reason, justice, and humanity unite in protesting against so extravagant a proceeding.“ ¶ If I decide this case in favor of my own Government, I must disavow its most cherished principles, and reverse and forever abandon its essential policy. The country cannot afford the sacrifice. If I maintain those principles and adhere to that policy, I must surrender the case itself. It will be seen, therefore, that this Government could not deny the justice of the claim presented to us in this respect upon its merits. We are asked to do to the British nation just what we have always insisted all nations ought to do to us. ¶ The claim of the British Government is not made in a discourteous manner. This Government, since its first organization, has never used more guarded language in a similar case. ¶ In coming to my conclusion I have not forgotten that, if the safety of this Union required the detention of the captured persons, it would be the right and duty of this Government to detain them. But the effectual check and waning proportions of the existing insurrection, as well as the comparative unimportance of the captured persons themselves, when dispassionately weighed, happily forbid me from resorting to that defence. ¶ Nor am I unaware that American citizens are not in any case to be unnecessarily surrendered for any purpose into the keeping of a foreign State. Only the captured persons, however, or others who are interested in them, could justly raise a question on that ground. ¶ Nor have I been tempted at all by suggestions that cases might be found in history where Great Britain refused to yield to other nations, and even to ourselves, claims like that which is now before us. Those cases occurred when Great Britain, as well as the United States, was the home of generations which, with all

Vereinigte  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.



their peculiar interests and passions. have passed away. She could in no other way so effectually disavow any such injury as we think she does by assuming now as her own the ground upon which we then stood. I would tell little for our own claims to the character of a just and magnanimous people if we should so far consent to be guided by the law of retaliation as to lift up buried injuries from their graves to oppose against what national consistency and the national conscience compel us to regard as a claim intrinsically right. ¶ Putting behind me all suggestions of this kind, I prefer to express my satisfaction that, by the adjustment of the present case upon principles confessedly American, and yet, as I trust, mutually satisfactory to both of the nations concerned, a question is finally and rightly settled between them, which, heretofore exhausting not only all forms of peaceful discussion, but also the arbitrament of war itself, for more than half a century alienated the two countries from each other, and perplexed with fears and apprehensions all other nations. ¶ The four persons in question are now held in military custody at Fort Warren, in the State of Massachusetts. They will be cheerfully liberated. Your lordship will please indicate a time and place for receiving them. ¶ I avail myself etc.

*The Lord Lyons etc.*

*W. H. Seward.*

---

### No. 195.

**GROSSBRITANNIEN.**—Gesandter in Washington an den königl. Min. d. Ausw. —  
Begleitbericht zu der vorausgehenden amerikanischen Note. —

Washington, Dec. 27, 1861. (received January 9, 1862.)

My Lord,—I have the honour to enclose a copy of a note which I have this morning received from Mr. Seward, in answer to your lordship's despatch of the 30th of last month, relative to the removal of Mr. Mason, Mr. Slidell, Mr. MacFarland, and Mr. Eustis, from the British mail packet Trent. ¶ The note contains a very long and very elaborate dissertation on the questions of international law involved in the case. I have not time, before the departure of the messenger, to weigh the arguments, or to estimate precisely the force of the expressions used. But as Mr. Seward admits that reparation is due to Great Britain, and consents to deliver the four prisoners to me, I consider that the demands of Her Majesty's Government are so far substantially complied with, that it is my duty, in obedience to your lordship's commands, to report the facts to Her Majesty's Government for their consideration, and to remain at my post until I receive further orders. ¶ I have the honour to enclose a copy of the answer which I have made to Mr. Seward's note. I have confined myself to stating that I will forward a copy of it to Her Majesty's Government, and that I will confer with Mr. Seward personally on the arrangements to be made for the delivery of the prisoners to me. ¶ I have &c.,

*To Earl Russell etc.*

*Lyons.*

No. 194.  
Vereinigtes  
Staaten,  
26. Decbr.  
1861.

No. 195.  
Gross-  
britannien,  
27. Decbr.  
1861.

## No. 196.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den amerikanischen Min. d. Ausw. — Empfangsanzeige der Note Nro. 194. —

Washington, December 27, 1861.

No. 196.  
Gross-  
britannien,  
27. Decbr.  
1861.

Sir, — I have this morning received the note which you did me the honour to address to me yesterday, in answer to Earl Russell's despatch of the 30th of November last, relative to the removal of Mr. Mason, Mr. Slidell, Mr. M'Farland, and Mr. Eustis from the British mail packet „Trent.“ ¶ I will, without any loss of time, forward to Her Majesty's Government a copy of the important communication which you have made to me. ¶ I will also without delay, do myself the honour to confer with you personally on the arrangements to be made for delivering the four gentlemen to me, in order that they may again be placed under the protection of the British flag. ¶ I have the honour &c.

*The Hon. W. H. Seward etc.*

*Lyons.*

## Nr. 197.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Washington. — Erklärung der Befriedigung mit der von den Vereinigten Staaten gewährten Genugthuung in der Trent-Angelegenheit. —

Foreign Office, Jan. 11, 1862.

No. 197.  
Gross-  
britannien,  
11. Januar  
1862.

My Lord, — In my despatch to you of the 30th of November, after informing you of the circumstances which had occurred in relation to the capture of the four persons taken from on board the Trent, I stated to you that it thus appeared that certain individuals had been forcibly taken from on board a British vessel, the ship of a neutral power, while such vessel was pursuing a lawful and innocent voyage, an act of violence which was an affront to the British flag, and a violation of international law. I concluded by directing you, in case the reparation, which Her Majesty's Government expected to receive, should not be offered by Mr. Seward, to propose to that Minister to make such redress as alone would satisfy the British nation, namely, first, the liberation of the four gentlemen taken from on board the Trent, and their delivery to your Lordship, in order that they might again be placed under British protection; and, secondly, a suitable apology for the aggression which had been committed. ¶ I received, yesterday, your despatch of the 27th ultimo, inclosing a note to you from Mr. Seward, which is in substance the answer to my despatch of the 30th of November. ¶ Proceeding at once to the main points in discussion between us, Her Majesty's Government have carefully examined how far Mr. Seward's note, and the conduct it announces, complies substantially with the two proposals I have recited. ¶ With regard to the first, viz., the liberation of the prisoners with a view to their being again placed under British protection, I find that the note concludes by stating that the prisoners will be cheerfully liberated, and by calling upon your Lordship to indicate a time and place for receiving them. ¶ No condition of any kind

is coupled with the liberation of the prisoners. ¶ With regard to the suitable apology which the British Government had a right to expect, I find that the Government of the United States distinctly and unequivocally declares that no directions had been given to Captain Wilkes, or to any other naval officer, to arrest the four persons named, or any of them, on the Trent, or on any other British vessel, or on any other neutral vessel, at the place where it occurred or elsewhere. ¶ I find, further, that the Secretary of State expressly forbears to justify the particular act of which Her Majesty's Government complained. If the United States Government had alleged that although Captain Wilkes had no previous instruction for that purpose, he was right in capturing the persons of the four prisoners, and in removing them from the Trent on board his own vessel, to be afterwards carried into a port of the United States, the government which had thus sanctioned the proceeding of Captain Wilkes would have become responsible for the original violence and insult of the act. But Mr. Seward contents himself with stating that what has happened has been simply an inadvertency, consisting in a departure by a naval officer, free from any wrongful motive, from a rule uncertainly established, and probably by the several parties concerned either imperfectly understood or entirely unknown. The Secretary of State goes on to affirm that for this error the British government has a right to expect the same reparation which the United States, as an independent State, should expect from Great Britain, or from any other friendly nation, in a similar case. ¶ Her Majesty's Government having carefully taken into their consideration the liberation of the prisoners, the delivery of them into your hands, and the explanations to which I have just referred, have arrived at the conclusion that they constitute the reparation which Her Majesty and the British nation had a right to expect. ¶ It gives Her Majesty's Government great satisfaction to be enabled to arrive at a conclusion favourable to the maintenance of the most friendly relations between the two nations. I need not discuss the modifications in my statement of facts which Mr. Seward says he has derived from the reports of officers of his Government. ¶ I cannot conclude, however, without adverting shortly to the discussions which Mr. Seward has raised upon points not prominently brought into question in my despatch of the 30th of November. I there objected, on the part of Her Majesty's Government, to that which Captain Wilkes had done. Mr. Seward, in his answer, points out what he conceives Captain Wilkes might have done without violating the law of nations. ¶ It is not necessary that I should here discuss in detail the five questions ably argued by the Secretary of State; but it is necessary that I should say that Her Majesty's Government differ from Mr. Seward in some of the conclusions at which he has arrived. And it may lead to a better understanding between the two nations on several points of international law which may during the present contest or at some future time be brought into question, that I should state to you, for communication to the Secretary of State, wherein those differences consist; I hope to do so in a few days. ¶ In the mean time it will be desirable that the Commanders of the United

**No. 197.** States cruizers should be instructed not to repeat acts for which the British Government will have to ask for redress, and which the United States Government cannot undertake to justify. ¶ You will read and give a copy of this despatch to the Secretary of State. ¶ I am, &c. *Russell.*  
*The Lord Lyons etc., Washington.*

---

### No. 198.

**GROSSBRITANNIEN.** — Mfn. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Washington. — Billigung des Verhaltens des Letztern in der Trentangelegenheit —

Foreign Office. Janr. 11. 1862.

**No. 198.** My Lord, — Your conduct in the important matter of the Trent is entirely approved of by Her Majesty. The discretion and good temper you have shown have contributed greatly to the success of our operations. ¶ In order to give your Lordship, by a public document, a proof that you have acted strictly according to the instructions you have received, I inclose an extract, annexed to this despatch, of a private letter I addressed to you on the 1st of December last. ¶ I am, &c. *Russell.*  
*The Lord Lyons, Washington.*

(Auszug aus einem Privatschreiben des Grafen Russell an Lord Lyons vom 1. Decbr. 1861.)

The despatches which were agreed to at the Cabinet yesterday morning, and which I have signed this morning, impose upon you a disagreeable task. My wish would be that, at your first interview with Mr. Seward, you should not take my despatch with you, but should prepare him for it, and ask him to settle with the President and the Cabinet what course they would propose. ¶ The next time you should bring my despatch, and read it to him fully. ¶ If he asks what will be the consequence of his refusing compliance, I think you should say that you wish to leave him and the President quite free to take their own course, and that you desire to abstain from anything like menace.

---

### No. 199.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. französischen Gesandten in Washington. — Antwort auf die französische Auslassung in der Trentangelegenheit. \*) —

Department of State, Washington, December 27, 1861.

**No. 199.** Sir, I have submitted to the President the copy you were so good as to give me of the despatch addressed to you on the 3d of December, instant, concerning the recent proceedings of Capt. Wilkes, in arresting certain persons on board of the British contract mail steamer Trent. ¶ Before receiving the paper, however, the President had decided upon the disposition to be made of the subject which has caused so much anxiety

---

\*) Bd. 1. Nro. 174. Zu gleichem Zwecke mit der französischen sind Depeschen an die Gesandten in Washington erlassen von Oesterreich vom 18. Decbr., und von Preussen am 25. Decbr. 1861. (Vergl. nächstes Heft.)

fact, the nature of the question which has been, but happily is no longer, at issue. It concerned the respective rights of belligerents and of neutrals. We must therefore discard entirely from our minds the allegation that the captured persons were rebels, and we must consider them only as enemies of the United States at war with its Government, for that is the ground on which Mr. Seward ultimately places the discussion. It is the only ground upon which foreign Governments can treat it. ¶ The first inquiry that arises, therefore, is as Mr. Seward states it, „Were the persons named, and their supposed despatches, contraband of war?“ ¶ Upon this question Her Majesty's Government differ entirely from Mr. Seward. ¶ The general right and duty of a neutral Power to maintain its own communications and friendly relations with both belligerents cannot be disputed. „A neutral nation“, says Vattel, <sup>1)</sup> „continues, with the two parties at war, in the several relations nature has placed between nations. It is ready to perform towards both of them all the duties of humanity, reciprocally due from nation to nation“. In the performance of these duties, on both sides, the neutral nation has itself a most direct and material interest, especially when it has numerous citizens resident in the territories of both belligerents; and when its citizens, resident both there and at home, have property of great value in the territories of the belligerents, which may be exposed to danger from acts of confiscation and violence if the protection of their own Government should be withheld. This is the case with respect to British subjects during the present civil war in North America. ¶ Acting upon these principles, Sir William Scott, in the case of the *Caroline*, <sup>2)</sup> during the war between Great Britain and France, decided that the carrying of despatches from the French Ambassador resident in the United States to the Government of France by an United States merchant-ship was no violation of the neutrality of the United States in the war between Great Britain and France, and that such despatches could not be treated as contraband of war: „The neutral country“, he said, „has a right to preserve its relations with the enemy, and you are not at liberty to conclude that any communication between them can partake, in any degree, of the nature of hostility against you. The enemy may have its hostile projects to be attempted with the neutral State, but your reliance is on the integrity of that neutral State, that it will not favour nor participate in such designs, but, as far as its own counsels and actions are concerned, will oppose them. And if there should be private reasons to suppose that this confidence in the good faith of the neutral State has a doubtful foundation, that is matter for the caution of the Government, to be counteracted by just measures of preventive policy; but it is no ground on which this Court can pronounce that the neutral carrier has violated his duty by bearing despatches, which, as far as he can knew, may be presumed to be of an innocent nature, and in the maintenance of a pacific connexion“. And he continues, shortly afterwards: „It is to be considered also, with regard to

No. 199.  
Gross-  
britannien,  
23. Januar  
1862.

<sup>1)</sup> Vattel, book iii, chap. 7, sec. 118.

<sup>2)</sup> The *Caroline* (Chr. Rob. 461); cited and approved by Wheaton („Elements,“ part. iv., chap. 8, sec. 22.)

No. 199. this question, what may be due to the convenience of the neutral State; for its interest may require that the intercourse of correspondence with the enemy's country should not be altogether interdicted. It might be thought to amount almost to a declaration that an Ambassador from the enemy shall not reside in the neutral State if he is declared to be debarred from the only means of communicating with his own. For to what useful purpose can he reside there without the opportunities of such a communication? It is too much to say that all the business of the two States shall be transacted by the Minister of the neutral State resident in the enemy's country. The practice of nations has allowed to neutral States the privilege of receiving Ministers from the belligerent States, and the use and convenience of an immediate negotiation with them<sup>4</sup>. ¶ That these principles must necessarily extend to every kind of diplomatic communication between Government and Government, whether by sending or receiving Ambassadors or Commissioners personally, or by sending or receiving despatches from or to such Ambassadors or Commissioners, or from or to the respective Governments, is too plain to need argument; and it seems no less clear that such communications must be as legitimate and innocent in their first commencement as afterwards, and that the rule cannot be restricted to the case in which diplomatic relations are already formally established by the residence of an accredited Minister of the belligerent Power in the neutral country. It is the neutrality of the one party to the communications, and not either the mode of the communication or the time when it first takes place, which furnishes the test of the true application of the principle. The only distinction arising out of the peculiar circumstances of a civil war and of the non-recognition of the independence of the *de facto* Government of one of the belligerents, either by the other belligerent or by the neutral Power, is this—that „for the purpose of avoiding the difficulties which might arise from a formal and positive solution of these questions diplomatic agents are frequently substituted, who are clothed with the powers and enjoy the immunities of Ministers, though they are not invested with the representative character, nor entitled to diplomatic honours<sup>5</sup>.“) Upon this footing Messrs. Mason and Slidell, who are expressly stated by Mr. Seward to have been sent as pretended Ministers Plenipotentiary from the Southern States to the Courts of St. James's and of Paris, must have been sent, and would have been, if at all, received, and the reception of these gentlemen upon this footing could not have been justly regarded, according to the law of nations, as a hostile or unfriendly act toward the United States. Nor, indeed, is it clear that these gentlemen would have been clothed with any powers, or have enjoyed any immunities, beyond those accorded to diplomatic agents not officially recognized. ¶ It appears to Her Majesty's Government to be a necessary and certain deduction from these principles, that the conveyance of public agents of this character from Havannah to St. Thomas on their way to Great Britain and France, and of their cre-

<sup>5</sup>) Wheaton: „Elements“, part iii, chap. 1, sec. 5.

dentials or despatches (if any) on board the Trent, was not and could not be a violation of the duties of neutrality on the part of that vessel, and, both for that reason and also because the destination of these persons and of their despatches was *bonâ fide* neutral, it is in the judgment of Her Majesty's Government clear and certain that they were not contraband. ¶ The doctrine of contraband has its whole foundation and origin in the principle which is nowhere more accurately explained than in the following passage of Bynkershoek. After stating in general terms the duty of impartial neutrality, he adds:—„Et sane id, quod modo dicebam, non tantum ratio docet, sed et usus, inter omnes fere gentes receptus. Quamvis enim libera sint cum amicorum nostrorum hostibus commercia, usu tamen placuit, ne alterutrum his rebus juvemus, quibus bellum contra amicos nostros instruatur et foveatur. Non licet igitur alterutri advehere ea, quibus in bello gerendo opus habet; ut sunt tormenta, arma, et quorum præcipuus in bello usus, milites. . . . Optimo jure interdictum est, ne quid eorum hostibus subministremus; quia his rebus nos ipsi quodammodo videremur amicis nostris bellum facere.“<sup>4)</sup> ¶ The principle of contraband of war is here clearly explained; and it is impossible that men, or despatches, which do not come within that principle can in this sense be contraband. The penalty of knowingly carrying contraband of war is, as Mr. Seward states, nothing less than the confiscation of the ship; but it is impossible that this penalty can be incurred when the neutral has done no more than employ means usual among nations for maintaining his own proper relations with one of the belligerents. It is of the very essence of the definition of contraband that the articles should have a hostile, and not a neutral, destination. „Goods“, says Lord Stowell,<sup>5)</sup> „going to a neutral port, cannot come under the description of contraband, all goods going there being equally lawful. The rule respecting contraband“, he adds, „as I have always understood it, is, that articles must be taken *in delicto*, in the actual prosecution of the voyage to an enemy's port“. On what just principle can it be contended that a hostile destination is less necessary, or a neutral destination more noxious, for constituting a contraband character in the case of public agents or despatches than in the case of arms and ammunition? ¶ Mr. Seward seeks to support his conclusion on this point by a reference to the well-known dictum of Sir William Scott in the case of the „Caroline“, that „you may stop the Ambassador of your enemy on his passage;“<sup>6)</sup> and to another dictum of the same Judge, in the case of the „Orozembo“, that civil functionaries, „if sent for a purpose intimately connected with the hostile operations“,<sup>7)</sup> may fall under the same rule with persons whose employment is directly military. ¶ These quotations are, as it seems to Her Majesty's Government, irrelevant. The words of Sir W. Scott are in both cases applied by Mr. Seward in a sense different from that in which they were used. Sir William Scott does not say that an Ambassador, sent from a

<sup>4)</sup> Bynkershoek: Quæst. Jur. Publ., lib. 1, cap. 9.

<sup>5)</sup> The *Imina*, 3 Chr. Rob., 167.

<sup>6)</sup> The *Caroline*, 6 Chr. Rob., 468.

<sup>7)</sup> The *Orozembo*, 6 Chr. Rob., 434.

**No. 199.** belligerent to a neutral State, may be stopped as contraband while on his passage on board a neutral vessel belonging to that or any other neutral State; nor that, if he not be contraband, the other belligerent would have any right to stop him on such a voyage. The sole object which Sir William Scott had in view was to explain the extent and limits of the doctrine of the inviolability of Ambassadors, in virtue of that character, for he says:— ¶ „The limits that are assigned to the operations of war against them, by Vattel and other writers on these subjects, are, that you may exercise your right of war against them wherever the character of hostility exists. You may stop the Ambassador of your enemy on his passage; but when he has arrived, and has taken upon him the functions of his office, and has been admitted in his representative character, he becomes a sort of middle-man, entitled, to peculiar privileges, as set apart for the protection of the relations of amity and peace, in maintaining which all nations are in some degree interested.“ ¶ There is certainly nothing in this passage from which an inference can be drawn so totally opposed to the general tenour of the whole judgment as that an Ambassador, proceeding to the country to which he is sent, and on board neutral vessel belonging to that country, can be stopped on the ground that the conveyance of such an Ambassador is a breach of neutrality, which it must be if he be contraband of war. Sir William Scott is here expressing not his own opinion merely, but the doctrine which he considers to have been laid down by writers of authority upon the subject. No writer of authority has ever suggested that an Ambassador proceeding to a neutral State on board one of its merchant ships is contraband of war. The only writer named by Sir William Scott is Vattel,<sup>5)</sup> whose words are those:—„On peut encore attaquer et arrêter ses gens (i. e., gens de l'ennemi) partout où on a la liberté d'exercer des actes d'hostilité. Non seulement donc on peut justement refuser le passage aux Ministres qu'un ennemi envoie à d'autres Souverains; on les arrête même, s'ils entreprennent de passer secrètement et sans permission dans les lieux dont on est maître.“ ¶ And he adds as an example the seizure of a French Ambassador when passing through the dominions of Hanover during war between England and France by the King of England, who was also Sovereign of Hanover. ¶ The rule, therefore, to be collected from these authorities is, that you may stop an enemy's Ambassador in any place of which you are yourself the master, or in any other place where you have a right to exercise acts of hostility. Your own territory, or ships of your own country, are places of which you are yourself the master. The enemy's territory, or the enemy's ships, are places in which you have a right to exercise acts of hostility. Neutral vessels, guilty of no violation of the laws of neutrality, are places where you have no right to exercise acts of hostility. ¶ It would be an inversion of the doctrine that Ambassadors have peculiar privileges to argue that they are less protected than other man. The right conclusion is, that an Ambassador sent to a neutral Power is inviolable on

<sup>5)</sup> Vattel, lib. iv., chap. 7, sec. 85.



the high seas as well as in neutral waters, while under the protection of the neutral flag. ¶ The other dictum of Sir William Scott, in the case of the Orozembo, is even less pertinent to the present question. That related to the case of a neutral ship which, upon the effect of the evidence given on the trial, was held by the Court to have been engaged as an enemy's transport to convey the enemy's military officers, and some of his civil officers whose duties were intimately connected with military operations, from the enemy's country to one of the enemy's colonies, which was about to be the theatre of those operations, the whole being done under colour of a simulated neutral destination. But as long as a neutral Government, within whose territories no military operations are carried on, adheres to its profession of neutrality, the duties of civil officers on a mission to that Government and within its territory cannot possibly be „connected with any military operations“ in the sense in which these words were used by Sir William Scott, as, indeed, is rendered quite clear by the passages already cited from his own judgment in the case of the Caroline. ¶ In connexion with this part of the subject, it is necessary to notice a remarkable passage in Mr. Seward's note, in which he says, „I assume, in the present case, what, as I read British authorities, is regarded by Great Britain herself as true maritime law, that the circumstance that the Trent was proceeding from a neutral port to another neutral port does not modify the right of the belligerent capture“. If, indeed, the immediate and ostensible voyage of the Trent had been to a neutral port, but her ultimate and real destination to some port of the enemy, Her Majesty's Government might have been better able to understand the reference to British authorities contained in this passage. It is undoubtedly the law, as laid down by British authorities, that if the real destination of the vessel be hostile (that is, to the enemy or the enemy's country), it cannot be covered and rendered innocent by a fictitious destination to a neutral port. But if the real terminus of the voyage be bonâ fide in a neutral territory, no English, nor indeed, as Her Majesty's Government believe, any American authority can be found which has ever given countenance to the doctrine that either men or despatches can be subject, during such a voyage and on board such a neutral vessel, to belligerent capture as contraband of war. Her Majesty's Government regard such a doctrine as wholly irreconcilable with the true principles of maritime law, and certainly with those principles as they have been understood in the Courts of this country. ¶ It is to be further observed that packets engaged in the postal service, and keeping up the regular and periodical communications between the different countries of Europe and America, and other parts of the world, though in the absence of treaty stipulations they may not be exempted from visit and search in time of war, nor from the penalties of any violation of neutrality, if proved to have been knowingly committed, are still, when sailing in the ordinary and innocent course of their legitimate employment, which consists in the conveyance of mails and passengers, entitled to peculiar favour and protection from all Governments in whose service they are engaged. To detain,

No. 199.  
Gross-  
britannien,  
27. Januar  
1862.

10: 199. disturb, or interfere with them, without the very gravest cause, would be an act of a most noxious and injurious character, not only to a vast number and variety of individual and private interests, but to the public interests of neutral and friendly Governments. ¶ It has been necessary to dwell upon these points in some detail, because they involve principles of the highest importance, and because if Mr. Seward's argument were acted upon as sound, the most injurious consequences might follow. ¶ For instance, in the present war, according to Mr. Seward's doctrine, any packet ship carrying a Confederate agent from Dover to Calais, or from Calais to Dover, might be captured and carried to New York. In case of a war between Austria and Italy, the conveyance of an Italian Minister or agent might cause the capture of a neutral packet plying between Malta and Marseilles, or between Malta and Gibraltar, the condemnation of the ship at Trieste, and the confinement of the Minister or agent in an Austrian prison. So in the late war between Great Britain and France, on the one hand, and Russia on the other, a Russian Minister going from Hamburg to Washington, in an American ship, might have been brought to Portsmouth, the ship might have been condemned, and the Minister sent to the Tower of London. So also a Confederate vessel of war might capture a Cunard steamer on its way from Halifax to Liverpool, on the ground of its carrying despatches from Mr. Seward to Mr. Adams. ¶ In view, therefore, of the erroneous principles asserted by Mr. Seward, and the consequences they involve, Her Majesty's Government think it necessary to declare that they would not acquiesce in the capture of any British merchant ship in circumstances similar to those of the Trent, and that the fact of its being brought before a Prize Court, though it would alter the character, would not diminish the gravity, of the offence against the law of nations which would thereby be committed. ¶ Having disposed of the question whether the persons named and their supposed despatches were contraband of war, I am relieved from the necessity of discussing the other questions raised by Mr. Seward—namely, whether Captain Wilkes had lawfully a right to stop and search the Trent for these persons and their supposed despatches; whether that right, assuming that he possessed it, was exercised by him in a lawful and proper manner; and whether he had a right to capture the persons found on board. ¶ The fifth question put by Mr. Seward—namely, whether Captain Wilkes exercised the alleged right of capture in the manner allowed and recognized by the law of nations, is resolved by Mr. Seward himself in the negative. ¶ I cannot conclude, however, without noticing one very singular passage in Mr. Seward's despatch. ¶ Mr. Seward asserts that „if the safety of this Union required the detention of the captured persons it would be the right and duty of this Government to detain them“. He proceeds to say that the waning proportions of the insurrection, and the comparative unimportance of the captured persons themselves, forbid him from resorting to that defence. Mr. Seward does not here assert any principle founded on international law, however inconvenient or irritating to neutral nations; he entirely loses sight of the vast difference which exists bet

the exercise of an extreme right and the commission of an unquestionable wrong. His frankness compels me to be equally open, and to inform him that Great Britain could not have submitted to the perpetration of that wrong, however flourishing might have been the insurrection in the South, and however important the persons captured might have been. ¶ Happily, all danger of hostile collision on this subject has been avoided. It is the earnest hope of Her Majesty's Government that similar dangers, if they should arise, may be averted by peaceful negotiations conducted in the spirit which befits the organs of two great nations. ¶ I request you to read this despatch to Mr. Seward, and give him a copy of it. I am, &c.,

*The Lord Lyons, Washington.*

*Russell.*

**No. 199.**  
Gross-  
britannien,  
23. Januar  
1862.

---

### No. 200.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. französischen Gesandten in Washington. — Antwort auf die französische Auslassung in der Trent-angelegenheit. —

Department of State, Washington, December 27, 1861.

Sir, I have submitted to the President the copy you were so good as to give me of the despatch addressed to you on the 3d of December, instant, concerning the recent proceedings of Capt. Wilkes, in arresting certain persons on board of the British contract mail steamer Trent. ¶ Before receiving the paper, however, the President had decided upon the disposition to be made of the subject which has caused so much anxiety in Europe. That disposition of the subject, as I think, renders unnecessary any discussion of it, in reply to the comments of Mr. Thouvenel. ¶ I am permitted, however, to say that Mr. Thouvenel has not been in error in supposing, first, that the Government of the United States has not acted in any spirit of disregard of the rights, or of the sensibilities of the British nation, and that he is equally just in assuming that the United States would consistently vindicate by their practice on this occasion, the character they have so long maintained as an advocate of the most liberal principles concerning the rights of neutral States in maritime war. ¶ When the French Government shall come to see at large the views of this Government and those of the Government of Great Britain on the subject now in question, and to compare them with the views expressed by Mr. Thouvenel on the part of France, it will probably perceive that, while it must be admitted that those three Powers are equally impressed with the same desire for the establishment of principles favorable to neutral rights, there is, at the same time, not such an entire agreement concerning the application of those principles as is desirable to secure that important object. ¶ The Government of the United States will be happy if the occasion which has elicited this correspondence can be improved so as to secure a more definite agreement upon the whole subject by all maritime Powers. ¶ You will assure Mr. Thouvenel that this Government appreciates as well the frankness of his explanations as the spirit of friendship and goodwill towards the United

**No. 200.**  
Vereingte  
Staaten,  
27. Decbr.  
1861.

**No. 200.** States in which they are expressed. ¶ It is a sincere pleasure for the United States to exchange assurances of a friendship which had its origin in associations the most sacred in the history of both countries. ¶ I avail myself etc.

Vereinigtes  
Staaten,  
27. Decbr.  
1861.

*Mr. Henry Mercier; etc.*

*William H. Seward.*

## No. 201.

**OESTERREICH.** — Min. d. Ausw. an den k. k. Gesandten in Washington. — Die Trentangelegenheit betr. —

Vienne, le 18 Décembre 1861.

**No. 201.**  
Oesterreich.  
18. Decbr.  
1861.

Le différend survenu entre le Gouvernement des Etats-Unis et celui de la Grande-Bretagne par suite de l'arrestation de Mess. Mason et Slidell effectuée par le Capitaine du navire de guerre américain „le San Jacinto“ à bord du paquebot anglais „le Trent“ n'a pu manquer de fixer la plus sérieuse attention du Cabinet Impérial. ¶ Plus nous attachons d'importance au maintien des honnes relations entre les Etats-Unis et l'Angleterre, plus nous avons dû regretter un incident qui est venu ajouter une aussi grave complication à une situation déjà hérissée de tant de difficultés. ¶ Sans avoir l'intention d'entrer ici dans un examen de la question de droit, nous ne saurions pourtant méconnaître que d'après les notions de droit international adoptées par toutes les Puissances et que le Gouvernement américain lui-même a souvent prises pour règle de sa conduite, l'Angleterre ne pouvait guères se dispenser, dans le cas présent, de réclamer contre l'atteinte portée à son pavillon et d'en demander une juste réparation. Il nous semble au surplus, que les demandes formulées à cet égard par le Cabinet de St. James n'ont rien de blessant pour le Cabinet de Washington et que celui-ci pourra faire acte d'équité et de modération sans le moindre sacrifice pour sa dignité. ¶ En prenant conseil des règles qui guident les relations internationales ainsi que des considérations d'une politique éclairée plutôt que des manifestations produites par une surexcitation du sentiment national, le Gouvernement des Etats-Unis—nous nous plaisons à l'espérer—apportera dans son appréciation tout le calme que la gravité du cas exige et jugera convenable de s'arrêter à un parti qui en préservant d'une rupture les rapports entre deux grands Etats avec lesquels l'Autriche est également liée d'amitié, sera propre à prévenir les graves perturbations que l'éventualité d'une guerre ne pourrait manquer d'entraîner tant pour chacune des parties contendantes que pour les affaires du globe en général. ¶ Veuillez, Mr. le Chevalier, porter les réflexions qui précèdent à la connaissance de Mr. Seward et nous rendre compte de la manière dont Mr. le Ministre aura accueilli vrotre communication. ¶ Recevez, etc.

*A. Mr. le Chevalier de Hülsemann etc., Washington.*

*Rechberg.*

## Nr. 202.

**VEREINIGTE STAATEN.** — Min. d. Ausw. an den österreichischen Gesandten in Washington. — Antwort auf die vorausgehende Depesche des k. k. Cabinets. —

Department of State, Washington, Jan. 19, 1862.

Sir,—I have submitted to the President the note which you left **No. 202.** with me, which was addressed to you on the 18th of December last by Count Rechberg, touching the affair of the capture and detention of the British contract steamer Trent by Captain Wilkes, of the San Jacinto. **Vereinigte Staaten, 19. Januar 1862.**

¶ I send you a copy of the correspondence which has passed on that exciting subject between this Government and the Governments of Great Britain and France, and I have to request that you will transmit these papers to Count Rechberg. The Imperial Government will learn from them two important facts—viz., First — That the United States are not only incapable for a moment of seeking to disturb the peace of the world, but are deliberately just and friendly in their intercourse with all foreign nations; and, Secondly — That they will not be unfaithful to their traditions and policy as an advocate of the broadest liberality in the application of the principles of international law to the conduct of maritime warfare. ¶ The United States, faithful to their sentiments, and while at the same time careful of their political constitution, will sincerely rejoice if the occasion which has given rise to this correspondence shall be improved, so as to obtain a revision of the Law of Nations which will render more definite and certain the rights and obligations of States in time of war. ¶ I shall esteem it a favour, Sir, if you will charge yourself with the care of expressing these sentiments to your Government, and will at the same time assure Count Rechberg that the President appreciates very highly the frankness and cordiality which the Government of Austria has practised on an occasion of such great interest to the welfare of the United States. ¶ I avail myself etc.

To the Chevalier Hulsemann, etc.

William H. Seward.

## Nr. 203.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Washington. — Die Trentangelegenheit betr. —

Berlin, den 25. December 1861.

Hochwohlgeborner Freiherr! Die kriegerischen Massregeln, welche **No. 203.** der Präsident Lincoln zur See über die von der Union sich trennenden **Preussen, 25. Decbr. 1861.** Staaten des Südens verhängt hat, mussten gleich bei ihrem Eintreten die Königliche Regierung mit der Besorgniss erfüllen, dass sie leicht Anlass zu Beeinträchtigungen der legitimen Interessen neutraler Staaten geben könnten. ¶ Diese Besorgniss ist leider durch die an Bord des neutralen Postdampfers „Trent“ erfolgte gewaltsame Verhaftung und Abführung der Herren Slidell und Mason durch den Befehlshaber des nordamerikanischen Kriegsschiffes „San Jacinto“ vollständig gerechtfertigt worden. ¶ Es hat dieser Vorfall,

**No. 203.** wie Ew. Hochwohlgeboren leicht ermessen werden, in England, wie in  
 Preussen,  
 25. Decbr.  
 1861. ganz Europa, das grösste Aufsehen erregt und nicht nur die Cabinette,  
 sondern auch die öffentliche Meinung in die lebhafteste Spannung versetzt.  
 Wird durch jenen Act zunächst allerdings nur England berührt, so ist doch  
 zugleich eines der wesentlichsten und allseitig anerkannten Rechte der neu-  
 tralen Flagge dabei in Frage gestellt. ¶ Einer Erörterung des in Betracht  
 kommenden Rechtspunktes darf ich mich hier enthalten. In Europa hat  
 die öffentliche Meinung sich mit seltener Einstimmigkeit auf das Entschieden-  
 ste für den verletzten Theil ausgesprochen. Wir selbst haben bisher  
 nur Anstand genommen, uns gegen Ew. Hochwohlgeboren über den Vor-  
 fall zu äussern, weil wir bei dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten  
 Zweifel hegten, ob der Capitän des „San Jacinto“ bei seinem Verfahren  
 von einer ihm ertheilten Vorschrift seiner Regierung geleitet worden sein  
 möchte oder nicht. Wir ziehen noch in dieser Stunde vor, das Letztere  
 anzunehmen. Sollte jedoch das Erstere sich als das wahre Sachverhältniss  
 erweisen, so würden wir uns genöthigt sehen, dem Vorfalle eine ernstere  
 Bedeutung beizulegen und darin zu unserem grössten Bedauern nicht eine  
 vereinzelte Thatsache, sondern vielmehr eine offene Bedrohung der allen  
 Neutralen zustehenden Rechte zu erblicken. ¶ Noch sind die englischerseits  
 an das dortige Cabinet gerichteten Anforderungen, von deren Annahme die  
 Erhaltung des Friedens bedingt erscheint, uns nicht zuverlässig bekannt.  
 So weit wir aber davon Kunde haben, hegen wir die Ueberzeugung, dass  
 man von Seiten Englands keine Bedingungen aufgestellt hat, durch welche  
 das Selbstgefühl des Präsidenten Lincoln mit Grund verletzt werden könnte.  
 ¶ Seine Majestät der König, von den aufrichtigsten Wünschen für das  
 Wohl der Vereinigten Staaten von Nordamerika beseelt, haben mir befohlen,  
 bei dem Präsidenten Lincoln durch Ew. Hochwohlgeboren Vermittelung der  
 Sache des Friedens mit allem Nachdruck das Wort zu reden. Wir würden  
 uns glücklich schätzen, wenn es uns auf diese Weise gelänge, zur fried-  
 lichen Lösung eines Conflictes beizutragen, aus welchem die grössten Ge-  
 fahren hervorgehen können. Es ist möglich, dass zur Stunde der Präsident  
 seine Entschliessung bereits gefasst und ausgesprochen hat. Welcher Art  
 dieselbe aber auch sein möge, jedenfalls wird es der Königlichen Regierung  
 im Hinblick auf die nie gestörten Beziehungen aufrichtiger Freundschaft,  
 welche zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten seit deren Gründung  
 bestehen, zur Beruhigung dienen, ihre Auffassung des vorliegenden Falles,  
 so wie ihre daran sich knüpfenden Wünsche, dem Cabinette von Washing-  
 ton mit unumwundener Offenheit dargelegt zu haben. ¶ Ew. Hochwohlge-  
 boren ersuche ich ergebenst, die vorstehende Depesche ohne Verzug dem  
 dortigen Staatssekretär vorlesen und ihm auf seinen Wunsch Abschrift der-  
 selben zustellen zu wollen. Ueber die Erledigung dieses Auftrages sehe  
 ich Ihrer demnächstigen gefälligen Anzeige entgegen. ¶ Empfangen Ew.  
 Hochwohlgeboren &c.

*Herrn Freiherrn v. Gerolt etc., Washington.*

*Bernstorff.*

## No. 204.

**RUSSLAND.** — Min d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Washington. —  
 Beglückwünschung zur Erledigung der Trentangelegenheit. —

St-Pétersbourg, le 9 janvier 1862.

Le gouvernement fédéral ne saurait douter du vif intérêt avec lequel nous avons suivi les diverses phases de l'incident qui, en dernier lieu, a tenu en suspens l'attention anxieuse des deux mondes. ¶ S. M. l'Empereur n'avait pas trop présumé de la sagesse du cabinet de Washington en restant convaincu qu'il ne consulterait, dans ces graves conjonctures, que ses sentiments de justice et de conciliation et les intérêts sérieux du pays. ¶ C'est avec la plus profonde satisfaction que Sa Majesté Impériale a vu ses prévisions confirmées par la détermination que vient de prendre le gouvernement fédéral. ¶ Bien qu'elle ne soit encore parvenue à notre connaissance que par la voie des journaux, notre auguste maître n'a pas voulu tarder à transmettre au président les sentiments avec lesquels Sa Majesté Impériale apprécie ce témoignage de modération et d'équité, d'autant plus méritoire qu'il était rendu plus difficile par les entraînements nationaux. ¶ Je n'ai pas besoin d'ajouter, monsieur, qu'en restant fidèle aux principes politiques qu'elle a toujours défendus, alors que ces principes étaient retournés contre elle, et en s'abstenant d'invoquer à son tour les bénéfices de doctrines qu'elle a toujours répudiées, la nation américaine a donné une preuve de probité politique qui lui acquiert des titres incontestables à l'estime et à la gratitude de tous les gouvernements intéressés à voir la paix des mers maintenue et les principes de droit prévaloir sur la force dans les relations internationales pour le repos du monde, le progrès de la civilisation et le bien de l'humanité. ¶ S. M. l'Empereur se plaît à espérer que la même sagesse et la même modération qui ont dicté au gouvernement fédéral ses dernières résolutions, présideront également à sa marche dans les difficultés intérieures avec lesquelles il se trouve actuellement aux prises. ¶ L'événement a dû lui prouver combien ces difficultés altèrent son assiette politique, combien elles sont de nature à encourager les aspirations attachées à une diminution de la puissance des Etat-Unis, et combien par conséquent il est de son intérêt d'en sortir au plus tôt. ¶ L'Empereur est persuadé que les hommes d'Etat qui ont su apprécier d'un point de vue si élevé les intérêts politiques extérieurs de leur pays, sauront également placer leur politique intérieure au-dessus des passions populaires. ¶ Veuillez, monsieur, exprimer au gouvernement fédéral ces vœux de notre auguste maître, et lui réitérer l'assurance de la satisfaction avec laquelle Sa Majesté Impériale verrait l'Union américaine se raffermir par des démarches de conciliation qui puissent régler le présent sans léguer à l'avenir des germes de discordes, et rentrer ainsi dans les conditions de force et de prospérité que nous lui désirons, non-seulement en raison de la cordiale sympathie qui unit les deux pays, mais encore parce que le maintien de sa puissance intéresse au plus haut degré l'équilibre politique général. ¶ Recevez, etc.

A Monsieur de Stoeckl, Washington.

Gort:hacow.

No. 204.  
 Russland,  
 9. Januar  
 1862.

## No. 205.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den königl. Min. d. Ausw. — Die von den Verein. Staaten zugestandene Herausgabe der an Bord der „Eugenia Smith“ weggenommenen Personen betr. —

Washington, Dec. 31, 1861. (Received Jan. 15, 1862.)

No. 205.  
Gross-  
britannien,  
31. Decbr.  
1861.

My Lord,—The Secretary of State of the United States has informed me that, having learned that Messrs. J. W. Zacherie and T. J. Rogers, American citizens, were taken from a vessel called the Eugenia Smith, under the British flag, and under circumstances similar to those involved in the case of Messrs. Mason and Slidell, and that they are now confined in Fort Lafayette, he has caused orders to be given for their discharge, and permission for them to return to Norfolk, in Virginia, by way of Fortress Monroe.—I have, &c.,

To Earl Russell etc., London.

Lyons.

## Nr. 206.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den königl. Min. d. Ausw. — Die Missbilligung der der britischen Flagge im Falle des „James Campbell“ zugefügten Beleidigung, Seitens der Verein. Staaten betr. —

Washington, December 31, 1861. (Received January 15, 1862.)

No. 206.  
Gross-  
britannien,  
31. Decbr.  
1861.

(Extract.) — I have the honour to enclose, herewith, to your lordship a copy of a note from Mr. Seward to the Secretary of the Navy, which has been communicated to me to-day by Mr. Seward, referring to the fact of a British schooner, the James Campbell, captured for breach of blockade, having been brought into New York, with the British flag flying under that of the United States. Mr. Seward condemns this act in the strongest terms; the act was disavowed with equal promptitude by the naval authorities of the United States, under whose notice it was brought &c.

To Earl Russel etc., London.

Lyons.

**BEILAGE.** — American. Min. d. Ausw. an den Marineminister. —

Department of State, Washington, Dec. 31, 1861.

Sir,—This department has received unofficial information that the schooner James Campbell, captured by the blockading squadron, was carried into New York with the British flag flying under that of the United States. This unseemly act must have been occasioned by a misapprehension of his duty by the officer who ordered or allowed it. I will, consequently, thank you to give such orders as may tend to prevent a repetition of the same. — I have, &c.,

The Hon. Gideon Welles etc.

William H. Seward.



## No. 207.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Washington an den königl. Min. d. Ausw. — Die Missbilligung eines britischen wegen Blockadebruchs aufgebrachtten Seeleuten abgenommenen Eides, Seitens der Verein. Staaten betr. —  
Washington, Dec. 31, 1861. (Received January 15, 1862.)

(Extract.) — I have the honour to enclose, herewith, to you a copy of a note from Mr. Seward to the Secretary of the Navy, which has been communicated to me to-day by Mr. Seward. It refers to the circumstances of an oath having been exacted as a condition of release by the commander of the United States steamer from three British seamen, captured for breach of blockade, to the effect that they should undertake not to be employed in similar proceedings for the future. Your Lordship will see that Mr. Seward strongly condemns this act, and releases the seamen from the obligation taken by them.

To *Earl Russell etc., London.*

*Lyons.*

**BEILAGE.** — Amerikan. Min. d. Ausw. an den Marineminister. —  
Department of State, Washington, Dec. 31, 1861.

Sir,—This department has been informally apprised that Commander Woodhall, of the United States steamer Connecticut, recently exacted as a condition of the release of members of the crew of the British schooner Adeline, captured for a breach of the blockade, that they should enter into an engagement not to be employed in a similar proceeding in future. It occurs to this department that, as the requirement referred to is not warranted by public law, the commanders of blockading vessels should be instructed not to exact any similar condition for the release of persons found on board vessels charged with a breach of the blockade. It may be lawful to detain such persons as witnesses, when their testimony may be indispensable to the administration of justice; but when captured in a neutral ship, they cannot be considered, and ought not to be treated, as prisoners of war. Angus Smith, John Mooney, and John H. McHenry, the alleged British subjects above referred to, are consequently to be considered as absolved from the obligation represented to have been required of them by Commander Woodhall.— I have, &c.

*The Hon. Gideon Welles etc.*

*William H. Seward.*

## No. 208.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die Lords der Admiralität \*) über die Benutzung der englischen Häfen durch Schiffe der Kriegführenden während des gegenwärtigen amerikanischen Bürgerkriegs. —  
Foreign-office, Jan. 31, 1862.

My Lords,—Her Majesty being fully determined to observe the duties of neutrality \*\*) during the existing hostilities between the United States

\*) A similar letter has been addressed to the Secretaries of State for the Home, Colonial, War, and India Departments, and to the Lords Commissioners of Her Majesty's Treasury.

\*\*) Vergl. Bd. I., No. 57.

No. 207.  
Gross-  
britannien,  
31. Decbr.  
1861.

No. 208.  
Gross-  
britannien,  
31. Januar  
1862.

**No. 208.** and the States calling themselves „the Confederate States of America“, and being, moreover, resolved to prevent, as far as possible, the use of Her Majesty's harbours, ports, and coasts, and the waters within Her Majesty's territorial jurisdiction, in aid of the warlike purposes of either belligerent, has commanded me to communicate to your Lordships, for your guidance, the following rules, which are to be treated and enforced as Her Majesty's orders and directions. ¶ Her Majesty is pleased further to command that these rules shall be put in force in the United Kingdom and in the Channel Islands on and after Thursday, the 6th day of February next, and in Her Majesty's territories and possessions beyond the seas six days after the day when the Governor or other chief authority of each of such territories or possessions respectively shall have notified and published the same, stating in such notification that the said rules are to be obeyed by all persons within the same territories and possessions. ¶ I. During the continuance of the present hostilities between the Government of the United States of North America and the States calling themselves „the Confederate States of America“, or until Her Majesty shall otherwise order, no ship of war or privateer belonging to either of the belligerents shall be permitted to enter or remain in the port of Nassau, or in any other port, roadstead, or waters of the Bahama Islands, except by special leave of the Lieutenant-Governor of the Bahama Islands, or in case of stress of weather. If any such vessel should enter any such port, roadstead, or waters by special leave, or under stress of weather, the authorities of the place shall require her to put to sea as soon as possible, without permitting her to take in any supplies beyond what may be necessary for her immediate use. ¶ If at the time when this order is first notified in the Bahama Islands there shall be any such vessel already within any port, roadstead, or waters of those islands, the Lieutenant-Governor shall give notice to such vessel to depart, and shall require her to put to sea within such time as he shall, under the circumstances, consider proper and reasonable. If there shall then be ships of war or privateers belonging to both the said belligerents within the territorial jurisdiction of Her Majesty in or near the same port, roadstead, or waters, the Lieutenant-Governor shall fix the order of time in which such vessels shall depart. No such vessel of either belligerent shall be permitted to put to sea until after the expiration of at least 24 hours from the time when the last preceding vessel of the other belligerent (whether the same shall be a ship of war, or privateer, or merchant ship) which shall have left the same port, roadstead, or waters, or waters adjacent thereto, shall have passed beyond the territorial jurisdiction of Her Majesty. ¶ II. During the continuance of the present hostilities between the Government of the United States of North America and the States calling themselves „the Confederate States of America“, all ships of war and privateers of either belligerent are prohibited from making use of any port or roadstead in the United Kingdom of Great Britain and Ireland, or in the Channel Islands, or in any of Her Majesty's colonies or foreign possessions or dependencies, or of any waters subject to the territorial jurisdiction of the British

Gross-  
britannien,  
31. Januar  
1862.

Crown, as a station or place of resort for any warlike purpose, or for the purpose of obtaining any facilities of warlike equipment; and no ship of war or privateer of either belligerent shall hereafter be permitted to sail out of or leave any port, roadstead, or waters subject to British jurisdiction, from which any vessel of the other belligerent (whether the same shall be a ship of war, a privateer, or a merchant ship) shall have previously departed, until after the expiration of at least 24 hours from the departure of such last-mentioned vessel beyond the territorial jurisdiction of Her Majesty. ¶ III. If any ship of war or privateer of either belligerent shall, after the time when this order shall be first notified and put in force in the United Kingdom and in the Channel Islands, and in the several colonies and foreign possessions and dependencies of Her Majesty, respectively, enter any port, roadstead, or waters belonging to Her Majesty, either in the United Kingdom, or in the Channel Islands, or in any of Her Majesty's colonies or foreign possessions or dependencies, such vessel shall be required to depart and to put to sea within 24 hours after her entrance into such port, roadstead, or waters, except in case of stress of weather, or of her requiring provisions or things necessary for the subsistence of her crew, or repairs; in either of which cases, the authorities of the port, or of the nearest port (as the case may be), shall require her to put to sea as soon as possible after the expiration of such period of 24 hours, without permitting her to take in supplies, beyond what may be necessary for her immediate use; and no such vessel, which may have been allowed to remain within British waters for the purpose of repair shall continue in any such port, roadstead, or waters for a longer period than 24 hours after her necessary repairs shall have been completed: provided, nevertheless, that in all cases in which there shall be any vessels (whether ships of war, privateers, or merchant ships) of both the said belligerent parties in the same port, roadstead, or waters within the territorial jurisdiction of Her Majesty, there shall be an interval of not less than 24 hours between the departure therefrom of any such vessel (whether a ship of war, a privateer, or a merchant ship) of the one belligerent and the subsequent departure therefrom of any ship of war or privateer of the other belligerent; and the times hereby limited for the departure of such ships of war and privateers respectively shall always, in case of necessity, be extended, so far as may be requisite for giving effect to this proviso, but not further or otherwise. ¶ IV. No ship of war or privateer of either belligerent shall hereafter be permitted, while in any port, roadstead, or waters subject to the territorial jurisdiction of Her Majesty, to take in any supplies, except provisions and such other things as may be requisite for the subsistence of her crew; and except so much coal only as may be sufficient to carry such vessel to the nearest port of her own country, or to some nearer destination; and no coal shall be again supplied to any such ship of war or privateer, in the same or any other port, roadstead, or waters subject to the territorial jurisdiction of Her Majesty, without special permission, until after the expiration of

No. 208.  
Gross-  
britannien,  
31. Januar,  
1862.

**No. 208.** three months from the time when such coal may have been last supplied to her within British waters as aforesaid. ¶ I have, &c.,

Gross-  
britannien,  
21. Januar  
1861.

*Russell.*

## No. 209.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter im Auslande über die Gründe der Anerkennung des Königs von Italien. \*) —

Paris, le 18 juin 1861.

**No. 209.**

Frankreich,  
18. Juni  
1861.

M. . . . ., le gouvernement de l'Empereur vient d'être amené à adopter à l'égard de l'Italie une détermination dont je crois nécessaire de bien préciser avec vous les motifs et la portée. Je n'ai rien à vous apprendre sur les raisons qui avaient provoqué l'interruption de nos rapports avec le cabinet de Turin. Les événements qui se sont succédé depuis lors ne pouvaient rien changer à nos appréciations. Cependant notre attitude donnait lieu à des conjectures nuisibles à la conservation de l'ordre en Italie, comme au rétablissement de la confiance dans le maintien de la paix. Bien que les éventualités que l'on redoutait pour le commencement de cette année eussent été prévenues, grâce à l'accord des puissances et à la fermeté déployée dans ces derniers temps par le ministre éminent qui dirigeait le cabinet de Turin, l'Europe se ressentait elle-même de cet état de choses, qui n'était point étranger aux incertitudes de la situation générale. ¶ Quelque temps déjà avant la mort si regrettable de M. de Cavour, nous nous étions posé une question qui se présentait à notre esprit avec un caractère d'urgence de plus en plus manifeste : nous nous étions demandé si nous pouvions longtemps encore ajourner la reprise de rapports diplomatiques avec un pays auquel tant d'intérêts nous rattachent. Nous n'étions liés à cet égard par aucun engagement avec les autres puissances. Nous avions eu soin, au contraire, de nous réserver sur ce point une complète liberté d'action, et nous avons notamment fait connaître notre pensée tout entière aux grandes cours du continent à la suite de l'entrevue de Varsovie. Le gouvernement de l'Empereur pouvait donc librement obéir aux considérations sérieuses qui lui conseillaient de reconnaître le gouvernement italien. ¶ Nous nous proposons, toutefois, de subordonner notre reconnaissance à la question romaine, c'est à-dire d'y mettre des conditions qui nous permettent de retirer nos troupes de Rome, dans un avenir plus ou moins rapproché, sans avoir à redouter de nouvelles perturbations. Nous comptons faire dépendre des garanties de sécurité qui nous seraient offertes pour le territoire laissé au gouvernement pontifical notre résolution définitive, et nous étions disposés à entrer en pourparlers avec le cabinet de Turin, pour obtenir préalablement de lui un arrangement qui répondit, en ce qui touche la position du Saint-Siège, à la sollicitude dont le gouvernement de Sa Majesté n'a cessé de l'entourer. ¶ Mais la mort de M. de Cavour, en laissant dans la Péninsule un vide si favorable aux agitations des partis, à peine comprimés par son dernier succès parlementaire, crée une situation dont la gravité

\*) Vgl. Bd. I, Nro. 13, 14.

a été comprise dans toute l'Europe. En présence de semblables conjonctures, le gouvernement du roi Victor-Emmanuel courrait le danger d'être débordé et l'anarchie qui en serait le résultat pourrait avoir pour la paix les plus funestes conséquences. Un tel état de choses, lors même qu'il n'aurait pas pour effet immédiat de provoquer la guerre, en laissant libre carrière à ceux qui se sont annoncés en tant d'occasions comme voulant en prendre l'initiative, deviendrait nécessairement une source de difficultés et de complications extrêmement embarrassantes pour les puissances et de nature à les diviser profondément. ¶ Nous croyons suivre une voie plus conforme aux intérêts de l'Europe, comme à ceux de l'Italie et de la France, en contribuant, autant qu'il dépend de nous, à imprimer une autre direction aux événements, et, voulant satisfaire à la double nécessité qui s'impose à notre prévoyance, le gouvernement de l'Empereur s'est décidé à séparer la question de Rome de celle de la reconnaissance du roi d'Italie, afin de rétablir immédiatement nos rapports avec le cabinet de Turin. Je l'informe de la résolution de Sa Majesté par la communication ci jointe; mais, en même temps, je lui fais connaître que les troupes françaises continueront d'occuper Rome. Dans cette communication, au reste, je n'ai pas manqué, en définissant la portée de notre détermination, de bien établir qu'elle ne suppose en aucune manière l'approbation d'une politique dont, à une autre époque, nous avons blâmé les actes. Il n'appartient qu'à l'avenir de prononcer sur l'organisation la plus propre à fixer les destinées de la Péninsule. Mais, en laissant au temps le soin de préparer et de faire accepter des solutions qui ne sauraient réunir les conditions de la stabilité et de la durée, si elles ne sont le résultat des réflexions, de l'expérience et du libre jugement des Italiens eux-mêmes, il importe de conjurer ou d'atténuer, du moins autant que possible, les dangers de la situation présente, et d'apporter l'appui le plus efficace à la politique de paix que les puissances s'efforcent à faire prévaloir. En raison de la position de la France, nos devoirs comme nos intérêts sont plus particulièrement indiqués dans cette crise, et c'est cette pensée qui détermine le gouvernement de l'Empereur à reconnaître dès à présent le roi d'Italie.

*Thouvenel.*

### Nro. 210.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den kais. Geschäftsträger in Turin. — Widerlegung der Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung der Insel Sardinien. —

Paris, 26 juin 1861.

Monsieur, le bruit s'étant répandu que le gouvernement de l'Empereur cherchait à obtenir la cession de l'île de Sardaigne, j'ai cru devoir inviter notre consul à Cagliari à saisir toutes les occasions de démentir cette assertion. Je vous envoie ci-joint, en copie, la dépêche que j'ai écrite à ce sujet à M. Gorsse, et dont vous pourrez faire usage ainsi que vous le jugerez convenable.

*A M. le comte de Rayneval, Turin.*

*Thouvenel.*

**No. 210.**  
Frankreich,  
28. Juni  
1861.

**BELLAGE.** — Min. d. Ausw. an den kais. Cons. in Cagliari.

Paris, 11 juin 1861.

Monsieur, vous aurez remarqué que le bruit s'est un moment répandu de l'intention où serait le gouvernement de l'Empereur d'obtenir la cession de la Sardaigne, et que l'on a été jusqu'à prétendre que des agents français parcouraient l'île pour préparer les populations à l'annexion de leur pays à la France. ¶ Vous savez, monsieur, que ces conjectures ne sauraient avoir aucun fondement, et que nous n'avons jamais donné le moindre prétexte autorisant à nous prêter un pareil dessein. Nous devons donc démentir hautement de si étranges assertions, qui tendent à faire suspecter notre loyauté; et je vous prie de saisir, de votre côté, toutes les occasions qui vous seront offertes pour empêcher qu'elles soient plus longtemps propagées dans votre résidence. Ces rumeurs ayant été reproduites par les correspondants des journaux de Londres, vous voudrez bien vous en expliquer très nettement, dès que vous en trouverez le moment opportun, aussi bien avec votre collègue d'Angleterre qu'avec les autorités locales.

*Thouvenel.*

## No. 211.

**FRANKREICH.** — Gesandter in Rom an den kais. Min. d. Ausw. — Die Ansichten des römischen Hofes über die Ordnung der italien. Verhältnisse betr. —

Rome, 22 juin 1861.

**No. 211.**  
Frankreich,  
23. Juni  
1861.

Monsieur le ministre, j'ai communiqué à S. Em. le cardinal secrétaire d'Etat la dépêche de V. Exc. à M. le comte de Rayneval, pour lui annoncer que Sa Majesté, accueillant la demande que lui avait faite le roi Victor-Emmanuel dans une lettre autographe, avait résolu de reconnaître ce souverain comme roi d'Italie. ¶ La cour de Rome était déjà informée depuis quelques jours de cette importante résolution et des réserves qui accompagnent la reconnaissance du nouveau royaume. J'ai la satisfaction d'annoncer à Votre Excellence qu'elle a été appréciée au Vatican avec un esprit de modération et de justice auquel je suis heureux de pouvoir rendre témoignage. ¶ On ne pouvait s'attendre à ce que le ministre de Sa Sainteté accueillit la communication que j'étais chargé de lui faire, sans entrer dans une discussion rétrospective des événements accomplis, pour en signaler l'illégalité. Mais je crois reproduire exactement la pensée qui m'a été exprimée par le cardinal secrétaire d'Etat, en disant que, tout en regrettant que des considérations politiques aient imposé au gouvernement de l'Empereur la reconnaissance du royaume d'Italie, la cour de Rome apprécie avec autant de sagesse que de modération les difficultés et les périls que cette résolution a pour but de conjurer, et conserve une gratitude pour les déclarations qui l'accompagnent, et surtout pour le maintien de la protection efficace dont elle est la première à faire dépendre aujourd'hui son existence. ¶ Son Eminence, qui avait reçu d'autre part la communication des notes adressées à Votre Excellence par les ambassadeurs d'Autriche

et d'Espagne \*), paraissait médiocrement satisfaite de l'incertitude de leur rédaction et des propositions vagues qui s'y trouvaient formulées. Le cardinal avait remarqué dans la note espagnole un projet de garantie collective des puissances pour le territoire actuellement possédé par le Saint-Siège. Or, non seulement, disait-il, le Saint-Siège était résolu à ne jamais adhérer à des garanties partielles de son territoire, mais encore il se verrait forcé, dans le cas où un accord de ce genre s'établirait entre les puissances catholiques, de protester contre la différence que cet acte tendrait à établir entre le territoire garanti et le territoire non garanti.

A Mr. le Ministre etc. Thouvenel, Paris.

Gramont.

### Nro. 212.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter im Auslande. — Die Aufnahme der französischen Anerkennung des Königs von Italien Seitens der europäischen Cabinete betr. —

Paris, 4 juillet 1861.

Monsieur, le cabinet de Turin a répondu, vous le savez, à la dépêche par laquelle nous lui annonçons que le gouvernement de l'Empereur était disposé à reconnaître le roi d'Italie. Les explications dans lesquelles M. le baron Ricasoli a cru devoir entrer ne pouvant altérer le sens des déclarations que nous sommes résolus à prendre pour règle de notre conduite, rien ne s'opposait plus à ce que le gouvernement de Sa Majesté rendît sa détermination publique. Elle a donc été insérée au Moniteur du 25 juin, et elle a revêtu ainsi un caractère définitif. ¶ Nous croyons pouvoir nous féliciter des appréciations dont elle a été l'objet en Europe. Les cabinets, aussi bien que l'opinion publique, l'ont généralement regardée comme favorable à la conservation de la paix; et c'est ainsi notamment qu'elle a été considérée à Berlin. Nous n'avons eu qu'à nous louer des sentiments de modération avec lesquels le gouvernement russe s'est exprimé. Le langage du cabinet de Vienne a été de même satisfaisant. Nous ne pouvions nous flatter de lui faire partager notre opinion sur l'état des choses en Italie; mais il a rendu pleine justice, et le gouvernement pontifical avec lui, aux déclarations dont nous avons accompagné à Turin la reconnaissance du roi Victor-Emmanuel, comme au maintien de nos troupes à Rome. ¶ Ainsi, la résolution du gouvernement de l'Empereur a partout rencontré, suivant la différence des positions et des principes, l'accueil que nous avions espéré, et elle a été appréciée comme nous le désirions, là même où nous ne pouvions nous attendre à ce qu'elle fût envisagée du point de vue où nous sommes placés.

Thouvenel.

\*) Vergl. Bd. I., No 15, 16, 70 u. 71.

## No. 213.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den kais. Geschäftsträger in Rom. — Anweisung zur Ermittlung der Ansichten des römischen Hofes über die Haltung Frankreichs in den italienischen Angelegenheiten in Veranlassung der Auslassungen des Bischofs von Poitiers. —

Paris, le 6 juillet 1861.

No. 213.  
Frankreich,  
6. Juli  
1861.

Monsieur, j'ai lu, avec une satisfaction dont je me plais à consigner ici l'expression, le rapport dans lequel M. le duc de Gramont m'a rendu compte de l'entretien qu'il avait eu avec le cardinal Antonelli au sujet de la reconnaissance du titre de roi d'Italie. Le secrétaire d'Etat de Sa Sainteté a accueilli la communication de l'ambassadeur de Sa Majesté dans des termes qui ont d'autant plus de prix à nos yeux, que le Pape lui même a bien voulu charger le duc de Gramont de porter de sa part à l'Empereur des paroles d'amitié et de gratitude. Ces dispositions attestent la sagesse avec laquelle la cour de Rome, en présence de la gravité des événements, commence à apprécier aujourd'hui les difficultés de notre politique. ¶ Mais si nous rendons hommage à ces sentiments, nous avons le regret de constater une fois de plus que le même bon sens et la même modération sont malheureusement loin d'inspirer quelques-uns des prélats placés à la tête du clergé français, et que leur position nous semblerait devoir préserver de certains entraînements contraires au caractère dont ils sont revêtus. ¶ L'évêque de Poitiers vient d'en donner un nouvel exemple dans un sermon qu'il a prononcé tout récemment le jour de la Saint Pierre. ¶ Je me plais à croire que le Souverain-Pontife, s'inspirant des considérations que suggèrent naturellement les principes de respect et d'autorité dont il est le premier gardien, ne verra pas avec indifférence de telles attaques dirigées par un évêque contre la personne d'un auguste souverain. N'avons-nous pas surtout le droit de nous étonner de voir ce prélat, évoquant les souvenirs de la persécution du prince des apôtres sous le troisième Hérode, aller chercher jusque dans le secours matériel que nous prêtons au Saint-Père un texte d'accusations contre Sa Majesté? Mais nous en appelons au Pape lui-même: est-ce que le vénérable successeur de Saint Pierre se croit captif à l'ombre de notre drapeau, et pense-t-il qu'en montant la garde aux portes de sa capitale, ce soit sa liberté qu'oppriment les soldats de Napoléon III? ¶ Des attaques aussi injustes, des excitations aussi passionnées, parties de la bouche d'un évêque, sont d'une nature trop sérieuse pour qu'il ne soit pas du devoir du gouvernement de Sa Majesté, dans le double intérêt de sa dignité et de la paix publique dont il est responsable, d'aviser au moyen d'y mettre un terme. Pour ce qui me concerne, je considère comme un de mes devoirs les plus impérieux de vous inviter à vous en expliquer franchement, en demandant au cardinal secrétaire d'Etat si l'Empereur, aux yeux du Pape, est considéré comme un persécuteur ou comme un protecteur du Saint-Siège. ¶ Vous voudrez bien, monsieur, entretenir S. Em. le secrétaire d'Etat dans le sens des observations que je viens de vous indiquer, et vous lui laisserez copie de cette dépêche.

A M. le marquis de Cadore, Rome.

Thouvenel.



## No. 214.

FRANKREICH. — Geschäftsträger in Rom an den kais. Min. d. Ausw. — Antwort auf die vorausgehende Depesche.

Rome, 18 juillet 1861.

Monsieur le ministre, j'ai reçu la dépêche que Votre Excellence **No. 214.** m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 6 de ce mois, et dans laquelle, **Frankreich,** après avoir exprimé toute sa satisfaction des paroles pleines de modération **18. Juli** et de courtoisie que M. le duc de Gramont a recueillies de la bouche du **1861.** Saint-Père et du cardinal Antonelli avant son départ, elle témoigne tout son regret de voir qu'un pareil exemple n'est malheureusement pas suivi par quelques membres éminents du clergé français. ¶ Le langage de Votre Excellence ne pouvait qu'être affaibli par des commentaires; aussi me suis-je contenté de donner lecture et de laisser copie de cette dépêche au cardinal secrétaire d'Etat, signalant les principaux passages à sa sérieuse attention. Son Eminence a paru se refuser à croire que les intentions de Mgr. Pie aient été telles que le supposait le gouvernement de l'Empereur: ce n'étaient, suivant elle, que des citations historiques que chacun pouvait interpréter à sa manière, d'autant plus que l'usage est de faire, le jour de la Saint-Pierre, des sermons sur les persécutions subies par le prince des apôtres. Cependant le cardinal ne contestait pas le danger qu'il y avait, dans les circonstances actuelles, à prêter ainsi des armes à la malveillance et à la calomnie. ¶ Quant au secours et à l'appui donné par l'Empereur au Saint-Siège, c'était là, et je crois devoir rapporter ici les paroles textuelles du cardinal, un fait matériel, éclatant, que personne ne pouvait chercher à nier ou à dénaturer, et il saisissait avec bonheur cette nouvelle occasion de répéter ce qu'il avait déjà dit à ce sujet à M. le duc de Gramont. Les sentiments personnels du Saint-Père étaient bien connus, puisqu'il avait chargé notre ambassadeur de porter l'expression de sa gratitude à Sa Majesté. ¶ Son Eminence a terminé en disant qu'elle rendrait compte au Saint-Père de ce fâcheux incident.

A Mr. le Ministre etc., Thouvenel, Paris.

Cadore.

## Nr. 215.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Paris. — Vorschläge zur Ordnung der Verhältnisse des Heiligen Stuhls, deren Uebermittlung durch Frankreich gewünscht wird. —

[Vorgelegt in der Sitzung des italienischen Parlaments vom 20. Novbr. 1861\*.]

Turin, 10 septembre 1861.

Monsieur le ministre, — Les dernières communications que j'ai eu **No. 215.**

\*) Bei Mittheilung dieses Actenstückes und seiner Anlagen an das Parlament bemerkte Minister Ricasoli, die Regierung habe, da jeder directe Weg der Verhandlung mit dem Heiligen Stuhl verschlossen sei, zu dem Ende die guten Dienste des Kaisers der Franzosen erbeten. Unglücklicherweise habe es jedoch zur Zeit den Anschein gehabt, dass der Papst nicht geneigt sein werde, irgend welchen Vorschlägen ein williges Ohr zu leihen, und habe es deshalb die kaiserliche Regierung nicht für „opportun“ gehalten, sich der von ihr gewünschten Vermittelung zu unterziehen.

Italien,  
10. Septbr.  
1861.

**No. 215.** l'honneur d'échanger avec vous ont pu vous faire connaître que les pré-occupations du gouvernement du roi, touchant la question de Rome, sont incessantes et deviennent de plus en plus graves. ¶ Tout en ne se dissimulant point les difficultés nombreuses qui s'opposent, en raison de la multiplicité et de la grandeur des intérêts engagés, à une solution telle que l'exigent les droits et les besoins de l'Italie, le gouvernement ne peut, d'autre part, méconnaître les dangers d'un retard prolongé, lesquels, par diverses causes, deviennent de jour en jour plus pressants. Il n'y a peut-être pas une de nos difficultés intérieures dont l'opinion publique, en Italie, n'attribue l'origine à la privation de notre capitale, de Rome. Personne ne croit que l'administration de l'Etat puisse s'établir sur un pied satisfaisant tant que le centre ne sera pas transporté à Rome, point situé à une distance égale des extrémités de la Péninsule. ¶ La logique de l'unité nationale, de ce sentiment qui domine désormais les Italiens, n'admet pas que l'unité soit rompue au cœur du royaume, d'un Etat hétérogène, et, de plus, hostile. Car il faut bien dire que les impatiences légitimes de la nation pour la possession de sa capitale sont encore excitées par l'attitude de la cour de Rome dans les affaires de Naples. Je n'insisterai pas sur ce point, à l'égard duquel vous avez trouvé, monsieur le ministre, les plus amples informations dans ma dépêche circulaire du 24 août dernier\*); mais je rappellerai votre attention sur les motifs qui me font conclure à l'opportunité d'une prompté décision sur les affaires de Rome. ¶ Le gouvernement du roi, qui sent toute cette urgence, n'a pas oublié d'un autre côté les engagements qu'il a pris envers lui-même et en face de l'Europe dans de solennelles déclarations. Ces déclarations n'eussent-elles pas été faites, ses propres sentiments le persuaderaient du devoir de procéder avec le plus grand respect avec le pontife, en qui il vénère le chef de la catholicité, et avec les plus grands égards envers S. M. l'empereur des Français, notre glorieux allié, qui entend, par la présence de ses troupes, garantir que la sûreté personnelle du pape et les intérêts catholiques ne recevront aucune atteinte. ¶ En cet état de choses, considérant le droit incontestable des Italiens à avoir Rome, qui appartient à la nation, et par conséquent le devoir rigoureux qui oblige le gouvernement italien à conduire les choses à ce résultat, en présence de l'unanimité de l'opinion publique, et pour éviter des troubles graves et des mouvements toujours déplorables, même quand on les réprime ou qu'on les prévient, le gouvernement a cru devoir faire un dernier appel à la droiture d'esprit et à la bonté de cœur du pontife, pour en venir à un accord sur les bases de la pleine liberté de l'Eglise d'une part, le gouvernement italien renonçant à toute immixtion dans les matières religieuses, et, de l'autre part, de la renonciation au pouvoir temporel. ¶ Vous trouverez ci-joint, monsieur le ministre, une copie de la lettre que, par ordre exprès de Sa Majesté, j'ai eu l'honneur d'adresser sur ce sujet à S. S. le pape Pie IX. Vous voudrez bien communiquer ce document au gouvernement de S. M. l'empereur des Français, auprès duquel vous êtes accrédité, et le prier avant tout de vouloir bien charger le représentant du gouvernement impérial à

\*) Vgl. Bd. I., Nro. 76.

Rome de faire parvenir aux mains de Sa Sainteté l'adresse et les articles que je joins à cette dépêche. Aucun rapport diplomatique n'existant entre le gouvernement italien et le Saint-Siège, nous ne pouvons pas faire parvenir directement au Saint-Père ces deux pièces. L'irritation qui, malheureusement, anime contre nous les esprits à Rome, ne nous permet pas d'y envoyer une mission extraordinaire, avec laquelle la cour de Rome refuserait probablement d'entrer en rapports. L'entremise bienveillante de la France est donc indispensable pour que les deux documents dont je viens de parler puissent arriver à Sa Sainteté, et que ce moyen d'entente et d'accord soit encore essayé. Les avantages d'une conciliation seraient si grands et si évidents pour tous, que j'ai la confiance qu'en considération de la possibilité de les obtenir, le gouvernement de S. M. l'Empereur voudra bien adhérer au désir du gouvernement italien. ¶ Vous aurez soin en outre, monsieur le ministre, de rappeler que, dans ma note du 21 juin\*) au comte de Gropello, j'ai déclaré que, tout en laissant à la haute sagesse de l'Empereur la détermination du moment où Rome pourrait, sans péril, être rendue à elle-même, nous nous ferions toujours un devoir de faciliter la solution de cette question, dans l'espoir que le gouvernement français ne nous refuserait pas ses bons offices pour amener la cour de Rome à accepter un accord fécond en conséquences heureuses pour la religion et pour l'Italie. ¶ Vous êtes chargé aujourd'hui d'invoquer ces bons offices, non seulement pour que notre prière arrive au Saint-Père, mais aussi pour qu'elle soit efficacement appuyée auprès de lui. Aucune voix ne saurait avoir plus d'autorité à Rome ni être écoutée avec plus de condescendance que celle de la France, qui, depuis douze ans, y exerce une protection puissante et respectée. ¶ En même temps que vous aurez soin, monsieur le ministre, d'exprimer au gouvernement de Sa Majesté impériale combien est entière notre confiance dans ses dispositions bienveillantes et dans l'efficacité de sa participation à cette affaire si importante, vous voudrez bien aussi faire sentir que le gouvernement du Roi, si par malheur cette dernière tentative venait à échouer, se trouverait enveloppé dans des difficultés très graves, et que, malgré tout son bon vouloir d'atténuer les conséquences douloureuses qu'un refus de la cour de Rome pourrait produire, tant dans l'ordre religieux que dans l'ordre politique, il ne pourrait cependant empêcher que l'esprit public chez les Italiens ne fût frappé d'une vive et profonde émotion. ¶ Les effets d'un tel refus peuvent plus facilement être prévus que déterminés; mais il est certain que le sentiment religieux des Italiens en serait grandement ébranlé, et que les impatiences de la nation, jusqu'à présent retenues par l'espoir d'une solution plus ou moins prochaine, deviendraient bien difficiles à contenir. ¶ Avant de terminer cette dépêche, je ne crois pas inutile de prévenir une objection qui pourrait se produire relativement à la forme adoptée dans cette grave circonstance. Il pourra sembler peu conforme aux usages, aux traditions, et peut-être même au respect, que l'adresse au Pontife Suprême soit signée de moi plutôt que de S. M. notre souverain. Cette exception aux formalités généralement reçues provient de deux motifs.

No. 215.  
Italien,  
10. Septbr.  
1861.

\*) Vgl. Bd. I., Nro. 14.

**No. 215.** Il convient de savoir d'abord, et vous ne l'ignorez pas, qu'en d'autres circonstances analogues à celle où nous nous trouvons, Sa Majesté s'est personnellement adressée au pape, et qu'il est arrivé qu'elle n'en a pas reçu de réponse ou qu'elle en a reçu d'une telle sorte que la dignité royale s'en trouvait offensée. Il n'était donc pas possible, après de tels précédents, d'exposer la dignité de notre souverain à de nouvelles atteintes. ¶ Il a semblé, en outre, au gouvernement du roi que, dans une occasion où l'on adresse respectueusement la parole au Souverain Pontife, au nom de la nation italienne, l'interprète ordinaire des délibérations du pouvoir exécutif, qui est, dans l'absence du Parlement italien, celui qui représente surtout la nation elle-même, devait se faire aussi l'interprète de ses vœux et de ses sentiments. ¶ Je vous autorise, monsieur le ministre, à donner lecture et à laisser copie de la présente dépêche, ainsi que de l'adresse à Sa Sainteté, à S. Exc. le ministre des affaires étrangères. *Ricasoli.*

*A Mr. C. Nigra, etc. à Paris.*

ANLAGE I. — Ricasoli an den Cardinal-Staatssecretair Antonelli. — Begleit-schreiben zu den nachfolgenden Vorschlägen an die päpstliche Regierung. —

Turin, 1861.

Eminence, — Le gouvernement de S. M. le roi Victor-Emmanuel, gravement préoccupé des funestes conséquences que peut amener, autant dans l'ordre religieux que dans l'ordre politique, l'attitude prise par la cour de Rome envers la nation italienne et son gouvernement, a voulu faire appel encore une fois à l'esprit et au cœur du Saint-Père, afin que, dans sa sagesse et dans sa bonté, il consente à un accord qui, en laissant intacts les droits de la nation, pourvoirait efficacement à la dignité et à la grandeur de l'Eglise. ¶ J'ai l'honneur de transmettre à Votre Eminence la lettre que, par ordre exprès de Sa Majesté le Roi, j'ai humblement adressée à Sa Sainteté. Votre Eminence, par la haute dignité dont elle est revêtue dans l'Eglise, par la place considérable qu'elle occupe dans l'administration de l'Etat, non moins que par la confiance que Sa Sainteté a mise en elle, peut mieux que personne donner dans cette circonstance des conseils utiles et écoutés. ¶ Votre Eminence ne saurait manquer de joindre au sentiment des véritables intérêts de l'Eglise, un sentiment favorable à la prospérité d'une nation à laquelle elle appartient par sa naissance. J'espère donc que Votre Eminence s'appliquera à la réussite d'une œuvre par laquelle elle aura bien mérité non-seulement du Saint-Siège et de l'Italie; mais du monde catholique tout entier. *Ricasoli.*

*A S. Em. le Cardinal Antonelli.*

ANLAGE II. — Die Regierung des Königs Victor Emanuel an den Papst. — Die Ordnung der Verhältnisse des Heiligen Stuhls betr. —

Turin, 1861.

Très Saint-Père, — Douze ans se sont écoulés depuis que l'Italie, émue des paroles de mansuétude et de pardon sorties de votre bouche,

a conçu l'espérance de fermer la série de ses malheurs séculaires et d'ouvrir l'ère de sa régénération. Mais comme les puissances de la terre l'avaient partagée entre divers maîtres, et s'étaient réservé sur elle un patronage et une domination, l'œuvre de régénération ne put se développer pacifiquement dans l'intérieur de nos frontières, et il fallut recourir aux armes pour nous affranchir de la domination étrangère campée au milieu de nous, afin que les réformes civiles ne fussent pas entravées, ou même étouffées et anéanties dès le début. ¶ Vous, alors, Très Saint-Père, vous souvenant que vous êtes sur la terre le représentant d'un Dieu de paix et de miséricorde et le père de tous les fidèles, vous refusâtes votre coopération aux Italiens dans la guerre, sacrée pour eux, de l'indépendance; mais comme vous étiez aussi un prince italien, cette détermination les remplit d'une grande amertume. Les esprits s'irritèrent, et l'on vit se rompre ce lien de concorde qui avait rendu si heureux et si efficaces les commencements de notre renaissance. ¶ Les désastres nationaux qui suivirent presque immédiatement enflammèrent de plus en plus les passions excitées, et à travers une succession funeste de déplorables événements que nous voudrions tous oublier, il s'engagea dès lors entre la nation italienne et le Siège Apostolique un conflit fatal qui ne subsiste que trop aujourd'hui, et qui cause un préjudice égal à l'un et à l'autre. ¶ Toute lutte doit finir, ou par la défaite et la mort de l'un des combattants, ou par leur réconciliation. Les droits de nationalité sont impérissables, et le siège de Saint Pierre, en vertu d'une promesse divine, est impérissable aussi. Puisque aucun des deux adversaires ne peut disparaître du champ de bataille, il faut qu'ils se réconcilient, pour ne pas jeter le monde dans des perturbations terribles et sans fin. ¶ Comme catholique et comme Italien, j'ai jugé qu'il était de mon devoir, Très Saint-Père, de méditer longuement et profondément le difficile problème que les temps nous donnent à résoudre; comme ministre du royaume d'Italie, je juge de mon devoir de soumettre à Votre Sainteté les considérations d'après lesquelles une conciliation entre le Saint-Siège et la nation italienne doit être regardée non seulement comme possible, mais comme extrêmement utile, de même que la nécessité en est plus évidente que jamais. ¶ En agissant ainsi, je ne suis pas la seule impulsion de mon sentiment intime et des devoirs de ma charge; j'obéis à la volonté expresse de S. M. le Roi, qui, fidèle aux glorieuses et pieuses traditions de sa maison, est animé d'un amour égal pour la grandeur de l'Italie et pour la grandeur de l'Eglise catholique. ¶ Cette conciliation serait impossible, et les Italiens, éminemment catholiques, n'oseraient ni la demander ni même l'espérer, si pour y parvenir il fallait que l'Eglise renonçât à l'un de ses principes ou de ses droits, qui appartiennent au dépôt de la foi, ou qui sont de l'institution immortelle de l'Homme-Dieu. Ce que nous demandons, c'est que l'Eglise, qui, comme interprète et comme gardienne de l'Evangile, a apporté dans la société humaine un principe de législation surnaturel, et s'est faite l'initiatrice du progrès social, poursuive sa mission divine, et demontre toujours davantage la nécessité de sa propre existence par l'inépuisable fécondité de ses rapports avec l'œuvre jadis commencée et inspirée par elle. ¶ Si, à chaque

No. 215:  
Italien,  
10. Septbr.  
1861.

**No. 215.** pas de la société en progrès, l'Eglise n'était pas capable de créer des formes nouvelles sur lesquelles pussent se fonder les états successifs de la vie sociale, l'Eglise ne serait pas une institution universelle et perpétuelle, mais un fait temporaire et périssable. Dieu est immuable dans son essence, et pourtant il déploie une fécondité infinie dans la création de nouvelles substances, dans la production de formes nouvelles. ¶ L'Eglise, jusqu'ici, a donné des témoignages éclatants de cette fécondité, en se transformant avec sagesse dans ses points de contact avec le monde civil à chaque évolution nouvelle de la société. Ceux qui prétendent aujourd'hui qu'elle doit rester immobile oseraient-ils affirmer qu'elle n'a jamais changé dans ce qu'elle a d'extérieur, de relatif dans ses formes? Oseraient-ils dire que les formes de l'Eglise sont, depuis Léon X jusqu'à nous, ce qu'elles ont été de Grégoire VII à Léon X, et qu'à partir de Grégoire VII elles sont restées ce qu'elles avaient été depuis Saint Pierre jusqu'à ce pontife? ¶ Ce fut un grand spectacle, dans les premiers temps, de voir l'Eglise, dans les catacombes, pauvre et ignorée du monde, se recueillir dans la contemplation des vérités éternelles. Puis, quand les fidèles, devenus libres, se montrèrent à découvert et contractèrent entre eux des liens nouveaux, l'autel passa de l'obscurité des catacombes aux splendeurs des basiliques, le culte et les ministres du culte participèrent à ce nouvel état, et l'Eglise, ne se bornant plus à des prières cachées, répandit publiquement et solennellement sa doctrine dans le monde, sur lequel elle commençait à exercer sa sublime mission. ¶ Dans le mélange et la lutte des éléments divers, et souvent contraires par lesquels se préparait l'ère moderne au sein du moyen âge, l'idée chrétienne, grâce à l'Eglise, pénétra dans l'ordre de la famille, de la cité, de l'Etat; elle créa dans les consciences le dogme d'un droit public; elle sut, dans sa législation, déterminer l'application et faire sentir les avantages de ce droit, et alors l'Eglise devint un pouvoir civil, et se fit juge des princes et des peuples. Mais quand la société fut arrivée à un degré d'éducation plus parfait, qu'elle eut exercé et éclairé sa raison, le besoin de sa tutelle cléricale cessa, et, en conséquence, le lien de cette tutelle se rompit. L'on rechercha et l'on reprit les traditions de la civilisation ancienne et un pontife, en s'associant à cette œuvre, mérita de donner son nom au siècle où il vécut. ¶ Si donc l'Eglise, imitant Dieu, son modèle suprême, qui, dans sa toute-puissance et son infailibilité, mesure cependant avec une sagesse infinie l'exercice de son pouvoir, de manière à ne point blesser la liberté humaine, si l'Eglise a su jusqu'ici s'accommoder, en conservant intacte la pureté du dogme, aux nécessités imposées par les transformations sociales, ceux qui lui font injure, ceux qui lui nuisent ne sont-ils pas ceux qui voudraient la rendre immobile, l'isoler de la société civile, et faire d'elle l'ennemie de l'esprit des temps nouveaux, plutôt que nous qui ne lui demandons qu'une chose, c'est-à-dire qu'elle conserve sa suprême fonction spirituelle, et qu'elle soit, dans l'ordre moral, la modératrice de cette liberté qui donne aux peuples arrivés à la maturité de leur raison le droit de n'obéir ni à des lois ni à des gouvernements auxquels ils n'aient pas légitimement consenti? ¶ De même que l'Eglise, par son institution, ne peut

pas être l'ennemie d'une honnête liberté civile, de même elle ne peut pas être contraire au développement des nationalités. C'est en vertu d'un dessein providentiel que l'espèce humaine s'est trouvée répartie en groupes distincts par la race et par la langue, et établis dans certains espaces déterminés où chacun d'eux a contracté une certaine unité de tendances et d'institutions, de manière qu'il ne troublât pas l'habitation d'autrui et qu'il ne souffrît point d'être troublé dans la sienne. ¶ Dieu a fait voir quel prix l'homme doit attacher à sa nationalité, lorsque, voulant punir le peuple hébreu, rebelle aux avertissements et aux punitions, il lui a infligé la domination étrangère comme le châtiment le plus terrible de tous. Vous-même l'avez bien montré, Saint-Père, lorsque, écrivant à l'Empereur d'Autriche, en 1848, vous l'exhortiez „à mettre fin à une guerre qui ne saurait reconquérir à l'empire l'esprit des Lombards et des Vénitiens, légitimement jaloux de leur nationalité.“ ¶ L'idée chrétienne n'admet pas que le pouvoir social aboutisse à l'oppression d'un individu par un autre; elle n'admet pas davantage l'oppression d'une nation par une autre nation. La conquête ne peut pas légitimer la domination d'une nation sur l'autre, car la force est impuissante à constituer le droit. ¶ Ainsi, les Italiens, en revendiquant leurs droits de nation et en formant un royaume avec des institutions libres, n'ont porté atteinte à aucun principe de l'ordre religieux ni de l'ordre civil; ils n'ont trouvé dans leur foi de chrétiens et de catholiques aucun précepte qui condamnât leur ouvrage. La preuve qu'en entrant dans les voies que la Providence leur a ouvertes, ils n'ont pas eu la pensée de manquer à la religion ou de nuire à l'Eglise, la preuve en est dans la joie et la vénération dont ils vous entourèrent aux premiers temps de votre pontificat; la preuve est dans la douleur profonde, dans le trouble indicible avec lequel ils accueillirent l'encyclique du 29 avril 1848. Ils ont eu à déplorer le combat qui s'est malheureusement engagé dans votre âme entre les devoirs du pontife et ceux du prince. ¶ Ils désiraient qu'un accord pût s'établir entre les deux caractères éminents qui sont réunis dans votre personne sacrée; mais, par malheur, des protestations répétées et des actes significatifs leur firent comprendre que cet accord n'était pas possible; alors, ne pouvant renoncer à leur propre existence, aux droits imprescriptibles de la nation, pas plus qu'ils n'auraient pu renoncer à la foi de leurs pères, ils ont jugé qu'il est nécessaire que le prince cède au pontife. ¶ Les Italiens ne pouvaient pas ne point tenir compte des contradictions dans lesquelles la réunion de ces deux qualités faisait fréquemment tomber le siège apostolique. Ces contradictions, en aigrissant les esprits contre le prince, n'ajoutaient certes rien à leur respect pour le pontife. On en est venu alors à examiner les origines de ce pouvoir, sa manière d'être, l'usage qui en a été fait, et il faut encore avouer qu'à plusieurs égards cet examen ne lui a pas été favorable. On s'est enquis de sa nécessité, de son utilité relativement à l'Eglise. L'opinion publique, à ce point de vue encore, ne s'est point prononcée favorablement. L'Evangile contient de nombreuses paroles et de nombreux exemples de mépris et de condamnation des biens terrestres, et Jésus-Christ lui-même avertit souvent ses disciples de ne pas songer à pos-

**No. 215.** séder et à dominer; et l'on ne trouvera pas un seul des docteurs et des théologiens de l'Eglise qui affirme que la souveraineté politique soit indispensable pour l'exercice du saint ministère. ¶ Il fut un temps peut-être, alors que tous les droits étaient incertains et en proie à la force, où le prestige d'une souveraineté temporelle servait à l'indépendance de l'Eglise. Mais depuis que les Etats modernes sont sortis du chaos du moyen-âge, qu'ils se sont consolidés en s'adjoignant leurs éléments naturels, et que le droit public européen s'est fondé sur des bases raisonnables et justes, quel avantage a pu trouver l'Eglise dans la possession d'un petit royaume, sinon d'être jetée dans les agitations, les contradictions, les embarras de la politique, d'être distraite par les soins des intérêts mondains du soin des biens célestes, d'être asservie aux jalousies, aux cupidités, aux intrigues des puissants de la terre? Je voudrais, Saint-Père, que la droiture de votre esprit, de votre conscience et la bonté de votre cœur jugeassent seules si cela est juste, utile, convenable pour le Saint-Siège et pour l'Eglise. Ce déplorable conflit a les plus tristes conséquences pour l'Italie aussi bien que pour l'Eglise. ¶ Le clergé déjà se divise; le troupeau se sépare de ses pasteurs. Il existe des prélats, des évêques, des prêtres qui refusent ouvertement de prendre part à la guerre que l'on fait de Rome au royaume d'Italie: un bien plus grand nombre y répugne en secret. La multitude voit avec indignation des ministres du sanctuaire se mêler à des conspirations contre l'Etat, et refuser au vœu public les prières qui leur sont demandées par les autorités; elle frémit d'impatience quand elle entend qu'on abuse, du haut de la chaire, de la parole divine, au point d'en faire un instrument de blâme et de malédiction contre tout ce que les Italiens ont appris à admirer et à bénir. La multitude, peu habituée aux distinctions subtiles, pourrait à la fin être conduite à imputer à la religion ce qui n'est que le fait des hommes qui en sont les ministres, et à se séparer de cette communion à laquelle depuis dix-huit siècles les Italiens ont la gloire et le bonheur d'appartenir. ¶ Ne jetez pas, Saint-Père, dans l'abîme du doute un peuple tout entier qui désire sincèrement pouvoir vous croire et vous vénérer. L'Eglise a besoin d'être libre: nous lui rendrons sa liberté entière. Plus que personne nous voulons que l'Eglise soit libre, car sa liberté est la garantie de la nôtre; mais, pour être libre, il est nécessaire qu'elle se dégage des liens de la politique, qui ont fait d'elle jusqu'ici un instrument de guerre contre nous aux mains de telle ou telle autre puissance. ¶ L'Eglise a la vérité éternelle à enseigner avec l'autorité de son divin fondateur, dont l'assistance ne lui manque jamais; elle doit être la médiatrice entre les combattants, la protectrice des faibles et des opprimés; mais combien sa voix sera plus docilement écoutée quand on ne pourra soupçonner que des intérêts mondains l'inspirent. ¶ Vous pouvez, Saint-Père, renouveler une fois encore la face du monde; vous pouvez élever le siège apostolique à une hauteur inconnue à l'Eglise pendant bien des siècles. ¶ Si vous voulez être plus grand que les rois de la terre, dégagez-vous des misères de cette royauté qui vous fait leur égal. L'Italie vous donnera un siège sûr, une liberté entière, une grandeur nouvelle. Elle vénère le pontife, mais elle ne saurait arrêter sa

Italien.  
10. Septbr.  
1861.



marche devant le prince; elle veut rester catholique, mais elle veut être une nation libre et indépendante. Si vous écoutez la prière de cette fille de prédilection, vous gagnerez sur les âmes plus de pouvoir que vous n'en aurez perdu comme prince, et du haut du Vatican, lorsque vous étendrez votre main sur Rome et sur le monde pour les bénir, vous verrez les nations, rétablies dans leurs droits, s'incliner devant vous, leur défenseur et leur protecteur.

*A Sa Sainteté le Pape Pie IX.*

No. 215.  
Italien.  
10. Septbr.  
1861.

ANLAGE III. — Vorschläge zur Ordnung der Verhältnisse des Heiligen Stuhls. —

PROJET D'ARTICLES.

Art. 1. Le Souverain Pontife conserve la dignité, l'inviolabilité et toutes les autres prérogatives de la souveraineté, et, en outre, les prééminences établies par les coutumes à l'égard du roi et des autres souverains. ¶ Les cardinaux de la Sainte Eglise conserveront le titre de prince et les honneurs qui y sont attachés.

Art. 2. Le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie prend l'engagement de ne mettre obstacle en aucune occasion aux actes exercés par le Souverain Pontife en vertu du droit divin comme chef de l'Eglise, et en vertu du droit canonique comme patriarche d'Occident et primat d'Italie.

Art. 3. Le même gouvernement reconnaît au Souverain Pontife le droit d'envoyer des nonces à l'étranger, et s'engage à les protéger tant qu'ils seront sur le territoire de l'Etat.

Art. 4. Le Souverain Pontife aura pleine liberté de communiquer avec tous les évêques et les fidèles, et réciproquement, sans ingérence de la part du gouvernement. ¶ Il pourra également convoquer dans les lieux et dans les formes qu'il jugera convenables les conciles et le synodes ecclésiastiques.

Art. 5. Les évêques dans leurs diocèses et les curés dans leurs paroisses seront indépendants de toute ingérence gouvernementale dans l'exercice de leur ministère.

Art. 6. Ils demeurent néanmoins soumis au droit commun, dans le cas des délits punis par les lois du royaume.

Art. 7. Sa Majesté renonce à tout droit de *patronage* sur les bénéfices ecclésiastiques.

Art. 8. Le gouvernement italien renonce à toute ingérence dans la nomination des évêques.

Art. 9. Le même gouvernement s'oblige à fournir au Saint-Siège une dotation fixe et insaisissable, dont la somme sera réglée d'un commun accord.

Art. 10. Le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie, afin que toutes les puissances et tous les peuples catholiques puissent concourir à l'entretien du Saint-Siège, ouvrira avec ces puissances les négociations opportunes pour déterminer la quote-part de chacune d'elles dans la dotation dont il est parlé à l'article précédent.

**No. 215.** Art. 11. Les négociations auront aussi pour objet d'obtenir les garanties de ce qui est établi dans les articles précédents.

Italien,  
10. Septbr.  
1861.

Art. 12. D'après ces conditions, le Souverain Pontife et le gouvernement de S. M. le Roi d'Italie en viendront à un accord par le moyen de commissaires délégués à cet effet.

## No. 216.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den kaiserl. Gesandten in Turin über die Gründe der Ablehnung der Uebermittlung des Turiner Projects sur Ordnung der römischen Frage. —

Paris, 26 novembre 1861.

**No. 216.**  
Frankreich,  
26. Novbr.  
1861.

Monsieur, le cabinet de Turin s'étant déterminé à communiquer au Parlement italien, bien qu'elles fussent restées à l'état de projet, les pièces qu'il avait préparées en vue d'un accord avec le Saint-Siège, nous n'avons pas à exprimer d'opinion sur les motifs tirés de ses convenances politiques ou de la situation parlementaire qui l'ont dirigé dans cette circonstance. Je n'ai pas davantage à entrer pour le moment dans un examen détaillé de l'arrangement élaboré par M. le baron Ricasoli. ¶ Les documents qui s'y rapportent m'ayant été communiqués par vous à titre confidentiel, sur la demande du président du conseil, vous savez, monsieur, que le gouvernement de l'Empereur n'a pas cru devoir se charger de les transmettre à Rome. Les circonstances, en effet, ne nous semblaient pas favorables à l'ouverture d'une négociation directe entre le gouvernement italien et le Saint-Siège, alors que l'un et l'autre, par des déclarations réitérées, se maintenaient sur le terrain qu'il avaient adopté et qui les plaçait à des points de vue diamétralement opposés. La combinaison qui nous était soumise n'était guère de nature d'ailleurs à rapprocher les distances, et nous ne pouvions pas, en nous chargeant d'en saisir le Saint-Siège, paraître attacher nous-mêmes des espérances d'accommodement que nous ne partagions pas, à un projet de solution d'un caractère trop radical assurément, en égard à l'état des esprits, pour servir de base à un arrangement. ¶ Je fais des vœux sincères pour que la discussion qui va s'ouvrir dans les deux Chambres à Turin ne sorte pas du cercle où tant d'intérêts sérieux commandent de la maintenir, et dont elle ne pourrait s'écarter sans reculer encore le règlement de la question romaine. Une circonstance particulière donne à ces considérations un caractère d'opportunité. M. le marquis de La Vallette devant se rendre à son poste, dans le courant de cette semaine, il serait regrettable, ce me semble, que de nouveaux froissements, de nouvelles causes d'irritation, produisant sur l'esprit du Saint-Père leur impression naturelle, ne permissent pas à l'ambassadeur de l'Empereur, dès le début de sa mission, d'agir dans le sens d'une conciliation réclamée aussi impérieusement par les intérêts de l'Italie que par ceux de l'Eglise. Au point de vue plus général de sa position dans le monde, l'Italie d'ailleurs ne s'affaiblit-elle pas en proclamant elle-même par la voix de ses représentants qu'elle n'a pas de capitale possible parmi les villes grandes et illustres qu'elle possède, et que la Vénétie

est le complément indispensable de son territoire! ¶ L'Italie, dans ses limites actuelles, a une tâche assez grande à remplir, et qui suffirait assurément à illustrer les hommes d'Etat qui la dirigent. Si, comme le souhaitent et l'espèrent bien sincèrement ses amis véritables, elle réussit à triompher par de la fermeté et de la modération des difficultés inséparables de toute transformation politique, elle ne tardera pas à rencontrer dans cette voie l'estime et la confiance de l'Europe. Les services rendus et notre constante sollicitude pour l'avenir de l'Italie nous autorisent à parler à coeur ouvert, et nous ne doutons pas que les conseils désintéressés que nous croyons pouvoir soumettre à son gouvernement ne soient accueillis par lui avec les mêmes sentiments de confiance et de cordialité qui nous les ont dictés.

A Mr. etc., Benedetti, Turin.

Thouvenel.

### No. 217.

ITALIEN. — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter im Auslande. — Die jüngsten Verhandlungen des ital. Parlaments und die öffentlichen Zustände des Reichs betr. —

Turin, le 3 janvier 1862.

Votre Excellence connaît déjà les discussions de la Chambre des députés sur les plus importantes questions de la politique italienne et les résultats qu'elles ont eus. Elle sait, en outre, que le gouvernement a été autorisé à percevoir pour trois mois les impôts nécessaires pour subvenir aux dépenses de l'Etat et à délivrer des bons du Trésor jusqu'à la concurrence de 50 millions. ¶ Cette partie de la session parlementaire, qui va maintenant finir, a une telle importance qu'il ne me semble pas inutile de faire connaître d'une manière précise à Votre Excellence quelles sont les opinions du gouvernement du roi sur les causes aussi bien que sur les effets de cette discussion. ¶ Le Parlement italien, dans la première partie de la session, a posé le fondement de l'unité italienne, et a désigné la route que l'on doit suivre pour y arriver, en indiquant les moyens propres à réaliser l'armement du pays et en augmentant les revenus de l'Etat. Il était naturel, lorsque le Parlement, après trois mois d'interruption, reprenait ses travaux, qu'il désirât savoir quels progrès avait faits la grande œuvre de la reconstruction de l'Italie, et quels résultats on avait généralement obtenus. De son côté, le cabinet, connaissant l'importance de son mandat, s'est empressé d'exposer l'état des choses, afin de voir si sa conduite avait l'approbation de ses concitoyens. ¶ Des motifs particuliers, comme le retard de la solution de la question romaine, à raison de difficultés indépendantes de la volonté du gouvernement et de celle de ses alliés; la suppression de la lieutenance de Naples; l'accroissement imprévu du brigandage sur quelques points des provinces de Naples, accroissement dû à des renforts d'aventuriers arrivés de l'étranger; les complications politiques et financières de l'Europe et leur influence sur notre crédit, tout contribuait à rendre plus nécessaires ces explications et un accord réciproque. ¶ Une discussion profonde, sincère et complète paraissait, en conséquence, indispensable pour mettre fin à l'incertitude, éclairer la nation et la mettre en état de se prononcer une

No. 217. seconde fois par l'organe de ses représentants sur la conduite à tenir.

Italien, ¶ Tel était le but des investigations entreprises et des résolutions auxquelles elles ont donné lieu. ¶ Je n'ai pas la hardiesse de regarder le vote exprimé par la Chambre à une grande majorité comme une preuve de confiance envers les hommes qui dirigent les affaires du pays. Ce vote, et c'est en quoi consiste précisément sa haute importance, est la sanction positive et réitérée d'un programme que la saine raison et l'expérience font considérer comme le seul qui puisse conduire l'Italie à son dernier but; qui puisse diminuer les difficultés de notre légitime et glorieuse entreprise et nous rendre de plus en plus favorable l'opinion publique de l'Europe. ¶ Le Parlement a montré que la nation italienne, quoiqu'en partie novice dans les voies d'une vie libre et spontanée, ne manque ni de la prudence pratique ni de la fermeté qui ont jusqu'à présent guidé ses pas dans l'acquisition d'une patrie indépendante; il a montré que les Italiens marcheront toujours unis vers le même but, sans se laisser arrêter par les obstacles ni entraîner outre mesure par une généreuse impatience. C'est là le sens vrai et réel des dernières résolutions du Parlement. ¶ En ce qui concerne la question romaine, la Chambre non seulement a confirmé le vote du 27 mars 1861, mais encore elle lui a donné une nouvelle force. Malgré les difficultés que nous avons rencontrées, elle a de nouveau déclaré que Rome est nécessaire à l'unité et à la tranquillité de l'Italie. Mais en même temps elle a donné son attention aux documents \*) déposés par le gouvernement du roi, et a déclaré que la nation est sincèrement dévouée à la religion et prête à accorder, avec le plus grand empressement, les garanties les plus sûres que les consciences catholiques puissent désirer pour la dignité et l'indépendance du Saint-Père. ¶ Et ce n'est pas avec moins de fermeté ou de modération que la Chambre s'est exprimée au sujet de la Vénétie. En recommandant à la sollicitude du ministère l'armement, elle n'a voulu provoquer par là aucun conflit prématuré, mais seulement montrer à l'Europe que l'Italie prétend mettre ses forces en juste équilibre avec les exigences de sa position, et que pour le reste elle laisse à la sagesse du gouvernement le choix des occasions et des moyens qu'il croirait propres à réaliser d'une manière effective la revendication de cette partie de territoire italien. ¶ Enfin la faculté obtenue par le gouvernement de percevoir provisoirement les impôts et de subvenir aux dépenses est une preuve évidente de la volonté qu'a le peuple italien de voir l'administration publique marcher régulièrement et d'empêcher que rien ne lui manque de ce qui est nécessaire pour faire face aux obligations et aux besoins du pays. ¶ Ces votes ont une importance d'autant plus grande qu'ils ont été le résultat de mûres discussions, où la situation de la politique, de l'administration des finances a été soumise à un examen profond. Malgré les sacrifices imposés à l'Italie par une transformation qui est sans exemple dans l'histoire, le vote des représentants de la nation ne montre ni défiance ni fatigue, mais au contraire une résolution ferme et méditée, une confiance assurée dans les destinées de la patrie.

\*) No. 115.

¶ Ces destinées, le gouvernement du roi fera tous ses efforts pour les réaliser en suivant la voie qui lui a été tracée. Cette voie ne consiste pas à précipiter les événements, mais à préparer le pays et à convaincre de plus en plus l'Europe que l'Italie possède réellement les éléments et les forces nécessaires pour former une nation bien organisée, tranquille et riche, sans que pour cela les intérêts de l'équilibre européen soient lésés, ni que les principes religieux et civils sur lesquels repose la civilisation chrétienne de notre époque soient menacés. ¶ Les résultats obtenus dans un si court espace de temps, malgré les oscillations inévitables au milieu de si grandes transformations, ont démontré une grande fermeté de volonté et ont posé de solides fondements à nos espérances; l'état matériel et moral de l'Italie s'est continuellement amélioré et marche vers une situation de plus en plus régulière et satisfaisante; l'ordre et la tranquillité règnent partout; d'une extrémité à l'autre de la péninsule, les villes les plus importantes, tant des provinces anciennes que des nouvelles, offrent l'image du contentement et d'une activité industrielle et commerciale que l'on rencontrait bien rarement dans les temps passés. ¶ On a de nouveau réprimé les derniers efforts que le brigandage, nourri par l'or et par les menées des étrangers, avait réussi à faire. Non-seulement la garde nationale a coopéré avec la meilleure volonté à le disperser, mais l'on a encore vu le peuple combattre avec une ardeur qui prouve l'indignation excitée par les prétentions d'une restauration qui, contraire aux vœux du pays, ne peut être tentée que par des brigands mercenaires. ¶ Une nombreuse levée est ordonnée dans les provinces méridionales, et aussitôt les recrues s'empressent d'accourir sous le drapeau italien avec une spontanéité qui, dans plusieurs localités, arrive jusqu'à l'enthousiasme. La suppression de la lieutenance de Naples a été accueillie avec une satisfaction générale par la population, qui comprend les avantages d'un gouvernement normal par la marche rapide et régulière des affaires dans les diverses branches de l'administration. La sécurité, momentanément menacée dans une de nos grandes villes par une bande de malfaiteurs, déplorable héritage de la faiblesse du gouvernement passé, a été promptement rétablie par des mesures énergiques et opportunes. La force de la loi prouve aux malfaiteurs que pour les crimes il n'y a plus en Italie ni impunité ni indulgence. ¶ La construction des chemins de fer et un grand nombre d'autres travaux publics décrétés sont activement poursuivis, et, tout en donnant du travail à des milliers de bras, ils contribuent grandement à accroître la moralité et le bien-être du peuple, en attendant le moment où ils serviront à rendre plus faciles les communications, et à donner plus de vie au commerce et à l'industrie. Un service de postes bien organisé, soit par terre, soit par mer, assure la rapidité des correspondances sur tous les points de la péninsule. Cette armée, qu'à en croire nos ennemis il devait être impossible de rassembler et de tenir unie, à cause des divers éléments dont elle est composée, prouve par son unité affectueuse, par son instruction, par sa discipline, que les Italiens de toutes les provinces sont aptes à la vie militaire. ¶ Enfin les charges que nos finances doivent supporter ne sont pas au-dessus des ressources dont la nation peut disposer,

No 217.  
Italien,  
3. Januar  
1862.

**No. 217.** et l'Italie montrera dans peu de temps qu'elle est assez riche et assez patriotique pour pouvoir faire face à toutes les exigences de notre résurrection nationale. Si l'on jette ensuite un regard impartial sur notre position et notre attitude, on est obligé de reconnaître que l'Italie veut sérieusement fonder son indépendance, et qu'elle dispose des moyens nécessaires pour atteindre ce but. ¶ Telle est en réalité notre position, et cette position servira, je l'espère, à nous conserver nos anciens amis et à nous en acquérir de nouveaux. ¶ Que Votre Excellence veuille etc.

Italien.  
3. Januar  
1862.

*Ricasoli.*

### No. 218.

**FRANKREICH.** — Min d. Ausw. an den kais. Botschafter in Rom. — Die Regelung der Verhältnisse des heiligen Stuhls zu Italien betr. —

Paris, le 11 janvier 1862.

**No. 218.** Monsieur le marquis, si j'ai cru devoir attendre vos premiers rapports pour vous adresser des instructions destinées à compléter celles qui vous ont été données verbalement avant votre départ, le moment est venu de vous indiquer dans leur ensemble les idées du gouvernement de l'Empereur sur la situation respective du Saint-Siège et de l'Italie. Les intérêts de la France se trouvent trop profondément affectés par l'antagonisme de deux causes que ses traditions politiques et religieuses recommandent à titre égal à ses sympathies pour qu'elle puisse accepter indéfiniment la responsabilité d'un statu quo aussi nuisible à l'une qu'à l'autre, et renoncer à l'espoir d'ouvrir la voie à un arrangement. ¶ Le gouvernement de l'Empereur n'a pas à exprimer de nouveau ses regrets des événements accomplis en Italie dans le courant de l'année 1860, et qui devaient inspirer au Saint-Père une vive et légitime douleur. La marche naturelle des choses humaines, cependant, les amène tôt ou tard à passer de l'ordre des sentiments dans l'ordre de la raison, et c'est sous ce dernier aspect que la politique se trouve à la fin forcée de les envisager. La question qui se pose aujourd'hui, monsieur le marquis, est donc celle de savoir si le gouvernement pontifical entend toujours apporter au règlement de ses rapports avec le régime nouveau établi dans la Péninsule l'inflexibilité qui est le premier de ses devoirs comme le plus incontestable de ses droits dans les affaires de dogme, ou si, quel que soit d'ailleurs son jugement sur la transformation opérée en Italie, il se décide à accepter les nécessités qui dérivent de ce fait considérable. ¶ En reconnaissant le royaume d'Italie, le gouvernement de l'Empereur a agi dans la conviction que l'hypothèse d'une restauration du passé n'était plus réalisable, et, sans parler des puissances qui ont cessé de rattacher au Saint-Siège le symbole de leur foi, les résolutions successives du Portugal, de la Belgique et du Brésil ont assurément la même signification. Parmi les monarchies catholiques, il n'en est ainsi que trois qui se soient abstenues de renouer des relations officielles avec la cour de Turin: ce sont l'Autriche, l'Espagne et la Bavière, et il est permis de supposer que la position particulière de ces puissances à l'égard des souverains dépossédés de Naples, de Parme, de Toscane et de Modène n'a pas

Frankreich.  
11. Januar  
1862.

été sans exercer une grande influence sur leur ligne de conduite. **Aucun** No. 218.  
 cabinet d'ailleurs ne songe à réagir par la force contre l'ordre de choses Frankreich,  
 inauguré dans la Péninsule. Ouvertement proclamé ou tacitement admis, 11. Januar  
 le principe de non intervention est devenu la sauvegarde de la paix euro- 1862.  
 péenne, et la cour de Rome n'attend certainement pas d'un secours étranger  
 les moyens de reconquérir les provinces qu'elle a perdues. Je vais plus  
 loin: je me refuse à croire qu'elle consentît jamais à provoquer elle-même,  
 dans un intérêt dont le succès serait au moins douteux, l'une des confla-  
 gations les plus redoutables qu'eût encore à enregistrer l'histoire. Les leçons  
 de l'expérience, jointes aux considérations les plus propres à toucher le  
 Saint-Siège, ne lui commandent-elles pas dès lors de se résigner, sans  
 renoncer à ses droits, à des transactions de fait qui ramèneraient le calme  
 dans le sein du monde catholique, renoueraient les traditions de la papauté  
 qui a si longtemps couvert l'Italie de son égide, et y rattacheraient les  
 destinées nouvelles d'une nation cruellement éprouvée et rendue après tant  
 de siècles à elle-même? ¶ Je n'ai pas la prétention, M. le marquis, de  
 discuter ici un mode de solution. Il me suffit de dire que le gouvernement  
 de l'Empereur a conservé à cet égard une complète liberté de jugement et  
 d'action, et que tout ce que nous avons à rechercher maintenant, c'est si  
 nous devons nourrir ou abandonner l'espérance de voir le Saint-Siège se  
 prêter, en tenant compte des faits accomplis, à l'étude d'une combinaison  
 qui assurerait au Souverain-Pontife les conditions permanentes de dignité,  
 de sécurité et d'indépendance nécessaires à l'exercice de son pouvoir. Cet  
 ordre d'idées admis, nous emploierions nos efforts les plus sincères et les  
 plus énergiques à faire accepter à Turin le plan de conciliation dont nous  
 aurions posé les bases avec le gouvernement de Sa Sainteté. L'Italie et la  
 papauté cesseraient alors de se trouver dans des camps ennemis; elles  
 reprendraient bientôt l'une et l'autre leurs rapports naturels, et, grâce à des  
 obligations d'honneur garanties par la parole de la France, Rome trouverait  
 au besoin un appui nécessaire du côté même où le danger paraît la menacer  
 aujourd'hui. Un tel résultat, M. le marquis, exciterait, nous en sommes  
 convaincus, un vif sentiment de satisfaction et de reconnaissance dans la  
 catholicité entière; et je crois remplir un devoir en vous invitant à ne  
 négliger aucune occasion de vous inspirer du contenu de cette dépêche,  
 dans vos entretiens avec le cardinal Antonelli et le Saint Père lui-même.

*A M. le marquis de La Valette, Rome.*

*Thouvenel.*

## No. 219.

**FRANKREICH.** — Botschafter in Rom an den kais. Min. d. Ausw. — Bericht  
 über die Ablehnung jeden Vorschlags zur Verständigung mit dem Turiner  
 Cabinet. —

Rome, le 18 janvier 1862.

Monsieur le ministre, j'ai reçu la dépêche que Votre Excellence **No. 219.**  
 m'a fait l'honneur de m'écrire sous la date du 11 de ce mois. J'ai trouvé, Frankreich,  
 le lendemain même, l'occasion d'entretenir le cardinal secrétaire d'Etat des 18. Januar  
 conditions qui s'y trouvaient développées. ¶ Votre Excellence sait que, 1862.

No. 219. pénétéré des paroles que j'avais pu recueillir de la bouche même de l'Empereur, je m'étais attaché, dès ma première entrevue avec le Saint-Père, à me faire auprès de lui le fidèle et respectueux interprète des sentiments de profond intérêt dont je devais lui porter l'expression. Sans laisser d'illusions à Sa Sainteté sur une restauration du passé, sans oublier les exigences d'un présent si intimement lié à nos propres intérêts, je n'avais négligé aucune occasion de préparer le Saint Siège, en termes généraux, à une transaction qui répondit à notre désir le plus sincère, celui de reconcilier Rome avec l'Italie. J'avais trouvé d'ailleurs, dans l'accueil tout bienveillant dont j'étais l'objet, le droit de faire appel à la confiance de Sa Sainteté, et de provoquer de sa part l'expression d'espérances ou de vœux à la réalisation desquels le gouvernement de l'Empereur eût été heureux de pouvoir contribuer. ¶ Votre Excellence sait aussi, par mes précédents rapports, que, tout en m'écoutant avec la plus affectueuse condescendance, le Saint-Père avait constamment conclu par ces mots, qui déguisaient à peine ses refus: „Attendons les événements“; et que, plus explicite dans ses paroles, le cardinal secrétaire d'Etat s'était prononcé contre toute transaction impliquant en fait l'abandon d'une portion quelconque des territoires perdus. ¶ J'ai donc été plus affligé que surpris, lorsque, à toutes les considérations que j'ai présentées, en m'inspirant des vues mêmes de Votre Excellence, le cardinal secrétaire d'Etat n'a cru pouvoir répondre que par la fin de non-recevoir la plus absolue. ¶ „Toute transaction, m'a dit le cardinal, est impossible entre le Saint-Siège et ceux qui l'ont dépouillé. Il ne dépend pas plus du Souverain-Pontife qu'il n'est au pouvoir du Sacré-Collège de céder la moindre parcelle du territoire de l'Eglise.“ ¶ J'ai fait observer à Son Eminence que j'écartais complètement la question de droit; qu'en me rappelant ses précédentes affirmations, je ne m'attendais assurément pas à la voir transiger avec des principes dont elle m'avait déclaré ne pouvoir se départir. Mon seul but était de l'amener sur le terrain pratique des faits, d'offrir au gouvernement pontifical l'occasion de sortir, en réservant tous ses droits, d'une situation aussi désastreuse pour ses intérêts que menaçante pour la paix du monde chrétien. Ce but, que j'avais laissé entrevoir, soit au Saint-Père, soit à Son Eminence elle-même, était avant tout celui que poursuivait l'Empereur; c'était dans ce sens qu'avaient été conçues mes premières instructions, c'était dans le même esprit que le gouvernement impérial venait de me les renouveler. Je n'avais pas reçu l'ordre, ajoutais-je, de les communiquer textuellement au cardinal secrétaire d'Etat; elles étaient néanmoins trop conformes aux sentiments dont je m'étais si souvent fait l'organe pour que je ne me crusse pas implicitement autorisé à les mettre sous ses yeux. Je donnai effectivement lecture au cardinal de la dépêche de Votre Excellence. ¶ „Je retrouve dans cette dépêche, m'a dit Son Eminence, l'expression de l'affectueux intérêt que vous n'avez cessé de nous témoigner. Il n'est pas exact cependant qu'il y ait désaccord entre le Souverain-Pontife et l'Italie. Si le Saint-Père est en rupture avec le cabinet de Turin, il n'a que d'excellents rapports avec l'Italie. Italien lui-même et le premier des Italiens, il souffre de ses souffrances, il assiste avec douleur aux cruelles épreuves qui frappent l'Eglise italienne. ¶ Quant



à pactiser avec les spoliateurs, nous ne le ferons jamais. Je ne puis que le répéter, toute transaction sur ce terrain est impossible; quelles soient les réserves dont on l'accompagne, de quelques ménagements de langage qu'on l'entoure, du moment où nous l'accepterions, nous paraîtrions la consacrer. Le Souverain-Pontife, avant son exaltation, comme les cardinaux lors de leur nomination, s'engagent par serment à ne rien céder du territoire de l'Eglise. Le Saint-Père ne fera donc aucune concession de cette nature; un conclave n'aurait pas le droit d'en faire; un nouveau Pontife n'en pourrait pas faire; ses successeurs de siècle en siècle ne seraient pas plus libres d'en faire." ¶ Le ton très calme d'ailleurs du cardinal secrétaire d'Etat annonçait une résolution d'autant plus inébranlable qu'elle puisait sa raison d'être dans un ordre d'idées qui échappe à la discussion. Je me bornai à faire observer au cardinal Antonelli que le caractère même de sa déclaration m'imposait le devoir de lui demander si je pouvais la considérer et la transmettre au gouvernement de l'Empereur comme la réponse définitive du Saint-Siège. Après un moment de réflexion, S. Em. s'offrit à en référer au Saint-Père, bien que, dans sa conviction, cette démarche fût superflue. C'était le profond sentiment de devoirs et d'obligations sacrés qui avaient dicté à S. S. les déclarations solennelles dont ses encycliques ou ses allocutions avaient si souvent entretenu la catholicité tout entière. Le cardinal n'avait donc pas de peine à prévoir une réponse qu'il s'engageait d'ailleurs à me transmettre le lendemain même, soit par écrit, soit par l'intermédiaire d'un de ses prélats. ¶ J'ai reçu effectivement, ce matin, du cardinal secrétaire d'Etat, le billet dont Votre Excellence trouvera ci jointe la traduction. Après avoir pris les ordres du Saint-Père, Son Eminence me dit n'avoir rien à ajouter, rien à retrancher à ses déclarations de la veille. ¶ En résumé, monsieur le ministre, Votre Excellence posait cette question dont je reproduis les termes mêmes: „Devons-nous nourrir l'espoir de voir le Saint-Siège se prêter, en tenant compte des faits accomplis, à l'étude d'une combinaison qui assurerait au Souverain-Pontife des conditions permanentes de dignité, de sécurité et d'indépendance nécessaires à l'exercice de son pouvoir?" ¶ C'est avec un profond regret que je me vois obligé de répondre négativement; mais je croirais manquer à mon devoir en vous laissant une espérance que je n'ai pas moi-même.

A M. le ministre etc., Thouvenel, Paris.

La Valette.

### No. 220.

**KIRCHENSTAAT.** — Cardinal-Staatssekretär an den kais. französ. Botschafter in Rom. — Schriftliche Bestätigung der in vorstehender Depesche berichteten mündlichen Erklärungen. —

Rome, 18. Janvier 1862.

Monsieur et très cher marquis, pour satisfaire à la promesse que je vous ai faite hier lors de la visite dont vous m'avez honoré au Vatican, je me fais un devoir de vous déclarer que je n'ai rien ni à ajouter ni à retirer à la réponse que j'ai dû faire à la communication que Votre Excellence m'a adressée en l'entourant des formes les plus courtoises. ¶ Je saisis etc.

A S. E. le ministre de La Valette.

Antonelli.

No. 219.  
Frankreich,  
18. Januar  
1862.

No. 220.  
Kirchen-  
staat,  
18. Januar  
1862.

## No. 221.

**FRANKREICH.** — Rede des Kaisers bei Eröffnung der Gesetzgebenden Körperschaften am 27. Januar 1862.

No. 221.

Frankreich,  
27. Januar  
1862.

Messieurs les Sénateurs, Messieurs les Députés, — L'année qui vient de s'écouler a vu, malgré certaines inquiétudes, la paix se consolider. Toutes les rumeurs propagées à dessein sur des prétentions imaginaires sont tombées d'elles-mêmes devant la simple réalité des faits. ¶ Mes relations avec les Puissances étrangères me donnent la plus entière satisfaction, et la visite de plusieurs Souverains a contribué encore à resserrer nos liens d'amitié. Le Roi de Prusse, en venant en France, a pu juger par lui-même de notre désir de nous unir davantage à un gouvernement et à un peuple qui marchent d'un pas calme et sûr vers le progrès. ¶ J'ai reconnu le royaume d'Italie avec la ferme intention de contribuer, par des conseils sympathiques et désintéressés, à concilier deux causes dont l'antagonisme trouble partout les esprits et les consciences. ¶ La guerre civile qui désole l'Amérique est venue compromettre gravement nos intérêts commerciaux. Cependant, tant que les droits des neutres seront respectés, nous devons nous borner à faire des vœux pour que ces dissensions aient bientôt un terme. ¶ Notre établissement en Cochinchine s'est consolidé par la valeur de nos soldats et de nos marins. Les Espagnols, associés à notre entreprise, trouveront, je l'espère, dans ces contrées, le prix de leur courageux concours. Les Annamites résistent faiblement à notre domination, et nous ne serions en lutte avec personne, si, au Mexique, les procédés d'un gouvernement sans scrupules ne nous avaient obligés de nous réunir à l'Espagne et à l'Angleterre pour protéger nos nationaux et réprimer des attentats contre l'humanité et le droit des gens. ¶ Il ne peut sortir de ce conflit rien qui soit de nature à altérer la confiance dans l'avenir. Libre de préoccupations extérieures, j'ai porté plus spécialement mon attention sur l'état de nos finances. ¶ Un exposé sincère vous en a fait connaître la véritable situation. Je ne dirai à ce sujet que quelques mots. ¶ Le public s'est ému du chiffre de 963 millions, auquel s'est élevée la dette flottante; mais cette dette, en l'arrêtant désormais, n'a rien d'inquiétant, car elle avait déjà atteint ce chiffre avant 1848, lors que les revenus de la France étaient loin d'approcher de ce qu'ils sont aujourd'hui. D'ailleurs, qu'on retranche de cette somme, d'abord, les 652 millions qui grevaient l'Etat à une époque antérieure à l'Empire; ensuite, les 78 millions remboursés aux rentiers à l'époque de la conversion; enfin, les 233 millions montant des découverts qu'ont amenés dans les deux derniers exercices des expéditions lointaines, et qu'il eût été possible de demander à un emprunt, on verra que, depuis l'établissement de l'Empire, grâce, il est vrai, aux consolidations successivement opérées, les découverts ne se sont pas accrus en proportion des nécessités auxquelles il a fallu pourvoir et des avantages obtenus depuis dix ans. ¶ En effet, Messieurs, il ne serait pas juste d'oublier: ¶ L'accroissement de dépenses exigé par le service annuel des emprunts contractés pour deux guerres qui n'ont pas été sans gloire; ¶ Les 622 millions employés par le Trésor aux grands travaux d'utilité publique, indépendamment des trois

milliards affectés par les compagnies à l'achèvement de 6,553 kilomètres de chemins de fer; ¶ L'exécution du réseau télégraphique; ¶ L'amélioration du sort de presque tous les serviteurs de l'Etat; ¶ L'augmentation du bien-être du soldat; les cadres de l'armée mis en proportion de ce qu'exige, en temps de paix, la dignité de la France; ¶ La transformation de la flotte et de tout notre matériel d'artillerie; ¶ La réédification de nos édifices religieux et de nos monuments publics. ¶ Ces dépenses ont imprimé à tous les travaux utiles, sur la surface de l'Empire, une impulsion féconde. N'avons nous pas vu les villes se transformer, les campagnes s'enrichir par les progrès de l'agriculture, et le commerce extérieur s'élever de deux milliards 600 millions à cinq milliards 800 millions? Enfin, par le seul accroissement de la prospérité publique, les revenus de l'Etat se sont accrus de plusieurs centaines de millions. ¶ Cette énumération nous montre toute l'étendue des ressources financières de la France, et, pourtant, quelle que fût l'origine des découverts, quelque légitimes que fussent les dépenses, il était prudent de ne plus les augmenter. ¶ Dans ce but, j'ai proposé au Sénat un moyen radical, qui confère au Corps législatif une plus grande faculté de contrôle et l'associe de plus en plus à ma politique. Mais cette mesure n'était point, comme il est facile de s'en convaincre, un expédient pour alléger ma responsabilité : c'était une réforme spontanée et sérieuse devant nous forcer à l'économie. ¶ En renonçant au droit d'ouvrir des crédits supplémentaires et extraordinaires dans l'intervalle des sessions, il était cependant essentiel de se réserver la faculté de pourvoir à des nécessités imprévues. Le système des virements en fournit les moyens, et il a l'avantage de limiter cette faculté aux besoins vraiment urgents et indispensables. ¶ L'application sévère de ce nouveau système nous aidera à asseoir notre régime financier sur des bases inébranlables. Je compte sur votre patriotisme et vos lumières pour seconder mes efforts par un concours empressé. ¶ Le budget vous sera présenté dès l'ouverture de la session. ¶ Ce n'est pas sans regret que je me suis décidé à vous proposer le remaniement de plusieurs impôts; mais, par l'accroissement de nos revenus, l'aggravation, j'en suis convaincu, ne sera que temporaire. ¶ Vous voudrez bien vous occuper d'abord du projet de loi relatif à l'échange des titres de la rente 4 1/2 %, projet qui a pour but, en conciliant équitablement les intérêts du Trésor et ceux de ses créanciers, de préparer l'unification de la dette. ¶ Je vous ai exposé, Messieurs, loyalement, l'état des choses. ¶ Vous le savez, à chaque occasion où se présentait une réforme utile, j'en ai pris résolument l'initiative. Cependant je n'en maintiendrai pas moins intactes les bases fondamentales de la Constitution qui a déjà valu au pays dix années d'ordre et de prospérité. ¶ Le sort de tous ceux qui sont au pouvoir, je ne l'ignore pas, est de voir leurs intentions les plus pures méconnues, leurs actes les plus louables dénaturés par l'esprit de parti. Mais les clameurs sont impuissantes lorsqu'on possède la confiance de la Nation et qu'on ne néglige rien pour la mériter. Ce sentiment, qui se manifeste en toutes circonstances, est ma récompense la plus précieuse et fait ma plus grande force. Survient-il de ces événements imprévus, tels que la cherté des subsistances et le ralentis-

**No. 221.** sement du travail, le peuple souffre; mais, dans sa justice, il ne me rend pas responsable de ses souffrances, parce qu'il sait que toutes mes pensées, tous mes efforts, toutes mes actions, tendent sans cesse à améliorer son sort et à augmenter la prospérité de la France. ¶ Ne nous faisons pas illusion sur ce qui nous reste à accomplir; mais, en même temps, en jetant en regard vers le passé, félicitons-nous d'avoir traversé dix années au milieu du calme des populations satisfaites, et de l'union des grands Corps de l'Etat. Persévérons dans notre tâche avec énergie, et confions-nous dans la Providence, qui nous a toujours donné des signes visibles de sa protection.

## No. 222.

**FRANKREICH.** Aus dem „Exposé de la situation de l'Empire, présenté au Senat et au Corps Législatif.“

### Affaires étrangères.

**No. 222.** **AFFAIRES POLITIQUES.** — L'année 1861 n'a été exempte ni d'inquiétudes ni de troubles; mais si l'on a pu tirer de fâcheux présages d'un ensemble de faits et de circonstances qui semblaient effectivement contenir les germes de graves complications, les cabinets ont surmonté ces difficultés, et il convient de rendre hommage à la sagesse avec laquelle ils ont su maintenir le caractère amical de leurs rapports. C'est à ce but que le Gouvernement de l'Empereur, pour sa part, n'a cessé de consacrer ses efforts, et il se félicite de voir que la communauté d'intérêts établie entre les peuples par le développement de la civilisation tend à atténuer chaque jour davantage l'effet que la diversité des principes produisait autrefois sur la marche générale des affaires de l'Europe. ¶ L'Italie avait été, surtout dans les premiers mois de l'année, le principal objet des préoccupations. Les puissances se montraient toutefois portées à prendre le principe de non-intervention pour règle de conduite à l'égard de la Péninsule, et l'Autriche elle-même, éclairée sur les vœux de l'Europe par les déclarations que le Gouvernement français avait provoquées à Varsovie, annonçait l'intention de conserver une attitude expectante, aussi longtemps qu'elle ne serait point amenée à en sortir par une agression de l'Italie. Il était d'un grand intérêt pour le cabinet de Turin de seconder ces dispositions, en conjurant, autant qu'il était en son pouvoir, tout incident de nature à compromettre brusquement la paix. Le Gouvernement impérial ne lui fit entendre que des conseils propres à l'affermir dans la résistance qu'il opposait aux impatiences des partis, et si l'Italie n'a pas retrouvé le calme intérieur qu'un système politique solidement assis peut seul lui donner, elle n'a pas, du moins, suscité les perturbations dont l'Europe avait d'abord paru menacée. ¶ Ces craintes se trouvant écartées, le Gouvernement de l'Empereur était amené à se préoccuper de la position exceptionnelle et nécessairement transitoire que la suspension de ses rapports officiels avec le cabinet de Turin faisait à la France dans la Péninsule. Etranger aux événements qui avaient préparé l'annexion de la partie méridionale de l'Italie au Piémont, le Gouvernement de l'Empereur avait cru de son devoir de témoigner qu'il désap-

prouvait plus particulièrement l'envahissement de l'Ombrie et des Marches, et il avait rappelé de Turin le ministre de Sa Majesté. Fidèle néanmoins au principe de non-intervention qu'il avait adopté pour lui-même et qu'il recommandait à toutes les puissances, le Gouvernement impérial n'entendait nullement réagir par la force contre des faits dont il lui suffisait d'avoir décliné la responsabilité. Il demeure, en effet, convaincu que toute organisation imposée à l'Italie par une influence étrangère, au lieu d'apaiser les esprits, ne ferait que les agiter davantage, et qu'il importe avant tout de laisser au temps et aux événements le soin d'éclairer la Péninsule sur les institutions qui conviennent le mieux à son génie. ¶ Se plaçant à ce point de vue, le Gouvernement de l'Empereur devait considérer le rétablissement de ses rapports avec le cabinet de Turin comme subordonné uniquement aux intérêts de la France et aux nécessités de sa politique. Il ne s'en était point caché avec les autres grandes puissances. Dans les communications diplomatiques qu'il leur avait faites, il s'était, au contraire, réservé expressément une entière liberté d'appréciation touchant la reconnaissance du roi Victor-Emmanuel sous son nouveau titre. ¶ Le cabinet impérial n'aurait pu ajourner indéfiniment sa résolution sans des inconvénients dont les intérêts des deux pays, et peut-être aussi les intérêts généraux eux-mêmes, n'auraient pas tardé à se ressentir. Le voisinage de la France et de l'Italie crée entre les deux Etats des rapports de toute nature. Notre commerce avec la Péninsule est considérable; nos ports de la Méditerranée sont en relations quotidiennes avec les ports italiens. Ces liens nécessaires, qui, dans les circonstances normales, imposent au Gouvernement français des démarches nombreuses, exigeaient une vigilance et une protection plus actives encore dans des conjonctures exceptionnelles. L'annexion au Piémont de pays avec lesquels nous avons des conventions distinctes nous créait des obligations particulières, car nous avons à veiller à ce que les changements introduits dans le régime de la navigation et des douanes ne pussent préjudicier ni à nos échanges ni à notre pavillon. Enfin, au milieu même des agitations qui n'avaient point cessé dans l'Italie méridionale, et dont nos nationaux, répandus en si grand nombre dans cette partie de la Péninsule, pouvaient avoir à souffrir, il était utile que nous fussions en mesure de leur prêter, au besoin, un appui efficace, et de soutenir, le cas échéant, leurs réclamations. ¶ Nous devons, en outre, considérer l'influence que l'interruption prolongée de nos rapports avec l'Italie exerçait déjà dans la Péninsule. L'incertitude dont nos intentions restaient entourées contribuait à entretenir le malaise qui avait succédé à l'ardeur de la lutte. Une plus longue abstention de notre part eût été interprétée de manière à faire échouer les efforts du gouvernement du roi Victor-Emmanuel pour constituer une administration régulière, et n'eût servi qu'à aggraver, sans profit pour personne, les difficultés contre lesquelles il avait à lutter. Il y avait donc lieu pour nous de reconnaître le roi d'Italie, et le moment de prendre une décision était arrivé. \*) ¶ Le Gouvernement de l'Empereur avait pensé que cette circonstance pourrait

No. 232.  
Frankreich,  
Januar  
1862.

\*) Bd. I. No. 13.

**No. 222.** être favorable pour s'occuper d'un intérêt qu'il n'a perdu de vue dans aucune occasion. Il se proposait, en faisant connaître ses dispositions au cabinet de Turin, d'ouvrir des pourparlers sur la situation du saint-siège et de négocier un arrangement propre à assurer au gouvernement pontifical des garanties qui nous eussent permis de retirer nos troupes de Rome dans un temps donné. ¶ Mais la mort de l'homme d'Etat éminent qui dirigeait le cabinet de Turin est venue, en créant à l'Italie des difficultés nouvelles, ajouter encore à la force et au caractère pressant des considérations qui portaient la France à reconnaître le gouvernement italien. Plus les conjectures présentaient de gravité et pouvaient faire naître des espérances contradictoires, plus les partis fondaient de prévisions et de calculs sur les résolutions du Gouvernement de l'Empereur. L'ajournement de la reconnaissance eût été regardé comme un encouragement offert à la guerre civile, et bientôt peut-être l'Italie eût été livrée à un état d'anarchie compromettant pour le repos de l'Europe elle-même. D'autre part, si la reconnaissance était devenue plus urgente, il était aussi plus difficile qu'auparavant de négocier avec le cabinet de Turin, à peine reconstitué, l'arrangement auquel nous avions d'abord désiré la subordonner. Voulant, toutefois, satisfaire à la double nécessité dont il avait à tenir compte, le Gouvernement de l'Empereur s'est décidé à séparer l'affaire de Rome de celle de la reconnaissance de l'Italie et à établir sans retard des rapports diplomatiques avec le gouvernement italien, en maintenant nos troupes à Rome et en réservant ainsi tout entière la question de l'occupation. ¶ Le Gouvernement impérial n'avait pas douté un seul instant que sa détermination ne fût appréciée par toutes les puissances comme elle devait l'être. L'Europe y a vu, en effet, un acte à la fois nécessaire et opportun, commandé par la position de la France et inspiré par une sollicitude prévoyante pour le maintien de la paix générale. ¶ Il reste aujourd'hui au Gouvernement de Sa Majesté un vœu à former, c'est que l'ordre se raffermisse et se consolide dans toutes les parties du royaume d'Italie. On ne saurait trop déplorer les manifestations stériles qui ont continué d'agiter les anciennes provinces napolitaines. Plus nuisibles qu'utiles au drapeau dont elles se couvrent, elles n'ont d'autre résultat que de perpétuer le désordre et de faire répandre le sang italien. Par suite de la position que notre armée occupe à Rome, le Gouvernement de l'Empereur s'est trouvé dans le cas de tracer à ce sujet des instructions au commandant en chef des troupes françaises, et il l'a invité à prendre les dispositions nécessaires pour mettre obstacle à ce que le territoire confié à notre garde serve de point de ravitaillement aux bandes qui opèrent dans le voisinage de la frontière pontificale. ¶ Rien ne serait plus propre à ramener le calme dans les esprits que la cessation de l'état d'antagonisme dans lequel se maintiennent la papauté et l'Italie et la réconciliation de deux causes dont le désaccord partage les opinions et les consciences dans le monde entier. Guidé par cette pensée, le Gouvernement de l'Empereur attachait du prix à s'éclairer sur les dispositions actuelles de la cour pontificale. Il a désiré s'assurer si, en présence d'un ordre de choses déjà reconnu par beaucoup de puissances, et qu'aucune ne songe à troubler, le saint siège croirait devoir

Frankreich.  
Januar  
1862.

persister dans les objections qu'il a opposées jusqu'ici au règlement de ses rapports avec le gouvernement italien. Le cabinet impérial s'en est ouvert avec la cour de Rome, en lui offrant un concours entièrement libre d'engagements. \*) Il ne seconderait, d'ailleurs, qu'une transaction renfermant pour le souverain pontife toutes les garanties désirables de sécurité et d'indépendance. Si le saint-siège entrait dans cet ordre d'idées, il trouverait le Gouvernement de Sa Majesté prêt à coopérer de tous ses efforts à un rapprochement non moins favorable aux intérêts de la catholicité qu'à la pacification de la Péninsule. Mais il nous faut malheureusement constater que nos ouvertures, cette fois encore, n'ont pas obtenu l'accueil que la loyauté de nos intentions nous autorisait à attendre. \*\*) ¶ Lorsque le corps expéditionnaire français a quitté le Liban, l'Empereur a jugé opportun de renforcer de plusieurs vaisseaux son escadre sur les côtes de Syrie, et cette disposition, venant à l'appui du langage que nous avons tenu à Constantinople \*\*), a suffi pour prévenir de nouveaux conflits. Mais la pacification matérielle du Liban n'était qu'une partie de la tâche dévolue aux puissances. Les événements de 1860 avaient démontré la nécessité d'une réorganisation administrative, en mettant en lumière les inconvénients du règlement sous le régime duquel la montagne avait été placée par suite de mesures prises de 1842 à 1846. Cette combinaison, qui partageait le pays en deux circonscriptions distinctes, l'une pour les Maronites et l'autre pour les Druses, avait porté une fâcheuse atteinte à l'unité du Liban et compromis son existence comme agglomération de peuples ayant jusqu' alors vécu d'une vie commune. ¶ Antérieurement à l'année 1840, la montagne était gouvernée par un pouvoir unique, chrétien et indigène. Dans l'opinion du Gouvernement de l'Empereur, il convenait de se rapprocher, autant que les circonstances le permettraient, d'un système d'administration justifié par l'expérience. Le régime qu'il s'agissait de remplacer était, toutefois, le résultat d'une entente établie à Constantinople en 1842 entre les représentants des grandes cours et la Porte, et le Gouvernement de Sa Majesté devait s'attendre à ce qu'il ne fût pas abandonné sans être défendu. Si toutes les puissances reconnaissaient l'opportunité d'y apporter de sérieuses modifications, toutes n'étaient pas d'avis qu'il fût essentiellement contraire au maintien de la paix entre les Maronites et les Druses. Plusieurs cabinets se demandaient si les tristes conséquences dont nous le rendrions responsable ne venaient pas de ce qu'il n'avait point reçu tous les développements qu'il comportait, et si l'on ne trouverait pas des garanties de tranquillité dans la création de nouveaux centres administratifs, dont l'objet eût été de séparer de plus en plus les intérêts. Ce plan était combiné avec un déplacement des populations elles-mêmes, qui, répandues aujourd'hui, sans distinction de religion et de race, sur la plupart des points du Liban, eussent été respectivement transplantées dans la circonscription administrative que l'on proposait d'attribuer à chacune d'elles. Les puissances reconnurent avec le Gouvernement de

\*) No. 218.

\*\*) No. 219.

\*\*\*) Bd. I. No. 38.

No. 222.  
Frankreich,  
Januar  
1862.

**No. 232.** l'Empereur que cette sorte de désagrégation ethnographique, possible sans doute dans un pays habité par des tribus nomades, était impraticable dans une contrée où l'attachement au sol est général, et qu'elle ne serait pas moins ruineuse pour les Druses que pour les Maronites. ¶ L'évidence des objections que soulevait ce système de désagrégation réconcilia tous les cabinets avec l'idée, fermement défendue par le Gouvernement impérial, de l'unité d'un pouvoir chrétien. ¶ La plupart des puissances demeuraient cependant opposées au choix d'un chef indigène, et elles insistaient pour qu'il fût interdit par une clause formelle. A la suite d'une nouvelle discussion, dans laquelle le Gouvernement de l'Empereur a maintenu jusqu'à la fin sa manière de voir, mais qui, en se prolongeant, eût retardé l'entente plus longtemps que ne le permettait l'état précaire du Liban au moment du rappel de nos troupes, toutes les puissances se sont ralliées à une transaction qui, sans faire de l'indigénat un principe, ne le frappe pas non plus d'exclusion comme on l'avait proposé \*). ¶ Le Liban sera donc administré par un gouverneur chrétien dont le pouvoir, s'étendant sur toute la montagne, embrassera l'ensemble des populations dont elle est formée, et aucune disposition n'empêche qu'il soit choisi parmi les chrétiens indigènes. En limitant à trois ans la durée de ses fonctions, les puissances se sont, d'ailleurs, réservé de s'entendre avec la Porte lorsqu'il y aura un nouveau gouverneur à désigner. Cette combinaison, qui implique un recours en quelque sorte périodique à leur jugement, permettra de profiter des données de l'expérience, et ne peut, nous l'espérons, qu'être un jour favorable aux opinions que nous avons soutenues. ¶ Les Principautés-unies du Danube n'ont rien perdu à attendre du temps le développement des institutions dont elles ont été dotées par la conférence de Paris. Dans ces délibérations, le Gouvernement de l'Empereur avait défendu l'union de la Moldavie et de la Valachie comme réclamée par le vœu du pays et renfermant des garanties d'ordre et de prospérité; mais il y avait lieu de prendre en considération particulière l'opinion de la puissance suzeraine, et la Porte s'étant montrée contraire à une union complète et immédiate des deux Principautés, la conférence, tout en établissant entre elles certains liens, avait laissé leurs administrations séparées. ¶ La nomination d'un seul et même hospodar, non prévue par la convention du 19 août 1858, avait eu pour conséquence d'ajouter encore aux difficultés que rencontrait la mise en vigueur de l'ordre de choses dont elle contenait les bases. Ces difficultés n'ont pas tardé à faire naître dans les Principautés un malaise inquiétant pour la tranquillité publique, et l'hospodar a jugé de son devoir d'exposer la situation à la Porte. Il insistait plus spécialement sur les entraves qui résultaient pour la marche de son Gouvernement de la nécessité de traiter avec deux assemblées et d'avoir deux ministères distincts. ¶ Cette démarche a été favorablement accueillie par la Porte, et, prenant l'initiative des ouvertures à faire aux puissances, le gouvernement ottoman a proposé de réaliser l'union administrative et législative pour la vie de l'hospodar actuel. Le Gouvernement de l'Empereur n'a pas hésité à ap-

\*) Bd. I. No. 40.



prouver une proposition conforme à l'opinion qu'il a constamment proclamée dans les diverses discussions dont les Principautés ont été le sujet, et, en faisant connaître son sentiment aux autres cabinets, il a prêté à la communication de la Porte tout le concours qui dépendait de lui. A la suite d'une longue négociation, les représentants des puissances à Constantinople sont tombés d'accord avec les ministres du sultan sur les termes d'un firman qui consacre l'union administrative et législative des Principautés et met le nouvel ordre de choses en harmonie avec l'acte constitutif de leur organisation. ¶ La Porte attachait du prix à établir le caractère viager de ces concessions, et, d'après le firman qui en définit la portée, elles ne sont, en effet, accordées que pour la vie du prince régnant. Les cours garantes, toutefois, ont pensé qu'en présence des modifications déjà apportées temporairement à la convention, pour obéir à des nécessités évidentes, la prévoyance conseillait, dans toutes les hypothèses, de s'en référer à une entente ultérieure qui permît de prendre en pleine connaissance de cause des résolutions définitives. Les cabinets seront, en conséquence, appelés, à l'échéance déterminée par le firman, à se concerter avec le gouvernement ottoman pour apprécier la situation de la Moldo-Valachie et décider si elle comporte un retour pur et simple aux termes de la convention, ou si elle ne réclame pas, au contraire, le maintien de l'union comme base désormais permanente des institutions des Principautés. L'avenir de ce pays ne dépend plus, aujourd'hui, que de la sagasse avec laquelle il saura le préparer. ¶ En dehors des affaires d'Italie et d'Orient, nos rapports avec les cabinets européens n'ont donné lieu qu'à un petit nombre d'incidents. Le Gouvernement de l'Empereur a continué de porter dans ses relations avec la Suisse les sentiments d'amitié dont il s'est toujours inspiré à l'égard de la Confédération helvétique. Il s'est vu néanmoins dans la nécessité d'adresser au gouvernement fédéral différentes réclamations motivées par des difficultés locales survenues sur la frontière commune ou dans les cantons limitrophes. ¶ Le Gouvernement suisse s'est ému, de son côté, d'une simple mesure de précaution destinée à réserver éventuellement le statu quo dans la vallée des Dappes. \*) Cette mesure, sans avoir pris un seul instant le caractère d'une occupation, avait été interprétée d'abord comme une violation de territoire. Les éclaircissements transmis au Gouvernement fédéral ont rétabli le véritable caractère des faits, et démontré que le but du Gouvernement de Sa Majesté n'a nullement été de poursuivre par la force le règlement du litige dont la vallée des Dappes est demeurée l'objet entre la France et la Suisse depuis 1815. ¶ A diverses reprises, des pourparlers ont été engagés par la France en vue d'arriver à un arrangement amiable, et le Gouvernement de l'Empereur avait lui-même ouvert, en 1853, des négociations à cet effet avec la Confédération helvétique. Il n'a pas cessé de penser que cette question doit être résolue par la seule voie de la discussion diplomatique. Il aime, d'ailleurs, à se persuader que les explications fournies au gouvernement fédéral exerceront une heureuse influence sur ses dispositions et que,

---

\*) Bd. I. No. 140.

No. 223.  
Frankreich  
Januar  
1862.

pour rendre aux relations des deux pays leur caractère d'amitié mutuelle, nous pouvons nous en rapporter avec confiance au bon sens du peuple suisse. ¶ Le différend qui s'est élevé entre la Confédération germanique et le Danemark au sujet des duchés de l'Elbe, et qui l'an dernier, à pareille époque, menaçait de se compliquer d'une exécution fédérale, s'est maintenu sur le terrain de la discussion. Les éventualités que pouvait amener le recours aux moyens coercitifs ont été écartées, grâce à l'esprit de conciliation qui a heureusement prévalu au moment où le débat semblait devoir entrer dans une phase plus grave. La cour de Danemark s'étant prêtée à un expédient qui permettait à l'Allemagne de suspendre indéfiniment les mesures d'exécution, la procédure commencée par la diète à ce sujet a été abandonnée\*), et des pourparlers se sont ouverts entre les cabinets de Vienne et de Berlin, d'une part, et celui de Copenhague, de l'autre, pour préparer les bases d'un arrangement. Le Gouvernement de l'Empereur, tout en s'abstenant d'intervenir directement dans une affaire restée jusqu'ici purement allemande, n'a cessé de donner les conseils les plus propres à disposer à un rapprochement les parties intéressées, et il voudrait pouvoir espérer que les négociations entamées auront un résultat prochain et satisfaisant. ¶ Les graves complications intérieures qui se sont produites aux Etats-Unis n'ont pas altéré la cordialité de nos relations avec ce pays. Il était impossible, toutefois, que le conflit que nous avons vu naître avec peine n'entravât pas, en prenant d'aussi grandes proportions, nos transactions ordinaires avec les Etats-Unis et n'affectât même pas, dans une certaine mesure, la sécurité de notre commerce. Le Gouvernement de l'Empereur a donc eu à se préoccuper, dès les premiers moments, de ces conséquences inévitables de la crise américaine. Il ne pouvait hésiter sur l'attitude que lui commandaient les circonstances. Ayant, d'une part, le devoir de veiller à ce que les intérêts placés sous sa protection souffrisent le moins possible de la lutte engagée, désireux, d'autre part, de témoigner de son respect pour les droits intérieurs et l'indépendance d'une autre nation, il n'avait, pour atteindre ce double but, qu'une ligne de conduite à adopter: l'observation d'une stricte neutralité.\*\*\*) En conséquence, tout en faisant des vœux pour le maintien de l'Union américaine dans les conditions qui avaient jusqu'à ce jour semblé assurer sa prospérité, tout en étant même disposé, s'il en était sollicité, à contribuer, par ses bons offices, à mettre fin à une lutte déplorable, il s'est empressé, d'un côté, de rappeler à ses nationaux quelles étaient les obligations que leur imposait la neutralité dont il réclamerait pour eux le bénéfice, et de formuler, de l'autre, les principes qu'il s'attendait à voir respecter par les belligérants. Nous avons obtenu, sous ce dernier rapport, des déclarations satisfaisantes, et qu'il ne pouvait dépendre du Gouvernement de l'Empereur de conjurer tous les embarras qu'entraîne toujours un état de guerre sur un point quelconque du globe, les principes dont les belligérants ont admis l'application auront, du moins, pour effet de prévenir les préjudices et les dommages qui, autrement,

\*) Bd. I. No. 60—63.

\*\*) Bd. I. No. 58.

eussent encore aggravé les souffrances forcément amenées par l'état présent des choses. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur s'est inspiré des mêmes vues et des mêmes sentiments dans l'incident récent qui a donné lieu de craindre un instant que la paix du monde ne fût plus profondément troublée encore. Fidèle à ses amitiés politiques comme aux traditions de la France, il a pensé qu'il devait exprimer officieusement, mais franchement,\*) son avis sur un fait qui semblait mettre en question les droits et les garanties justement réclamés par les neutres, et qui exposait en même temps la Grande-Bretagne et les Etats-Unis à entrer en collision. En nous félicitant aujourd'hui, dans l'intérêt général, de la solution survenue, nous sommes, en ce qui nous concerne, heureux de l'assentiment que notre opinion a partout rencontré et des sentiments dont notre démarche nous a valu l'expression à Washington comme à Londres. ¶ Les efforts que nous faisons depuis plusieurs années pour éviter une rupture avec le Mexique ont échoué devant le mauvais vouloir manifeste du gouvernement actuel. En voyant une anarchie croissante mettre incessamment en péril, sur tous les points du territoire mexicain, la vie et la fortune de nos nationaux, tandis que le gouvernement qui leur devait protection non-seulement ne tenait nul compte de nos réclamations, mais annulait sans scrupule des engagements solennels qui nous assuraient au moins quelque réparation pour le mal passé, nous avons dû renoncer à une modération qu'on transformait en impuissance. ¶ La Grande-Bretagne et l'Espagne, qui, ainsi que nous, avaient à exiger du Mexique le redressement de nombreux griefs, se sont associées aux mesures de coercition qui, dès ce moment, devenaient pour nous le seul moyen de rappeler le Mexique au respect de ses engagements et de soustraire nos compatriotes à toutes les avanies qui rendaient leur situation chaque jour plus pénible et plus intolérable. Une convention conclue à Londres le 31 octobre dernier\*\*) a réglé l'action combinée des trois puissances. Les escadres alliées ont déjà opéré leur réunion dans le golfe du Mexique, et le débarquement de nos forces expéditionnaires doit avoir dès à présent prouvé à nos nationaux que le Gouvernement de l'Empereur s'était ému de leurs plaintes, et au gouvernement mexicain que notre longanimité était arrivée à son terme. Bien que ce soit là l'unique mobile et le seul but de l'expédition actuelle, nous n'aurions assurément que de la satisfaction à exprimer si l'intervention à laquelle les trois puissances se sont vues contraintes devait produire pour le Mexique lui-même une crise salutaire et de nature à favoriser la réorganisation de ce magnifique pays dans des conditions de force, de prospérité et d'indépendance qui lui font si complètement défaut. ¶ Nos rapports avec les autres Etats de l'Amérique n'ont pas tous le même caractère. Ils n'ont pas cessé d'être parfaits avec le Brésil. Au Pérou, nous aimons à compter sur l'esprit d'équité avec lequel s'achèvera le règlement d'affaires qui ont été l'objet d'amicales négociations avec le cabinet de Lima. Le gouvernement actuel de l'Equateur nous témoigne des sympathies auxquelles nous

\*) Bd. I. No. 174.

\*\*) Bd. I. No. 147.

**No. 222.** sommes d'autant plus heureux de répondre que nous ne les avons pas ren-  
 Frankreich, contrées dans les administrations précédentes. Nos relations avec le Chili,  
 Januar avec la république d'Haïti et les Etats du Centre-Amérique continuent à  
 1843. être satisfaisantes. Celles que nous entretenons avec la Confédération argen-  
 tine et le Paraguay ne se sont pas ressenties elles-mêmes des agitations  
 nouvelles qui ont si malheureusement remis en question la tranquillité des  
 provinces de la Plata. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur se croyait fondé,  
 l'année dernière, à émettre l'espoir que les demandes que nous avions à  
 soutenir à Montevideo ne tarderaient pas à être définitivement réglées.  
 L'événement n'a pas justifié cette prévision. Il a fallu mettre un terme à  
 la longue négociation que nous poursuivions, de concert avec le cabinet de  
 Londres, dans un esprit de conciliation poussé jusqu'aux plus extrêmes  
 limites, mais dont le gouvernement de l'Uruguay était décidé à ne nous  
 savoir aucun gré. La rupture de cette négociation laissera en suspens des  
 réclamations considérables, qui depuis longtemps attendent satisfaction. Il  
 ne saurait convenir au Gouvernement de l'Empereur d'accepter indéfiniment  
 cette situation, si les nouvelles attendues de Montevideo viennent la confirmer.  
 ¶ Il est fâcheux d'avoir à constater que sur d'autres points encore de  
 l'Amérique du Sud l'état des choses est loin de s'être amélioré dans l'année  
 qui vient de s'écouler; mais il est du devoir du Gouvernement de l'Empe-  
 reur de ne pas le dissimuler, puisqu'il peut en résulter pour lui la nécessité  
 d'aviser à des mesures de protection plus efficaces pour ses nationaux.  
 Dans la Nouvelle-Grenade, les premiers actes du gouvernement qu'une ré-  
 volution récente a mis en possession de Bogota ont dû provoquer, de notre  
 part, de sévères observations. Au Vénézuéla, nonobstant des déclarations  
 qui nous autorisaient à croire que ce gouvernement désirait sincèrement se con-  
 cilier notre bienveillance, nous en sommes encore à attendre l'examen sérieux  
 de réclamations qui se recommandent cependant à notre juste sollicitude.  
 ¶ C'est avec plus de satisfaction que nous pouvons tourner nos regards  
 vers l'extrême Orient. Il est facile d'entrevoir dès à présent les résultats  
 qu'a préparés pour l'avenir la glorieuse expédition qui a conduit notre drapeau  
 jusque dans la capitale de la Chine. Les instigateurs des perfidies qui  
 avaient provoqué la guerre étrangère ont vainement essayé de réagir contre  
 l'impression salutaire laissée par nos victoires. Ils avaient supposé que le  
 moment où s'achevait notre évacuation du territoire chinois, et où un chan-  
 gement de règne plaçait sur le trône un souverain mineur, leur offrait une  
 occasion favorable de faire passer entre leurs mains un pouvoir dont ils se  
 seraient servis pour ramener la politique de la Chine à ses anciens sentiments  
 de haine et de résistance contre les nations européennes. L'énergie et l'in-  
 telligence des hommes avec lesquels notre traité de paix avait été signé ont  
 paralysé ces tentatives, et, en présence des événements qui se sont accomplis  
 à Pékin, il est permis de penser que le Gouvernement chinois a désormais  
 franchement rompu avec les traditions du passé, et que les intérêts européens  
 trouveront maintenant dans ces contrées lointaines les garanties dont ils  
 sentaient si vivement le besoin. ¶ Le Japon éprouve plus de difficultés à  
 sortir de son isolément. Il n'a pu suffire de la conclusion de traités de

commerce avec ce pays pour vaincre ses répugnances séculaires à tout rapport avec d'autres peuples. Il est manifeste pourtant que le Gouvernement japonais a compris l'impossibilité de revenir sur des faits accomplis et qu'il cherche à concilier les exigences de sa politique intérieure avec des obligations toutes nouvelles pour lui. Préoccupé de cette nécessité, il se propose d'envoyer, cette année, en France comme auprès des autres grandes cours de l'Europe, une ambassade chargée de l'éclairer sur les questions d'exécution qui se rattachent aux traités et qui se trouvent en suspens.

No. 222.  
Frankreich,  
Januar  
1862.

### No. 223.

**OESTERREICH.** — Min. d. Ausw. an den k. k. Gesandten in Dresden. — Antwort auf das k. sächsische Project einer Reform des deutschen Bundes \*) —

Wien, den 5. Novbr. 1861.

Durch die Gefälligkeit des Frhrn. v. Beust kennen Ew. . . . bereits so vollständig die Reformvorschläge des Dresdener Cabinets, sowie deren Motivirung, dass ich Hochdensenben die betreffenden von dem königl. Gesandten mir vertraulich in Händen gelassenen Actenstücke, nämlich ¶ eine jene Vorschläge formulirende Punctuation, eine begleitende Denkschrift, dann ¶ zwei Erlasse an den Frhrn. v. Könneritz vom 20. und 21. Oct. nur noch zum Zweck der Aufbewahrung bei den Gesandtschaftsacten in Abschrift zuzufertigen haben werde. ¶ Wie dem königl. sächsischen Herrn Minister des Aeussern durch den Frhrn. v. Könneritz berichtet worden sein wird, habe ich es mir zur Pflicht gemacht seine wichtige Mittheilung unverweilt Sr. Maj. dem Kaiser zu unterlegen. In Vollziehung der Allerhöchsten Befehle befinde ich mich nunmehr in dem Fall, dem sächsischen Cabinet die Ergebnisse der reiflichen Erwägung zur Kenntniss zu bringen, welcher seine Vorschläge hier unterzogen worden sind. Ich brauche nicht erst zu versichern, dass ich mich dieser Aufgabe in demselben Geiste offenen und freundschaftlichen Vertrauens entledigen werde, welchen Frhr. v. Beust seinerseits durch die vorläufige Mittheilung seines Entwurfs uns von neuem hat bethätigen wollen. ¶ Vorausschicken muss ich übrigens die Bemerkung, dass man hier nicht geglaubt hat eine umfassende Prüfung des Dresdener Projects in allen seinen Einzelheiten schon in der jetzigen Lage der Sache vornehmen zu sollen. Man hat nur beabsichtigen können, vorläufig in einigen besonders wichtigen Beziehungen die allgemeinen Gesichtspunkte aufzustellen, welche Angesichts der Vorschläge Sachsens für das Urtheil der kais. Regierung vorzugsweise massgebend sein müssen. Ich zweifle nicht, dass gerade dieses Verfahren der Intention der königl. sächsischen Regierung vollkommen entspreche. ¶ Eine Aufzeichnung, welche diesem Erlasse beiliegt, giebt die wesentlichsten der Betrachtungen in kurzen Zügen wieder, welche sich unserem Geiste bei der Beschäftigung mit einer Vorlage von so grosser Tragweite dargeboten haben. ¶ Frhr. v. Beust wird den Eindruck empfangen — wir können uns diess nicht verhehlen — dass unsere Bemerkungen sich nicht bloss gegen untergeordnete und ohne Schwierigkeit

No. 223.  
Oesterreich.  
5. Novbr.  
1861.

\*) Vgl. Bd. I., No. 164, Bd. II., No. 175. 177.

**No. 223.** aufzuopfernde Nebenpunkte seines Plans richten, sondern dass sie diesen Plan in einigen seiner Grundgedanken und in einem grossen Theile seiner Oekonomie berühren. Wir fühlen sehr wohl, dass wir mehr gegen als über mehrere Punkte der Vorschläge Sachsens sprechen. Aber sicher wird das königl. Cabinet uns glauben, dass wir nur nach gewissenhaftester Ueberlegung uns entschliessen, Bedenken von so eingreifender Art geltend zu machen. Wir sind überzeugt von der Wichtigkeit des Zwecks, eine Reform der deutschen Bundesverfassung im volksthümlichen Sinne zu Stande zu bringen; wir halten für angezeigt, dass die deutschen Mittelstaaten die Initiative in dieser Richtung ergreifen, und mit unserer vollen Zustimmung hat Frhr. v. Beust die Aufgabe, das Programm einer solchen Reform zu entwerfen, übernommen. Bei Einwendungen von geringem Gewichte würden wir uns bei solcher Lage der Dinge gewiss nicht aufhalten. So wie wir uns aber seither unser Urtheil vorbehalten mussten, bis der früher nur in den allgemeinsten Umrissen angedeutete Plan uns in mehr ausgebildeter Form vorliegen würde, so verlangt die Grösse des Gegenstandes, dass wir jetzt, nachdem diess der Fall ist, nicht etwa aus Vorliebe für den Zweck, oder für die Art wie das Project entstanden, die Zweifel, die es in uns hervorruft, unterdrücken oder abschwächen. Und in solchem Geiste empfehlen wir denn die auf den beiliegenden Blättern aufgezeichneten Bemerkungen der ernstlichsten Beachtung des königl. sächsischen Hrn. Ministers. ¶ An die Ergebnisse seiner Würdigung unserer Ansichten wird sich dann die weitere Rücksprache zu knüpfen haben. ¶ In einem Hauptpunkte glauben wir jedoch einem Einwande, der dem Frhrn. v. Beust vielleicht nahe liegen wird, im voraus begegnen zu sollen. ¶ Wenn wir für unsere Einwilligung in das Alternat mit Preussen die Voraussetzung festhalten, dass der deutsche Bund sich in seiner Eigenschaft als Gesamtmacht durch Ausdehnung seines Vertheidigungssystems auf die ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preussens consolidire, so wird man in Dresden die Frage in Bereitschaft haben: ob denn bei dem jetzigen Stande der Dinge ein Versuch die Voraussetzung zu verwirklichen mit irgend einer Aussicht auf Erfolg unternommen werden könne? ¶ Bejahen können wir diese Frage nicht. Wir selbst stehen in keiner Unterhandlung über diesen Punkt, und wir können auf kein Symptom verweisen, welches uns berechtigte, einen Dritten zu neuer Anregung des Gedankens der Gesamtgarantie des Besitzstandes der deutschen Mächte zu ermuthigen. Aber wenn wirklich in Deutschland der Augenblick noch nicht erschienen wäre für diese Stufe der Entwicklung, so folgern wir eben hieraus, dass es auch nicht an der Zeit sein könnte, zu Gunsten des dualistischen Principis unserer Stellung als erste deutsche Macht zu entsagen. Ohne die Motive hier näher erörtern zu wollen, welche Frhr. v. Beust am Schluss der Depesche vom 20. Oct. für einen solchen Verzicht anführt, können wir doch nicht umhin zu bemerken, dass uns dieselben von zu unbestimmter und schwankender Natur zu sein scheinen, um auf unsere Entschlüsse bestimmend einwirken zu können. Und andererseits vermöchten wir in keiner Weise zuzugeben, dass, wenn das Alternat nicht in Vorschlag gebracht würde, dann überhaupt die bedingenden Voraussetzungen für den

Oesterreich.  
5. Novbr.  
1861.

Dresdener Entwurf fehlen, und die Aussicht auf praktischen Erfolg ihm entzogen **No. 223.** sein würde. Denn nicht als primäre Vorbedingung einer Bundesreform, Oesterreich, 5. Novbr. 1861. nicht als deren eigentlichen Kern und Inhalt, haben wir jemals die Eventualität des Alternats zugelassen, sondern nur als ein äusserstes Opfer, welches von uns dem Zwecke einer an sich heilsamen und den obersten politischen Anforderungen entsprechenden Reform gebracht werden könnte. Und auch Frhr. v. Beust seinerseits hat in seinen Unterredungen mit Ew. . . die Möglichkeit einer veränderten das Alternat beseitigenden Ausarbeitung seines Planes nicht ausgeschlossen. Wenn wir uns gerne hierauf berufen, so geschieht dies besonders auch aus dem Grunde, weil wir es uns im Interesse der Sache nicht versagen wollen, ehe wir schliessen, die Aufmerksamkeit des Hrn. Ministers, Frhrn. v. Beust, auf eine hiemit verwandte Reihe von Gedanken zu lenken. ¶ Fast will es uns nämlich scheinen, als wenn der grösste Theil der Bedenken, die wir in der Anlage zusammengestellt haben, dadurch gehoben werden könnte, dass auf den Vorschlag des Wechsels der Bundesversammlung zwischen Nord- und Süddeutschland verzichtet, den beiden andern Hauptgedanken des Entwurfs aber — einer grössern Concentration der Bundesthätigkeit und der Zuziehung eines repräsentativen Elements — die durch die Beibehaltung Frankfurts als beständigen Sitzes der Bundesversammlung bedingte Entwicklung gegeben würde. In diesem Falle wäre es dann auch leicht, den Wechsel im Präsidium des Bundestags entweder ganz zu vermeiden, oder eventuell statt des dualistischen, in seiner Bedeutung mehr oder weniger bedenklichen Alternats zwischen Oesterreich und Preussen einen Wechsel zwischen diesen beiden Mächten und einer die übrigen Staaten vertretenden dritten Regierung in Antrag zu bringen. Wir verfolgen übrigens für jetzt diese Andeutung nicht weiter, um nicht den Erwägungen des Dresdener Cabinets, über den Einfluss den es unsern Bemerkungen über seinen Entwurf verstatten will, zu sehr vorzugreifen. ¶ Ew. . . wollen sich für ermächtigt halten, sowohl den gegenwärtigen Erlass als dessen Anlage, streng vertraulich und ausschliesslich zu dem Zweck, um der königl. sächsischen Regierung, dem kais. Cabinet gegenüber, zur Grundlage der weitem Erörterung zu dienen, dem königl. Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Händen zu lassen. Empfangen etc.

Frhrn. v. Werner, etc., Dresden.

Rechberg.

ANLAGE. — Bemerkungen des k. k. Cabinets zu dem Dresdener Entwurf einer Reorganisation des deutschen Bundes. —

1) Der Dresdener Entwurf scheint die völkerrechtlichen Beziehungen des deutschen Bundes zum Ausland in nachtheiliger Weise zu alteriren. ¶ Die Art. I bis XI. der deutschen Bundesacte, die nach den Vorschlägen Sachsens zum Theil abzuändern wären, sind zugleich in die Wiener Congressacte eingeschaltet worden, und diese Artikel bilden die Grundlage, auf welcher die völkerrechtliche Anerkennung des deutschen Bundes als einer politischen Einheit beruht. ¶ Nun werden zwar die Regierungen Deutschlands niemals dem Ausland ein Recht der Einsprache gegen eine unter ihnen vereinbarte Aenderung der Bundesverträge zugestehen. Allein

**No. 223.** auf der andern Seite wird es von dem freien Belieben der fremden Mächte abhängen, den deutschen Bund, wenn er seinen auf den Verträgen beruhenden Organismus ändert, noch fernerhin als eine politische Einheit anzuerkennen, oder nicht. ¶ Diese Betrachtung erhält überdiess eine erhöhte, und zwar eine unmittelbar praktische, Bedeutung durch eine Consequenz des sächsischen Vorschlags, über welche in den Dresdener Schriftstücken mit gänzlichem Schweigen hinweggegangen worden ist. ¶ Wenn nämlich in Frankfurt eine deutsche Bundesversammlung nicht mehr residiren wird, so wird auch ein auswärtiges diplomatisches Corps dort nicht mehr residiren können. An die jährlich zweimal auf vier Wochen an wechselnden Orten und unter wechselndem Vorsitz stattfindenden Bundesversammlungen werden aber die fremden Mächte sicher keine Gesandtschaften schicken können, noch wollen. Nach dem Dresdener Project erscheint sonach die einzige Form, in welcher seither die Eigenschaft des deutschen Bundes als Gesamtmacht gegenüber dem Auslande thatsächlichen Ausdruck gefunden hat, stillschweigend und ohne allen Ersatz als aufgegeben. ¶ Wie man auch über den praktischen Werth des activen und passiven Gesandtschaftsrechts des deutschen Bundes urtheilen möge, immer wird es dem aufmerksamen Beobachter der Zeitereignisse als im hohen Grade bedenklich erscheinen müssen, in solcher Weise das Ausland zu der Frage zu berechtigen: ob und wo es noch mit einer den deutschen Bund in seiner Gesamtheit vertretenden Autorität in Verkehr zu treten vermöge.

2) Der Dresdener Entwurf verändert auch im Innern Deutschlands die Basis des Bundesverhältnisses, und hebt zugleich das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preussen auf, indem er factisch die gesammte preussische Monarchie dem Bunde incorporirt. ¶ Nach den Vorschlägen des Entwurfs wären die dreissig Mitglieder welche Preussen zur Abgeordnetenversammlung am Bundestag zu schicken hätte, aus den beiden Häusern des preussischen Landtags, also aus den Vertretern der gesammten Monarchie, zu wählen, während die dreissig österreichischen Abgeordneten aus den Landesvertretungen der deutschen Provinzen Oesterreichs an den Bund zu entsenden wären. ¶ Hiedurch würde aber ein nach allen Seiten hin unhaltbares Verhältniss geschaffen werden. ¶ Die Stellung Oesterreichs im Bunde würde nothwendig herabgedrückt werden durch das Uebergewicht, welches Preussen aus der factischen Theilnahme der Gesamtmonarchie an den Angelegenheiten des Bundes ableiten würde. In Preussen, andererseits, würde man sich nicht damit begnügen zu können glauben, für das ganze Königreich nur durch die gleiche Anzahl von Abgeordneten wie die deutschen Provinzen Oesterreichs am Bunde vertreten zu sein. ¶ Es besteht bei der kaiserlichen Regierung die volle und rückhaltlose Geneigtheit, der hochwichtigen Frage: wie in die deutsche Bundesverfassung das volksthümliche Element einer dem Bundestag für bestimmte Aufgaben der Gesetzgebung zur Seite zu stellenden Repräsentantenversammlung eingeführt werden könne, im Verein mit ihren hohen Bundesgenossen näher zu treten. Allein es wird auch in dieser neuen Form der Bundesthätigkeit das Gleichgewicht zwischen Oesterreich und Preussen erhalten werden müs-



sen, und es dürfte sich in dieser Beziehung aus den gegebenen Verhältnissen keine andere Combination ableiten lassen als dass in beiden Häusern, sowohl des österreichischen Reichsraths als des preussischen Landtags, die Wahlen der Delegirten für den deutschen Bund activ und passiv auf die Mitglieder aus den Bundesländern beschränkt werden.

No. 223.  
Oesterreich,  
5. Novbr.  
1861.

3) Der Vorschlag: der Deligirtenversammlung am Bunde nicht ausschliesslich einen legislativen Beruf, sondern auch eine, wenngleich sehr bedingte, Competenz in politischen Fragen anzuweisen, dürfte mit dem Wesen und der Natur eines Staatenvereins, an welchem zwei Grossmächte theilnehmen, schwer in Einklang zu bringen sein. ¶ Nach dem Dresdener Entwurf soll zwar die Bundesversammlung eine politische Frage nicht anders als unter der Voraussetzung dass darüber bereits eine Einigung zwischen den Regierungen stattgefunden hätte, zum Gegenstand einer Mittheilung an die Delegirten der Landesvertretungen und einer Verhandlung mit denselben machen. ¶ Allein selbst in dieser sehr wesentlichen Beschränkung dürfte eine derartige Verfassungsbestimmung nicht nur, wie die Denkschrift des Frhrn. v. Beust anerkennt, manche Unbequemlichkeiten mit sich bringen, sondern es dürfte der Zuwachs an Schwierigkeiten und Verwicklungen, den sie nur zu leicht im Gefolge haben könnte, um vieles den möglichen Nutzen überwiegen. ¶ Einerseits müsste eine Verhandlung über einen bereits von den Regierungen gefassten Beschluss von politischer Tragweite — soll sie anders nicht als entbehrlich erscheinen — wohl unvermeidlich den definitiven Charakter des Beschlusses sofort wieder in Frage stellen. Andererseits müsste doch näher definirt werden — und es würde diess eine der schwierigsten Aufgaben sein — wie sich eine etwaige Berücksichtigung der Ansichten der Deligirtenversammlung mit der verfassungsmässigen Competenz der Stände in den Einzelstaaten, besonders in denjenigen welche eine selbstständige politische Existenz haben, vereinigen liesse. ¶ Dazu kommt noch dass in Fragen dieser Art, an welchen Oesterreich und Preussen in der Regel in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte theilhaftig sind, die Rücksicht auf die ausserdeutschen Besitzungen dieser Mächte eine Verhandlung am Bunde sehr erschweren würde, indem eine solche Berathung — selbst wenn in der Sache an sich keine Schwierigkeit läge — auf die am Bunde nicht vertretenen Bevölkerungen den Eindruck hervorbringen müsste als ob „de nobis sine nobis“ verhandelt würde.

4) Es erscheint als nicht wenig problematisch, ob die Bestimmungen des sächsischen Entwurfes dem angestrebten Zweck einer Vereinfachung und Beschleunigung der Bundesgeschäfte auch wirklich zu entsprechen geeignet seien. ¶ Wie sehr man auch gewohnt sein mag den Bundestagsverhandlungen Schwerfälligkeit und Langsamkeit vorwerfen zu hören, so liegt doch in Wahrheit die Ursache dieser Mängel nicht in dem Organismus oder der Geschäftsordnung des Bundestags, sondern sie liegt vor allem in der Schwierigkeit die nöthige Uebereinstimmung in den Ansichten der Regierungen herbeizuführen. So oft diese Uebereinstimmung nicht fehlt, genügen die jetzigen Einrichtungen vollkommen, um die Geschäfte in Frankfurt zweckmässig und ohne unnöthigen Aufenthalt zu erledigen. ¶ Nun scheint aber

**No. 223.** gegen die sächsischen Vorschläge mit Grund eingewendet werden zu können, dass dieselben in geschäftlicher Hinsicht manche neue Schwierigkeiten und bisher nicht gekannte Hemmnisse erschaffen, während doch eine blosse Aenderung der Organisationsformen nicht die Wirkung haben kann, die Aufgabe der materiellen Verständigung zwischen den deutschen Regierungen wesentlich zu erleichtern. ¶ Das jedesmalige fünfmonatliche Intervall zwischen den beiden jährlichen Sessionen, die Wanderung zwischen den beiden Bundesstädten, die locale Trennung der Bundesversammlungen von der Bundeskanzlei und der Militärcommission — diese Einrichtungen müssen nothwendig neue Ursachen der Verzögerung in der Behandlung der Bundesgeschäfte zur Folge haben; Anträge, Gesuche, Reclamationen werden auf die beiden jährlichen Sitzungsperioden warten müssen. In wichtigeren Fällen soll nach dem Dresdener Project in der einen Session die Wahl einer begutachtenden Regierung und erst in der nächstfolgenden die Erstattung des Gutachtens und die Abstimmung über die Anträge erfolgen. Es wird also, bis zu dem Augenblick, wo der Bundesversammlung ein Gutachten zur Prüfung vorgelegt sein wird, regelmässig eine im günstigsten Fall halbjährige Frist verstreichen. Das Gutachten aber wird dann an die Versammlung gelangen, ohne dass vorher eine Ausgleichung entgegenstehender Ansichten hätte vorbereitet werden können, wie diess gegenwärtig durch die in dieser Beziehung sehr nützlichen und durch die Correspondenz der Cabinette keineswegs zu ersetzenden Berathungen der Bundestagsausschüsse geschieht. Und wenn dann während der Session für eine rasche Schlussfassung dadurch gesorgt werden soll, dass zur Instructionseinholung keine längere Frist als eine Frist von drei Tagen für statthaft erklärt wird, so mag wohl sehr zu besorgen sein, dass diese Bestimmung auf dem Papier bleiben würde, denn über Fragen welche in das Staatsleben tiefer eingreifen, und gewöhnlich eine Berathung zwischen mehreren Ministerien erheischen, wird sich eine Entscheidung, wenn sie nicht schon vor Erstattung des Gutachtens erfolgte, in der Regel nicht binnen drei Tagen nachholen lassen. ¶ Insofern übrigens bei etwaiger Modification dieser Bestimmungen wirklich Vortheile dadurch erreicht werden könnten, dass die Permanenz der Bundesversammlung aufgegeben und die Thätigkeit derselben in zwei kurzen, jedoch wohl nicht nothwendig auf eine Frist von 4 Wochen zu beschränkenden jährlichen Sessionen concentrirt würde, liesse sich doch schwer irgend ein innerer Zweckmässigkeitsgrund erkennen, warum diese Versammlungen, anstatt am seitherigen Sitze des Bundestags, abwechselnd in einer süddeutschen und in einer norddeutschen Stadt gehalten werden sollten. ¶ In der That dürfte es denn auch nicht das geschäftliche Interesse als solches sein, durch welches dieser Wechsel motivirt werden könnte, sondern es liesse sich in demselben eben nur das äusserliche Motiv für die Einführung des Alternats zwischen Oesterreich und Preussen erkennen.

5) Das sächsische Project verlangt von Oesterreich das Opfer des bleibenden Präsidiums ohne für eine Consolidation der deutschen Zustände, wie sie auf dem österreichischen sowohl als dem gesamtdeutschen Standpunkte als Aequivalent für das Aufgeben der einheitlichen Form betrachtet

werden könnte, hinreichende Sicherheit darzubieten. ¶ Das Dresdener Cabinet schreibt: „Man hat dabei auf eine hochherzige Entschliessung Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich gerechnet, welche in dem Herzen seines erhabenen Verbündeten, Sr. Majestät des Königs von Preussen, sicherlich entsprechenden Wiederhall finden wird.“ ¶ Es kann diesen beredten Worten nur die Auffassung zu Grunde liegen, dass das Präsidialrecht Oesterreichs keine andere Bedeutung in Anspruch nehmen könne, als diejenige eines nicht mehr zeitgemässen Vorrechts Oesterreichs vor Preussen, und dass kein gemeinsam deutsches Interesse einem grossmüthigen Verzicht auf dieses Vorrecht entgegenstehe. So wirksam stets jede auf das Wohl Deutschlands gegründete Berufung im Gemüth Sr. Maj. des Kaisers sich erweisen wird, und so grosses Gewicht im vorliegenden Fall diese Berufung durch die Stelle von welcher sie ausgeht, gewinnt, so muss doch hier hervorgehen werden, dass jene Auffassung der Bedeutung des Präsidialrechts direct derjenigen widerspricht, welche seither stets nicht nur vom Kaiserhofe, sondern auch von vielen ihm befreundeten Regierungen Deutschlands festgehalten worden ist. ¶ Man hat in Wien — aber nicht in Wien allein — dieses Ehrenrecht stets als eine von der Gesamtheit der deutschen Fürsten im allgemeinen Interesse Deutschlands dem Kaiserhof anvertraute Vorzugsstellung betrachtet. ¶ Das durch die deutsche Bundesacte nach arger Zerrüttung neugegründete Nationalband — konnte es auch nicht so fest und enge geschlossen werden wie diess in den Wünschen der Vaterlandsfreunde lag — sollte doch der einheitlichen Form wenigstens nicht gänzlich in seiner Erscheinung nach innen und aussen entbehren. ¶ Kein Zweifel dass der deutsche Nationalverein von 1861 diesen Gesichtspunkt wenig würdigt. Allein dass in denjenigen Kreisen, in welchen man die Erhaltung Deutschlands von der Pflege und Entwicklung des bestehenden Föderativbandes hofft, die Theilung des Präsidiums zwischen Oesterreich und Preussen für wünschenswerth, und für ein wirksames Mittel die Tendenzen des Nationalvereins zu überwinden, gehalten werde — diess wird vorerst noch mit allem Fug in Abrede gestellt werden dürfen. Vielleicht wird man der Wirklichkeit mehr sich nähern, wenn man voraussetzt, dass diese Theilung von vielen der Gegner Deutschlands mit Freude, von vielen der wärmsten Patrioten mit Schmerz und Trauer, als der Anfang vom Ende des Bundes, als der Wendepunkt zu einer verhängnissvollen Peripetie, würde betrachtet werden. Und gewiss hat jene Ansicht von dem Werth einer einheitlichen Form des deutschen Föderativverhältnisses auch noch heut ihre tiefe Berechtigung. Man stelle sich z. B. vor, dass aus dem gegenwärtigen Krieg in Amerika ein Compromiss hervorginge, wonach an die Stelle des Congresses in Washington eine abwechselnd in Philadelphia und Charleston tagende Versammlung und die wechselnde Präsidentschaft eines Nord- und eines Südländers zu treten hätte, würde dann die amerikanische Union in den Augen der Völker noch ebenso gesichert und imponirend dastehen wie seither? Gewiss nicht. Vielmehr würde jedermann glauben dass der Dualismus, sowie er die Macht hatte die einheitliche Form der Föderation zu durchbrechen, so auch stark genug

No. 233.  
Oesterreich,  
5. Novbr.  
1861.

**No. 233.** sein werde, um bei dem nächsten neuen Conflict der Interessen den Bund Oesterreich selbst zu sprengen. ¶ Aber ist denn nicht dem sächsischen Minister bei 5. Novbr. 1861. seiner jüngsten Anwesenheit in Wien eingeräumt worden, dass das Opfer des ausschliesslichen Präsidiums Oesterreichs, unter Umständen, durch die Vortheile einer allseitigen Einigung über die Reformfrage für aufgewogen gelten könnte? ¶ Es ist diess in der That in Wien zugegeben worden, aber doch immer nur für den Fall, dass durch dieses Opfer ein hoher politischer Zweck mit Sicherheit erreicht werden könnte. In dieser Bedingung liegt kein anderer Sinn, und es kann in ihr kein anderer liegen, als dass das Fundament des deutschen Bundes an Festigkeit und Gediegenheit gewinnen müsste, was die Spitze an Einheit verloren hätte. Sicher kann aber dieser Bedingung nimmermehr durch eine blosse Neugestaltung der Organe des Bundes Genüge geleistet werden. ¶ Sie kann nur erfüllt werden durch die Heilung des eigentlichen Grundübels im Bunde, und dieses Grundübel — wer mag diess läugnen — besteht darin, dass der deutsche Bund in Folge der Doppelstellung Oesterreichs und Preussens sich nicht zu einem vollständigen und aufrichtigen Bunde gegenüber dem Ausland ausgebildet hat. Die Bundesverträge lassen die Möglichkeit bestehen, dass ein Theil der deutschen Nation gegen das Ausland kämpfe, während der andere Theil den egoistisch rechnenden Zuschauer abgibt, und leider zeigten sich in den seitherigen Verwicklungen die politischen Gesinnungen des Volks und der Regierungen nicht einmüthig genug, um virtuell das zu ersetzen, was in dieser wesentlichen Beziehung den Bundesgesetzen fehlt. Solange dieser Zustand dauert, werden Reformen der äussern Organisation des Bundes nur wenig fruchten können. Ein lohnendes und für Deutschland wahrhaft heilbringendes Werk wird erst dann vollbracht sein, wenn solche Reformen mit der durch gebieterische Umstände erheischten politischen Consolidation des Bundes, d. h. mit einer festen allseitigen Verbürgung der gesammten deutschen wie ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preussens, verbundenn sein werden. ¶ Oesterreich seinerseits hat seit zwölf Jahren in verschiedenen Formen eine solche allgemeine Garantie in Vorschlag gebracht. Sieht man ab von dem für die Dauer des orientalischen Kriegs abgeschlossenen, aber nicht von Undeutlichkeit freien Bündnissvertrag, so hat seither der königl. preussische Hof es nicht in seinem Interesse gefunden, hierin dem Gedanken Oesterreichs entgegenzukommen. Welches die Natur und die Berechtigung der widerstrebenden Richtungen gewesen sein möge — es wäre unnöthig diess hier zu untersuchen. ¶ Aber die Ueberzeugung kann nicht oft und nicht entschieden genug ausgesprochen werden — und sie dürfte im Geist aller die sich ihr nicht absichtlich verschliessen wollten Fortschritte gemacht haben — dass das Verlangen nach einem, den Gesamtbesitz der deutschen Mächte schützenden Defensivbündnisse keineswegs bloss eine im ausschliesslichen Interesse Oesterreichs erhobene Prätentation sei, sondern zugleich einer Fundamentalbedingung der Sicherheit und Machtstellung Deutschlands entspreche. Und würde diese sich mächtig aufdrängende Wahrheit dessenungeachtet noch immer verkannt, dann würde gerade in dieser Thatsache ein entscheidender

Grund gefunden werden müssen, in jedem Zugeständniss an den Dualismus **No. 223.**  
 nur eine Quelle der Täuschung und der Gefahr zu erblicken. ¶ Erst wenn <sup>Oesterreich,</sup>  
 der deutsche Bund durch Ausdehnung seines Vertheidigungszwecks auf die <sup>5. Novbr.</sup>  
 nichtdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preussens in Wahrheit zu <sup>1861.</sup>  
 einer im Centrum Europa's festverbundenen Gesamtmacht wird, dann —  
 aber auch dann allein — wird der Wiener Hof mit Beruhigung und mit  
 ungeschmälerter Würde auf das Vorrecht des bleibenden Vorsitzes, welches  
 alsdann für Deutschland wie für Oesterreich gut verwerthet sein wird,  
 Verzicht leisten können. ¶ Eventuell möge übrigens in Beziehung auf das  
 Alternat noch bemerkt werden, dass, nachdem der Dresdener Entwurf die  
 Executivgewalt des Bundes in die Hände des Kaisers von Oesterreich, des  
 Königs von Preussen und eines dritten deutschen Fürsten gelegt wissen  
 will, es wohl nur folgerichtig sein würde, auch den Wechsel im Präsidium  
 der Bundesversammlung nicht auf Oesterreich und Preussen zu beschränken,  
 sondern auch hier einen Turnus zwischen Oesterreich, Preussen und einer  
 dritten Regierung einzuführen, worin auch ein weiterer Grund liegen könnte,  
 Frankfurt als beständigen Sitz der Bundesorgane beizubehalten.

### Nr. 224.

**SACHSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. — Die Reform  
 des deutschen Bundes betr. —

Dresden den 10. Novbr. 1861.

Freiherr v. Werner hat mir den Erlass seiner höchsten Regierung **No. 224.**  
 mitgetheilt, welcher an denselben zur Erwidierung derjenigen Vorlagen <sup>Sachsen,</sup>  
 ergangen ist, die Ew. Excellenz in Betreff unsers Bundesreformprojects dem <sup>10. Novbr.</sup>  
 k. k. Cabinet zu unterbreiten beauftragt waren. Ich darf wohl voraussetzen, <sup>1861.</sup>  
 dass Sie durch die gütige Vermittelung des Herrn Grafen v. Rechberg voll-  
 ständige Kenntniss von dem Inhalte dieser Eröffnung erlangt haben und dass  
 es einer Darlegung des letztern für Sie nicht bedarf. ¶ Indem ich Ew. etc.  
 nun ersuche, dem kaiserlichen Herrn Minister für die eingehende Prüfung  
 und Beleuchtung, welche das k. k. Cabinet unsern Vorschlägen hat zu Theil  
 werden lassen, den Dank der königlichen Regierung auszudrücken, bitte ich  
 Sie, Sich zugleich in nachstehendem Sinne zu äussern. ¶ Wie Ew. etc.  
 wissen, sind die Resultate eben jener Prüfung in einer, mit 1—5 bezifferten  
 Anzahl von Einwendungen zusammengestellt worden. Es sind dieselben  
 folgendergestalt formulirt:

1) Der Dresdner Entwurf scheint die völkerrechtlichen Beziehungen  
 des Deutschen Bundes zum Auslande in nachtheiliger Weise zu alteriren.

2) Der Dresdner Entwurf verändert auch im Innern Deutschlands  
 die Basis des Bundesverhältnisses und hebt zugleich das Gleichgewicht  
 zwischen Oesterreich und Preussen auf, indem er factisch die gesammte  
 preussische Monarchie dem Bunde incorporirt.

3) Der Vorschlag, der Delegirtenversammlung am Bunde nicht aus-  
 schliesslich einen legislativen Beruf, sondern auch eine, wenn gleich sehr  
 bedingte Competenz der politischen Fragen zuzuweisen, dürfte mit dem

**No. 234.** Wesen und der Natur eines Staatenvereins, an welchem zwei Grossmächte Theil nehmen, schwer in Einklang zu bringen sein.

Sachsen,  
10. Novbr.  
1861.

4) Es erscheint als nicht wenig problematisch, ob die Bestimmungen des sächsischen Entwurfs dem angestrebten Zwecke einer Vereinfachung und Beschleunigung der Bundesgeschäfte auch wirklich zu entsprechen geeignet seien.

5) Das sächsische Project verlangt von Oesterreich das Opfer des bleibenden Präsidiums, ohne für eine Consolidation der deutschen Zustände, wie sie auf dem österreichischen sowohl, als dem gesamtdeutschen Standpunkte als Aequivalent für das Aufgeben der einheitlichen Form betrachtet werden könnte, hinreichende Sicherheit darzubieten.

Die gegenübergestellte nähere Entwicklung dieser verschiedenen Entgegnungen ist, gleich der begleitenden Depesche, Gegenstand unsrer ernstesten Aufmerksamkeit. Ich muss mir vorbehalten, die Ergebnisse der Betrachtungen, zu denen wir uns dadurch aufgefordert finden, zum Gegenstande einer ausführlichen Mittheilung an Ew. etc. zu machen. Indessen darf ich schon jetzt hervorheben, dass zwischen den verzeichneten fünf Punkten ein Unterschied insofern sich für uns herausstellt, dass wir bei den ersten beiden das Gewicht der gemachten Einwendungen anzuerkennen haben und zugleich der Meinung sind, dass denselben leicht mit einem nachträglichen Zusatze sich begegnen lassen würde, während wir bei Punkt 3 und 4 uns mit den dargelegten Ansichten allerdings nicht einzuverstehen vermögen und in deren Durchführung das Gegentheil von Dem, was wir zu erreichen hoffen, zu erblicken haben würden, bei Punkt 5 aber endlich eine Aufgabe uns gestellt sehen, die wir nicht allein als eine schwierige, sondern als eine unerfüllbare betrachten müssen. ¶ Für den Augenblick inzwischen liegt uns die Frage am nächsten, wie wir die einmal angeregte Frage, in welcher, wie wir aus der Depesche des Herrn Grafen v. Rechberg mit Genugthuung ersehen, das k. k. Cabinet im Allgemeinen die diesseitige Initiative, als mit dessen voller Zustimmung ergriffen betrachtet, geschäftlich weiter zu behandeln haben. ¶ Es liegt einmal in der Beschaffenheit der Zeitverhältnisse und mehr noch in der Natur des betreffenden Gegenstandes, dass die öffentliche Aufmerksamkeit durch ihr viel verzweigtes Organ, die Presse, sich jeder Verhandlung, die darauf Bezug hat, sofort bemächtigt. Dies ist im vorliegenden Falle ganz besonders und zum Theil in beklagenswerther Weise geschehen. Erfindungen der seltsamsten Art bahnen allmählich den Weg zu halben Enthüllungen, diese wieder zu vollständigen Entstellungen, diese endlich zu theilweisen Berichtigungen. So hat sich allmählich von den Ew. etc. erinnerlichen Zeitungsnotizen, welche mit einer dreistündigen Conferenz in München nebst obligatam Abtreten Ew. etc. und einer von mir in der Schweiz gegen einen hochgestellten österreichischen Beamten gethanen Aeusserung begannen, dass es eine Donquixotiade sei, mit der alten Bundesreform regieren zu wollen — Thatsachen, deren Erfindung Sie Selbst zu constatiren in der Lage sind — ein Ausbau entwickelt, der schliesslich den Kern unsers Projects dem grossen Publicum dargelegt hat. ¶ Unvermeidlicher-, aber zugleich erklärlicher Weise ist dieser Process

dadurch erleichtert worden, dass wir, sehr schuldiger Rücksichten wegen, vor der Inangriffnahme einer Ausarbeitung mit Wien in vorläufiges Vernehmen getreten, und doch auch denjenigen mittelstaatlichen Regierungen, mit welchen wir seit Jahren in den engbefreundetsten Beziehungen stehen, vorgängige Eröffnung zu machen hatten. ¶ Das Thatsächliche selbst kann nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Unsre Stellung den übrigen Regierungen gegenüber ist, wenn wir länger mit einer Mittheilung zögern, eine kaum haltbare, und ganz besonders gilt dies der königlich preussischen Regierung gegenüber. Sind wir nicht in der Lage, uns irgendwie auf ein Einverständnis von Seiten anderer Regierungen berufen zu können, so sind wir dagegen uns selbst und andern Regierungen, insbesondere der königlich preussischen, schuldig zu sagen, was wir gewollt und aus welchen Motiven wir es gewollt. ¶ Ich zweifle keinen Augenblick, dass Graf Rechberg diese Auffassung zu würdigen wissen und es nicht allein begreiflich finden, sondern sogar billigen wird, wenn wir, unter den vorwaltenden Umständen, zunächst den königl. Gesandten in Berlin beauftragen, dem königl. preussischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten unser Project nebst Denkschrift zu vertraulicher Kenntnissnahme zu übergeben und zwar mit nachstehenden begleitenden Bemerkungen. ¶ Die sächsische Regierung habe die Nothwendigkeit einer Verständigung der deutschen Regierungen über die Art und Weise wie, und über das Maass, innerhalb dessen die Bundes-einrichtungen den gerechten Forderungen der Zeit entsprechend modificirt werden möchten, zu lebhaft empfunden, um sich nicht aufgefordert zu fühlen, dazu durch Vorschläge einen Impuls zu geben. Gleichwie sie hierzu allen deutschen Regierungen gleichen Beruf zuerkenne, so auch sei sie weit davon entfernt, in ihren Vorschlägen das einzige Mittel zu einer gedeihlichen Lösung zu erblicken, vielmehr werde sie jeden anderweiten Vorschlag, den ihr Entgegenkommen hervorrufen möchte, falls er Hoffnung auf Erreichung des Zweckes gewähren und grössere Aussicht auf Zustimmung haben sollte, freudig begrüssen. Es würde ein Irrthum sein, zu glauben, dass die sächsische Regierung zu der Formulirung des vorgelegten Projects seitens anderer Regierungen ein Mandat erhalten habe. Ein solches liege ebensowenig vor, als eine vorläufige Zustimmung anderer Regierungen. Letzteres gelte insbesondere von dem k. k. Cabinet, welchem der Vorschlag zunächst unterbreitet worden sei, aus Gründen, deren Rechtfertigung die königl. preussische Regierung in dem Inhalte des Projects selbst erkennen werde. ¶ Wir können glauben, dass hiermit den Geboten der Offenheit und Loyalität ebensowohl als der Rücksicht der Zweckmässigkeit genügt sei. Eine noch bestimmtere und eingänglichere Erklärung, soweit sie das kaiserl. Cabinet für nothwendig erachten sollte, dürfte seinem eigenem Ermessen zu überlassen sein, sowie dazu unfehlbar gesandtschaftliche Anregungen ohnedies Anlass geben werden, unser Project möge in Berlin mitgetheilt werden oder nicht. ¶ Wohl könnte die Frage sich uns aufwerfen, ob wir zuvor den Versuch machen sollten, unser Project, unter Berücksichtigung der von dem k. k. Cabinet gemachten Einwendungen zu modificiren und dann erst zu einer Vorlage in Berlin zu schreiten. In der That haben wir diese Frage reiflich bedacht und wir

**No. 224.** fühlten uns dazu umsomehr aufgefordert, als zwar der uns vorliegende  
 Sachsen, Erlass des k. k. Cabinets ein hierauf zielendes Verlangen nicht betont,  
 10. Novbr. gleichwohl aber der Herr Graf Rechberg den Wunsch zu erkennen gegeben  
 1861. hatte, wir möchten mit der nach Berlin zu machenden Mittheilung bis nach  
 Empfang der Antwort des k. k. Cabinets Anstand nehmen. ¶ Abgesehen  
 indessen von dem Umstande, dass bei der grossen Ausdehnung der in Wien  
 aufgestellten Bedenken der Versuch einer Verständigung einen langen Zeit-  
 raum erfordern müsste, während dessen wir genöthigt sein würden, der  
 preussischen Regierung gegenüber der dort erwarteten Eröffnung Anstand  
 zu geben, ohne nur irgendwie Aussicht auf ein vollständiges Einverständniss  
 zu haben, denn der Eingang des uns vorliegenden Erlasses hebt ausdrücklich  
 hervor, dass eine umfassende Prüfung des diesseitigen Erlasses noch vor-  
 behalten bleibe, und die gegenwärtige Eröffnung nur bestimmt sei, all-  
 gemeine Gesichtspunkte aufzustellen, so glaubten wir es uns selbst sowohl,  
 als der Sache, um die es sich handelt, schuldig zu sein, uns von der Auf-  
 gabe, die uns zufallen könnte, und wenn ich es sagen darf, von der Rolle,  
 die wir zu übernehmen haben würden, Rechenschaft zu geben. Diese Be-  
 trachtung aber führte uns zu der Erkenntniss, dass, soll unsre Stellung nicht  
 eine unklare und sogar schiefe werden, wir nur zwischen zwei Dingen zu  
 wählen haben. ¶ Entweder nämlich bringen wir nach Berlin einen Vorschlag,  
 mit welchem die kaiserl. Regierung, wenn auch nur im Allgemeinen, ent-  
 schieden einverstanden ist. In diesem Falle mussten unsre eignen Ansichten  
 und Wünsche vor dem grossen Vortheile dieser Zustimmung in den Hinter-  
 grund treten. Dieser Vortheil würde aber erst dann ein wirklicher sein,  
 wenn jene Zustimmung eine entschieden beschlossene wäre und wir dieselbe  
 in Aussicht stellen könnten. Ohne diese Vorbedingung setzen wir nicht  
 allein uns selbst, sondern noch mehr das kaiserl. Cabinet sehr ernstern Miss-  
 verständnissen und Irrungen aus, sofern wir als Vermittler auftreten wollen —  
 und diese Aufgabe würden wir allerdings beanspruchen müssen, falls wir  
 ein Project vorzulegen hätten, dass in wesentlichen Punkten unsre eigne  
 Ueberzeugung nicht vertreten würde. ¶ Oder wir legen lediglich ein Project  
 der sächsischen Regierung vor. In diesem Falle hat dasselbe keine andere  
 Bedeutung, seine Tragweite ist dann eine bei Weitem geringere, aber wir  
 haben dann nicht bloss die Freiheit, sondern auch die moralische Ver-  
 pflichtung, diejenigen Ansichten voranzustellen, die wir vor der eignen Ueber-  
 zeugung und vor dem eignen Lande vertreten zu sollen glauben. ¶ Die  
 erstere Alternative scheint nicht in der Absicht des kaiserl. Cabinets zu  
 liegen, wenigstens vermag ich dies dem vorliegenden Erlasse nicht zu ent-  
 nehmen. Ueberdies würde kaum zu verkennen sein, dass, wollten wir auch  
 allen den aufgestellten Einwendungen Rechnung tragen und unser Project  
 in entsprechender Weise umarbeiten, dieses letztere — was ich in der vor-  
 behaltenen Mittheilung auszuführen die Ehre haben werde — so gründlich in  
 seinem Hauptgedanken alterirt werden würde, dass es alsdann wohl  
 zweifelhaft werden dürfte, welchen Beruf und welche Befähigung die säch-  
 sische Regierung habe, demselben Eingang zu verschaffen. ¶ Die zweite  
 Alternative dagegen ist die durch den Stand der Sache gebotene. Wir



haben dies in mancher Hinsicht zu beklagen, namentlich insofern wir in die uns höchst unerwünschte Lage versetzt sind, mit einem Vorschlage hervorzutreten, für welchen wir nicht allein die Zustimmung des kaiserl. Cabinets entbehren, sondern mit dem wir sogar befürchten müssen, wenigstens theilweise seinen Wünschen entgegen zu handeln. ¶ Der Verlauf, den die Sache einmal genommen hat, wird indess, wie wir hoffen dürfen, unser Verfahren in den Augen der kaiserl. Regierung hinreichend rechtfertigen und wir glauben überdies eine Beruhigung darin finden zu sollen, dass der Gang, den wir nunmehr einzuschlagen genöthigt sind, in seiner voraussichtlichen Entwicklung ein der Stellung Oesterreichs zur angeregten Frage nachtheiliger nicht werden dürfte. ¶ Die vorbehaltene Ausführung werde ich zu beschleunigen bedacht sein, darf aber bei der grossen Tragweite der zu behandelnden Fragen, namentlich was den Punkt 5 betrifft, auf einige Nachsicht in dieser Beziehung rechnen.

Herrn v. Könnertitz etc., Wien.

Beust.

### No. 225.

SACHSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. — Die Reform des deutschen Bundes betr. —

Dresden, 12. Novbr. 1861.

Nachträglich zu meinem letzten Erlasse übersende ich Ew. etc. im Anschlusse Abschrift derjenigen Depesche, welche gestern an den königl. Gesandten in Berlin ergangen ist, indem ich Sie ermächtige, solche dem Herrn Grafen v. Rechberg zu behändigen. Ich habe dabei zu bemerken, dass in dem angefügten Projecte an der betreffenden Stelle, wo von der Delegation der Abgeordneten für Oesterreich und Preussen die Rede ist, nachstehende Anmerkung beigefügt worden: ¶ „Dieser Modus der Delegation für Oesterreich und Preussen, beruht auf dem Gedanken möglichster Vereinfachung. Es möchte jedoch mit Rücksicht auf den Bundesbeschluss vom 3. October 1851 und um der Ableitung nichtbeabsichtigter Consequenzen vorzubeugen, gerathener sei, die Delegation so zu normiren, dass sowohl in Oesterreich, als in Preussen die den deutschen Provinzen angehörigen Mitglieder, beziehentlich des Reichsraths und des Landtags, die Delegirten zur Abgeordnetenversammlung wählen.“ ¶ Nicht minder sind am Schlusse folgende Worte hinzugefügt worden: ¶ „Die Entgegennahme der Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der bei dem Deutschen Bunde accreditirten fremden Gesandten erfolgt während des Bundestags von Seiten des jeweiligen Präsidirenden.“ ¶ Wir haben geglaubt, was letztern Punkt betrifft, mit dieser Andeutung das principiell Nöthige in genügender Weise gesagt zu haben. Was die praktische Seite der Frage anlangt, so schien uns für den Fall, dass unsere Vorschläge keine Folge haben sollten, die Auffindung verschiedener Modalitäten der Ausführung nutzlos, während im entgegengesetzten Falle wir freilich der Ansicht huldigen, dass es den fremden Mächten füglich überlassen werden kann, wie und wo sie ihre Gesandten residiren lassen wollen. Findet unser Vorschlag wegen der Executive Anklang, so liegt es nicht ausserhalb der Grenzen der Wahrscheinlichkeit,

No. 224.  
Sachsen,  
10. Novbr.  
1861.

No. 225.  
Sachsen,  
12. Novbr.  
1861.

**No. 225.** dass sich daraus eine ständige Vertretung der drei Factoren in Frankfurt selbst entwickelt, indess hielten wir es nicht für gerathen, mit einem hierauf gerichteten weitem Antrag hervorzutreten. ¶ Ew. etc. wollen auch vorstehende Bemerkungen zur Kenntniss des Herrn Grafen v. Rechberg bringen.

Sachsen,  
12. Novbr.  
1861.

*Herrn v. Könneritz, etc., Wien.*

*Beust.*

### No. 226.

**SACHSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. -- Die Reform des Deutschen Bundes betr. —

Dresden, 22. Novbr. 1861.

**No. 226.** Im meinem Erlass vom 10. d. Mts. \*) musste ich mir vorbehalten, den letzten und bedeutendern Theil derjenigen Einwendungen zum Gegenstande der Entgegnung zu machen, welche seitens des kaiserl. Cabinets, in der Form allgemeiner Bemerkungen, unsern auf die Bundesreform bezüglichen Vorschlägen gegenüber gestellt worden waren. Nicht allein der Umstand, dass meine Zeit seitdem vielseitig in Anspruch genommen war, sondern auch der Wunsch, dieser Entgegnung eine eben so ruhige als eingehende Erwägung vorausgehen zu lassen, ist die Ursache, dass Ew. etc. dieselbe erst heute empfangen. Sie finden diese Erwiderung in der Beilage, und zwar in die nämliche Form eingekleidet, in der uns jene Einwendungen eröffnet worden sind. Die Ergebnisse der, ich kann wohl sagen, gewissenhaften Erwägung, wie sie in unsern Gegenbemerkungen niedergelegt sind, dürften zugleich die Anschauung rechtfertigen, zu der wir uns, nach Inhalt meines Erlasses vom 10. d. Mts., bekennen mussten. Es würde in der That schwer gewesen sein, unsre Vorschläge mit den gezogenen Erinnerungen in Uebereinstimmung zu bringen, ohne mit unsrer innersten Ueberzeugung in Widerspruch zu gerathen. Die wesentlichen Grundlagen unsers Projects — eine directe periodische Verhandlung der Regierungen unter Beseitigung dilatorischer Geschäftsformen, eine Befreundung der Landesvertretungen mit dem Bunde durch Eröffnung der Aussicht auf eine, wenn auch beschränkte Betheiligung an dessen politischer Thätigkeit, endlich das Alternat, welches bestimmt war, dem Ganzen den Stempel eines für Preussen entgegenkommenden Schrittes aufzudrücken — alle diese Grundlagen mussten verlassen werden. Wir sind nicht einer solchen Selbstüberhebung fähig, um zu behaupten, dass die Grundlagen, die wir an deren Stelle zu setzen hätten, nicht bessere sein könnten. Sind sie es aber, so ist ihnen um so mehr zu wünschen, dass sie durch eine Stimme vertreten werden, welche denselben mit der vollen Kraft der Ueberzeugung das Wort zu reden vermag. ¶ In diesem Sinne wollen Ew. etc. bei Ueberreichung der Anlage an den Grafen v. Rechberg Sich äussern.

Sachsen,  
22. Novbr.  
1861.

*Herrn v. Könneritz, etc., Wien.*

*Beust.*

\*) No. 224.

ANLAGE. — Erwiderung auf die Bemerkungen des k. k. österreichischen Cabinets zu dem sächsischen Bundesreform-Project. —

[Auszug\*] Zu 4. „Es erscheint als nicht wenig problematisch, ob die Bestimmungen des sächsischen Entwurfs dem angestrebten Zwecke einer Vereinfachung und Beschleunigung der Bundesgeschäfte auch wirklich zu entsprechen geeignet seien.“ ¶ Zu Begründung dieses Einwurfes enthalten die „Allgemeinen Bemerkungen“ zunächst folgende Betrachtung: „Wie sehr man auch gewohnt sein mag, den Bundestagsverhandlungen Schwerfälligkeit und Langsamkeit vorwerfen zu hören, so liegt doch in Wahrheit die Ursache dieser Mängel nicht in dem Organismus oder der Geschäftsordnung des Bundestags, sondern sie liegt vor Allem in der Schwierigkeit, die nöthige Uebereinstimmung in den Ansichten der Regierungen herbeizuführen. So oft diese Uebereinstimmung nicht fehlt, genügen die jetzigen Einrichtungen vollkommen, um die Geschäfte in Frankfurt zweckmässig und ohne unnöthigen Aufenthalt zu erledigen.“ ¶ Es erscheint vielleicht vermessen, einem so bestimmten Ausspruche zu Gunsten der bestehenden Einrichtungen entgegen zu treten, wenn solcher an der Stelle erfolgt, wo man am meisten in der Lage ist, Material zur Prüfung der angeregten Frage zur Hand zu haben. Allein wir müssten sehr häufig und in sehr prägnanter Weise gemachter Erfahrungen geradezu vergessen, um demselben in voller Ueberzeugung beistimmen zu können. Wir suchen vergeblich in unsern Erinuerungen nach Vorgängen, wo die Erledigung eines Geschäfts ohne unnöthigen Aufenthalt erfolgt wäre, sofern es sich nicht um Gegenstände der untergeordnetsten Bedeutung handelte. Man wird die Bundestags-Protokolle nicht durchlesen können, ohne Angelegenheiten, die zu keinen Differenzen Anlass gaben, unnöthigerweise hingezogen zu finden, indem aus Rücksicht auf mangelnde Instructions sehr häufig die Abstimmungen verschoben wurden. ¶ Wir sind weit entfernt, die Richtigkeit der Auffassung zu bestreiten,

No. 226.  
Sachsen,  
22. Novbr.  
1861.

\* Das „Dresdener Journal“ bemerkt bei Mittheilung dieses Auszugs: „Die Beilage übergeht die zwei ersten der obengenannten fünf Punkte mit Stillschweigen, weil diese durch den Inhalt des vorausgegangenen Erlasses vom 12. November [St. A. Nro. 225] Erledigung gefunden hatten. Anlangend Dasjenige, was dieselbe auf Punkt 3 erwidert, wo es heisst: „Der Vorschlag, der Delegirtenversammlung am Bunde nicht ausschliesslich einen legislativen Beruf, sondern auch eine, wengleich sehr bedingte Competenz in politischen Fragen anzuweisen, dürfte mit dem Wesen und der Natur eines Staatenvereins, an welchem zwei Grossmächte theilnehmen, schwer in Einklang zu bringen sein“ so wäre ein Abdruck deshalb überflüssig, weil die einschlagenden Bemerkungen fast wörtlich in dem bereits veröffentlichten Nachtrag zur sächsischen Denkschrift vom 20. Nov. [Nro. 176] sich wiederfinden. Es wurde daselbst in der Hauptsache gesagt, dass die sächsische Regierung allerdings die Betheiligung der Landesvertretungen an den Bundesangelegenheiten nicht auf Gesetzgebungsgegenstände beschränkt, sondern auf politische Fragen ebenfalls erstreckt wissen wolle, bei der Aufstellung eines diesfallsigen Projects aber enge Grenzen gezogen habe, um der Vereinbarung der Regierungen über das Mehr oder Minder der zu bewilligenden Competenz nicht vorzugreifen, und um nicht für den Preis eines populären Vorschlags den andern Regierungen die Unannehmlichkeit des Widerstandes dagegen zu überlassen, dass dagegen die vermeintlichen Schwierigkeiten der Ausführung sich als überwindliche zeigen würden, sobald sämmtliche Regierungen aufrichtig entschlossen seien, die neue Einrichtung in's Werk zu setzen.“

No. 225 welche eine Hauptursache der unfruchtbaren Thätigkeit der Bundesversammlung in dem Mangel der Uebereinstimmung unter den Regierungen erkennt. Das ist ja aber eben der hauptsächlichste Grund, weshalb wir die periodischen Bundestage vorschlagen, auf denen eine unmittelbare Berührung unter den Regierungen durch die Eigenschaft der Bevollmächtigten ermöglicht und ein Ausweichen vor Differenzen durch den Zweck der Zusammenkunft ausgeschlossen wird. Das ist ja der Grund, weshalb wir den jetzigen Organismus des Bundes verwerfen, welcher eine Verständigung nur im weitschweifigen, durch Zwischenfälle und fremdartige Einwirkungen alier Art dazwischenkreuzten und erschwerten Correspondenzwege offen lässt und im Angesicht gegenüberstehender Meinungs-differenzen immer und immer wieder das beliebte Mittel der Verschiebung an die Hand giebt. ¶ Man hält uns die Verzögerung von sechs Monaten ein, die von einem Bundestage zum andern vergehen werde, ehe ein Gutachten zur Erledigung komme. Aber vergleiche man doch damit die Vorgänge am jetzigen Bundestage. Sind es dort etwa bloß Monate, sind es nicht oft Jahre, die vergehen, ehe ein Ausschussbericht zu Stande, zum Vortrag und zur Erledigung gelangt? Wir wollen nur an einen prägnanten Fall erinnern, an dem wir noch heute zu leiden haben. Nachdem in Verfolg des Bundesbeschlusses von 1852 der kurhessischen Regierung bedauerlicherweise nachgelassen worden war, Jahre lang die ihr auferlegte Anzeig über die endliche Regulirung der Verfassungsangelegenheit hinzuziehen, erfolgte diese Anzeig endlich am 15. Juli 1858 und am 28. Juli 1859 kam der Bericht des Ausschusses zum Vortrage. Wäre er nur sechs Monate nach dem Eingange der Vorlage erstattet worden, wir hätten wahrscheinlich die ganze hessische Frage der letzten Jahre nicht erlebt. Als Seitenstück sei der Verlauf der Verhandlungen über das Bundesgericht erwähnt. Am 8. Juli 1851 wurde die Wahl eines Ausschusses zu Bearbeitung der Vorschläge der Dresdener IV. Commission beschlossen, die Wahl des Ausschusses erfolgte am 10. Juli 1851. Man hat in Erfahrung gebracht, dass der mecklenburgische Bundestagsgesandte einen erschöpfenden Vortrag bearbeitet habe, in den Bundestagsacten ist aber keine Spur davon zu finden. Im Jahre 1859 stellte Baden einen Antrag auf Wiederaufnahme dieser Verhandlung. Ein Vortrag wurde dem Ausschusse am 23. Januar 1860 vorgelegt; seitdem ist aber nichts weiter in den Bundesacten zu finden, als nächst dem Monitorium Sachsens ein Vortrag des Herrn v. Linde, der sich über Civil- und Criminalgesetzgebung verbreitet, das Bundesgericht aber nur heiläufig erwähnt. \*)

Zu 5) „Das sächsische Project verlangt von Oesterreich das Opfer des bleibenden Präsidiums ohne für eine Consolidation der deutschen Zustände, wie sie auf dem österreichischen sowohl, als dem gesamtdeutschen Standpunkte als Acquivalent für das Aufgeben der einheitlichen Form

\*) Der Schluss vorstehender Darlegung über die Mängel der bestehenden Bundestags-einrichtungen bedarf ebenfalls nicht der Wiederholung an dieser Stelle, indem derselbe gleich den Bemerkungen zu Punkt 3 sich in dem Nachtrage zur sächsischen Denkschrift vom 20. November wiederfindet. Derselbe bezieht sich lediglich auf den österreichischerseits hervorgehobenen Nutzen des vermittelnden Charakters der Bundestagsausschüsse (Dreud. Journ.)

betrachtet werden könnte, hinreichende Sicherheit darzubieten.“ ¶ Allerdings hatten wir uns eines solchen Ausspruches, wie er in der vorstehenden Weise formulirt ist, bei dem Eintritt derjenigen Eventualität zu gewärtigen, welche die „allgemeinen Bemerkungen“ weiterhin als bedingend für die Entschliessung Oesterreichs bezeichnen. „Ist denn nicht, heisst es daselbst, dem sächsischen Minister bei seiner jüngsten Anwesenheit in Wien eingeräumt worden, dass das Opfer des ausschliesslichen Präsidiums Oesterreichs unter Umständen durch die Vortheile einer allseitigen Einigung über die Reformfrage für aufgewogen gelten könne?“ ¶ Von dem Eintritt dieser Bedingung durften wir das Einverständnis Oesterreichs mit dem Vorschlage des Alternats als abhängig betrachten; die Voraussetzung dagegen einer durch den Bund zu übernehmenden Ausdehnung seines Vertheidigungssystems auf die ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preussens wird uns erst jetzt erkennbar. Die Depesche vom 5. Novbr. erklärt selbst, die Frage nicht bejahen zu können, ob bei dem jetzigen Stande der Dinge ein Versuch, diese Voraussetzung zu verwirklichen, mit irgend einer Aussicht auf Erfolg unternommen werden könne. Wir werden daher jedenfalls in den Augen des kaiserl. Cabinets Entschuldung finden, wenn wir in völliger Unkenntniss der hierauf gerichteten Wünsche desselben nicht auf den Gedanken kamen, eine Basis der Einigung aufzusuchen, für deren Verwirklichung man in Wien selbst Aussicht auf Erfolg nicht zu eröffnen in der Lage ist. ¶ Es hiesse unsre Gefühle gänzlich verkennen, wollte das kaiserl. Cabinet in dieser Darlegung einen Mangel solcher Gesinnung erblicken, wie ihm dieselbe nur immer willkommen sein könnte. Den Wunsch, der uns gegenwärtig vorliegt, theilen wir; die Sache, um die es sich handelt, wollen wir und haben es jederzeit bethätigt. Haben auch unsre Erklärungen und Abstimmungen während des orientalischen Krieges den Absichten des k. k. Cabinets nicht überall entsprochen, so dürfen wir doch daran erinnern, dass, so oft die Garantie der ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs dabei in Frage kam, wir mit den uns befreundeten Regierungen auf das Entschiedenste uns dafür ausgesprochen haben. Der Eingang der bekannten Bamberger Note legt dafür unzweideutiges Zeugniss ab. Unser Verhalten während des italienischen Krieges stand hiermit in voller Uebereinstimmung. Nicht nur in den Instructionen unsers Bundestagsgesandten, auch in öffentlicher Kammerverhandlung und in officiellen Mittheilungen an fremde Höfe erhoben wir laut unsre Stimme für eine active Unterstützung Oesterreichs durch den Bund. Ueber unsre Gesinnungen und Absichten kann daher kein Zweifel bestehen. ¶ Die Frage ist aber die: Ist die dauernde Verwirklichung des Gedankens auf dem Wege des Vertrags zu erreichen? ¶ Sie war es allerdings. Eine Gelegenheit, wie sie nie wiederkehren wird, bot sich dazu von selbst und man hat sie unbenutzt gelassen. Die ausserdeutschen Provinzen Preussens waren 1848 in den Deutschen Bund aufgenommen worden. Dieser Vorgang bedingte nothwendig mit der Zeit den Eintritt Gesamttösterreichs in gleicher Weise, wenn man ihn nur in Kraft liess. Es war 1851, wo die Frage zum Austrag kam, und in diesem Augenblicke, wo Oesterreich Herr

No. 226.  
Sachsen,  
22. Novbr.  
1861.

No. 226. in Deutschland war, da war es Oesterreich, welches bei seinen Mitverbündeten selbst sich dafür verwendete, dass sie zu der Wiederausscheidung der preussischen ausserdeutschen Provinzen zustimmen möchten. Wir haben damals mit schwerem Herzen dieser Aufforderung Folge geleistet. ¶ Folgendes war der Wortlaut der sächsischen Abstimmung:

Sachsen,  
22. Novbr.,  
1811

„Die königl. sächsische Regierung ist zwar bereit, ihre entgegenstehenden Ansichten in dieser Sache gern dem Bedürfnisse des ungestörten Einvernehmens unter den Bundesgliedern unterzuordnen; bei der für sie unzweifelhaften, sehr folgereichen Bedeutung des zu fassenden Beschlusses hält sie es aber für ihre Pflicht, ihre Ansichten unverhohlen auszusprechen. Sie hat nie aufgehört anzuerkennen, dass die nationale Frage, obschon vielfach von Parteiinteressen ausgebeutet, dennoch Ausfluss eines wirklichen Bedürfnisses, daher eine bleibende praktische sei, welche, mit den bestehenden Verhältnissen in Einklang gebracht, der Revolution entwunden und auf Bundesboden gelöst werden müsse. Soll der Wiederkehr jener bundesstaatlichen Tendenzen, welche sich als mit der Bewahrung des Friedens und der Eintracht innerhalb Deutschlands und mit der Aufrechthaltung der Verträge unvereinbar erwiesen, vorgebeugt, sollen die daran sich reihenden Uebel der Anfeindung der Particularsouverainitäten und Dynastien entfernt werden, so müssen die deutschen Regierungen ihr Bestreben dahin richten, dem Bunde eine erhöhte politische Geltung zu verschaffen. Dies geschieht dann, wenn das föderative Princip sich als schaffend und mehrend erweist. — Dass aber, namentlich bei der geographischen Lage Deutschlands, jede Beengung des Bundesgebietes für diese Entwicklung sich als hemmend darstelle, ist augenfällig, und so wie daher, geleitet durch vorstehende Betrachtungen, die k. sächsische Regierung dem Antrage der k. preussischen Regierung nicht ohne Widerstreben ihre Zustimmung ertheilt, so kann sie zugleich den Wunsch nicht unterdrücken, es möge die hohe Bundesversammlung die oben hervorgehobenen Momente dem Kreise ihrer künftigen Berathungen nicht entziehen. Die k. sächsische Regierung glaubt endlich noch besonders geltend machen zu sollen, dass ihr aufrichtiges Bestreben, jede Störung des guten Vernehmens im Schoosse der hohen Bundesversammlung zu vermeiden, sie namentlich um deswillen bestimmt hat, von einem Widerspruch gegen den von der k. preussischen Regierung gestellten Antrag Umgang zu nehmen, weil sie der bestimmten Ansicht ist, dass, so lange die formelle Gültigkeit des Bundesbeschlusses vom 11. April 1848 unangestanden bleibt, ein Bundesbeschluss wegen Ausscheidens der infolge dessen zum Bunde gehörigen Gebietstheile und somit einer Verminderung des Bundesgebiets nur durch Einstimmigkeit gefasst werden könne.“

Kann es dem kaiserl. Cabinet unbekannt sein, welche Gegenforderungen heute das Verlangen hervorruft, welches man von uns mit dem Alternat des Bundespräsidiums in Verbindung gesetzt zu sehen wünscht? Wir sind des festen Glaubens, dass Oesterreich zu der damit verbundenen Aufopferung seiner deutschen Bundesgenossen nie die Hand bieten wird, wir halten aber uns nicht minder davon überzeugt, dass dem kaiserl. Cabinet darüber kein Zweifel übrig bleiben werde, wie eine vertragsmässige Feststellung, welche die treuesten Bundesgenossen Oesterreichs in fremde Abhängigkeit brächte, möchte sie in noch so präciser Form die Gewährleistung seiner ausserdeutschen Besitzungen aussprechen, eine ungenügende und illusorische Garantie sein würde. Ist es wohl nöthig, an die einer nahen Vergangenheit angehörigen beiden Constellationen zu erinnern, wo die Vertheidigung der ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs in Frage kam? In dem einen Fall, wo eine wirkliche Bedrohung Oesterreichs nicht vorlag, Oesterreich vielmehr selbst der bedrohende Theil war, wurde sie bejaht; in dem zweiten, wo notorisch Oesterreich der bedrohte und, ob-

schon anscheinend und zur Abwehr angreifend, der angegriffene Theil war, wurde sie verneint. Wer wird zwischen dem Garantirten und dem Garant Richter über den Eintritt des casus foederis sein? Was ist aus dem Vertrage vom 15. April 1856 geworden? Steht nicht in jedem Friedensschlusse, dass der Friede auf ewige Zeiten bestehen soll? Der todte Buchstabe, wenn er noch dazu die Feststellung des einzelnen Falles offen lässt, ist eine Bürgschaft zweifelhafter Natur. ¶ Wir und, wie wir wohl mit Sicherheit hinzusetzen dürfen, die uns befreundeten Mittelstaaten, erstreben festere Garantien für die Solidarität zwischen Oesterreich und Deutschland. Wir glauben sie darin zu finden, dass die politische Zusammengehörigkeit und Bedeutung derjenigen Staaten im Deutschen Bunde erhöht werde, deren Interessen und Traditionen mit denen Oesterreichs in genauem Zusammenhange stehen, sowie darin, dass dem Bundesorganismus eine solche Gestaltung gegeben werde, damit Oesterreich sowohl als jene Staaten nicht von der Zeitströmung abgeschnitten werden können, sondern in der Lage bleiben, bei Eintritt solcher Conjunctionen, wo die Vertheidigung der ausserdeutschen Besitzungen Oesterreichs in Frage kommen kann, ihr vereintes Gewicht zur Geltung zu bringen. ¶ Unser Vorschlag wegen Abhaltung der periodischen Bundestage mag vielleicht unpraktisch erscheinen, allein wir möchten bezweifeln, dass man uns in Wien die Frage verneinen werde, ob nach dem Ausbruche des italienischen Krieges im Jahre 1859 dasselbe trostlose Resultat, welches aus den Verhandlungen des Bundesmilitärausschusses in Frankfurt hervorging, nur möglich gewesen wäre, wenn am 1. Mai 1859 Bundestag in Regensburg abgehalten worden wäre, einschliesslich der Vertretung, wie wir sie uns denken. Wer sich der Lage der Dinge und der öffentlichen Stimmung in jenen Tagen nur einigermaßen erinnert, wird mit dem Ausspruche nicht zurückhalten, dass dieser Bundestag ohne den Beschluss eines thatkräftigen Eintretens des Bundes gar nicht auseinander gehen konnte. Dort hätte Preussen der brennenden Frage nicht ausweichen können, während in Frankfurt im Ausschusse so lange vermittelt und verhandelt wurde, bis der günstige Augenblick vorüber und die günstige Stimmung verloren war. ¶ Gewiss wird die sächsische Regierung die letzte sein, welche ein dem Kaiserhofs zustehendes Recht gering achtet, und, wenn sie das Aufgeben eines solchen Rechtes anempfiehlt, so darf man sich wohl versichert halten, wie es nur in der vollsten Ueberzeugung geschieht, dass das aufzugebende Recht einen geringern Werth hat, als der Vortheil, welcher von der mit dessen Aufgabe in Verbindung stehenden Neugestaltung der Dinge erwartet werden darf. Es kommt uns nicht zu, dem kaiserlichen Cabinet in der Beurtheilung des Massstabes entgegen zu treten, nach welchem dasselbe das fragliche Recht schätzen zu müssen glaubt. Allein der Aufrichtigkeit, die wir der kaiserlichen Regierung gegenüber uns stets zur ersten Pflicht machen, würden wir untreu werden, wollten wir der Auffassung stillschweigend zustimmen, von welcher die „allgemeinen Bemerkungen“ annehmen, dass sie ausserhalb des Nationalvereins die in Deutschland, in Bezug auf auf die Bedeutung des Bundespräsidiums, vorherrschende sei. Wir haben es uns mehr als einmal zur Aufgabe gestellt, den Deutschen Bund gegen die Verunglimpfungen der oberflächlichen Tagesmeinung in Schutz zu nehmen

No. 226.  
 Sachsen.  
 22. Novbr.  
 1861.

und der Eingang unsrer Denkschrift verfolgt denselben Zweck. Wir glauben in diesen Ausführungen Wahrheiten gesagt zu haben, die auf geschichtlichem Fundamente beruhen und uns nicht leicht werden bestritten werden. Allerdings aber würden wir befürchten müssen, begründetem Widerspruche zu begegnen, wollten wir behaupten, Deutschland besitze im Bundespräsidium eine einheitliche Spitze, d. h. ein Organ, dessen Existenz den einheitlichen Gang seiner Handlungen verbürgt. Man verweist uns auf die nordamerikanische Union. Wir wollen gern den Einwand zurückhalten, der uns nahe liegen würde, könnten wir den angestellten Vergleich als zutreffend betrachten. Es würde vielleicht erlaubt sein, die Frage aufzuwerfen, ob ein abwechselnder Congress zu Philadelphia und Charleston nicht ein sehr geeignetes Mittel gewesen sein würde, den bis zum Bürgerkrieg gesteigerten Conflict zu vermeiden. Eine andre Entgegnung liegt uns weit näher. Hätte der Präsidialgesandte in Frankfurt nur die Hälfte der Befugnisse, welche dem Präsidenten der Union zustehen, wir würden wahrlich nicht daran denken, eine Theilung derselben zu wünschen oder dem Inhaber zuzumuthen. Leider ist das Bundespräsidium durch die Entwicklung der Bundesverhältnisse, wofür wir weit entfernt sind, Oesterreich allein verantwortlich machen zu wollen, nicht die Spitze des Bundes, sondern des Bundestags geworden. Bundespräsidium und Bundestag gelten fast identisch, und mit dem ausschliesslichen Besitze des Einen geniesst Oesterreich den Vorzug der alleinigen Vertretung des Andern. ¶ Wir läugnen desshalb gar nicht, dass wir mit unserm Vorschlage eine an Preussen zu machende Concession bevorzugen. Es handelt sich um ein historisches Ehrenrecht, welches als solches seine Bedeutung bewahrt hat. Wir haben daher nicht verkannt, sondern laut ausgesprochen, dass es zu dessen Aufgabe eines hochherzigen Entschlusses Sr. Majestät des Kaisers bedürfe. Begrüssen aber würden wir diesen Entschluss mit freudiger Dankbarkeit, weil unsrer vollen Ueberzeugung nach der ausschliessliche Besitz dieses Ehrenrechts gegenwärtig nur die Folge hat, in Preussen und den preussenfreundlichen Kreisen das Gefühl einer, mit der materiellen und moralischen Machtstellung Preussens in Deutschland ausser Verhältniss stehenden Unterordnung hervorzurufen, ohne zugleich die Mittel in sich zu vereinigen, diese Unterordnung da, wo sie im Interesse des Bundes wünschenswerth sein würde, zur Wahrheit zu machen. ¶ Vorbedingung aber ist nach unsrer Auffassung der aufrichtige Eintritt Preussens in eine solche Neugestaltung der Bundesverhältnisse, welche hegemonische Bestrebungen ausschliesst, und wodurch Oesterreich die Mittel geboten werden, Preussen den Platz streitig zu machen, den es jetzt als ausschliesslicher materieller Leiter Deutschlands, gegenüber der formalen Leitung des Bundestagspräsidenten, beansprucht. ¶ Wir haben nicht die Präension, den allein richtigen Weg zu dieser Neugestaltung gefunden zu haben. Allein davon sind wir überzeugt, dass die Gedanken, die wir so eben darlegten, sich mit denen anderer deutscher Regierungen begegnen, und wir dürfen hoffen, es werde eine eingehende Erwägung derselben die kaiserliche Regierung wenigstens davon überzeugen, dass sie einer Oesterreich innig befreundeten Gesinnung entspringen.

---



## No. 227.

**SACHSEN.** — Mind. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Erwiderung auf die Auslassung des preussischen Cabinets über das sächsische Bundesreform-Project. —

Dresden, am 11. Jan. 1862.

Ew. &c. ist der Inhalt desjenigen Erlasses bekannt, welchen der Herr Minister Graf v. Bernstorff in Bezug auf die diesseitigen Bundesreformvorschläge an den königl. preussischen Gesandten am hiesigen königl. Hofe gerichtet hat. ¶ Ich würde glauben, die Erfüllung einer schuldigen Pflicht zu verabsäumen, wollte ich unterlassen, durch Ew. &c. Vermittelung dem Herrn Grafen v. Bernstorff für die ebenso eingehende als verbindliche Beurtheilung der diesseitigen Anregung aufrichtig zu danken. ¶ Wenn ich, in Uebereinstimmung mit den diesfalls eingeholten allerhöchsten Befehlen, darauf verzichte, der königl. preussischen Regierung gegenüber die Entgegnungen näher zu entwickeln, zu welchen die uns gemachten Einwürfe Veranlassung geben, so geschieht es vornehmlich mit Rücksicht auf den aus Ew. &c. Berichten zu ersehenden Wunsch des Herrn Grafen v. Bernstorff, die beiderseitige Polemik über den besprochenen Gegenstand nicht weiter fortgesetzt zu sehen, ein Wunsch, dem wir um so mehr Beachtung zu schenken haben, als bei Ueberreichung des Nachtrages zu der diesseitigen Denkschrift demselben die Bestimmung eines gewissen Abschlusses angewiesen worden war. Allerdings wurde dabei ein Zurückkommen für den Fall vorbehalten, dass in den eingehenden Rückäusserungen Anknüpfungspunkte für eine Verständigung sich ergeben würden. Wohl darf nun freilich nicht verkannt werden, dass bei der Entfernung der gegenüberstehenden Standpunkte es schwer fallen müsste, einen solchen Anknüpfungspunkt in dem Sinne zu finden, dass sich damit die Aussicht auf sofortige Vereinbarung gewinnen liesse. Allein wie überhaupt, so namentlich bei dem vorliegenden Gegenstande ist Verständigung nur allmählich im Wege wiederholter Auseinandersetzung möglich. Dankbar haben wir es zu begrüßen, wenn der Schluss des vorliegenden Erlasses der diesseits ausgesprochenen Ueberzeugung beipflichtet, dass es hohe Zeit sei, zu einer offenen Auseinandersetzung unter den Bundesgenossen zu gelangen, um die Frage der deutschen Bundesreform dem zersetzenden Treiben des Parteiwesens zu entnehmen. ¶ Gewiss aber wird die k. preussische Regierung auch die Ueberzeugung zu theilen gesonnen sein, dass die Auseinandersetzung allein zu Erreichung jenes Zweckes nicht genügen kann, wenn sie nicht von dem ernsten Willen begleitet ist, zu einer Ausgleichung gegenüberstehender Ansichten und Interessen benutzt zu werden. ¶ Es befindet sich ferner in dem Erlasse des Herrn Grafen v. Bernstorff eine Stelle, die uns zu hoher Genugthuung gereichen musste, wir meinen die, wo gesagt ist, der diesseitige Reformplan sei mit grossem Verständnisse der nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Wünsche und Tendenzen der Bundesgenossen aufgestellt. Es ist erlaubt, hierin ein schätzenswerthes Anerkenntniss unsrer, auf Vermittelung gerichtet gewesenen Bemühungen zu erblicken. Zugleich aber dürfen wir daran die Frage knüpfen, ob eine solche Basis der Verhandlung eine verwerfliche sei?

No. 227.  
Sachsen,  
11. Januar  
1862.

**No 227.** ¶ Wir haben uns im Voraus beschieden, dass unsern Vorschlägen bessere zur Seite gestellt werden können, und ihnen daher in erster Linie den Zweck der Anregung angewiesen. Ebenso aufrichtig geben wir uns davon Rechenschaft, dass es nicht der Beruf der sächs. Regierung sein kann, eine Feststellung der allgemeinen deutschen Verhältnisse im Wege der Correspondenz mit der k. preussischen Regierung zu versuchen. Allein wir würden es tief beklagen, wenn die begonnene Auseinandersetzung, zu welcher das k. preuss. Ministerium mit so anerkennenswerther Offenheit sich herbeigelassen hat, einen unfruchtbaren Abschluss finden sollte, und wir für unsern Theil werden sicherlich jeder Aufforderung gern entsprechen, welche dahin gerichtet wäre, durch eine weitere eingehende Besprechung die angeregte Frage mehr und mehr aufzuklären, indem wir keineswegs der Hoffnung entsagen würden, auf diesem Wege doch zuletzt Anknüpfungspunkte für eine Verständigung zu finden. ¶ Ew. &c. wollen dem Herrn Grafen v. Bernstorff Mittheilung gegenwärtiger Depesche machen, auch wenn es gewünscht werden sollte, Abschrift davon überlassen.

*Herrn Grafen v. Hohenthal etc., Berlin.*

*Beust.*

### No. 228.

**BADEN.** — Min. d. Ausw. an den grossherzoglichen Gesandten am Dresdener Hofe. — Erwiderung auf das sächsische Bundesreform-Project.

Carlsruhe, den 28. Januar 1862.

**No. 228.**

Baden,  
28. Januar  
1862.

Die Depesche, wodurch Freiherr von Beust den Königl. Gesandten, Herrn Grafen von Hohenthal beauftragte, uns vertrauliche Mittheilung des Nachtrags zu dem von dem Königl. Sächsischen Herrn Staatsminister ausgearbeiteten Bundesreform-Entwurfe zu machen, spricht die Absicht aus, mit diesem Nachtrage die vollständige Darlegung der leitenden Gedanken jener Vorschläge abzuschliessen und auf etwaige Entgegnungen nur in so weit einzugehen, als darin Anknüpfungspunkte für eine mögliche Verständigung aufzufinden sein würden. ¶ Wenngleich in der Mittheilung, die wir empfangen, für uns keine unmittelbare Veranlassung einer eingehenden Rückäusserung gelegen war, so hat die Frage der Bundesreform, welche durch den sächsischen Entwurf angeregt worden ist, doch eine zu grosse Bedeutung, als dass die Vertreter der Grossherzogl. Regierung nicht darüber unterrichtet sein müssten, wie wir die Vorschläge des Frhrn. von Beust aufgenommen haben, wie wir deren praktischen und nationalen Werth schätzen, und welche Stellung die Grossherzogl. Regierung ihrerseits zu der angeregten Frage einzunehmen gedenkt. ¶ Der Versuch des Königl. Sächsischen Herrn Staatsministers, durch Bearbeitung seines Projects das dringende Bedürfniss einer Bundesreform zur Erwägung der verbündeten Regierungen zu bringen, ist von uns mit aufrichtiger Anerkennung begrüsst worden. — Es scheint uns das Verdienst dieses Vorgehens als solches wenig zu berühren, wenn unmittelbare praktische Ergebnisse aus demselben kaum erwartet werden konnten. ¶ So lange die zur Lösung in Deutschland stehende Frage noch vom Standpunkte der möglichsten Berücksichtigung der vielfach widersprechenden Einzelinteressen, statt von dem anderen,

der zu erstrebenden höchsten Leistung für die Gemeinschaft, betrachtet wird, dürfte ein ähnlicher Misserfolg zunächst alle Vorschläge treffen, von welcher Seite sie auch ausgehen. ¶ Wäre es möglich, die politischen Gegensätze, unter welchen der bestehende politische Zustand Deutschlands leidet, blos durch Auffindung einer neuen Formel zu heben, die Aufgabe würde längst nicht mehr den Gegenstand allseitiger Bemühung bilden, und wäre nicht zum Ausgangspunkte tiefer Parteilung des noch mehr wie alle anderen Nationen durch seine Erfahrungen auf Einigkeit angewiesenen Deutschen Volks geworden. ¶ Wir selbst waren im Begriffe, als der Entwurf uns überraschte, an unsere Hohen Verbündeten nicht etwa einen ausgearbeiteten Vorschlag, wohl aber die ernsteste Aufforderung zu richten, dem grossen Gegenstande einer wirksamen Organisation des Bundes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht länger zu zögern, eine Frage, welche so viele Herzen und die besten Köpfe dieses Volkes bewegt, auch in geschäftliche Behandlung zu nehmen. Wir würden sie aufgefordert haben, sich der Einsicht nicht zu verschliessen, dass nur allseitige Opferbereitschaft in der Lage des Volkes etwas bessern könne, dessen Theile sie sind, und hätten ausgeführt, dass es an der Zeit sei, sich mit dem Entschlusse zu rüsten, unter Hinwegwerfen aller kurzsichtigen Engherzigkeit, Befugnisse nicht fest zu halten, deren selbstlose Hingabe von dem Wohle des Ganzen künftig von uns verlangt werden kann, wie bisher die Rechtfertigung unserer gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung wesentlich auf der Voraussetzung ruhte, dass dieselbe ausschliesslich im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes verwerthet werde. ¶ Nachdem der Vorschlag des Königl. Sächsischen Herrn Staatsministers aber vorlag, war einerseits die Anregung zu wechselseitigem Ideenaustausch gegeben, andererseits nahmen wir Anstand, mit so wesentlich verschiedenen Gesichtspunkten die ruhige und besonnene Erwägung der Vorschläge zu durchkreuzen, welche in dem Entwurfe gegeben waren. ¶ Nach dem von Frhrn. von Beust in der oben erwähnten Depesche ausgesprochenen Wunsche, nur dann die Verhandlung weiter zu führen, wenn sich in den einzelnen Aeusserungen Anknüpfungspunkte einer Verständigung zeigen sollten, schien es uns aber um so gebotener mit unserer Beurtheilung zurückzuhalten, als auch noch nicht allseitig zu übersehen war, welche Aufnahme die Ideen des Vorschlages bei anderen hohen Regierungen und vor Allem bei der wesentlich in Betracht zu ziehenden öffentlichen Meinung gefunden hatten. Wären in den einzelnen Erwiderungen Gesichtspunkte klar geworden, deren Pflege und Entwicklung eine Förderung der Interessen Deutschlands, auf welche allein es ankommt, erwarten liessen, die Grossherzogl. Regierung ihrerseits wäre, getreu dem Ziele, das sie sich gesetzt hat, auf eine ernste und gewissenhafte Discussion derselben eingegangen, wenn gleich die ursprünglichen Vorschläge der Ueberzeugung nicht entsprochen hatten, welche sie selbst gefasst hat. ¶ Wir hatten uns eine Zeit lang der Hoffnung hingegen, durch Aufsuchen solcher etwaiger Keime einer künftigen vollkommeneren Gestaltung in dem Entwurfe des Frhrn. von Beust eine Stellung auch zu dem Inhalte desselben einnehmen zu können, welche der Anerkennung

**No. 228.** entsprochen hätte, die wir der Thatsache des Hervortretens mit einem Ent-  
Baden,  
 28. Januar  
 1862.
 wurfe überhaupt gezollt hatten. In dieser Absicht haben wir zunächst constatirt, dass Frhr. v. Beust durch seinen Entwurf dem Bedürfnisse einer Reform selbst ein werthvolles Zeugniß ausgestellt hat, welches wir um so höher achten, als dasselbe vielfach in einer Weise begründet ist, der wir nur zustimmen können. Nicht weniger ergibt uns das Zugeständniß einer interimistischen Executivbehörde, auch von Seiten der K. Sächsischen Regierung die Anerkennung des Princip, dass Deutsche Regierungen einer solchen in ihrem Namen zu übenden Executivbehörde sich, ohneschadet ihrer Souverainetäts-Ansprüche, unterzuordnen im Stande sein würden. Endlich konnte auch der Vorschlag, eine gemeinsame Vertretung für einzelne Fälle im Umfange der Rechte der Einzelkammern und zu Zwecken gemeinsamer Gesetzgebung wirksam werden zu lassen, von uns als stillschweigende Anbahnung des weiteren Schrittes aufgefasst werden, dieser Vertretung allmählig die nothwendigsten, zu wirksamer Functionirung unentbehrlichsten constitutionellen Rechte zuzuweisen, ohne welche sie ausser Stande sein würde, die Verfassungsrechte der einzelnen Ständeversammlungen in irgend einer, noch so beschränkten Weise in sich aufzunehmen. ¶ Immerhin wurden wir, trotz dieses entgegenkommenden Bestrebens dahin geführt, uns bei näherer Prüfung des Entwurfes der Verschiedenheit unserer Grundanschauung über die in Deutschland zu erfüllende politische Aufgabe und über die nothwendige weitere geschichtliche und staatsrechtliche Entwicklung unseres gemeinsamen Vaterlandes erst recht bewusst zu werden. Der geistige Kampf zwischen den Gegensätzen, welche sich in Deutschland entgegenstehen, muss innerhalb der Nation einen Abschluss gefunden, oder unter der Lehre trüber Erfahrung zum Schweigen gekommen sein, ehe sich hoffen lässt, eine entsprechende Form für so verschiedenartige Standpunkte gewinnen zu können. ¶ So lange ein Theil Deutscher Staatsmänner mit der ganzen Wärme patriotischer Ueberzeugung, ein System zu verwirklichen strebt, von dem der andere, mit einer Ueberzeugung, die wir nicht für weniger aufrichtig halten möchten, keinen Anstand nimmt, Bürgerkrieg und Einmischung des Auslandes vorherzusagen, liegt zunächst eine wichtigere Aufgabe vor uns, als die Aufsuehung von Formen — nämlich vor Allem die Unterordnung der vielgespaltenen Einzelbestrebungen unter den einen, allbeherrschenden und allein berechtigten Gedanken eines einigen und mächtigen Vaterlandes. ¶ Es ist nur eine Erscheinung dieses betrübenden Gegensatzes, wenn Frhr. v. Beust davon ausgeht, dass der Staatenbund nicht in Frage gestellt werden dürfe, nicht nur weil ein anderes unpraktisch sei, sondern weil die Pflicht gebiete, zu keiner Neugestaltung die Hand zu reichen, welche wie der Bundesstaat eine Auflösung des Bundes in sich trage. ¶ Die Idee des Deutschen Bundesstaates ist darnach die Idee der Revolution und als solche unbedingt zu verwerfen. Innerhalb der Bundesverfassung selbst und ihrer Grundlage, des Staatenbundes, soll sich die Reform vollziehen. — Innerhalb derselben scheinen dem K. Sächsischen Staatsminister mannigfache Verbesserungen möglich. ¶ Wir unsererseits gehen davon aus, dass die staatenbundliche Form der Bundesverfassung

überhaupt als solche nicht zu grösserer Leistungsfähigkeit entwickelt werden kann, als der Bund seit seiner Gründung bewährt hat. — Und zwar halten wir eine Verbesserung innerhalb des Staatenbundes für so unthunlich, dass wir unbedingt die Erhaltung des status quo zu vertheidigen uns genöthigt finden, so lange nicht eine Reform in Angriff genommen wird, welche entschlossen ist, auch die Grundlage des Staatenbundes zu verlassen. — Wir scheuen uns nicht, unsererseits eine Veränderung als nothwendig zu bezeichnen, welche über diese Schranken des Staatenbundes hinausgeht, und fürchten nicht, dass der Vorwurf der Revolution einen Gedanken treffen kann, den schon heute Deutsche Regierungen offen zu dem ihrigen gemacht, dem in nicht langer Vergangenheit deren Mehrzahl als einem rettenden beigetreten war und welchen in vielleicht nicht ferner Zukunft gerade die genehmigen können, die ihn heute noch zurückweisen. ¶ Die einzige entscheidende Frage für Deutsche Regierungen, welche sich bewusst sind, dass sie Alles vermögen und Alles dürfen, wo es sich um die grosse Sache des ihrer politischen Leitung anvertrauten Vaterlandes handelt, kann nur sein: was nützt demselben und was ist unsere Pflicht? — Nimmer aber dürfen wir vor diese erkannte Pflicht ein selbstgeschaffenes Hemmniss aufstellen, welches uns an deren Erfüllung zu hindern im Stande wäre, wie es der Ausschluss fruchtbarer und möglicher politischer Systeme unter dem Vorwande revolutionairen Makels sein würde. ¶ Es gereicht uns zu grosser Befriedigung, dass eine Regierung von so entscheidender Bedeutung und hervorragender Wichtigkeit, wie das Königl. Preussische Cabinet und ein Staatsmann von so grosser Erfahrung auf dem Felde Deutscher Politik den Gedanken des Deutschen Bundesstaates in der Beschränkung, unter welcher er auch uns allein denkbar ist, aufgenommen und zugleich die Unmöglichkeit einer Reorganisation des Bundes in bundesstaatlicher Richtung, wenn dabei der ganze Bund in's Auge gefasst wird, nachgewiesen hat. — Es ist von hohem Werth, dass dadurch das Recht der Deutschen Regierungen auch über diese enge Grenze des Staatenbundes hinaus die Wege in Berathung zu ziehen, wie der politische Zustand Deutschlands gebessert werden könnte, im voraus gewahrt und vorbereitende Verhandlungen über eine eventuelle Reorganisation des Bundes, vorbehaltlich späterer Zustimmung der übrigen Regierungen ermöglicht geblieben sind. ¶ Wir stimmen im Wesentlichen dem von dem Herrn Grafen von Bernstorff Gesagten bei und freuen uns, die Ueberzeugung aussprechen zu können, dass Seitens der Königl. Preussischen Regierung der offenen Anerkennung des Bedürfnisses, auch die beharrliche Verfolgung der als gemeinsam erkannten Ziele nicht fehlen wird. ¶ In Mitte dieses Gegensatzes der Meinungen, der sich kundgegeben hat, scheint es mir von besonderer Wichtigkeit, die Gesichtspunkte einmal klar und unzweideutig festzustellen, von welchen nach unserer Ansicht ausgegangen werden müsste, soll überhaupt die Deutsche Bundesreform einen Schritt weiter geführt werden. — Es ist nothwendig, sich die Lage zu vergegenwärtigen, unter welcher die Deutschen Regierungen zu handeln berufen sind. ¶ Durch ganz Deutschland geht eine grosse gesellschaftlich politische Bewegung, die in ihrem letzten Ziele nichts

**No. 220.** geringeres beabsichtigt, als die Aufhebung unserer als ungenügend befundenen Bundesverfassung und die Ersetzung derselben durch eine feste und enger geschlossene und zugleich vollkommener gegliederte Einheitsform. —

Baden,  
28. Januar  
1868.

¶ Dass gegenüber den, die einzelnen Deutschen Staaten vertretenden Regierungen und Tendenzen nun auch die Nation als Ganzes eine wirkliche, selbständige Vertretung finde und dass hierdurch jeder einzelne Deutsche eine genügende Sicherung seines nationalen Daseins und Bewusstseins nach innen wie nach aussen erhalte, das ist der allgemeine Sinn der Forderungen, die während der letzten Jahre sich in allen Kreisen unseres öffentlichen Lebens, namentlich in Pressen, Kammern und Vereinen, immer entschiedener geltend gemacht haben und die in dieser ihrer mässigen Fassung auch Seitens der Regierungen nur selten einem Widerspruch, ja gelegentlich Seitens einiger derselben einer entschiedenen Zustimmung begegnet sind. ¶ Die Grossherzogliche Regierung glaubt deshalb nicht nur das thatsächliche Vorhandensein einer solchen grossen nationalen Bewegung als feststehend betrachten, sondern auch die vielfache sittliche wie geschichtliche Begründetheit und Berechtigung als eine bereits zugegebene Wahrheit voraussetzen zu können. ¶ Schon dauert sie seit der Auflösung des Deutschen Reiches und der Gründung der gegenwärtigen Bundesverfassung. Im Jahre 1848 hat sich die zerstörende Kraft derselben an den bestehenden Staatszuständen erprobt. — Die Gefahr der Wiederkehr ähnlicher Ausbrüche ist nicht ausgeschlossen, so lange der tiefe Unmuth über den Mangel jeder nationalen Leistung die gegenwärtige Ordnung mit dem Vorwurfe treffen kann, denselben zu verschulden. — Sollten solche Erschütterungen nicht ausbleiben, so ist zu fürchten, dass deren Folgen für die Throne, wie für die Existenz der Einzelstaaten verhängnissvoll werden. ¶ Aber auch die blosser Fortdauer des herrschenden Missbehagens und des Zweifels an der ausreichenden Kraft unserer Institutionen droht die besten Elemente des Deutschen Volkscharakters zu verderben. Deutschland läuft dadurch Gefahr, mit den Entbehrungen der Gegenwart zugleich die Bedingungen einer bessern Zukunft zu verlieren. — Und gewiss, wenn ein enger Zusammenhang zwischen nationaler und staatlicher Einheit schon vom Standpunkte der inneren Politik als eine Forderung sittlicher Nothwendigkeit erscheint, und wenn ferner auch in Rücksicht auf die europäischen Machtverhältnisse der geschlossene Bestand eines grossen Ganzen sich für jedes Volk Europas als ein dringendes Bedürfniss geltend macht, so sind die Befriedigung dieses Bedürfnisses, die Verwirklichung jenes Gesetzes doppelt berechtigt bei einer Nation, die wie die Deutsche den Namen und die Form jener nationalen Einheit bereits seit einem Jahrtausend lang besessen und dieselben auch seit dem Ende des Reiches immer nur interimistisch und provisorisch aufgegeben hat. — Sogar die Bundesverfassung, vermittelt der im Jahre 1815 ein Vergleich hergestellt werden sollte zwischen den widerstreitenden Souveränitätsansprüchen des alten Gesamtreiches und den neuen Einzelstaaten, hatte von Anfang an nichts beansprucht, als eine provisorische Geltung und fortentwickelbare Bedeutung und sie ist denn auch nach ihrer formellen Aufhebung im Jahre 1848, wie uns scheint, nur mit zweifelhaftem Rechte und jeden-

falls im Bewusstsein, sowohl der Regierungen, als der Nation, nur als ein abermaliges Provisorium wieder hergestellt worden. Nichts erscheint demnach als naturgemässer, — ja nichts legt von dem gesunden Leben und Gewissen der Nation ein erfreulicheres Zeugniß ab, als die gegenwärtige der Fortdauer jenes Provisoriums überdrüssige Deutsche Bewegung. ¶ Aber nichts auch, sind wir überzeugt, beansprucht Seitens der Deutschen Regierungen ein rascheres und entschlosseneres Entgegenkommen. Dass Seitens derselben die grosse Bewegung nicht noch länger sich selbst überlassen, und der doppelten Gefahr preisgegeben werde, entweder revolutionair auszuarten oder hoffnungslos gleichgültig in sich selbst zu verkommen, halten wir für eine sämtlichen Regierungen obliegende Pflicht, nicht minder der politischen Klugheit wie des politischen Gewissens. ¶ Kein Theil der Nation hängt in allen seinen Lebensbedingungen mit der Deutschen Frage inniger zusammen — keiner ist zu ihrer Erledigung mehr unmittelbar berufen und befähigt, als wir Deutsche Regierungen, und schon, dass wir bis jetzt die Initiative dieser Erledigung so vorzugsweise den Bevölkerungen überlassen haben, enthält für uns den stillen Vorwurf einer nicht genügenden Thätigkeit, Einsicht und Entschlossenheit. ¶ Unverantwortlich aber würden wir handeln, — unverantwortlich vor der Nation, wie vor der Geschichte, wenn wir durch noch längeres Zuwarten jenen Mangel an Thätigkeit nun gewissermassen zur Maxime erheben und uns zu bewussten Urhebern aller der verderblichen Folgen machen wollten, die eine längere Nichterledigung der Frage von innen oder aussen über das Vaterland herbeiziehen könnte. — Und wahrlich, nicht über das Vaterland allein, — denn bei der Nichterledigung der Deutschen Frage handelt es sich noch um ein Weiteres. — Es handelt sich darum, ob der Continent die wichtigsten politischen Fragen, die ihn bewegen, immer vertagen soll, weil das grosse Volk in seiner Mitte, das den Schwerpunkt seiner Geschieke zu bilden berufen ist, sich nicht definitiv zu constituiren vermag und statt zum Horte seiner nationalen Freiheiten, vielfach zum Gegner ihrer Entwicklung geworden ist. ¶ Gehen wir von dieser Betrachtungsweise über zur Untersuchung, welche Voraussetzungen eine Lösung derselben haben muss, so kann dieselbe grundsätzlich nur eine solche sein, die den eigentlichen Kern des nationalen Bedürfnisses in keiner Weise, etwa durch neue Theilungen, ängstlich umgeht, sondern diese in seiner ganzen idealen wie realen Bedeutung offen anerkennt und befriedigt. ¶ Noch weniger würde dies beispielsweise ein Versuch vermögen, bei wandelndem oder auch forterhaltenem Bundestage, — welche Mittel auch zu seiner Popularisirung angewandt würden, — eine Ausgleichung des vielfach an den Tag getretenen Antagonismus der Grosstaaten durch Stipulation von Bedingungen herbeizuführen, welche nicht der Gemeinsamkeit zu Gute kommen, oder gar ihr noch Lasten auferlegen würden. ¶ Dahin gehört der Gedanke, das Alternat im Bundesvorsitze mit erweiternder Interpretation des wahren Charakters der Präsidialstellung als ein Ausgleichungsmittel in Rechnung zu nehmen, während doch diese Gewährung eine, vielleicht für den betroffenen Einzelstaat nicht gleichgültige, für die Gemeinsamkeit aber so ganz wesenlose Veränderung bildet, dass sie eben so wenig eine Befriedi-

**No. 230.** gung des nationalen Dranges enthält, als eine Gegenleistung für Deutschland begründen kann. Nicht weniger unannehmbar erscheint uns die Bestellung einer Executivbehörde, wie solche auch gebildet sei, welche einerseits nicht von dem Deutschen Interesse ausschliesslich geleitet, andererseits sich der Controle der dieses Interesse vertretenden nationalen Repräsentation entziehen könnte, — oder auch eine Vertretung, welche mit ihrer Competenz die Funktionen nicht ergreift, durch welche das politische Interesse Deutschlands, das Interesse seiner Macht und Unabhängigkeit gewahrt werden kann.

¶ Für Deutschland hat in der That nur die Organisationsveränderung Werth, welche diesem grössten Bedürfnisse des Deutschen Volkes und des Staatencomplexes, in dem es lebt, eine unmittelbare Befriedigung und eine wirksame Vertretung verleiht. — Wir aber suchen vergeblich bisher nach einem Vorschlage, welcher für die Gemeinsamkeit grössere politische Erfolge verspricht, als die Idee eines engeren Bundes im forterhaltenen grösseren Verbande, wie sie im Wesentlichen Herr Graf v. Bernstorff in seiner Beurtheilung des Entwurfs des Freiherrn v. Beust gleichfalls angenommen hat. ¶ Dagegen vermissen wir in den Einwürfen gegen den engeren Bundesstaat jede Begründung des wesentlichsten Bedenkens, — des als gewiss angenommenen Erfolges, dass dieser weitere Bund grössern Wechselfällen ausgesetzt sein soll, als es jetzt schon der Deutsche Bund gewesen ist. ¶ Im Gegentheil darf angenommen werden, dass durch Hinwegräumung der Hauptveranlassungsgründe vorhandener Meinungsverschiedenheiten unter den Deutschen Grossstaaten die Beziehungen derselben den natürlichen Interessen entsprechen würden, welche beiden Staaten in den wichtigsten Fragen gemeinsam sind, — und dass ein Verhältniss begründet werden wird, in welchem für einen erwiesenen grossen nationalen Dienst — aber auch nur für ihn — willig eine nicht karge Gegenleistung übernommen werden könnte. Durch eine solche künftige, die eigene Sicherheit wechselseitig verbürgende Ergänzung des einmal zur Macht ausgebildeten, geeinigten Deutschlands und des mächtigen verbrüdereten Kaiserstaates würde uns in der That ein lohnendes und für die ganze Gemeinschaft heilbringendes Werk vollbracht scheinen, — darin würden auch wir dann die endliche politische Consolidation des Bundes erblicken und um so bereitwilliger zu derselben die Hand bieten — als wir gewohnt sind, in der engen Verbindung aller Theile dieses weiteren Völkerbundes die Fundamentalbedingung der Sicherheit und Machtstellung Deutschlands zu sehen. Es kann vorerst davon Umgang genommen werden, näher auf die Organisation eines solchen engeren Bundesstaates einzugehen. — Es wird genügen, im Allgemeinen die Grundlagen zu bezeichnen, welche für denselben durch den Zweck, wie wir ihn oben entwickelten, gegeben sind, und welche uns so lange massgebend erscheinen werden, als die ganze Idee des engeren Bundesstaates nicht durch veränderte Verhältnisse, von welcher Seite dieselben auch eintreten mögen, als unausführbar sich erweist. ¶ Die Grossherzogliche Regierung will diesen Bundesstaat aber vor Allem, — weil er eben nicht der Einheitstaat ist, sondern die, nicht nur für die Individualität des Deutschen Volkes angemessenere, als auch vollkommenerere Form staatlichen Lebens überhaupt. — Sie will ihn, weil der Bundesstaat die Erhaltung



der Selbständigkeit der Deutschen Staaten verbürgt und die Grundlagen derselben unberührt lässt, — während er allein eine Leistung für die Gemeinschaft durch das verfassungsmässig geordnete Zusammenwirken aller Theile ermöglicht. ¶ Zunächst ist es nämlich unsere, durch die bestimmteste Forderung unserer Bevölkerung gestützte und in unsern heiligsten Pflichten wohlgegründete Ansicht, dass die herzustellende Bundeseinheit keine ausschliessliche und unbedingte, sondern eine solche sei, innerhalb deren auf dem ganzen Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung die Selbständigkeit und Souveränität sämtlicher dormaligen Bundesstaaten ungestört fortdauert. — Auch ohne Rücksicht auf die Rechtsfrage würden wir in der Aufhebung dieser particularen Selbständigkeit — (die übrigens freie Vereinbarungen nicht ausschliesst) weit weniger ein Förderniss, als ein Hemmniss unserer nationalen Entwicklung und eine wesentliche Beraubung unseres geistig politischen Lebens erblicken. ¶ Das unverkümmerte Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete innerer Verwaltung bildet aber nicht nur die Grundlage der constitutionellen Verfassungen der Deutschen Staaten, sondern die Bedingung des Fortbestandes der staatlichen Sonderexistenz selbst. ¶ Dagegen werden nach unserer Auffassung um so ausschliesslicher alle Staatsfunctionen, durch welche politische Macht im Verkehr mit fremden Staaten entwickelt und bethätigt wird, also das ganze Vertheidigungswesen Deutschlands und der diplomatische Verkehr, einer einheitlichen, im Namen aller Deutschen Staaten zu führenden, — nicht sowohl die Machtstellung des Einzelnen, als das gemeine Wohl Aller berücksichtigenden Leitung zu unterstellen sein. ¶ Und dabei wird der Grundsatz angewandt werden müssen, dass alle Staatsfunctionen, deren Centralisirung von dem allgemeinen Interesse einmal gefordert wird, auch ganz und mit Ausschliessung aller Concurrrenz der Einzelstaaten in der Hand der Centralregierung vereinigt werden müssen, welcher die Leitung anheimgegeben wird. ¶ Während es sich ebenso von selbst versteht und unbedenklich auch von dem Herrn Grafen v. Bernstorff zugegeben werden wird, dass dieser Centralregierung und einer etwa neben ihr zu bildenden Vertretung gegenüber auch ohne Ausnahme alle Kammern in Betreff der einmal als gemeinsame Angelegenheiten anerkannten und dieser Centralregierung unterworfenen Zweige keine concurrirende Competenz haben können. ¶ Es handelt sich bei dieser Forderung einer Centralregierung nicht von dem Erjagen einer künstlichen Stellung internationaler Eitelkeit und inhaltlosen Scheines, — nicht Ehrgeiz liegt der Deutschen Bewegung zu Grunde, sondern wesentlich nur das Interesse der mässigsten Sicherheit und das gerechte Verlangen nach derjenigen Geltung unter den Völkern der Erde, welche ohne die schwersten moralischen, politischen und ökonomischen Nachtheile nicht entbehrt werden kann. ¶ Die sittliche Liebe zum Vaterlande wurzelt hauptsächlich in dem Bewusstsein, dass wir ein gemeinsames Interesse gegenüber allen Völkern haben, wie innig auch unsere Beziehungen zu denselben sein mögen, und dass dieses Interesse eine wirksame Vertretung durch unsere staatlichen Organe hat. — Ohne diese Liebe aber bleiben Individuen, wie Staaten, immer unter ihrer Bestimmung und müssen in hoffnungsloser Verkümmern verderben. ¶ Alle Pläne, welche auf die

**No. 229.** Voraussetzung gegründet sind, dass Deutschland auch auf diesem beschränkten Gebiete keine Einheit der Interessen besitze, — dass es sich in den Beziehungen zum Auslande sogar nicht als ein einiges darstellen lasse, zerstören die Idee des einen und einzigen Vaterlandes und entbehren gerade darum des Charakters, der ihnen allein nationalen Werth und Brauchbarkeit geben könnte. ¶ Wir glauben gerade, weil wir die Forderung der Centralisirung auf das engste Gebiet beschränken, wo nur noch gemeinsame Interessen keine trennenden Gegensätze mehr Platz greifen, um so strenger sein zu müssen bei Aufstellung der Befugnisse und der Competenz der Institution, welcher die Pflege dieses Gebietes zugewiesen werden soll. Immerhin muss dieselbe eine einheitliche, persönliche und verantwortliche Regierung möglich machen, deren Executivgewalt keine Hindernisse in der Organisation findet, damit sie einen politischen Gedanken mit der ganzen Kraft der Nation und allen Hilfsmitteln der einzelnen Theile durchzuführen im Stande sei. Wie hoch auch der Werth ist, den wir auf die Vertretung der Einzelregierungen in dem Verfassungsorganismus der Centralregierung legen, — jede conföderative Mitwirkung in der obersten Spitze, die Theilnahme eines nach Instructionen beschliessenden Collegiums ohne die Kraft eines bestimmten Willens und ohne die Fähigkeit zur Verfolgung bestimmter Pläne muss ausgeschlossen bleiben. ¶ Dagegen liesse sich mit der Energie der Centralregierung sehr wohl vereinigen, dass auf verfassungsmässig zu ordnende Weise die Mitwirkung der Hohen Bundesregierungen selbst überall da in Anspruch genommen werden, wo die Verhältnisse solche zulassen. — Das einzige und geeignetste Mittel dazu, die Interessen der Einzelstaaten mit denen der Gesammtheit auszugleichen, liegt in der Berufung einer ausreichenden, die Bevölkerungen wie die Regierungen der Einzelstaaten umfassenden Vertretung zu constitutioneller, durch das Recht der Bewilligung der Mittel für die Centralregierung, wirksamer Controle dieser höchsten Behörde innerhalb ihrer Competenz. — Die Frage, ob diese Vertretung durch Ausschüsse der Einzelkammern, oder aus directen Wahlen zu bilden sei, kann füglich vorerst als eine offene, ausser Erörterung gelassen werden. ¶ Eine solche Nationalvertretung kann allein den Hintergrund bilden, auf dem in ungetrennter Einheit die Achtung der Einzelinteressen mit der Rücksicht auf die Bedürfnisse des Ganzen verbunden wurzelt. Nur sie trägt einen Organismus, in welchem die im Leben ungetheilt neben einander liegenden Bedürfnisse stets gleichzeitig wirksam werden. ¶ Beschränkt sich für die Grossherzogliche Regierung das dringendste Bedürfniss der Reform somit darauf, dass diejenigen Regierungsbefugnisse centralisirt werden, welche mit der Vertretung und Vertheidigung der Nation nach aussen zu thun haben, so glauben wir doch nicht, dass damit der Kreis der Befugnisse der Centralregierung absolut abgeschlossen sein sollte, wenn ein weiteres Bedürfniss sich zeigen würde. Allein unserer Ansicht nach würde es rathsam sein, die Zuweisung eines jeden weiteren Zweiges der bisher von den Einzelregierungen geübten Funktionen von der freien, auf die Ueberzeugung der Zweckmässigkeit gegründeten Vereinbarung abhängig zu machen. Dadurch würde einerseits der Centralinstitution jede

Baden,  
28. Januar  
1862.

wünschenswerthe Dehnbarkeit erhalten, andererseits die Einzelstaaten der Gefahr entzogen, wider ihren Willen und ihre Ueberzeugungen Funktionen der gemeinsamen Leitung überwiesen zu sehen, deren Erhaltung in unmittelbarer Verfügung ihnen werthvoll scheinen könnte. ¶ Müssen wir gleich zugeben, dass die Souverainetät der deutschen Fürstenhoheit durch eine Umgestaltung der Bundesverfassung in diesem Sinne eine scheinbare, aber auch nur eine scheinbare Minderung erfahren würde, so wird die bisherige Stellung andererseits durch Theilnahme an der grösseren Macht des Ganzen wesentlich gebessert. Einmal wird in keiner Weise principiell dem Wesen der Souverainetät eine Beschränkung auferlegt. — Wir sehen vielmehr die im Obigen als nothwendig geforderten Beschränkungen nur als nothwendige weitere Ausführungen derjenigen Beschränkung an, welche die Bundesacte selbst der Souverainetät der Deutschen Fürsten durch die Verpflichtung gegen Bund und Mitfürsten aufgelegt hat. — Dass im Laufe der Zeiten diese Beschränkung eine formelle Umgestaltung erfahren muss, und die Art und Weise der Ausübung gegenüber der unwandelbar gleichen Verpflichtung gegen das gemeinsame Vaterland sich modificirt, berührt das Princip der Berechtigung selbst nicht. ¶ Von einer Auflösung des Bundesvertrages ist bei einer solchen naturgemässen und bloss das Wohl des Ganzen in's Auge fassenden Reorganisation des Bundes in keiner Weise die Rede und es würde der Charakter des Bundes, als eines „unauflöselichen Vereins der Deutschen Staaten“ dadurch keineswegs leiden, dass es einzelnen Deutschen Bundesstaaten zur Zeit vielleicht schwer fallen könnte, sich einer solchen einheitlichen Centralregierung unterzuordnen und ihr Verhältniss insofern ein privilegiertes genannt werden müsste, als denselben freigestellt bleiben müsste, statt in ein engeres Bundesverhältniss mit den anderen Deutschen Staaten einzutreten, in dem bestehenden zu verharren. ¶ Indem die Bundesverfassung demgemäss sich dem Gesetze der grösstmöglichen politischen Leistung, wie ernste Pflicht sie zu erstreben gebietet, fügt, und sich dem jedesmaligen Bedürfnisse anpasst, steht nichts im Wege, mit allen Staaten, welche der Ausbildung des Deutschen Staatenlebens im eigenen Interesse nicht zu folgen vermögen, vorerst das Verhältniss wechselseitiger Rechte und Verpflichtungen aufrecht zu halten, welche den materiellen Inhalt des Bundesvertrages von 1815 ausmachen. ¶ Dagegen, dass Deutschland aus einem Zustande verhältnissmässiger politischer Schwäche zu einer Grossmacht sich erhebe, und so die Mittel erlange, übernommene Verbindlichkeiten in ausgedehntem Maasse zu erfüllen, kann billigermassen von Seiten der Staaten, welche dieser kräftigeren Organisation sich nicht anschliessen vermögen, keine Beschwerde erhoben werden. Kein Bundesstaat hat nach unserer Meinung ein Recht, dass ihm die Erfüllung der im Bundesvertrage gegebenen Zusage in immer gleichförmiger Weise geleistet werde. Keiner hat aber auch ein Recht auf Fortbestand formeller Bestimmungen, die 1815 zum Wohle des Ganzen aufgenommen waren, wenn heute dasselbe Wohl eine Veränderung fordern sollte. — So lange wechselseitige Rechte und Pflichten geachtet werden, ist das Bundesverhältniss in seiner Unauflöslichkeit bewahrt und geheiligte Bande, die

No. 228.  
Baden,  
26. Januar  
1862.

No. 233. wir unsererseits nicht aufgehen möchten, erhalten. Die Besorgniss, es  
 Baden, möchte von dem aus verwandten nationalen Elementen gebildeten Bundes-  
 28. Januar staate eine Attraction auf die im weiteren Bunde verbleibenden Bestand-  
 1862. theile gleicher Nationalität, die anderen Reichsverbänden zugehören, geübt  
 werden, erscheint aus doppelten Ursachen unbegründet: Einmal ist die  
 Verfassungssatzung zwischen dem engern und weitem Bunde gerade  
 so verpflichtend, und um nichts schwächer, als die bestehende Bundesfor-  
 mel. Dann kann es nicht im Interesse des engeren Bundesstaates liegen,  
 sichere politische Verbindungen dadurch auf immer in Frage zu stellen,  
 dass er sich mit mehr oder weniger fremdartigen Bestandtheilen zu ver-  
 grössern suchen sollte. Andererseits könnte Deutschland, das, sich selbst  
 zu gehören ein gutes Recht hat und seine Gestaltung vollziehen muss, nach  
 dem eigensten nationalen Bedürfnisse, doch nur bis zu einem gewissen  
 Grade auf Bedenken Rücksicht nehmen, die im Verhältnisse von Staat zu  
 Staat, mehr nicht zu bedeuten hätten, als Forderungen eines bestimmten  
 Staatsegoismus gegenüber dem Egoismus der Selbsterhaltung, der  
 Deutschland so lange gefehlt hat, und ihm so sehr Noth thut. ¶ Während  
 damit die wesentlichen Gesichtspunkte gegeben sind, von welchen bei  
 jedem Versuche einer Bundesreorganisation, die einigermaßen dem Bedürf-  
 nisse entsprechen soll, ausgegangen werden muss, ist es vielleicht zweck-  
 mässig, auch auf die Methode hinzuweisen, durch welche jeder Fortschritt  
 der Bundesreformfrage sich in Deutschland zu vollziehen hat. Es kann  
 nur der Weg freier Vereinbarung unter den Hohen Regierungen selbst vor  
 Allem auch der Verständigung unter den beiden deutschen Grossmächten  
 sein. Gerade um desswillen wird aber diese Reform auch nicht angewiesen  
 sein auf Benutzung der durch die bestehenden Bundesverträge, namentlich  
 Art. 11, zugelassenen formellen Auswege. Im Gegentheile müssen wir uns  
 gegen die Zulässigkeit aller Bündnisse erklären, welche keine höhere Be-  
 rechtigung für sich anzuführen haben, als die Genehmigung dieses Artikels.  
 ¶ Wie das nationale Bedürfniss allein Richtschnur für den Willen der Re-  
 gierungen sein kann, wie sich darnach die Grenzen des zu erstrebenden  
 bestimmen, — so liegt in der Nothwendigkeit allein auch die Rechtfertigung  
 jeder formellen Abweichung von der Note von 1815. ¶ Den Regierungen,  
 als Contrahenten der Bundesverträge, muss es jederzeit erlaubt sein, unter  
 Festhaltung deren Geistes, die 1815 gewählte Form jeder Aenderung zu  
 unterwerfen. ¶ Je eher diese grosse Frage aber einem Weg der geschäft-  
 lichen Behandlung und freier Verständigung zugewiesen und dadurch den  
 vergifteten Einflüssen der Parteilidenschaft und der Polemik entzogen wird,  
 um so leichter wird es möglich sein, Gegensätze zu überwinden, die heute  
 noch unüberwindlich scheinen und in so scharfem Widerspruche in den  
 Denkschriften des Frhrn. v. Beust und der dadurch veranlassten Depesche  
 des Herrn Grafen v. Bernstorff hervorgetreten sind. ¶ Dass das schliess-  
 liche Resultat der Verständigung der ständischen Zustimmung bedarf,  
 braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Liegt darin aber  
 eine sichere Bürgschaft, dass über nichts übereingekommen werden kann,  
 was nicht, soll es Aussicht auf Genehmigung haben, in der That den Inter-

essen der einzelnen Länder entspricht, so sollte, unserm Ermessen nach, in dieser beruhigenden Gewissheit ein um so dringenderer Beweggrund zu finden sein, mit den vorbereitenden Schritten nicht länger unter den Hohen Regierungen zu zögern. ¶ Die Grossherzogl. Regierung ihrerseits ist jederzeit bereit, in Verhandlungen über Vorschläge einzutreten, welche der Voraussetzung der Leistungsfähigkeit entsprechen und die Resultate geben können, wegen deren wir allein eine Reform der Bundesverfassung wünschen. Entspricht der nächste Ausgangspunct auch nicht ganz unseren Wünschen, wir würden bereit sein, solche Verhandlungen beharrlich und unverdrossen weiterzuführen, überzeugt, dass der zeitigende Einfluss der Ereignisse und die überwältigende Macht der Natur der Verhältnisse die einzig mögliche Auflösung schon bringen und dadurch zugleich als die einzig richtige erweisen werden. ¶ Ich ersuche Euere Hochwohlgeboren, sich bei jeder geeigneten Gelegenheit im Sinne dieser Depesche zu äussern, und ermächtige Sie, dem Herrn Grafen v. Hohenthal in gleicher Weise, wie Euere Hochwohlgeboren vertrauliche Kenntniss der Ausarbeitungen des K. Sächsischen Herrn Staatsministers erhalten haben, gleichfalls vertrauliche Mittheilung derselben zu machen.

*Herrn Frhrn. v. Marschall. etc., (Berlin.)*

*Roggenbach.*

### No. 229.

**OESTERREICH, BAIERN, HANNOVER, WÜRTTEMBERG, GROSSHERZOGTHUM HESSEN und NASSAU.** — Die in Berlin beglaubigten Gesandten gleichlautend an den königl. preussischen Min. d. Ausw., Verwahrung gegen die preussische Erklärung in der deutschen Verfassungsangelegenheit. —

Berlin, 2. Febr. 1862.

Erhaltenem Auftrage zufolge hat der Unterzeichnete &c. &c. die Ehre, der erleuchteten Erwägung Seiner Excellenz des Königlich preussischen Ministers des Aeussern, Herrn Grafen von Bernstorff, die nachstehenden Bemerkungen anzuempfehlen: ¶ Die Reformvorschläge Sachsens haben der Königlich preussischen Regierung Veranlassung zu Erklärungen gegeben, welche zu wichtig sind und das Wesen des deutschen Bundesvertrages, so wie die Interessen sämmtlicher deutschen Staaten zu nahe berühren, als dass sie nicht die ernstlichste Aufmerksamkeit der Allerhöchsten Regierung des Unterzeichneten hätten in Anspruch nehmen müssen. ¶ Inhaltlich des Erlasses nämlich, welchen das Cabinet von Berlin, die erwähnten Vorschläge beantwortend, unter dem 20. Dezember 1861 an den Königlich Gesandten in Dresden, Herrn von Savigny, gerichtet hat, bekennt Preussen in der deutschen Reformfrage sich zu dem leitenden Gedanken, dass in dem das gesammte Deutschland umfassenden Bundesvertrage der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit festgehalten werden sollte, während eine engere Vereinigung eines Theiles der Bundesglieder auf dem Gebiete des inneren Staatsrechtes der freien Vereinbarung der betreffenden Regierungen vorbehalten bliebe. Ohne sich im Einzelnen über die Grundzüge oder über die Ausdehnung einer solchen engeren Vereinigung auszusprechen, scheint das Königlich preussische Cabinet den Fall nicht

**No. 229.**  
Oesterreich  
und andere  
deutsche  
Staaten,  
2. Februar  
1862.

No . 229 . ausschliessen zu wollen, dass dieser Bund im Bunde sich bis zur Form eines sog. Bundesstaates entwickelte, in welchem die wichtigsten Attribute der Staatshoheit auf eine Centralgewalt übertragen, namentlich ein ständiges militärisches Obercommando und das Recht der Vertretung nach Aussen in Eine Hand gelegt würden. In einer solchen bundesstaatlichen Einigung glaubt die Regierung Preussens nur eine vollberechtigte Benutzung des im Art. 11 der Bundesacte gewährten Bündnissrechtes zu erkennen, und sie ist der Ansicht, dass durch die Ausführung ihres Gedankens weder den am engeren Bunde nicht beteiligten Regierungen ein Recht zum Ausscheiden aus dem weiteren Bunde erwachsen, noch die vorhandenen Bürgschaften für den Bestand des letzteren eine Veränderung erleiden würden. ¶ Je lebhafter die Kaiserliche Regierung den Wunsch empfinden muss, der Frage einer Reform der deutschen Bundesverfassung nicht anders als in engem Einverständnisse mit Preussen näher zu treten, mit desto innigerem Bedauern hat sie den Königlich preussischen Hof in Bezug auf die politischen und rechtlichen Voraussetzungen dieser Reform Anschauungen darlegen sehen, mit welchen sich zu vereinigen, ihre Ueberzeugungen und ihre Pflichten gleich entschieden ihr verbieten. ¶ Sie muss vielmehr sowohl vom Gesichtspunkte der allgemeinen Interessen Deutschlands, wie von dem des positiven Rechtes gegen die Aufstellungen des erwähnten von Berlin nach Dresden gerichteten Erlasses Verwahrung einlegen. ¶ Unmöglich kann die Kaiserliche Regierung in dem Verlangen, dass das alle Deutsche vereinigende Nationalband strenge auf die Bedeutung eines völkerrechtlichen Vertrages zurückgeführt werde, eine berechtigte Voraussetzung deutscher Bundesreform oder einen richtigen Ausdruck des im deutschen Volke unleugbar vorhandenen Einigungsbedürfnisses anerkennen. Sie ersucht das Königlich preussische Cabinet, sich vergegenwärtigen zu wollen, in wie ganz anderer Richtung einst Preussen als Mitgründer des deutschen Bundes in den Verhandlungen des Wiener Congresses zur Feststellung des Bundesvertrages mitwirkte. Und sie fühlt die Pflicht, freimüthig auszusprechen, dass ihr Deutschlands Sicherheit und Einigkeit, sein moralischer Friede und seine Hoffnung auf gedeihliche Fortbildung des Bundesvertrages in hohem Grade bedroht und gefährdet erscheinen würden, wenn Preussen auf das Bestreben zurückkommen wollte, einen Theil der deutschen Staaten durch eine centralisirte Verfassung unter Einem Oberhaupte zu einigen, während das Verhältniss zwischen diesem Theile und den übrigen Gliedern des Bundes auf dem Fusse blosser Verträge, wie sie auch zwischen Völkern fremden Stammes geschlossen werden können, zu regeln wäre. ¶ Es wird statt weiterer Ausführungen genügen, an die unheilvollen Folgen zu erinnern, welche schon in einer frühern Epoche Bestrebungen desselben Charakters über Deutschland heraufzubeschwören drohten. ¶ Mit vollster Ueberzeugung muss ferner die Kaiserliche Regierung jeden Versuch, den Organismus des Bundes durch einen engeren Bund zu durchbrechen, zugleich als unvereinbar mit dem positiven Vertragsrechte bezeichnen. Der Art. 11 der deutschen Bundesacte gewährt allerdings den Regierungen Deutschlands das Recht der Bündnisse aller Art, aber was könnte deutlicher aus dieser Bestimmung folgen, als dass die

Oesterreich  
und andere  
deutsche  
Staaten,  
2 Februar  
1862

Bundesakte Mitglieder des Bundes voraussetzt, welche sich ihre Selbstständigkeit und daher die Fähigkeit, Bündnisse zu schliessen, bewahren? Augen-<sup>No. 229.</sup> scheinlich hat die Bundesakte nur von Bündnissen zwischen unabhängigen <sup>Oesterrich</sup> Regierungen sprechen wollen. Jener Artikel will, dass die deutschen Regie- <sup>und andere</sup> rungen das Recht der Bündnisse aller Art, sofern solche nicht gegen die <sup>deutsche</sup> <sup>Staaten,</sup> <sup>3. Februar</sup> <sup>1863.</sup> Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesglieder gerichtet sind, behalten. Ein Staat aber, der sich einer bundesstaatlichen Centralgewalt oder auch nur der diplomatischen und militärischen Führung eines andern Staates unterordnet, ein solcher Staat kann vielleicht noch Verträge über administrative Angelegenheiten, aber er kann nicht mehr ein Bündniss selbständig schliessen. Ja der Vertrag selbst, der diese Unterordnung begründete, liesse sich sicherlich nicht als ein eigentliches Bündniss bezeichnen. Ein solcher Vertrag wäre ein Subjectionsvertrag. Und wäre endlich der Artikel 11 der Bundesakte, an sich betrachtet, der Anwendung fähig, welche das Königlich preussische Cabinet ihm geben will, so würde doch die flüchtigste Erinnerung an andere wesentliche Bestimmungen der Bundesverträge genügen, um die rechtliche Möglichkeit dieser Anwendung schlechthin auszu-schliessen. Der deutsche Bund ist als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten mit wechselseitig gleichen Vertragsrechten und Vertrags-Obliegenheiten gegründet worden. Seine ganze Organisation beruht auf diesem Grundprinzip und auf dem durch die Bundesakte festgestellten Stimmenverhältnisse. Beides aber; das Grundprinzip sowohl, als die daraus abgeleitete Organisation würden bis zur gänzlichen Vernichtung beeinträchtigt werden durch einen engern Bund, durch dessen einheitliche Verfassung die Rechtsgleichheit seiner Mitglieder aufgehoben und ihnen die Fähigkeit entzogen würde, ein selbständiges Stimmrecht in den wichtigsten politischen und militärischen Angelegenheiten auszuüben. Die Kaiserliche Regierung sieht sich daher in dem Falle zu erklären, dass sie die Gründung eines engern sogenannten Bundesstaates in Deutschland keineswegs als gerechtfertigt durch den Art. 11 der Bundesakte, vielmehr als unvereinbar mit dem Wesen und der Verfassung des deutschen Bundes, ja als dessen factische, wenn auch nicht rechtliche Auflösung in sich schliessend betrachten müsste. ¶ Der Unterzeichnete hat übrigens der vorstehenden Darlegung der Ansichten seiner Allerhöchsten Regierung den Ausdruck ihrer vertrauensvollen Erwartung hinzuzufügen, dass der Königlich preussische Hof, in seiner Weisheit und seiner Anhänglichkeit an die Grundsätze des Rechts einer Auffassung der deutschen Reformfrage nicht Folge geben werde, welche bei seinen Bundesgenossen so gewichtige Bedenken erregt und die er nicht behältigen könnte, ohne Deutschland in Verwirrung zu stürzen, ja nicht festhalten, ohne die gedeihliche Wirksamkeit und Ausbildung der zu Recht bestehenden Bundes-Verfassung zu hemmen. Das Königlich preussische Cabinet hat in dem erwähnten Erlasse nach Dresden es lebhaft anerkannt, dass die Regierung Sachsens ihre Ueberzeugung von der Rätlichkeit einer Bundesreform offen bekundet hat. Der Unterzeichnete darf versichern, dass auch seine Allerhöchste Regierung diese Ueberzeugung theilt. Tief durchdrungen von der Wahrheit, dass das Prinzip jeder solchen Reform das der

**No. 229.** organischen Entwicklung der bestehenden, das ganze Deutschland vereinigen-  
 Oesterreich und andere deutschen Staaten, 2. Februar 1862. genden Bundesverfassung sein müsse, glaubt die Kaiserliche Regierung, dass auf dieser Grundlage bei allseitiger Bereitwilligkeit wichtige, den Fortschritten der inneren Entwicklung Deutschlands entsprechende Verbesserungen ins Leben gerufen werden könnten, zu welchen sie namentlich die Begründung einer wirksameren Executivgewalt des deutschen Bundes und die Regelung der Thätigkeit des Bundes in den Angelegenheiten gemeinsamer deutscher Gesetzgebung durch Zuziehung von Delegirten der deutschen Ständeversammlungen rechnet. Mit Freude würde die Kaiserliche Regierung einen Entschluss der verbündeten Regierung Preussens begrüßen, durch welchen die Eröffnung von Berathungen über Bundesreform auf dieser für alle gleich gerechten und den gegebenen Verhältnissen Deutschlands angemessenen Grundlage ermöglicht würde. ¶ Der Unterzeichnete benutzt &c.

*Hrn. Grafen v. Bernstorff etc.*

### No. 230.

**SACHSEN.** — Gesandter in Berlin an den königl. preussischen Min. d. Ausw. — Anschluss an die vorausgehende Verwahrung. —

Berlin, 2. Febr. 1862.

**No. 230.** Der Unterzeichnete hat, wie Se. Excellenz der Herr Staatsminister  
 Sachsen, Graf v. Bernstorff sich zu erinnern geneigen wollen, die Ehre gehabt, einen  
 1. Februar 1862. Erlass seiner höchsten Regierung vom 11. vorigen Monats\*) zur Kenntniss Seiner Excellenz zu bringen, welcher die Erwiderung des k. preussischen Cabinets auf die diesseits gemachten Vorschläge wegen einer Bundesreform zum Gegenstand hatte. Diese Rückäußerung entwickelte auf der einen Seite die Gründe, aus denen die k. sächsische Regierung auf die Darlegung derjenigen Entgegnungen verzichte, zu denen die ihr gemachten Einwürfe Anlass böten, während sie auf der andern Seite die Bereitwilligkeit zu erkennen gab, einer Aufforderung zu entsprechen, welche dahin gerichtet sein würde, durch eine eingehende weitere Besprechung die angeregte Frage mehr und mehr aufzuklären, um auf diesem Wege Anknüpfungspunkte zu einer Verständigung zu finden. ¶ Eine derartige Aufforderung ist seitdem nicht allein unterblieben, sondern es ist auch der diesseitigen Regierung kein Anlass gegeben worden, ihr für die Folge entgegensehen zu dürfen. ¶ Inzwischen ist die k. sächsische Regierung davon unterrichtet worden, dass das kais. österreichische Cabinet, sowie die Regierungen mehrerer andern Bundesstaaten, aus Anlass der, an den k. preussischen Gesandten am diesseitigen Hofe unterm 20. December vorigen Jahres ergangenen Depesche, sich bewogen gefunden haben, von ihren Ansichten über Inhalt und Tragweite dieses Erlasses der k. preussischen Regierung Eröffnung zu machen. ¶ Des Unterzeichneten höchste Regierung glaubt es, unter diesen Umständen, der k. preussischen Regierung sowohl, als sich selbst, schuldig zu sein, über ihre eigene Anschauung keinen Zweifel bestehen zu lassen. ¶ Der Unterzeichnete ist daher angewiesen worden zu erklären, dass die k. säch-

\*) Nro. 227.



sische Regierung auch ihrerseits die in der Depesche vom 20. December vorigen Jahres \*) aufgestellte Ansicht von der Zulässigkeit der Bildung eines Bundesstaats innerhalb des Bundes mit den Bestimmungen und dem Geiste der Bundesgrundgesetze nicht für vereinbar hält, und dieselbe daher der in jener Eröffnung ausgesprochenen Verwahrung sich anschliesst. ¶ Treu dem Gedanken, dass eine Reform der bestehenden Bundeseinrichtungen in einer den Anforderungen der Zeit entsprechenden Weise und im Wege der Verständigung unter den Bundesgenossen auf dem Boden der Bundesverfassung mit Ernst und Eifer angestrebt werden müsse, begrüsst dieselbe freudig das am Schlusse eben jener Eröffnungen gethane Erbieten zum Eintritte in diesfallsige Berathungen, an welchen sie selbst sich umsomehr bereitwilligst theilnehmen wird, als sie der Hoffnung Raum geben darf, dass die anzustrebende Reform nicht auf die engen Grenzen der dabei angedeuteten Verbesserungen beschränkt bleiben werde. ¶ Indem der Unterzeichnete dieses Auftrages sich hiermit entledigt, benutzt er &c.

H. Grafen v. Bernstorff etc.

Graf v. Hohenthal.

### No. 231.

**PREUSSEN.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Wien. — Die Oesterreichische Auffassung von der Bedeutung des Bundestags-Präsidiums betreffend. \*\*) —

Berlin, 2. Februar 1862.

Während Ew. Excellenz unsere Beurtheilung der Königl. Sächs. Bundesreformvorschläge dem Grafen v. Rechberg vorgelesen und auf seinen Wunsch ihm sogar eine Abschrift davon zugestellt haben, blieb hier nicht unbemerkt, dass das Wiener Kabinet in dieser Angelegenheit, wie es scheint nicht ohne Absicht, uns gegenüber eine grössere Zurückhaltung beobachtet hat, so dass wir erst aus den Zeitungen von dem bezüglichen dortseitigen Schriftwechsel, oder vielmehr nur von einem Theile desselben, nähere Kenntniss erhielten. ¶ Einige darin enthaltene Darlegungen, welche unsere Stellung im Bunde berühren, sind von der Art, dass wir nicht glauben, mit gänzlichem Schweigen darüber hinweggehen zu dürfen. ¶ Die vom 5. November v. J. datirte Depesche des Grafen v. Rechberg an den Kais. Oesterreichischen Gesandten in Dresden erörtert nämlich die Frage, ob Oesterreich zu Gunsten eines dualistischen Prinzips seiner Stellung als „erste“ deutsche Macht entsagen könne. Sie bezeichnet die Zulassung des Alternats (welchem übrigens der Wechsel zwischen Dreien im Bundespräsidium vorzuziehen sei) als ein äusserstes Opfer, dessen ungemein grosse Bedeutung erst durch die Ausführungen einer die Depesche begleitenden Denkschrift verständlich wird. Letztere nimmt für Oesterreich eine ganz besonders bevorrechtete Stellung in Deutschland in Anspruch. ¶ Es wird Ew. Excellenz nicht entgangen sein, in welchem Contrast diese Auffassung zu der von dem Kais. Oesterreichischen Minister in

\*) Nro. 177.

\*\*) Vergl. No. 228.

No. 231.  
Preussen,  
3. Februar  
1862.

den Unterredungen mit Ihnen wiederholt kundgegebenen Ansicht steht, dass Oesterreich sich von Preussen nicht aus Deutschland verdrängen lassen könne, sondern volle Gleichberechtigung in Anspruch nehmen müsse. ¶ In den in Rede stehenden Schriftstücken ist von dieser Gleichberechtigung der beiden deutschen Grossmächte im Bunde mit keinem Worte die Rede. Die bevorrechtete Stellung Oesterreichs darin erhält vielmehr unter der Feder des Verfassers der „Allgemeinen Bemerkungen über den Dresdener Entwurf“ die seltsamsten Dimensionen. ¶ Das eben erwähnte Actenstück nimmt nämlich unter dem Ausdruck „Präsidialrecht“ für den geschäftlichen Vorsitz, welcher dem Kais. Oesterreichischen Bundestagsgesandten in der Bundesversammlung zusteht, eine Bedeutung in Anspruch, welche nicht nur mit dem thatsächlichen Sachverhältniss im vollsten Widerspruch steht, sondern sich, so weit uns bekannt, alle bisher versuchten Auslegungen weit übertrifft. Es soll demnach dieses „Präsidialrecht“ eine, dem Kaiserhofe von der Gesammtheit der deutschen Fürsten im allgemeinen Interesse Deutschlands anvertraute Vorzugsstellung sein und in dem durch die Bundesacte neu gegründeten National-Bunde die einheitliche Form nach innen und aussen darstellen. ¶ Zwar würdige der deutsche Nationalverein von 1861 diesen Gesichtspunkt nicht, allein in der Theilung dieses „Präsidialrechts“ würde von vielen Gegnern Deutschlands der Anfang vom Ende des Bundes erkannt werden, während die Ansicht von dem Werthe einer einheitlichen Form des deutschen Föderativverhältnisses auch noch heut ihre tiefe Berechtigung habe. ¶ Der Verfasser der Denkschrift geht hierauf so weit, die Wirkungen des Dualismus in der bundesstaatlichen Union Nordamerika's mit den Folgen zu vergleichen, welche ein Alternat in Deutschland haben könnte. ¶ Nachdem auf eine solche Weise die Bedeutung des österreichischen Präsidialrechts gewissermassen zu einer österreichischen Vorstandschaft des Bundes selbst emporgehoben worden ist, erhält man erst den richtigen Masstab für den Werth jenes so gestalteten Rechtes in der Erklärung der Denkschrift, dass Oesterreich nur dann mit ungeschmälerter Würde auf das Vorrecht des bleibenden Vorsitzes würde verzichten können, wenn das Gesamtgebiet der beiden deutschen Grossmächte in das Defensiv-Bündniss des Bundes gezogen würde. ¶ Diesen in die Oeffentlichkeit gebrachten, den Boden der Realität weit hinter sich zurücklassenden Darlegungen gegenüber, erscheint es unsererseits nöthig, an die wirkliche Bedeutung des von dem österreichischen Actenstücke als „Präsidialrecht“ bezeichneten und von der Kais. Oesterreichischen Regierung in Anspruch genommenen Vorrechts zu erinnern. ¶ Dasselbe reducirt sich bundesrechtlich auf die Eingangsworte des Art. 5 der Bundesacte, welche lauten: „Oesterreich hat bei der Bundesversammlung den Vorsitz.“ ¶ In demselben Artikel wird der in dieser Function befindliche Gesandte der Vorsitzende genannt. ¶ Es hat schon hiernach niemals einem ernstlichen Zweifel unterliegen können, dass es sich bei dem von den neuesten österreichischen Schriftstücken so sehr amplificirten Vorrechte nur um eine geschäftliche Verrichtung handle. Zum Ueberfluss aber wird noch auf die ausdrücklichen Erklärungen der

deutschen Regierungen, welche theils bei Gewährung dieses Vorrechtes, theils später abgegeben worden sind, hingewiesen werden können. Sie gingen unter anderen von Seiten Preussens, Bayerns und Hannovers dahin: No. 231.  
Preussen,  
2. Februar  
1862.

¶ „dass unter dem Vorsitz bloss eine formelle Leitung der Geschäfte zu verstehen sei.“ — ¶ Damit befanden sich auch die früheren Erklärungen Oesterreichs im vollsten Einklange. Wir erinnern in dieser Beziehung nur an die bekannteste derselben, welche am Bundestage in der Eröffnungsrede des Grafen Buol-Schauenstein vom 5. November 1816 abgegeben wurde und dahin lautete: ¶ „Se. Majestät (der Kaiser von Oesterreich) erkennen in dem eingeräumten Vorsitz beim Bundestag kein wahres politisches Vorrecht, sondern ehren darin nur die schöne Bestimmung einer Ihnen anvertrauten Geschäftsleitung.“ ¶ Wenn man nach dieser Erinnerung an die wirkliche Bedeutung des „Präsidialrechts“ zu den Ausführungen der österreichischen Denkschrift zurückkehrt, dann wird es schwer, an den Ernst der bereits erwähnten Andeutung der Letzteren zu glauben, dass erst dann, wenn der deutsche Bund seinen Vertheidigungszweck auf ganz Oesterreich und ganz Preussen ausgedehnt haben werde, der Wiener Hof mit ungeschmälerter Würde auf jenes Vorrecht werde Verzicht leisten können. ¶ Wir vermögen einen Act von so unermesslicher Bedeutung, durch welchen der Bund seinen gegenwärtigen, durch die europäischen Verträge anerkannten Bestand unzweifelhaft lösen, schwerlich aber zu einer politischen „Consolidation“ gelangen würde, wie sie dem Verfasser der Denkschrift vorschwebt, mit einer so untergeordneten Frage wie das Alternat in der Geschäftsleitung der Bundesversammlung in keinerlei Vergleich oder Verbindung zu bringen. ¶ Es ist uns wohl begreiflich, dass die Vorstellung eines traditionellen Ehrenrechtes, welche unter den Völkern Oesterreichs sich an den Vorsitz des Kaiserl. Bundestagesandten in Frankfurt knüpfen mag, für die Kaiserl. Oesterreichische Regierung von besonderem Werthe sein könne. Für Preussen aber, dessen Alternatsrecht unter den europäischen Grossmächten und also auch mit Oesterreich unbestritten ist und das den Vorsitz in der Geschäftsleitung des deutschen Bundes der österreichischen Regierung aus freien Stücken zugestanden hat, ist die Herstellung eines Wechsels in diesem Vorsitz nicht von demselben specifischen Werthe. Und dass sie als Gegenleistung für eine von Preussen zu übernehmende Garantie des österreichischen Gesamtbesitzstandes nicht ernstlich in Betracht kommen kann, bedarf der Erwähnung kaum. ¶ Das Wiener Cabinet hat übrigens bei früheren Anlässen die Verzichtleistung auf den Vorsitz am Bunde nicht an eine so weitreichende Vorbedingung geknüpft, ohne doch damit seiner Würde Eintrag gethan zu haben. ¶ Es hat eine solche Verzichtleistung wiederholt stattgefunden. Namentlich in der Bundestagsitzung vom 12. Juli 1848 und ferner bei Gelegenheit der Gründung der provisorischen Bundes-Central-Commission. ¶ Auf Grund der in Betreff der Letzteren zwischen mir und dem Fürsten Felix Schwarzenberg unterm 30. Sept. 1849 abgeschlossenen Uebereinkunft übernehmen die beiden deutschen Grossmächte in völlig gleicher Stellung die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund Namens sämmtlicher

**No. 231.** Bundes-Regierungen. Und wie sehr die Auffassung des Wiener Kabinetts damals mit der preussischen, von uns in der Frage der Bundesreform folgerichtig auch jetzt noch vertretenen Auffassung übereinstimmte, beweisen die §§. 2 und 3 der eben gedachten Uebereinkunft. Denn dieselben bezeichnen als Zweck des Interims: die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereines, und setzen fest, dass während des Interims die deutsche Verfassungsangelegenheit eben so der freien Vereinbarung überlassen bleiben solle, als alle diejenigen Angelegenheiten (organische Einrichtungen, gemeinnützige Anordnungen u. s. w.), welche nach Art. 6 der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesen sind. ¶ Wenn preussischer Seits das Alternat im Vorsitze der Bundesversammlung wiederholt als etwas Wünschenswerthes bezeichnet worden ist, und noch jetzt als solches betrachtet wird, so geschah und geschieht dies vor Allem aus dem Grunde, weil in diesem Alternat der thatsächliche Beweis dafür läge, dass die beiden im Bunde gleichberechtigten Grossmächte sich offen zu dieser Gleichberechtigung bekennen. Es würde unserer Ansicht nach gerade dadurch in Deutschland das Einverständnis und die Eintracht gefördert werden, welche allein das Bundesband zu einem wahrhaft einigenden Bande machen können und ohne welche dem Bunde die wichtigste Bürgschaft seiner Kraft und Dauer fehlt. ¶ Wie weit das Kaiserl. Oesterreichische Kabinet neuerdings von dieser Auffassung des Alternats der beiden Grossmächte entfernt ist, hat uns nicht verborgen bleiben können. Wir ersehen es zu unserem Bedauern auch aus dem Schlusssatze der „allgemeinen Bemerkungen über den Dresdener Entwurf“, nach welchem aus leicht zu errathenden politischen Motiven einem Alternat der beiden Grossmächte der Wechsel unter Dreien im Präsidium der Bundesversammlung vorgezogen wird.

*Sr. Excellenz, dem Frhrn. v. Werther, Wien.*

*Bernstorff.*

### No. 232.

**PREUSSEN.** — Der königl. Gesandte in Wien an den k. k. österr. Min. d. Ausw. — Antwort auf die von Oesterreich und einigen andern deutschen Staaten in Berlin übergebene identische Note in der deutschen Verfassungsangelegenheit.\*) —

Wien, 14. Febr. 1862.

**No. 232.** Der unterzeichnete ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. Maj. des Königs von Preussen ist beauftragt, die Note, welche der Kaiserlich Oesterreichische Gesandte Graf Károlyi unterm 2. d. M. an den Königlichen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Bernstorff, gerichtet hat, in nachfolgender Weise zu beantworten. ¶ Die Bemerkungen, welche der gedachte Herr Gesandte der Erwägung der Königlichen Regierung mittels jener Note anzuempfehlen beauftragt worden ist, beziehen sich auf die bei Beurtheilung der Bundesreformvorschläge des Frhrn. v. Beust Preussischerseits der Königlich Sächsischen Regierung gegenüber ausgespro-

\*) Gleichlautende Noten sind an die andern deutschen Höfe gerichtet worden, von welchen die identische Note vom 2. Febr. (Nro. 229) ausgegangen war.

ebenen Ansichten über den heilsamsten Weg zur Reform des Bundes. **No. 233.**  
 ¶ Diese Ansichten gingen im wesentlichen dahin, dass ein Versuch, den **Preussen,**  
 ganzen Bund durch Herstellung einer wirksamen Executive mit Volksvertre- **14. Februar**  
 tung und gemeinsamer Gesetzgebung in bundesstaatlicher Richtung umzu- **1862.**  
 gestalten, mit ernstlicher Gefahr für dessen Fortbestehen verbunden sein  
 müsste, wogegen der Bestand des Bundes nicht gefährdet sein würde, wenn  
 unter Festhaltung der völkerrechtlichen Grundlagen des Ganzen für eine  
 engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Gebiete des innern Staatsrechts  
 der Weg der freien Vereinbarung betreten und jene für das Ganze vorge-  
 schlagenen Einrichtungen: Executive (militärischer Oberbefehl und einheit-  
 liche Vertretung nach aussen), Volksvertretung und gemeinsame Gesetz-  
 gebung, innerhalb solcher engerer Grenzen gegründet würden. ¶ Die Kaiser-  
 lich Oesterreichische Regierung hat sich veranlasst gefunden, dieser von  
 Preussischer Seite der Königlich Sächsischen Regierung kund gegebenen  
 Auffassung gegenüber zu erklären, dass zu ihrem innigen Bedauern ihre  
 Pflichten und ihre Ueberzeugungen ihr gleich entschieden verböten, sich  
 solchen Anschauungen anzuschliessen. Die Königlich Preussische Regierung  
 würde sich bei Entgegennahme dieser Erklärung, welche eine ihr auch vor-  
 her schon bekannte Thatsache bestätigt, auf die Versicherung haben beschrän-  
 ken können, dass sie jenes Bedauern ihrerseits theile. Da aber die Kaiser-  
 lich Oesterreichische Regierung noch einen Schritt weiter geht und sich  
 berufen fühlt, vom Gesichtspunkte der „allgemeinen Interessen Deutschlands“,  
 sowie von dem des „positiven Rechts“, und unter Hinweisung auf die un-  
 heilvollen Folgen, welche Preussens Reformbestrebungen in frühern Epochen  
 gehabt hätten, eine förmliche Verwahrung gegen die Preussische Auffassung  
 einzulegen, so will die Königliche Regierung nicht verhehlen, dass ihr weder  
 ein begründeter Anlass noch irgend eine Berechtigung zu einer solchen  
 Verwahrung vorzuliegen scheint. ¶ Dieser Schritt, welcher dadurch noch  
 auffälliger wird, dass er verabredetermassen in identischen Noten gleichzei-  
 tig von mehreren Bundesregierungen gethan worden ist, entspricht so wenig  
 dem Charakter des von der Königlich Sächsischen Regierung eingeleiteten  
 Meinungsaustausches über die von vielen Seiten als dringend nothwendig  
 anerkannte Bundesreform, dass die Königliche Regierung sich nicht bewogen  
 finden kann, danach noch auf irgendeine Erörterung der in der Note des  
 Kaiserlich Oesterreichischen Gesandten aufgestellten Gegenansichten einzu-  
 gehen. ¶ Die Bedeutung der letztern hat übrigens von Seiten Preussens  
 bereits in einer frühern Zeit ihre entsprechende Würdigung gefunden. Es  
 wird jedoch in Bezug auf die unheilvollen Folgen, welche ähnliche Bestre-  
 bungen in jener Zeit über Deutschland heraufzubeschwören gedroht haben  
 sollen, daran erinnert werden müssen, dass es nicht Preussens Bestrebungen  
 für die Reform der Bundesverfassung waren, welche jene Folgen herbeizu-  
 führen drohten, sondern dass es das Verhalten derjenigen Regierungen war,  
 an deren Widerstand diese Bestrebungen damals scheiterten. Ihnen verdankt  
 Deutschland die unveränderte Wiederherstellung der alten Bundesver-  
 fassung und damit einen dauernden Keim zu ähnlichen Wirren. ¶ Wenn  
 jetzt von derselben Seite durch die erwähnte Bemerkung der Note vom

**No 232.** 2. Febr. Anlass dazu gegeben wird, dass diese Thatsache wieder in ihrem vollen Lichte erscheint, und wenn man sich dabei auf die Sorge um die Sicherheit und den moralischen Frieden Deutschlands beruft, welche man durch Preussen bedroht finden will, so ist der Augenblick dafür um so weniger glücklich gewählt, als man gleichzeitig gezwungen ist, das Reformbedürfniss einzugestehen, dessen rechtzeitige Befriedigung man schon einmal verhindert hat. ¶ In der gewissenhaften Erfüllung der Bundespflichten, in der Vertretung wahrhaft deutscher Interessen, in dem ernstlichsten Bemühen, wohlberechtigten nationalen Anforderungen selbst gerecht zu werden und ihnen bei den andern Bundesregierungen Geltung zu verschaffen, räumt die Königlich Preussische Regierung keinem ihrer Bundesgenossen den Vorrang ein. Sie hat aber aus dem Bewusstsein treuer Pflichterfüllung bisher keine Berechtigung zu einem Schritte hergeleitet, wie er mit der in Rede stehenden identischen Note von den beteiligten Regierungen gegen Preussen gethan worden ist. ¶ Die Königliche Regierung würde in der Verwirklichung der am Schlusse der Note angedeuteten Reformansichten, wonach für den ganzen Bund eine Verfassung mit wirksamer Executivgewalt, gemeinsamer Gesetzgebung und Volksvertretung begründet werden soll, und an welche sich leicht das Streben nach einer weiter gehenden „politischen Consolidation“ mit ausserdeutschen Gebieten schliessen dürfte, wie dies in der Depesche des Kaiserlich Oesterreichischen Cabinets vom 5. Nov. v. J.\*) bereits hervorgetreten ist, eine weit grössere Gefährdung des Bestandes des Bundes erkennen müssen, als in Reformen in derjenigen Richtung, welche Preussen in der Depesche vom 20. Dec. v. J.\*\*\*) bezeichnet hat. ¶ Dennoch ist die Königliche Regierung weit davon entfernt, schon der blossen Kundgebung jener Ansichten über die Grundlagen der Reform mit einer Verwahrung entgegenzutreten. Sie glaubt im Gegentheil, ihr schliessliches Urtheil darüber zurückhalten zu sollen, bis ihr ein bestimmt gestalteter Reformvorschlag mitgetheilt wird, welcher ihr das Verständniss der Absichten der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung vollständig ermöglicht. Für jetzt erscheint der Königlichen Regierung die Unausführbarkeit einer Reform nach den vorliegenden allgemeinen Andeutungen als unzweifelhaft, und da dieselben in vollkommenem Widerspruch mit dem Standpunkt stehen, zu welchem sie sich selbst bekennt, so muss sie ihrerseits den Eintritt in Berathungen über eine Reform auf solchen Grundlagen für unthunlich erachten. ¶ Der Unterzeichnete benutzt diese Gelegenheit &c.

*Sr. Exc. dem Hrn. Grafen v. Rechberg etc.*

*v. Werther.*

### No. 233.

**PREUSSEN.** — Der königl. Geschäftsträger in Dresden an den königl. sächs. Min. d. Ausw. — Die deutsche Verfassungsangelegenheit betr. —  
Dresden, 14. Februar 1862.

**No. 233.**  
Preussen,  
14. Febr. 1862.

Der unterzeichnete Königl. Preussische Geschäftsträger hat die Ehre, in Erwiderung auf die Note, welche Graf Hohenthal in der Bundesreform-

\*) Nro. 228.

\*\*) Nro. 177.

frage unterm 2. d. Mts. an den Königl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Bernstorff, gerichtet hat, Sr. Excellenz dem &c. Frhrn. v. Beust das lebhafteste Bedauern der Königl. Regierung darüber auszusprechen, dass das Königl. Sächsische Cabinet sich derjenigen Verwahrung angeschlossen hat, welche die Kaiserl. Oesterreichische und mehrere andere Bundes-Regierungen gegen die Ansichten Preussens über den heilsamsten Weg zu einer Bundesreform einlegen zu sollen geglaubt haben. ¶ Wenn die Königl. Regierung den von dem Herrn Frhrn. v. Beust eingeleiteten Meinungstausch über diese hochwichtige Frage nicht fortsetzte, obwohl der Königl. Sächsische Herr Minister, nach Inhalt seiner unterm 11. Januar d. J. an den &c. Grafen v. Hohenthal gerichteten Depesche, \*) der Hoffnung nicht entsagen wollte, Anknüpfungspunkte für eine Verständigung zu finden, so geschah dies preussischerseits in der Ueberzeugung, dass der principielle Gegensatz leider ein zu tief liegender sei, um jene Hoffnung als begründet erscheinen zu lassen. ¶ Die Königl. Regierung befindet sich aus demselben Grunde nicht in der Lage, an den Berathungen theilnehmen zu können, welche die Herstellung einer Executivgewalt für den ganzen Bund bezwecken, der zum Behufe einer gemeinsamen Gesetzgebung eine Volksvertretung aus allen dazu gehörenden Staaten zur Seite stehen soll. Es ist dies bereits denjenigen Bundes-Regierungen, welche die erwähnten identischen Noten an das Königl. Cabinet gerichtet hatten, bei Beantwortung derselben eröffnet worden. ¶ Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, erhaltenem Auftrage zufolge dem &c. Herrn Frhrn. v. Beust eine Abschrift dieser Antwortnote anliegend mitzutheilen, benutzt er &c.

Sr. Excol. dem &c. Herrn Frhrn. v. Beust.

Gundlach.

### No. 234.

MECKLENBURG. — Min. d. Ausw. an d. grossh. Geschäftsträger in Wien. —

Den Nichtanschluss an die identische Note vom 2. Febr. betr. —

Schwerin, 8. Febr. 1862.

Ew. Hochwohlgeboren haben mit Ihrem Bericht vom 3. d. M. mir eine Abschrift der identischen Note übersandt, welche in Bezug auf den Erlass des K. Preussischen Ministers Grafen v. Bernstorff an den K. Gesandten in Dresden, Hrn. v. Savigny, vom 20. Dec. 1861, die Beantwortung der Sächsischen Bundesreform-Vorschläge betreffend, in diesen Tagen von Oesterreich und andern deutschen Bundesregierungen in Berlin übergeben sein wird. Zugleich bin ich von den Aeusserungen in Kenntniss gesetzt, mit welchen der Graf Rechberg Ew. Hochwohlgeboren diese Mittheilung gemacht hat. ¶ Ich ersuche Sie dem Kais. Hrn. Minister, und zwar, wenn es gewünscht wird, unter Zurücklassung einer Abschrift des Gegenwärtigen, darauf das Nachstehende zu erwiedern. ¶ Die Grossherzogliche Regierung theilt, unter den Umständen, wie sie gegenwärtig in Deutschland vorliegen, vollkommen die Ueberzeugung des Kaiserl. Cabinets, dass jeder neue Versuch den bestehenden deutschen Bund auf ein bloss völkerrechtliches

No. 233.  
Preussen,  
14. Februar  
1862.

No. 234.  
Mecklen-  
burg,  
8. Februar  
1862.

\*) No. 227.

**No. 234.** Vertragsverhältniss zurückzuführen, um dagegen bundesstaatliche Einrichtungen unter einem Theil der deutschen Staaten herbeizuführen, nicht bloss den Grundgesetzen des deutschen Bundes zuwiderlaufen würde, sondern auch für die Gesamtheit der deutschen Staaten mehr und mehr zu einer Lockerung der nationalen Bande und folglich zur Auflösung und Schwächung Deutschlands führen müsste. Ebenso ist sie von der Wahrheit durchdrungen, dass das Princip jeder Bundesreform das der organischen Entwicklung der bestehenden das ganze Deutschland vereinigenden Bundesverfassung sein müsse. ¶ Gleichwohl kann die Grossherzogl. Regierung das Gewicht einzelner Bedenken nicht verkennen, welche preussischerseits gegen die Ausführbarkeit der das gesammte Deutschland umfassenden sächsischen Reformvorschläge erhoben worden sind. Dahin gehören insbesondere die in den Verhältnissen derjenigen Staaten, welche dem deutschen Bund angehören, und daneben ausserdeutsche Gebiete umfassen, unverkennbar liegenden Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten stehen nun aber jeder engeren bundesstaatlichen Vereinigung eines Theils der deutschen Bundesstaaten, wenn diese auch Staaten mit ausserdeutschem Gebiet umfassen soll, aus denselben Gründen entgegen, aus welchen eine bundesstaatliche Vereinigung des ganzen bestehenden weiteren Bundes als unausführbar erscheint, und hierin liegt der Grund, weshalb bisher zwar viele Mängel der bestehenden Bundesverfassung als solche haben anerkannt werden müssen, und die auf Abstellung derselben gerichteten Wünsche auch unter den deutschen Regierungen allgemein verbreitet sind, dagegen aber alle positiven Vorschläge zu einer wirksamen Bundesreform mit vollem Recht für unpraktisch erklärt worden sind. ¶ Unter diesen Umständen scheint es fast, dass der richtige Ausgangspunkt für praktische Bundesreform-Vorschläge erst dann gewonnen werden wird, wenn diejenigen deutschen Regierungen, welchen die Initiative in dieser hochwichtigen Angelegenheit zukommt, der Aufstellung positiver Vorschläge auf der oben schon erwähnten bundesverfassungsmässigen Grundlage sich unterziehen werden, und dass den bisherigen vorläufigen Erörterungen darüber die Bedeutung solcher Vorschläge noch nicht beizulegen ist. Die Grossherzogl. Regierung entnimmt hieraus ihrerseits ein Motiv, auch die in dem Erlass des Grafen v. Bernstorff vom 20. Dec. 1861 ausgesprochenen Ansichten noch nicht als wirkliche Vorschläge des Königl. Preussischen Gouvernements zu betrachten, und findet sich eben deshalb nicht veranlasst, an dasselbe eine abmahnende Aeusserung zu richten. ¶ Fest entschlossen zu einer Veränderung der Bundesverfassung, welche ihrer Ueberzeugung nach zu einer Lockerung und Schwächung des deutschen Bundes führen müsste, unter keinen Umständen die Hand zu bieten, hält sie zugleich die Hoffnung fest, dass derartige Vorschläge in bestimmter, zu praktischer Ausführung empfohlener Gestalt von Seiten des Königlich Preussischen Gouvernements den übrigen Regierungen nicht werden gemacht werden. Sie darf gleichwohl annehmen, dass, wenn etwa später bestimmte Vorschläge zur Reform der Bundesverfassung zu einer gemeinsamen Berathung gelangen sollten, nirgends ein Zweifel obwalten dürfte, in welchem

Mecklenburg,  
8. Februar  
1862.



Sinne sie sich darüber entschliessen und erklären wird. ¶ Empfangen **No. 234.**  
Ew. Hochwohlgeboren &c. Mecklen-  
burg,  
8. Febr. 1862.

J. v. Oertzen.

### No. 235.

**DAENEMARK.** — Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen an den dänischen  
Staatsrath. — Die Entsagung auf die Thronfolge betr. —

Kopenhagen den 9. August 1861.

Sowohl durch die ersten Verhandlungen wie auch unmittelbar vor **No. 235.**  
und nach der Unterzeichnung des förmlichen Acts, betreffend Meine Entsag- **Dänemark.**  
ung auf das legitime Erbrecht welches Meine Geburt Mir auf die Krone **9. August**  
Dänemarks sicherte zufolge der Lex Regia nach dem Aussterben des König- **1861.**  
lichen Mannsstammes als nächstem Cognaten nach Meiner Frau Mutter, habe  
Ich Mich rücksichtlich der Gefühle und Beweggründe ausgesprochen, welche  
Mich bei diesem wichtigen Schritte durchdrungen und geleitet haben. ¶ In-  
zwischen glaube Ich wesentlichen Rücksichten auf Mich selbst, Meine even-  
tuellen Nachkommen, Meine Familie, Meine Verhältnisse im Allgemeinen  
und das dänische Volk es schuldig zu sein, diese Gefühle und Beweggründe  
vor dem Hohen Staatsrathe schriftlich zu wiederholen, und zwar umsomehr  
als die Renunciations-Acten dieselben nicht speciell besprechen und nur eine  
allgemeine Andeutung und das Ziel der Entsagung enthalten. ¶ Ich betrachte  
den Beschluss, welchen Ich auf diese Weise vollführt habe, als ein grosses  
Opfer, welches Mir die Aussicht auf eine Mir von der göttlichen Vorsehung  
eröffnete hohe Zukunft vernichtet — für ein Opfer, das grossen Einfluss  
ausüben kann und muss auf Meine nähere und fernere vielen Eventualitäten  
ausgesetzte Zukunft. ¶ Ich betrachte Meinen Beschluss als das schmerz-  
lichste Opfer, das Ich nur in tiefster Wehmuth dargebracht habe. Denn  
Ich liebe innig dieses schöne und herrliche Land auf welches Ich verzichte.  
Ich achte und ehre dieses treue rechtschaffene und ritterliche Volk, in dessen  
Mitte Ich die schönsten Jahre Meiner Kindheit und Meiner Jugend verlebt  
habe und an dessen Schicksal Ich durch Bande geknüpft bin, welche an-  
geborne Gerechtsame begründen, deren hohe Bedeutung Ich sehr wohl zu  
würdigen gewusst habe. Aber gerade diese Gefühle haben Mir Kraft und  
Willen gegeben diesen Beschluss zu fassen, wodurch Ich ohne persönliche  
Rücksichten Meine wahre und innige Liebe und Mein Interesse für das Land  
und für die Nation an den Tag gelegt habe. ¶ Durch Meine Entsagung  
habe Ich diejenigen Bestrebungen Sr. Majestät des Königs und Allerhöchst-  
dessen Regierung fördern und ermöglichen wollen, die darauf gerichtet sind  
durch ein beabsichtigtes Hausgesetz die Integrität der Dänischen Monarchie  
in dem Umfange aufrecht zu erhalten, welcher mit dem Europäischen  
Staatsgleichgewicht sowie mit den Tractaten und Garantien übereinstimmt  
und wodurch die Würde und Bedeutung eines uralten Gesamtstaats  
bewahrt, das Glück und die Ruhe desselben begründet und sein Geschick  
der Ungewissheit und den Gefahren entzogen wird, welche dessen Zukunft  
und den allgemeinen Frieden bedrohten. ¶ Ich ersuche den hohen Staats-

**No. 235.** rath diese Meine Anschauungen und Beweggründe wohlwollend auf die geeignetste Weise zur öffentlichen Kunde bringen zu wollen, sobald die Verhandlungen bezüglich der Dänischen Thronfolge-Frage so weit vorge-schritten sein werden, dass der Staatsrath eine solche Veröffentlichung zweckmässig erachtet, damit sowohl die Unterthanen Sr. Majestät des Königs als die fremden Mächte dadurch in den Stand gesetzt werden, Meine aus-geführten Beschlüsse zu beurtheilen.

*Frederik Wilhelm, Prinz von Hessen.*

*An den Staatsrath Sr. Maj des Königs.*

---

### No. 236.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. a. d. königl. Gesandten in Berlin. — Vorschläge zur Ordnung der holsteinischen Frage. —

Kopenhagen, 26. October 1861.

Mittelst gefälligen Berichtes vom 21. October haben Ew. &c. mich davon benachrichtigt, dass Se. Excellenz der Herr Graf v. Bernstorff Ihnen gegenüber die Bereitwilligkeit der K. Preuss. Regierung ausgesprochen haben, sofort in vertrauliche Verhandlungen mit uns wegen Ordnung der holsteinischen Frage einzutreten, selbstverständlich mit dem Vorbehalte, dass deren eventuelles Ergebniss seiner Zeit der Bundesversammlung behufs endlicher Beschlussfassung vorzulegen sein werde. Je mehr wir noch immer bedauern müssen, dass ein so grosser Theil der spärlich zugemessenen Zeit unbenutzt verstrichen ist, desto grösser ist für uns die Aufforderung, die durch den veränderten Entschluss der Königl. Preussischen Regierung nunmehr sich eröffnende Aussicht, so weit es an uns liegt, ohne jeden weiteren Zeitverlust zu verfolgen. Auch wir betrachten es als die zweckmässigste Form der Unterhandlungen, dass dieselben wenigstens bis auf Weiteres mittelst Depeschenaustausches, anstatt durch besondere Bevollmächtigte geführt werden, und wir sehen in dem vertraulichen Charakter derselben ein Mittel, die Auswechselung der Ansichten zu erleichtern, welches wir mit Freuden benutzen werden, um von Anfang an die Unterhandlung auf einen praktischen, und von denjenigen Vorbehalten und Reservationen freien Weg hineinzubringen, welcher eine mehr formelle und offizielle Verhandlungsweise als nothwendig erscheinen lassen könnte. ¶ Allein indem wir somit ohne weiteren Verzug dazu schreiten, unsererseits diese Verhandlungen anzufangen, und namentlich auch nicht anstehen, dem von der Königlich Preussischen Regierung geäusserten Wunsche, dass wir die Initiative ergreifen mögen, entgegenzukommen, wenn Solches auch gleich der Sachlage nach vermeintlich zunächst Deutschland obliegen dürfte, werden wir es uns vorerst angelegen sein lassen, die nöthigé Uebereinstimmung hinsichtlich des den Verhandlungen zu stellenden Zieles zu constatiren. ¶ Vor Allem wäre es gewiss unser Wunsch, nunmehr eine Frage endlich und definitiv gelöst zu sehen, die so lange störend auf die innere Entwicklung und die äussern Verhältnisse der Monarchie eingewirkt hat. Wir verkennen indessen keineswegs das Gegründete in denjenigen Betrachtungen, welche oft und mit grosser Stärke deutscherseits dafür geltend gemacht worden sind, dass man unter den gegenwärtigen Umständen, und wir können hinzufügen, mit beson-

**No. 236.**  
Dänemark,  
26. October  
1861.

derer Rücksicht auf die Kürze der zur Disposition stehenden Zeit sich damit begnügen müsse, eine vorläufige Ordnung zu erreichen, während die nähere und schliessliche Abwicklung der Sache übrigens einer ruhigeren Zukunft vorbehalten werde. Allein wenn wir, um uns gleich von vornherein in dieser Beziehung auf denselben Standpunkt mit Preussen zu stellen, auf die Forderung an die jetzigen Verhandlungen verzichten, dass sie die holsteinische Verfassungsfrage erschöpfend und endlich ordnen sollen: dürfen wir doch auch andererseits hoffen, dass wir uns Beide in der Erkenntniss begegnen, dass es als der gemeinschaftliche Zweck festzuhalten ist, die früheren ungestörten Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland wieder herzustellen und einen immer wieder zurückkehrenden Anlass zu Collisionen ein für allemal zu beseitigen. Und dieser Zweck kann erreicht werden, wenn Holstein gegenwärtig eine Stellung erhält, welche den Anforderungen des Bundes auf eine grössere Selbständigkeit für das genannte Herzogthum rücksichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten genügt, ohne dass jedoch dadurch die unentbehrlichen Garantien für eine geordnete Staatsverwaltung aufgegeben oder die Rechte des Landesherrn und der übrigen Landestheile geschmälert werden, und wenn ferner jede weitere Entwicklung und Neugestaltung dieses Zustandes für die Zukunft von dem Beschlusse der holsteinischen Stände abhängig wird. ¶ Nicht weniger werden wir, so weit thunlich, bemüht sein, den Ansichten des Bundes über die Mittel entgegen zu kommen, wodurch der gegebene Zielpunkt zu erreichen sei. Mit wie grosser Berechtigung die K. Regierung daher auch dawider Einsprache erheben könnte, dass den holsteinischen Ständen eine Befugnis beigelegt und dem Herzogthum Holstein eine Autonomie zugestanden werde, welche weder in den historisch gegebenen Verhältnissen, noch in früheren Verhandlungen begründet sind, werden wir unsere Bestrebungen dennoch nicht auf Anbahnung einer Ordnung richten, welche dem bestimmten und unerwarteten Widerstande gegenüber, den dieselbe gefunden, als unerreichbar erscheinen muss, sondern vielmehr uns vor den Umständen beugend mit dem Bunde eine Erweiterung der Befugnisse der holsteinischen Stände über das provinzielle Gebiet hinaus zum Ausgangspunkte nehmen. ¶ Insofern ist also zwischen uns und dem Bunde Einigkeit hergestellt, die Schwierigkeit zeigt sich aber, wenn es in Frage kommt, den allgemeinen Gedanken auf das praktische Gebiet der konkreten Verhältnisse hinüberzuführen, denn es bedarf einer nähern Darlegung nicht, dass eine Ordnung, nach welcher ohne Weiteres und ohne spezielle Garantien jegliches Gesetz und jegliche Geldbewilligung von vollkommen übereinstimmenden Beschlüssen der holsteinischen Stände und des Reichsraths abhängen sollten, unmöglich sein würde. Sich ganz auf dem nämlichen Gebiete bewegend und im Besitze der nämlichen umfassenden und entscheidenden Befugnis würden diese Versammlungen unzweifelhaft in Collisionen mit einander gerathen, welche die Gesetzgebung und wegen Mangels an den nöthigen Geldbewilligungen die Verwaltung selbst ins Stocken gerathen lassen würden. Die einzige Weise in welcher es möglich sein würde, dass beide Repräsentationen mit und neben einander wirken könnten, würde darin bestehen, das Gebiet, auf

No. 236.  
Dänemark.  
28. October  
1861.

welchem sie sich begegnen, so viel als möglich zu beschränken und sodann rücksichtlich desjenigen, welches dennoch zurückbleibt, Mittel ausfindig zu machen, um entstandene Konflikte auszugleichen, oder, wenn das nicht gelingen sollte, jedenfalls der gefahrdrohenden Collision eine Lösung zu geben, die den entgegenstehenden Entscheidungen der beiden Versammlungen gebührende Rechnung tragen würde. ¶ Es ist auf diesem, dem einzigen praktischen Wege, dass wir bereit sind, eine Lösung zu suchen; dass derselbe bedeutende Opfer von Seiten der Monarchie erheischen wird, ist ebenso gewiss, wie es sich leicht nachweisen lässt, dass er in vielen Richtungen verwickelt und mit Schwierigkeiten verbunden sein wird; es ist aber nach unserer Ueberzeugung der einzige Weg, auf welchem eine Versöhnung zwischen den Anforderungen des Bundes und dem Gange einer geordneten Verwaltung gesucht werden kann, und hoffentlich würde sich allmählig eine einfachere und leichtere Form in der Praxis entwickeln, als sich gegenwärtig und im Voraus ermitteln lässt. Bei der nähern Durchführung der oben angegebenen Principien würden als massgebend für die eigentliche Gesetzgebung folgende Grundzüge sich aufstellen lassen. Alles, was in einer gewissen gemeinschaftlichen Institution, ohne dass die bestehende Gemeinschaft in ihrem eigentlichen Wesen dadurch heinträchtigt wird, in Holstein eine von der in der übrigen Monarchie angenommenen verschiedene Form und Entwicklung empfangen kann, wird der ausschliesslichen Gesetzgebungsgewalt der holsteinischen Stände, beziehungsweise des Reichsrathes unterlegt. Wie weit man in dieser Richtung im konkreten Falle vorgehen kann und soll, das hängt selbstfolglich von dem Charakter des betreffenden Verhältnisses und von praktischen Rücksichten ab. Beispielsweise können hier das Land-Militairwesen und das Zollwesen genannt werden, welche eben zu denjenigen Materien gehören, bei denen eine Collision zwischen den Repräsentationen um so leichter entstehen kann, als darin neben dem allgemeinen Interesse, das die Monarchie und die einzelnen Landestheile an der Gemeinschaft dieser Institutionen haben, besondere lokale Interessen und Rücksichten sich bei den Einzelheiten und Formen geltend machen, wozu in Betreff des Landmilitairwesens speziell das Verhältniss zur deutschen Bundeskriegsverfassung noch hinzukommt. In diesen Verhältnissen würde daher die ob erwähnte Ausscheidung von grosser praktischer Bedeutung sein und thatsächlich zur Ausführung gelangen können, ohne dass das allgemeine Interesse im Wesentlichen davon zu leiden hätte. ¶ Der holsteinische Truppenkörper würde eine besondere Abtheilung der dänischen Armee bilden können, mit besonderer Oekonomie, Organisation und Regulirung, so wie innerhalb der von dem Rechte des Landesherrn bestimmten Grenzen der deutsche Bund und die holsteinische Ständeversammlung es festsetzen möchten, ohne dass jedoch dadurch die nöthige taktische Einheit oder solche gemeinsamen militairischen Einrichtungen aufgehoben würden, die ihrer Natur und den damit verbundenen Unkosten nach am besten sich dazu eignen, gemeinschaftlich zu bleiben. Ebenfalls könnte das holsteinische Zollwesen, ohne dass die bestehende Zolleinheit dadurch aufgehoben würde, rücksichtlich vieler Einzelheiten, die eben die Bevölkerung interessiren, der ausschliesslichen Befug-

niss der holsteinischen Stände untergelegt werden, so dass der gemeinschaftlichen Gesetzgebungswirksamkeit eigentlich nur der Tarif und die wichtigsten Controlregeln vorbehalten würden. ¶ Auf dem Gesetzgebungsgebiet, welches, nachdem eine solche Spezialisirung vorgenommen ist, als gemeinschaftlich für die beiden Repräsentationen übrig bleibt, würden ferner besondere regulatorische Mittel erheblich dazu wirken können, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Ohne in dieser Beziehung auf Einzelheiten hier näher eingehen zu wollen, werden wir nur unsere Ueberzeugung davon darlegen, dass die Bildung von gemeinschaftlichen aus den bedeutendsten Mitgliedern der beiden Versammlungen bestehenden Commissionen zur Vorberathung schwieriger Angelegenheiten von grosser Wirksamkeit sein würde. Die Einreden gegen jedwede gemeinsame Repräsentation, die sich namentlich während der letzten Versammlung der holsteinischen Stände in so bestimmter Weise hervorthaten, würden wider eine solche, lediglich vorbereitende und dem freien Entschlusse der betreffenden Versammlungen durchaus nicht vorgreifende gemeinschaftliche Verhandlung zwischen Delegirten nicht geltend gemacht werden können. Es lässt sich indessen voraussehen, dass diese Mittel doch nicht unter allen Umständen eine Collision zwischen den Versammlungen verhindern oder beseitigen würden, und es wird somit für diesen Fall unumgänglich nothwendig, geeignete Mittel zur Erledigung einer solchen Collision ausfindig zu machen. In dieser Hinsicht müsste der Regierung die Befugniss vorbehalten sein, bei fortdauerndem Widerstande von Seiten der einen Versammlung gegen eine von der anderen genehmigte und von der Regierung als dringend nothwendig erachtete Gesetzgebungsveränderung, der dissentirenden Versammlung die Alternative vorzulegen, entweder auch ihrerseits die betreffende Massregel zu genehmigen, oder sich darin zu finden, dass die neue Gesetzbestimmung von der Regierung in dem einen Theile der Monarchie eingeführt werde, während in dem andern Theile diejenigen Verwaltungsmassregeln getroffen werden, welche die so entstandene Verschiedenheit der Gesetzgebung erheischen würde. Dies letztere würde in vielen Fällen mit der Aufhebung der Gemeinschaft hinsichtlich der betreffenden Institution, nämlich so lange als die dadurch entstandene Ungleichheit in der Gesetzgebung fortauern möchte, identisch sein. Es ist indessen vorauszusehen, dass die Regierung nur in äusserster Noth zu diesem Mittel greifen wird, und es darf erwartet werden, dass dessen praktische Bedeutung im Wesentlichen eine indirekte sein würde, indem das Bewusstsein beider Versammlungen, dass sie sich, die eine durch allzu heftiges Vordringen, die andere durch hartnäckigen Widerstand rücksichtlich einer speziellen Massregel, möglicherweise die Verantwortung dafür zuziehen, dass die ganze betreffende Institution gemeinschaftlich zu sein aufhören wird, bei beiden eine Rücksichtnahme und ein Entgegenkommen hervorrufen würde, die unter anderen Umständen schwerlich erwartet werden können. ¶ Gleichwie solchermassen in der Gesetzgebungssphäre den holsteinischen Ständen eine völlige Gleichstellung mit dem Reichsrathe zugestanden werden würde, eben so sollte auch auf dem finanziellen Gebiete den Ständen die Bewilligungsbefugniss beigelegt werden. Rücksichtlich derjeni-

No. 236.  
Dänemark.  
28. October  
1861.

gen Theile der gemeinsamen Institutionen, welche dem Obigen nach der ausschliesslichen Gesetzgebungsgewalt der holsteinischen Stände untergelegt würden, sollen gleichfalls die Ausgaben von ihnen allein bestimmt werden, was eben so in Betreff der Ausgaben für die provinziellen Angelegenheiten des Herzogthums der Fall werden würde, nur mit der Beschränkung, dass durch ein Normalbudget festgestellt würde, was ohne besondere Zustimmung von Seiten der Stände jährlich auf diese Verwaltungszweige (als die Oekonomie der holsteinischen Armee-Abtheilung, das lokale Zollwesen &c.) von der Regierung verwendet werden dürfe. Die Existenz eines solchen Normalbudgets rücksichtlich derjenigen Theile der gemeinschaftlichen Ausgaben welche dem Obigen nach besondere werden, würde nicht füglich Gegenstand irgendwelcher principiellen Einsprache werden können. Denn gleichwie dessen Feststellung durch das deutsche Staatsrecht als durchaus begründet erscheint, so würde die Anwendung desselben lediglich der Regierung vorbehalten sein, ohne dass der Reichsrath darüber irgend wie zu verfügen hätte. ¶ Hierdurch würde mithin das Bewilligungsgebiet, auf welchem die beiden Versammlungen sich begegnen würden, einigermassen beschränkt worden sein. Rücksichtlich derjenigen Ausgaben dagegen, die fortwährend gemeinschaftlich bleiben sollten, wäre die mit der des Reichsraths concurrirende Bewilligungsbefugnis der Stände auf das zu beschränken, welches Holstein über gewisse, für jede Hauptbranche festgesetzten Summen hinaus beizutragen haben würde. Die Grösse dieser festen Summen würde zum Theil schon im Voraus in der Weise angegeben sein, dass darüber eine Meinungs-Ungleichheit nicht obwalten könnte. Dies gilt namentlich in Betreff 1) der Civilliste und Appanagen und 2) der Abtragung und Verzinsung der Staatsschuld in Gemässheit bestehender Contrakte, so wie auch hinsichtlich der Pensionen nach dem geltenden Pensionsgesetze. Was die übrigen Branchen dagegen betrifft, welche namentlich die Beiträge zum Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, zur Marine und zur gemeinschaftlichen Finanzverwaltung umfassen, dürfte am Angemessensten die durchschnittliche Grösse der desfalligen Ausgaben während der letzteren Jahre zum Grunde zu legen sein. Da das Bedürfniss dieser Branchen ohne Zweifel alljährlich zunehmen wird, während die festgestellten Summen unverändert blieben, so würde die Folge davon sein, dass die Bewilligungsbefugnis der Stände allmählig von immer grösserer Bedeutung werden würde. Derjenige Beitrag zu den gemeinsamen Ausgaben, welcher in der Form fester Zuschüsse oder besonderer Bewilligungen Holstein zur Last fallen würde, müsste zunächst aus dem Procentantheile Holsteins an den gemeinschaftlichen Einnahmen, wie dieselben jetzt geordnet sind, oder durch spätere Gesetze geordnet werden möchten, und insofern dieser Procentantheil nicht ausreichen sollte, aus den besonderen Intraden des Herzogthums abgehalten werden. Hiernach würden denn die holsteinischen Stände volle constitutionelle Befugnis auf dem finanziellen Gebiete erlangen, nur mit einer Beschränkung der Bewilligungsbefugnis durch ein Normalbudget und gewisse feste Summen. Hinsichtlich dieser Beschränkung darf zwischen dem Principe selbst und dessen Ausführung, namentlich der Grösse der aufgeführten Summen unterschieden

werden. Ersteres ist, wie schon oben bemerkt, wohlbekannt, ja nach deutschem Staatsrechte gewissermassen sogar nothwendig, und findet auf dem Gebiete des Reichsrathes sein Correlat in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856. Letztere kann natürlich Gegenstand genauer Bestimmung nach vollständiger Ueberlegung sein, würde aber kaum unübersteigliche Schwierigkeiten darbieten, wenn erst das Princip selbst angenommen wäre. ¶ Dies sind die Grundzüge, auf denen nach der Ueberzeugung der Königlichen Regierung eine den Anforderungen des Bundes entsprechende Ordnung der Stellung Holsteins begründet werden könnte. Der Hauptsache nach sind sie mit denjenigen identisch, welche die Regierung vor Augen hatte, als sie im verwichenen Monat März den holsteinischen Ständen den Vorschlag einer provisorischen Ordnung vorlegte, welcher der Königlich Preussischen Regierung aus den Bundestagsverhandlungen bekannt sein wird. Dieser Vorschlag wurde von den Ständen zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung nicht gemacht, in Folge des Standpunktes, auf den dieselben sich im Ganzen stellten, und theils beruhten die erhobenen Einreden auf wesentlichen Missverständnissen der Grundprincipien, theils bezogen sie sich auf Einzelheiten bei der Durchführung, hinsichtlich deren natürlicherweise solche Modificationen, die nach näherer Untersuchung und Verhandlung sich als zweckmässig herausstellen möchten, keinen Widerstand von Seiten der Regierung gefunden haben würden. ¶ Die Königliche Regierung hält sich davon überzeugt, dass die oben in ihrer Allgemeinheit dargelegten Grundzüge von der Königlich Preussischen Regierung einer gewissenhaften Prüfung und Würdigung werden unterzogen werden, und wir dürfen hoffen, dass es uns auf dieser Grundlage gelingen werde, eine Verständigung zu erzielen, deren spätere Ausführung bei der Ordnung der einzelnen Punkte keine erheblichen Schwierigkeiten darbieten würde. Schon jetzt hierauf näher einzugehen, würde uns als wenig erspriesslich für den Gang der Verhandlungen scheinen. Sobald die allgemeine Grundlage gewonnen sein wird, würde der Zeitpunkt gekommen sein, wo zur näheren Formulirung und Ausführung geschritten werden könnte. ¶ Ich ersuche Ew. &c., Sr. Excellenz dem Herrn Grafen v. Bernstorff diese Depesche abschriftlich mitzutheilen. Insofern irgend ein Punkt der darin enthaltenen Darstellung wider Erwarten einer näheren Aufklärung bereits im gegenwärtigen Stadium der Sache bedürfen sollte, werden Ew. &c. gewiss selbst im Stande sein, dieselbe mitzutheilen, jedenfalls werde ich bereit sein, etwa gewünschte derartige Aufschlüsse ungestümt nachträglich Ihnen zugehen zu lassen. ¶ Mit ausgezeichneter Hochachtung &c.

An Herrn v. Quade etc. in Berlin.

C. Hall.

### No. 237.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. a. d. königl. Gesandten in Kopenhagen. — Antwort auf die dänischen Vorschläge zur Ordnung der holsteinischen Frage. —

Berlin, 5. December 1861.

Hochwohlgeborner Herr! Die vertrauliche Eröffnung des Kopenhagener Kabinetts vom 26. Oct., welche mir durch den kgl. dänischen Gesandten übergeben worden, ist Ew. etc. durch die Gefälligkeit des Herrn Ministers

Staatsarchiv, II. 1863.

12

No. 236.  
Dänemark,  
28. October  
1861.

No. 237.  
Preussen,  
5. Decbr.  
1861.

**No. 237.** Hall bereits bekannt. Eine gleiche Mittheilung hat der gedachte Herr Minister etwas später auch an das Wiener Kabinet gerichtet. Diese Eröffnung ist der Gegenstand sorgfältiger Erwägung und eingehender Erörterung zwischen den beiden deutschen Mächten geworden, und ich finde mich nunmehr in der Lage, mich über unsere Auffassung in Folgendem mit voller Offenheit auszusprechen. Ich kann zunächst nur meine Befriedigung darüber ausdrücken, in den Worten des dänischen Herrn Ministers dem ernstlichen Wunsche zu begegnen, die früheren ungestörten Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland wieder herzustellen und einen immer wiederkehrenden Anlass zu Collisionen ein für allemal zu beseitigen. Dies erkennen auch wir nicht allein als den gemeinschaftlich festzuhaltenden Zweck an, sondern es ist das Ziel unserer aufrichtigsten Wünsche und Bestrebungen. Aber eben darum hat es mich, auch bei voller Würdigung der von dem Herrn Minister angedeuteten Schwierigkeiten der Sache, einigermassen überraschen müssen, dass dieser Zweck doch wiederum nur in provisorischer Weise erreicht und dass von vornherein auf die Forderung an die jetzigen Verhandlungen verzichtet werden soll, die Frage erschöpfend und endgültig zu ordnen. Ich kann nicht zugeben, dass wir Veranlassung zu einer solchen Auffassung gegeben haben, und dass die königl. dänische Regierung sich damit, wie die Depesche sagt, auf unsern Standpunkt oder den des deutschen Bundes stelle. Um dies zu rechtfertigen, genügt es, daran zu erinnern, dass von deutscher Seite immer, schon in dem Bundesbeschluss vom 11. Februar 1858, auf eine definitive Ordnung der Verhältnisse gedrungen ist, und dass nur, weil die königl. dänische Regierung sich hierzu nicht in der Lage fand, in späteren Beschlüssen die Bedingungen aufgestellt sind, unter welchen ein Aufschub der Erfüllung der ursprünglichen und eigentlichen Forderung stattfinden könne. ¶ Durch die Erklärungen, welche das Kopenhagener Kabinet am 29. Juli d. J. \*) mit Rücksicht auf diese Bedingungen abgab, ist thatsächlich ein Provisorium geschaffen, welches bestimmt war, die Möglichkeit directer und eingehender Verhandlungen offen zu erhalten. Je grösseren Werth nun gerade das Kopenhagener Kabinet auf solche Verhandlungen legte, um so mehr mussten wir annehmen, dass es dieselben dazu benutzen werde, sich vertraulich und offen gegen uns darüber auszusprechen, in welcher Weise es die Beziehungen der verschiedenen Theile der Monarchie zu einander mit den berechtigten Anforderungen des Bundes und seinen eigenen aus den früheren Verhandlungen hervorgehenden Verpflichtungen definitiv in Einklang zu bringen gedenke. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, auf welche die Depesche vom 26. October hindeutet, konnte in unsern Augen hierfür kein Hinderniss sein. Denn es konnte zwar nicht mit Sicherheit vorausgesetzt werden, dass auch nur über die Grundzüge der künftigen Gestaltung sofort ein Einverständniss stattfinden werde, wohl aber lag die Hoffnung nicht fern, dass in der Eröffnung der königl. dänischen Regierung ein Ausgangspunkt und eine Basis gefunden werden könne, die es möglich mache, einen thatsächlich gegebenen provisorischen Zustand so weit als nöthig zu verlängern. ¶ Dieser unserer Erwartung ist nicht entsprochen

\*) Vergl. Bd. 1. No. 60.



worden. Die Eröffnung vom 26. October erachtet zur Erreichung des eben angegebenen gemeinsamen Zweckes die Aufstellung eines geordneten Provisoriums für ausreichend, in welchem Holstein für die Gegenwart eine Stellung erhalte, die den Anforderungen des Bundes auf eine grössere Selbständigkeit für das Herzogthum, hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten genüge, und dessen weitere Entwicklung oder Neugestaltung in der Zukunft von dem Beschluss der holsteinischen Stände abhängig gemacht werde. Die Depesche geht daher sofort dazu über, die Grundzüge für eine solche Stellung Holsteins zu entwerfen. ¶ Ich darf hieran zunächst die Bemerkung knüpfen, dass wir über den zuletzt erwähnten Punkt, nämlich die Abhängigkeit jeder weiteren Entwicklung von der Zustimmung der holsteinischen Stände, mit der k. dänischen Regierung vollkommen einig sind, und dass wir auch den gemachten Vorbehalt der für eine geordnete Staatsverwaltung unentbehrlichen Garantien, so wie der Rechte des Landesherrn und der übrigen Landestheile als selbstverständlich ansehen. Aber ich muss hinzufügen, dass wir auch für eine gegenwärtig und provisorisch ins Auge zu fassende Einrichtung ein gleiches Einverständniss mit den holsteinischen Ständen als eine nothwendige Voraussetzung betrachten. Ich kann es mir auch nicht anders vorstellen, als dass die königl. dänische Regierung selbst die Möglichkeit der Durchführung eines solchen Zustandes für bedingt durch eine Einigung mit den Ständen gehalten habe. Wenn wir nun die in der Depesche vom 26. October enthaltenen Vorschläge selbst zunächst als ein Ganzes ins Auge fassen, so müssen wir zuvörderst constatiren, dass dieselben nichts wesentlich Neues darbieten. Der Herr Minister Hall selbst bemerkt, dass die hier entwickelten Grundzüge der Hauptsache nach mit denjenigen identisch sind, welche die Regierung vor Augen hatte, als sie im verwichenen Monate März den holsteinischen Ständen den Vorschlag einer provisorischen Ordnung vorlegte. Diese Propositionen sind uns allerdings aus den Bundestags-Verhandlungen bekannt, in welchen sie sowohl durch die Erklärung der königl. herzoglichen Regierung, als durch eine Eingabe der Stände vorgelegt worden sind. Aber es ist eben daher auch bekannt, dass ein Einverständniss mit den Ständen darüber nicht hat erzielt werden können, dass vielmehr von jener Seite her die gewichtigsten Bedenken dagegen vorgebracht worden sind. Ohne diese hier näher crörtern zu wollen, kann ich es doch nicht verhehlen, dass wir im Hinblick auf diese einfache Thatsache selbst in der That nicht hatten erwarten können, dass das Kopenhagener Kabinet bei den Verhandlungen, deren Bedeutung für eine friedliche Ausgleichung gerade von ihm so stark betont werden, nichts Anderes vorlegen werde, als was bereits von den Ständen abgelehnt worden. Können wir es für unsere Aufgabe halten, die Zweckmässigkeit und Durchführbarkeit dieser Vorschläge im Einzelnen und in ihrer Beziehung auf die praktischen Bedürfnisse und Interessen des Herzogthums zu erörtern und zu beurtheilen, nachdem die zunächst dabei beteiligten Vertreter des Landes sich so entschieden dagegen ausgesprochen haben? ¶ Die Bundesversammlung selbst hat noch keine Veranlassung gefunden, sich über die den Ständen gemachten Propositionen und über das

No. 237.  
Preussen,  
5. Decbr.  
1861.

**No. 237.** Verhältniss derselben zu den von ihr für die Zulässigkeit eines Provisoriums aufgestellten Bedingungen zu erklären. ¶ Wir unsererseits würden bei einer Beurtheilung derselben keinen anderen Massstab anlegen können, als eben diese Bedingungen und die für uns massgebenden Bundesbeschlüsse. Aber wir würden allerdings, selbst wenn wir die Frage nach ihrer Uebereinstimmung mit diesen Forderungen nicht unbedingt bejahen könnten — wie wir es denn in der That nicht können — in dem aufrichtigen Wunsch einer Verständigung noch immer suchen, in ihnen die Elemente und Anknüpfungspunkte aufzufinden, welche, unter gewissen Voraussetzungen, vielleicht dennoch zu einer Ausgleichung der gegenseitigen Ansprüche führen könnten, und wir würden nicht zweifeln, dass auch die holsteinischen Stände eben so bereitwillig wie wir sein würden, solche Anknüpfungspunkte weiter zu verfolgen und zu entwickeln, so wie wir auf der anderen Seite auch hoffen dürften, dass die k. dänische Regierung hierin bereitwillig entgegenkommen werde. Um aber diesen Weg mit einiger Aussicht auf Erfolg einschlagen zu können, müssten wir zuvor über die wichtigste dieser Voraussetzungen beruhigt sein, und ich kann es daher nur lebhaft bedauern, diese Seite der Frage in der Depesche vom 26. October gar nicht berührt zu finden. ¶ Dies ist die Beziehung auf die Verhandlungen vom Jahre 1851—52 und die Vereinbarungen, zu welchen dieselben geführt haben. Wir müssen es hier unsererseits aussprechen, dass auch die holsteinische Verfassungsfrage erschöpfend und endgültig nicht geordnet werden kann, so lange dieselbe isolirt und ohne Berücksichtigung dieser Vereinbarungen behandelt wird. Das von Dänemark jetzt vorgeschlagene Provisorium soll aber ein Schritt, und ein bedeutungsvoller, den Anlass zu weiteren Collisionen beseitigender Schritt auf dem Wege zu einer definitiven Ordnung sein. Es soll einen zwar nur provisorischen, aber doch fest geordneten und als Grundlage weiterer Entwicklung dienenden Zustand herbeiführen und es ist nicht allein in seinen Grundzügen, sondern in ausdrücklichen Hinweisungen auf die Zukunft (z. B. in Betreff der sich alljährlich erhöhenden Bedeutung des ständischen Bewilligungsrechtes) offenbar auf eine längere Dauer berechnet. Können wir uns da verhehlen, dass es nur zu sehr geeignet ist, dem künftigen Definitivum zu präjudiciren? Je mehr aber dies der Fall ist, um so unabweislicher drängt sich die Frage auf, wie es sich denn zu der für die definitive Gestaltung in den erwähnten Verhandlungen gegebenen Basis verhalte? Wir können diese Basis nicht, wie es die Depesche vom 26. October thut, ignoriren. Sie ist für uns der nothwendige Ausgangspunkt auch der gegenwärtigen Verhandlungen. Sie ist es ebenso für den deutschen Bund, welcher dieselbe auf Oesterreichs und unsere Empfehlung im Jahre 1852 angenommen hat. Wir können diese Basis auch nur im ganzen Zusammenhange ihrer Bestimmungen auffassen und müssen es für ein fruchtloses Bemühen halten, durch Aussonderung einzelner Elemente derselben, z. B. durch eine dem Herzogthum gewährte grössere Selbständigkeit und Autonomie, wie der dänische Vorschlag es thut, eine Befriedigung herbeiführen zu wollen, selbst wenn diese Autonomie auch in Betreff der gemeinsamen legislativen und finan-

Preussen,  
5. Decbr.  
1861.

ciellen Angelegenheiten der zugesagten vollen Gleichberechtigung mit den übrigen Theilen der Monarchie entspräche, was wir namentlich in Bezug auf das Budget nicht einmal zugeben können. ¶ Diese für Holstein verheissene Gleichberechtigung steht in nothwendigem Zusammenhange mit der dem Herzogthume Schleswig durch jene Verhandlungen gegebenen Stellung. Die Aenderung in den Verhältnissen der beiden Herzogthümer, die Lösung einer früheren engen Verbindung, ist vom Bunde nur in der bestimmten Voraussetzung jener Zusagen anerkannt worden. Die Zusage und wiederholte Erklärung, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollten, bildete eine der Bedingungen, unter welchen die deutschen Mächte Verpflichtungen übernommen und erfüllt haben. Die Bekanntmachung Sr. Majestät des Königs von Dänemark vom 28. Jan. 1852 ist nicht allein den deutschen Mächten, sondern dem Bundestage von der königl. herzoglichen Regierung als ein integrierender Theil der damaligen Verhandlungen vorgelegt worden. Diese Thatsachen bei den gegenwärtigen Verhandlungen ausser Acht zu lassen, kann unmöglich einer dauerhaften Verständigung förderlich sein. Wir dürfen auch bei der königl. dänischen Regierung nicht die Absicht voraussetzen, die Basis wieder zu verlassen, welche im Jahre 1852 als der Abschluss beklagenswerther Differenzen und die Grundlage neuer freundlicher Beziehungen angesehen wurde. Nur in der Aussicht darauf, dass die zu erwartende definitive Ordnung auch in dieser Beziehung den legitimen Ansprüchen Deutschlands werde gerecht werden, hat der Bund es bisher unterlassen können, diese Ansprüche noch besonders hervorzuheben. Wenn nun aber wiederum keine Erklärung über die definitive Ordnung gegeben wird, wenn die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig, welche einen integrierenden Theil der früheren Verhandlungen bildeten, in der Depesche vom 26. October nicht nur mit keinem Worte berührt werden, sondern es als selbstverständlich angenommen zu werden scheint, dass das Herzogthum Holstein dem unter Einer gemeinsamen politischen Institution zu einem Ganzen vereinigten Körper der übrigen Monarchie gegenüber gestellt sei, wenn dormalen ausdrücklich in Abrede gestellt wird, dass auch nur die für Holstein in Anspruch genommene Stellung in früheren Verhandlungen begründet sei: so wird die königl. dänische Regierung es begreiflich finden, dass wir in Wahrung der Rechte und Interessen des Bundes und festhaltend an dem im Jahre 1852 getroffenen Uebereinkommen uns zuvörderst von ihr in Betreff der angegebenen Punkte und ihrer eigenen Stellung zu der durch dieses Uebereinkommen gegebenen Basis Erläuterungen erbitten, welche wir als die nothwendige Ergänzung ihrer gegenwärtigen Vorschläge ansehen. Zu meinem Bedauern kann ich nicht umhin, hier auszusprechen, dass sowohl die bisherigen Aeusserungen des Kopenhagener Kabinetts, als das Verfahren der Regierung in Schleswig, namentlich ihre offenkundige systematische Bekämpfung der deutschen Nationalität, sowie nicht minder das noch factische Fortbestehen des Reichsraths für Schleswig, statt uns die moralischen Garantien zu gewähren, deren Verstärkung die dänische Erklärung vom 6. Dec.

**No. 237.** 1851 in Aussicht stellte, vielmehr die Forderung solcher Erläuterungen für uns nur unabweislicher machen. ¶ Nur eine offene und befriedigende Erklärung über die in Retreff der definitiven Gestaltung obwaltenden Absichten und über das Verhältniss auch der vorgeschlagenen provisorischen Ordnung zu den in der Depesche vom 26. Octbr. nicht erwähnten Bestimmungen des Uebereinkommens von 1852 würde den Verhandlungen, welche wir mit dem aufrichtigen Wunsche der Verständigung aufnehmen, eine feste Grundlage sichern können. ¶ Diese Erklärung ist es demnach, um welche ich den dänischen Herrn Minister in Erwiderung auf seine Eröffnung vom 26. Octbr. zuvörderst zu ersuchen habe. Ich freue mich, hinzufügen zu können, dass unsere Auffassung von der kaiserlich österreichischen Regierung getheilt wird. Die im Vorstehenden enthaltene Darlegung derselben ersuche ich Ew. etc. ergebenst im vollen Umfange zur Kenntniss des Herrn Ministers Hall zu bringen und ihm zu dem Ende eine Abschrift dieser Depesche zu übergeben. Empfangen Ew. etc. etc.

*Herrn v. Balan etc. in Kopenhagen.*

*Bernstorff.*

### No. 238.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. an die Gesandten in Wien und Berlin. — Die Ordnung der holsteinischen Frage betr. —

Kopenhagen, 26. Decbr. 1861.

**No. 238.**  
Dänemark,  
26. Decbr.  
1861.

Ich darf es Ew. Excellenz nicht verhehlen, dass es der Königl. Regierung eine schmerzliche Täuschung bereitet hat, in der Ihnen bereits bekannten Depesche, welche Herr v. Balan auf Befehl seiner Regierung mir am 10. d. M. übergeben hat, statt einer eingehenden Würdigung unserer Vorschläge vom 26. Octbr. d. J.\*) wesentlich nur neue Anfragen zu finden, die geeignet sind, die Hoffnungen zu schwächen, welche nicht nur wir an eine directe Verhandlung mit den deutschen Grossmächten geknüpft haben, sondern die auch von den befreundeten Mächten getheilt wurden, auf deren dringendes Aurathen wir diesen Weg zu einer freundschaftlichen Verständigung betreten haben. Dies soll uns indess nicht davon abhalten, auch ferner Alles zu thun, was an uns liegt, diese Verhandlungen zu fördern; und wie ich daher mit möglichster Eile dazu schreite, mich über die verschiedenen in der obenerwähnten Depesche angeregten Punkte auszusprechen, so will ich auch, dem Beispiel des Königl. Preuss. Herrn Ministers folgend, unsere Ansichten mit vollkommener Offenheit darzulegen nicht unterlassen. ¶ Zuvörderst muss ich dem Vorwurf entgegentreten, welchen der Königl. Preuss. Herr Minister an uns richten zu können gemeint hat, als hätten wir freiwillig, und nicht vielmehr durch die Umstände und durch das Vorgehen des deutschen Bundes gedrungen, darauf verzichtet, mittelst der gegenwärtigen Verhandlungen eine definitive Ordnung der verfassungsmässigen Stellung des Herzogthums Holstein zu erzielen. Es möge hier genügen, daran zu erinnern, wie die Königl. Regierung, welche hoffen musste, in der seit Jahren in Kraft getretenen gemeinschaftlichen Verfassung für die Monarchie eine dem Programm von 1852 entsprechende definitive Ordnung unserer Verfassungsverhältnisse erlangt zu haben, nachdem diese Hoff-

\*) No. 236.

nung durch das Einschreiten des deutschen Bundes gestört war, zu wiederholten Malen, wenn auch stets vergeblich, sich bemüht hat, ein neues Definitivum durch Vereinbarung mit den holsteinischen Ständen zu erreichen. ¶ Es waren aber diese Stände, welche zuerst aussprachen, dass, „wie sehr man auch von allen Seiten bemüht sein möchte, eine befriedigende definitive Ordnung der gegenseitigen Verhältnisse der der dänischen Monarchie angehörigen Lande herbeizuführen, doch voraussichtlich eine längere Zeit hingehen würde, ehe das gewünschte Ziel erreicht werden könnte,“ und daher auf eine provisorische Ordnung antrugen, durch welche ihnen in demselben Masse wie dem Reichsrathe gesetzgebende Gewalt in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten beigelegt werden sollte. Dieser Ansicht trat der deutsche Bund bei. In der Voraussicht, „dass auch, wenn der beste Wille von allen Seiten vorhanden sei, doch noch eine längere Zeit vergehen werde, bis eine auf gegenseitiges Einverständniss gegründete definitive Regelung der Verfassungsverhältnisse Holsteins an sich und zu den übrigen Theilen der Monarchie zu Stande komme,“ hat der Bund sich bemüht, das von den holsteinischen Ständen gewünschte Provisorium ins Leben zu rufen. Wiewohl diese Ansprüche jeder rechtlichen Begründung entbehrten, hat der Bundesbeschluss vom 8. März 1860 dieselben als massgebend für die Zukunft erklärt, und durch den späteren Beschluss vom 7. Februar d. J. sind dieselben in doppelter Weise geschärft worden, indem ihnen rückwirkende Kraft beigelegt und deren förmliche Anerkennung durch die Königl. Regierung unter Androhung der Execution gefordert wurde. ¶ Wenn wir diesen Anforderungen gegenüber unsere Bestrebungen darauf haben beschränken müssen, den Streit mit dem deutschen Bunde durch ein Eingehen auf das Provisorium zu beseitigen, indem wir jede weitere Entwicklung einer künftigen Vereinbarung mit den Ständen vorbehielten — wenn wir zu diesem Ende nur darum ernstlich bemüht sind, uns über eine Auslegung dieser Bundesbeschlüsse mit dem Bunde zu verständigen, die den Gang der geregelter Verwaltung möglich machen könnte, und, um die dazu nöthige Zeit zu gewinnen, bedingungsweise und für einen im Voraus beschränkten Zeitraum denselben auf eine über die Absichten des Bundes unzweifelhaft hinausgehende Weise vorläufig schon entsprochen haben, so konnten wir wahrlich nicht darauf gefasst sein, dass man uns vorwerfen könne, unerwartet und freiwillig darauf verzichtet zu haben, die streitige Frage erschöpfend und endgültig zu ordnen. ¶ Es kann nicht meine Absicht sein, hier die erwähnten Bundesbeschlüsse und deren Verhältniss zur Bundesacte zu discutiren: ich habe nur durch Herstellung des wahren Thatbestandes constatiren wollen, dass die Frage, so wie sie vorliegt, nicht von uns, sondern vom deutschen Bunde gestellt ist. Wenn wir übrigens gegen diese Formulirung der Frage keine Einwendung erhoben haben, so geschah das nicht nur, weil es auch uns einleuchtet, dass Vieles der künftigen Entwicklung vorbehalten bleiben müsste, sondern zugleich weil wir so lange wie möglich die Hoffnung festhalten wollten, dass wenn diese fernere Entwicklung einer Vereinbarung mit den Ständen überwiesen würde, bei einer ruhigeren Gestaltung der Verhältnisse, die wahren Gesinnungen und Inter-

No. 238. essen der Holsteiner einen näheren Anschluss an die übrigen Theile der Monarchie herbeiführen würden. Die Aufgabe der gegenwärtigen Verhandlungen, die innerhalb einer gegebenen, ohne unser Verschulden leider wenig benutzten Zeitfrist beendet sein müssen, ist somit die vorläufige Lösung der Frage, auf welche Weise dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 Genüge geschehen könne. Es hat uns daher nicht wenig überraschen müssen, ein jedes Eingehen auf diese Frage beseitigt zu sehen durch die Vorfrage, in welchem Verhältnisse die in meiner Depesche vom 26. Octbr. näher entwickelte Ordnung der holsteinischen Verfassungs-Angelegenheiten zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 ausgesprochenen Absichten stehe; denn das ist in der That nichts anders, als die Frage, wie der Bundesbeschluss vom 8. März sich damit vereinbaren lasse. Wiewohl es nun sicherlich nicht der Königl. Regierung obliegen kann, diese Frage zu erörtern, habe ich doch keine<sup>6</sup>Veranlassung einer Untersuchung auszuweichen, deren Berührung ich bisher nur deshalb vermieden habe, um nicht durch nutzlose Betrachtungen und fruchtlose Beschwerden über das Geschehene dem practischen Ziele der Verhandlung — einer freundschaftlichen Verständigung — zu schaden. Auch hier werden indess einige kurze Andeutungen hinreichen, um die wahre Sachlage aufzuklären. ¶ Als der deutsche Bund durch seinen Beschluss vom 29. Juli 1852 „die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852, so weit dieselbe die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrafen, auch nach der Lage der Sache der verfassungsmässigen Prüfung und dem Beschluss des deutschen Bundes unterlagen, als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend“ anerkannte, war es von beiden Seiten ausdrücklich vorausgesetzt, dass der Bund sein Verhältniss zu den Herzogthümern nicht zu einer unberechtigten Einmischung in die Regierung des unabhängigen dänischen Gesamtstaates benutzen dürfe. In der Anlage 2 der diesseitigen Depesche vom 6. December 1851 heisst es, dass Se. Majestät Sich nicht verhehlen können, „dass die Möglichkeit einer solchen gemeinschaftlichen Verfassung und überhaupt der Verwaltung Allerhöchstihrer Staaten als einer gesammten Monarchie nur dadurch gegeben sein wird, dass den Verpflichtungen, welche der König als Mitglied des deutschen Bundes übernommen hat, keine weitere Ausdehnung gegeben, auch Allerhöchstdessen Souveränität über seine beiden deutschen Herzogthümer nicht mehr begrenzt und beschränkt werde, als die jetzt bestehende von dem König von Dänemark angenommene Bundesgesetzgebung es erheischt“, und die Antwort hierauf lautete dahin, dass „jede künftige möglicherweise entstehende weitere Irrung zwischen Dänemark und dem Bunde wieder ausschliesslich innerhalb der Frage der grundgesetzlichen Competenz des Bundes sich bewegen wird“ (s. Depesche vom 26. Decbr. 1851 cf. Anlage No. 2). ¶ Es ist rücksichtlich dieser grundgesetzlichen Competenz, dass die Königl. Preussische Regierung neuerdings wieder ausgesprochen hat, dass es in dem ursprünglichen Character des Bundes nicht weniger, als in dem wohlverstandenen Interesse desselben liege, „seine Thätigkeit in seinen Beziehungen zu den innern Verhältnissen der einzelnen Staaten und insbesondere zu deren Ver-

fassungen auf das genaueste Mass zu beschränken.“ Wenn aber das preussische Circularir vom 6. Juni vorigen Jahres diese enge Begrenzung des Rechtes des Bundes zu einer Einmischung in die Verfassungsangelegenheiten rein deutscher Staaten als in den Acten und der allgemein völkerrechtlichen Natur des Bundes begründet gefunden hat, so hätte man wohl um so mehr zu der Erwartung berechtigt sein müssen, dieselben Regeln einem Bundeslande gegenüber beobachtet zu sehen, welches sich wie Holstein in einer anerkannten verfassungsmässigen Verbindung mit einem nicht zu Deutschland gehörenden Staate befindet. ¶ Leider hat der deutsche Bund diese allseitige Voraussetzung bei Weitem nicht in seiner Beziehung zu uns erfüllt. Schon von 1854 an hatte die gemeinschaftliche Verfassung in ihren Grundzügen bestanden und das Stillschweigen der Bundesversammlung konnte nur als eine Anerkennung der Uebereinstimmung derselben mit den in 1852 kundgegebenen Intentionen aufgefasst werden. Nichtsdestoweniger und obgleich der Bundesversammlung weder in einer Eingabe der holsteinischen Stände noch in der Uebnahme einer besondern Garantie eine formelle Berechtigung zum Einschreiten erwachsen war, hat dieselbe dennoch seit 1858 ihre Bestrebungen darauf gerichtet, Schritt für Schritt das Herzogthum Holstein aus dessen, auf die Bekanntmachung vom 28 Jan. 1852 basirten constitutionellen Verbindung mit der Monarchie hinauszuzwingen. Und als diese Verbindung endlich aufgelöst war, ist der Bund deroer Wiederhertellung hindernd in den Weg getreten, theils dadurch, dass er dieselbe, im Widerspruch mit der Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852, von der Zustimmung der holsteinischen Stände abhängig machte, obgleich diese jedenfalls höchstens eine bloß rathgebende Mitwirkung in Anspruch hätten nehmen können, wie solches auch von der Bundesversammlung selbst annoch im Jahre 1858 unzweideutig anerkannt wurde —, theils dadurch, dass den Ausdrücken „Gleichberechtigung der Selbständigkeit“, deren bestimmter Definition man sich immer sorgfältig enthielt, dennoch ein Sinn beigelegt wurde, der (wie es nur mit allzuvielm Rechte in der preussischen Deputirtenkammer in 1860 hervorgehoben ist) mit der Existenz eines Gesamtstaates unvereinbar ist. Nunmehr verlangt endlich der Bund, dass den holsteinischen Ständen in demselben Umfang wie dem Reichsrath eine Gesetzgebungs- und Bewilligungsbefugniss beigelegt werden solle, die nach der Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 in der bestimmtesten Weise ausserhalb des Wirkungskreises der Ständeversammlung gehalten waren, um der gemeinsamen repräsentativen Versammlung reservirt zu sein. Und diese ganze, die vier letzten Jahre hindurch stets weiter gehende Einmischung des Bundes ist fortwährend von der Androhung der Execution begleitet gewesen, welche, als gegen den Landesherrn gerichtet, ohne Beispiel in der Geschichte des Bundes sein würde, wie sie auch ohne Gewähr in dessen Gesetzgebung ist. ¶ Schritt für Schritt hat die Königl. Regierung durch eine sichere Aussicht auf die Execution mit deren unberechenbaren Folgen sich gezwungen gesehen, von der durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 bezweckten und durch Bundesbeschluss vom 29. Juli desselben Jahres gutgeheissenen Stellung des Herzogthums in der Monarchie zurückzuweichen.

**No. 236.** Und wenn die Königl. Regierung jetzt, belehrt durch fünfjährige bittere Erfahrung, zur Zeit von dem resultatlosen Versuche absteht, die Voraussetzungen von 1852 vollständig in der damals beabsichtigten Weise durchzuführen und, aufs Neue mit einer Execution bedroht, sich bereit erklärt, auch den zuletzt aufgestellten Forderungen des Bundes dadurch zu willfahren, dass den holsteinischen Ständen eine auch hinsichtlich der allgemeinen Angelegenheiten der Monarchie selbständige Stellung zugestanden und jede Veränderung in dieser Ordnung von der Zustimmung derselben abhängig gemacht werde, so hat sie lediglich ihr Augenmerk noch darauf gerichtet, diesen Zustand so zu reguliren, dass nicht jede Regierung unmöglich gemacht werde, und unter Aufrechthaltung der Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852, so weit die Beschlüsse des deutschen Bundes es gestatten, einen Zustand hervorzurufen, welcher, den Forderungen des deutschen Bundes genügend, die fernere Gestaltung der holsteinischen Verfassungsangelegenheit einer freien Vereinbarung mit den gesetzmässigen Vertretern Holsteins überweist. ¶ Dieser kurze Rückblick auf den bisherigen historischen Verlauf der obschwebenden Frage wird dem Königl. Preussischen (K. K. Oesterr.) Herrn Minister die gewünschte Aufklärung gewähren, sowohl über die definitiven Absichten der Königl. Regierung hinsichtlich der verfassungsmässigen Stellung Holsteins in der dänischen Monarchie, als über deren Verhältniss zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 darüber ausgesprochenen Absichten. Namentlich wird er daraus ersehen, dass wenn die gegenwärtige Lage der Dinge unsern Wünschen und den damals gehegten Erwartungen nur sehr unvollkommen entspricht, die Verantwortung hierfür nicht auf der dänischen Regierung lasten kann, welcher die jetzt vorliegende Ordnung durch wiederholte Executionsandrohung aufgeköthigt ist. Auch darf es dabei nicht übersehen werden, dass nicht nur der deutsche Bund sich für befugt gehalten hat, von der Verpflichtung von 1852 abzusehen, sondern dass auch die allgemeinen Voraussetzungen der damals beabsichtigten Ordnung seitdem wesentlich modificirt sind. Das auf mannigfache Weise bekundete Streben nach einer mehr einheitlichen Gestaltung der öffentlichen Rechtsverhältnisse Deutschlands, dem weder die deutschen Regierungen noch die Bundesversammlung fremd geblieben, sind Thatsachen, auf deren Würdigung ich hier nicht eingehen werde, die aber selbst aus einem rein deutschen Gesichtspuncte auf die Stellung eines Bundeslandes zu einem nicht zum Bunde gehörigen Reiche nothwendig von grosser Bedeutung sein müssen. Eben deshalb kann ich bei der Bereitwilligkeit der Königl. Regierung, dieser Sachlage in gebührender Weise Rechnung zu tragen, die Hoffnung nicht aufgeben, dass es trotz aller Irrungen doch gelingen werde, eine alle berechtigten Forderungen befriedigende Lösung zu finden. ¶ Leider hat aber die Königl. Preussische Regierung sich nicht darauf beschränkt, den historischen Zusammenhang und die künftigen Aussichten der holsteinischen Verfassungsfrage in Anregung zu bringen. Dem Versuche, auch die inneren Verhältnisse des Herzogthums Schleswig in den Bereich dieser Discussion zu ziehen, kann ich nicht entsprechen, denn, wenn auch Se. Majestät unser allergnädigster König



Sich mit Rücksicht auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg und wegen deren staatsrechtlichen Verhältnissen zum deutschen Bunde in viele der darauf gestützten Forderungen hat fügen können, so kann Er das nicht mit Rücksicht auf das Herzogthum Schleswig, weil dasselbe zum deutschen Bunde nicht gehört, und Er die souverainen Rechte seines vom deutschen Bunde unabhängigen Reiches zu wahren hat. Zwar können wir es der Preussischen Regierung nicht wehren, aus den Verhandlungen von 1851 und 1852 Anlass zu nehmen, sich über deren Verhältniss zur Stellung Schleswigs auszusprechen, und wie wenig Grund wir haben, eine Erörterung dieser Frage zu scheuen, wird aus dem Schrift-Wechsel erinnerlich sein, welcher aus Anlass der preussischen Kammerverhandlungen darüber im Jahre 1860 stattgehabt hat. Aber der jetzt vorliegenden Frage ist dieser Gegenstand gänzlich fremd, denn in welcher Weise der deutsche Bund seine Competenz mit Rücksicht auf Holstein aufgefasst hat, so hat er doch durchgängig die Ansicht festgehalten, welche die Königl. Preussische Regierung — früherer Vorgänge nicht zu gedenken — im Namen des Bundes 1851 ausgesprochen hat, „dass die Verhältnisse Schleswigs als eines ausserdeutschen Landes an sich nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des deutschen Bundes seien.“ In den Bundesbeschlüssen, um deren Durchführung es sich hier ausschliesslich handelt, ist daher auch des Herzogthums Schleswig mit keinem Worte gedacht. Wiewohl ich daher nicht die Hand dazu bieten kann, die Lösung der ohnehin schon hinlänglich verwickelten holsteinischen Frage durch Einmischung einer ganz neuen, den bisherigen Verhandlungen ganz fremden Frage zu erschweren, wo nicht unmöglich zu machen, kann ich doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit gegen die unrichtigen Behauptungen, die sich darüber in die Depesche des Grafen Bernstorff eingeschlichen haben, namentlich gegen solche Aeusserungen als „offenkundige systematische Bekämpfung der deutschen Nationalität“ oder über das noch factische Fortbestehen des Reichsrathes für Schleswig bestimmte Einrede zu machen. Es kann dem Herrn Minister unmöglich unbekannt sein, dass selbst eine unparteiische Gerechtigkeit und wohlwollende Milde nicht gegen systematische Verleumdungen schützt, wo innerhalb desselben Staates verschiedene Nationalitäten einander gegenüberstehen; und was das vollgültige Fortbestehen des Reichsrathes für die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Theile der dänischen Monarchie betrifft, so soll ich, ohne näher auf diesen Punkt einzugehen, auf das vom Bunde mit Befriedigung aufgenommene Patent vom 6. November 1858 verweisen, worin dasselbe bestimmt ausgesprochen, wie es denn auch in dem Bundesbeschluss vom 8. März 1860 und 7. Febr. d. J. in klarer Weise vorausgesetzt ist. ¶ Ja schmerzlicher der hier erwähnte Theil der Depesche des Grafen Bernstorff uns hat berühren müssen, desto mehr wünschen wir festzuhalten an seinen wiederholten Versicherungen, ein gedeihliches Resultat dieser Verhandlungen aufrichtig zu wünschen. Auf diesen Wunsch, der sicherlich von allen befreundeten Mächten getheilt wird, gründe ich die Hoffnung, dass, nachdem die Königl. Regierung durch die diesseitige Erklärung vom 29. Juli d. J. dem Willen des deutschen Bundes vorläufig

**No. 238.** entgegengekommen ist, die Königl. Preussische Regierung nicht unterlassen werde, unsere Vorschläge, die nur die loyale Erfüllung dieser Bundesbeschlüsse bezwecken, in ernstliche Erwägung zu ziehen. Namentlich dürfen wir uns auch der Erwartung hingeben, dass der deutsche Bund, der an die holsteinischen Stände zu wiederholten Malen als an das rechte Forum der Sache hingewiesen hat, nicht wiederum seinen Entschluss von der Zustimmung dieser Stände abhängig machen, sondern selbst ermessen wird, wie weit unsere Vorschläge seinen früheren Entschlüssen entsprechen. Die Bundesversammlung wird es dabei gewiss nicht unterlassen, die Ansprüche Holsteins mit ihrer eignen Gesetzgebung so wie mit den souverainen Rechten des Landesherrn in Einklang zu bringen. Indem ich daher mit der wiederholten Bitte an den Herrn Minister des Auswärtigen schliesse, dass er durch ein Eingehen auf die Sache uns in den Stand setzen wolle, die Punkte näher zu erläutern, welche in unsern Vorschlägen ihm unklar oder zweifelhaft erscheinen, darf ich es nicht unterlassen, ihn daran zu erinnern, dass der Zusammentritt des Reichsraths so lange vertagt ist, als die Verfassung der Regierung solches gestattet, und dass somit der Zeitpunkt nahe liegt, wo die Königl. Regierung sich in die Nothwendigkeit versetzt finden wird, das Budget für die nächste Finanzperiode vorzulegen, so wie es der Kgl. Preussischen Regierung bekannt ist, dass eine Verlängerung des gegenwärtigen Provisoriums über den Ablauf der jetzigen Finanzperiode nicht möglich ist. In dieser Beziehung darf ich mich auf die Erklärung der Königl. Preussischen Regierung berufen, dass es selbstverständlich fern von ihrer Absicht sei, den Bedingungen einer geordneten Staatsverwaltung oder den Rechten des Landesherrn und der übrigen zum deutschen Bunde nicht gehörenden Landestheile in irgend einer Weise zu nahe zu treten. ¶ Ich ersuche Ew. Excellenz, dem Königl. Preussischen (K. K. Oesterreichischen) Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift dieser Depesche zu übergeben. etc. etc.

*C. Hall.*

### No. 239.

**OESTERREICH und PREUSSEN.** — Die Min. d. Ausw. gleichlautend an die resp. Gesandten in Kopenhagen. — Antwort auf die vorstehende dänische Depesche — [Nach der preussischen Ausfertigung.]

Berlin, 8. Februar 1862.

**No. 239.** Ew. etc. ist die Depesche bereits bekannt, welche der Minister Hall unter dem 26. Decbr. v. J. an Herrn von Quaade gerichtet hat. Dieser Erwiderung auf eine Anfrage, welche den Zweck hatte, für unsere Beurtheilung der dänischen Vorschläge eine sichere Grundlage zu gewinnen, hatten wir mit der Erwartung entgegengesehen, dass durch eine offene und rückhaltlose Erklärung über die Ansichten der königl. dänischen Regierung ein bedeutender Schritt zur Verständigung würde gethan werden. ¶ Diese Erwartung ist nicht erfüllt worden. ¶ Das dänische Cabinet will die Verhandlungen auf eine provisorische Feststellung der Verhältnisse des Herzogthums Holstein beschränken. Als Auskunft auf unsere Anfrage verweist die Depesche vom 26. Decbr. uns auf die Vergangenheit und giebt zugleich

Oesterreich  
und  
Preussen,  
8. Februar  
1862.

von der bisherigen Entwicklung der Verhältnisse eine Darstellung, welche die Anklage gegen den deutschen Bund begründen soll, die Durchführung einer gemeinsamen Verfassung für die ganze dänische Monarchie unmöglich gemacht zu haben. Der Herr Minister Hall lehnt jede Aeusserung über die Verhältnisse des Herzonthums Schleswig ab und vermeidet es, sich mit Bestimmtheit über die Bedeutung auszusprechen, welche die dänische Regierung den Verhandlungen und Vereinbarungen von 1851—1852 beilegt. ¶ Dass hiedurch den gegenwärtigen Verhandlungen die einzige sichere Grundlage entzogen wird, liegt klar zu Tage. Gleichwohl wollen wir, geleitet von dem Wunsche der Verständigung, noch einmal versuchen, diesen Boden wieder zu gewinnen. Dazu ist es allerdings erforderlich, den Charakter und den Zweck der gegenwärtigen Verhandlungen klar ins Auge zu fassen. Denn wenn der dänische Herr Minister dieselben auf „die vorläufige Lösung der Frage, auf welche Weise dem Bundesbeschlusse vom 8. März 1860 Genüge geschen könne“, gerichtet wissen will, so entspricht dies weder dem klaren und einfachen Sinne jenes Beschlusses, noch der Stellung der beiden Grossmächte zu demselben. ¶ Der Beschluss vom 8. März 1860, in welchem die Bundes-Versammlung zum ersten Male und veranlasst durch die Mittheilung der königlich-herzoglichen Regierung über interimistisch getroffene Einrichtungen die Frage wegen eines provisorischen Zustandes ihrer Entscheidung unterzog, stellte die Bedingungen fest, unter welchen ein solches Provisorium der königlich-herzoglichen Regierung zugestanden werden könnte; er drang aber zugleich von Neuem auf Beschleunigung der Schritte zur Herstellung der durch den Beschluss vom 11. Febr. 1858 geforderten definitiven Ordnung. Er bot hiedurch der königlich-herzoglichen Regierung das Mittel dar, einen Aufschub des bereits eingeleiteten bundesrechtlichen Verfahrens herbeizuführen. Wie sollten nun die daran geknüpften Bedingungen den Gegenstand der gegenwärtigen Unterhandlungen bilden können? Diese Bedingungen sind einfach; ihnen zu genügen, liegt in der Hand der königl. dänischen Regierung, und es bedarf dazu keines neueren Verhandeln. Deshalb gehen wir auch nicht weiter auf die Bemerkung der dänischen Depesche ein, „dass die gegenwärtigen Verhandlungen innerhalb einer gegebenen Zeitfrist beendigt sein müssten“. Wir müssten derselben sonst unsererseits die Bemerkung entgegenstellen, dass, wenn nach dem Ablauf der von dem Herrn Minister Hall angedeuteten Zeitfrist durch bestimmte, von der königl. dänischen Regierung ausgehende Thatsachen jene Bedingungen überschritten und dem gegenwärtigen provisorischen Zustande präjudicirt würde, der Bund sich selbstverständlich in der Lage befinden würde, das zur Ausführung seines Beschlusses vom 11. Febr. 1858 eingeleitete Verfahren seinen weiteren Verlauf nehmen zu lassen. ¶ Wollte die königl. dänische Regierung, anstatt der einfachen Erfüllung der Bedingungen jenes Bundesbeschlusses, über ein anderweitiges Provisorium unterhandeln, so stellte sie damit auch die Voraussetzungen desselben in Frage. Zu diesen Voraussetzungen gehört, wie der Herr Minister Hall an einer andern Stelle seiner Depesche bemerkt, das Fortbestehen des Reichs-

**No. 239.** rathes. Der Bundestag konnte dies, als ein provisorisches, in Erwartung einer baldigen definitiven Ordnung und unter bestimmten Bedingungen ein-  
Oesterreich und Preussen, 8. Februar 1862.  
 weilen zulassen; als rechtlich begründet konnte er es nicht anerkennen, weil es den Vereinbarungen von 1851—1852 widerspricht, welche eine gleichartige Verbindung der verschiedenen Theile der Monarchie und eine Vermeidung von irgend die Incorporation Schleswigs bezweckenden Schritten bedingen. Hätte nun die dänische Regierung in ihren Vorschlägen vom 26. Oct. 1861, anstatt des Reichsrathes, neben die holsteinischen Stände die Einzelstände der übrigen Theile der Monarchie, d. h. den Reichstag des Königreichs und die Stände des Herzogthums Schleswig gesetzt und diesen dieselben Befugnisse wie den holsteinischen Ständen eingeräumt, so wäre damit offenbar wenigstens jenen beiden wichtigen und integrirenden Bestandtheilen der Vereinbarung von 1851—52 genügt worden, und es konnte alsdann über ein auf den gedachten Vorschlägen beruhendes Provisorium unterhandelt werden, welches die Aussicht auf eine längere Dauer bot und die Verständigung über die definitive organische Verbindung der verschiedenen Theile der Monarchie einer weiteren Entwicklung vorbehielt. ¶ Kann dagegen die dänische Regierung sich hierzu nicht entschliessen, so müssen die deutschen Mächte es für um so dringender erforderlich erachten, den Versuch der Verständigung über eine definitive Lösung der Verfassungsfrage in ihrem ganzen Zusammenhange und auf ihrer völkerrechtlichen Basis zu machen. Wie sie aber ihrerseits sich hierzu schon bereit erklärt und über ihr eigenes Verhältniss zu dieser Basis sich offen ausgesprochen haben, so wird der nächste Schritt eine bestimmte Aeussderung der königl. dänischen Regierung über ihre eigenen Absichten in dieser Beziehung und über ihr Verhältniss zu jener in den Jahren 1851—52 gewonnenen Basis sein müssen. Die deutschen Mächte können sich leider nicht verhehlen, dass dieses bereits in ihrer ersten Rückäußerung ausgesprochene Verlangen ihnen jetzt durch den Inhalt der Depesche vom 26. Decbr. nur noch dringender zur unabweislichen Pflicht gemacht wird. ¶ Es kommt hier besonders der Rückblick auf den bisherigen historischen Verlauf in Betracht, in welchem wir, nach der Bemerkung des Herrn Ministers Hall, die gewünschte Auskunft auf unsere Anfrage finden sollen. Diesen Rückblick im Einzelnen einer Kritik zu unterziehen, oder den Bund gegen den darin erhobenen Vorwurf, dass er die definitive Herstellung einer gemeinsamen Verfassung unmöglich gemacht habe, zu vertheidigen, können die beiden deutschen Grossmächte nicht mit ihrer Würde vereinbar erachten. Von welcher Seite her man auf eine Ausscheidung Holsteins aus dem Gesamtverbande hindrängt, ist offenkundig. Aber die deutschen Mächte müssen Verwahrung dagegen einlegen, dass die Mässigung und Langmuth, mit welcher der Bund verfahren ist, in eine Anklage gegen ihn verdreht werde. Sie müssen das Kopenhagener Cabinet daran erinnern, dass bereits im Juni 1856, also kurz nach dem Erscheinen der Gesamt-Verfassung, die Cabinette von Wien und Berlin nicht unterlassen haben, die königl. dänische Regierung in der freundschaftlichsten Weise darauf aufmerksam zu machen, wie diese Gesamt-Verfassung in ihrer Form und Handhabung

den Principien nicht entspreche, welche 1851/52 festgestellt worden waren. Sie knüpften daran die Hoffnung, dass die königl. dänische Regierung in dieser Verfassung selbst Mittel finden werde, um in ruhiger Weiterentwicklung die Mängel abzustellen; sie verhehlten derselben aber auch nicht, dass im entgegengesetzten Falle der deutsche Bund nicht werde umhin können, die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen zu fordern. Jetzt wird es nun dem Bunde zum Vorwurfe gemacht, dass er so spät erst diese Forderungen gestellt, dass er in seiner Langmuth Jahre lang gewartet hat, ob das Kopenhagener Cabinet jenem freundschaftlichen Rathe nicht folgen werde! Aber wir wollen der dänischen Depesche nicht auf das Gebiet gegenseitiger Anklagen und einer unfruchtbaren Polemik über die Vergangenheit folgen. Wir wollen darum auch nicht auf dasjenige zurückkommen, was wir in unserer ersten Eröffnung über das Verfahren der Behörden im Herzogthume Schleswig bemerkten. Der Herr Minister Hall wird sich selber sagen, dass Anführungen, die auf weltkundigen und actenmässigen Thatsachen beruhen, nicht durch eine allgemeine Berufung auf unparteiische Gerechtigkeit und wohlwollende Milde entkräftet werden können. Wir wollen die Verhandlung durch weitere Berührung dieser offenen Wunde für den Augenblick nicht erschweren; wir wollen vielmehr sofort aussprechen, was wir von der königl. dänischen Regierung für jetzt erwarten müssen, um den durch die Depesche vom 26. Decbr. in Frage gestellten Boden für die Verhandlungen festhalten zu können. ¶ Die Depesche vom 26. Decbr. giebt gewissermassen selbst zu, dass die dänischerseits für das Herzogthum Holstein ins Auge gefasste Sonderstellung, welche als Grundlage weiterer Entwicklung angenommen werden soll, mit der Basis von 1851/52 nicht übereinstimme. Diese Thatsache wird nicht in Abrede gestellt, sie wird nur zu erklären versucht. Eben so wenig wird geläugnet, dass die Verhandlungen von 1851/52 sich wesentlich auf das Herzogthum Schleswig und zwar auf seine Stellung in der dänischen Gesamtmonarchie sowohl, wie auf die Verhältnisse der Nationalitäten im Innern des Landes mit bezogen. Nichtsdestoweniger lehnt die Depesche jede Erörterung über Schleswig bei den gegenwärtigen Verhandlungen ab, und erklärt das Hineinziehen derselben für etwas Neues und Unberechtigtes. Sie entzieht sich ferner der von uns erbetenen Erklärung über die Art und Weise, wie bei der definitiven Regelung die Basis von 1852 werde zur Geltung gebracht werden können. Sie vermeidet die Beziehung auf die Verhandlungen von 1851/52 und, wo sie dieselben erwähnt, verweist sie auf einen im Jahre 1860 stattgehabten Schriftwechsel, welcher allerdings den Kern der obschwebenden Differenzen und folglich die ihre Ausgleichung bezweckenden Verhandlungen sehr nahe berührt. ¶ Wir unsererseits hatten auf diesen Schriftwechsel keinen Bezug nehmen wollen, weil wir in Ansichten, die bei Gelegenheit eines Incidenzpunktes geäußert waren, nicht den wohl erwogenen und definitiven Standpunct der königl. dänischen Regierung suchen wollten. Ueberdies waren die Behauptungen des Kopenhagener Cabinets damals sofort dem entschiedenen Proteste der beiden deutschen Grossmächte begegnet, und wir dürften hoffen, dass deren eingehende und gründliche

**No. 239.** Widerlegung nicht ohne Wirkung geblieben sein würde. Wir konnten daher nicht glauben, dass das Kopenhagener Cabinet Aeusserungen wieder aufnehmen würde, welche dahin zielten, die Existenz bindender Verpflichtungen in Betreff des Herzogthums Schleswig überhaupt in Abrede zu stellen. Es könnte in Kopenhagen vielleicht einen Augenblick übersehen worden sein, dass nicht nur die Räumung Holsteins und die Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthume, sondern auch die Betheiligung der deutschen Mächte an europäischen Transactionen, auf welche die dänische Regierung grosses Gewicht legte, von der „bindenden Form einer auf Befehl Sr. Majestät des Königs (von Dänemark) abgegebenen Erklärung“, wie es in der Depesche des kaiserl. Cabinets vom 26. Decbr. 1851 heisst, abhängig gemacht worden war, und dass der damalige dänische Herr Minister in seiner Erwiderung vom 29. Jan. 1852 diese Erklärung über die „wie im Allgemeinen, so auch namentlich was die Nicht-incorporation Schleswigs in das Königreich betrifft“, mit den deutschen Mächten übereinstimmende Auffassung „in Folge der ihm allerhöchsten Ortes ertheilten Ermächtigung“ abgab. ¶ Wenn nun aber der dänische Herr Minister jetzt selbst wieder an die Aeusserungen erinnert, so gewinnen sie dadurch allerdings eine erhöhte Bedeutung, und wenn sie im Zusammenhange mit dem ganzen oben kurz angedeuteten Inhalte der Depesche vom 26. Decbr. aufgefasst werden, so entsteht dadurch für die deutschen Mächte die Nothwendigkeit, an die königl. dänische Regierung zunächst die Frage zu richten:

ob sie in den angezogenen Schriftstücken des Jahres 1860 wirklich ihre definitive Auffassung ausgesprochen habe und bei derselben stehen bleibe, — oder:

ob sie den bindenden Character der 1851/52 abgegebenen Zusagen auch jetzt noch, und zwar auch in Betreff des Herzogthums Schleswig, anerkennen und dieses Anerkenntniss als die Basis der weiteren Verhandlungen mit den deutschen Mächten annehmen wolle.

Indem die deutschen Mächte diese Frage an die königl. dänische Regierung richten, sind sie sich bewusst, dadurch die Angelegenheit auf ihren wahren und einfachen Standpunkt zurückzuführen. Nur in der beiderseitigen Anerkennung vorhandener Verpflichtungen kann ein gesicherter Boden für eine Verständigung gefunden werden. ¶ Ew. etc. wollen diesen Erlass zur Kenntniss des Herrn Ministers Hall bringen, und ihm Abschrift desselben übergeben.

### No. 240.

**OESTERREICH und PREUSSEN.** — Die Min. d. Ausw. gleichlautend an die resp. Gesandten in Kopenhagen. — Die dem dänischen Reichsrathe gemachten Vorlagen betr. — [Nach der preussischen Ausfertigung.]

Berlin, 14. Februar 1862.

**No. 240.** Die Vorlagen, welche die Regierung Sr. Majestät des Königs von Dänemark dem am 25. v. M. zusammengesetzten Reichsrathe gemacht hat, sind durch die Reichsraths-Zeitung der Oeffentlichkeit übergeben, und wir sind dadurch in die Lage versetzt worden, davon Kenntniss zu nehmen.

Oesterreich  
und  
Preussen,  
14. Febr.  
1862.

¶ Es haben daher auch diejenigen Gesetzentwürfe, welche sich auf die Ab- **№. 240.**  
 änderung mehrerer den Reichsrath betreffender Paragraphen des Verfassungs- Oesterreich  
 und  
 Gesetzes vom 2. Octbr. 1855 beziehen, unserer Aufmerksamkeit nicht ent- Preussen,  
 14. Februar  
 1862.  
 gehen können. ¶ Weit davon entfernt, in die inneren Angelegenheiten der  
 dänischen Monarchie eingreifen oder die Acte der Regierung, so weit sie  
 diese inneren Angelegenheiten allein betreffen, einer Beurtheilung unter-  
 werfen zu wollen, haben wir hier in Erwägung ziehen müssen, einmal,  
 dass durch diese Vorlage, so wie durch die Constituirung des nur einen  
 Theil der Monarchie vertretenden Reichsrathes überhaupt das Verhältniss  
 des Herzogthums Schleswig zu dem Königreiche Dänemark in den Jahren  
 1851/1852 durch eine völkerrechtliche Transaction festgestellt worden ist,  
 welche zwischen Oesterreich und Preussen in Vertretung des deutschen  
 Bundes einerseits und Dänemark andererseits Statt gefunden und die Sanc-  
 tion des Bundes erhalten hat. ¶ Diese Thatsachen legen uns die Verpflich-  
 tung auf, daran zu erinnern, dass durch einseitige Acte der Gesetzgebung,  
 in welcher Form dieselben auch erfolgen mögen, die auf bestimmten Ver-  
 einbarungen völkerrechtlicher Natur beruhenden Festsetzungen nicht auf  
 rechtsbeständige Weise alterirt werden können. Wir erachten für nützlich,  
 die hier wesentlich in Betracht kommenden Punkte jener Vereinbarungen  
 wörtlich anzuführen. ¶ Durch den Erlass vom 29. Januar 1852 hat das  
 kopenhagener Cabinet gegenüber den beiden deutschen Mächten die in der An-  
 lage der Depesche des wieners Hofes vom 26. December 1851 zusammen-  
 gestellten fünf Punkte als bindend für die Regierung Sr. Maj. des Königs  
 von Dänemark anerkannt. ¶ In dieser Anlage heisst es zu Punkt 1: „So  
 aufrichtig aber Se. Majestät der Kaiser die Ruhe und Wohlfahrt des däne-  
 schen Reiches durch eine seinen Bedürfnissen angemessene definitive Orga-  
 nisation baldmöglichst befestigt zu sehen wünschen, eben so zuversichtlich  
 überlassen Allerhöchstdieselben Sich der Hoffnung, dass die dänische Regie-  
 rung bei ihren auf diesen wichtigen Zweck gerichteten Bestrebungen nicht  
 etwa den Institutionen, welche dem eigentlichen Königreiche Dänemark in  
 den letzten Jahren verliehen wurden, eine ausschliessliche Bevorzugung zu-  
 wenden, sondern dass sie dabei die bleibenden Verhältnisse der gesamm-  
 ten Monarchie und den Zweck der inneren Kräftigung ihres Verban-  
 des zu einem Ganzen als die einzige sichere Richtschnur vor Augen  
 haben werde. Einmal hierüber beruhigt, werden Se. Majestät nicht  
 säumen, an der Sicherung jenes Verbandes durch völkerrechtliche Verbür-  
 gung einer gemeinsamen Erbfolge in alle Theile der Monarchie mit anderen  
 befreundeten Mächten sich zu betheiligen.“ ¶ Unter Punkt 2 bedingt ferner  
 dasselbe Document ausdrücklich: „In der Erklärung Sr. Maj. des Königs  
 von Dänemark, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig  
 stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorge-  
 nommen werden sollen, erblickt der kaiserliche Hof mit Genugthuung  
 eine neue Bestätigung jener Zusage, welche bereits von dem hochseligen  
 Könige Christian VIII. seinen Unterthanen gegeben, dann von des jetzt  
 regierenden Königs Majestät alsbald nach dem Friedensvertrage vom 2. Juli  
 1850 in dem Manifeste vom 11. desselb. Monats erneuert, auch in Gemäss-

**No. 240.** heit des 4. Artikels des erwähnten Friedensvertrages dem deutschen Bunde als eine zur Pacification des Landes gefasste Entschliessung des Königs zur Kenntniss gebracht wurde.“ ¶ Im Hinblick auf den Stand der gegenwärtig schwebenden Hauptverhandlung können wir uns der Nothwendigkeit überhoben erachten, die Tragweite der Eingangs erwähnten Vorlagen, die provisorische oder definitive Bedeutung, welche die königl. dänische Regierung ihnen beilegen mag, und ihr Verhältniss zu den so eben hervorgehobenen Verabredungen schon jetzt im Einzelnen zu beurtheilen oder zu beleuchten. Aber wir können nicht umhin, schon jetzt bestimmt zu erklären, dass wir die Rechtsbeständigkeit von legislativen oder constitutiven Acten, welche dem durch die Vereinbarungen von 1851/52 festgestellten Verhältnisse des Herzogthums Schleswig zu dem Königreiche Dänemark und zu den übrigen Theilen der Monarchie widersprechen, nicht anerkennen. Wir verwahren uns vielmehr ausdrücklich gegen alle Folgerungen, welche aus solchen Acten gezogen werden möchten, und behalten Preussen wie dem deutschen Bunde alle aus den gedachten Vereinbarungen entspringenden Rechte hiedurch vor. ¶ Ew. etc. ersuche ich ergebenst, diesen Erlass dem königlich dänischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und ihm Abschrift desselben zu übergeben.

## No. 241.

**DAENEMARK.** — Vorlagen der Regierung an den Reichsrath, betreffend die staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie. —

[Uebersetzung.]

### I. Entwurf eines Verfassungsgesetzes,

enthaltend eine nähere Bestimmung in Bezug auf §. 37 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855.

**No. 241.** Die im § 37 des Verfassungsgesetzes vom 2. Oct. 1855 enthaltene Bestimmung, dass „kein Beschluss vom Reichsrathe gefasst werden kann, wenn weniger als 41 Mitglieder zugegen sind,“ wird dahin verändert, dass kein Beschluss vom Reichsrathe gefasst werden kann, wenn nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder desselben zugegen sind. ¶ Demzufolge ist der § 28 des Gesetzes, betreffend die Geschäftsordnung für den Reichsrath, vom 4. Mai 1856 aufgehoben.

Dänemark,  
27. Januar  
1862.

### Motive.

Da übereinstimmend mit dem Beschluss des deutschen Bundes vom 11. Februar 1858 das Verfassungsgesetz für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Dänischen Monarchie vom 2. October 1855, insofern es das Herzogthum Holstein und das Herzogthum Lauenburg betrifft, durch das Königliche Patent vom 6. Nov. 1858 aufgehoben wurde, ist es eine Selbstfolge, dass damit namentlich diejenigen Bestimmungen dieses Verfassungsgesetzes weggefallen waren, welche die Theilnahme der Mitglieder für die genannten Herzogthümer an dem Reichsrathe selbst betrafen. Dieses gilt somit von den 5 vom Könige gewählten Mitgliedern, von welchen, zufolge § 26, 4 im Herzogthume Holstein und 1 im Herzogthume Lauenburg wohnhaft sein sollten, von den 7 mittelbar gewählten Mitgliedern, von welchen dem § 27 zufolge die Holsteinische Ständeversammlung 6 und die lauenburgische Ritter- und Landschaft 1 Mitglied wählen sollten, sowie von den 8 Mitgliedern,



welche in Uebereinstimmung mit dem § 28 durch unmittelbare Wahlen im Herzogthume **No. 241.** Holstein gewählt werden sollten, so dass der Reichsrath anstatt aus den im § 24 vorausge- **Dänemark,** setzten 20 vom Könige, 30 mittelbar und 20 unmittelbar gewählten künftig nur aus respective **27. Januar** 15, 23 und 22 Mitgliedern der vorangedachten Classen bestehen sollte. Die Anzahl der **1862.** Mitglieder wurde dadurch von 80 auf 60 beschränkt, und sowie die für das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig gewählten Mitglieder des Reichsrathes die diesem durch die Verfassung zugelegten Rechte für diese von ihnen vertretenen, den Beschlüssen des Deutschen Bundes nicht unterlegten Landestheile ausgeübt haben, so ist es auch namentlich diese Anzahl der Mitglieder, welche bei Anwendung des § 57 für die Bestimmungen des Quotatheiles der sämmtlichen Mitglieder zu Grunde gelegt worden ist, dessen Anwesenheit und Beistimmung zur Genehmigung einer Veränderung der Verfassung selbst erforderlich ist.

Dagegen hat man Bedenken getragen, dieselbe Consequenz in Betreff des § 37 des Verfassungsgesetzes geltend zu machen, da dieser Paragraph die Anzahl der Mitglieder, deren Anwesenheit zur Beschlussfassung erforderlich ist, nicht — wie der § 57 — auf einen gewissen Quotatheil sämmtlicher Mitglieder, sondern auf die bestimmte Zahl 41 feststellt. In der Realität kann es nicht zweifelhaft sein, dass eben so wie 41 von 80 dasselbe als „mehr als die Hälfte“ von 80 bedeutet, es nur diese Forderung ist, welche das Gesetz hat aussprechen wollen, und dass dieser Forderung, bei einer Anzahl von 60 Mitgliedern, durch die Anwesenheit von 31 Genüge geschehen ist; die Ausdrücke des Gesetzes sind aber an und für sich so bestimmt, dass eine Modificirung derselben ihrer ob auch ganz augenscheinlichen Meinung nach vermeintlich nur in Gemässheit eines neuen Gesetzes geschehen darf, und es wurde nicht zweckmässig befunden, ein solches vorzuschlagen, so lange noch Hoffnung vorhanden war, dass die Beschränkung der gesammten Anzahl der Mitglieder nur vorübergehend wäre.

Diese Hoffnung muss indessen jetzt aufgegeben werden, nachdem alle Bestrebungen gescheitert sind, welche, in Uebereinstimmung mit dem im Patente vom 7. Novbr. 1856 gegebenen Versprechen, gemacht sind, um einen Anschluss der Herzogthümer Holstein und Lauenburg an eine die ganze Monarchie umfassende constitutionelle Gesamtrepräsentation zu bewirken.

Es muss somit als nothwendig angesehen werden, den § 37 in Uebereinstimmung mit dessen wahrer Meinung, in Einklang mit den übrigen Voraussetzungen für die fortgesetzte Wirksamkeit des Reichsrathes und dadurch für die Aufrechterhaltung der constitutionellen Verbindung des Königreichs und Schleswigs und der constitutionellen Grundlage der Regierung des dänischen Reiches auch auf dem Gebiete der gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu bringen.

## II. Entwurf eines Verfassungsgesetzes,

enthaltend einige Veränderungen und Zulagen zum Verfassungsgesetze vom 2. October 1856.

§ 1. Das Wahlrecht für die unmittelbaren Wahlen hat Jeder, welcher wählbar ist, wenn er entweder in dem letzten Jahre an directen Abgaben an den Staat oder an Commünen 100 Rthlr. gezahlt hat, oder wenn er nachweist, dass er eine reine jährliche Einnahme von 600 Rthlrn. gehabt hat.

§ 2. Der Reichsrath wählt selbst für jede Versammlung einen Präsidenten, welcher seine Verhandlungen zu leiten hat, und einen Vicepräsidenten, welcher in Verhinderungsfällen des Präsidenten in dessen Stelle einzutreten hat.

§ 3. Der Reichsrath trifft selbst die nähern Bestimmungen, betreffend den Geschäftsgang und die Aufrechterhaltung der Ordnung.

§ 4. Die Sitzungen des Reichsrathes sind öffentlich. Indessen kann

**No. 241.** die Regierung, oder der Präsident, oder eine Anzahl von fünf Mitgliedern die Entfernung aller Unbeikommenden verlangen, wonach der Reichsrath bestimmt, ob die Sache in einer öffentlichen oder in einer heimlichen Sitzung verhandelt werden soll.

Dänem: rk,  
27. Januar  
1863.

§ 5. Gesetzesvorschläge werden von der Regierung auf Befehl des Königs, oder von einem oder mehreren Mitgliedern des Reichsrathes eingebracht.

§ 6. Kein Gesetzesvorschlag kann endlich angenommen werden, bevor er dreimal vom Reichsrathe behandelt worden ist. Bei der ersten Behandlung wird der Vorschlag in seiner Allgemeinheit behandelt. Zur zweiten Behandlung können sowohl die Regierung als jedes der Mitglieder des Reichsrathes Aenderungsvorschläge machen. Zur dritten Behandlung können solche nur von der Regierung gemacht werden.

§ 7. Jedes Mitglied des Reichsrathes kann mit Genehmigung desselben jede öffentliche Angelegenheit, welche den dem Reichsrathe angewiesenen Wirkungskreis berührt, unter Verhandlung bringen und darüber die Erklärung der Minister begehren.

§ 8. Die §§ 29, zweiter Abschnitt, 37, erster und zweiter Abschnitt, 38, letzter Abschnitt, 39 und 45 des Verfassungsgesetzes vom 2. October 1855 sind aufgehoben.

Die Bestimmungen der §§ 26, 27 und 28 des genannten Gesetzes, dass Holsteinische und Lauenburgische Mitglieder an dem Reichsrathe Theil nehmen sollen, sowie die in der zweiten interimistischen Bestimmung enthaltene, dass Mitglieder von den gedachten Landestheilen im Reichsgerichte Platz nehmen sollen, werden hinfällig, wonach also die im § 24 und in der zweiten interimistischen Bestimmung enthaltenen Angaben der gesammten Zahl der Mitglieder dieser Institutionen abzuändern sein werden.

#### Motive.

Schon während der Verhandlungen, welche dem später unterm 2. October 1855 erschienenen Verfassungsgesetze sowohl in dem vorläufigen Reichsrathe, als in dem Dänischen Reichstage vorangingen, wurden — namentlich in einer vom Folkething unterm 29. September 1855 angenommenen Adresse an den König — mehrere Punkte hervorgehoben, in welchen eine Veränderung dieses Gesetzes als zweckmässig angesehen wurde; und obgleich diese Veränderungen nach den damals vorliegenden Verhältnissen als Bedingungen für das Inkrafttreten des Gesetzes nicht aufgestellt werden konnten, sieht die Regierung hierin eine verstärkte Aufforderung zum Entgegenkommen dieser Wünsche.

Obgleich die Regierung überzeugt ist, dass der für eine vollständige Revision des Verfassungsgesetzes und des sich daran schliessenden provisorischen Wahlgesetzes günstige Augenblick noch nicht gekommen ist, nimmt sie doch an, dass die wegen der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg noch stattfindenden Verwickelungen nicht länger ein Hinderniss sein dürfen, der Zusammensetzung und den constitutionellen Befugnissen des Reichsrathes selbst die Ausdehnung zu geben, welche als Bedürfnisse anerkannt worden ist, und eine grössere Uebereinstimmung zwischen den verschiedenen Verfassungsgesetzen des Reiches bewirken wird; denn diese Veränderungen werden keinen Einfluss auf die noch unerledigte Ordnung des Verhältnisses der gedachten Herzogthümer zu den übrigen Theilen der Monarchie ausüben können, nachdem die Wirksamkeit des Reichsrathes nur diejenigen Landestheile umfasst, welche nicht zum Deutschen Bunde gehören. Es hat die Regierung daher geglaubt, in dem oben stehenden Vorschlage, dessen einzelne Bestimmungen vermeintlich keiner besondern Begründung bedürfen, auf solche Veränderungen sich beschränken zu müssen.

## No. 242.

**DÄNEMARK.** — Min. d. Ausw. gleichlautend an d. königl. Gesandten in Wien und Berlin. — Erwiderung auf die österreichisch-preussischen Depeschen vom 8. und 14. Febr. 1862. —

Kopenhagen, 12. März 1862.

In der Ew. &c. schon bekannten Depesche vom 8. v. M. hat der kaiserl. österreichische (königl. preussische) Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich über das Nutzlose gegenseitiger Anklagen und nutzloser Polemik ausgesprochen. Hierüber bin ich nicht nur vollkommen einverstanden, sondern werde es auch durch die That bekunden, und ich wende mich daher sogleich dem Versuche zu, die gegenwärtigen Verhandlungen wo möglich auf ihren Ursprung und ihre dadurch bedingte Aufgabe zurückzuführen. ¶ Zunächst sind diese Verhandlungen veranlasst, durch die beiden Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861. Ihr Zweck ist daher eine nähere Verständigung über Sinn und Ausführung der provisorischen Ordnung, welche die genannten Bundesbeschlüsse für Holstein in Anspruch nehmen. Daneben hat aber der in denselben wiederholte Bundesbeschluss vom 14. Februar 1858 für eine definitive Ordnung die Forderung aufgestellt, „dass in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg ein den Bundesgrundgesetzen und den ertheilten Zusicherungen entsprechender, insbesondere die Selbständigkeit der besondern Verfassungen und der Verwaltung sichernder und deren gleichberechtigte Stellung wahrer Zustand herbeigeführt werde.“ ¶ Sollten daher diese Verhandlungen dem allgemeinen Wunsche entsprechen, einer vollständigen Schlichtung dieses langen Streites den Weg zu bahnen, so musste auch diese weitere Frage in ihren Bereich hinein gezogen werden, welches um so wünschenswerther erscheinen musste, als es uns bisher nicht gelungen ist, vom Bunde irgend eine Auskunft darüber zu erlangen, was derselbe unter der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Herzogthümer Holstein und Lauenburg verstehe. ¶ Dies war nach unsrer Ansicht die doppelte Aufgabe der im vorigen Sommer unter Zustimmung der deutschen Bundesversammlung mit den beiden deutschen Grossmächten eröffneten Verhandlungen, deren wirklichem Beginn wir noch stets entgegen sehen. ¶ Zur Lösung dieser Aufgabe glauben wir durch unsere Depesche vom 26. October v. J.\*) einen praktischen Versuch gemacht zu haben, welcher wenigstens den deutschen Bund befriedigen kann. Denn wir boten die Hand darin zu einer Uebereinkunft, welche den holsteinischen Ständen die vom Bunde beanspruchte, beschliessende und bewilligende Befugniss sichern würde, nur mit Hinzufügung solcher Bedingungen, welche dieselbe mit dem Bestehen der dänischen Monarchie und mit den Rechten der andern Landestheile einigermassen in Einklang bringen sollten. Andererseits war jede Veränderung in dieser Ordnung von der freien Zustimmung der Stände abhängig gemacht, so dass eine auch die deutschen Herzogthümer umfassende Gesamtverfassung, die ihnen noch immer von des Königs Majestät offen gehalten wird, nur durch eine Vereinbarung mit den Ständen hergestellt werden könnte. Ob man diese Ordnung eine defi-

No. 242.  
Dänemark,  
12. März  
1862.

\*) Nrö. 236.

**No. 242.** nitive oder eine provisorische nennen will, ist unerheblich, da jedenfalls ein verfassungsmässiger Zustand auf diese Weise herbeigeführt werden würde, der, auf keine Zeitfrist beschränkt, nur mit der Zustimmung der Stände abgeändert werden könnte, und somit denselben die verfassungsmässige Stellung so vollständig einräumen würde, dass der Bund sich mit dem Bewusstsein zurückziehen könnte, für die beiden deutschen Bundesländer alles dasjenige im vollsten Masse und weit über jeden Rechtsanspruch hinaus erreicht zu haben, was derselbe in seinem Bundesbeschlusse vom 18. Februar 1858 selbst als seinen definitiven Zweck hingestellt hat. ¶ Statt nun die in der Depesche vom 26. October gemachten Vorschläge einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, hat der k. k. österreichische (k. preussische) Minister es vorgezogen, jede Erörterung darüber durch die Frage zu beseitigen, ob die k. Regierung sich durch die in den Verhandlungen von 1852 abgegebenen Erklärungen noch gebunden erachte. ¶ Wenngleich diese Frage uns nur hat überraschen können, so gereicht es uns doch zu einiger Befriedigung, daraus zu ersehen, dass die k. k. österreichische (k. preussische) Regierung ihrerseits festhält an jenem Uebereinkommen und an den demselben zu Grunde liegenden Ansichten, denn wir gestehen, dass es uns oft unmöglich erschienen ist, die Forderungen der Bundesversammlung mit denselben in Einklang zu bringen. Was uns betrifft, so nehmen wir keinen Anstand zu erklären, dass die k. Regierung selbstverständlich jede übernommene Verpflichtung erfüllen wird. Nur gilt es hier, wie in jeder völkerrechtlichen Verhandlung, dass keiner der contrahirenden Parteien das Recht zusteht, jeder beliebigen Aeusserung in dem vorausgehenden Schriftwechsel diejenige tractatmässige Gültigkeit beizulegen, welche nur dem schliesslichen, beiderseits acceptirten Uebereinkommen gebührt, und dass bei einer Meinungsverschiedenheit über Sinn und Bedeutung des abgeschlossenen Uebereinkommens keiner der dabei Betheiligten die Befugniss eines rechtskräftigen Urtheils in Anspruch nehmen kann. Nur insofern die Frage die innern Angelegenheiten der deutschen Bundesländer und deren Verhältniss zum Bunde betrifft, gehört sie vor das Forum der Bundesversammlung und selbst dies nur innerhalb der durch das Bundesrecht angewiesenen Grenzen. Ueber diese hinaus und namentlich auch insofern sie das Rechtsverhältniss dieser Landestheile zum dänischen Gesamtstaate angeht, ist es eine internationale Frage, die nur durch Verhandlungen und Uebereinkommen geschlichtet werden kann und wo die Anwendung der äussersten völkerrechtlichen Zwangsmittel, um eine einseitige Meinung geltend zu machen, den Charakter einer Bundesexecution nicht haben kann. ¶ Wenn wir hier wesentlich auf allgemeine völkerrechtliche Sätze verwiesen haben, die man im Princip nicht bestreiten wird, so hat das seinen natürlichen Grund darin, dass die Frage so allgemein gestellt ist, dass ein Eingehen auf den eigentlichen Inhalt des in 1852 getroffenen Uebereinkommens dadurch ausgeschlossen ist. Will man auf eine solche Discussion eingehen, dann sind wir berechtigt zu erwarten, dass man es wenigstens versuchen werde nachzuweisen, welche Verpflichtungen wir unerfüllt gelassen, und dürfen wir dabei der k. k. österreichischen (königl. preussischen) Regierung vertrauen, dass sie nicht gesonnen

Dänemark,  
12. März  
1862.

ist uns verantwortlich zu machen für Bundesbeschlüsse, durch welche der Widerstand der holsteinischen Stände gegen jedwede gemeinschaftliche Repräsentation im schroffsten Gegensatze zur Vereinbarung von 1852 gestützt worden ist, für Bundesbeschlüsse, die wir nach Kräften bekämpft haben und denen wir uns schliesslich nur gefügt haben, nachdem ein Executionsverfahren schon beschlossen war, welchem uns zu unterziehen wir nicht den Interessen des Landes angemessen fanden. ¶ Sollte indessen diese Berufung auf die Vorgänge von 1852 wenigstens theilweise auch durch den Wunsch hervorgerufen sein, das Herzogthum Schleswig in den Bereich der gegenwärtigen Verhandlungen zu ziehen, dann kann die königliche Regierung diesem Wunsche nicht willfahren, weil es sich hier um die Schlichtung eines Streites mit dem Bunde und um ein deutsches Bundesland handelt, während das dänische Herzogthum Schleswig in keiner Weise der bundesrechtlichen Competenz unterworfen ist. Wenn der kaiserl. österreichische (königl. preussische) Minister nichts desto weniger jetzt behaupten will, dass man nur auf diese Weise von einer provisorischen zu einer definitiven Lösung gelangen könne, so kann ich übrigens auf seine eigene Depesche verweisen, wo die Forderungen des Bundesbeschlusses vom 11. Febr. 1858 als eine „definitive Ordnung“ bezeichnet werden, wiewohl darin so wenig als in den übrigen Bundesbeschlüssen in dieser Angelegenheit das Herzogthum Schleswig erwähnt wird, oder erwähnt werden konnte. ¶ Wenn wir somit nicht zugeben können, die jetzige Verhandlung aus ihrem rechten Geleise zu bringen, können wir es andererseits der kaiserlichen (königlichen) Regierung nicht verwehren, in geeigneter Weise auf die Frage zurückzukommen. Unsere Ansichten darüber kennt der Herr Minister aus dem Schriftwechsel von 1860, welche wir allerdings im Wesentlichen noch immer festhalten, und wir haben keinen Grund eine erneuerte Discussion hierüber zu scheuen. Doch nöthigt mich eine Aeusserung in der Depesche vom 8. Februar schon jetzt zu bemerken, dass es auf einem völligen Missverständnisse beruht, wenn der Herr Minister in unserer Depesche vom 26. December eine Andeutung davon gefunden zu haben glaubt, dass die Verhältnisse der Nationalitäten im Innern des Landes in irgend einer Weise Gegenstand der Verhandlungen von 1851/52 sind.

Noch liegt es mir ob, der gleichzeitig mit der Depesche vom 8. v. M. mir übergebenen Depesche vom 14. v. M. zu erwähnen, um die darin enthaltene Verwahrung abzulehnen. Es wird nicht der Aufmerksamkeit des Herrn Ministers entgangen sein, mit welcher Umsicht die königliche Regierung Alles vermieden hat, was auf irgend eine Weise den schwebenden Verhandlungen über die staatsrechtliche Stellung Holsteins und Lauenburgs präjudiciren konnte, und wenn er den Verhandlungen fernere Aufmerksamkeit zuwenden will, wird er sich davon überzeugen können, wie Regierung und Reichsrath sich in dem Bestreben vereinigen, die durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 gegebene Grundlage aufrecht zu erhalten, insofern dies nicht durch die Einmischung des Bundes unmöglich gemacht ist. Namentlich wird er dann auch ersehen, dass die allerdings von mehreren Seiten angeregten Wünsche, das Herzogthum Schleswig unter

**No. 242.** Aufhebung seiner besondern Verfassung durch Ausdehnung des Grundgesetzes des Königreichs demselben zu incorporiren, so wenig vom Reichsrath als der Regierung gestützt werden. Die Besorgnisse des Herrn Ministers sind daher unbegründet. Da schliesslich selbstverständlich der kaiserl. österreichischen (königl. preussischen) Regierung kein Recht zusteht, „in die innern Angelegenheiten der dänischen Monarchie einzugreifen oder die diese betreffenden Acte der Regierung einer Beurtheilung zu unterwerfen“, so kann ich mich auf die Gegenäusserung beschränken, dass eine Anerkennung des Reichsraths, welcher nur die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Lande des Königs von Dänemark vertritt, weder begehrt ist noch begehrt werden konnte, eben weil er derselben in keiner Weise bedarf. ¶ Indem ich somit glaube, die an die königliche Regierung gerichtete Frage hinlänglich beantwortet zu haben, darf ich mich der Hoffnung hingeben, dass der kaiserl. österreichische (königl. preussische) Herr Minister des Aeussern jetzt nicht länger Anstand nehmen wird, uns seine Ansichten über den in der Depesche vom 26. October v. J. enthaltenen Vorschlag mitzutheilen, und namentlich sich darüber klar und bestimmt zu erklären, in welcher Beziehung derselbe nicht die Forderungen von Selbständigkeit und Gleichberechtigung Holsteins befriedigen sollte und welche Stellung der deutsche Bund denn überhaupt für diese Landestheile in Anspruch nehmen will. ¶ Ew. &c. wollen diese Depesche zur Kenntniss des Hrn. Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten bringen und ihm Abschrift derselben übergeben. ¶ Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung &c.

*Hall.*

---

### No. 243.

**Deutsche Bundesversammlung.** — Vortrag des am 29. Oct. 1857 niedergesetzten Ausschusses und der Executionscommission. — Die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betr. —

(Zur 11. Sitzung vom 13. März 1862.)

**No. 243.** In der 29. Sitzung vom 12. Aug. v. J. haben die vereinigten Ausschüsse der hohen Bundesversammlung Anzeige über eine von Seiten der königl. dänischen Regierung den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gegenüber abgegebene Erklärung in Bezug auf die Verfassungsangelegenheit des Herzogthums Holstein und über die damals in Aussicht stehenden weiteren Verhandlungen gemacht. \*) Die Ausschüsse hoben dabei hervor, dass einer weiteren Mittheilung der Regierungen von Oesterreich und Preussen seiner Zeit entgegen gesehen werden dürfe, und behielten sich weitere Berichterstattung vor. ¶ Zu einer solchen sehen sich die vereinigten Ausschüsse jetzt durch die ferneren Mittheilungen veranlasst, welche ihnen die Herren Gesandten von Oesterreich und Preussen gemacht haben. ¶ Im Verfolge der am 9. Aug. v. J. gemachten Vorlagen haben nämlich unterm 6. d. M. diese beiden Herren Gesandten den Ausschüssen folgende Aktenstücke übergeben:

\*) Vergl. Bd. I. No. 63.

- 1) eine Depesche des königl. dänischen Herrn Ministers Hall an die königl. Gesandten zu Berlin und Wien vom 26. October resp. 7. November 1861; [St.-A. No. 236.]
- 2) die hierauf ergangene gleichlautende Erwiderung der Cabineten zu Wien und Berlin vom 30. Nov. resp. 5. Dec. 1861; [St.-A. No. 237.]
- 3) eine weitere Depesche des dänischen Herrn Ministers vom 26. December 1861; [St.-A. No. 238.]
- 4) die gleichlautende österreichische und preussische Antwort vom 8. Februar d. J.; [St.-A. No. 239.]
- 5) zwei von der königl. dänischen Regierung dem Reichsrathe in Kopenhagen vorgelegte Gesetzentwürfe, enthaltend eine nähere Bestimmung in Bezug auf § 37 des Verfassungsgesetzes vom 2. Oct. 1855, und einige Veränderungen und Zulagen zu diesem Verfassungsgesetze; [St.-A. No. 241.]
- 6) die gleichlautenden verwahrenden Erklärungen, welche in Bezug auf diese Gesetzentwürfe unterm 14. Februar d. J. von den Cabineten von Wien und Berlin an ihre Gesandten zu Kopenhagen gerichtet und dem kgl. dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten am 21. Februar d. J. übergeben worden sind. [St.-A. No. 240.]

No. 243.  
Deutscher  
Bund,  
13. März  
1862.

Die vorgenannten Herren Gesandten bemerkten hierbei, dass es den Regierungen von Oesterreich und Preussen habe angemessen erscheinen müssen, der h. Bundesversammlung Gelegenheit zu geben, sich selbst über den Stand der Angelegenheit ein Urtheil zu bilden, und nach Befinden sich der Verwahrung anzuschliessen. ¶ Die Ausschüsse halten es für ihre Pflicht, diese Aktenstücke anliegend nach ihrem ganzen Wortlaut zur Kenntniss der h. Bundesversammlung zu bringen und nachfolgende Aeusserungen daran zu knüpfen. ¶ In Folge derjenigen Erklärungen der k. dänischen, herzogl. holsteinischen Regierung, über welche die Ausschüsse am 12. August v. J. Anzeige erstattet haben, konnte man sich der Erwartung hingeben, dass es den bevorstehenden vertraulichen Verhandlungen gelingen werde, die Grundzüge von Verfassungseinrichtungen aufzustellen, durch welche den bisher ergangenen Bundesbeschlüssen und den in den Jahren 1851/52 gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen Geltung und Vollzug gesichert und damit allen schwebenden Differenzen ein Ende gemacht würde. Diese Erwartung ist aber bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. ¶ Die dänische Depesche vom 26. Octbr v. J. beschränkte sich darauf, Vorschläge für einen provisorischen Zustand im Herzogthum Holstein zu machen und hierfür eigentlich nur diejenigen Propositionen zu wiederholen, welche bereits von den holsteinischen Ständen abgelehnt worden waren, und als nun die deutschen Mächte in ihrer Erwiderung vom 30. Nov. resp. 5. Dec. v. J. die Nothwendigkeit nachwiesen, den Verhandlungen eine breitere Basis zu geben, und die königl. dänische Regierung um eine Darlegung ihrer Ansichten über eine definitive Ordnung aller in dem Uebereinkommen von 1852 enthaltenen Punkte, also insbesondere auch der einen integrirenden Theil derselben bildenden Verhältnisse des Herzogthums Schleswig ersuchten, so erfolgte unterm 26. Dec. v. J. eine Antwort, welche nicht blos das Eingehen auf Verhandlungen über diese Punkte ablehnt, sondern es sogar

**No. 243.** zweifelhaft erscheinen lässt, ob die königl. dänische Regierung überhaupt die Verhandlungen und Vereinbarungen von 1851/52 noch als sie bindend und sich selbst als zu deren Vollzug verpflichtet anerkennt. ¶ Dieser Zweifel ist durch die ganze Fassung der Depesche des dänischen Herrn Ministers vom 26. Dec. v. J. begründet, welche es als einen nutzlosen Versuch bezeichnet, die Voraussetzungen von 1852 vollständig in der damals beabsichtigten Weise durchzuführen, und die Behauptung aufstellt, dass die allgemeinen Voraussetzungen der damals beabsichtigten Ordnung seitdem wesentlich modificirt seien. Diese Aeusserungen werden dadurch um so bezeichnender, dass die Depesche ausdrücklich auf den Schriftenwechsel verweist, welcher aus Anlass der preussischen Kammerverhandlungen im Jahre 1860 stattgehabt hat. ¶ In diesem Schriftenwechsel, welcher von dem k. preuss. Herrn Gesandten dem Ausschusse mitgetheilt wurde und dessen Inhalt ebenfalls aus der Anlage ersichtlich ist,\*) findet sich eine Depesche des königl. dänischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den königl. Gesandten zu Berlin vom 10. Juni 1860, worin das Herzogthum Schleswig als eine dänische Provinz bezeichnet und behauptet wird, das Uebereinkommen von 1852 beziehe sich in keiner Weise auf Schleswig, und die vorausgegangenen Verhandlungen enthielten neben den förmlichen in Bezug auf Holstein übernommenen Verpflichtungen den Ausdruck der königlichen Absichten rücksichtlich der dem Herzogthum Schleswig in der Gesamtmonarchie zu gebenden Stellung, namentlich der Absicht, dasselbe nicht in das Königreich zu incorporiren. ¶ Der hier gemachte Unterschied zwischen förmlichen Verpflichtungen und königlichen Absichten erhält seine vollständige Erläuterung durch die Vergleichung mit einer Circular-Depesche an die dänischen Gesandtschaften vom 25. Mai 1860, worin geradezu gesagt ist, dass Dänemark sich dem deutschen Bunde gegenüber nicht durch irgendwelchen Tractat noch durch irgend eine Uebereinkunft verpflichtet finde, soweit es die Organisation und Verwaltung Schleswigs betreffe. ¶ Es bedarf hiernach keines näheren Nachweises, wie wohlbegründet es war, dass die deutschen Mächte in ihrer Rückäusserung vom 8. Febr. d. J. an die kgl. dänische Regierung die Frage gerichtet haben:

ob sie in den angezogenen Schriftstücken des Jahres 1860 wirklich ihre definitive Auffassung ausgesprochen habe und bei derselben stehen bleibe? oder ob sie den bindenden Charakter der 1851/52 abgegebenen Zusagen auch jetzt noch, und zwar auch in Betreff des Herzogthums Schleswig, anerkennen und dieses Anerkenntniss als die Basis der weiteren Verhandlungen mit den deutschen Mächten annehmen wolle?

Nur aus der bestimmten Beantwortung dieser Frage wird sich erkennen lassen, ob noch ein gesicherter Boden für weitere möglicherweise zu einer Verständigung führende Verhandlungen gegeben ist. ¶ Die königl. dänische Regierung hat sich übrigens nicht darauf beschränkt, die Verabredungen von 1851/52 in diplomatischen Schriftstücken in Abrede zu ziehen. Sie hat auch staatsrechtliche Acte vorgenommen, welche jenen Verabredungen präjudicirlich werden können. Die beiden an den Reichsrath

\*) Vergl. No. 244.



in Kopenhagen vorgelegten Gesetzentwürfe über Modification des Verfassungsgesetzes vom 2. Octbr. 1855 sind unverkennbar auf eine wesentliche Alterirung der Stellung des Herzogthums Schleswig in der Gesamtmonarchie gerichtet. Die Frage, wie dies mit den in den Jahren 1851/52 gegebenen Garantien zu vereinigen wäre, scheint die kgl. dänische Regierung dabei gar nicht erwogen zu haben. ¶ Mit vollem Rechte haben daher die deutschen Mächte in ihren Depeschen vom 14. Februar d. J. bezüglich jener Acte Verwahrung eingelegt, und die vereinigten Ausschüsse nehmen keinen Anstand, der h. Bundesversammlung den Anschluss an diese Verwahrung zu empfehlen. ¶ Die Ausschüsse übersehen hierbei in keiner Weise, dass das Herzogthum Schleswig nicht zum deutschen Bunde gehört und dass deshalb der Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 dasselbe nicht direct erwähnt. Hieraus kann aber nicht, wie es die oben angezogenen Depeschen des dänischen Herrn Ministers thun wollen, gefolgert werden, dass dem deutschen Bunde in Bezug auf jenes Herzogthum keinerlei Berechtigung zustehe. Es folgt hieraus vielmehr nur, dass diese Berechtigung nicht denselben Charakter habe, wie bezüglich des Herzogthums Holstein. Jedenfalls aber hat dieselbe in den Verabredungen von 1851/52 eine vertragsmässige internationale Grundlage erhalten. Die Krone Dänemark hat sich in jenen Verhandlungen und Uebereinkommen nicht bloß gegenüber von Oesterreich und Preussen verpflichtet, sondern genau in demselben Umfange auch gegenüber dem deutschen Bunde, in dessen Namen und speciellem Auftrage die beiden deutschen Mächte damals verhandelten, dem sie das Resultat ihres Auftrages vorlegten und der dann in demselben durch den Beschluss vom 29. Juli 1852 die Beilegung der bisherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde anerkannte und genehmigte. Gegen jede Verletzung dieser Verpflichtungen Verwahrung einzulegen, ist mithin die hohe Bundesversammlung eben so sehr berechtigt und veranlasst, als die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen. ¶ Aus diesen Erwägungen stellen die vereinigten Ausschüsse den Antrag:

Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen:

1) in völliger Uebereinstimmung mit den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in Kopenhagen gethanen Schritten sich insbesondere der von denselben in den gleichlautenden Noten vom 14. Febr. d. J. eingelegten Verwahrung anzuschliessen.

2) den königl. dänischen, herzoglich Holstein- und Lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten zu ersuchen, seiner höchsten Regierung hiervon Mittheilung zu machen. \*)

\*) Nach Verlesung dieses Berichtes gab der dänische Gesandte folgende Erklärung ab: „In Uebereinstimmung mit den bei früheren Gelegenheiten (zuletzt in der Sitzung vom 8. März 1860) von ihm abgegebenen Erklärungen und Verwahrungen, kann der Gesandte nicht umhin, dem eben vernommenen Vortrage gegenüber seinerseits alle Rechte des Königs, seines allernächsten Herrn, abermals und ausdrücklich zu reserviren und dabei namentlich gegen die Ausdehnung einer Competenz dieser h. Versammlung auf die inneren Angelegenheiten der nicht zum Bunde gehörigen Theile der dänischen Monarchie sofort eine entschiedene Verwahrung niederzulegen. Indem der Gesandte übrigens weitere Erklärung und Aeusserung vorbehält, ist er in der Lage, hinzuzufügen, dass eine Antwort seiner allerhöchsten Regierung auf die unter No. 4 und 6 der Beilagen abgedruckten Erlasse baldigt erfolgen wird, er daher, h. Bundesversammlung gegenüber schon jetzt auf den Inhalt dieser Erwiderung Bezug zu nehmen hat.“

## No. 244.

**DAENEMARK.** — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Protest gegen die Behandlung der Angelegenheiten der Herzogthümer in der Preussischen Kammer der Abgeordneten. —

Copenhague, le 16. Mai 1860.

*Monsieur le Baron,*

No. 244.  
Dänemark,  
16. Mai  
1860.

La chambre des Députés de Prusse s'est plu récemment à faire entrer dans le domaine de ses débats les affaires du Duché Danois de Schleswig et à la date du 4 de ce mois elle a pris une résolution, „par laquelle, en transmettant au Gouvernement du Roi les pétitions soumises à la Chambre, elle exprime la confiance que celui-ci, de concert avec ses Confédérés, ne négligera rien pour procurer enfin aux Duchés de Schleswig et de Holstein la pleine jouissance de leurs droits outragés.“ ¶ Si le Gouvernement du Roi a pris connaissance de ces débats avec une bien grande surprise, c'est avec une véritable douleur qu'il voit l'attitude que le Cabinet Prussien a affectée dans cette occasion. ¶ Le Gouvernement de Prusse n'a pas trouvé un seul mot pour désapprouver le ton de ces débats si inconvenant et si profondément blessant pour une Puissance amie et alliée, pas une seule rectification ou une simple expression de doute à l'égard des outrages à la vérité qui s'y sont produits. Bien au contraire, son organe, le Ministre des affaires étrangères, a formellement déclaré que le Gouvernement „partage complètement les vues qui s'énoncent dans la pétition.“ ¶ Vis-à-vis des empiètements de la Chambre des Députés, le Gouvernement Prussien a laissé à l'écart des principes incontestables du droit des gens européen et les actes formels provoqués par la Prusse elle-même, par lesquels l'Allemagne, il y a quelques années, avait pleinement reconnu qu'il n'existe entre la Confédération et le Duché de Schleswig aucune relation, soit politique soit internationale. Loin de là le Ministre des affaires étrangères, au nom du Gouvernement, a accueilli avec faveur une résolution établie sur des appréciations toutes contraires, et il n'a pas même hésité à proclamer hautement la fidélité „éprouvée et jamais violée“ envers le Souverain légitime de sujets qui — nous regrettons d'être obligés de le rappeler — ont manqué à leur foi jurée et se sont soulevés en révolte ouverte contre leur Prince. ¶ L'usurpation de l'assemblée n'est pas atténuée par la circonstance que la résolution embrasse également le Holstein, attendu que les rapports de la Confédération avec ce Duché ne sauraient entraîner aucun droit à s'ingérer dans les affaires d'une autre partie quelconque de l'indépendante Monarchie Danoise. Et même pour ce qui est du Duché de Holstein, le Gouvernement Danois ne peut voir dans la résolution qu'une anticipation de délibérations encore pendantes à la Diète de Francfort — anticipation d'autant plus déplorable qu'elle ne pourra que trop facilement avoir pour conséquence de compromettre le succès des discussions que le Gouvernement s'est proposé de provoquer avec les Etats Holsteinois sur la position définitive à donner au Duché dans la Monarchie. ¶ C'est contre cette conduite de la Chambre des Députés Prussienne, et en particulier contre l'attitude du Gouvernement

du Roi de Prusse que le Gouvernement de Sa Majesté tient à faire toutes ses réserves. Il proteste hautement contre l'immixtion dans les affaires intérieures d'une partie de la Monarchie Danoise qui se trouve en dehors de l'action du droit fédéral, et il signale dès-à-présent l'influence funeste que l'anticipation des discussions pendantes au sein de la Diète de Francofort au sujet de la position constitutionnelle du Holstein pourra exercer sur l'issue de cette question. ¶ Je Vous invite, Monsieur le Baron, à donner lecture et à laisser copie de cette dépêche au Ministre des affaires étrangères. ¶ J'ai l'honneur &c. &c.

M. le Baron de Brockdorff etc., Berlin.

Hall.

No. 244.  
Dänemark,  
16. Mai  
1860.

### No. 245.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Kopenhagen. —  
Zurückweisung des vorausgehenden dänischen Protestes. —  
Berlin, le 29. Mai 1860.

Monsieur,

Les débats provoqués récemment dans notre Chambre des Députés par quelques pétitions relatives au Duché de Schleswig ont engagé le Cabinet Danois à adresser à son Représentant près notre Cour une Dépêche que Monsieur le Baron de Brockdorff, d'ordre de son Gouvernement, après m'en avoir donné lecture, a laissée entre mes mains et dont j'ai l'honneur de vous transmettre ci-jointe une copie. ¶ En parcourant cette pièce, vous comprendrez, Monsieur, et vous partagerez sans doute tout l'étonnement que nous a dû causer une démarche aussi insolite et aussi peu justifiée par les circonstances qui y ont donné lieu. ¶ D'abord il nous serait peut-être permis de demander, de quel droit Monsieur Hall croit pouvoir censurer les discussions parlementaires d'un pays étranger, qui doivent conserver nécessairement un caractère purement domestique aussi longtemps qu'aucun acte extérieur et diplomatique n'est venu leur donner une suite pratique. Comme Ministre d'un Etat constitutionnel Monsieur Hall devrait être le premier à rendre hommage à un principe inséparable de la liberté de discussion qui forme un des droits fondamentaux de toute Assemblée représentative. Par suite du même principe le ton des Débats parlementaires chez nous comme en Danemarck ne saurait être soumis à aucun autre contrôle que celui dont l'exercice, d'après les dispositions du règlement, fait régulièrement partie des attributions du Président de l'Assemblée. Si par conséquent le Cabinet du Prince-Régent doit décliner toute responsabilité à cet égard, il lui semble étrange que le ton des débats de notre Chambre des Députés ait provoqué une plainte précisément de la part d'un Ministre qui ne peut avoir oublié les attaques violentes et assurément peu mesurées, auxquelles les Gouvernements Allemands et la Confédération Germanique toute entière ont été maintes fois en butte dans les Assemblées représentatives de son propre pays. Sans doute nous n'aurions pas demandé mieux que de pouvoir rectifier ce que Monsieur Hall se plaît d'appeler les outrages à la vérité

No. 245.  
Preussen,  
29. Mai  
1860.

**No. 245.**  
 Proussen,  
 29. Mai  
 1860.

qui, selon lui, se seraient produits dans les débats de notre Chambre des Députés. Malheureusement une telle rectification nous était d'autant plus impossible que les données que nous possédons nous mêmes sur la situation du Schleswig ne viennent nullement infirmer les faits allégués par plusieurs députés, de manière qu'en gardant le silence à ce sujet, nous avons certainement rempli tout ce que les égards dus à un Gouvernement voisin et ami, pouvaient nous prescrire dans cette circonstance. ¶ Mais le Gouvernement Danois nous adresse un reproche plus grave, en nous accusant „d'avoir laissé à l'écart des principes incontestables du droit des gens et les actes formels provoqués par la Prusse elle-même, par lesquels l'Allemagne, il y a quelques années, avait pleinement reconnu, qu'il n'existe entre la Confédération et le Duché de Schleswig aucune relation, soit politique, soit internationale.“ Ce reproche que nous repoussons de la manière la plus formelle, prouve, nous sommes fâchés de le dire, que Monsieur Hall, avant de le formuler d'une manière si catégorique, n'a pas même pris la peine de lire ce que j'avais déclaré au début de la discussion, pour marquer avec précision le point de vue, sous lequel le Gouvernement Prussien continue d'envisager cette question. Ce point de vue je l'avais en effet clairement indiqué en disant que, selon moi et en présence de la situation actuelle du Duché de Schleswig, la question qu'il s'agirait d'examiner serait celle de savoir, si et jusqu'à quel point l'état de choses existant dans ce Duché était ou non conforme à ce que l'Allemagne en vertu des arrangements convenus avec le Danemarck en 1852 était en droit d'exiger en faveur du dit Duché. ¶ Eh bien, Monsieur, il me semble qu'il n'est guère possible de s'exprimer d'une manière plus correcte, plus conforme aux traités et par conséquent au droit international et plus mesurée enfin, que je ne l'ai fait en prononçant les paroles qui précèdent. La résolution adoptée par la Chambre à l'unanimité des voix avait pour but d'exprimer le voeu, de voir enfin les Duchés entrer dans la pleine jouissance de leurs droits violés. Or, comment le Gouvernement Prussien aurait-il pu s'opposer à l'adoption d'une pareille résolution, puisqu'il n'est que trop notoire que ces droits, et je ne parle ici que de ceux consacrés par les arrangements de 1852, continuent en effet de leurs être constamment refusés. ¶ Je suis tout-à-fait d'accord avec Monsieur Hall, que la Confédération Germanique aussi peu que tout autre Gouvernement n'a en principe le droit de s'ingérer dans les affaires intérieures de „l'indépendante Monarchie Danoise,“ et par conséquent non plus dans celles du Duché de Schleswig. Mais est-ce à dire, que, parce que les dispositions du pacte fédéral allemand ne sauraient s'appliquer à ce dernier pays, la Confédération Germanique n'ait pas le droit de demander que les engagements internationaux dont le Danemarck s'est chargé envers elle par rapport au Schleswig restent à tout jamais sans aucun effet? que le Danemarck, parce que le Duché de Schleswig ne fait pas partie du Corps Germanique, soit libre de remplir ou de ne pas remplir les stipulations survenues entre lui et la Confédération relativement au Duché de Schleswig? ¶ Je doute que Monsieur Hall, ainsi que le contenu de sa dépêche pourrait le faire croire, ait en effet voulu établir ou soutenir une thèse aussi mon-

strueuse et aussi contraire aux premières notions du droit public. ¶ C'est à tort aussi que Monsieur Hall voit dans la résolution de notre Chambre des Députés une anticipation des délibérations encore pendantes à la Diète de Francfort. Je lui ferai observer à ce sujet d'abord que l'affaire du Schleswig n'a pu encore être portée devant la Diète Germanique, et ensuite, que le Gouvernement Prussien a expressément déclaré par mon organe devant la Chambre des Représentans, qu'il n'entendait nullement et d'aucune façon préjuger les déterminations futures de la Diète fédérale. ¶ Si Monsieur Hall me reproche enfin d'avoir hautement proclamé la fidélité „eprouvée et jamais violée“ des sujets allemands du Roi de Danemarck, je ne puis sans doute pas contester au Gouvernement Danois le droit d'envisager la conduite des Duchés sous un point de vue qui diffère essentiellement du nôtre, mais je défie Monsieur Hall et qui que ce soit, de citer un fait qui soit de nature à prouver que même au plus fort de la lutte les droits sacrés du Prince légitime aient jamais été méconnus ou mis en question seulement par les populations de ses Duchés allemands. ¶ D'après ce qui précède, les réserves et la protestation par lesquelles Monsieur Hall termine sa dépêche, n'ont, à nos yeux, aucune raison d'être, et nous les considérons comme nulles et non avenues, tout en regrettant vivement que le Cabinet Danois ait cru devoir les formuler et nous ait mis par là dans la nécessité d'entrer dans une polémique à laquelle, dans l'intérêt de nos bons rapports avec le Danemarck, auxquels, pour notre part, nous attachons un bien haut prix, nous aurions infiniment préféré de pouvoir renoncer. ¶ Je vous invite, Monsieur, à vouloir bien donner lecture et remettre copie de la présente dépêche à Monsieur le Ministre des affaires étrangères de Sa Majesté Danoise. ¶ Recevez etc.

M. de Balan etc., Copenhague.

Schleinitz.

## No. 246.

DAENEMARK. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Berlin. — Replik auf die vorausgehende preussische Depesche.

Copenhague, 10. Juin 1860.

*Monsieur le Baron.*

La dépêche ci-jointe que Mr. de Balan vient de me communiquer m'oblige de revenir sur la dépêche que j'ai eu l'honneur de vous adresser sous la date du 16 du mois passé. ¶ Tout en rendant avec Mr. de Schleinitz l'hommage possible à la liberté de la discussion parlementaire, je suis pourtant d'avis que cette liberté comme toute autre a ses limites, et je ne peux certainement pas reconnaître „le caractère purement domestique“ de débats dont l'objet unique a été de critiquer et de blâmer les actes et l'administration intérieure du Gouvernement d'un pays étranger. Néanmoins je ne m'étais nullement proposé de censurer les discussions parlementaires de la Chambre des Députés Prussienne. Si j'ai fait mention du ton et des tendances de ces débats, ma dépêche montre clairement, je le crois, que j'entendais uniquement faire ressortir par-là l'attitude que le Gouvernement Prussien avait cru pouvoir prendre dans cette occasion, en approuvant,

No. 245.

Preussen,  
29. Mai  
1860.

No. 246.

Dänemark,  
10. Juni  
1860.

**No. 246.** tantôt par son silence tantôt en paroles expresses, les vues et les prétentions énoncées. Je ne puis connaître, il est vrai, les données que Monsieur le **Dänemark,** **10. Juni** **1860.** **Ministre des affaires étrangères** possède sur la situation du Schleswig — situation que, de l'aveu même du Ministre, il est extrêmement difficile pour un Gouvernement étranger de constater de loin d'une manière satisfaisante. Mais quelles qu'elles soient et quel que soit d'ailleurs le point de vue sous lequel le Ministre envisage la prétention de l'Allemagne à s'ingérer dans les affaires d'une province Danoise qui n'appartient pas à la Confédération, je suis sûr que partout en Europe on aura partagé l'étonnement et compris la douleur que nous avons éprouvés à voir le Gouvernement Prussien accueillir avec une faveur si marquée cette démonstration de la Chambre contre une Puissance alliée et amie. Et ce sentiment pénible n'est pas affaibli par les expériences de notre propre histoire parlementaire, qui, loin de présenter des analogies de débats pareils, montre, au contraire, que dans nos Assemblées représentatives on a toujours fait preuve d'une grande modération à parler des Etats étrangers, et on y chercherait en vain l'exemple „d'attaques violentes et peu mesurées“ contre une Puissance alliée et amie. ¶ Quant à la réalité de la question, Monsieur le Ministre a bien voulu reconnaître que la Confédération Germanique, pas plus que tout autre Gouvernement, n'a, en principe, le droit de s'ingérer dans les affaires intérieures de l'indépendante Monarchie Danoise, et par conséquent non plus dans celles du Duché de Schleswig. Mais en même temps il revendique pour la Diète le droit d'examiner, si et jusqu'à quel point l'état de choses existant dans ce Duché est conforme à ce que l'Allemagne, en vertu des arrangements convenus avec le Danemark en 1852 serait en droit d'exiger en faveur dudit Duché. Mais l'arrangement convenu en 1852 c'était l'arrêté fédéral du 29 Juillet, dans lequel la Diète, sur l'invitation de l'Autriche et de la Prusse, reconnaissait que les dispositions du règlement des affaires de la Monarchie, en tant qu'elles concernaient les affaires des Duchés de Holstein et de Lauenbourg, et en tant qu'elles relevaient, d'après leur nature, de l'examen et de la décision légitime de la Confédération, étaient conformes aux droits et aux lois de celle-ci. C'est là l'arrangement définitif et entier entre la Confédération et le Danemark, et il s'occupe exclusivement des deux Duchés allemands; par aucun mot il ne fait mention du Schleswig, et de raison! Mais peut-être le Ministre a-t-il eu en vue les négociations antérieures de 1851. Bien qu'il ne soit certes pas permis de déduire de ces dernières ce qui ne se trouve pas dans l'acte final, je suivrai le Ministre même sur ce terrain. En examinant ces négociations, on y trouvera, à côté d'engagements formels pris au sujet de Holstein, l'expression des intentions Royales relativement à la position à donner au Schleswig dans l'ensemble de la Monarchie, nommément celle de ne pas procéder à l'incorporation du Duché dans le Royaume, par conséquent de lui laisser une administration et une législation séparées pour les affaires spéciales et de rétablir les anciens Etats exerçant l'autonomie provinciale. Mais ces intentions Royales se signalent expressément comme émanant du libre arbitre du Souverain, et c'est d'ailleurs un fait incontestable, qu'elles

ont trouvé une réalisation immédiate, sans qu'aucun changement ait été porté plus tard à l'autonomie du Schleswig pour les affaires spéciales de ce Duché. Par conséquent, lorsque le Ministre prétend qu'il n'est que trop notoire que les droits consacrés par les arrangements de 1852 continuent d'être constamment refusés au Schleswig, nonseulement je dois nier cette prétendue notoriété, mais je repousse de la manière la plus formelle l'existence même du fait. ¶ J'avais appelé l'attention sur l'influence funeste que l'attitude du Gouvernement Prussien dans cette occasion pourrait trop facilement exercer sur les délibérations encore pendantes au sujet de la position constitutionnelle du Holstein, surtout en vue des discussions que le Gouvernement s'est proposé de provoquer avec les Etats du Holstein. Sans me permettre de révoquer en doute l'attention que le Ministre a certainement bien voulu prêter à ce que j'ai écrit, je dois pourtant faire l'observation qu'il l'a singulièrement mal interprété. J'avais parlé du Holstein, et le Ministre a bien voulu me dire que l'affaire du Schleswig n'a pas encore été portée devant la Diète; j'avais parlé des discussions prochaines des Etats du Holstein, et le Ministre me répond que le Gouvernement n'entend nullement préjuger les déterminations futures de la Confédération. ¶ Lorsque le Ministre a cru devoir maintenir les éloges prodigués à la fidélité „eprouvée et jamais violée“ des sujets allemands du Roi, en défiant „qui que ce soit de citer un fait qui soit de nature à prouver que, même au plus fort de la lutte, les droits sacrés du Prince légitime aient jamais été méconnus ou mis en question seulement par les populations de Ses Duchés Allemands“, je n'entrerai pas dans les détails de ce sujet pénible. Une lutte armée, soutenue pendant des années contre le Souverain paraît être la violation la plus complète et la plus décidée des droits sacrés du Prince légitime. C'est là certes le point de vue du Gouvernement du Roi, mais je doute fort que ce soit une vue particulière à nous. ¶ Je ne puis donc que maintenir les réserves de ma dépêche du 16 du moi passé qui malheureusement ne se trouvent que trop justifiées par les circonstances qui y ont donné lieu. C'est à regret que je me suis vu dans la nécessité de devoir prendre ces réserves, et c'est bien malgré moi que je suis entré dans la polémique qui en a été la suite. Le Gouvernement du Roi attache un si haut prix aux bons rapports avec la Prusse, — qui auront toujours un intérêt si essentiel pour la Danemarck, — que certainement il désire ne pas prolonger une discussion qui pourrait porter atteinte à l'heureuse entente entre les deux Gouvernements. ¶ Veuillez, Monsieur le Baron, faire lecture de cette dépêche au Ministre des affaires étrangères et lui en laisser copie, s'il le désire. ¶ J'ai l'honneur d'être &c.

*M. le Baron de Brockdorff etc., Berlin.*

*Hall.*

## No. 247.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Copenhagen. — Rückfasserung auf die vorausgehende dänische Depesche nebst einem Pro memoria über die rechtliche Stellung Deutschlands zu dem Herzogthum Schleswig. —

Bade-Bade le 29 Juin 1860.

*Monsieur,*

No. 247.

Preussen,  
29. Juni  
1860.

Monsieur le Baron de Brockdorff a bien voulu me communiquer une dépêche que Monsieur Hall lui a adressée en date du 10 juin et que j'ai l'honneur de vous transmettre ci-jointe en copie. ¶ Monsieur Hall dans cette dépêche a cru devoir renouveler les protestations et les réserves qu'il avait déjà formulées dans celle du 16 mai, et à laquelle j'ai répondu par l'office que j'ai eu l'honneur de vous adresser en date du 29 mai dernier. ¶ Je n'ai rien à retrancher des observations que j'ai consignées dans ma dépêche précitée, ni rien à y ajouter, et il me semble qu'une discussion plus prolongée sur ce sujet ne servirait qu'à envenimer les rapports des deux pays, sans contribuer en quoi que ce soit à aplanir les difficultés qui s'opposent à une solution satisfaisante de la question dont il s'agit. ¶ Mais puisque Monsieur le Ministre des affaires étrangères a pris à tâche de prouver que le Danemarck n'a contracté aucune espèce d'engagement envers la Confédération Germanique par rapport au Duché de Schleswig, je n'ai cependant pu me dispenser d'exposer plus amplement la manière dont nous envisageons la nature et la portée des arrangements consentis à cet égard par le Gouvernement Danois et de consigner nos appréciations dans le memorandum allemand que Vous trouvez joint à la présente. \*) Il servira, je n'en doute pas, à réfuter entièrement l'argumentation de Monsieur Hall. ¶ En me référant en général au contenu de cette pièce, je crois pourtant devoir maintenir ici plus particulièrement encore la réserve que j'ai déjà exprimée de bouche à Monsieur le Baron de Brockdorff, lorsque cet Envoyé m'a donné lecture de la dépêche de Monsieur Hall du 10 de ce mois, réserve concernant la dénomination de „province danoise“ appliquée au Duché de Schleswig, et qui, selon nous, se trouve en contradiction ouverte avec la position qui revient à ce pays de droit et en vertu de stipulations internationales. ¶ Du reste, c'est à la Diète fédérale qu'il appartient de préciser les droits qu'elle se croira autorisée à faire valoir en vertu des engagements pris par le Danemarck, et nous ne prétendons nullement préjuger les résolutions qu'elle se verra dans le cas de prendre à cet égard. ¶ Si Monsieur Hall fait observer dans sa dépêche du 10 juin que les délibérations des assemblées législatives du Danemarck n'ont jamais présenté le spectacle d'attaques violentes et peu mesurées contre les Puissances Allemandes ou contre la Confédération Germanique, ma dépêche du 29 mai indique assez clairement que nous n'attachons aucune importance particulière à des incidents de ce genre. ¶ Aussi croyons-nous devoir nous abstenir de compulsier les comptes rendus des sessions parlementaires du Danemarck depuis 1850 et de signaler toutes les sorties violentes auxquelles les Puissances Allemandes se sont

\*) Dasselbe ist hier mit abgedruckt.



trouvées en butte au sein des Chambres danoises. Je me borne à appeler **No. 247.**  
l'attention de Monsieur Hall sur les débats qui ont eu lieu dans les deux **Preussen,**  
Chambres danoises depuis l'automne 1851 jusqu'au printemps 1852 et qui **29. Juni**  
fournissent de nombreux exemples à l'appui de ce que j'ai avancé à ce sujet **1860.**  
dans ma dépêche du 29 mai. ¶ Je vous invite, Monsieur, à donner lecture  
de la présente dépêche à Monsieur le Ministre des affaires étrangères et de  
lui en laisser copie, ainsi que du memorandum, s'il vous en exprimait le  
désir. ¶ Agréez &c.

*M. de Balan etc., Copenhagen.*

*Schleinitz.*

### P r o m e m o r i a.

Der Königlich Dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat in der  
Depesche an den Freiherrn von Brockdorff vom 10. Juni c. die Behauptung aufgestellt,  
dass Dänemark in den Verhandlungen der Jahre 1851 und 1852 keine Ver-  
bindlichkeit gegen den Deutschen Bund in Bezug auf Schleswig eingegan-  
gen sei.

Die in den Monaten December 1851 und Januar 1852 zwischen Copenhagen, Wien und  
Berlin gewechselten Depeschen beweisen unbestreitbar das Gegentheil.

Des Königs von Dänemark Majestät hatte auf Grund des Artikels 4 des Friedens-  
vertrages vom 2. Juli 1850 die Intervention des Deutschen Bundes nachgesucht, um wieder  
in den Besitz des Herzogthums Holstein eingesetzt zu werden. Es war dies nach eben  
jener Bestimmung wie nach Artikel 27 der Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820 davon  
abhängig, dass der König dem Bunde von den zur Pacification des Landes gefassten Ent-  
schliessungen Kenntniss gab.

Eine erste Erklärung, welche die Dänische Regierung den von dem Bunde für  
diese Angelegenheit bevollmächtigten Höfen von Berlin und Wien unter dem 26. August  
1851 abgegeben hatte, war von letzteren für ungenügend erachtet worden, um darauf hin  
zur Herstellung der landesherrlichen Gewalt zu schreiten.

Darauf erging die Depesche des Copenhagener Cabinets vom 6. December 1851.

Rechtliche Garantien für seine künftigen Massnahmen — erklärte dasselbe  
darin — könnten deutscherseits nicht verlangt, dürften von Dänemark nicht gegeben wer-  
den. Wohl aber werde es dem König, wenn man seinem Verlangen durch Rückgabe der  
vollen landesherrlichen Gewalt in Holstein entspreche, in einer hoffentlich nahen Zukunft  
möglich werden, die moralischen Garantien zu verstärken, welche dem inneren und  
äusseren Frieden der Monarchie zu Grunde lägen. Solche Garantien könnten aber ihrem  
Wesen und ihrer Natur nach nur aus freien Stücken gegeben werden.

Zu diesem Zwecke waren in einer besondern Anlage der Depesche unter Num. II  
die Absichten des Königs vertraulich mit dem Beifügen näher entwickelt, dass der König  
deren Ausführung eventuell nicht beanstanden werde.

Diese waren in bestimmten Punkten formulirt. Sie interessiren hier nur insoweit,  
als sie auf Schleswig Bezug haben. Es war darin gesagt:

„1) Wenn Seine Majestät, aus Rücksichten auf den Rath und Wunsch Seiner  
hohen Allirten, beschliessen, nicht nur das Herzogthum Holstein, sondern auch das Her-  
zogthum Schleswig bis weiter als absoluter König unter Mitwirkung berathender Provin-  
zialstände zu regieren, so geschieht diess, was das Herzogthum Schleswig betrifft, übri-  
gens lediglich aus freier Machtvollkommenheit auch keineswegs in der Absicht,  
auf Wiedereinführung der Provinzialstände-Institution im Königreich Dänemark, mit  
Beseitigung des für letzteres angenommenen und in Wirksamkeit bestehenden Grundgesetzes,  
hinzuarbeiten, sondern mit dem Ziele vor Augen, auf gesetz- und verfassungsmässigem  
Wege, d. h. durch die berathenden Provinzialstände, jedes der gedachten Herzogthümer

**No. 247.** für sich und, was das Königreich betrifft, durch Beschlüsse des Reichstages, sowie in Betreff Lauenburgs unter Mitwirkung von Ritter- und Landschaft eine organische und gleichartige verfassungsmässige Verbindung sämtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen.“

Preussen,  
29. Juni  
1851.

„2) So wie der König einestheils bereits zugesagt hat, auch ferner erklärt, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, so kann Seine Majestät anderentheils Nichts genehmigen, wodurch eine Zusammenschmelzung Holsteins und Schleswigs oder überall irgend eine andere oder nähere Verbindung dieser Herzogthümer unter einander als zwischen einem jeden derselben und dem Königreich Dänemark gleich eintreten, oder in Zukunft herbeigeführt werden würde“ u. s. w.

Unter 3) wird dann noch weiter ausgesprochen, dass obiger Grundsatz dem Fortbestehen solcher Bande zwischen beiden Herzogthümern nicht entgegen sei, welche sich zwischen Grenzländern auf Grund ähnlicher Territorialbeschaffenheit und analoger Nahrungsverhältnisse der Bewohner ergäben, imgleichen solcher, die entweder in den für beide Landestheile gemeinsam gewordenen Instituten nichtstaatsrechtlicher Natur begründet seien, oder auf privatrechtlich gemeinsamen Verhältnissen gewisser Classen beruhen.

Unter 4) wurde ferner als ein nothwendiges Erforderniss ausgesprochen, dass der Bundestag von jedweder Kompetenzbegründung in oder rücksichtlich des Dänischen Kronlandes Schleswig absehe.

Die deutschen Mächte gingen jedoch auch diessmal auf den von der Dänischen Regierung eingenommenen Standpunkt, wonach dieselbe jede verpflichtende Zusage von sich ablehnen wollte, nicht ein.

In der aus Wien unterm 26. December 1851 nach Copenhagen gegebenen Antwort heisst es bestimmt:

„dass wir, um den Ausgang dieser Angelegenheit zu beschleunigen, bereitwillig über die uns nunmehr kundgegebenen Absichten Seiner Majestät des Königs uns aussprechen werden, dass wir diess aber unsererseits nur in der Unterstellung thun können, eine von ihrem Urheber als verpflichtend betrachtete, daher in der Ausführung gesicherte Erklärung vor Augen zu haben.

Ueberzeugt, dass die Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten nicht länger ausbleiben könnte, sobald nur über die hierzu geeigneten Schritte der Dänischen Regierung materielle Uebereinstimmung zwischen dieser und den deutschen Mächten bestände, vermöchten wir in der That kaum zu besorgen, dass auch in einem so günstigen Falle die Dänische Regierung zögern sollte, die wirkliche Ausführung dieser Schritte durch eine bestimmte Zusage zu verbürgen.“ — „Wir freuen uns,“ heisst es im weiteren Verlauf, — „nachdem wir somit unseren Standpunkt in der ganzen Frage aufs Neue bezeichnet haben, nunmehr aussprechen zu können, dass wir in dem Inhalt dieser Entschliessungen eine der veränderten Lage der Dinge angemessene Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten allerdings anerkennen.

Die beifolgende Aufzeichnung, welche Punkt für Punkt der Anlage VI der Dänischen Depesche folge, erläutert die Beweggründe unserer Zustimmung, sowie die Erwartungen, welche wir von einer entsprechenden Ausführung hegen.“

In der citirten Anlage der Depesche heisst es:

„1) Der Kaiserliche Hof vernimmt mit Befriedigung den Entschluss Seiner Majestät des Königs von Dänemark, nicht nur im Herzogthum Holstein, sondern auch im Herzogthum Schleswig die zu Recht bestehenden provinzialständischen Institutionen wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, und wenn Seine Majestät zugleich die Absicht kundgeben, auf gesetz- und verfassungsmässigem Wege, also nach Berathung mit den Provinzialständen der gedachten Herzogthümer, eine organische und gleichartige verfassungsmässige Verbindung sämtlicher Landestheile zu einer gesammten Monarchie herbeizuführen, so vermag der Kaiserliche Hof diese Willensmeinung des Königs nur als auf die Erfüllung einer *unabweislichen Aufgabe* gerichtet anzuerkennen.“ &c.

So aufrichtig aber Seine Majestät der Kaiser die Ruhe und Wohlfahrt des Dänischen Reiches durch eine seinen Bedürfnissen angemessene definitive Organisation baldmöglichst befestigt zu sehen wünschen, eben so zuversichtlich überlassen Allerhöchstdieselben sich der Hoffnung, dass die Dänische Regierung bei ihren auf diesen wichtigen Zweck gerichteten Bestrebungen nicht etwa den Institutionen, welche dem eigentlichen Königreich Dänemark während der letzten Jahre verliehen wurden, eine ausschliessliche Bevorzugung zuwenden, sondern dass sie dabei die bleibenden Verhältnisse der gesammten Monarchie und den Zweck der inneren Kräftigung ihres Verbandes zu einem Ganzen als die einzig sichere Richtschnur vor Augen haben werde. Einmal hierüber beruhigt, werden Seine Majestät nicht säumen, an der Sicherung jenes Verbandes durch völkerrechtliche Verbürgung einer gemeinsamen Erbfolge in alle Theile der Monarchie mit andern befreundeten Mächten sich zu betheiligen.

No. 247.  
Preussen,  
29. Juni  
1. 60.

„2) In der Erklärung Seiner Majestät des Königs von Dänemark, dass weder eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich stattfinden, noch irgend dieselbe bezweckende Schritte vorgenommen werden sollen, erblickt der Kaiserliche Hof mit Genugthuung eine neue Bestätigung jener Zusage, welche bereits von dem Hochseligen Könige Christian VIII. Seinen Unterthanen gegeben, dann von des jetzt regierenden Königs Majestät alsbald nach dem Friedensvertrage vom 2. Juli 1860 in dem Manifest vom 14. desselben Monats erneuert, auch in Gemässheit des vierten Artikels des erwähnten Friedensvertrages dem Deutschen Bunde als eine zur Pacification des Landes gefasste Entschliessung des Königs zur Kenntniss gebracht wurde.“

Im weiteren Verlaufe der Erklärung erkennt die Kaiserliche Regierung die Befugnisse des Königs zur Aufhebung der früheren Gemeinschaft zwischen Schleswig und Holstein, rücksichtlich der Administration und Rechtspflege, vollkommen an, und nicht minder den Grundsatz, dass die Geltung der Bundesgesetze, mithin auch die nur aus denselben hervorgehende Competenz des Bundes sich niemals auf ein zum Bunde nicht gehöriges Land, also auch nicht auf Schleswig erstrecken könne.

Schliesslich wird die vertrauensvolle Erwartung ausgesprochen,

„dass der König, gleichwie in der Frage der künftigen Organisation der Monarchie, so auch in der einstweiligen Leitung der Staatsgeschäfte die den verschiedenen Landestheilen gebührende Stellung als Glieder eines Ganzen, in welchem kein Theil dem andern untergeordnet ist, durch entsprechende Einrichtungen mit gleichmässiger Sorgfalt zu wahren wissen werde.“

Mit Bezug auf diese erläuternden Bemerkungen fährt dann die Wiener Depesche vom 26. December 1851 fort:

„Würde nun die Dänische Regierung sich bewogen finden, diejenige Auffassung ihres Programms, die wir in dem gegenwärtigen Erlasse und in der Anlage desselben niedergelegt haben, auch als die ihrige anzuerkennen, würde sie uns zugleich der wirklichen Ausführung der Absichten, die sie uns bis jetzt officiell nur als eine mögliche Eventualität zur Kenntniss gebracht hat, in der bindenden Form einer auf Befehl Seiner Majestät des Königs abgegebenen Erklärung versichern und danach auch ihre Handlungen einrichten, soweit dazu schon jetzt Veranlassung gegeben ist, so könnten wir auf einen baldigen versöhnenden Ausgang der seitherigen Irrungen zwischen den verschiedenen Theilen der Dänischen Monarchie, wie zwischen dieser und dem Deutschen Bund zuversichtlich vertrauen; wir würden das Mandat, kraft dessen wir in Gemeinschaft mit Preussen den Deutschen Bund in dieser Angelegenheit vertreten, unter gleichzeitiger Räumung Holsteins und Wiederherstellung der vollen landesherrlichen Gewalt in diesem Herzogthum, zurücklegen, in der Bundesversammlung für die getroffene Vereinbarung einstehen und zugleich die neue innere Begründung des Verbandes des unter einem Herrscher vereinigten Landes für weit genug vorgeschritten erachten, um uns an der völkerrechtlichen Verbürgung der Integrität der Monarchie mittelst Anerkennung der gemeinsamen Erbfolge zu betheiligen.“

Die Dänische Regierung stand nicht an, ihr Einverständnis mit diesen Eröffnungen zu erklären.

No. 247.

Preussch.  
29. Juni  
1860.

Bezugnehmend auf die von Preussischer Seite ausgesprochene Zustimmung zu der Wiener Depesche, erklärte der Königlich Dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Antwort vom 29. Januar 1852:

„Unter diesen Umständen kann es mir nur zu besonderer Befriedigung gereichen, n Folge der mir Allerhöchsten Orts ertheilten Ermächtigung, die Erklärung hierdurch abzugeben, dass der König, unser allergnädigster Herr, die in dem Erlasse des Kaiserlichen Cabinets vom 26. December v. J. und in der Anlage desselben niedergelegte Auffassung der den Höfen von Berlin und Wien kundgegebenen Allerhöchsten Abschriften, — wie im Allgemeinen so auch namentlich was die Nichtincorporation Schlesiws in das Königreich betrifft, — als mit der Seinigen übereinstimmend anerkennt.“

Zugleich wurde den beiden Mächten die Tages zuvor, unter dem 28. Januar 1852, erlassene Königliche Bekanntmachung mitgetheilt, welche, die Verheissung einer gemeinsamen Verfassung für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten wiederholend, daneben verspricht, „den Provinzialständen des Herzogthums Schleswig sowohl als denen von Holstein auf verfassungsmässigem Wege eine solche Entwiokelung angedeihen zu lassen, dass jedes der gedachten beiden Herzogthümer hinsichtlich seiner bisher zu dem Wirkungskreise der beratenden Provinzialstände gehörigen Angelegenheiten eine ständische Vertretung mit beschliessender Befugniss erhalten werde.“ — „Der zu dem gedachten Zwecke für das Herzogthum Schleswig auszuarbeitende Gesetzentwurf“ — fährt die Bekanntmachung fort — „wird insbesondere die erforderlichen Bestimmungen enthalten, um der Dänischen und der Deutschen Nationalität in dem gedachten Herzogthum völlig gleiche Berechtigung und kräftigen Schutz zu verschaffen und zu sichern.“

„Der Inhalt dieser Allerhöchsten Bekanntmachung“ — so lautete die Copenhagener Depesche vom 29. Januar 1852 weiter — „wird, wie die Königliche Regierung zuversichtlich hoffen darf, allen gerechten Erwartungen im vollsten Masse entsprechen, so wie es auch nicht zweifelhaft sein kann, dass, nachdem durch die obige Erklärung das diessseitige Einverständnis mit den von der Königlich Preussischen Regierung getheilten Ansichten des Kaiserlichen Cabinets entschieden bethätigt worden, die gewählte Form, die Königlichen Absichten auszusprechen, den beiden Höfen vollkommen genügend erscheinen wird, um demnach die Ausführung der ihrerseits in Aussicht gestellten Massnahmen nicht länger zu beanstanden.“

Am Schlusse der Depesche werden die ausgetauschten Erklärungen ausdrücklich noch als eine „getroffene Vereinbarung“ bezeichnet.

Die beiden deutschen Mächte fanden sich durch dieselbe befriedigt, zogen, in Erwiderung auf die gegebenen Zusagen, die Bundestruppen aus dem Herzogthum Holstein zurück, und legten die volle Regierungsgewalt in diesem Landestheile wiederum in die Hände Seiner Königl. Dänischen Majestät.

Durch die solchergestalt von Deutscher Seite erfüllte Uebereinkunft war in Bezug auf Schleswig dem Deutschen Bunde das Recht erworben, von Dänemark zu verlangen:

- 1) Nicht-Incorporation Schlesiws in Dänemark; vielmehr
- 2) Gewährung einer selbständigen und gleichberechtigten Stellung in der Gesamtmonarchie, wie für die übrigen Landestheile, so auch für Schleswig;
- 3) gleiche Berechtigung der Deutschen und der Dänischen Nationalität in Schleswig.

Der Herr Minister Hall glaubt nun zwar nach Inhalt seiner Depesche vom 10. Juni c. die vorstehend entwickelten Verpflichtungen des Dänischen Gouvernements durch die Behauptung ablehnen zu können,

dass in dem Bundesbeschlusse vom 29. Juli 1852 ein acte final der gepflogenen Verhandlungen existire, dass unter solchen Umständen es nicht erlaubt sei, aus den vorangegangenen Tractaten einen Anspruch herzuleiten, der seine Begründung nicht in der Schlussacte finde; und dass der Bundesbeschluss Schlesiws mit keinem Worte gedenke.

Diese Argumentation ist jedoch mit den factischen Verhältnissen in offenem Widerspruch.

Zunächst ergibt die ganze vorstehende Darstellung des geschichtlichen Verlaufes

der Verhandlungen, dass die in den Depeschen vom 6. und 26. December 1851 und vom 29. Januar 1852 gewechselten Erklärungen sich nicht in den Grenzen vorläufiger Tractate hielten, sondern, wie das Kopenhagener Cabinet in der zuletzt genannten Depesche selbst aussprach, eine getroffene Vereinbarung bildeten, welche von Deutscher Seite zu Gunsten Dänemarks sofort erfüllt worden ist, und den Dänischen Hof zu gleicher Erfüllung von seiner Seite verpflichtet.

No. 247.  
Preussen,  
29. Juni  
1860.

Es hat ferner die Redaction einer Schlussacte über die getroffenen Verabredungen, von welchen der Minister Hall spricht, überhaupt nicht stattgefunden. Am wenigsten kann der Bundesbeschluss vom 29. Juli 1852 als eine solche gelten.

Dieser Beschluss nimmt ausdrücklich Bezug auf den vorangehenden Antrag Preussens und Oesterreichs. Dieser Antrag basirt sich aber wiederum wesentlich auf das vorangeschickte historische Referat beider Mächte und ist nur im Zusammenhange mit diesem richtig zu deuten. Jenes Referat aber hebt, unter Hinweisung auf das Königliche Manifest vom 28. Januar 1852, in Betreff Schleswigs gerade diejenigen Punkte als speciell von Dänemark übernommene Verpflichtungen hervor, welche in Obigem als das Resultat des mehrerwähnten Depeschenwechsels bezeichnet sind. Es lässt sich daher auch mit Nichten behaupten, dass die Bundestags-Verhandlung vom 29. Juli 1852 Schleswigs nicht gedenke.

Es kam nicht darauf an, in der Sitzung jenes Tages einen Vertrag erst zu Stande zu bringen. Die Aufgabe Preussens und Oesterreichs war vielmehr nur, dem von dem Kopenhagener Cabinet in der Depesche vom 29. Januar 1852 ausgesprochenen Wunsche gemäss, „die bereits getroffene Vereinbarung zu vertreten“, deren Genehmigung von Seiten des Bundestages zu erwirken.

Nach Voranschickung eines kurzen geschichtlichen Ueberblickes über die von beiden Mächten in Folge des erhaltenen Commissoriums entwickelte Thätigkeit erklärten die Gesandten von Oesterreich und Preussen:

„Die Allerhöchste Bekanntmachung Seiner Majestät (des Königs von Dänemark) vom 28. Januar d. J. wird hoher Bundesversammlung von der Königlich-Dänischen, Herzoglich-Holstein-Lauenburgischen Gesandtschaft vorgelegt werden. (Es geschah diess demnächst.) Ihrerseits sind die Gesandten von Oesterreich und Preussen zu der Erklärung angewiesen, dass diese Bekanntmachung in denjenigen ihrer Verfügungen, die sich auf die zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde streitig gewesenen Fragen beziehen, den Ausdruck der Verständigung enthält, zu welcher die im Namen des Bundes handelnden Allerhöchsten Höfe mit der Königlich-Dänischen Regierung sich geeinigt haben.“

Sodann auf eine Erläuterung im Einzelnen übergehend, bemerken sie im Verlauf derselben wörtlich:

„Der Deutschen und der Dänischen Nationalität in dem Herzogthum Schleswig wird völlig gleiche Berechtigung und kräftiger Schutz zugesichert.“  
und weiter:

„In der Anerkennung der selbständigen und gleichberechtigten Stellung der verschiedenen Bestandtheile der Monarchie, deren keiner dem anderen untergeordnet oder einverleibt ist, stimmt die Bekanntmachung vom 28. Januar namentlich mit der früheren Königlichen Verkündigung vom 14. Juli 1850 überein, mit welcher letzteren die Zusage erneuert wurde, dass eine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich Dänemark nicht stattfinden soll.“

Den Gesetzen und Rechten des Bundes unterworfen und demgemäss der verfassungsmässigen Prüfung und Entscheidung des Bundestages unterliegend, waren die getroffenen Verabredungen natürlich nur in so weit, als sie sich auf die Verhältnisse der zum Bundesgebiete gehörigen Landestheile, also Holsteins und Lauenburgs, bezogen. In Ansehung Schleswigs handelte es sich nur um Verabredungen internationalen Characters, zur Beilegung der streitigen, von Holstein in dieser Beziehung erhobenen Ansprüche. Es war daher nur streng dem Sachverhältnisse ent-

**No. 247.** sprechend, wenn Preussen und Oesterreich in ihrem Antrage diesem Unterschiede einen Ausdruck gaben, indem sie zwar für die bewirkte Beilegung der seitherigen Streitigkeiten in ihrem ganzen Umfange die Genehmigung, das Anerkenntniss aber, dass dieselbe den Gesetzen und Rechten des Bundes entspreche, nur insoweit nachsuchten, als die diessfälligen Bestimmungen die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betrafen und nach Lage der Sache der verfassungsmässigen Prüfung und Beschlussfassung des Deutschen Bundes unterlagen.

In solcher Weise erklärt sich vollständig der von der Bundesversammlung sofort in derselben Sitzung vom 29. Juli 1852 genau dem Antrage gemäss gefasste Beschluss:

„die Bestimmungen der am 28. Jan. d. J. erlassenen Bekanntmachung Seiner Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Holstein und Lauenburg, soweit dieselben die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betreffen, auch nach Lage der Sache der verfassungsmässigen Prüfung und Beschlussfassung des Deutschen Bundes unterliegen, als den Gesetzen und Rechten des Bundes entsprechend anzuerkennen, und der sonach von Seiner Majestät dem Könige im Einverständnisse mit den im Namen des Bundes handelnden Regierungen von Oesterreich und Preussen bewirkten Beilegung der seitherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde die vorbehaltene definitive Genehmigung zu erteilen.“

## No. 248.

**DAENEMARK.** — Der Gesandte bei der deutschen Bundesversammlung an den k. k. Präsidialgesandten. — Protest gegen den in der Bundestagssitzung vom 18. März gestellten Ausschussantrag.\*)

Frankfurt, 19. März 1862.

**No. 248.** In der letzten Sitzung der deutschen Bundesversammlung hat der Dänemark, für die Holstein-Lauenburgische Verfassungsangelegenheit niedergesetzte Ausschuss, in Gemeinschaft mit der Executions-Commission, dieser hohen Versammlung die in der vertraulichen Verhandlung zwischen den Allerhöchsten Höfen von Copenhagen, Wien und Berlin seit dem 26. October v. J. gewechselten Depeschen, nebst einigen andern Actenstücken, vorgelegt und dabei, unter namentlicher Hervorhebung derjenigen Erörterungen und Verwahrungen, zu den der Herr Graf v. Rechberg und der Herr Graf v. Bernstorff sich hinsichtlich der staatsrechtlichen Verhältnisse der nicht zum Bunde gehörigen Landestheile der Dänischen Monarchie, so wie hinsichtlich des Bestehens und der Competenz des für dieselben zur Zeit versammelten Reichsraths, neuerdings veranlasst gefunden haben, — den Antrag näher begründet:

„Hohe Bundesversammlung wolle beschliessen, in voller Uebereinstimmung mit den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in Copenhagen gethanen Schritten sich insbesondere der von denselben in den gleichlautenden Noten vom 14. Feb-

\*) Diese Note und das nachfolgende Antwortschreiben wurden in der 13. Sitzung der Bundesversammlung vom 27. März (§ 105) von dem Präsidium vorgelegt und unter Bezugnahme auf die in dem letzterwähnten Actenstücke enthaltene Verwahrung an die vereinigten Ausschüsse überwiesen, gegen den Widerspruch Dänemarks wegen Holstein und Lauenburg, und der Niederlande wegen Luxemburg und Limburg, indem der niederländische Gesandte die Ansicht seiner Regierung ausspricht, „dass die Verhältnisse des Herzogthums Schleswig von denen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg getrennt zu behandeln seien.“

ruar eingelegten Verwahrung anzuschliessen und den Königlich Dänischen, Herzoglich Holstein-Lauenburgischen Bundestags-Gesandten zu ersuchen, Seiner höchsten Regierung hievon Mittheilung zu machen.“

No. 248.  
Dänemark,  
19. März  
1862.

Nachdem der unterzeichnete Königlich Dänische Gesandte bei der Deutschen Bundesversammlung sich beeilt hatte, diesen Vortrag zur Kenntniss Seiner Allerhöchsten Regierung zu bringen, ist derselbe beauftragt worden, an des Herrn Bundes-Präsidial-Gesandten, K. K. wirklichen Geheimen-Rath, Freiherrn v. Kübeck, Excellenz, die nachstehende, ganz ergebenste Mittheilung zu richten: ¶ Die Königlich Dänische Regierung hat sich seit dem Beginn der seit dem 26. October 1857 obschwebenden Verhandlungen über die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg so berechtigt als verpflichtet angesehen, gegen Ausdehnung der bundesrechtlichen Competenz auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Landestheile sowohl im Allgemeinen als in einzelnen Fällen, wo ein solches Bestreben zu Tage trat, Verwahrung einzulegen. Indem dieselbe sich hierbei auf ihr, durch Bundes- und Völkerrecht geordnetes und verbürgtes Verhältniss zu und in dem Deutschen Bunde berufen konnte, hat dieselbe anzuerkennen, dass sich, im Einklang hiemit, sowohl die bei Niedersetzung des betreffenden Ausschusses gemachte Mittheilung der beiden höchsten Höfe von Wien und Berlin, als auch der Inhalt aller hierauf erstatteten Vorträge und gefassten Beschlüsse nur und ausschliesslich auf die Verfassungsangelegenheit von Holstein und Lauenburg bezogen haben. Um so viel mehr konnte und sollte auch die Competenz der seit der 25ten Sitzung des J. 1858 zu den Berathungen jenes Ausschusses beigezogenen Executionscommission, entsprechend den Art. I, II, so wie dem Geist und Inhalt des Grundgesetzes vom 3. August 1820, sich nur auf die Durchführung von Bundesbeschlüssen innerhalb der Competenz des Bundes beziehen. ¶ Der Unterzeichnete hat jetzt nicht zu untersuchen, in wie fern in diesen Beschlüssen eine solche Competenz eingehalten worden sei; die Holstein und Lauenburg angehenden Erörterungen sind theils Gegenstand anderweitiger Verhandlung, theils in den Protokollen der Bundesversammlung niedergelegt. ¶ Je aufrichtiger aber Seine Allerhöchste Regierung sich über eine, den Forderungen hoher Bundesversammlung und den Interessen jener Herzogthümer entgegenkommende Ausführung jener Beschlüsse zu verständigen wünscht, je weniger hat sie ohne lebhaftes Bedauern von einem Vortrage Kenntniss nehmen können, der, die Grenzen und die Aufgabe der bisherigen Erörterungen verändernd, die Berathungen der Bundesversammlung auf Acte einer, lediglich das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig angehenden Gesetzgebung und das Mandat der zu einem andern Zweck niedergesetzten Ausschüsse auf internationale Fragen ausdehnt, in denen die Krone Dänemark dem Deutschen Bunde als eine durch die Bundes-Grundgesetze und durch den innern Geschäftsgang der hohen Bundesversammlung in keiner Weise gebundene Europäische Macht gegenübersteht. ¶ Die Königl. Regierung kann eine Beurtheilung der Motive nicht beanspruchen um derentwillen die höchsten Höfe von Wien und Berlin die über die holsteinische Verfassungsangelegenheit noch obschwebenden Verhandlungen schon

**No 248.** jetzt den genannten Ausschüssen vorgelegt, oder weshalb diese letzteren eine Betheiligung der Bundesversammlung vor Beendigung eben dieser Verhandlungen beantragt haben. ¶ Da aber durch die Ausdehnung der Competenz von ad hoc nicht gewählten Ausschüssen, so wie in Anträgen, nach denen die für Holstein und Lauenburg beanspruchte materielle und formelle Competenz des Bundes nun auch für das Königreich Dänemark und Schleswig angestrebt wird, eine Gefährdung der internationalen Rechte der Königlichen Regierung liegt, so kann dieselbe nicht umhin, hiegegen in der dem gefährdeten Recht entsprechenden Form sofort sich zu verwahren. Indem der Unterzeichnete sich dabei hinsichtlich des materiellen Inhalts der durch die oben erwähnten Mittheilungen angeregten Controversen auf eine Erwiderung zu beziehen hat, welche unterm 12. d. M. \*) an die Königlichen Gesandten in Wien und Berlin zur Mittheilung an diese höchsten Regierungen erlassen wurde, hat er dem Herrn Bundes-Präsidialgesandten gegenüber hiedurch Protest gegen jede, der Unabhängigkeit und den Rechten Seines Allerdurchlauchtigsten Souverains aus dem genannten Vortrage erwachsende Beeinträchtigung niederzulegen, und diese Rechte, also namentlich die internationale Stellung der Krone Dänemark für die nicht zum Bunde gehörigen Landestheile, gegen jede Unterordnung unter die für Holstein und Lauenburg innerhalb vertragsmässiger Gränzen übernommenen und gewissenhaft erfüllten Bundespflichten, wie hiedurch geschieht, zu verwahren. ¶ Indem der Unterzeichnete bitten darf, diese ganz ergebnste Note in der nächsten Sitzung der hohen Bundesversammlung zu deren Kenntniss geneigtest bringen zu wollen, ergreift er &c.

*Frhrn. v. Kübeck etc., Exc*

*B. v. Bülow.*

## No. 249.

**DEUTSCHER BUND.** K. K. Präsidialgesandter an den k. dänischen, herzoglich-holstein-lauenburgischen Gesandten bei der Bundesversammlung. — Empfangsanzeige der vorausgehenden Note und Verwahrung. —

Frankfurt, 21. März 1862.

**No. 249.** Der unterzeichnete K. K. Präsidialgesandte hat die Ehre, Seiner Excellenz dem Königlich Dänischen, Herzoglich Holstein- und Lauenburgischen bevollmächtigten Gesandten bei der deutschen Bundesversammlung, Herrn von Bülow, den Empfang der verehrlichen Note vom 19. l. M. <sup>vom 19. l. M.</sup> <sub>praes. 20 l. M.</sub>, den von den vereinigten Ausschüssen bezüglich der Holstein- und Lauenburgischen Verfassungsangelegenheit in der vorletzten Bundestagssitzung gestellten Antrag betreffend, mit dem ergebnsten Bemerkten zu bestätigen, dass er nicht verfehlen wird, diese Note der Hohen Bundesversammlung in ihrer nächsten Sitzung vorzulegen. ¶ Der Unterzeichnete kann sich zwar zu einer eingehenden Erwiderung und näheren Beantwortung der eben erwähnten Note ohne ausdrückliche Genehmigung der Hohen Bundesversammlung nicht für ermächtigt halten, muss aber den darin niedergelegten Erklärungen, Ver-

\*) No. 242.



wahrungen und Protesten gegenüber schon jetzt für die Hohe Bundesversammlung alle Rechte, insbesondere auch diejenigen verwahren, welche dem durchlauchtigsten Deutschen Bunde in Folge der in Dessen Namen Seitens der Kaiserlich Oesterreichischen und der Königlich Preussischen Regierung mit der Königlich Dänischen, Herzoglich Holstein- und Lauenburgischen Regierung in den Jahren 1851 und 1852 getroffenen Vereinbarungen zustehen. ¶ Zugleich ergreift &c.

Hrn. v. Bülow etc., Exc.

Kübeck.

No. 249.  
Deutscher  
Bund,  
21. März  
1862.

## No. 250.

**Deutsche Bundesversammlung.** — Dreizehnte Sitzung vom 27. März 1862, Verhandlung über die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.

Präsidium bringt den von dem Ausschusse für die Holstein-Lauenburgische Verfassungsangelegenheit und der Executionscommission in der vorletzten Sitzung [St.-A. No. 243.] gestellten Antrag in rubricirtem Betreff zur Abstimmung.

No. 250.  
Deutscher  
Bund,  
27. März  
1862.

Oesterreich. Der Gesandte stimmt, unter Bezugnahme auf die in dem Erlasse des Herrn Grafen von Rechberg an Freiherrn von Brenner vom 14. v. M. niedergelegte Verwahrung der Kaiserlichen Regierung, dem Antrage zu.

Preussen. Der Gesandte stimmt dem Ausschussantrage zu, indem er sich auf die in dem Erlasse des Herrn Grafen von Bernstorff an Herrn von Balan vom 14. Februar d. J. enthaltene Verwahrung seiner allerhöchsten Regierung bezieht.

Bayern, Königreich Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen und Grossherzogthum Hessen. Die Gesandten treten dem Antrage der vereinigten Ausschüsse bei.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte ist angewiesen, für jetzt in die Sache selbst nicht einzugehen und namentlich den obschwebenden Verhandlungen durch Erörterung über die hoher Versammlung mitgetheilten Schriftstücke nicht vorzugreifen. Indem derselbe sich daher, was den internationalen Standpunkt und die Rechte seiner allerhöchsten Regierung angeht, auf die in der 11. Sitzung\*) abgegebene Verwahrung, sowie auf die in der heutigen Sitzung zur Kunde hoher Versammlung gebrachte Note\*\*) bezieht, die zur Sprache gebrachten völkerrechtlichen Ansprüche also in dieser Motivirung und Ausdehnung nicht anzuerkennen vermag, hat er übrigens sein Votum gegen den Antrag nur noch dahin zu erläutern, dass seine allerhöchste Regierung sich auch bundesrechtlich nicht für verpflichtet erachten kann, die in dem Vortrage vorausgesetzte Connexität zwischen der Holstein-Lauenburgischen Verfassungsangelegenheit und jenen weiteren Rechtsansprüchen des Bundes ihrerseits einzuräumen. ¶ Eine solche Connexität ist bis jetzt weder vorhanden gewesen noch geltend zu

\*) Vgl. Anm. zu No. 243.

\*\*) No. 248.

**No. 250.** machen versucht worden. Alle Erörterungen und Beschlüsse seit der am  
 Deutscher 26. Octbr. 1857 beschlossenen Niedersetzung eines Ausschusses haben sich  
 Bund. auf diejenigen beiden Herzogthümer bezogen, für welche allein eine bundes-  
 27. März. rechtliche Competenz in Anspruch genommen werden konnte. Weder der  
 1863. eben erwähnte Ausschuss noch die demselben seit dem Juli 1858 beigeord-  
 nete Executionscommission erhielten von hoher Versammlung ein anderes  
 Mandat, als ihr über diese Herzogthümer angehende Beschlüsse, beziehungs-  
 weise über deren Vollziehung, gutachtlichen Bericht zu erstatten. Die  
 Königliche Regierung vermag weder in den bisherigen Verhandlungen noch  
 in den Artikeln 31—34 der Wiener Schlussacte oder in der Executions-  
 ordnung die Berechtigung zu finden, wonach die Begründung oder Aufrecht-  
 haltung eines internationalen Rechtsauspruches, einer ausser dem Bunde  
 stehenden Regierung gegenüber, der Executionscommission zuzuweisen  
 wäre. ¶ Dass diese Beschränkung und die derselben entsprechende Sonde-  
 rung nicht bloss thatsächlich stattfand, sondern auch rechtlich begründet  
 war und begründet ist, wird aus den Grundgesetzen, wie aus speciellen  
 Verhandlungen und Vorgängen unschwer nachgewiesen werden können.  
 Seine Majestät der König von Dänemark sind nur für Holstein (und Lauen-  
 burg) dem Deutschen Bunde beigetreten (Bundesacte Artikel I, IV und VI)  
 und die Bundesacte bedingt und begrenzt Befugnisse und Verpflichtungen  
 des Bundes, sowie die Wirksamkeit dieser hohen Versammlung (Schluss-  
 acte Artikel 3, 9 und 10). In Uebereinstimmung damit erklärte die Kaiser-  
 lich-Oesterreichische Regierung in einer Depesche vom 26. Decbr. 1851:  
 „dass die nur aus den Bundesgesetzen hervorgehende Competenz des Bun-  
 des sich nie auf ein zum Bunde nicht gehöriges Land erstrecken könne“,  
 und die Königlich-Preussische: „dass die Verhältnisse des Herzogthums  
 Schleswig, als eines ausserdeutschen Landes, an sich nicht Gegenstand der  
 Erörterungen und der Verhandlungen des Deutschen Bundes seien“ (De-  
 pesche vom 30. Decbr. 1851), und im Einklange hiermit wurde für die  
 Königliche Bekanntmachung vom 28. Jan. 1852 nur soweit deren Bestim-  
 mungen die Angelegenheiten der Herzogthümer Holstein und Lauenburg  
 betrafen, die Anerkennung hoher Bundesversammlung ausgesprochen, dagegen  
 eine Ausdehnung von deren verfassungsmässiger Competenz auf die nicht  
 zum Bunde gehörigen Landestheile bei diesem entscheidenden Vorgange in  
 keiner Weise in Anspruch genommen. ¶ Wenn also die bundesrechtliche  
 Competenz sich nur auf die Holstein-Lauenburgische Verfassungsfrage be-  
 zieht und bis jetzt bezogen worden ist, so wird die Königliche Regierung,  
 wie sehr auch bereit, alle und jede übernommenen Verpflichtungen zu er-  
 füllen, doch diese hohe Versammlung nicht für berechtigt erachten können,  
 die Geltendmachung eben dieser Competenz und die Seiner Majestät dem  
 Könige als Glied des Bundes obliegenden, durch die Grundgesetze begrün-  
 deten und bemessenen Verpflichtungen dadurch zu erschweren und zu er-  
 weitern, dass eine neue völkerrechtliche Verhandlung unter bundesrechtliche  
 Formen gebracht und dadurch nicht nur einerseits die Unabhängigkeit der  
 Krone Dänemark gefährdet, sondern auch andererseits das Recht des Lan-  
 desherrn im Herzogthum Holstein noch mehr, als schon durch die bisheri-

gen Bundesbeschlüsse der Fall gewesen, nun auch durch internationale Einwirkung beschränkt werden soll. ¶ Gerade wenn und gerade weil die Königliche Regierung unter grossen Hindernissen am Bestreben festhält, die in der Holsteinischen Verfassungsfrage einander entgegenstehenden Rechte und Interessen auszugleichen und eine dauernde Verständigung herbeizuführen, würde dieselbe durch die Vermischung ihrer Stellung in und ausser dem Bunde das wohlverstandene Interesse aller Beteiligten und die wahre Grundlage des Bundesbeschlusses vom 29. Juli 1852 mit lebhaftem Bedauern gefährdet sehen. Die Königliche Regierung hat wiederholt offen ausgesprochen und glaubt es nachweisen zu können, dass die auf Holstein und Lauenburg bezüglichen Bundesbeschlüsse bereits über die Grenzen hinausgingen, welche die Grundgesetze zum Schutze der von ihnen verbürgten Souveränität der Bundesversammlung, inneren Landesangelegenheiten gegenüber, vorzeichnen, — Grenzen, welche noch neuerdings in einer bedeutungsvollen Angelegenheit als massgebend vorangestellt wurden („Jede Einwirkung des Bundes auf innere Verfassungsangelegenheiten ist innerhalb der strengsten Grenzen des durch die Grundgesetze des Bundes Erforderten zu halten.“ Königlich-Preussische Erklärung in der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit, zehnte Sitzung vom 17. März 1860); wenn sie aber dessenungeachtet zu einer Ordnung der Holsteinischen Verfassungsfragen auf der hier geforderten Grundlage, soweit ihr irgend möglich, bereit ist, so wird sie es weder mit dieser Aufgabe noch mit dem bei deren Lösung gleicherweise beteiligten Interesse des Bundes vereinbar finden können, wenn nun auch (der Sache nach von demselben Standpunkte aus) legislative Massnahmen des Königreichs Dänemark und des Herzogthums Schleswig vor dieses Forum gezogen werden sollen und hohe Versammlung durch diese Ausdehnung ihrer schon so weit gehenden bundesrechtlichen Einwirkung Complicationen hervorruft, für deren Folgen der Königlichen Regierung keinesfalls die Verantwortung zufallen könnte. ¶ Indem der Gesandte nur noch beauftragt ist, daran zu erinnern, dass, als das Verfassungsgesetz vom 2. Octbr. 1855 in Folge der Beschlüsse vom 11. Febr. und 12. Aug. 1858 für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg aufgehoben und die betreffende Allerhöchste Verfügung, wonach unter anderen jene Verfassung für die nicht zum Bunde gehörigen Theile der Monarchie in ungeschwächter Wirksamkeit zu bestehen fortfahren sollte, dieser hohen Versammlung vorgelegt wurde, dieselbe die Mittheilung „nur mit Befriedigung“ entgegennahm (35. Sitzung vom 11. Novbr. 1858), hat derselbe, unter Verwahrung aller, und namentlich der aus dem Bundesrechte fliessenden Rechte seines Allerdurchlauchtigsten Souverains, gegen den von den vereinigten Ausschüssen unter Ziffer 1 gestellten Antrag zu stimmen. Was jenen unter Ziffer 2 angeht, so kann er sich zwar bereit erklären, die gewünschte Mittheilung an seine allerhöchste Regierung zu übernehmen, würde jedoch in diesem Falle, wo weder an eine Bundesregierung ein Ersuchen gerichtet noch ein Beschluss in ihrer Angelegenheit gezogen wird, also § 30 g der Geschäftsordnung vom 16. Juni 1854 nicht in Anwendung

No. 250.  
Deutscher  
Bund,  
27. März  
1863.

**No. 250.** kommt, voraussetzen dürfen, dass ihm diese Mittheilung in einer andern als der dort vorgesehenen Weise zugehen werde.

Deutsch-  
Land.  
27. März  
1862.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Wenn auch das Königreich Dänemark durch die Verabredungen von 1851/52 gewisse Verpflichtungen rücksichtlich des Herzogthums Schleswig übernommen hat, so beruhen dieselben doch, nach Ansicht der Königlich-Niederländischen, Grossherzoglich-Luxemburgischen Regierung, auf einer rein völkerrechtlichen Basis und können nicht mit den verfassungsmässigen Verhältnissen der zum Bunde gehörenden Herzogthümer Holstein und Lauenburg auf gleiche Linie gestellt oder vermischt werden. Sie werden sorgfältig davon getrennt und durch internationale Verhandlungen mit der Krone Dänemark geregelt werden müssen. Der Gesandte ist daher angewiesen, sich gegen den in Frage stehenden Antrag der vereinigten Ausschüsse auszusprechen.

Sämmtliche übrigen Gesandtschaften stimmten dem Antrage der vereinigten Ausschüsse zu, der Herr Gesandte der fünfzehnten Stimme, indem er für Oldenburg auf die von der Grossherzoglichen Regierung in der hohen Bundesversammlung am 11. Februar 1858 abgegebene Erklärung Bezug nahm.

Präsidium. Obgleich die den § 30 g der Geschäftsordnung betreffende Erklärung am Schlusse der Abstimmung des Königlich-Dänischen, Herzoglich-Holstein-Lauenburgischen Herrn Gesandten nicht gerechtfertigt erscheint, so glaubt Präsidium, hoher Bundesversammlung doch, um Weitläufigkeiten in dieser rein formellen Sache zu vermeiden, vorschlagen zu sollen, den Beschluss dahin zu modificiren, dass die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen ersucht werden möchten, durch ihre Gesandten in Copenhagen der Königlich-Dänischen, Herzoglich-Holstein-Lauenburgischen Regierung hiervon Mittheilung zu machen.

Bei der hierauf erfolgten Umfrage erklärten sich sämmtliche Gesandtschaften — mit Ausnahme jener von Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, sowie der Niederlande wegen Luxemburg und Limburg, welche sich der Abstimmung enthielten, — mit diesem Präsidialvorschlage einverstanden.

Die Bundesversammlung hat hierauf beschlossen:

1) in völliger Uebereinstimmung mit den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen in Copenhagen gethanen Schritten sich insbesondere der von denselben in den gleichlautenden Noten vom 14. Februar d. J. eingelegten Verwahrung anzuschliessen;

2) die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen durch ihre Herrn Gesandten zu ersuchen, der Königlich-Dänischen, Herzoglich-Holstein-Lauenburgischen Regierung durch ihre in Copenhagen beglaubigten Gesandten hiervon Mittheilung zu machen.

## No. 251.

**PREUSSEN.** — Denkschrift der königl. Regierung zur Beleuchtung der in der identischen Note mehrerer deutschen Staaten vom 2. Februar 1862 [Nro. 229] aufgestellten politischen und bundesrechtlichen Ansichten.\*)

Berlin, 21. Februar 1862.

Die Ausführungen der identischen Note vom 2. Februar, mit welchen eine Anzahl Bundesregierungen, Oesterreich an der Spitze, die Preussische Auffassung der Bundesreformfrage zu bekämpfen bemüht ist, gehen von zwei Gesichtspunkten aus — von demjenigen des allgemeinen Interesses Deutschlands und von demjenigen des positiven Vertragsrechts. ¶ In erster Beziehung beschränkt sich die Note darauf, die folgenden Behauptungen aufzustellen: ¶ Das Verlangen Preussens, das Nationalband, welches „alle Deutsche“ vereinige, auf die Bedeutung eines völkerrechtlichen Vertrages zurückzuführen, sei keine berechtigte Voraussetzung Deutscher Bundesreform, kein richtiger Ausdruck des im Deutschen Volke vorhandenen Einigungsbedürfnisses. ¶ Deutschlands Sicherheit, Einigkeit, moralischer Friede u. s. w. werde gefährdet durch das Bestreben, einen Theil der Deutschen Staaten unter einem Oberhaupte zu vereinigen, während das Verhältniss zwischen diesem Theile und den übrigen Gliedern des Bundes auf dem Fusse blosser Verträge geregelt würde, wie sie zwischen Völkern fremden Stammes geschlossen werden. ¶ Preussen habe als Mitbegründer des Deutschen Bundes in den Verhandlungen des Wiener Congresses eine ganz andere Richtung verfolgt. ¶ Aus diesen, ohne alle Substanzirung aufgestellten Behauptungen ist zunächst die falsche Deutung zu entfernen, welche der Reformansicht Preussens dadurch gegeben wird, dass man die Herstellung oder das Festhalten des rein völkerrechtlichen Charakters für den Gesamtbund mit der Herstellung eines Verhältnisses zwischen den Bundesgliedern identificirt, wie es auf dem Fusse blosser Verträge zwischen Völkern fremden Stammes geschlossen werden könne. ¶ Es wird bei dieser Deutung der Umstand übergangen, dass der Deutsche Staatenbund dem Auslande gegenüber die unauf löbliche Zusammengehörigkeit der deutschen Lande und Stämme sichert, und dass das völkerrechtliche Verhältniss, von welchem Preussen spricht, nur den Charakter der Grundlage bezeichnen soll, auf welcher sich innerhalb dieses Staatenbundes die souverainen und unabhängigen deutschen Staaten unter sich vereinigt haben. ¶ Mit dem europäischen Völkerrechte ist die Grundlage der Bundesverträge und das darauf beruhende Bundesrecht nicht identisch und der Vergleich derselben mit internationalen Verträgen unter fremden Stämmen ganz unzutreffend. ¶ Hat man nun den falschen Schein beseitigt, welchen diese Auslegung auf Preussens Absichten wirft, so ergibt sich ferner, dass allerdings die engere Vereinigung wenigstens eines Theiles der Deutschen Staaten und Stämme inner-

No. 251.  
Preussen,  
21. Februar  
1862.

\*) Bekanntlich hat Preussen bei der Beantwortung der identischen Note vom 2. Februar 1862 wegen des demonstrativen Charakters des damit verbundenen Schrittes es nicht für angemessen gehalten, auf eine materielle Erörterung der Note einzugehen. Die Widerlegung derselben ist deßhalb in der vorliegenden Denkschrift erfolgt, welche bestimmt war, den Preussischen Gesandtschaften die Sachlage zu erläutern.

No. 251. halb des Staatenbundes dem anerkannten Einigungsbedürfniss des Deutschen Volkes entsprechen wird; umso mehr, je mehr die engere Vereinigung aller Deutschen Staaten sich als eine Unmöglichkeit erweist. ¶ Wie wenig stichhaltig aber die Behauptung ist, dass Deutschlands Sicherheit, Einigkeit, moralischer Friede u. s. w., durch die engere Vereinigung eines Theiles seiner Staaten unter einem Oberhaupte an und für sich gefährdet werden würden, ergiebt die einfache Betrachtung, dass Niemand eine solche Gefährdung darin erkennen, oder zu erkennen berechtigt sein würde, wenn jene Vereinigung, statt im Vertragswege, sich im Wege des Erbgangs vollzöge. Dass das Einigungsbedürfniss des Deutschen Volkes sich dagegen auflehnen würde, wäre vollends eine ganz unhaltbare Annahme. ¶ Wir sehen hieraus, was es mit der Behauptung auf sich hat, dass ein Entwicklungsgang, wie er in der Preussischen Reformansicht angedeutet ist, auf keiner berechtigten Voraussetzung beruhe und unheilvolle Folgen nach sich ziehen müsse. Man dürfte vielmehr nicht irren, wenn man den Grund der Scheu vor jenem Entwicklungsgange in der Besorgniss suchte, dass durch denselben eine Nöthigung zum Eintritt in die engere Vereinigung in manchen Staaten sich geltend machen könnte, wo schon zur Zeit der Gründung des Bundes die Abneigung oder Furcht vor der Einbusse oder Beschränkung irgend eines Hoheitsrechtes ein strafferes Zusammenfassen des Bundesbandes verhindert hat. Ein Rückblick in jene Zeit wird zugleich die dritte Behauptung der Note in ihrem richtigen Lichte erscheinen lassen, nach welcher Preussen in den Verhandlungen des Wiener Congresses eine ganz andere Richtung verfolgt haben soll, als in seinen jetzigen Reformansichten. ¶ Als Preussen für die Wiederherstellung Deutschlands die Initiative ergriff, wie es dies vorher für dessen Befreiung gethan hatte, da waren bekanntlich die Grenzen, innerhalb welcher diese Wiederherstellung geschehen sollte, noch nicht gezogen. ¶ Die sechs Entwürfe, welche Preussen nach und nach für die Aufrichtung einer Bundesverfassung vorlegte, wollten allerdings ein engeres Band um die im Bunde zu vereinigenden Staaten geschlungen wissen. Preussen scheiterte aber mit seinen Vorschlägen nicht bloss an dem Grundgedanken des Fürsten Metternich, nach welchem der Deutsche Bund nur ein System von Bündnissen zwischen den Deutschen Fürsten sein sollte, sondern gerade an derselben Abneigung und Besorgniss vor Beeinträchtigung der durch die Rheinbundsacte gewährten Souveränetätsrechte und zwar grösstentheils bei denselben Staaten, welche sich aus Besorgniss vor Mediatisirungen jetzt schon gegen die blosse Kundgebung des Gedankens eines engeren Verbandes im Bunde verwahren zu müssen glauben. ¶ Bei einem Rückblick auf die Verhandlungen zur Zeit der Entstehung des Deutschen Bundes wird man auch noch an einen andern Umstand erinnert, der in der Gegenwart seine Analogie findet. Wie damals nämlich mehrere Staaten nur dann sich zu einem Bunde vereinigen wollten, wenn derselbe das „ganze Deutschland“ umfasse, so will man auch jetzt nur für den Gesamtbund eine engere Vereinigung als ausführbar gelten lassen und nur an einer solchen sich betheiligen. Damals wie jetzt schimmert indessen durch den patriotischen Vorwand das particulare Motiv zu deutlich

hindurch, um verkannt zu werden. ¶ An die drei, aus den „allgemeinen Interessen Deutschlands“ hergeleiteten Behauptungen der identischen Note, welche vorstehend besprochen sind, schliessen sich sodann zwei andere an, welche aus dem positiven Vertragsrechte hergeleitet werden. Sie betreffen die von Preussen ausgesprochene Ansicht, dass das durch Artikel XI. der Bundesacte gewährte Bündnissrecht zu engeren Vereinigungen unter einem Theile der Bundesgenossen benutzt werden könne, ohne dass die Garantie für den Bestand des weiteren Bundes eine Veränderung erlitte. ¶ Es muss hier vorweg erläuternd bemerkt werden, dass von Preussen zwar noch keine Erklärung über die eigentliche Organisation eines solchen engeren Vereins abgegeben ist, dass die identische Note aber voraussetzt, es sei ein Bundestaat mit einheitlicher Spitze gemeint, an welche sich das Recht des militairischen Ober-Commando's, sowie dasjenige der Vertretung der einzelnen Staaten nach aussen knüpfe. ¶ Wir lassen das Hypothetische der Voraussetzung auf sich beruhen, und wenden uns gleich gegen die Behauptung der Note, wonach: ¶ Die Worte des Art. XI. „die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art u. s. w.“ die Bedeutung haben sollen, dass dieselben sich dies Bündnissrecht unbeschränkt zu bewahren hätten, wollten sie anders wirklich unabhängige Mitglieder des Bundes sein. Der Eintritt in ein bundesstaatliches Verhältniss, oder die Unterordnung unter die militairische und diplomatische Führung eines anderen Staates, wäre ein Subjectionsvertrag, welcher das betheiligte Bundesglied für die Folge unfähig machen würde, noch ein Bündniss selbständig zu schliessen. Der Art. XI. wäre deshalb der Anwendung nicht fähig, welche Preussen ihm geben wolle. ¶ Um die sonderbare Deutung zu beseitigen, welche hier dem Worte behalten beigelegt wird, genügt es daran zu erinnern, dass wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen kann, weshalb dieser Ausdruck im Art. XI. der Bundesacte beliebt wurde. Er bezeichnet bekanntlich einfach den Umstand, dass die Bundesgenossen das unbeschränkte Bündnissrecht, welches sie seit dem Westfälischen Frieden unbestritten besessen, auch nach Errichtung des Bundes behalten sollen, nur mit der Beschränkung, dass es sich nicht gegen die Sicherheit des Bundes richten dürfe. Dass dies unbeschränkte Bündnissrecht unter der letzteren Voraussetzung nicht auch zum Eintritt in ein bundesstaatliches Verhältniss unter Bundesgliedern solle herbeiführen können, dafür bleibt die identische Note den Beweis schuldig. Ebenso dafür, dass jener Eintritt ein Subjectionsvertrag sei. Um letztere Ansicht begründen zu können, müsste auch offenbar über die Organisation des bundesstaatlichen Verhältnisses ein ganz bestimmter Aufschluss vorliegen. Da dieser fehlt, so entbehrt die Behauptung der identischen Note von dem Subjectionsvertrage jede Berechtigung. ¶ Die Uebertragung des Ober-Commando's über die Contingente der einzelnen, dem engeren Verein angehörenden Staaten an den Vorstand desselben, würde kein solcher Subjectionsvertrag zu sein brauchen. Sie findet sogar in dem gegenwärtigen Bundesverhältniss bereits ein Vorbild darin, dass die Staaten, welche zu einem Armeecorps-Verbande vereinigt sind, das Commando über ihre Contingente einem Staate aus ihrer Mitte übertragen.

No. 251.  
Preussen,  
21. Februar  
1862.

No. 251. sig übertragen. Von Seiten Hannovers ist neuerdings sogar das Bestreben Preussen, rege gewesen, dieses Commando im 10. Bundescorps sich von den andern 21. Februar 1862. dazu gehörigen Staaten dauernd zusichern zu lassen. Die bekannten Verhandlungen der Würzburger Conferenzstaaten endlich zielten ganz offen dahin, für alle ausserpreussischen und ausserösterreichischen Bundescorps ein ständiges Obercommando zu errichten und mit Bayern an der Spitze in dieser Beziehung einen geschlossenen engeren Verein im Bunde zu bilden. Dennoch ist, soviel bekannt, dagegen von keiner Seite aus dem Bundesrechte Verwahrung eingelegt worden. Und dieselben Würzburger Conferenzstaaten, welche jetzt in der identischen Note Art. XI. der Bundesacte gegen fähnliche Unternehmungen in Anwendung zu bringen suchen, haben bisher für die eigenen Absichten in gleicher Richtung keinen Anstoss in demselben gefunden. ¶ Was ferner die Uebertragung der diplomatischen Vertretung von Seiten der einzelnen Staaten eines zu bildenden engeren Vereins an den Vorstand desselben betrifft, so sind uns bundesrechtliche Bestimmungen nicht bekannt, die einer solchen Uebertragung entgegenstehen. Dieselbe, wie die Uebertragung des militairischen Commando's zu einem „Subjections-Vertrage“ zu stempeln, und sie mittelst einer ebenso willkürlichen als gezwungenen Deutung des Art. XI. desshalb als unstatthaft zu bezeichnen, ist ein Verfahren, welches keiner ernstlichen Widerlegung zu bedürfen scheint. ¶ Die zweite aus dem positiven Vertragsrechte hergeleitete Behauptung der identischen Note ist folgende. ¶ Der Deutsche Bund als eine Gemeinschaft selbständiger unter sich unabhängiger Staaten mit gleichen Vertragsrechten und Vertragsobligationen würde in seinem Grundprincip und in der daraus abgeleiteten Organisation bis zur gänzlichen Vernichtung beeinträchtigt werden durch einen engeren Bund, durch dessen einheitliche Verfassung die Rechtsgleichheit seiner Mitglieder aufgehoben und ihnen die Fähigkeit des selbständigen Stimmrechts entzogen würde. ¶ Wir bemerken zunächst, dass auch diese Behauptung als erste Stütze einer hypothetischen Voraussetzung bedarf, der Voraussetzung nämlich, dass der engere Bund wirklich eine derartige einheitliche Verfassung haben wedre, durch welche unter Andern seinen Mitgliedern auch die Ausübung des selbständigen Stimmrechtes im weiteren Bunde unmöglich gemacht würde. ¶ Wir glauben nicht an die unbedingte Nothwendigkeit einer solchen einheitlichen Verfassung für den engeren Verein und würden durch die Uebertragung des militairischen Commando's und der diplomatischen Vertretung nach aussen die Ausübung des selbständigen Stimmrechts im weiteren Bunde eben so wenig unmöglich gemacht sehen, als durch eine Volksvertretung zu gemeinsamer Regelung von Fragen des inneren Staatsrechts innerhalb des engeren Vereins. ¶ Wäre jene Nothwendigkeit aber auch wirklich vorhanden, oder würde überhaupt durch die Einrichtung eines engeren Vereins eine Rückwirkung geübt, die eine neue Regelung des Stimmenverhältnisses in dem Organe des weiteren Bundes erforderlich machte, so wäre damit allein der Bund noch nicht bis zur Vernichtung beeinträchtigt. ¶ Wir dürfen in dieser Beziehung nur darauf hinweisen, dass die Vereinigung mehrerer jetzt selbständiger Bundesstaaten unter dem Scepter eines Deutschen



Bundesfürsten, wie sie durch Erbgang erfolgen kann, eine solche neue **No. 251.** Regelung des Stimmenverhältnisses nöthig machen und doch **Preussen,** den Bestand des Bundes nicht bedrohen würde. Wäre dies der **21. Februar** Fall, dann müssten die Bundesverträge Bestimmungen enthalten, welche **1863.** jene Vereinigung verhinderten. Wir kommen auf eine Erörterung dieses Punktes übrigens zurück, indem wir den Kern der zweiten Behauptung einer ausführlichen Beleuchtung unterwerfen. Dieser besteht darin, dass ein engerer Verein im Bunde, auf dessen Vorstand Souverainitätsrechte der Mitglieder übertragen werden, überhaupt gegen den Grundsatz des Bundesrechts verstosse, welcher die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten gewahrt wissen will. ¶ Dieser Einwand ist von Preussen schon bei einem früheren Anlass mit gewichtigen Gründen bestritten worden, es wird deshalb hier nur einer zusammenfassenden Wiederholung derselben bedürfen. ¶ Der Staatenbund von 1815 ist kein blosser Personalbund der Souveraine oder Regierungen, er ist wesentlich ein Realbund. Die Unabhängigkeit der im Bunde begriffenen Staaten, oder (W. S. A. IV.) der am Bunde theilnehmenden Staaten, ist sein Zweck. Die Stimmen im Plenum der Bundesversammlung haften nach Art. XVI. der Wiener Schlussacte auf den Besitzungen. Die Zahl seiner Mitglieder ist keine geschlossene. Art. VI. der Wiener Schlussacte sieht den Fall der Aufnahme neuer Mitglieder vor; Art. XVI. gedenkt des Falles, wenn die Besitzungen eines souverainen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen. ¶ Es äussert dies Letzere keine andere Wirkung auf die Bundesverhältnisse, als die dadurch herbeigeführte Nothwendigkeit eines Gesamtbeschlusses über das Stimmrecht im Plenum der Bundesversammlung. Rechtlich hindert durchaus nichts, dass ein Deutsches Regenthaus nach und nach den grössten Theil von Deutschland durch Erbgang gewönne, und es hätte dies keine andere Folge, als die Verminderung der Stimmen im engeren Rathe und einen Beschluss über das Stimmenverhältniss im Plenum. ¶ Was aber von dem Uebergang der Rechte durch den Rechtstitel der Erbfolge gilt, das muss von dem Uebergange der Rechte durch jeden anderen Rechtstitel in ganz gleicher Weise gelten. ¶ Es muss eben so gelten für den Fall, in welchem ein Deutscher Regent einem anderen seine Rechte an einer seiner Besitzungen oder an allen durch Cession abtritt. Sollte dies unstatthaft sein, so müsste es das Bundesrecht durch eine ausdrückliche Bestimmung untersagen. Die Wiener Schlussacte enthält aber gerade im Gegentheil ausdrücklich eine Bestimmung, welche den Fall der Abtretung von Souverainitätsrechten an ein Bundesglied für bundesrechtlich zulässig erklärt. Denn Art. VI. der Wiener Schlussacte setzt fest:

dass eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souverainitätsrechte zu Gunsten eines Mitverbündeten ohne Zustimmung der Gesamtheit geschehen könne.

Selbst das könnte in diesem Falle noch fraglich sein, ob eine solche Abtretung eine Veränderung des Stimmverhältnisses nach sich ziehe, da die Nothwendigkeit zu solcher aus Art. XVI. der Wiener Schlussacte

No. 251. nur analogisch herzuleiten ist. Nach dem eben angeführten Art. VI. steht jedem Bundesmitgliede unzweifelhaft frei, durch Abtretung der Souverainetätsrechte persönlich aus dem Bunde auszuschneiden. Der Staat dagegen muss im Bunde verbleiben, denn in Betracht der zu ihm gehörigen Staaten, nicht der Personen ihrer Vertreter, ist der Bund unauflöslich. Kann nun ein Bundes-Mitglied seine gesammten Souverainetätsrechte, unbeschadet der Verhältnisse seines Staats zum Bunde, einem Mitverbündeten zu eigenem Rechte abtreten, ohne dass irgend Jemand eine Mitsprache darüber zusteht, so hat er unzweifelhaft auch das weit mindere Recht: der Ausübung eines Theils dieser Souverainetätsrechte zum Besten eines Bundesgenossen, oder einer Gemeinschaft derselben, zu entsagen. Und hat er das Recht seine Souverainetätsrechte ganz oder theilweise abzutreten, so hat er unbestreitbar auch das mindere Recht, ihre Ausübung ganz oder theilweise einem Mitverbündeten zu delegiren. ¶ Durch einen engeren Verein, welcher auf Grund einer solchen Abtretung oder Delegation gestiftet würde, würde demnach der Bund in seinem Grund-Principe nicht vernichtet werden. Was die Wiener Schlussacte in Beziehung auf Abtretung und Uebertragung von Souverainetätsrechten unter seinen Gliedern ausdrücklich gestattet, kann jenem Grund-Principe nicht entgegenstehen, und auch der Unauflöslichkeit des Bundes nicht widersprechen. Unter der Letzteren kann namentlich in Uebereinstimmung damit, dass der Bund ein Realbund ist, nur verstanden werden, dass kein Staat von demselben getrennt werden darf. ¶ Ob und welche Reformen die Stiftung eines engeren Vereines in Beziehung auf die Stimmführung im Plenum und engeren Rathe der Bundesversammlung nöthig machen würde, das bliebe immer von der Natur des Vereines abhängig. So viel aber steht nach dem Ausgeführten unbedingt fest, dass, wenn bundesrechtlich Beschlussnahmen über solche Reformen in dem Stimmenverhältniss ausdrücklich offen gehalten sind, eine Bedrohung der Existenz des Bundes nicht in der Gründung eines engeren Vereines gefunden werden darf, der nur eine solche Reform der Bundesreorganisation in Anspruch nehmen würde. ¶ Andere als die vorstehend erörterten aus positivem Vertragsrecht hergeleiteten Einwendungen gegen einen engeren Verband von Staaten im Bunde sind in der identischen Note, welche übrigens jeden solchen in bundesstaatlicher Richtung gegründeten Verein ohne Weiteres als Sprengung des Bundes zu betrachten scheint, nicht erhoben. ¶ Wir wollen unsere Erörterung jedoch nicht schliessen, ohne gelegentlich daran zu erinnern, welche Stellung das Wiener Cabinet zu der Frage der Umgestaltung der Bundesverfassung zu jener Zeit eingenommen hat, als diese Verfassung provisorisch in ganz andere Formen übergegangen war. Denn es besteht, abgesehen von letzterem Umstande, eine wichtige Analogie in den betreffenden Verhältnissen. Fürst Felix Schwarzenberg erkannte in seinem dem Reichstage von Kremsier am 27. Nov. 1848 vorgelegten Programm unumwunden an, dass durch das Zusammenschliessen der Deutschen Bundeslande Oesterreichs mit seinen übrigen Kronländern in einer centralisirenden Gesamtverfassung eine abgesonderte Gestaltung der Deutschen Verhältnisse nothwendig werde, und dass die staatlichen Beziehungen Oesterreichs zu Deutsch-

land sich erst nach beiderseitiger Verfassungsverjüngung würden bestimmen lassen. ¶ Die centralisirende Verfassung vom 26. Febr. 1861 versetzt Oesterreich in ein ähnliches Verhältniss, und schwerlich vermögen seine leitenden Staatsmänner schon jetzt die Stellung zu übersehen, welche der Kaiserstaat einzunehmen haben würde, wenn die Frage der Bundesreform ernstlich zur Lösung gebracht werden sollte. — Deshalb kann die eigentliche Bedeutung des mit der Uebergabe der identischen Note gethanen Schrittes insbesondere nur darin gefunden werden, dass das Wiener Cabinet damit in entschiedener Weise seine negative Haltung gegen jedes ernstliche Vorgehen Preussens mit der Bundesreform hat zu erkennen geben wollen.

No. 251.  
Preussen,  
21. Februar  
1862.

### No. 252.

**PREUSSEN.** — Mittheilung des Ministers v. d. Heydt, Namens des Staatsministeriums, an das Haus der Abgeordneten, die Auflösung desselben betr.\*) —

Meine Herren! — Durch mein Schreiben vom 7. d. M. an Ihren Herrn Präsidenten hat das Haus der Abgeordneten davon Kenntniss erhalten, dass das Staatsministerium in den letzten Tagen mit wichtigen Berathungen beschäftigt war. Diese Berathungen waren eine Folge des in der letzten Sitzung dieses Hauses gefassten Beschlusses. \*\*) Das Staatsministerium hat geglaubt, in ernste Erwägung ziehen zu müssen, welches Verhalten ihm diesem Beschlusse gegenüber gezieme. ¶ Nachdem der Finanzminister in der entgegenkommendsten Weise eine Erwägung der gewünschten grösseren Specialisirung des Etats für das Jahr 1863 in Aussicht gestellt und hiernach um ein gleiches Entgegenkommen das Haus der Abgeordneten ersucht hatte, hat dasselbe dennoch den von dem Abg. Hagen gestellten Antrag angenommen. ¶ Dieser Beschluss, wie man auch über das Recht des Abgeordnetenhauses und die materielle Tragweite dessen, was beschlossen worden, denken mag, bezeichnet in entschiedener Weise die Stellung, die das Haus der Abgeordneten der Regierung gegenüber einzunehmen beabsichtigt, und hat dem Staatsministerium nach gewissenhafter und ernster Berathung die Ueberzeugung aufdringen müssen, dass es in dem Hause der Abgeordneten nicht dasjenige Vertrauen besitzt und demgemäss nicht diejenige Stütze finden kann, deren es nothwendig bedarf, um die ihm anvertrauten Interessen des

No. 252.  
Preussen,  
11. März  
1862.

\*) Vergl. Nro 178.

\*\*) Auf Antrag des Abgeordneten Hagen war mit 171 gegen 148 Stimmen beschlossen worden, dass 1) der Staatshaushaltsetat in seinen Titeln durch Aufnahme der wesentlichen Einnahme- und Ausgabe-Positionen aus den demselben zu Grunde liegenden Verwaltungsetats mehr zu specialisiren, 2) diese Specialisirung schon bei der Feststellung des Staatshaushaltsetats pro 1862 und zwar im Anhalt an die Titel und Titelabtheilungen der pro 1859 gelegten Specialrechnungen zu bewirken sei. — Der Commissionsantrag hatte gelautet: Das Haus wolle beschliessen: 1) eine Vermehrung der Titel des Staatshaushaltsetats für nothwendig zu erklären; 2) die Budget-Commission zu ermächtigen, Vorschläge zu machen, nach welchen die Titel des Staatshaushaltsetats pro 1863 festgestellt werden sollen, und 3) die Königliche Staatsregierung aufzufordern, den Staatshaushaltsetat pro 1863 den von dem Hause bei der Schlussberathung angenommenen Vorschlägen gemäss der Landesvertretung im Jahre 1863 vorzulegen.

**No. 252.** Könige und des Vaterlandes mit Erfolg wahrnehmen zu können. ¶ Diese Ueberzeugung musste dem Staatsministerium die gebieterische Pflicht auferlegen, Sr. Majestät dem Könige die allerunterthänigste Bitte um seine Entlassung vorzutragen. ¶ Dies ist unter dem 8. d. Mts. geschehen. Se. Majestät der König haben aber auf diese Bitte einzugehen nicht geruht, dieselbe vielmehr mittelst Ordre vom 9. d. Mts. folgenden Inhalts abgelehnt:

„Auf den Bericht des Staatsministeriums vom gestrigen Tage gebe Ich demselben zu erkennen, dass bei dem Vertrauen, welches Ich demselben schenke, so wie bei der Achtung, in welcher dasselbe bei dem wohlthätigen Theile der Nation steht, Ich auf das Entlassungsgesuch desselben nicht eingehen kann. In Erwägung der Gründe, welche das Staatsministerium zu dem Antrage um Entlassung bewogen haben, sehe Ich den weiteren Massregeln entgegen, welche dasselbe glaubt Mir rathen zu müssen, um die Verwaltung Ihrer Aemter mit Erfolg zum Wohle des Staats fortführen zu können.

Berlin, den 9. März 1862.

An das Staatsministerium.

Wilhelm.“

Dieser Allerhöchsten Willensäußerung sich unterzuordnen, hat das Staatsministerium für seine unabweisliche Pflicht erachtet und demgemäß die weiteren Massregeln in Erwägung gezogen, welche es Sr. Majestät zu rathen habe, um seine Aemter mit Erfolg zum Wohle des Landes fortführen zu können. ¶ Das Staatsministerium ist von der Ueberzeugung durchdrungen, dass nur ein einträchtiges und vertrauensvolles Zusammenwirken der Vertretung des Landes mit der Regierung Sr. Majestät des Königs dem Interesse der Monarchie entspricht. Indem es nun auch nach wiederholter, im vollen Bewusstsein seiner Verantwortlichkeit stattgefundener Prüfung der Verhältnisse sich noch zu der Annahme berechtigt hält, dass die Vorgänge in der Sitzung vom 6. d. Mts. den Beweis geliefert haben, dass diese Bedingung zur Zeit nicht zutrifft, hat das Staatsministerium Sr. Majestät dem Könige zunächst nur rathen können, von dem im Artikel 51 der Verfassungs-Urkunde vorgesehenen Rechte der Krone Gebrauch zu machen. ¶ In Folge dessen hat das Staatsministerium dem Abgeordnetenhaus folgende Allerhöchste Verordnung zu verkündigen:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preussen & verordnen auf Grund der Art. 51 und 77 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 nach dem Antrage des Staatsministeriums, was folgt:

§ 1. Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.

§ 2. Das Herrenhaus wird hierdurch vertagt.

§ 3. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. ¶ Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 11. März 1862.

(L. S.)

Wilhelm.

von Auerwald. von der Heydt. von Patow. Graf Pückler. Graf von Schwerin.  
von Boon. von Bernuth. Graf von Bernstorff.“

## No. 253.

**PREUSSEN.** — Königlicher Erlass an das Staatsministerium, die Wahlen zum

**No. 253.** Landtage und die Grundsätze des neu gebildeten Cabinets betr. —

Ich beauftrage das Staatsministerium, wegen Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Landtage der Monarchie unverzüglich die erforder-

Preussen,  
19. März  
1862

derlichen Anordnungen zu treffen. Es wird hierbei die Aufgabe Meiner Behörden sein, ebenso die gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft zur Anwendung zu bringen, als auch den Wählern über die Grundsätze Meiner Regierung einen unzweideutigen Aufschluss zu geben und dem Einflusse von Verdächtigungen entgegenzutreten, welche die Unbefangenheit des öffentlichen Urtheils zu verwirren bezwecken, wie sich dies bei den letzten Wahlen gezeigt hat. ¶ Ich halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche Ich am 8. November 1858 dem Staatsministerium eröffnet und seitdem wiederholt vor dem Lande kund gegeben habe; sie werden, richtig aufgefasst, auch ferner die Richtschnur Meiner Regierung bleiben. Aber die daran geknüpften irrthümlichen Auslegungen haben Verwickelungen erzeugt, deren glückliche Lösung die nächste Aufgabe Meiner gegenwärtigen Regierung ist. ¶ In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen. Es kann aber ein heilbringender Fortschritt nur gedacht werden, wenn man, nach besonnener und ruhiger Prüfung der Zeitlage, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen und die lebensfähigen Elemente in den bestehenden Einrichtungen zu benutzen weiss. Dann werden die Reformen der Gesetzgebung einen wahrhaft conservativen Charakter tragen, während sie bei Uebereilung und Ueberstürzung nur zerstörend wirken. ¶ Es ist Meine Pflicht und Mein ernster Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Masse aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschmälernten Kraft zu erhalten, welche für Preussen zur Erfüllung seines Berufes nothwendig ist und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde. Diese Meine Ueberzeugung ist — Ich weiss es — auch in den Herzen Meiner Unterthanen lebendig, und es kommt nur darauf an, denselben Meine wahre Gesinnung für deren Wohl klar und offen darzulegen. ¶ In Bezug auf Meine auswärtige und insbesondere Meine deutsche Politik halte Ich an dem bisherigen Standpunkte unverändert fest. ¶ Das Staatsministerium hat dafür Sorge zu tragen, dass die vorstehend von Mir ausgesprochenen Grundsätze bei den bevorstehenden Wahlen zur Geltung gebracht werden. Dann darf Ich mit Zuversicht erwarten, dass alle Wähler welche Mir und Meinem Hause in Treue anhangen, Meine Regierung in vereinigter Kraft unterstützen werden. ¶ Ich beauftrage das Staatsministerium, hiernach die Behörden mit Anweisung zu versehen und allen Meinen Beamten ihre besondere Pflicht in Erinnerung zu bringen.

Berlin, den 19. März 1862.

**Wilhelm.**

*A. Prinz zu Hohenlohe. von der Heydt. von Roon. Graf von Bernstorff.  
Graf von Itzenplitz. von Mühler. Graf zur Lippe. von Jagow.*

*An das Staatsministerium.*

Die oben erwähnten Grundsätze sind in einer Anrede ausgesprochen, welche der damalige Prinz-Regent am 8. November 1858 an das Staatsministerium gerichtet hat und folgendermassen läutete:

Nachdem wir durch eine ernste Krisis gegangen sind, sehe Ich Sie, die Mein Vertrauen zu den ersten Räten der Krone ausersehen hat,

No. 253.  
Preussen,  
19. März  
1862.

**No. 253.** zum ersten Male um Mich versammelt. Augenblicke der Art gehören' zu den schwersten im Leben der Monarchen, und Ich als Regent habe sie nur noch tiefer empfunden, weil ein unglückliches Verhängniss Mich in Meine Stellung berufen hat. Die Pietät gegen Meinen schwer heimgesuchten König und Herrn liess Mich lange schwanken, wie manche Erlebnisse, die Ich unter Seiner Regierung wahrnahm, in eine bessere Bahn wieder überzuleiten seien, ohne Meinen brüderlichen Geföhlen und der Liebe, Sorgfalt und Treue, mit welcher unser Allergnädigster König seine Regierung föhrte, zu nahe zu treten. ¶ Wenn Ich Mich jetzt entschliessen konnte, einen Wechsel in den Räthen der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil Ich bei allen von Mir erwählten dieselbe Ansicht antraf, welche die Meinige ist: dass nämlich von einem Bruch mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand da angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie Alle erkennen es an, dass das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, dass die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimniss der Staatsweisheit, wobei von allen Extremen sich fern zu halten ist. Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein. Denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit Kurzem eine Bewegung, die, wenn sie theilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser eben so besonnenes, als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegen getreten werden muss. Versprochenes muss man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen, Nicht-Versprochenes muss man muthig verhindern. Vor Allem warne Ich vor der stereotypen Phrase, dass die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von unten Bahn brechen. Gerade hierauf bezieht sich, was Ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen. ¶ In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirthschaft ressortiren, sind wir von einem Extreme zum andern seit 1848 geworfen worden. — Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment einföhren sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mitthalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand dereinst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wieder hergestellt ist, um nicht eine neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde. ¶ Die Finanzen haben sich in 8 Jahren von einem sehr unglücklichen Stand so gehoben, dass nicht nur das Budget balancirt, sondern Ueberschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei Weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden, die sich in allen Branchen und Administrationen kund geben. Hätte man vor zwei

Preussen,  
18. März  
1862.

Jahren in den Steuervorlagen richtiger operirt, so würden wir durch Bewilligung derselben jetzt auf viele Jahre hinaus dringenden Bedürfnissen haben gerecht werden können. Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Leistungsfähigkeit des Landes ist dabei vor Allem ins Auge zu fassen. ¶ Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunikationsmittel haben einen nie gekannten Aufschwung genommen, doch muss auch hier Mass und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlägt. Den Kommunikationsmitteln müssen, nach wie vor, bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann die Etats inne gehalten werden. ¶ Die Justiz hat sich in Preussen immer Achtung zu erhalten gewusst. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Principien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden könne. ¶ Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die in's Auge gefasst werden muss, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muss zwischen beiden christlichen Konfessionen eine mögliche Parität obwalten. In beiden Kirchen muss aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht läugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grund-Anschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchelei hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterförderung ist Mein fester Wille und Entschluss, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und theilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen und dies ist immer in's Auge zu fassen und von äusserem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe Ich, dass, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuchs geben wird. — Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmässig festgestellt. Uebergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. — Das Unterrichtswesen muss in dem Bewusstsein geleitet werden, dass Preussen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen, die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nöthige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphäre zu heben. Grössere Mittel werden hiezu nöthig werden. ¶ Die Armee hat Preussens Grösse geschaffen und dessen Wachsthum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch

**No. 253.**  
 Preussen,  
 19. März  
 1862.

über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist, durch die zeitgemässe Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegs-Episoden haben uns indessen auch jetzt aufmerksam gemacht, dass Manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preussens Heer muss mächtig und angesehen sein, um wenn es gilt, ein schwerwiegendes Gewicht in die politische Wagschale legen zu können. ¶ Und so kommen wir zu Preussens politischer Stellung nach aussen. ¶ Preussen muss mit allen Grossmächten im freundlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremdem Einflusse hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Tractate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist dies freundliche Verhältniss gleichfalls geboten. In Deutschland muss Preussen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indess einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muss wissen, dass Preussen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, consequentes und wenn es sein muss energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muss Preussen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Kraft allein nicht zu erreichen im Stande ist. ¶ Auf dieser Bahn Mir zu folgen, um sie mit Ehren gehen zu können, dazu bedarf Ich Ihres Beistandes, Ihres Rathes, den Sie Mir nicht versagen werden. — Mögen wir uns immer verstehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königthums von Gottes Gnaden.

---

### No. 254.

**BADEN.** — Min. d. Ausw. an die Vertreter der grossherzogl. Reg. bei d. deutschen Höfen. — Die kurhessische Verfassungsangelegenheit betr. —

Carlsruhe, .. Januar 1862.

**No. 254.**  
 Baden,  
 Januar  
 1862.

[Auszug] . . . Durch ganz Deutschland wird die besonnene und feste Treue, mit welcher das Kurhessische Volk zu seiner Rechtsüberzeugung steht, mit Theilnahme verfolgt. Seit dem Einbringen unseres Antrages in die Bundesversammlung\*) sind wiederholte Versuche gescheitert, ein diesen Ueberzeugungen widersprechendes Zeugniss zu Gunsten der Rechtsbeständigkeit der neuen Ordnung zu gewinnen, welche an der Stelle der alten Landesverfassung errichtet werden will. Der Verlauf der Thatsachen hat damit alle Beweggründe bestätigt, welche uns zur Stellung jenes Antrages veranlasst hatten, der wegen seiner massvollen Fassung sich vielfache Anerkennung erworben hat. ¶ Nur die Kurfürstliche Regierung hat geglaubt nicht unterlassen zu sollen, den Schritt, welchen wir im Interesse der Heilighaltung beschworener Rechte, in Vertretung der Hoheit und Würde des

---

\*) Bd. I. Nro. 24.



durch die Vorgänge im Kurfürstenthum tief erschütterten Ansehens der monarchischen Ordnung gethan haben, mit Gegenbeschuldigungen zu verdächtigen. ¶ Wir glauben diesen nicht wirksamer entgegentreten zu können, als durch einfache Geschichtserzählung und rechtliche wie politische Beurtheilung der Sachlage dieser für alle Regierungen und die Rechtsachtung in Deutschland so hochwichtigen Frage. Die Grossherzogliche Regierung hat deshalb eine wiederholte Untersuchung der in formeller wie materieller Beziehung in dieser Angelegenheit zu prüfenden Gesichtspunkte angestellt, von welchen die Entschlüsse des Bundes nach ihrem Dafürhalten bestimmt werden müssen. ¶ Nach der unstreitigen Bereitwilligkeit der Kurhessischen Stände, nicht nur alle bundeswidrigen Bestimmungen der Verfassung von 1831 und der Gesetze von 1848 und 1849, wenn deren überhaupt vorliegen, unter ihrer eigenen verfassungsmässigen Mitwirkung zu entfernen, sondern auch die inzwischen entstandene Legislation auf gesetzmässige Weise in die bleibende Gesetzgebung des Landes herüberzunehmen, ist nach unserer Meinung auch jeder Vorwand für die Kurfürstliche Regierung weggefallen, ihren hartnäckigen Widerstand gegen jede Ausgleichung fortzusetzen. Wohl aber dürfte der Bund an eine Grenze hingeführt sein, auf welcher er nur noch zwischen Annahme des diesseitigen Antrages oder entscheidenden Massregeln gegen die neue, allen constitutionellen Principien wie jeder Möglichkeit ordnungsmässiger Staatslenkung widerstrebende Behandlung auch der Verfassung von 1860, wie solche stattfand, zu wählen hat, wenn er anders vermeiden will, sich mit dem Rechtsgefühl des ganzen Deutschen Volkes in Widerspruch zu setzen und damit das Ansehen aller hohen Bundesregierungen auf das empfindlichste blosszustellen. ¶ Ich darf mich enthalten weitläufig zu werden in einer Angelegenheit, die leider in ihrem verhängnissvollen Zusammenhang nur zu bekannt ist. Allein ich will, wie keine, so auch diese Gelegenheit nicht versäumen, um der Ueberzeugung der Grossherzoglichen Regierung Ausdruck zu geben, dass nur eine rasche und rückhaltloseste Anerkennung des Rechts schweres Unheil verhüten kann. ¶ Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren, nichts zu unterlassen, die gleiche Ueberzeugung auch bei der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, zu begründen und dahin zu wirken, dass zunächst deren Unterstützung bei der Abstimmung über den diesseitigen Antrag gewonnen werde. ¶ Ew. Hochwohlgeboren sind ermächtigt, dem Herrn . . . bei Uebergabe der Denkschrift\*) Kenntniss von diesem Schreiben zu geben, auch, wenn es gewünscht wird, Abschrift desselben zu lassen.

*Roggenbach.*

---

### No. 255.

**OESTERREICH und PREUSSEN.** — Antrag in der Sitzung der deutschen Bundesversammlung vom 8. März 1862, die Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen betr. —

Die Kaiserlich Oesterreichische und die Königlich Preussische Regierung, in der Erwägung: dass die hohe Bundesversammlung sich ihre

No. 255.  
Oesterreich  
und  
Preussen,  
8. März  
1862.

\*) Vgl. die ausserordentl. Beilage zum Februarhefte des „Staatsarchiv.“

**No. 255.** schliessliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat, — ¶ dass auf der Grundlage der Verfassungsurkunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständnis zwischen der kurfürstlichen Regierung und dem Lande nicht hat erzielt werden können, — ¶ dass der Bundesbeschluss vom 27. März 1852, wenn gleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezweckte, — ¶ dass die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt, — ¶ tragen darauf an, die hohe Bundesversammlung möge die kurfürstliche Regierung auffordern:

Oesterreich  
und  
Preussen,  
8. März  
1862.

unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 ausser Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmässigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete.\*)

### No. 256.

**KURHESSEN.** — Erklärung des Bundestagesesandten in der 13. Sitzung vom 27. März 1862 (§ III) auf den Antrag Oesterreichs und Preussens in Betreff der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit.

**No. 256.**  
Kurhessen,  
27. März  
1862.

Die Kurfürstliche Regierung kann der im ersten Erwägungsgrunde dieses Antrages ausgesprochenen Annahme, als ob die Verfassungsangelegenheit des Kurstaates noch zu keinem definitiven Abschlusse gelangt sei, nicht beipflichten, es sei denn, dass man einen Widerstand von Unterthanen gegen Bundesbeschlüsse und deren Ausführung in conföderativem Sinne, welcher Widerstand ohnehin zur Zeit des Bundesbeschlusses vom 24. März 1860, wodurch die Bundesversammlung ihre abschliessende Forderung an die Kurfürstliche Regierung stellte, schon begonnen hatte und erwogen wurde, als Grund des Abgehens von Bundesbeschlüssen gelten zu lassen hätte. Es würde diess ein nach allen Richtungen hin bedenkliches Präjudiz sein, namentlich die Ausdehnung der Competenz der Bundesversammlung in einem Grade enthalten, durch welche die Selbständigkeit der Bundesglieder vollständig vernichtet und die Beschlüsse der Bundesversammlung der Willkür des Volkes oder vielmehr gewisser Parteien desselben verfallen würden. ¶ Die Bundesversammlung hat sich in ihrem Beschlusse vom 24. März 1860 ganz ausdrücklich dahin erklärt, dass eine beruhigende Anzeige in der Publication einer Verfassung, wie sie unter dem 30. Mai 1860 erfolgt ist,

\*) Dieser Antrag ist dem kurhessischen Ausschuss zur Berichterstattung zugewiesen worden. — Nach Einbringung desselben erklärte der Gesandte Kurhessens, dass seine Regierung sich eine Erklärung über diesen Antrag vorbehalte, und brachte den Wunsch zum Ausdruck, der Ausschuss möge seine Arbeiten nicht beginnen, bevor diese Erklärung und eine Rückäusserung über die letzte Erklärung Badens der Bundesversammlung vorliegen.

erblickt werden solle, sie hat dieser Verfassung sogar ihre Garantie zugesagt und sich einen Vorbehalt nur für weitere, der Sachlage entsprechende Entschliessung vorbehalten. Ein Vorbehalt weiterer Beschlussfassung wird aber niemals in dem Sinne aufgefasst und geltend gemacht werden können, dass damit die rechtliche Wirksamkeit der früheren Beschlüsse ohne Weiteres dem Ermessen der Bundesversammlung unterstellt worden sei, sobald nicht zugleich diesen Beschlüssen nur eine provisorische Bedeutung zugemessen werden soll. ¶ Die Kurfürstliche Regierung hat ihre Bundestreue zur Genüge bewährt, als sie nicht bloss den Bundesbeschluss vom 27. März 1852, sondern auch den Beschluss vom 24. März 1860 vollzogen hat; sie hat auch über ihre conföderativen Gesinnungen keinen Zweifel gelassen, als sie dem ausgesprochenen Wunsche verbündeter Regierungen gemäss über den Bundesbeschluss hinaus sich zu Zugeständnissen verstand. Die Angelegenheit hat nur durch ihre Beziehung zum Bunde sich in der geschehenen Weise entwickelt, darum kann und darf aber auch die Kurfürstliche Regierung erwarten, dass sich die Bundesversammlung nicht ihrer Verpflichtungen gegen sie entziehen werde, und in dem Wunsche, mit Ausgleichung der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit einen Grund der Missstimmung gegen sich zu beseitigen, die begründetsten Ansprüche zum Opfer bringe. ¶ Die Kurfürstliche Regierung hat bereits mehrfach Veranlassung gehabt, über die endliche Erledigung der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit, insbesondere über den Inhalt eines dieselbe betreffenden Antrages der Grossherzoglich-Badischen Regierung sich umfassend zu äussern, und indem sie sich auf die gegen diesen Antrag vorgebrachten rechtlichen und politischen Bedenken bezieht, will sie keineswegs das Gewicht eines von den höchsten Regierungen Oesterreichs und Preussens gemeinschaftlich angebrachten Antrages verkennen. Aber auch bei Festhaltung ihrer im ganzen Verlaufe dieser Angelegenheit bewiesenen föderativen Gesinnung, oder gerade um dieser Gesinnung willen kann sie nicht umhin, gegen jenen Antrag, wie derselbe gefasst ist, sich auszusprechen, indem sie nach den bisherigen Vorgängen im Lande seit 1852, wo sie auf Veranlassung des Bundes eine neue Verfassung publicirte, sich nicht dazu verstehen kann, irgend einen Schritt zu thun, der nicht die sichere Garantie in sich trägt, dass er zum Frieden führt. Der vorgedachte Antrag lässt nämlich eine mehrfache Auslegung zu. Die Kurfürstliche Regierung soll nach diesem Antrage aufgefordert werden, unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und Reichsritterschaft die Verfassung vom 5. Januar 1831 wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, wobei der Vorbehalt gemacht wird, zunächst auf verfassungsmässigem Wege diejenigen Abänderungen zu vereinbaren, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind. ¶ Es bleibt demnach zweifelhaft, da nach der Verfassung vom 5. Januar 1831 die erwähnten Standschaftsrechte bereits berücksichtigt sind, ob hiermit die Bewilligung einer Vertretung in einer besonderen Kammer hat ausgesprochen oder die Bezeichnung eines Punktes bei der vorzunehmenden Abänderung hat hervorgehoben werden sollen. ¶ Es bleibt ferner zweifelhaft, ob der Vorbehalt der zunächst zu vereinba-

**No. 256.** renden Abänderungen im Bestehenbleiben der jetzt geltenden betreffenden Kurhessen, Verfassungsbestimmungen, bis diese Vereinbarung zu Stande gekommen, 27. März 1862. involviret oder ob die Verfassung von 1831 auch in ihren offenbar bundeswidrigen Bestimmungen hergestellt werden soll: ¶ Endlich bleibt zweifelhaft, ob unter dem im Antrage erwähnten verfassungsmässigen Wege das Wahlgesetz von 1831 oder das in den seitherigen Verhandlungen und Beschlüssen ausdrücklich als bundeswidrig bezeichnete von 1849 gemeint ist. ¶ Die Kurfürstliche Regierung muss, obwohl sie nicht annehmen kann, dass die Wiedereinführung von bundeswidrigen Bestimmungen beabsichtigt sein könne, da der Bundesversammlung wohl die Pflicht vindicirt werden kann, auf Beseitigung bundeswidriger Verfassungsbestimmungen zu dringen, nicht aber deren Wiedereinführung, wenn auch nur provisorisch, anzuordnen, doch auf das Bedenkliche hinweisen, welches ein derartiger Beschluss der Bundesversammlung nach allen Seiten hin enthalten würde. Beispielsweise sei hier angeführt, dass nach § 156 der Verfassung vom 5. Januar 1831 die Officiere diese Verfassung zu beschwören haben. Auf Veranlassung der Bundescommissäre sind durch Verordnung vom 26. Juni 1851 die Officiere des von ihnen geleisteten Eides entbunden worden und haben in Gemässheit derselben einen andern Fahneneid geschworen. Würde nun die Verfassung vom 5. Januar 1831 ohne Weiteres wieder eingeführt, so würde eine neue Beeidigung des Officiercorps auf diese Verfassung nothwendig, welche, wenn nicht die Verfassung offenbar verletzt werden soll, sofort vorgenommen werden müsse. ¶ Geht man aber von der Unterstellung aus, dass die Ausscheidung von bundeswidrigen Bestimmungen vorerst auf verfassungsmässigem Wege, vorbehaltlich der endlichen Entscheidung durch die Bundesversammlung, versucht werden soll, so wird, abgesehen davon, dass ein solcher Weg bundesrechtlich nicht geboten ist, wie in der diesseitigen Denkschrift ausgeführt worden, derselbe nach den Bestimmungen der Verfassung selbst höchst wahrscheinlich zu bedeutenden Weiterungen führen, da die Bestimmungen über die Abänderungen der Verfassung doch jedenfalls eingehalten werden müssten, wenn von einem verfassungsmässigen Wege die Rede sein soll; hiernach muss aber jede Abänderung entweder einstimmig oder auf zwei nach einander folgenden Landtagen durch eine Majorität von drei Viertel der auf dem Landtage anwesenden Mitglieder angenommen werden. Ein solches Verfahren widerspricht auch der Ausführung der Königlich-Preussischen Regierung in ihrer dem Bundesbeschlusse vom 24. März 1860 vorausgegangenen Erklärung, worin dieselbe beantragte, den Ausschuss mit der Bezeichnung der bundeswidrigen Bestimmungen zu beauftragen. ¶ Je mehr die Kurfürstliche Regierung dem Motive des Antrages beipflichten muss, dass die endliche Herstellung eines gesicherten und allgemein anerkannten Rechtszustandes im dringenden Interesse des Landes, wie des gesammten Deutschlands liege, desto weniger kann sie den in Aussicht genommenen Weg als den geeignetsten erkennen. Sie muss endlich wiederholt hervorheben, dass die Zusammenberufung einer Kammer nach dem Wahlgesetze vom 5. April 1849, dessen Bundeswidrigkeit offen vorliegt, nicht zu einem den Interessen des Landes entsprechenden Resultate

führen werde. Insbesondere aber muss der Umstand, dass die hohen beantragenden Regierungen sich nicht ausdrücklich gegen das ebenerwähnte Wahlgesetz ausgesprochen haben, in so fern für verhängnissvoll angesehen werden, als die Regierung damit auf Versuche angewiesen wird, welche der Agitation ferner den Spielraum gewähren werden, den ihr seither die mangelnde Einigung der beiden deutschen Grossmächte darbot. Die Kurfürstliche Regierung glaubt in Anspruch nehmen zu dürfen, dass die Bundesversammlung mit Anerkennung der jedem Einzelstaate bundesgrundgesetzlich zugesicherten Selbständigkeit einen Beschluss fassen werde, der ihr eine sichere Grundlage zum Handeln darbietet.\*)

**No. 256.**  
Kurbessen,  
27. März  
1863.

### No. 257.

**FRANKREICH.** — Aus dem „Esposé de la situation de l'Empire, présenté au Sénat et au Corps Législatif.“

**AFFAIRES COMMERCIALES.\*\*)** — L'année 1860 avait été signalée par la réforme de notre système économique et par le traité conclu avec la Grande-Bretagne, première et heureuse consécration des nouveaux principes qui devaient diriger désormais la politique commerciale de la France. La période dont nous allons retracer les principaux résultats n'a pas été moins utilement remplie. Le ministère des affaires étrangères, d'un commun accord avec les départements du commerce et des finances, s'est appliqué à faire prévaloir, dans les négociations qu'il a ouvertes ou continuées, la pensée généreuse dont s'était inspiré l'Empereur en supprimant les entraves qu'apportait le régime prohibitif au développement des relations internationales. ¶ Ainsi que le faisait pressentir l'exposé présenté au Sénat et au Corps législatif à l'ouverture de la session dernière, le projet d'arrangement élaboré par les plénipotentiaires de la France et de la Belgique ne pouvait manquer d'aboutir. Les conventions de 1845 et de 1854, qui ne s'appliquaient qu'à un nombre limité de produits et qui maintenaient la plupart des restrictions inscrites au tarif général, avaient cessé depuis longtemps de suffire aux besoins des deux peuples, que la contiguïté des territoires et la conformité des intérêts préparaient à une alliance commerciale plus large dans sa base, plus féconde dans ses résultats. Le traité du 1er mai 1861 est venu accomplir et réaliser, aussi complètement que le comporte la situation de la France et de la Belgique, une conception qui avait été, à une autre époque, repoussée comme une utopie d'économistes. Le nouvel arrangement garanti aux importations des deux pays le traitement avantageux déjà consacré par nos échanges avec le Royaume-Uni; il contient, en outre, quelques modifications empreintes du même caractère de libéralité et qui ne sont pas sans importance. C'est ainsi qu'il stipule des réductions de taxes en faveur d'une série d'articles qui étaient restés en dehors des conventions

**No. 257.**  
Frankreich,  
Januar  
1863.

\*) Auf Antrag des Präsidiums erfolgt die Ueberweisung an den betreffenden Ausschuss unter Vorbehalt weiterer Erklärungen für Oesterreich und Preussen.

\*\*\*) Der von den „affaires politiques“ handelnde Theil des „Esposé“ ist unter No. 223 mitgetheilt worden.

**No. 257.** supplémentaires du 12 octobre et du 16 novembre 1860, et qui consistent pour la plupart en matières nécessaires à l'industrie. Le régime des droits d'exportation a été également amélioré: les prohibitions ont disparu à la sortie comme à l'entrée. ¶ Les plénipotentiaires de LL. MM. l'Empereur des Français et le Roi des Belges n'ont pas borné leur tâche à la conclusion d'un traité de commerce: ils ont signé le même jour une convention maritime qui renouvelait, en les élargissant, les stipulations de 1849, et une convention littéraire qui a confirmé et précisé davantage les garanties que l'acte du 22 août 1852 assurait déjà, dans les deux pays, à la propriété des œuvres d'esprit ou d'art. La même protection a été heureusement étendue aux marques de fabrique, ainsi qu'aux modèles et dessins servant à l'industrie.\*) Il était, en effet, essentiel que le cabinet de Bruxelles donnât cette légitime satisfaction aux vœux si souvent exprimés par la France, au moment où notre marché national allait s'ouvrir à tous les produits de l'industrie belge. ¶ Le Gouvernement de l'Empereur avait espéré pouvoir annoncer, au début de cette année, la conclusion de l'arrangement qui se négocie à Berlin avec la Prusse et les Etats faisant partie de l'union douanière allemande. Quel que puisse être, de part et d'autre, le désir d'arriver à un résultat favorable au développement des relations commerciales entre la France et l'Allemagne, la solution a été inévitablement retardée jusqu'à ce jour par les difficultés inhérentes à la constitution même du Zollverein et par la nécessité de concilier, autant que possible, les intérêts souvent divergents du grand nombre d'Etats dont se compose cette association. ¶ L'intérêt de la navigation française a déterminé le Gouvernement impérial à devenir partie contractante à la convention générale signée à Hanovre le 22 juin 1861, et en vertu de laquelle les différentes puissances dont les navires remontent l'Elbe jusqu'à Hambourg ont racheté les péages de Stade.\*\*\*) Ces péages, dont le maintien pouvait être difficile à justifier en principe, n'en étaient pas moins consacrés par le temps, et la France n'a pas cru devoir reculer devant un léger sacrifice de trésorerie pour en obtenir la suppression et affranchir d'une servitude onéreuse notre commerce maritime avec la plus riche des villes hanséatiques. ¶ Ce qui ne peut manquer de contribuer, sur un autre point de l'Allemagne, au développement de nos relations, c'est l'ouverture du pont fixe sur le Rhin entre Strasbourg et Kehl, dont notre convention de 1857 avec le grand-duché de Bade avait réglé les conditions d'établissement. Il est inutile de faire ressortir l'importance internationale de ce grand travail, qui supprime pour les voyageurs et les marchandises les retards et les difficultés provenant de l'interruption jusqu'alors obligée du parcours. ¶ Dans sa légitime sollicitude pour les besoins de l'industrie française, le Gouvernement de l'Empereur n'a pas cru pouvoir mieux assurer l'approvisionnement en combustible de celles de nos manufactures de l'Est qui ne se trouvent pas à portée des charbons de la Belgique et de l'Angleterre, qu'en leur ouvrant une voie de communication

\*) Vrgl. Bd. I, Nr. 1—4.

\*\*) Bd. I. Nro. 5—7.

économique avec le riche bassin houiller de Sarrebruck. C'est dans ce but qu'a été signée, le 4 avril 1861, avec la Prusse une convention pour l'établissement du canal international de la Sarre. ¶ Le Gouvernement helvétique nous a témoigné le désir d'entrer en arrangement pour régler, à l'avantage des deux pays, leurs relations commerciales. De semblables ouvertures ne pouvaient qu'être accueillies. La question a été mise à l'étude, et il est permis d'espérer que nous ne tarderons pas à voir s'ouvrir la négociation. ¶ Parmi les actes diplomatiques conclus avec les Etats du nord et du centre de l'Europe, et se rattachant aux intérêts dont l'étude et la défense ne forment pas la partie la moins importante de la mission du département des affaires étrangères, il reste à mentionner ici la convention littéraire et artistique signée à Saint-Petersbourg le 6 avril 1861.\*) Nous devons attacher d'autant plus de prix à cet arrangement, que la faveur avec laquelle les œuvres de la littérature française sont accueillies en Russie y assure un débouché considérable à notre commerce de librairie. ¶ Si l'on suit maintenant au sud de l'Europe, pendant la même période, l'action de la diplomatie commerciale de la France, on se félicite de pouvoir lui attribuer deux actes importants: le traité de commerce signé le 29 avril dernier à Constantinople,\*\*) et la convention consulaire avec l'Espagne, dont les ratifications doivent être prochainement échangées. ¶ Arrêtons-nous d'abord au traité avec la Turquie. ¶ Pour peu qu'on étudie les stipulations de cet acte, dont la négociation n'a pas pris moins de cinq années, et qui entrera en vigueur le 13 mars prochain, on remarquera qu'il apporte d'heureuses modifications à la convention du 25 novembre 1838, qui avait réglé nos relations maritimes et commerciales avec la Porte. ¶ Sous le régime antérieur, les marchandises importées en Turquie acquittaient un droit de 5 p. 0/0, et les produits exportés étaient soumis à des taxes dont le chiffre s'élevait à 12 p. 0/0 de la valeur. Notre commerce et notre industrie avaient un très-grand intérêt à ce que les droits d'exportation fussent sensiblement diminués, au prix même d'une élévation des droits d'importation. En effet, les produits que nous tirons de l'empire ottoman se composent presque exclusivement de denrées alimentaires et de matières premières mises en œuvre par notre industrie. ¶ Ce résultat a été obtenu par le nouveau traité: désormais, les marchandises n'acquitteront plus, tant à l'entrée qu'à la sortie, qu'un droit uniforme de 8 0/0, qui, pour les produits exportés, diminuera d'un pour cent chaque année, jusqu'à ce qu'il soit réduit à une taxe fixe et définitive d'un pour cent. ¶ D'un autre côté, la convention de 1838 frappait les articles introduits en Turquie à destination d'autres pays d'un droit de 3 0/0. Le traité de 1861 l'abaisse dès aujourd'hui à 2 0/0, et stipule qu'il sera encore réduit d'un pour cent après un terme de huit ans. Ce dégrèvement n'est pas sans importance pour notre commerce de transit. ¶ Tous les intérêts ont donc été sauvegardés par le pacte récemment conclu avec la Porte, et notre commerce est fondé à en attendre les résultats les plus satisfaisants.

\*) Bd. I. Nro. 65.

\*\*) Bd. I. Nro. 64.

No. 257.  
Frankreich.  
Januar  
1862.

¶ L'application des traités intervenus, à diverses époques, entre la France et l'Espagne donnait lieu depuis longtemps à des difficultés qui portaient principalement sur les clauses de ces actes relatives aux attributions des consuls et à la condition civile des sujets des deux Etats. Désireux d'y mettre un terme, le Gouvernement de l'Empereur et celui de Sa Majesté Catholique ont résolu de négocier un arrangement spécial qui, comprenant tous les points en litige, remplaçât les traditions tombées en désuétude par des règles précises et facilement applicables, les privilèges douteux et contestés par des droits définis et reconnus, enfin qui fixât avec clarté, dans le sens le plus étendu et le plus favorable aux intérêts mutuels, les stipulations dont la révision avait paru opportune. ¶ Cette négociation, d'une nature très-délicate, vient de se terminer heureusement par la conclusion d'une convention consulaire, signée à Madrid le 7 janvier dernier. ¶ Le nombre considérable de Français établis en Espagne, l'importance et l'intimité de nos relations avec un peuple voisin dont la prospérité se lie à la notre, donnent à cet arrangement d'autant plus de prix, qu'en dehors des points spéciaux auxquels il s'applique, il est permis de le considérer comme inaugurant un système nouveau et plus libéral, dont l'application est destinée à s'étendre, dans un avenir peu éloigné, nous l'espérons, aux échanges des deux pays. Leur développement progressif, malgré les nombreuses entraves qui subsistent, démontre chaque jour la nécessité d'abaisser les barrières de douanes, nécessité que la jonction prochaine des chemins de fer français et espagnols rendra plus évidente encore. ¶ La formation du nouveau royaume d'Italie a changé les conditions de nos rapports commerciaux et maritimes avec la Péninsule italienne. En effet, le tarif sarde a été étendu à tous les Etats placés aujourd'hui sous la souveraineté du roi Victor-Emmanuel, et, en même temps, les traités de la France avec la Sardaigne ont été substitués aux conventions particulières qui avaient réglé antérieurement nos relations avec le grand-duché de Toscane et le royaume des Deux-Siciles. ¶ Toutefois cette situation, acceptée d'un commun accord à titre provisoire, devra bientôt faire place à un régime conventionnel en harmonie avec le développement des intérêts nouveaux qu'a fait naître la transformation politique de la Péninsule. ¶ Les bases d'un projet de traité sont dès à présent soumises à l'examen des plénipotentiaires de LL. MM. l'Empereur des Français et le Roi d'Italie, et les conférences dans lesquelles seront examinées et discutées les questions diverses qu'il y aura lieu de résoudre en commun vont s'ouvrir très-prochainement. ¶ En attendant l'issue favorable de ces négociations, le Gouvernement de l'Empereur s'est concerté avec le gouvernement italien pour l'adoption de mesures transitoires destinées à maintenir, en y ajoutant même de nouveaux avantages, la situation acquise à la marine des deux pays, antérieurement aux annexions, pour la navigation d'escale. ¶ La sollicitude du Gouvernement de l'Empereur pour nos intérêts commerciaux et maritimes à l'étranger ne s'est pas moins activement exercée au delà des mers que sur le continent européen. Chaque fois qu'en Amérique des modifications douanières, décrétées ou votées d'urgence sous la pression d'embarras financiers inséparables des perturbations politiques, ont eu pour



effet d'imposer au commerce français des charges illégales ou exagérées, elles ont immédiatement provoqué, de notre part, des réclamations pressantes. ¶ A l'occasion, notamment, de la promulgation du dernier tarif des Etats-Unis, nous avons eu soin de représenter au gouvernement fédéral qu'il s'engageait dans une voie non moins contraire à la réalisation de ses plans budgétaires que préjudiciable à l'écoulement de nos produits sur les marchés américains. A Haïti, nos démarches ont empêché que la nouvelle législation des patentes ne fût exécutée dans ce qu'elle avait de nuisible aux établissements formés par des négociants français, et nous avons, en outre, obtenu la promesse de sa prochaine révision. ¶ Un traité de commerce et de navigation signé avec le Pérou le 9 mars dernier, et dont les ratifications ont dû être récemment échangées à Lima, nous permet aujourd'hui de compter cette puissance au nombre des Etats transatlantiques chez lesquels les droits et les intérêts de nos nationaux, ainsi que les privilèges de nos agents consulaires, se trouvent placés sous la précieuse garantie du droit conventionnel. ¶ La légation de l'Empereur en Chine a été chargée d'établir, de concert avec les autorités locales compétentes, les règlements qui doivent assurer aux engagements des coolies émigrants toutes les garanties désirables. ¶ Le bénéfice de la stipulation intervenue depuis le traité de Pékin entre l'Angleterre et la Chine, pour l'ouverture du Yang-tzekiang au commerce britannique jusqu'à la ville si importante de Hong-kao, nous est de plein droit assuré par la clause générale qui nous accorde le traitement de la nation la plus favorisée. ¶ Mais nos arrangements avec le Céleste Empire ne produiront tous leurs effets que lorsque notre service consulaire aura été organisé sur des bases assez larges pour donner satisfaction aux légitimes exigences du commerce français. Ces bases, telles que les a déterminées une commission réunie sous la présidence du ministre des affaires étrangères, seront, quoique moins étendues que celles adoptées par l'Angleterre, suffisantes dans l'état actuel de nos relations avec l'extrême Orient. ¶ Les dépenses qu'entraînera pour l'Etat la réorganisation projetée seront complètement compensées par le rapide accroissement de nos échanges sur tout le littoral et jusque dans le cœur de l'empire chinois. ¶ Notre représentant au Japon, par ses constants efforts et de fréquentes conférences avec les chefs du Gouvernement, a réussi à affranchir les opérations de nos négociants d'une partie des entraves inévitables au début de leurs rapports avec les indigènes. D'un autre côté, comprenant la nécessité d'assurer aux Français établis dans cet empire le bénéfice de la clause conventionnelle qui réserve à nos agents diplomatiques et consulaires la juridiction civile et criminelle sur leurs nationaux, le ministre des affaires étrangères a élaboré un projet de loi actuellement soumis au conseil d'Etat, et qui rend applicables au Japon les dispositions de la loi de 1852, relative à la compétence judiciaire de nos consuls en Chine. ¶ Le même département s'est vu naturellement appelé à prendre part aux études qui ont précédé la concession des services de navigations à vapeur destinés à établir des relations directes et périodiques entre les ports de l'Empire et les riches contrées de l'Inde, de l'extrême Orient et des Amériques. Il a prêté avec

No. 257.  
Frankreich,  
Januar  
1863.

1. d'autant plus d'empressement son concours à la création de ces grandes entreprises, qu'elles lui apparaissent comme le seul moyen efficace de conquérir de nouveaux marchés pour notre industrie et de faire pénétrer en même temps dans les pays les plus reculés l'influence de notre politique, de nos idées et de notre civilisation.

## No. 258.

**SCHWEIZ.** — Der Bundesrath an den schweizerischen Gesandten in Paris. —  
Reclamation wegen Verletzung des schweizerischen Gebietes. \*)

Berne, le 31 octobre 1861.

8. Monsieur, — Nous venons d'être informés par le conseil d'État du  
s. canton de Vaud que, dimanche 27 octobre, un fort détachement de gend-  
br. armerie française et des soldats de la garnison du fort des Rousses, armés et sous le commandement d'un officier de gendarmerie, ont pénétré dans la localité vaudoise des Cressonnières suisses. ¶ D'après les rapports ci-joints de M. le préfet de Nyon, la première cause d'une violation de territoire aussi flagrante doit être cherchée dans la circonstance suivante: ¶ Un individu, nommé Fournier, condamné par le tribunal de police de Nyon pour avoir maltraité une femme, s'est soustrait à sa peine en prenant la fuite. A ce qu'il paraît, la gendarmerie française croyait que Fournier se trouvait dans la vallée des Dappes et que la police vaudoise avait l'intention de l'arrêter là. Du moins, l'officier de gendarmerie française ayant vu un caporal de gendarmerie vaudoise qui était accouru de Saint-Cergues, au bruit répandu de l'occupation des Cressonnières suisses par la force armée française, lui demanda s'il était venu pour arrêter Fournier. Ce même officier déclara ensuite qu'il s'opposerait à cette arrestation ainsi qu'à celle d'un autre individu, le braconnier Lamiquique, attendu que par de tels actes il serait porté atteinte aux droits de souveraineté que la France a sur le territoire en question. ¶ Ce n'est pas ici le lieu de se livrer à de longues investigations sur la question de droit, laquelle a, comme l'on sait, été débattue à fond et le sera encore sans doute plus tard. La question de droit est d'ailleurs complètement résolue pour ce qui concerne la Suisse, et le point de vue de celle-ci ne saurait être l'objet d'un doute quelconque. Ce dont il s'agit, c'est le fait flagrant d'une violation de territoire contre laquelle nous devons vous charger de réclamer énergiquement auprès de S. Excellence M. le ministre des affaires étrangères. ¶ Vous insisterez, en conséquence, pour que la force armée française évacue immédiatement le village des Cressonnières suisses et se retire au delà des frontières, pour autant que cela n'aurait pas déjà eu lieu. De plus, vous chercherez à obtenir qu'une satisfaction convenable soit donnée à la Suisse pour cette violation de territoire et qu'il soit pris des mesures en vue de prévenir pour la suite des actes de la nature de ceux qui font l'objet de la présente note, actes qui ne peuvent que compromettre au plus haut degré et d'une manière regrettable les rapports d'amitié qui doivent exister entre des États voisins.

\*) Vgl. Bd. I., No. 140 und 141.

¶ Il est à espérer que le ministère impérial fera d'autant moins de difficulté **No. 258.**  
de condescendre à cette demande qu'il doit lui importer pareillement d'éviter Schweiz,  
31. Octobr.  
1861.  
tout ce qui pourrait troubler la bonne intelligence entre les populations des  
deux pays. ¶ En vous priant, etc.

A. M. Kern, etc., Paris.

Le président de la confédération,  
J.-M. Knusel.

### No. 259.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den schweizerischen Gesandten in Paris. —  
Erwiderung auf die vorstehende Reclamation des Bundesraths. —  
Paris le 8 novembre 1861.

Monsieur le ministre, — Je m'empresse de vous annoncer qu'il résulte **No. 259.**  
des renseignements fournis à S. Exc. M. le maréchal ministre de la guerre Frankreich,  
8. Novbr.  
1861.  
par le général commandant la 7<sup>e</sup> division militaire que, si des mesures ont  
été combinées sur notre frontière pour empêcher que les autorités du canton  
de Vaud pussent procéder par la force, contrairement au statu quo, à  
l'exécution, sur le territoire contesté de la vallée des Dappes, d'un arrêt  
rendu par le tribunal de Nyon, il n'est pas exact que des gendarmes ou  
des soldats français aient pris une position, même momentanée, sur un point  
quelconque de ce canton. L'assertion de M. le général Faucheux est aussi  
catégorique que possible, et je ne m'explique pas dès lors les faits qui ont  
pu donner lieu à la réclamation du conseil fédéral. ¶ Agréez, etc.

A. M. Kern, etc.

Thouvenel.

### No. 260.

**SCHWEIZ.** — Der Bundesrath an den schweizerischen Gesandten in Paris. —  
Rechtliche Begründung der Ansprüche der Schweiz auf das Dappenthal. —  
Berne, 23 novembre 1861.

Monsieur, — Notre dépêche du 31 du mois dernier \*) vous a donné **No. 260.**  
connaissance de la violation de territoire qui a eu lieu le 27 du même mois Schweiz,  
23. Novbr.  
1861.  
dans la vallée des Dappes, où des gendarmes et des soldats français du fort  
des Rousses ont pénétré dans la localité vaudoise des Cressonnières suisses,  
dans l'intention de s'opposer à une arrestation que l'on supposait devoir être  
opérée par la police vaudoise. ¶ Nous vous avons chargé de demander la  
satisfaction usitée dans de pareils cas, et fondée sur le droit des gens, en  
insistant pour qu'il fût pris des mesures propres à prévenir le renouvellement  
de faits aussi regrettables. ¶ Ainsi qu'il est à votre connaissance, le ministère  
français, se fondant sur un rapport du commandant de la 7<sup>e</sup> division mili-  
taire, a cru devoir prétendre qu'il n'y a pas eu de violation de territoire,  
que la localité des Cressonnières suisses ni aucun autre point de la vallée  
n'ont été même momentanément occupés par des gendarmes et des soldats  
français, la gendarmerie ayant été uniquement postée auprès de la frontière,  
à proximité de la vallée des Dappes, afin de s'opposer, le cas échéant, à  
l'arrestation déjà mentionnée. Tel est l'exposé qui a d'ailleurs été plus tard,

\*) No. 258.

No. 260.  
Schweiz,  
23. Novbr.  
1861.

en partie du moins, modifié par le gouvernement français dans les communications qui ont été faites dès lors. ¶ Comme cette assertion était en contradiction flagrante avec le rapport des commissaires suisses qui, le 2 novembre, se sont rendus sur les lieux, où ils ont soumis le cas à une enquête scrupuleuse, il devait nous importer d'être fixés au sujet de prétentions si divergentes, d'autant plus qu'on avait tout motif d'admettre que le commandant de la division française n'avait pas été dûment renseigné par ses subordonnés, et que ceux-ci n'avaient pas rendu compte des faits tels qu'ils se sont réellement passés. ¶ Aussi n'avons-nous pas hésité à déléguer de-rechef nos commissaires, et ils nous ont fait, sur leur seconde mission, le rapport que nous avons l'honneur de porter à votre connaissance. ¶ Si l'on compare les deux rapports des commissaires du 2 et du 13 novembre, l'incident du 27 octobre peut se résumer dans les points suivants: ¶ Le tribunal de police du district de Nyon se trouva appelé, le 24 septembre 1861, à prononcer un jugement contre un nommé Jean Fournier, demeurant à la Jaquette suisse (vallée des Dappes), et Fournier fut condamné à vingt jours de prison pour avoir maltraité la veuve Régnard et son fils. Ce jugement devint exécutoire le 11 octobre 1861. ¶ Il paraît que la gendarmerie française, qui avait reçu des instructions, croyait que l'exécution devait suivre immédiatement et qu'il serait en conséquence incontinent procédé à l'arrestation de Fournier. Afin de l'empêcher, un détachement de gendarmerie française, ainsi qu'un piquet de soldats de la garnison du fort des Rousses, se transportèrent le dimanche 27 octobre à la localité voisine des Cressonnières suisses. ¶ Un caporal de gendarmerie vaudoise qui était accouru au bruit de cette invasion fut interpellé par l'officier de gendarmerie, sous les ordres duquel était tout le détachement, qui lui demanda s'il était venu avec l'intention d'opérer l'arrestation de Fournier. Ayant reçu une réponse négative, l'officier déclara qu'il s'opposerait même par la force à une pareille arrestation, tout comme d'ailleurs il ne pouvait permettre que de semblables mesures de police fussent prises par les autorités suisses dans la vallée des Dappes. ¶ Après avoir acquis la conviction qu'il ne s'agissait pas de l'arrestation de Fournier, les gendarmes et les soldats français repassèrent la frontière dans la soirée même du 27 octobre. ¶ L'examen du second rapport des commissaires donne la conviction que l'incident du 27 octobre est bien tel qu'il a été raconté par M. le préfet de Nyon et déjà confirmé dans leur premier rapport. MM. les commissaires ont pu, il est vrai, remarquer que depuis leur première apparition dans la vallée il s'est produit un changement chez une partie des habitants. ¶ La portée que l'on veut attacher à l'événement du 27 octobre a eu pour effet d'intimider, en quelque sorte, des personnes qui, lors du premier interrogatoire, se sont prononcées en toute franchise, et ont cru plus tard devoir observer une certaine réserve, dans la crainte que, suivant les circonstances, on ne vînt plus tard les rendre responsables de leurs déclarations. Mais, néanmoins, on a obtenu des dépositions d'un caractère si positif qu'il n'est pas permis de mettre en doute l'exactitude du premier exposé. ¶ Il n'existe pas non plus le moindre motif de douter de la véracité des témoins, car on ne voit pas ce qui aurait pu

les engager à dénaturer le fait et à donner des déclarations contraires à la vérité. Aussi leurs dépositions confirment-elles de la manière la plus formelle la présence aux Cressonnières suisses de gendarmes et de soldats français armés, tout comme elles décrivent en général l'incident tel qu'il est rapporté dans le premier rapport des commissaires. ¶ De témoins ajoutent que, pendant la journée du 27 octobre, des gens du poste frontière français ont pénétré par groupes sur le territoire suisse pour découvrir les gendarmes vaudois, que l'on supposait cachés dans les bois. ¶ Si, par les motifs indiqués, certains habitants des Cressonnières sont plus réservés dans leurs dépositions qu'ils ne l'étaient le 2 novembre, s'ils ne se prononcent pas d'une manière aussi précise et catégorique que le font d'autres témoins, il ne faut pas cependant perdre de vue qu'ils ne contestent par les témoignages qui ont été donnés, et qu'ils conviennent en tout cas d'avoir vu au moins le lieutenant et le brigadier de la gendarmerie française sur le territoire suisse. ¶ En présence de l'exposé si clair de nos commissaires, nous n'hésitons nullement à maintenir notre réclamation du 31 octobre et à renouveler la demande qui y était contenue d'une satisfaction convenable et de mesures propres à prévenir le retour de pareilles violations de territoire. ¶ Le ministère français s'est montré disposé à entrer en négociation avec la Suisse, soit sur la question principale, soit sur un mode de vivre, tout en donnant à entendre que les mesures dernièrement ordonnées et qui ont fait l'objet des plaintes de la Suisse devraient être maintenues par les autorités françaises aussi longtemps que l'exigerait l'état des choses. ¶ Autant il importe à la Suisse de vivre en bonne intelligence avec ses voisins, autant elle désire entretenir avec eux de bons rapports et contribuer à les rétablir alors qu'ils viendraient à être troublés, autant que le Conseil fédéral ne peut se trouver engagé à ouvrir des négociations aussi longtemps qu'il existe une déclaration dans laquelle il doit voir une menace. ¶ Il ne peut consentir à faire dépendre les négociations d'une condition dont l'accomplissement aurait pour effet d'annuler comme une usurpation une souveraineté exercée depuis de longues années par la Suisse dans la vallée de Dappes. ¶ Il nous paraît convenable de dire ici quelques mots sur la question du statu quo, puisque ce point a tout récemment été soulevé par la France. Il semble qu'il s'est introduit ici des malentendus qui exigent nécessairement une explication. Le statut, qui paraît être compris par la France dans le sens que les droits de souveraineté, l'administration de la justice ou la police ne devraient être exercés dans la vallée des Dappes ni par l'un ni par l'autre de ces deux Etats, ce point de vue n'est point justifié par les antécédents. Nous nous sommes étendus au long à ce sujet dans une note du 21 juin dernier à la légation française, et il ne sera pas hors de propos de rappeler ici les considérations qui ont été exposées à cette occasion. ¶ Il est constaté par les actes que jusqu'en 1851 les autorités vaudoises ont exercé sans obstacle la juridiction pénale et civile sur la vallée des Dappes. Les autorités du district de Nyon ont traité ce territoire de la même manière que les autres parties du district. Dans les registres consultés, il n'existe aucun indice que, jusqu'à l'époque citée, l'exercice des fonctions judiciaires par les autorités vaudoises, on

**No. 260.** ait donné lieu à un conflit quelconque, ¶ Une opposition ne survint qu'en 1851, à l'occasion d'une saisie opérée au préjudice d'un nommé Janin, pour une réclamation de la caisse d'épargne de Nyon. Alors, dans l'espérance d'arriver à un arrangement sur les différends relatifs à la question principale, il a été donné ordre de surseoir pour le moment à toute démarche juridique et d'éviter ainsi ce qui pourrait rendre cette affaire encore plus compliquée. Tel est le fait invoqué dès lors en particulier en 1852 et en 1859, comme formant une espèce de statu quo entre les deux pays. ¶ Cette manière de voir n'est cependant pas suffisamment fondée, car lorsque pendant plus de trente-cinq ans la juridiction a été exercée sans opposition, une suspension de la justice dans un cas donné, en considération des rapports de bon voisinage, ne saurait impliquer aucun préjudice de droit pour la Suisse, et à ce titre la compétence de ses tribunaux, soit de ceux du canton de Vaud, ne peut être l'objet d'un doute sérieux. ¶ Tel est le point de vue auquel le Conseil fédéral considère la question du statu quo. Ce point de vue est, suivant lui, une nécessité, si l'on ne veut pas que la vallée des Dappes tombe dans l'anarchie la plus complète. Par l'expression du statu quo, nous ne saurions donc entendre un état d'absolue neutralité dans le sens que toute autorité supérieure eût à cesser son action. ¶ Il ne saurait être dans les intentions du gouvernement impérial, nous en avons la conviction, de vouloir favoriser une situation aussi exceptionnelle; ce n'est pas lui qui voudrait créer entre les deux pays une circonscription territoriale jouissant du singulier privilège d'être affranchie de tout ordre légal et dont les habitants pourraient se faire un titre pour prétendre à l'impunité de tous délits futurs ou passés. ¶ En vous invitant à donner ultérieurement les explications qui pourraient être nécessaires, appuyées par les pièces de l'enquête, nous vous autorisons à laisser à M. le ministre une copie de la présente note, et saisissons cette occasion etc.

*A. M. Korn etc., Paris.*

Au nom du Conseil fédéral suisse,  
*J.-M. Knusel.*  
Le chancelier de la Confédération,  
*Schiess.*

### No. 261.

**SCHWEIZ.** — Der Bundesrath an den schweizerischen Gesandten in Paris. — Protest gegen die Beschränkung der Souveränitätsausübung der Schweiz im Dappenthal. —

Berne le 29. Janvier 1862.

**No. 261.**  
Schweiz,  
29. Januar  
1862.

*Monsieur,* — M. le marquis de Turgot a fait parvenir le 30 décembre de l'année dernière, à notre président, M. Knusel, une copie de la dépêche, en date du 28 du même mois, que S. Exc. le ministre des affaires étrangères a adressée à M. l'ambassadeur de France à Berne, relativement à la question de la vallée des Dappes. ¶ Dans cette dépêche, le gouvernement français, se fondant sur les rapports qu'il a demandés, conteste positivement la violation de territoire à notre frontière, contre laquelle nous avons réclamé, tout en reconnaissant que le lieutenant de gendarmerie de Saint-Claude, accompagné d'un seul gendarme, a fait une courte apparition aux Cressonnières, et cela dans des circonstances qui expliquaient complètement sa

démarche. Le gouvernement impérial considère dès lors la discussion comme étant close, et décline la demande de satisfaction que vous avez formulée en notre nom à raison de ces faits. ¶ A cette occasion, il entre dans des développements sur la question du droit et sur le statu quo; il fait des observations sur les procédés peu bienveillants des cantons frontières et la grande importance que l'on a voulu attribuer au cas dont il s'agit, et il assure d'ailleurs que les sentiments d'amitié de la France pour la Suisse n'ont jamais varié, et qu'aucune occasion n'a été négligée pour lui en donner la preuve. ¶ Quoique, d'après les déclarations positives du ministère français, la continuation de la discussion de notre part ne conduise à aucun résultat, le Conseil fédéral ne saurait toutefois passer cette note entièrement sous silence. ¶ Se fondant sur ses rapports et sur ses actes, il peut avec une ferme conviction, maintenir la réalité de la violation de la frontière contre laquelle il vous a chargé de réclamer, et il ne peut que regretter que le ministère français, sur la foi des rapports contradictoires de ses propres fonctionnaires subalternes qui ont pris part à l'incident, n'ait pu arriver à la même conviction. ¶ Il résulte en outre des communications et notes échangées à cette occasion que le gouvernement français, non-seulement a effectivement donné l'ordre d'empêcher par la force des arrestations dans la vallée des Dappes, mais qu'il a l'intention de le maintenir contrairement à notre demande bien fondée, et que même, d'après l'aveu contenu dans la dernière note française, la gendarmerie française a paru dans la vallée des Dappes pour y faire exécuter cet ordre. ¶ Le Conseil fédéral regrette que, sous ce rapport aussi, il n'ait pas été tenu compte de sa réclamation, et il est de son devoir de protester formellement ici contre ce procédé par lequel l'exercice de la souveraineté que la Suisse a maintenu jusqu'à présent dans la vallée des Dappes serait restreint toujours davantage, et le statu quo essentiellement modifié à son préjudice. ¶ Par contre, le Conseil fédéral ne croit pas devoir entrer de nouveau en discussion sur les autres arguments contenus dans la note française; tous les faits et motifs qui y sont mentionnés ont été suffisamment appréciés et réfutés dans des notes et mémoires antérieurs de la Suisse; il se borne à renvoyer aux notes suisses des 13 août 1816 et 14 août 1820, au mémoire adressé au congrès d'Aix la-Chapelle le 14 septembre 1818 et aux nouvelles notes du Conseil fédéral des 21 Juin, 1<sup>er</sup> et 23 novembre de l'année passée. ¶ Le Conseil fédéral attache un grand prix à entretenir avec la France tout particulièrement comme avec les autres Etats limitrophes, les meilleurs rapports d'amitié et de voisinage; il est à espérer que les causes et les faits qui ont pu troubler cette bonne intelligence entre les deux Etats disparaîtront toujours davantage et ne se renouvelleront plus. Le Conseil fédéral, de son côté, fera toujours tout ce qui dépendra de lui pour atteindre ce but. ¶ Vous êtes autorisé, monsieur le ministre, à donner lecture de la présente note à S. Exc. M. Thouvenel et à lui en laisser copie, s'il le désire. Agréez etc.

A M. Kern etc., Paris.

Au nom du Conseil fédéral suisse.

J.-M. Knusel.

Le chancelier de la Confédération.

Schiess.

No. 201.  
Schweiz.  
29. Januar  
1862.

## No. 262.

FRANKREICH. — Der Gesandte in Bern an den schweizerischen Bundesraths-Präsidenten. — Den Schadenersatz für die bei den Vorfällen in Ville-La-Grand Beschädigten betr.\*) —

Berne, 18 février 1862.

No. 262.  
Frankreich,  
18. Februar  
1862.

*Monsieur le Président*, — MM. les commissaires chargés par le gouvernement de l'Empereur de poursuivre l'enquête relative aux faits de Ville-la-Grand ont fait connaître à S. Exc. M. Thouvenel le résultat de leurs conférences avec les commissaires fédéraux. ¶ La proposition de ces derniers de faire participer la France par moitié au paiement de l'indemnité qu'il y a lieu d'accorder aux personnes lésées ne paraît au cabinet impérial se justifier ni en équité ni en logique, et le gouvernement de Sa Majesté ne peut pas plus contribuer, par portion égale, à cette indemnité, qu'il ne peut admettre une assimilation entre la conduite des agents suisses et celle des agents français dans cette affaire. ¶ Toutefois, il serait disposé, pour donner un nouveau témoignage de ses intentions conciliantes et pour faire disparaître, autant qu'il est en son pouvoir, une cause de désaccord entre lui et la Suisse, à accepter une transaction qui consisterait à faire participer la France pour un tiers à l'indemnité reconnue équitable par les commissaires de deux pays. ¶ Le gouvernement de la Confédération reconnaîtra, le cabinet impérial aime à le penser, que la France ne peut aller au delà de cette concession, et je me plais à espérer, monsieur le président, que le Conseil fédéral acceptera l'arrangement que je suis invité à proposer à Votre Excellence. ¶ Je saisis cette occasion etc.

*A M. le Président du conseil fédéral suisse etc.*

*Turgot.*

## No. 263.

SCHWEIZ. — Der Bundesrath an den schweizerischen Gesandten in Paris. — Antwort auf die vorstehende Note und definitive Erledigung der Erschädigungsfrage. —

Berne, le 24 février 1862.

No. 263.  
Schweiz,  
24. Februar  
1862.

*Monsieur*, — M. le marquis Turgot annonce au président de la Confédération, par note du 18 courant, que la proposition de nos commissaires de faire participer la France par moitié au paiement de l'indemnité qu'il y a lieu d'accorder aux personnes lésées dans l'affaire de Ville-la-Grand, ne paraît au cabinet impérial se justifier ni en équité, ni en logique, et que le gouvernement de Sa Majesté ne peut pas plus contribuer par portion égale à cette indemnité, qu'il ne peut admettre une assimilation entre la conduite des agents suisses et celle des agents français dans cette affaire; que toutefois il serait disposé, pour donner un nouveau témoignage de ses intentions conciliantes et pour faire disparaître autant qu'il est en son pouvoir une cause de désaccord entre les deux Etats, à accepter une transaction qui consisterait à faire participer la France pour un tiers à l'indemnité dont il s'agit. ¶ Le Conseil fédéral ne peut s'empêcher d'exprimer son regret de

\*) Vgl. Bd. I, Nro. 81—84 u. Nro. 189.



ce que le gouvernement impérial n'ait pas pu se résoudre à terminer cette affaire sur la base de l'offre faite par les commissaires suisses. Le gouvernement impérial paraît partir de l'opinion que la seule faute dont on puisse se prévaloir envers la France gît dans l'attitude passive de l'autorité locale savoisiennne et de la gendarmerie française, mais cette manière de voir repose sur une présomption erronée. Le principal grief du Conseil fédéral a toujours consisté en ceci: qu'une foule ameutée d'habitants de Ville-la-Grand a cherché, par des moyens illégaux et par la force, à libérer des prisonniers; qu'à cet effet elle n'a pas craint de se livrer à des actes de violence les plus graves contre des personnes et des choses, de cerner et de bloquer, de nuit, dans des circonstances très alarmantes et pendant plusieurs heures, un bâtiment sur territoire suisse. A cela vient se joindre sans doute un grief plus secondaire, savoir l'attitude passive, en tout cas très regrettable, des autorités françaises en présence de cette émeute. ¶ Dans cet état de choses, le Conseil fédéral aurait été entièrement fondé à refuser toute indemnité à des personnes qui ont pris part à cette émeute et qui ont été blessées par les mesures de défense des assiégés. Si malgré cela, et en égard à ce que l'enquête a en quelque sorte laissé douteuse la question de savoir si l'usage des armes à feu de la part des employés suisses a été précédée d'une sommation régulière, il a autorisé ses commissaires à consentir à une répartition par égales moitiés des indemnités paraissant désirables, il a cru par là venir de la manière la plus conciliante au devant du gouvernement impérial. Dans une affaire où, d'une part, on avait sans aucun doute manqué quant au fond, et de l'autre quant à la forme, il estimait qu'il valait mieux de part et d'autre, si l'on veut, ne pas peser trop minutieusement les fautes commises réciproquement, mais s'entendre d'une manière également honorable pour les gouvernements des deux pays, au fond désintéressés dans cette affaire. ¶ Mais si maintenant le gouvernement de S. M. l'empereur des Français ne croit pas pouvoir accepter un arrangement de cette espèce, et demande par note du 18 février que la Suisse contribue pour deux tiers et la France pour un tiers seulement aux indemnités, le Conseil fédéral se voit dans le cas de déclarer qu'il ne peut, de son côté, souscrire à un tel arrangement, qui impliquerait pour la Suisse l'apparence, contraire à toute vérité, d'avoir une mesure double de torts à se reprocher. ¶ Fidèle aux dispositions conciliantes dont il a toujours fait preuve dès le commencement dans cette affaire, et ne voulant pas que les relations d'amitié entre la Suisse et la France soient compromises par les suites d'une rixe de village, le Conseil fédéral désire pourtant terminer définitivement cette affaire, et il se déclare, en conséquence, prêt à payer l'indemnité entière aux Savoyards blessés, en admettant, bien entendu, que, de son côté, le gouvernement impérial se chargera de l'indemnité à payer à l'aubergiste Chauffat. ¶ Il est vrai que cette manière de terminer l'affaire est économiquement plus défavorable pour la Suisse que celle proposée par le gouvernement français lui-même. Si malgré cela le Conseil fédéral y donne la préférence, il le fait parce que cette solution exprime d'une manière logiquement élevée et non équivoque l'idée sur laquelle se base cet arran-

**No. 263.** gement; ce ne sont pas les graves conséquences de la faute, en elle-même  
 Schweiz. minime, des employés suisses qui déterminent la Suisse à un plus grand  
 24. Februar sacrifice, le Conseil fédéral laissant à l'opinion publique le soin d'apprécier  
 1862. la question ultérieure de savoir de quel côté en effet et en réalité git le  
 plus grand tort. ¶ Le Conseil fédéral croit pouvoir ensuite de cette offre  
 considérer cette affaire comme terminée, et il a dès lors l'honneur, M. le  
 ministre, de vous transmettre, pour être remise à M. Thouvenel, la somme  
 de 4350 fr. ¶ Nous vous chargeons, M. le ministre, de donner lecture de  
 cette lettre à S. Exc. M. Thouvenel et de lui en laisser copie. ¶ Agréez, etc.  
 A. M. Kern etc. Paris. Stämpft.

**No. 264.****MEXICO.** - Proclamation des Präsidenten Juarez.

[Uebersetzung]

Mexico, den 18. Dezember 1861.

**Mexicaner!**

**No. 264.**  
 Mexico.  
 18. Decbr.  
 1861.

Die uns zu Theil gewordenen Fingerzeige, dass Europa uns mit einem nahen Kriege bedrohe, haben unglücklicherweise angefangen, sich zu bewahrheiten. Die spanischen Streitkräfte sind in unser Staatsgebiet eingedrungen. Wir sind in unserer nationalen Würde beeinträchtigt und sogar unsere Unabhängigkeit ist gefährdet. ¶ In dieser bedenklichen Lage glaubt die Regierung der Republik eine ihrer gebieterischsten Pflichten zu erfüllen, indem sie den leitenden Gedanken zu Eurer Kunde bringt, welcher ihrer Politik zu Grunde liegen wird. Das Wohl Aller steht auf dem Spiel, und, wie alle Söhne Mexicos ihre Einsicht, ihr Gut und Blut dem Besten der Republik weihen müssen, so sind sie auch alle gleichermassen berechtigt, von der Handlungsweise der Regierung in Kenntniss gesetzt zu werden. ¶ Am 14. d. M. erhielt der Gouverneur des Staates Vera-Cruz von dem Befehlshaber der spanischen Truppen die Aufforderung, die Stadt Ulloa zu räumen, welche er zu besetzen Willens sei, bis die Regierung der Königin von Spanien gewiss sein könne, dass in Zukunft die spanische Nation mit allen ihr schuldigen Rücksichten behandelt werden würde. ¶ Der spanische Officier fügte hinzu, dass Stadt und Festung gleichzeitig Frankreich und England für die Reclamationen haften würden, welche diese Mächte gegenüber der mexicanischen Regierung geltend zu machen hätten. ¶ Es ist unwahr, dass die Regierung der Republik sich irgend einer Beleidigung der Königin schuldig gemacht hat und es ist ebenmässig unwahr, dass sie den gerechten Vorstellungen Spaniens hartnäckig das Gehör versagt hat. ¶ Die Regierung Mexicos hat gegen derartige Beschuldigungen Protest zu erheben. Seit dem Vertrage von 1836 ist Spanien stets als eine befreundete Macht angesehen worden und man kann uns nicht im Ton des Vorwurfs, die Ausweisung des spanischen Gesandten entgegenhalten. Alle Einzelheiten dieses Vorfalls sind bekannt, und man weiss auch, dass die Regierung in Beziehung auf diese Angelegenheit die befriedigendsten Erläuterungen zu geben bereit ist. Es war unabweislich, von dem Staatsgebiet einen fremden Agenten zu entfernen, der offenkundig Leute begünstigte, welche in

vollem Aufruhr gegen die gesetzlichen Autoritäten der Republik sich befanden. Die Regierung brachte ein Recht zur Anwendung, welches alle Nationen besitzen und ausüben und welches Spanien mehrmals gehandhabt hat. Aber zu derselben Zeit liess die Regierung sich angelegen sein, deutlich zu verstehen zu geben, dass es ihr Wunsch sei, durch diesen Act in keiner Weise die zwischen der Republik und Spanien bestehenden freundlichen Beziehungen in Frage zu stellen. ¶ Ebensowenig konnten die Gewaltthaten, unter welchen die spanischen Unterthanen gelitten haben mögen, zum Vorwand dienen, um unser gutes Einvernehmen zu stören, da diese Gewaltthaten die unausweichliche Folge einer socialen Revolution waren, deren Bestimmung es ist, die Missbräuche zu beseitigen, welche die Ursache unsrer Missgeschicke sind. Wenn die spanischen Unterthanen mehr als die andern Fremden darunter zu leiden hatten, kommt das nicht daher, weil sie hier die weit zahlreicheren sind? Rührt es nicht auch ferner daher, dass sie mehr als andre Fremde thätigen Antheil an unsern Wirren nehmen und dass sie eine herausfordernde und blutgierige Sinnesweise an den Tag legen? ¶ Nichtsdestoweniger haben sämmtliche Regierungen, die auf einander gefolgt sind, den Beschwerden der spanischen Gesandtschaft stets Gehör gegeben. ¶ Lange Zeit vor Anerkennung unsrer Unabhängigkeit übernahm der Congress die von der spanischen Regierung contrahirte Schuld, wiewohl ein grosser Theil dieser Schuld dazu verwandt worden, eben diese Unabhängigkeit zu bekämpfen. ¶ Die Regierung hat sich immer geneigt erwiesen, auf begründete Reclamationen hin Genugthuung zu geben, soweit ihre Hülfquellen es ihr gestatteten. Alle Nationen und insbesondere Spanien haben Perioden der Dürftigkeit durchzumachen gehabt, und fast alle hatten Gläubiger, welche glücklichere Zeiten abwarteten, um ihre Ansprüche geltend zu machen. ¶ Die Regierung hat sich auf das Aeusserste gefasst zu machen und als Verhaltensregel zu verkündigen, dass sie nicht den Krieg erklärt, aber, soweit ihre Mittel erlauben, Gewalt mit Gewalt vertreiben wird; dass sie auf alle gerechten und billigen Forderungen hin Genugthuung zu gewähren bereit ist, dass sie aber alle Bedingungen, welche die Würde der Nation beleidigen oder ihrer Unabhängigkeit zu nahe treten könnten, zurückweisen wird. ¶ Mexicaner! wenn unseren redlichen Absichten mit Geringschätzung begegnet wird, wenn es ausgemachte Sache ist, dass Mexico gedemüthigt werden, sein Gebiet zerstückelt, in die Regierungshandlungen eingegriffen oder unsre Nationalität vernichtet werden soll, so appellire ich an Eure Vaterlandsiebe, dass Ihr Gehässigkeiten und Feindschaften, die in einem Widerstreit von Meinungen ihren Ursprung haben, vergesst! Opfert, wo es Noth thut, Euer Gut, vergiesst Euer Blut, scharft Euch um die Regierung, vertheidigt mit vereinten Kräften die grösste und herrlichste Sache, die es gibt, Euer Vaterland! ¶ Die lügnerischen Berichte unserer Feinde stellen uns als ein entartetes und aller Civilisation unfähiges Volk dar. Wohlan! lasst uns während des Krieges, den wir zu führen gedrängt werden, auf das Gewissenhafteste Gesetze und Bräuche, wie sie allgemein gelten, beobachten. Mögen wir die Landsleute unserer Feinde, wo sie uns nicht angreifen, in Frieden

**No. 264.** und aller Sicherheit unter dem Schutz unserer Gesetze leben lassen. So werden wir die Verleumdungen unserer Feinde zu Schanden machen und uns der Freiheit und Unabhängigkeit, des Erbgutes unsrer Väter, würdig zeigen.

Mexico,  
18. Decbr.  
1861.

*Benito Juarez.*

## No. 265.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den Contre-Admiral Jurien de la Gravière.  
— Allgemeine Instruction über dessen Verhalten der mexikanischen Regierung gegenüber. —

Paris, le 11 novembre 1861.

**No. 265.**  
Frankreich,  
11. Novbr.  
1861.

*Monsieur l'amiral,* — L'Empereur vous ayant appelé au commandement des forces militaires qui devront être employées à obtenir du Mexique le redressement de tous nos griefs, j'ai à vous faire connaître de quelle manière vous aurez à agir pour remplir ses intentions. ¶ L'expédition que vous êtes chargé de diriger a pour but de contraindre le Mexique à exécuter des obligations déjà solennellement contractées et à nous donner des garanties de protection plus efficaces pour les personnes et les propriétés de nos nationaux. ¶ Les circonstances qui nous ont amené à recourir aux mesures de coercition pour atteindre ce double objet imposaient, au même moment, à la Grande-Bretagne et à l'Espagne, la nécessité de chercher aussi dans l'emploi des voies de rigueur les satisfactions qu'exigeaient des griefs semblables aux nôtres. ¶ Il était naturel que, dans cette situation, les trois gouvernements songeassent à combiner leur action contre le Mexique, et l'entente qui s'est facilement établie entre eux à ce sujet a abouti à la conclusion d'une convention signée à Londres le 31 octobre\*) et dont j'ai l'honneur de vous communiquer le texte ci-joint, afin que vous puissiez vous inspirer dans votre conduite de l'esprit de ses diverses dispositions. ¶ Les trois gouvernements s'engagent, comme vous le verrez, à poursuivre en commun et aux mêmes fins les opérations qu'il y aura lieu d'effectuer. Vous aurez donc à les concerter avec les commandants en chef des forces que la Grande-Bretagne et l'Espagne destinent à y prendre part. C'est de la coopération de ces diverses forces réunies que les trois puissances attendent le résultat qu'elles ont cru indispensable de poursuivre en commun. ¶ Elles ont en outre réservé, sans différer pour cela d'agir immédiatement, le concours éventuel des Etats-Unis, à qui il va être donné connaissance de la convention de Londres, avec invitation d'y accéder. ¶ Il appartient à M. le ministre de la marine de vous munir des instructions militaires que son département est seul compétent pour vous adresser; je me bornerai à vous dire que l'intention des puissances alliées est, ainsi que l'indique la convention du 31 octobre, que les forces combinées procèdent à l'occupation immédiate des ports situés sur le golfe du Mexique, après avoir simplement sommé les autorités locales de leur en faire la remise. ¶ Les ports devront rester entre leurs mains jusqu'à la solution complète des difficultés à résoudre, et la perception des droits de douane s'y fera au nom des trois puis-

\*) Bd. I. No. 147.

sances, sous la surveillance de délégués installés à cet effet. Cette mesure aura pour résultat de nous garantir le paiement des sommes et des indemnités diverses qui sont dès à présent ou qui pourraient être mises ultérieurement à la charge du Mexique à titre d'indemnité de guerre; la question des réclamations que chacun des gouvernements alliés aura à formuler exigeant d'ailleurs un examen tout spécial, il sera, aux termes de la convention, institué une commission à laquelle sera tout particulièrement dévolue la tâche de statuer à cet égard, comme aussi celle d'aviser au mode de règlement qui sauvegardera le mieux les intérêts respectifs. ¶ Le gouvernement de S. M. Britannique ayant désigné comme membre de cette commission le ministre de la Reine à Mexico, sir Charles Wyke, le gouvernement de l'Empereur fait également choix, pour y siéger en son nom, de son représentant au Mexique, M. Dubois de Saligny. ¶ Le caractère dont ces deux agents sont revêtus, non moins que la connaissance pratique qu'ils possèdent des affaires du Mexique, les appelle naturellement à prendre part aux négociations qui devront précéder le rétablissement des rapports réguliers. ¶ Ils devront notamment s'entendre, ainsi que le commissaire désigné par l'Espagne, avec les commandants en chef des forces alliées pour formuler, après la prise de possession des ports du littoral, l'ensemble des conditions auxquelles le gouvernement mexicain sera requis de donner son assentiment. ¶ Afin de vous mettre à même de suivre toutes les négociations et de signer tous les actes et conventions à intervenir, j'ai l'honneur de vous envoyer ci-joint les pleins pouvoirs en vertu desquels Sa Majesté vous a nommé son plénipotentiaire au même titre que M. Dubois de Saligny. ¶ Il demeure, d'ailleurs, bien entendu qu'une entière indépendance vous est assurée pour tout ce qui concerne les opérations militaires, les mouvements de troupes, l'opportunité et les moyens d'occuper tels ou tels points du territoire mexicain; toutes ces questions sont spécialement dévolues à votre appréciation comme à votre initiative et réservées à votre seule décision. ¶ Les forces combinées des trois puissances arrivées sur les côtes orientales du Mexique, vous aurez, comme je l'ai dit, à réclamer la remise entre vos mains des ports de ce littoral. ¶ A la suite de cette démarche, deux alternatives peuvent se produire; ou l'on résistera à votre sommation, et alors il ne vous restera qu'à concerter sans délai avec les commandants alliés la prise de vive force de ces ports, ou bien les autorités locales renonceront à vous opposer une résistance matérielle, mais le gouvernement mexicain se refusera à entrer en rapport avec vous. ¶ Les dernières nouvelles qui me sont parvenues du Mexique, et qui annoncent comme probable le désarmement des ports de la Vera-Cruz, sembleraient faire prévoir que tel pourrait être en effet le parti adopté par le président Juarez. Renouveau d'une tactique déjà employée par l'un de ses prédécesseurs dans la guerre avec les Etats-Unis, il se retirerait au besoin dans l'intérieur du pays. ¶ Les puissances alliées ne sauraient se laisser tenir en échec par un pareil expédient; elles ne pourraient pas non plus continuer à occuper indéfiniment des points de la côte, si cette occupation ne devait pas leur fournir un moyen d'action direct et immédiat sur le gouvernement mexicain.

**No. 265.** ¶ L'intérêt de notre dignité et des considérations puisées dans les circonstances climatériques du littoral se réunissent pour exiger un résultat prompt e. décisif. C'est principalement en vue de cette éventualité qu'il est mis à votre disposition un corps de troupes de débarquement qui, joint aux autres contingents militaires, fournira aux alliés les moyens d'étendre le cercle de leur action. ¶ Le gouvernement de l'Empereur admet que, soit pour atteindre le gouvernement mexicain, soit pour rendre plus efficace la coercition exercée sur lui par la prise de possession de ses ports, vous puissiez vous trouver dans la nécessité de combiner une marche dans l'intérieur du pays, qui conduirait, s'il le fallait, les forces alliées jusqu'à Mexico même. ¶ J'ai à peine besoin d'ajouter qu'une autre raison pourrait vous y déterminer: ce serait la nécessité de pourvoir à la sûreté de nos nationaux, dans le cas où elle se trouverait menacée sur un point quelconque du territoire mexicain que l'on pourrait raisonnablement atteindre. ¶ Les puissances alliées ne se proposent, je l'ai dit, aucun autre but que celui qui est indiqué dans la convention; elles s'interdisent d'intervenir dans les affaires intérieures du pays, et notamment d'exercer aucune pression sur les volontés des populations, quant au choix de leur gouvernement. Il est cependant certaines hypothèses qui s'imposent à notre prévoyance et que nous avons dû examiner. ¶ Il pourrait arriver que la présence des forces alliées sur le territoire du Mexique déterminât la partie saine de la population, fatiguée d'anarchie, avide d'ordre et de repos, à tenter un effort pour constituer dans le pays un gouvernement présentant les garanties de force et de stabilité qui ont manqué à tous ceux qui s'y sont succédé depuis l'émancipation. ¶ Les puissances alliées ont un intérêt commun et trop manifeste à voir le Mexique sortir de l'état de dissolution sociale où il est plongé, qui paralyse tout développement de sa prospérité, annule pour lui-même et pour le reste du monde toutes les richesses dont la Providence a doté un sol privilégié, et les oblige elles-mêmes à recourir périodiquement à des expéditions dispendieuses pour rappeler à des pouvoirs éphémères et insensés les devoirs des gouvernements. ¶ Cet intérêt doit les engager à ne pas décourager des tentatives de la nature de celles que je viens de vous indiquer, et vous ne devriez pas leur refuser vos encouragements et votre appui moral, si, par la position des hommes qui en prendraient l'initiative et par la sympathie qu'elles rencontreraient dans la masse de la population, elles présentaient des chances de succès par l'établissement d'un ordre de choses de nature à assurer aux intérêts des résidents étrangers la protection et les garanties qui leur ont manqué jusqu'à présent. ¶ Le gouvernement de l'Empereur s'en remet à votre prudence et à votre discernement pour apprécier, de concert avec le commissaire de Sa Majesté, dont les connaissances acquises par son séjour au Mexique vous seront précieuses, les événements qui pourront se développer sous vos yeux et pour déterminer la mesure dans laquelle vous pourrez être appelé à y prendre part.

*A M. le contre-amiral Jurien de la Gravière, etc.*

*Thouvenel.*

## No. 266.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den Contre-Admiral Jurien de la Gravière.  
— Uebermittlung der Note über die Beschwerden Frankreichs gegen  
Mexico. —

Paris, le 11 novembre 1861.

Monsieur l'amiral, il m'a paru indispensable de vous édifier aussi **No. 266.**  
complètement que possible sur les circonstances qui ont amené le gouver- <sup>Frankreich,</sup>  
nement de l'Empereur à adopter vis-à-vis du Mexique les graves résolutions <sup>11. Novbr.</sup>  
que vous connaissez. J'ai, en conséquence, l'honneur de vous adresser dans <sup>1861.</sup>  
ce but la note ci-jointe contenant l'exposé de nos griefs contre ce pays.

*A M. le contre-amiral Jurien de la Gravière, etc.*

*Thouvenel.*

## NOTE SUR LES GRIEFS DE LA FRANCE.

Novembre 1861.

Depuis quelques années, la situation de nos nationaux au Mexique s'est cruellement ressentie non seulement de l'état de désordre du pays, mais encore de l'instabilité des gouvernements et d'une continuité de dissensions intestines qui a amené, à diverses reprises, la coexistence de plusieurs autorités de fait. ¶ Le respect que la France professe pour l'indépendance des autres pays lui faisait cependant une loi de ne chercher à remédier au mal que par la voie des réclamations diplomatiques, tant qu'elle pouvait espérer que celles-ci ne seraient pas complètement inefficaces, et tant qu'il lui est possible de ne voir dans les préjudices causés à ses nationaux que les conséquences momentanées et inévitables, aussi bien pour eux que pour les citoyens du Mexique, de l'état politique de cette république. ¶ C'est ainsi qu'en 1853 était intervenue une première convention qui devait assurer le règlement des réclamations existant à cette époque. Les mêmes faits qui en avaient nécessité la conclusion ne tardaient cependant pas à se reproduire, et ouvraient dans les années suivantes une série de nouvelles réclamations, pour lesquelles nos agents au Mexique se trouvaient hors d'état d'obtenir satisfaction, en présence de l'impuissance du gouvernement central à ressaisir le pouvoir qui lui échappait sur une grande partie du territoire pour passer aux mains de ceux qui le combattaient. ¶ Devant l'inutilité trop constatée des efforts de nos agents pour obtenir réparation des dommages de toute nature causés à leurs résidents, il parut indispensable d'envoyer, en 1858, l'amiral Penaud à la Vera-Cruz, avec mission de demander le paiement, en premier lieu, de l'arriéré de la convention de 1853, et, ensuite, d'indemnités, dont le chiffre était considérable, pour les Français qui avaient, postérieurement à cette convention, souffert sur différents points du Mexique d'actes de violence et de pillage provenant du fait de chefs ou d'autorités relevant du gouvernement établi à la Vera-Cruz. ¶ Le commandant en chef de nos forces navales crut devoir agir avec une extrême modération. Il s'abstint de l'emploi de toute mesure coercitive, et se contenta de négocier, au commencement de 1858, un arrangement destiné à régler à nouveau, au moins en partie, la question de nos réclamations. Mais à peine l'amiral Penaud avait-il quitté la Vera-Cruz, que toutes les difficultés

No. 266. qu'il avait dû supposer aplanies reparaisaient aussitôt. ¶ La coexistence à Mexico et à la Vera-Cruz de deux gouvernements qui se contestaient mutuellement leur légitimité, et dont l'impuissance à asseoir une administration définitive était aussi grande, avait, en effet, pour résultat non-seulement de léser à chaque instant les intérêts de nos nationaux, et souvent même de créer entre eux un antagonisme fâcheux, mais encore de nous mettre, la plupart du temps, absolument hors d'état de les protéger. ¶ Les embarras d'une telle situation ne se faisaient pas sentir pour nous seuls: les autres puissances européennes qui ont de nombreux intérêts engagés au Mexique, la Grande-Bretagne et l'Espagne notamment, en souffraient comme nous. Les préoccupations de même nature que cet état de choses devait, par conséquent, inspirer aux trois gouvernements, les avaient amenés, chacun de leur côté, à penser que la reconstitution au Mexique d'un pouvoir unique et suprême, dont l'action pourrait s'exercer sur toute l'étendue du territoire, était l'unique moyen de rendre à ce pays et à tous ses habitants, nationaux ou étrangers, l'ordre et la paix que troublait si profondément une lutte sanglante dont on ne prévoyait pas le terme. ¶ Il ne pouvait entrer, d'ailleurs, ni dans les vues du gouvernement français, ni dans celles du gouvernement britannique, de chercher à atteindre ce but en prêtant exclusivement à l'un des deux partis un appui matériel qui lui permît d'accabler l'autre. Les deux gouvernements furent, dès lors, d'accord pour penser que la seule marche qu'ils eussent à suivre, afin d'arracher le Mexique à l'anarchie qui le dévorait, consistait à interposer leur médiation amicale entre les deux partis, de manière à les amener à s'entendre librement sur les conditions d'une réorganisation forte et durable du gouvernement mexicain. ¶ Les tentatives qui, en conséquence, furent faites en ce sens à diverses reprises, en 1859 et 1860, furent malheureusement tout à fait infructueuses. Les ouvertures des agents étrangers furent repoussées, et leurs propositions d'accommodement déclinées, bien qu'on se fût attaché à leur enlever tout ce qui eût pu leur donner l'apparence d'une immixtion dans les affaires intérieures du pays. ¶ Nous étions bien évidemment en droit, à partir de ce moment, d'assurer directement, et de la manière que nous jugerions la plus efficace, la protection de nos nationaux et de leurs intérêts, si l'on persistait à se faire de l'état politique du pays à la fois un prétexte pour les soumettre à toute espèce d'avaries et d'extorsions, et un argument pour en déclinier la responsabilité et la réparation. ¶ Nous songions pourtant à réitérer encore une fois nos précédents efforts de conciliation, lorsque, à la fin de l'année dernière, la situation fut complètement modifiée par les événements qui amenèrent la chute du général Miramon et l'installation à Mexico même du gouvernement que M. Juarez dirigeait à la Vera-Cruz. ¶ Les obstacles que l'état de choses antérieur apportait au règlement de nos réclamations semblaient écartés par le triomphe définitif de l'un des deux partis en lutte. Nous étions en présence d'un gouvernement investi seul, désormais, de l'autorité souveraine au Mexique. Le moment était donc venu de demander qu'on donnât enfin satisfaction à nos justes plaintes. L'espoir qu'elles seraient écoutées parut un instant devoir se réaliser. ¶ Les



hommes aux mains desquels la direction des affaires se trouvait entièrement remise semblaient se montrer animés de dispositions conciliantes, et notre représentant à Mexico, qui n'avait pas hésité à reconnaître officiellement le nouveau gouvernement, concluait avec lui une convention qui paraissait témoigner d'un désir sincère de résoudre avec équité toutes les difficultés pendantes. ¶ Nous nous félicitons donc d'un début qui était de nature à promettre un retour de sécurité pour nos nationaux et un meilleur avenir à nos relations avec le Mexique, lorsque le gouvernement de M. Juarez, rentrant subitement dans les plus déplorables errements de l'administration mexicaine, a contraint la légation de France et celle d'Angleterre à rompre tous rapports diplomatiques avec lui. ¶ Il a proposé et fait voter par le Congrès, le 17 juillet dernier, une loi dont le premier article prononce la suppression, pendant deux ans, des conventions étrangères, c'est-à-dire le délie d'obligations solennelles, annule des engagements qui s'exécutaient, et met à néant toutes les garanties de réparation que nous avons eu tant de peine à obtenir. ¶ Le gouvernement mexicain a cherché à expliquer cette injustifiable conduite par quelques raisons sans valeur; la vérité est qu'il a voulu mettre la main sur les fonds qui étaient déjà prélevés, à ce moment, sur les revenus des douanes pour être appliqués au paiement des conventions étrangères. ¶ Une violation aussi flagrante d'engagements indiscutables constatait trop manifestement son intention de ne plus avoir égard à aucune notion de droit et de justice, dès qu'il y verrait un obstacle à ses convoitises, pour que les représentants de la France et de l'Angleterre eussent à hésiter sur la résolution qu'ils avaient à prendre; ils ont donc rompu leurs relations. ¶ Leur attitude ne pouvait qu'être approuvée à Paris et à Londres; on le leur a, par conséquent, fait savoir, en leur prescrivant de quitter Mexico s'ils n'obtenaient le retrait immédiat de la loi du 17 juillet dernier et l'établissement dans les ports de la Vera-Cruz et de Tampico, de commissaires désignés par les puissances intéressées pour assurer la remise entre leurs mains des fonds à prélever sur les douanes, en exécution de conventions étrangères, ainsi que celles des autres sommes dont la restitution leur serait déjà due, ces commissaires devant avoir, en outre, le pouvoir de réduire les droits actuellement perçus à la Vera-Cruz et à Tampico. ¶ Comme les dispositions du gouvernement mexicain ne permettaient pas, d'ailleurs, de s'attendre, et c'est ce que confirment les informations les plus récentes, à ce qu'il déférât à ces demandes, nous avons dû accepter la nécessité d'agir directement et énergiquement en vue d'assurer à nos nationaux la justice et la protection qui leur faisaient défaut, et l'Empereur a décidé qu'une expédition serait préparée dans ce but contre le Mexique. ¶ Il ressort suffisamment de ce qui précède que nous n'en sommes venus à cette extrémité qu'après avoir épuisé tous les moyens qui pouvaient s'offrir à nous de sauvegarder pacifiquement les intérêts dont la défense nous est confiée. Depuis longtemps le gouvernement de l'Empereur eût été justifié d'employer la force pour obtenir la justice qu'on lui refusait, s'il n'avait eu à cœur de pousser la modération jusqu'à son extrême limite. Il a dû résister, pour cela, à des sollicitations pressantes et réitérées, qui, en appelant à sa pro-

No. 288.  
Frankreich,  
11. Novbr.  
1861.

**No. 260.** tection, tendaient toutes à le convaincre que les mesures de rigueur étaient indispensables pour faire comprendre au Mexique qu'il était tenu de respecter la personne et les biens des résidents étrangers. ¶ On serait fondé à croire, en effet, que les différents partis s'y sont jugés également dispensés, à leur égard, de tous ménagements, de toute justice, et en droit de faire peser plus particulièrement sur eux les maux de toute nature résultant du bouleversement politique du pays: vols, pillages, exactions de toute espèce, dénis de justice, il n'est pas un de ces actes dont nos nationaux n'aient eu à se plaindre. ¶ L'instabilité de l'administration leur a interdit tout recours sérieux contre ces abus, qu'il y a surtout lieu d'imputer aux chefs qui appartiennent au parti actuellement au pouvoir. ¶ L'opinion unanime de nos agents est qu'on est persuadé au Mexique, de l'impuissance des nations étrangères à réprimer de tels méfaits, et des paroles échappées aux hommes qui sont à la tête même du gouvernement ne laissent pas de doute qu'ils sont encouragés à les commettre par la confiance qu'ils resteront impunis. ¶ Le commerce étranger, qui paie déjà la presque totalité des droits d'importation et d'exportation, qui a à supporter des droits de circulation, de patente, etc., etc., qui est accablé de contributions de guerre, soumis à des impôts qui ne sont que des emprunts forcés déguisés, fournit, en somme, au gouvernement mexicain les neuf dixièmes de ses ressources. ¶ Il semble condamné ainsi à entretenir exclusivement à ses frais la guerre civile, dont il a plus que qui que ce soit à souffrir, puisqu'elle amène l'entière stagnation des affaires, en enlevant toute sécurité à ses opérations, en l'exposant, comme cela lui est arrivé trop souvent, à voir les conduites considérables d'argent qu'il a l'habitude de diriger de l'intérieur sur les ports d'embarquement, saisies tantôt par un parti, tantôt par l'autre. ¶ Il faut, avant tout, que le gouvernement mexicain ait de l'argent pour remplir le trésor public, qu'une dilapidation effrénée épuise incessamment; il ne recule dont devant aucune extorsion, devant aucun moyen, si violent et immoral qu'il soit, pour se procurer, à chaque instant, des ressources nouvelles. ¶ Il serait impossible de faire ici la longue énumération des violences, des sévices et des dommages infligés à nos nationaux, et l'on ne saurait apprécier le montant exact des indemnités à réclamer sous une forme ou sous une autre; mais le chiffre n'en saurait être dans son ensemble, pour ces dernières années, au-dessous de dix millions, sauf défalcation des paiements déjà commencés, et qui sont aujourd'hui complètement interrompus. ¶ Les violences personnelles n'ont malheureusement pas été plus épargnées, en outre, à nos nationaux que les mesures injustes et vexatoires qui les affectaient si gravement dans leurs intérêts matériels. Nombre d'entre eux se plaignent d'avoir été arbitrairement emprisonnés, ou d'avoir dû chercher leur salut dans la fuite, après le pillage et l'incendie de leurs propriétés. Nos agents eux-mêmes n'ont pas été respectés. Notre vice-consul à Zacatecas a été incarcéré pour s'être refusé à payer une taxe illégale; notre vice-consul à Tépéc a eu à subir, pour un refus pareil, de si cruels traitements, qu'il en est mort. ¶ Nous avons, il est vrai, obtenu une indemnité pour sa famille; mais l'un des auteurs de ces indignes violences, le colonel

Rojas, qui devait être destitué de ses grades et emplois, vient d'être, après un semblant de punition, réintégré dans l'armée avec un grade supérieur, et, investi d'un commandement important, il a fait sa rentrée, à la tête de ses troupes, à Tépéc même, dont une partie de la population s'est enfuie à son approche, redoutant avec raison de nouvelles atrocités de sa part. Il y a trois ans, plusieurs Français étaient déjà assassinés dans les rues de Mexico. ¶ Dans ces derniers temps, les attaques contre eux se sont multipliées de la manière la plus inquiétante. Les tristes informations qui nous sont parvenues à ce sujet nous ont appris que, sur différents points, plusieurs de nos nationaux avaient été enlevés, maltraités, rançonnés, sans que les autorités mexicaines se fussent aucunement préoccupées de leur prêter protection ou de poursuivre les coupables. Huit Français ont déjà péri de la sorte ou succombé aux suites de leurs blessures. ¶ Il n'est pas jusqu'à la personne de notre représentant à Mexico qui n'ait failli être victime d'un de ces attentats dont les étrangers sont si fréquemment l'objet. Le gouvernement de l'Empereur a donc évidemment fait preuve d'une assez grande longanimité, pour être autorisé aujourd'hui à demander compte au Mexique, autrement que par la voie inefficace des négociations, de griefs dont ses derniers actes ont comblé la mesure. ¶ La Grande-Bretagne et l'Espagne, qui ont aussi à demander au Mexique le redressement de leurs propres griefs, non moins nombreux, non moins graves que les nôtres, vont s'associer aux mesures de coercition que la conduite des autorités mexicaines a rendues nécessaires, et les forces combinées des trois puissances poursuivront de concert les opérations propres à atteindre le but qu'elles se proposent.

No. 266.  
Frankreich,  
11. Novbr.  
1861.

### No. 267.

GROSSBRITANNIEN. — Min. d. Ausw. an d. Gesandten in Madrid. — Mahnung zum strengen Festhalten am Zwecke der abgeschlossenen Convention. —  
Foreign-office, Jan. 19, 1862.

Sir,—Although Her Majesty's Government are satisfied, from the explanations given by M. Isturiz, that the Government of Her Catholic Majesty has given instructions to her Catholic Majesty's commanders at Havannah in conformity with the agreements entered into with Her Majesty and His Majesty the Emperor of the French, yet the proceedings of Marshal Serrano are calculated to produce some uneasiness. ¶ The departure of the Spanish expedition from Havannah and the military occupation of Vera Cruz, to say nothing of the tone of the proclamation issued by the Spanish Government, demonstrate that a combined expedition, at a great distance from Europe, is subject to the discretion at all times, to the rashness sometimes, of the separate commanders and diplomatic agents. ¶ I wish you to read to Marshal O'Donnell and M. Calderon Collantes the preamble and the article of our convention which define what our intervention is intended to do, and what it is not intended to do. ¶ You will point out that the allied forces are not to be used for the purpose of depriving the

No. 267.  
Gross-  
britannien,  
19. Januar  
1862.

**No. 267.** Mexicans of their undoubted right of choosing their own form of government.

Gross-  
britannien,  
19. Januar  
1862. ¶ Should the Mexicans choose to constitute a new Government which can restore order and preserve amicable relations with foreign nations, Her Majesty's Government will be delighted to hail the formation, and to support the consolidation of such a Government. If, on the contrary, the troops of foreign Powers are to be used to set up a Government repugnant to the sentiments of Mexico, and to support it by military force, Her Majesty's Government could expect no other result from such an attempt than discord and disappointment. In such a case the allied Governments would only have to choose between withdrawing from such an enterprise with some shame, or extending their interference beyond the limits, scope, and intention of the triple convention. ¶ You will explain to Marshal O'Donnell that this apprehension on our part does not arise from any suspicion of the good faith of the Government of Her Catholic Majesty, but commanders acting at a distance require to be very closely watched, lest they should commit their principals to unwarrantable proceedings. ¶ You will read this despatch to M. Calderon Collantes. ¶ I am, &c.,

*Sir J. Crampton, etc., Madrid.*

*Russell.*

### No. 268.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Paris an den Min. d. Ausw. — Das Gerücht der Erhebung des Erzherz. Maximilian von Oesterreich zum Könige von Mexico betr. —

Paris, Jan. 24. (Received Jan. 25.) 1862.

No. 268.  
Gross-  
britannien,  
24. Januar  
1862. (Extract.) I have heard from somany quarters that the language of officers going with the reinforcements to Mexico is that is for the purpose of placing the Archduke Maximilian upon the throne of that country that I have thought it necessary to question M. Thouvenel upon the subject. ¶ I inquired of M. Thouvenel whether any negotiations had been pending between this Government and that of Austria with reference to the Archduke Maximilian. His Excellency replied in the negative. He said that the negotiations had been carried on by Mexicans only, who had come over for the purpose and gone to Vienna.

*The Earl Russell etc., London.*

*Cowley.*

### No. 269.

**GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an d. Gesandtschaft in Mexico. — Die Stellung Englands zu dem Plane der Erhebung des Erzherz. Maximilian zum Könige von Mexico betr. —

Foreign-office, Jan. 27. 1862.

No. 269.  
Gross-  
britannien,  
27. Januar  
1862. Sir,—I have received and laid before the Queen your despatches from the 18th to the 28th of November. ¶ Since I last wrote to you the Emperor of the French has decided to send 3,000 more troops to Vera Cruz. ¶ It is supposed that these troops will march at once with the French and a part of the Spanish troops already there to the city of Mexico. ¶ It is said that the Archduke Ferdinand Maximilian will be invited by a large

body of Mexicans to place himself on the throne of Mexico, and that the Mexican people will gladly hail such a change. ¶ I have little to add to my former instructions on this head. If the Mexican people, by a spontaneous movement, place the Austrian Archduke on the Throne of Mexico, there is nothing in the convention to prevent it. ¶ On the other hand, we could be no parties to a forcible intervention for this purpose. The Mexicans must consult their own interests. ¶ I have to add to my former instructions respecting the Admirals in the Atlantic and Pacific, that you will make no objection to the withdrawal of the Marines from Vera Cruz when the unhealthy season shall arrive. ¶ You will also not object to any measures which may be concerted between the senior British naval officer at Vera Cruz and Admiral Maitland for the occupation or blockade of any or all the Mexican ports on the Pacific which may be thought necessary, for the purposes of the convention, to occupy or to blockade. Acapulco, San Blas, and Mazatlan are the ports chiefly alluded to in this instruction. ¶ I am, &c.,

Str C. Lennox Wyke, etc., Mexico.

Russell.

No. 266.  
Gross-  
britannien,  
27. Januar  
1862.

### No. 270.

GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaft in Mexico an d. Min. d. Ausw. — Die Stimmung in Mexico betr. —

Vera Cruz, Dec. 29. 1861. (Received Jan. 29. 1862.)

(Extract.) The nation are now thoroughly frightened at the formidable coalition formed against them, and will be more disposed to grant what we want before blood has been shed and their passions excited, than they will be when once engaged in a struggle with the Spaniards. ¶ The rejection of my convention by the Congress, as described in my last month's correspondence, had the effect of breaking up the late Cabinet, and the crisis which then ensued brought General Doblado forward, who would only consent to form a Government on the condition of having full powers conferred on him by Congress, authorizing him to settle pending questions with the three Powers as he deemed best. Having obtained these, he adjourned the Assembly until April next, and now remains unfettered to make the best arrangement he can with us. ¶ He is a man of such talent and influence in the country, that the reactionary chiefs began to lay down their arms and give in their adhesion on his appointment becoming known, and he is now engaged in forming his Cabinet from the best men he could find, irrespective of their political opinions. ¶ His first act was to entreat me not to leave Mexico, as he was, he said, now able to conclude an arrangement with me that would give England positive guarantees for the due fulfilment of their engagements towards us. As this overture was made to me after the arrival of last month's mail, bringing English newspapers in which it was positively stated that a convention was about being signed, binding the three Powers to a joint intervention in Mexico, I could not, of course, take advantage of an offer which, under other circumstances, I should have gladly availed myself of. ¶ Everything depends on the manner in which matters are managed here at first. If the intervention is properly received, it will

No. 270.  
Gross-  
britannien,  
29. Decbr.  
1861.

**No. 270.** prove a blessing to the country; but, on the other hand, violent measures at first will spoil all, and engage us in an undertaking the difficulties of which can hardly be overrated. ¶ Fortunately, the Spanish commanders, both military and naval, appear to be men of great prudence and discretion, and up to the present moment they have shown a spirit of justice and conciliation which speaks highly in their favour. ¶ In a long conversation I had with Admiral Rubalcava the day before yesterday, he expressed his opinion on this subject in terms nearly identical to those I have now used in giving my own.

Gross-  
britannien,  
29. Decbr.  
1861.

*The Earl Russell, etc., London.*

*C. L. Wyke.*

### No. 271.

**FRANKREICH.** — Die französ. Bevollmächtigten in Mexico a. d. mexican. General Doblado. — Ankündigung der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten. —

Orizaba, 9 avril 1862.

**No. 271.**  
Frankreich,  
9. April  
1862.

Les soussignés, plénipotentiaires de S. M. l'empereur des Français, ont l'honneur de faire connaître à M. le ministre des relations extérieures de la république mexicaine, en réponse à sa note du 2 avril réclamant l'éloignement de M. le général Almonte, qu'il leur est impossible d'acquiescer à cette demande. ¶ Au moment où le général est parti de France, le gouvernement de S. M. l'empereur des Français ne mettait point en doute que les hostilités ne fussent depuis longtemps engagées entre nos armées et les armées mexicaines. M. le général Almonte s'offrit alors pour aller porter à ses compatriotes des paroles de conciliation, et pour leur faire comprendre le but tout bienveillant que s'était proposé l'intervention européenne. Ces ouvertures furent accueillies par le gouvernement de Sa Majesté, et le général fut non-seulement autorisé, mais invité à se rendre au Mexique, pour y remplir cette mission de paix à laquelle l'avaient si bien préparé ses antécédents honorables, son extrême modération et l'estime dont il n'a cessé de jouir, aussi bien au Mexique que dans les diverses cours étrangères où il a représenté son pays. ¶ Arrivé à Vera-Cruz, le général se trouva en présence d'une situation que personne en Europe n'avait pu prévoir. Un armistice avait été conclu, des négociations étaient engagées. Le rôle du général n'en restait ni moins important ni moins facile à définir. Il était évident qu'après les longues guerres civiles qui ont désolé ce pays, et lorsque sur plusieurs points du territoire la résistance armée tenait encore les forces du pouvoir en échec, la voix d'un homme étranger aux passions des partis et investi de la confiance d'un des gouvernements alliés avait le droit de demander à être entendue. ¶ Le gouvernement suprême de la république, sans vouloir comprendre tous les avantages qu'il eût pu retirer en cette occasion d'une conduite plus prudente et plus modérée, crut n'avoir rien de mieux à faire, pour consolider sa situation, que de renouveler ces édits de proscription, qui rappellent si tristement les plus mauvais jours des révolutions européennes. Cette fâcheuse résolution fut notifiée aux commissaires des trois hautes puissances. Les plénipotentiaires de

S. M. l'empereur des Français s'abstinent d'y répondre, et M. le général **No. 271.**  
 Almonte, dont la vie était menacée jusque dans Vera-Cruz, suivit, à Cor- <sup>Frankreich,</sup>  
 dova, un des bataillons français qui se dirigeait vers les cantonnements de <sup>9. April</sup>  
 Tehuacan. ¶ Le gouvernement suprême de la république proteste aujourd'hui <sup>1862.</sup>  
 contre cette démarche. Il a dû prévoir la réponse des plénipotentiaires de l'empereur. Le drapeau français a déjà abrité bien des proscrits. Il est sans exemple que sa protection, une fois accordée, ait été retirée aux hommes qui l'avaient obtenue. ¶ Les soussignés ont eu le regret d'avoir à constater, depuis le jour où a été conclue la convention de la Soledad, de nouvelles vexations exercées contre leurs nationaux. Jusque sous leurs yeux, des mesures violentes ont été adoptées en vue d'étouffer l'expression des vœux du pays et de la véritable opinion publique. On espérait ainsi réussir à donner le change à l'Europe, et lui faire accepter le triomphe d'une minorité oppressive comme le seul élément d'ordre et de réorganisation que l'on pût encore trouver au Mexique. ¶ Les soussignés demeurent convaincus que s'ils persévéraient dans la voie où le désir d'éviter l'effusion du sang les a engagés, ils s'exposeraient à méconnaître les intentions de leur gouvernement et à devenir involontairement les complices de cette compression morale sous laquelle gémit aujourd'hui la grande majorité du peuple mexicain. En conséquence, ils ont l'honneur d'informer M. le ministre des relations extérieures que les troupes françaises, laissant leurs hôpitaux sous la garde de la nation mexicaine, se replieront au-delà des positions fortifiées du Chiquihuite pour y reprendre toute leur liberté d'action, aussitôt que les dernières troupes espagnoles auront évacué les cantonnements qu'elles occupent aujourd'hui en vertu de la convention de la Soledad.

A Mr. Doblado, etc.,

D. de Saligny.

E. Jurien.

## No. 272.

**VEREINIGTE STAATEN** von AMERIKA. — Staatssecr. d. Ausw. a. d. Gesandten in Paris, London und Madrid. — Die Einführung einer monarchischen Staatsform in Mexico betr. —

Department of State. Washington, 3. March 1862.

Sir, — We observe indications of a growing opinion in Europe **No. 272.**  
 that the demonstrations which are being made by Spanish, French, and <sup>Vereinigte</sup>  
 British forces against Mexico, are likely to be attended with a revolution <sup>Staaten,</sup>  
 in that country which will bring in a monarchical Government there, in <sup>3. März</sup>  
 which the crown will be assumed by some foreign Prince. This country <sup>1862.</sup>  
 is deeply concerned in the peace of nations, and aims to be loyal at the same time in all its relations, as well to the Allies, as to Mexico. The President has therefore instructed me to submit his views on the new aspect of affairs to the parties concerned. ¶ He has relied upon the assurances given to this Government by the Allies that they were seeking no political objects, and only a redress of grievances. He does not doubt the sincerity of the Allies, and his confidence in their good faith, if it could be

No. 373.  
 Vereinigte  
 Staaten,  
 2. März  
 1862.

shaken, would be reinspired by explanations apparently made in their behalf, that the Governments of Spain, France, and Great Britain are not intending to intervene, and will not intervene to effect a change of the constitutional form of Government now existing in Mexico, or to produce any political change there in opposition to the will of the Mexican people. Indeed, he understands the Allies to be unanimous in declaring that the proposed revolution in Mexico is moved only by Mexican citizens now in Europe. ¶ The President, however, deems it his duty to express to the Allies, in all candor and frankness, the opinion that no monarchical Government which could be founded in Mexico, in the presence of foreign navies and armies in the waters and upon the soil of Mexico, would have any prospect of security or permanence. Secondly, that the instability of such a monarchy there would be enhanced if the throne should be assigned to a person not of Mexican nativity. That, under such circumstances, the new Government must speedily fall, unless it could draw into its support European alliances which, relating back to the first invasion, would in fact make it the beginning of a permanent policy of armed European monarchical intervention, injurious and practically hostile to the most general system of Government on the continent of America, and this would be the beginning rather than the ending of revolution in Mexico. ¶ These views are grounded upon some knowledge of the political sentiments and habits of society in America. ¶ In such a case it is not to be doubted that the permanent interests and sympathies of this country would be with the other American republics. ¶ It is not intended, on this occasion, to predict the course of events which might happen as a consequence of the proceeding contemplated, either on this continent or in Europe. It is sufficient to say that, in the President's opinion, the emancipation of this continent from European control has been the principal feature in its history during the last century. It is not probable that a revolution in a contrary direction would be successful in an immediately succeeding century, while population in America is so rapidly increasing resources so rapidly developing, and society so steadily forming itself upon principles of democratic American Government. Nor is it necessary to suggest to the Allies the improbability that European nations could steadily agree upon a policy favorable to such a counter-revolution as one conducive to their own interests, or to suggest that, however studiously the Allies may act to avoid lending the aid of their land or naval forces to domestic revolutions in Mexico, the result would nevertheless be traceable to the presence of those forces there, although for a different purpose, since it may be deemed certain that, but for their presence there, no such revolution could probably have been attempted or even conceived. ¶ The Senat of the United States has not indeed given its official sanction to the precise measures which the President has proposed for lending our aid to the existing Government in Mexico, with the approval of the Allies, to relieve it from its present embarrassments. This, however, is only a question of domestic administration. It would be very erroneous to regard such a disagreement as indicating any



serious differences of opinion in this Government or among the American people, in their cordial good wishes for the safety, welfare, and stability of the republican system of Government in that country. ¶ I am, etc.

W. H. Seward.

No. 273.  
Vereinigtes  
Staaten,  
3. März  
1862.

### No. 273.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Botschaft des Präsidenten, betr. Geldunterstützung aus den Mitteln der Union für zur allmählichen Sclaveneman- cipation schreitende Einzelstaaten. —

Washington, March 6, 1862.

*Fellow-Citizens of the Senate and House of Representatives:* —

I recommend the adoption of a joint resolution by your honorable body which shall be, substantially, as follows:

No. 273.  
Vereinigtes  
Staaten,  
6. März  
1862.

*Resolved*, That the United States, in order to co-operate with any State which may adopt gradual abolition of slavery, give to such State pecuniary aid, to be used by such State, in its discretion, to compensate it for the inconvenience, public and private, produced by such change of system.

If the proposition contained in the resolution does not meet the approval of Congress and the country, there is an end of it. But if it does command such approval I deem it of importance that the States and people immediately interested should be at once distinctly notified of the fact, so that they may begin to consider whether to accept or reject it. ¶ The Federal Government would find its highest interest in such a measure as one of the most important means of self-preservation. The leaders of the existing rebellion entertain the hope that this Government will ultimately be forced to acknowledge the independence of some part of the disaffected region, and that all the Slave States north of such part will then say, „The Union for which we have struggled being already gone, we now choose to go with the Southern section.“ To deprive them of this hope substantially ends the rebellion; and the initiation of emancipation deprives them of it, and to all the States initiating it. ¶ The point is not that all the States tolerating slavery would very soon, if at all, initiate emancipation, but while the offer is equally made to all, the more Northern shall, by such initiation make it certain to the more Southern that in no event will the former ever join the latter in their proposed Confederacy. I say *initiation*, because, in my judgment, gradual and not sudden emancipation is better for all. ¶ In the mere financial or pecuniary view, any member of Congress, with the census or an abstract of the Treasury report before him, can readily see for himself how very soon the current expenditures of this war would purchase, at a fair valuation, all the slaves in any named State. ¶ Such a proposition on the part of the General Government sets up no claim of a right by the Federal authority to interfere with slavery within State limits—referring as it does the absolute control of the subject, in each case, to the State and the people immediately interested. It is proposed as a matter of perfectly free choice to them. ¶ In the annual message, last December,\*)

\*) Bd. I, Nro. 169.

**No. 273.** I thought fit to say „the Union must be preserved, and hence all indispensable means must be employed.“ I said this not hastily, but deliberately. Vereinigte Staaten. 6. März 1862. War has been made, and continues to be an indispensable means to this end. A practical reacknowledgment of the national authority would render the war unnecessary, and it would at once cease. But resistance continues, and the war must also continue; and it is impossible to foresee all the incidents which may attend, and all the ruin which may follow it. Such as may seem indispensable, or may obviously promise great efficiency toward ending the struggle, must and will come. ¶ The proposition now made, (though an offer only,) I hope it may be esteemed no offence to ask whether the pecuniary consideration tendered would not be of more value to the States and private persons concerned than would the institution and property in it, in the present aspect of affairs. While it is true that the adoption of the proposed resolution would be merely initiatory, and not within itself a practical measure, it is recommended in the hope that it would lead to important practical results. ¶ In full view of my great responsibility to my God and my country, I earnestly beg the attention of Congress and the people to the subject.

*Abraham Lincoln.*

### No. 274.

**CONFÖDERIRTE STAATEN VON AMERIKA.** — Inaugural-Adresse des Präsidenten Jefferson Davis vom 22. Februar 1862. —

**No. 274.** Fellow-Citizens,—On this, the birthday of the man most identified Conföder. Staaten. 22. Februar 1862. with the establishment of American independence, and beneath the monument erected to commemorate his heroic virtues and those of his compatriots, we have assembled to usher into existence the permanent Government of the Confederate States. Through this instrumentality, under the favour of Divine Providence, we hope to perpetuate the principles of our revolutionary fathers. The day, the memory, and the purpose seem duly associated. ¶ It is with mingled feelings of humility and pride that I appear to take, in the presence of the people and before high Heaven, the oath prescribed as a qualification for the exalted station to which the unanimous voice of the people has called me. Deeply sensible of all that is implied by this manifestation of the people's confidence, I am yet more profoundly impressed by the vast responsibility of the office, and humbly feel my own unworthiness. ¶ In return for their kindness, I can only offer assurances of the gratitude with which it is received, and can but pledge a zealous devotion of every faculty to the service of those who have chosen me as their chief magistrate. ¶ When a long course of class legislation, directed, not to general welfare, but to the aggrandisement of the Northern section of the Union, culminated in a warfare on the domestic institutions of the Southern States—when the dogmas of a sectional party, substituted for the provisions of the constitutional compact, threatened to destroy the sovereign rights of the States, six of those States, withdrawing from the Union, con-

federated together to exercise the right and perform the duty of instituting a Government which would better secure the liberties for the preservation of which that Union was established. ¶ Whatever of hope some may have entertained that a returning sense of justice would remove the dangers with which our rights were threatened, and render it possible to preserve the Union of the Constitution, must have been dispelled by the malignity and barbarity of the Northern States in the prosecution of the existing war. The confidence of the most hopeful among us must have been destroyed by the disregard they have recently exhibited for all the time-honored bulwarks of civil and religious liberty. Bastiles filled with prisoners, arrested without civil process or indictment duly found; the writ of habeas corpus suspended by Executive mandate; a State Legislature controlled by the imprisonment of members, whose avowed principles suggested to the Federal Executive that there might be another added to the list of seceded States; elections held under threats of a military power; civil officers, peaceful citizens, and gentlewomen incarcerated for opinion's sake—proclaimed the incapacity of our late associates to administer a government as free, liberal, and humane as that established for our common use. ¶ For proof of the sincerity of our purpose to maintain our ancient institutions, we may point to the constitution of the Confederacy and the laws enacted under it, as well as to the fact that through all the necessities of an unequal struggle there has been no act on our part to impair personal liberty or the freedom of speech, of thought, or of the press. The courts have been open, the judicial functions fully executed, and every right of peaceful citizen maintained as securely as if a war of invasion had not disturbed the land. ¶ The people of the States now confederated became convinced that the government of the United States had fallen into the hands of a sectional majority, who would pervert that most sacred of all trusts to the destruction of the rights which it was pledged to protect. They believed that to remain longer in the Union would subject them to a continuance of a disparaging discrimination, submission to which would be inconsistent with their welfare, and intolerable to a proud people. They therefore determined to sever its bonds, and establish a new Confederacy for themselves. ¶ The experiment instituted by our revolutionary fathers, of a voluntary union of sovereign States for purposes specified in a solemn compact, had been perverted by those who, feeling power and forgetting right, were determined to respect no law but their own will. The Government had ceased to answer the ends for which it was ordained and established. To save ourselves from a revolution which, in its silent but rapid progress, was about to place us under the despotism of numbers, and to preserve in spirit as well as in form a system of government we believed to be peculiarly fitted to our condition and full of promise for mankind, we determined to make a new association, composed of States homogeneous in interest, in policy, and in feeling. ¶ True to our traditions of peace and our love of justice, we sent Commissioners to the United States to propose a fair and amicable settlement of all questions of public debt or

No. 274.  
Conföder.  
Staaten,  
22. Februar  
1862.

No. 274,  
Conföder.  
Staaten,  
22. Februar  
1862.

property which might be in dispute. But the Government at Washington, denying our right to self-government, refused even to listen to any proposals for a peaceful separation. Nothing was then left us but to prepare for war. ¶ The first year in our history has been the most eventful in the annals of this continent. A new Government has been established, and its machinery put in operation over an area exceeding 700,000 square miles. The great principles upon which we have been willing to hazard everything that is dear to man have made conquests for us which could never have been achieved by the sword. Our Confederacy has grown from six to 13 States; and Maryland, already united to us by hallowed memories and material interests, will, I believe, when able to speak with unstified voice, connect her destiny with the South. Our people have rallied with unexampled unanimity to the support of the great principles of constitutional government, with firm resolve to perpetuate by arms the rights which they could not peacefully secure. A million of men, it is estimated, are now standing in hostile array and waging war along a frontier of thousands of miles. Battles have been fought, sieges have been conducted and although the contest is not ended and the tide for the moment is against us, the final result in our favor is not doubtful. ¶ The period is near at hand when our foes must sink under the immense load of debt they have incurred, a debt which, in their efforts to subjugate us, has already attained such fearful dimensions as will subject them to burdens which must continue to oppress them for generations to come. ¶ We, too, have had our trials and difficulties. That we are to escape them in future is not to be hoped. It was to be expected when we entered upon this war that it would expose our people to sacrifices and cost them much both of money and blood. But we knew the value of the object for which we struggled, and understood the nature of the war in which we were engaged. Nothing could be so bad as failure, and any sacrifice would be cheap as the price of success in such a contest. ¶ But the picture has its lights as well as its shadows. This great strife has awakened in the people the highest emotions and qualities of the human soul. It is cultivating feelings of patriotism, virtue, and courage. Instances of self-sacrifice and of generous devotion to the noble cause for which we are contending are rife throughout the land. Never has a people evinced a more determined spirit than that now animating men, women, and children in every part of our country. Upon the first call men fly to arms, and wives and mothers send their husbands and sons to battle without a murmur of regret. ¶ It was, perhaps, in the ordination of Providence that we were to be taught the value of our liberties by the price which we pay for them. ¶ The recollections of this great contest, with all its common traditions of glory, of sacrifices, and of blood, will be the bond of harmony and enduring affection among the people, producing unity in policy, fraternity in sentiment, and joint effort in war. ¶ Nor have the material sacrifices of the past year been made without some corresponding benefits. If the acquiescence of foreign nations in a pretended blockade has deprived us of our commerce with

them, it is fast making us a self-supporting and an independent people. No. 374. The blockade, if effectual and permanent, could only serve to divert our industry from the production of articles for export, and employ it in supplying commodities for domestic use. ¶ It is a satisfaction that we have maintained the war by our unaided exertions. We have neither asked nor received any assistance from any quarter. Yet the interest involved is not wholly our own. The world at large is concerned in opening our markets to its commerce. When the independence of the Confederate States is recognized by the nations of the earth, and we are free to follow our interests and inclinations by cultivating foreign trade, the Southern States will offer to manufacturing nations the most favorable markets which ever invited their commerce. Cotton, sugar, rice, tobacco, provisions, timber, and naval stores will furnish attractive exchanges. Nor would the constancy of these supplies be likely to be disturbed by war. Our confederate strength will be too great to tempt aggression; and never was there a people whose interests and principles committed them so fully to a peaceful policy as those of the Confederate States. By the character of their productions they are too deeply interested in foreign commerce wantonly to disturb it. War of conquest they cannot wage, because the constitution of their confederacy admits of no coerced association. Civil war there cannot be between States held together by their volition only. This rule of voluntary association, which cannot fail to be conservative, by securing just and impartial government at home, does not diminish the security of the obligations by which the Confederate States may be bound to foreign nations. In proof of this it is to be remembered that, at the first moment of asserting their right of secession, these States proposed a settlement on the basis of a common liability for the obligations of the General Government. ¶ Fellow-citizens, after the struggles of ages had consecrated the right of the Englishman to constitutional representative government, our colonial ancestors were forced to vindicate that birthright by an appeal to arms. Success crowned their efforts, and they provided for their posterity a peaceful remedy against future aggression. ¶ The tyranny of an unbridled majority, the most odious and least responsible form of despotism, has denied us both the right and the remedy. Therefore we are in arms to renew such sacrifices as our fathers made to the holy cause of constitutional liberty. As the darkest hour of our struggle the provisional gives place to the permanent government. After a series of successes and victories which covered our arms with glory, we have recently met with serious disasters. But in the heart of a people resolved to be free these disasters tend but to stimulate to increased resistance. ¶ To show ourselves worthy of the inheritance bequeathed to us by the patriots of the revolution, we must emulate that heroic devotion which made reserve to them but the crucible in which their patriotism was refined. ¶ With confidence in the wisdom and virtue of those who will share with me the responsibility and aid me in the conduct of public affairs—securely relying on the patriotism and courage of the people, of which the present war has fur-

Conföder.  
Staaten,  
22. Februar  
1862.

**No. 274.** nished so many examples, I deeply feel the weight of the responsibilities  
 C. Conföder.  
 Staaten,  
 23. Februar  
 1862.  
 I now, with unaffected diffidence, am about to assume; and, fully realizing the inadequacy of human power to guide and to sustain, my hope is reverently fixed on Him whose favor is ever vouchsafed to the cause which is just. With humble gratitude and adoration, acknowledging the Providence which has so visibly protected the Confederacy during its brief but eventful career, to Thee, O God! I trustingly cominit myself, and prayerfully invoke Thy blessing on my country and its cause!

---

### No. 275.

**CONFÖDERIRTE STAATEN von AMERIKA.** — Botschaft des Präsidenten an den Senat und das Haus der Abgeordneten. —

**No. 275.** In obedience to the constitutional provision requiring the President  
 Conföder.  
 Staaten,  
 Februar  
 1862.  
 from time to time to give to Congress information of the state of the Confederacy, and recommend for their consideration such measures as he shall judge necessary and expedient, I have to communicate that since the Message at the last session of the Provisional Congress events have demonstrated that the government had attempted more than it had power successfully to achieve. Hence, in the effort to protect, by our arms, the whole territory of the Confederate States, seabord and inland, we have been so exposed as recently to encounter serious disaster. When the Confederacy was formed, the States comprising it were in the peculiar character of their pursuits, and a misplaced confidence in their former associates, to a great extent destitute of the means for the prosecution of the war on so gigantic a scale as that to which it has attained. The workshops and artisans were mainly to be found in the Northern States, and one of the first duties which devolved upon this government was to establish the necessary manufactories, and in the meantime to obtain by purchase from abroad, as far as practicable, whatever was required for the public defence. No effort has been spared to effect both these ends, and, though the results have not yet equalled our hopes, it is believed that an impartial judgment will, upon full investigation, award to the various departments of the government credit for having done all which human power and foresight enabled them to accomplish. ¶ The valor and devotion of the people have not only sustained the efforts of the government, but have gone far to support its deficiencies. The active state military preparations among the nations of Europe in April last, the date when our agents first went abroad, interposed unavoidable delays in the procurement of arms, and the want of a navy has greatly impeded our efforts to import military supplies of all sorts. ¶ I have hoped for several days to receive the official reports in relation to our discomfiture at Roanoke Island and the fall of Fort Donnelson. They have not yet reached me, and I am therefore unable to communicate to you such information of past events, and consequences resulting from them, as would enable me to make recommendations founded upon the changed condition which they have produced. Enough is known of the surrender of Roanoke

Island to make us feel that it was deeply humiliating, however imperfect may have been the preparation for defence. The hope is still entertained that our reported losses at Fort Donnellson have been greatly exaggerated, inasmuch as I am not only unwilling, but unable, to believe that a large army of our people have surrendered without a desperate effort to cut its way through the investing forces, whatever may have been their numbers, and to endeavour to make a junction with other divisions of the army. But in the absence of that exact information which can only be afforded by official reports it would be premature to pass judgment, and my own is reserved, as I trust yours will be, until that information is received. In the meantime strenuous efforts have been made to throw forward reinforcements to the armies at positions threatened, and I cannot doubt the bitter disappointments we have borne, by nerving the people to still greater exertions, will speedily secure results more accordant with our just expectations, and as favorable to our cause as those which marked the earlier period of the war. ¶ The reports of the Secretaries of War and Navy will exhibit the mass of resources for the conduct of the war which we have been enabled to accumulate, notwithstanding the very serious difficulties against which we have contended. They afford cheering hope that our resources, limited as they were at the beginning of the contest, will, during its progress, become developed to such an extent as fully to meet our future wants. The policy of enlistment for short terms, against which I have steadily contended from the commencement of the war, has, in my judgment, contributed in no immaterial degree to the recent reverses which we have suffered, and even now renders it difficult to furnish you an accurate statement of the army. When the war first broke out many of our people could with difficulty be persuaded that it would be long or serious. It was not deemed possible that anything so insane as a persistent attempt to subjugate these States could be made—still less that the delusion could so far prevail as to give to the war the vast proportions which it has assumed. The people, incredulous of a long war, were naturally averse from long enlistments, and the early legislation of Congress rendered it impracticable to obtain volunteers for a greater period than 12 months. Now that it has become probable that the war will be continued through a series of years our high-spirited and gallant soldiers, while generally re-enlisting, are, from the fact of having entered the service for a short time, compelled in many instances to go home to make necessary arrangements for their families during their prolonged absence. The quotas of new regiments for the war, called for from the different States, are in rapid progress of organisation. The whole body of new levies and re-enlisted men will probably be ready in the ranks within the next 30 days; but, in the mean time, it is exceedingly difficult to give an accurate statement of the number of our forces in the field. They may, in general terms, be stated at 400 regiments of infantry, with proportionate forces of cavalry and artillery, the details of which will be shown by the report of the Secretary of War. ¶ I deem it proper to advert to the fact, that the process of furloughs and re-enlistment

No. 275.  
Conföder.  
Staaten,  
Februar  
1862.

No. 275. in progress for the last month had so far disorganised and weakened our forces as to impair our ability for successful defence; but I hereby congratulate you that this evil, which I had foreseen, and was powerless to prevent, may now be said to be substantially at an end, and that we shall not again, during the war, be exposed to seeing our strength diminished by this fruitful cause of disaster—short estimates. ¶ The people of the Confederate States, being principally engaged in agricultural pursuits, were unprepared, at the commencement of hostilities, with shipyards, materials for shipbuilding, or skilled mechanics and seamen in sufficient numbers to make the prompt creation of a navy a practical task, even if the required appropriations had been made for the purposes. Notwithstanding our very limited resources, however, the report of the Secretary will exhibit to you a satisfactory proportion in preparation, and certainly of the early completion of vessels of a number and class on which we may confidently rely for contesting the vaunted control of the enemy over our waters. ¶ The financial system devised by the wisdom of your predecessors has proved adequate to supply all the wants of the government, notwithstanding the unexpected and very large increase of expenditure resulting from a great augmentation in the necessary means of defence. ¶ The report of the Secretary of the Treasury will exhibit the gratifying fact that we have no floating debt; that the credit of the government is unimpaired, and that the total expenditure of the government for the year has been, in round numbers, \$ 175,000,000, less than one-third of the sum wasted by the enemy in his vain effort to conquer us; less than the value of a single article of export, the cotton crop of the year. ¶ The report of the Postmaster-General will show the condition of that department to be steadily improving, its revenues increasing, and already affording assurances that it will be self-sustained at the date required by the Constitution, while affording ample mail facilities for the people. ¶ In the department of Justice, which includes the Patentoffice and Public Printing, some legislative provisions will be required, which will be specifically stated in the report of the head of that department. ¶ I invite the attention of Congress to the duty of organising a Supreme Court of the Confederate States, in accordance with the mandate of the Constitution. ¶ I refer you to my Message, communicated to the Provisional Congress in November last,\*) for such further information touching the condition of public affairs as it might be useful to lay before you, the short interval which has elapsed since not having produced any material changes in that condition other than those to which reference has already been made. ¶ In conclusion, I cordially welcome the Representatives, who, recently chosen by the people, are fully imbued with their views and feelings, and can so ably devise means to the needful provisions for the public service. I assure you of my hearty co-operation in all your efforts for the common welfare of the country.

*Jefferson Davis.*

\*) Bd. I, Nro. 168.



## No. 276.

**KIRCHENSTAAT.** — Allocution des Papstes, gehalten bei Gelegenheit der Canonisation der japanischen Martyrer am 26. März 1862. [Uebersetzung].

Nichts, fürwahr, konnte meinem Herzen angenehmer sein, als die **No. 276.**  
 Feierlichkeit, deren Zeugen wir hier alle sind, und welche die Zahl der **Kirchen-**  
 Diener Gottes und der Heiligen vermehrt, die, indem sie sich vervielfältigen fort- **staat,**  
 während für uns eintreten und uns desideratam propitiationis abundan- **26. März**  
 tiam, den Ueberfluss der Barmherzigkeit erwerben, welcher nöthig ist, um die **1862.**  
 Ansprüche der Gerechtigkeit zu vertheidigen; den Ueberfluss der Barmher-  
 zigkeit, welcher nöthig ist, um die Bekehrung der Verirrten und Abtrünni-  
 gen zu erlangen; den Ueberfluss der Barmherzigkeit, welcher nöthig ist,  
 um mit Festigkeit und Ergebung Krieg und Leiden zu erdulden und dann  
 den Triumphen des Friedens beizuwohnen. Ja, es ist ein tröstlicher Gedanke  
 für uns, dass wir bei der Feierlichkeit, die wir demnächst begehen werden,  
 von auserkorenen Seelen, von dem Cardinals-Collegium und den Bischöfen,  
 unsern Brüdern, umgeben sein werden. Es wird ein schönes Schauspiel  
 sein, wenn man sieht, wie der Oberhirt von den übrigen Hirten umgeben  
 ist, welche einmüthig die Rechte dieses heiligen Stuhles gewahrt und durch  
 ihre Trostesworte unseren tiefen Schmerz gelindert haben. ¶ Es ist wohl  
 angemessen, hier eines Briefes Erwähnung zu thun, den wir vor kaum acht-  
 undvierzig Stunden aus einer grossen Stadt Italiens oder, besser gesagt,  
 aus der Hauptstadt der Lombardei, erhielten. Dieser Brief rührt von einem  
 Geistlichen her, der sich als Canonicus unterzeichnet, und es heisst darin:  
 „Nehmt Euch wohl in Acht, bei der bevorstehenden Bischofsversammlung  
 in Rom die weltliche Macht als Glaubensdogma zu erklären.“ Wenn dieser  
 arme Priester, den wir lieber einen guten Priester nennen möchten, hier  
 anwesend wäre, so würden wir ihm sagen, wie wir es Euch, den hier An-  
 wesenden, sagen: Verlass Dich darauf, dass der heilige Stuhl die weltliche  
 Macht nicht als Glaubensdogma aufstellt, wohl aber erklärt, dass die welt-  
 liche Macht, so lange diese von der Fürscheidung verfügte Weltordnung fort-  
 dauert, nöthig und unerlässlich ist, um die Unabhängigkeit der geistlichen  
 Macht aufrecht zu erhalten. Wir würden ihm sagen: Nimm Dir ein Beispiel  
 an den heiligen Martyrern, die sich nicht fürchteten, Blut und Leben für  
 die Vertheidigung der Kirche dahin zu geben und dahiu gegeben haben.  
 Wir würden ihm sagen: Da Du es Dir so angelegen sein liessesst, Deine  
 Befürchtungen kund zu geben, dass Du sie vor den Stellvertreter Jesu  
 Christi brachtest, so vernimm seine Stimme, welche Dir, Dir und dem Capitel,  
 welchem Du angehörst, anbefiehlt, Deinen unmittelbaren Hirten zu verneh-  
 men, und nicht nur seinen Geboten, sondern auch seinen Rathschlägen zu  
 gehorchen. Wenn Du mit Deinen Collegen nicht gehorchst, so gehst Du  
 mit ihnen elendiglich zu Grunde. Wir würden ihm sagen: Befiehl Deine  
 Seele den heiligen Martyrern, welche Alles verloren haben, um nicht Gott  
 zu verlieren. ¶ Aus einem benachbarten Königreiche erhalten wir Schrift-  
 stücke, die von einigen Geistlichen unterzeichnet sind. Man macht uns  
 darin die heuchlerische Zumuthung, auf die weltliche Macht zu verzichten,

**No. 276.** welche für sie, oder besser gesagt, für diejenigen, die es ihnen eingegeben, sehr unbequem und ein Hinderniss für die Vollführung ihrer christen- und gesellschaftsfeindlichen Anschläge ist. Zu gleicher Zeit aber erhalten wir Briefe, die gleichfalls von Geistlichen unterzeichnet sind und eine ehrfurchtsvolle Anhänglichkeit an den heiligen Stuhl athmen. Aus ihnen geht hervor, dass besagte Regierung oder ihre Vertreter und Sendlinge gedruckte Formulare umherschicken, die wir gesehen und gelesen haben, in welchen sie einige jämmerliche Priester oder Cleriker zu dem doppelten Zwecke zu überreden suchen, sie glauben zu machen, der Clerus hege den widersinnigen Grundsatz von der Unverträglichkeit der geistlichen mit der weltlichen Macht, und den niederen Clerus von seinen eigenen Bischöfen zu scheiden, deren ausserordentliche Eintracht in diesen Tagen die Bewunderung der gesammten Welt erregt. ¶ Die guten Geistlichen, welche uns schreiben, bitten uns, den Verirrungen dieses kleinen Häufleins Bethörter, von denen einige sich haben überlisten lassen, und andere durch die Furcht zum Unterzeichnen bewogen wurden, keinen Glauben zu schenken. Der heilige Stuhl, fügen diese guten Priester hinzu, könne sich darauf verlassen, dass ihre Ueberzeugungen der Art seien, dass sie gar keinen Zweifel hinsichtlich der Nothwendigkeit der weltlichen Macht gestatten. Sie bitten uns mithin, den Blinden zu verzeihen, welche nicht wissen, was sie thun; und wir, wir fügen hinzu, dass diese Blinden, welche selbst wieder von Blinden geführt werden, in den Abgrund stürzen werden, dem jemals zu entrinnen beinahe unmöglich ist. ¶ Wir unsererseits wollen darauf hinarbeiten, dass die Umtriebe, welche den Hirten von der Heerde zu scheiden suchen, ihr Ziel nicht erreichen. Mögen die heiligen Martyrer uns das von dem Herrn erwirken und möge er es uns durch ihre Fürbitte vergönnen, dass wir mit Muth und Stärke in den uns bevorstehenden Kämpfen auszuharren vermögen. Möge die allerseligste Jungfrau, unter deren mächtiger Obhut wir bis auf diesen Augenblick unversehrt geblieben sind, uns auch in Zukunft ihres Schutzes würdigen, und möge sie uns eine vollkommene Ergebung in den göttlichen Willen einflössen, auf dass wir, wie sie das von dem Menschengeschlechte erwartete *Ecce Ancilla domini, fiat mihi secundum verbum tuum!* sprach, von ihr beseelt gleichfalls zu dem Herrn sprechen können: *Ecce servi tui, fiat nobis secundum voluntatem tuam!* ¶ Hiernach bleibt uns nichts weiter übrig, als zum Herrn zu beten, dass er seinen Segen über uns Alle kommen lassen möge, dass sein Segen sich auf die Gemeinde herabsenke, welche so viele Helden für den Himmel und so viele Vertheidiger der Kirche hervorgebracht hat, und dass er ihr die Kraft verleihe, trotz so vieler Kämpfe bei der regelmässigen Observanz und den exemplarischen Vorschriften zu verharren. Möge dieser Segen unsern armen Geist erleuchten und unserm schwachen Arme Kraft verleihen! Möge er alle diejenigen schützen, welche daran arbeiten, das von den Wogen hin und her geworfene Schiff der Kirche oben zu erhalten, auf dass ihre Stimmen nicht vor dem Brüllen des entfesselten Sturmes verhallen! Möge er schliesslich dazu dienen, alle Guten wieder zu ermutigen und die Bösen zu bekehren!

## No. 277.

**ITALIEN.** — Min d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter im Ausland. — Den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Spanien aus Veranlassung des Streites wegen Uebernahme der neapolitanischen Consulats-Archive betreffend. —

Turin, 30 novembre 1861.

*Monsieur le ministre,* — Le ministre de S. M. à Madrid a reçu **No. 277.**  
 du gouvernement du roi l'ordre de quitter cette capitale, en laissant à un <sup>Italien,</sup>  
 secrétaire de légation le soin de pourvoir aux affaires courantes. ¶ Je crois <sup>30. Novbr.</sup>  
 devoir donner aux légations de S. M. quelques explications sur le fait qui <sup>1861.</sup>  
 vient de modifier l'état de nos rapports avec l'Espagne. ¶ Vous n'ignorez  
 pas, monsieur le ministre, que le consul espagnol à Lisbonne avait reçu  
 l'ordre de retirer les archives de l'ex-consulat napolitain. Cette mesure a  
 donné lieu à une assez longue discussion entre les deux gouvernements.  
 Elle avait été prise, à ce qu'il paraît, à l'insu du président du cabinet  
 espagnol, et M. Calderon Collantes, ministre des affaires étrangères de S.  
 M. C., s'était plu d'abord à la réduire à de très petites proportions. Cepen-  
 dant il nous revint bientôt que des ordres semblables avaient été donnés à  
 un assez grand nombre de consuls espagnols. Ayant ainsi acquis la con-  
 viction qu'il ne s'agissait pas d'un fait purement accidentel, mais d'une série  
 de mesures annonçant un système bien arrêté de la part du ministre de  
 S. M. C., le gouvernement du roi crut devoir adresser au cabinet de Mad-  
 rid ses observations. ¶ L'Espagne n'avait en effet aucun droit sur les archi-  
 ves napolitaines, devenues propriété du gouvernement italien, et le cabinet  
 espagnol, qui avait déclaré ne vouloir intervenir en aucune manière dans  
 les affaires de l'Italie, prêtait par cet acte un appui direct aux prétentions  
 de l'ex-roi de Naples. Il prenait ainsi en réalité une position tout à fait  
 différente de ses déclarations. Il conférait les droits de puissance belligé-  
 rante à un prétendant tombé de son trône par suite d'une révolution, sorti  
 de son ancien territoire après une capitulation régulière; il empêchait le gou-  
 vernement du roi Victor-Emmanuel d'exercer une partie des droits et de  
 remplir une partie des obligations qui lui ont été déférés par la volonté des  
 populations italiennes. ¶ Par suite des sages conseils du gouvernement fran-  
 çais, qui interposa amicalement ses bons offices, le gouvernement espagnol  
 déclara qu'il était prêt à remettre aux autorités locales les documents con-  
 cernant les intérêts particuliers des sujets italiens. Mais il ajouta que, quant  
 aux documents d'ordre public, il ne croyait pas pouvoir s'en dessaisir.  
 ¶ Après la discussion approfondie qui avait été entreprise sur la question  
 de droit, cette distinction n'était pas admissible. Au point où se trouvaient  
 les négociations, on n'aurait pu accepter la restitution d'une partie des docu-  
 ments sans reconnaître en même temps à l'Espagne le droit de retenir l'autre  
 partie. La question de droit, celle qui était devenue la plus importante,  
 aurait été donc tranchée implicitement d'une manière défavorable au gou-  
 vernement du roi. Il y eut un moment où le cabinet de Madrid parut recon-  
 naître lui-même la justesse de cette raison. ¶ De son côté, le gouvernement  
 du roi, reconnaissant des efforts que la France ne cessait de faire pour ter-

**No. 277.** miner amicalement ce démêlé, crut devoir se montrer d'autant plus conciliant dans la forme qu'il avait dû être ferme sur le fond de la question. Italien,  
30. Novbr.  
1861. Ce fut alors que M. Calderon Collantes proposa de remettre aux autorités locales tous les documents contenus dans les archives, en déclarant que le gouvernement espagnol avait acquis la conviction que ces papiers n'avaient trait qu'à des intérêts particuliers. ¶ En insistant pour une restitution directe, le gouvernement du roi aurait pu paraître appeler un acte implicite de reconnaissance de l'Espagne. Cette pensée était loin de nous, car les ministres de S. M. ont un trop profond sentiment de la dignité du pays pour ne pas être convaincus que l'Italie ne voudrait point d'une reconnaissance obtenue par de tels expédients. Je donnai donc mon adhésion à la solution proposée, en recommandant seulement au ministre du roi à Madrid d'insérer dans sa réponse quelques réserves destinées à prévenir toute interprétation erronée. ¶ A mon grand étonnement, cette proposition de S. Exc. le ministre des affaires étrangères de S. M. C. ne fut pas approuvée par ses collègues, et l'on demanda au baron Tecco de retirer les deux notes où la question de droit avait été développée. ¶ Evidemment, il était impossible d'accueillir cette demande sans y opposer une condition qui donnât à la transaction un caractère de parfaite réciprocité. Je n'acceptais donc la solution proposée que dans le cas où le gouvernement espagnol aurait renoncé, de son côté, à indiquer, dans les ordres qu'il donnerait à ses consuls, que les archives ne comprenaient pas de documents politiques. Le gouvernement espagnol s'étant refusé à admettre ce dernier moyen de conciliation, j'ai dû soumettre au roi l'ordre de rappeler son ministre de Madrid. ¶ Ces explications vous mettront à même, monsieur le ministre, de donner au gouvernement de . . . tous les renseignements qu'il peut désirer sur cette affaire. Vous saisirez, en outre, cette occasion pour faire remarquer l'attitude que le gouvernement du roi avait gardée envers l'Espagne jusqu'à ces derniers temps. Lorsque, au mois de novembre 1860, le gouvernement de S. M. catholique rappela son ministre de Turin, le gouvernement du roi, voulant donner une preuve du prix qu'il attachait à la continuation de ses bons rapports avec la cour de Madrid, ne suivit pas l'exemple qui lui était donné et préféra déroger aux usages établis plutôt que d'interpréter dans un sens hostile la résolution du gouvernement espagnol. ¶ Depuis cette époque, quel que fût notre désir de voir le gouvernement de S. M. Catholique rétablir complètement ses rapports avec nous, nous n'avons jamais, ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le dire, sollicité de la part du gouvernement espagnol un acte de reconnaissance qu'il aurait été naturel d'attendre de lui, vu l'analogie des événements qui se sont passés en Italie avec ceux qui ont raffermi en Espagne la monarchie constitutionnelle. Nous nous sommes, de plus, soigneusement abstenus de faire retomber jusqu'au gouvernement espagnol la responsabilité des encouragements que des tentatives désespérées contre l'ordre de choses établi en Italie recevaient de quelques sujets de S. M. catholique. Nous avons gardé le même silence sur les insultes qu'une partie de la presse espagnole prodiguait chaque jour au gouvernement et à la personne même de Sa Majesté notre auguste maître. ¶ En rappelant notre

ministre de Madrid, nous n'avons donc cédé ni à un mouvement de dépit, ni à un sentiment de susceptibilité excessive. Cette détermination nous a été imposée par le devoir de sauvegarder la dignité nationale, qui ne saurait permettre sans protestation que la cour de Madrid continue à blesser les droits et à froisser les intérêts d'un peuple lié à l'Espagne par une amitié séculaire. ¶ Veuillez agréer, &c.

No. 277.  
Italien,  
30. Novbr.  
1861.

Ricasoli.

### No. 278.

**SPANIEN.** — Min. d. Ausw. an die diplomatischen Vertreter im Ausland. — Den Abbruch der diplom. Beziehungen zu dem Turiner Hof aus Veranlassung des Streites über die neapolitanischen Consulate-Archive betr. —

Madrid, 6 décembre 1861.

La suspension des relations diplomatiques existantes entre le gouvernement de la Reine et le cabinet de Turin est aujourd'hui un fait. La cause de cette circonstance regrettable est la soi-disant question des archives napolitaines. L'esprit de modération gardé pendant la durée de ces négociations par le gouvernement de Sa Majesté n'a pas suffi pour résoudre les difficultés d'une façon satisfaisante pour les deux pays. Le représentant de la Sardaigne à cette Cour a demandé ses passe ports et le gouvernement de Sa Majesté s'est trouvé obligé d'accéder à cette demande. Pour ces motifs, je trouve nécessaire de donner quelques explications, autant pour votre gouverne que pour mettre le gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité à même de se former une juste opinion sur l'origine et les péripéties de la question des archives napolitaines. La politique franche et honorable observée par le gouvernement de la Reine pendant le cours des événements qui se sont passés récemment dans la Péninsule italienne est suffisamment connue. ¶ En maintenant une stricte et absolue neutralité, il indiquait clairement ses vues et ses desseins. Le gouvernement d'une nation catholique dont le souverain est actuellement à la tête de l'auguste dynastie des Bourbons, et auquel sont réservés, en vertu de traités solennels, des droits importants dans la monarchie des Deux-Siciles, ne pouvait regarder avec indifférence des actes qui, d'une part, ont privé le Saint-Père de ses Etats et qui, d'autre part, ont enlevé de leur trône les princes de la famille des Bourbons en Italie. Quand les événements arrivés dans les Deux-Siciles ont obligé la royale famille de Naples à défendre dans la forteresse de Gaëte ses incontestables droits et quand cette forteresse fut sur le point de tomber, plusieurs agents consulaires de S. M. François II. demandèrent à ceux de S. M. Catholique de se charger, dans leurs résidences respectives, des archives consulaires confiées à leurs soins, jusqu'à ce que les questions soulevées dans les Deux-Siciles fussent réglées par l'Europe. ¶ Le gouvernement de Sa Majesté Catholique, après en avoir référé à ses agents, n'a pas trouvé de difficulté à les autoriser d'accepter le dépôt qu'on désirait leur confier. Le gouvernement de S. M. Catholique, en adoptant cette résolution, avait présent à l'esprit ce qui s'est toujours fait dans des circonstances analogues, les droits et les usages admis quand les relations sont suspendues entre

No. 278.  
Spanien,  
6. Decbr.  
1861.

**No. 278.** deux gouvernements, quand la suspension est suivie de la guerre, que les représentants diplomatiques, se trouvant obligés de quitter leur poste. recommandent aux représentants des puissances neutres et amies la protection de leurs sujets dans le pays, et confient à leurs soins la garde des archives de leurs légations. ¶ Le gouvernement de Sa Majesté n'ignorait pas les difficultés que le gouvernement de fait d'un pays peut rencontrer quand il veut obtenir la possession des archives d'une légation ou d'un consulat malgré les désirs du dépositaire, puisque si ce dernier reste fidèle au gouvernement qui l'a nommé, il peut toujours trouver le moyen de les cacher. D'un autre côté, le refus de recevoir un pareil dépôt serait un acte indigne de la part de celui qui est opposé au gouvernement de fait et sans utilité pour le gouvernement auquel il est donné. Le gouvernement de Sa Majesté est convaincu que dans une circonstance analogue, aucune puissance de l'Europe n'eût agi d'une façon différente. ¶ Pour cette raison le gouvernement a prescrit la ligne de conduite indiquée plus haut, se réservant dans l'avenir de remettre les archives au parti qui aurait le droit de les recevoir. Les archives du consulat-général de Naples ayant été déposées à la légation espagnole de Lisbonne avant que le gouvernement portugais n'eût reconnu le royaume d'Italie, et, en conséquence, avant l'enlèvement de l'exequatur à son agent des Deux-Siciles, le gouvernement de Sa Majesté Sarde a demandé des explications sur ce point. Le gouvernement de Sa Majesté s'est empressé de les fournir; cependant la légation de Sardaigne persista à réclamer les archives des consulats napolitains comme la propriété du nouveau royaume d'Italie. Le gouvernement de Sa Majesté, qui n'a pas reconnu le fait sur lequel était basée la demande, et qui, quelle que soit la nature de cet acte, n'a pas eu la preuve que le représentant du Piémont prétendait lui donner, ne voulut pas accéder à cette demande. ¶ La discussion a continué pendant quelque temps sur ce terrain, aussi bien que sur celui qui avait été précédemment mis en avant. Le gouvernement de Sa Majesté s'est toujours montré animé par cet esprit de conciliation; mais cet esprit n'a pas été imité en toutes occasions par la légation de Sardaigne. En deux occasions elle a exprimé son opinion, quant à la base politique sur laquelle, dans son opinion, la monarchie espagnole repose et sur la crainte que quelque influence fatale n'empêche qu'un accord satisfaisant ne s'établisse entre les deux; et quoiqu'elle ait employé dans diverses conférences des expressions d'une nature inconvenante, ou qui semblaient telles, néanmoins les notes sont restées sans réponse, et j'ai fait remarquer au baron Tecco que ces expressions étaient indignes de lui, par suite de l'interprétation qu'on aurait pu leur donner. ¶ Même après cette manifestation de ma part, les notes auraient été renvoyées, si le gouvernement de Sa Majesté n'avait pas été résolu à observer la plus grande modération, et s'il n'avait pas espéré qu'elles seraient retirées quand la question aurait été définitivement réglée. ¶ En attendant, le chargé d'affaires de France, en exécution des ordres de son gouvernement, m'a informé, d'une manière amicale et confidentielle, que le chevalier Nigra, représentant du roi Victor-Émmanuel auprès de l'Empereur des Français, avait demandé à M. Thouvenel d'employer sa médiation offi-

cieuse afin que la Reine ordonnât de rendre les documents intéressant des particuliers, qui existaient dans les archives des consulats à Marseille et à Alger. Les premiers n'avaient pas été déposés dans les mains du consul de la Reine à Marseille; mais si même la demande était limitée aux secondes, le gouvernement de Sa Majesté a pensé qu'il ne pouvait pas y satisfaire sans le consentement de S. M. le roi François II. ¶ Etant informé du fait, et S. M. ayant laissé le gouvernement de S. M. Catholique parfaitement libre d'agir du mieux qu'il le pourrait, et ayant exprimé sa conviction qu'il respecterait les droits lui appartenant, le gouvernement de Sa Majesté a consenti au transfert des documents qui intéressaient des particuliers. Il a cru qu'en agissant ainsi, sans violer ses principes, et sans changer la position qu'il avait prise, il a satisfait immédiatement aux désirs du cabinet impérial de France, avec lequel il entretient des relations très-étroites, et aux prétentions du gouvernement du roi Victor-Emmanuel. ¶ Après qu'a été adoptée cette résolution, qui paraissait satisfaire toutes les parties, le baron Tecco a déclaré que les instructions qu'il avait reçues de son gouvernement étaient précises, et que la reddition pure et simple des archives n'était pas suffisante. Cette contradiction inattendue entre la demande faite par le gouvernement impérial sur les instances du chevalier Nigra, et celle que le baron Tecco a mise en avant pour obéir aux ordres du gouvernement, a donné lieu à de nouvelles conférences et négociations. ¶ Il y a eu des moments où, en conséquence des notes auxquelles j'ai déjà fait allusion, elles ont été sur le point d'être rompues, et où le représentant a été sur le point de demander ses passe-ports; mais les nouvelles explications qu'il m'a données et le désir de conciliation qui n'a jamais abandonné le gouvernement de Sa Majesté, ont amené les deux à examiner quelque nouveau moyen de satisfaire toutes les parties. ¶ Il consistait en ceci, que le gouvernement de Sa Majesté s'étant assuré qu'il n'y avait pas de documents politiques dans ces archives, les autres seraient remis sur la présentation d'une autre note du baron Tecco, dans laquelle le principe serait mis de côté et la solution placée sur le terrain de la pratique et des convenances. ¶ On posa aussi comme condition indispensable que le représentant du roi Victor-Emmanuel retirerait ses deux dernières notes, dans lesquelles il a donné à la discussion un caractère étrange et peu convenable. L'arrangement qu'on vient de mentionner a été déposé devant le cabinet de Turin, et en réponse il a proposé que le gouvernement de S. M. Catholique retirerait également toutes ses notes, fondant ses prétentions sur le principe de réciprocité, lequel certainement n'était ni admissible, ni applicable à la question. Il n'était pas possible au gouvernement de S. M. Catholique d'accepter cette proposition. Les deux notes qui étaient des réponses aux premières notes du baron Tecco avaient formé la base des négociations diplomatiques, et comme elles ne contenaient que des idées justes et des observations exprimées dans un langage convenable, il n'était pas possible pour le gouvernement de la Reine de les retirer, en les mettant sur la même ligne que les troisième et quatrième notes du baron Tecco, dans lesquelles il avait dépassé les

**No. 276.** limites assignées au langage diplomatique. ¶ Néanmoins le gouvernement de Sa Majesté a persisté dans sa première suggestion. Les notes susmentionnées devaient être retirées, et la question devait être présentée dans une note nouvelle sous une autre forme. Cela n'étant pas fait, toute solution devenait impossible. Le cabinet de Turin n'a pas répondu à la suggestion, et le baron Tecco a demandé ses passe-ports en termes courtois. Le gouvernement de Sa Majesté ne pouvait pas hésiter à obtempérer à cette demande. Les négociations qui avaient produit ce résultat avaient été longues et embarrassantes. ¶ La presse, naturellement, s'est emparée de la question, et chacun, lui donnant le caractère et la gravité qui s'accordaient avec ses principes politiques et ses intérêts, en vint à la considérer comme une simple question de parti. Les choses en vinrent à un point tel qu'il fut annoncé comme positif que des manifestations populaires en faveur du cabinet de Turin suivraient le départ du représentant du roi Victor-Emmanuel. Le gouvernement de S. M. Catholique, qui compte toujours sur la loyauté et la cordialité de tous les habitants de cette capitale, n'avait pas de raison pour les redouter; mais il était évident qu'on avait projeté d'exercer une sorte de pression indécente et intolérable sur l'esprit du gouvernement. La retraite du baron Tecco était devenue une nécessité pour lui-même et pour le gouvernement de la Reine. ¶ Sans la désirer ou sans y pousser, le gouvernement ne pouvait pas consentir à d'autres concessions que celles que, sans manquer à ses principes, il avait déjà acceptées pour prévenir une rupture. Cette rupture étant aujourd'hui un fait, le gouvernement de S. M. laisse aux autres gouvernements amis et alliés à juger les faits qui ont eu lieu. Certes, dès le début de la question, on a cherché à lui donner une importance qu'elle ne possède pas en réalité. Qui dira celui qui a donné au mot le plus insignifiant, au fait le plus léger, aux incidents les plus indifférents, une importance étrangère au véritable caractère qu'ils possédaient? La question aurait pu être traitée avec une réserve convenable; avant d'écrire chaque note on aurait pu la discuter verbalement et peut-être en venir à une conclusion différente de celle qu'elle a aujourd'hui. Mais, à part toutes ces considérations, le gouvernement de Sa Majesté, dans la ligne de conduite qu'il a suivie, n'a eu que deux objets en vue, l'un de maintenir intacts les principes qu'il professe, et de rester dans la ligne qu'il s'est tracée; l'autre de ne pas porter préjudice à des individus dont les intérêts avaient des rapports avec les documents existant dans les archives. ¶ Ces objets devaient être atteints par le plan arrêté, et l'abandon de la question de principes soulevée dans les notes du baron Tecco. Mais quand cela n'a pas été accepté, et quand le cabinet de Turin a considéré que la question était assez sérieuse pour ordonner le retrait de son représentant, le gouvernement de la Reine s'est cru obligé de déclarer, sans aucune réserve, que ce fait ne modifiait en aucune façon sa politique à l'égard des questions sérieuses qui sont agitées en Italie, ni son intention d'observer envers le gouvernement de Turin le respect compatible avec les diverses positions dans lesquelles les deux gouvernements étaient placés. ¶ V us



voudrez bien saisir la première occasion pour faire connaître ces explications au gouvernement du souverain près duquel vous êtes accrédité; et vous êtes autorisé à lire, si c'est nécessaire, toute cette dépêche au ministre des affaires étrangères. etc.

**No. 278.**  
Spanien,  
6. Decbr.  
1861.

*Collantes.*

### No. 279.

**FRANKREICH.** — Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in Turin. — Auftrag, die Aufmerksamkeit des Turiner Cabinets auf die angeblichen Grausamkeiten der Truppen in Süditalien zu lenken. —

Paris, le 22 juillet 1861.

Monsieur, vous connaissez les menées que, d'après le cabinet de Turin, on organiserait à Rome en vue de soutenir et de propager les désordres dont les provinces méridionales de l'Italie sont le théâtre. ¶ J'ai transmis à M. le marquis de Cadore les informations que m'a données M. le comte de Gropello; mais si nous jugeons conforme à notre devoir de nous opposer à des démonstrations préparées à l'abri de notre drapeau, nous considérons que nous ne sommes pas moins tenus de signaler à l'attention du gouvernement italien l'émotion causée par les mesures de rigueur attribuées aux commandants des troupes italiennes dans les provinces méridionales. ¶ M. le baron Ricasoli a un sentiment trop élevé des obligations qu'il a assumées en acceptant de diriger le gouvernement italien, et il comprend trop combien il importe de respecter la conscience publique, pour ne pas admettre avec nous qu'il est urgent d'aviser aux moyens propres à dégager la responsabilité du cabinet qu'il préside des accusations dont il serait l'objet, si les violences qu'on reproche aux commandants des troupes italiennes d'avoir exercé sur des habitants inoffensifs pouvaient être commises impunément.

**No. 279.**  
Frankreich,  
22. Juli  
1861.

*A M. le comte de Rayneval, Turin.*

*Thouvenel.*

### No. 280.

**FRANKREICH.** — Geschäftsträger in Turin an d. Min. d. Ausw. — Antwort auf die vorstehende Depesche. —

Turin, 25 juillet 1861.

Monsieur le ministre, — au reçu de la dépêche que Votre Excellence a bien voulu m'adresser sous le n° 28, je me suis rendu chez M. le baron Ricasoli, et, après lui avoir fait connaître confidentiellement que Votre Excellence venait d'envoyer à M. de Cadore des instructions à l'égard des menées dont Rome était, disait-on, le foyer, je lui ai communiqué les observations que le gouvernement de l'Empereur croyait de son devoir de présenter au cabinet de Turin, au sujet des actes de cruauté attribués à quelques-uns des commandants de troupes italiennes dans les provinces méridionales. ¶ M. le président du conseil, en me priant de remercier beaucoup Votre Excellence des ordres qu'elle avait donnés à l'ambassade de l'Empereur à Rome, s'est empressé de me répondre, relativement aux violences féroces

**No. 280.**  
Frankreich,  
25. Juli  
1861.

**No. 200.** dont les généraux italiens étaient accusés, que dans sa conviction il n'y avait pas un seul d'entre eux qui fût capable de les avoir ordonnées; que le fait des paysans fusillés parce qu'ils avaient été trouvés porteurs de quelques morceaux de pain, avait été évidemment tiré de l'Histoire de Naples, de Colletta, pour être imputé à l'armée italienne, tandis que cette histoire le reprochait au général Manhés, chargé en 1810 de réprimer le brigandage dans les Calabres; que le cabinet avait toutefois prescrit au général Cialdini de donner immédiatement des explications au sujet des atrocités que l'on disait avoir été commises par les troupes placées sous ses ordres; que le gouvernement du Roi, enfin, ayant en horreur les excès aussi inutiles que barbares que l'on racontait, les punirait rigoureusement dans le cas où ils auraient réellement eu lieu. ¶ Agréez, etc.

A S. Exc. M. Thouvenel etc., Paris.

A. de Rayneval.

### No. 281.

**FRANKREICH.** — Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Widerlegung der übertreibenden Gerüchte von den Ausschreitungen der Truppen in Süd-Italien. —

Naples, 1. octobre 1861.

**No. 281.** Monsieur le ministre, — Les journaux arrivés hier ici, et particulièrement de Paris et de Marseille, sont, en ce qui regarde les provinces napolitaines, tellement remplis d'exagérations ou de mensonges dans un sens hostile, que je crois devoir appeler sur ce point l'attention et la défiance de Votre Excellence. ¶ Pour mon compte, je m'efforce d'observer une impartialité que n'ébranlent ni les fausses nouvelles, ni les fausses appréciations qu'on s'applique avec soin à me faire parvenir de divers côtés. Par exemple, on répète depuis quelques jours, et les journaux de Paris disent déjà, que plusieurs compagnies piémontaises ont mis bas les armes dans les Calabres devant la bande de Mitica et des 23 Espagnols débarqués sur la côte. Cette nouvelle est complètement fausse. Aujourd'hui même, avant de commencer cette dépêche, j'ai envoyé l'élève consul, M. de Bellaigue, chez le général Cialdini pour lui poser nettement la question. Le lieutenant-général a répondu: „Il n'y a pas un mot de vrai dans tout ceci; j'ai, de plus, reçu cette nuit la nouvelle que la bande de Mitica est dispersée, et que le chef Mitica lui-même a été tué avec 60 de ses compagnons.“ ¶ J'ai reçu ce matin de Reggio une dépêche télégraphique de notre agent consulaire qui confirme la nouvelle relative à la bande de Mitica: elle est ainsi conçue: „Mitica tué avec plusieurs compagnons. — Bande dispersée. — Province tranquille.“ ¶ Votre Excellence trouvera ci joint un rapport intéressant de notre agent dans les Abruzzes, M. Rotrou, sur ces provinces.

A S. Exc. M. Thouvenel, etc., Paris.

Soulange-Bodin.

## No. 282.

**FRANKREICH.** — Consular-Agent in Avezzano an den franz. General-Consul in Neapel. — Bericht über das Räuberwesen in Süd-Italien. —

Avezzano, 25 septembre 1861.

Monsieur le consul général, — le brigandage dans la partie des Abruz-  
 zes qui avoisine la frontière romaine est depuis quelque temps un peu moins  
 actif. Mais nous n'avons l'espoir de le voir cesser que le jour où il ne  
 recevra plus du dehors recrues, argent et direction. Chiavone a dans sa  
 bande des gens de toutes nations, Français, Suisses, Allemands, Napolitains,  
 restes des troupes de François II et du Pape, mêlés aux mauvais sujets des  
 pays environnants. ¶ On dit qu'à la suite des divers engagements qui ont  
 eu lieu pendant ces derniers jours, Chiavone est parti, suivant son habitude,  
 pour Rome. On ne peut nier que les paysans ne soient en général bien  
 disposés pour les brigands, et qu'ils ne leur rendent assez volontiers des  
 services, mais ils sont peu disposés à suivre leur vie aventureuse; ils ap-  
 plaudissent à leurs exploits quand ils n'en sont pas les victimes, et, en dé-  
 finitive, s'ils leur fournissent des vivres, c'est encore plus par peur que par  
 sympathie. ¶ La bourgeoisie n'a pas encore repris son assurance, et n'est  
 pas très persuadée que l'ancien régime ne reviendra pas. ¶ Nous n'avons  
 encore senti dans nos provinces que le mal de la révolution, et le gouver-  
 nement n'a pu encore réaliser un bien sérieux. Ce qui se passe aujourd'-  
 hui est la conséquence obligée du système démoralisateur appliqué par  
 Ferdinand II, pendant ces douze dernières années, avec une persistance re-  
 marquable. Depuis 1848, il n'avait eu qu'une pensée, qu'un but, rendre le  
 retour au régime constitutionnel impossible, par l'asservissement complet de  
 la classe moyenne: l'avilissement calculé de la bourgeoisie, la licence au-  
 torisée et encouragée de la basse classe, devaient priver la première de  
 toute confiance, de toute force et ressource en elle même. ¶ Le retour sans  
 transition au régime constitutionnel était d'autant plus périlleux, que l'on  
 avait eu grand soin, depuis douze ans, de faire disparaître tout ce qui pou-  
 vait même de loin aider à son rétablissement. Le bas peuple, dressé à ne  
 reconnaître que les droits du Roi, ne voyait rien au-dessus de lui; la loi,  
 dans sa pensée, n'était que l'expression de la volonté du maître, ordinaire-  
 ment clément pour lui, toujours inflexible pour le bourgeois. ¶ En 1860,  
 lorsqu'on faisait un appel de désespoir à cette Constitution, on expliquait  
 en même temps aux classes inférieures que ce n'était que le résultat des  
 violences de la bourgeoisie, qui voulait de nouveau s'emparer de la puis-  
 sance royale pour aggraver les charges du peuple, et se venger sur elle de  
 ses longues souffrances. Il était naturel que celle-ci fût prête à défendre,  
 par tous les moyens possibles, celui qu'on lui présentait comme la sauve-  
 garde de son indépendance et son protecteur contre la tyrannie et l'insati-  
 able avidité des bourgeois avec lesquels elle était en antagonisme perpétuel  
 dans toutes les relations de la vie. Il n'y a donc pas à s'étonner que cette  
 basse classe vît la révolution s'effectuer avec un grand mécontentement; on  
 doit au contraire être surpris qu'elle n'ait pas concouru, d'une manière plus  
 active, à la défense d'une cause rendue commune entre elle et la royauté.

No. 282.  
 Frankreich,  
 25. Septbr.  
 1861.

**No. 283.** ¶ Pendant que Ferdinand II laissait à la basse classe une liberté presque illimitée, il adoptait pour la bourgeoisie un système qui devait infailliblement lui faire perdre toute son énergie et jusqu'à la conscience de ses devoirs civiques. Chacun était impitoyablement interné dans sa localité. C'est à grande peine que de temps en temps on permettait aux citoyens les mieux notés de se rendre au chef lieu de la province. ¶ Les magistrats communaux étaient, pour la plupart, choisis en dehors de la bourgeoisie, ou tout au moins parmi ceux de cette classe dont les opinions étaient aussi serviles que l'incapacité était notoire: les élections communales n'avaient plus lieu. On avait étouffé jusque dans la racine tout ce qui pouvait rappeler les institutions libérales. ¶ La lecture du journal officiel avait fini par être interdite dans les cafés. On refusait aux pères de famille l'autorisation d'envoyer leurs fils dans les grands centres pour y terminer leur éducation. Les familles de chaque localité avaient fini par ne plus se voir, pour ne pas exciter les soupçons d'une police toujours prête à s'alarmer. Les délits des bourgeois étaient punis comme des crimes, leur liberté sans cesse menacée. Il ne restait à cette classe, pour appliquer son intelligence, que le soin de ses mesquins intérêts personnels. ¶ Le cabinet de Turin ne savait pas ces vérités. Il jugea les provinces napolitaines par l'esprit de Naples, qui leur est diamétralement oppsé. A Naples, la force vitale s'était concentrée dans la bourgeoisie; en province, elle est dans le peuple; c'était donc à lui qu'il fallait parler: il fallait lui expliquer que ce qu'il avait eu jusqu'à ce jour n'était pas la liberté, parce qu'elle était sans garanties, que c'étaient ces garanties qu'on venait lui donner en lui rendant sa part effective de droits dans la société; on devait lui faire comprendre l'abandon systématique dans lequel on l'avait laissé, le mal qui en était résulté pour ses propres intérêts, et frapper son imagination en adoptant les grandes mesures qui lui eussent prouvé qu'il entraît dans une ère de réparation et de justice. ¶ A tant de causes de malaise vient se joindre celui qui résulte des mauvaises récoltes en céréales; les blés ont été peu abondants, les maïs ont entièrement manqué, et ce sont ces derniers qui forment la base de la nourriture des paysans. Il faudrait qu'à tout prix on mît de suite en activité les grands travaux des voies ferrées et carrossables. Le manque de voies de communication dans nos pays est la source de maux incalculables. C'est encore le résultat du système de Ferdinand II. Si depuis un an on eût commencé des travaux, on eût gagné bien des sympathies dans les provinces. ¶ La contre-révolution, n'ayant toutefois pu réussir avec tous les éléments de succès dont elle disposait, ne se rendra pas maîtresse de la situation en prolongeant l'agitation.

A M. Soulange-Bodin etc., Naples.

Rotrou.

## No. 283.

FRANKREICH. — Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Den räuberischen Angriff auf die Wohnung eines franz. Consularagenten betr. —

**No. 283.**  
Frankreich,  
13. October  
1861.

Naples, le 12 octobre 1861.

Monsieur le ministre, — j'ai reçu hier de notre agent consulaire de

Barletta (Pouille) une lettre, datée du 8, par laquelle il me faisait savoir que sa résidence, située dans l'intérieur des terres, à Cerignola, venait d'être envahie par les brigands. J'ai sans retard prié le général Cialdini d'envoyer des ordres par le télégraphe aux autorités militaires de la province Capitanate, afin qu'on portât secours à notre agent. Le général s'est empressé de se rendre à mon désir. Il m'a dit que ces brigands, qui pour la première fois descendaient vers les plaines et le littoral de l'Adriatique, devaient appartenir à la bande de Donatelli dit Crocco, serrée de près depuis quelque temps par les troupes qui battent les montagnes de Melfi et autres localités de la Basilicate. M. Fréjaville me parle dans sa lettre, indépendamment de la bande de Crocco, de trois autres bandes qui seraient composées chacune d'une centaine d'hommes, subdivisées en compagnies et commandées la plupart par d'anciens galériens, qui se vantent d'avoir reçu récemment 60,000 ducats de l'étranger.

A S. Exc. M. Thouvenel etc., Paris.

Soulange-Bodin.

### No. 284.

FRANKREICH. — Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Das Umsichgreifen des Räuberwesens betr. —

Naples, le 26. octobre 1861.

Averti par notre agent consulaire de Barletta que les fermes de M. le duc de la Rochefoucauld étaient menacées, j'ai avisé de suite la lieutenance générale. Je reçois aujourd'hui une lettre, datée du 24, de Cerignola, par laquelle l'administrateur de ces biens me fait connaître qu'il est toujours sous la menace des brigands, et m'adresse une copie de la lettre d'un chef de bande exigeant 8000 ducats et des chevaux. ¶ D'après les journaux, 50 brigands, qui avaient envahi le 21, la commune d'Ottajano, auraient enlevé et séquestré deux riches propriétaires. ¶ Le prince Ottajano a été arrêté sur la dénonciation de brigands pris dans le voisinage de ses terres. Ce personnage, qui a été conduit à Avellino pour être confronté avec eux, affirme qu'au contraire il a toujours refusé tout secours d'argent ou de vivres aux bandes qui lui en ont demandé, et c'est à son refus qu'il attribue d'avoir été dénoncé par eux.

A S. Exc. M. Thouvenel etc., Paris.

Soulange-Bodin.

### No. 285.

FRANKREICH. — General-Consul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Die Abnahme des Räuberwesens in Süd-Italien betr. —

Naples, le 9 novemb re1861.

Monsieur le ministre, — la tranquillité continue de régner à Naples et dans les provinces napolitaines. On cite quelques faits de brigandage dans les Pouilles et du côté de Salerne et d'Avellino, mais il ne paraît pas qu'ils aient beaucoup de gravité. Les bandes qui commettent des désordres se subdivisent depuis quelque temps et ne s'aventurent qu'en petit nombre. Après avoir dévasté ou pillé les métairies et rançonné les propriétaires, elles

No. 283.  
Frankreich,  
12. Octobr.  
1861.

No. 284.  
Frankreich,  
26. Octobr.  
1861.

No. 285.  
Frankreich,  
9. Novbr.  
1861.

**No. 285.** se retirent aussitôt dans les montagnes. ¶ L'exacte vérité est que si sa durée doit encore se prolonger, le brigandage, grâce a la vigueur déployée par le général Cialdini, n'est plus que brigandage et rien autre, et qu'on ne peut désormais, avec quelque apparence de raison, chercher à modifier son caractère dans l'opinion des Napolitains et de l'étranger. Au commencement de l'été, à l'époque où des décrets intempestifs furent lancés contre les congrégations religieuses et les couvents, le clergé tout entier excitait les paysans à s'armer, et c'est alors que le drapeau blanc reparut dans diverses localités, et qu'on put craindre de voir les soldats débandés devenir de véritables insurgés bourboniens. Ce péril a vite disparu, faute de chefs. ¶ Les soulèvements de San Marco in Lamis, de Melfi, de Venosa avaient, bien qu'isolément, des apparences de guerre civile. Aujourd'hui il n'est plus question que de brigands dans la plus ordinaire acception du mot; même dans les Abruzzes, sur les frontières romaines; les propriétaires qui sont dévastés journallement en savent quelque chose. ¶ Notre agent consulaire des Abruzzes m'a écrit, à la date du 7 de ce mois, que, dans les journées du 4 et du 5, une centaine d'hommes de la bande de Chiavone sont entrés dans le village de Castelluccio, voisin de Sora, et qu'ils l'ont saccagé. Dans un autre endroit, appelé Castronero, ils ont enlevé le curé, vieillard octogénaire, qu'ils ont emmené dans la montagne, menaçant sa famille de lui envoyer ses oreilles le lendemain, si elle ne payait une rançon de 5,000 ducats. ¶ Notre agent me signale également qu'un autre village, Pietra Secca, a été pillé de même que Castronero. Un Espagnol de la bande de Borgès, arrêté à Potenza (Basilicate), écrivait, le 29 octobre, au cosul d'Espagne à Naples: „Le général Borgès n'ayant pas trouvé les Calabres dans l'état qu'on lui avait dépeint, a résolu de chercher à gagner les Etats pontificaux en traversant les forêts et les cimes des montagnes, et je ne sais ce que sont devenus nos compagnons.“ On répand à ce sujet à Naples des bruits sans fondement qui ne trompent personne: tantôt c'est Borgès qui s'est emparé de Potenza, tantôt c'est le général commandant les provinces de Salerne qui, de son côté, est tenu en échec et contraint de se barricader dans la ville.

*A S. Exc. M. Thouvenel etc., Paris.*

*Soulange-Bodin.*

## No. 286.

**FRANKREICH.** — Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Die Gefangennahme und Hinrichtung des Banditen-Häuptlings Borgès betr. —  
Naples, le 14 décembre 1861.

**No. 286.** Monsieur le ministre, — j'ai l'honneur d'envoyer ci joint à Votre Excellence la copie de lettres qui m'ont été adressées par notre agent consulaire d'Avezzano, au sujet de la capture du général Borgès et de son exécution. ¶ Il résulte des déclarations de cet Espagnol et des papiers saisis sur lui que, trompé, dès son débarquement, sur la nature de l'entreprise qu'on lui aurait fait accepter, il a tenté de vains efforts pour transformer en guerre civile le brigandage des chefs Mitica, en Calabre, Crocco et au-

**Frankreich,**  
14. Decbr.  
1861.

tres en Basilicate. ¶ Déterminé à faire connaître l'état des choses au roi François II, il avait pris la route de Rome, avec vingt-trois compagnons, et était déjà parvenu à franchir une distance considérable et des obstacles de toute sorte, quand il fut pris et fusillé à Tagliacozzo, à quelques heures à peine de la frontière romaine. ¶ Dans un rapport dont j'ai eu connaissance, le général la Marmora signale les principaux incidents de l'expédition de Borgès. Mis en suspicion dès son débarquement par le chef de bande Mitica, obligé de fuir et de se cacher dans un pays inconnu, après la défaite et la mort de ce chef il passa en Basilicate, et là, comme on le voit par les extraits de son journal, il ne peut rien organiser, et ne parvient à tirer parti ni de Crocco, „impitoyablement adonné, dit-il, à ses instincts féroces,“ ni de Langlois, „homme sans valeur.“ ¶ Le général Borgès prend part à plusieurs rencontres; il déclare dans ses notes qu'après la plus sérieuse des affaires de la Basilicate, celle de Pietragalla, les bandes ne comptaient pas plus de 350 hommes armés. Après ces vaines tentatives, très-instructives d'ailleurs, de Calabre et de Basilicate, et après l'épisode de Tagliacozzo, qui se termine par une terrible exécution, ce qui mérite le plus l'attention, c'est la saisie des papiers et des lettres trouvés dans les bagages de Borgès. ¶ La pièce principale est l'ensemble des instructions et des indications émanant du général napolitain Clary. Le gouvernement italien publiera sans doute les documents qu'il jugera utile de faire connaître. Une circonstance curieuse, et que j'ai précédemment signalée à Votre Excellence, c'est que, durant près de trois mois, l'existence de Borgès a été un objet de doute, et que, depuis le jour où sa présence avait été constatée au sud des Calabres, on n'a jamais pu la vérifier ailleurs qu'à Tagliacozzo. ¶ La mort du général Borgès et la publication des circonstances principales de son entreprise, surtout son insuccès à transformer un seul bandit en soldat, vont porter un coup sérieux au brigandage. ¶ Le parti de la réaction aura beaucoup plus de peine désormais à faire des recrues. Il sera en même temps jugé sévèrement, quand on verra que pas un général ou officier un peu connu de l'ancienne armée bourbonnienne n'ayant consenti à s'exposer, les principaux partisans du roi François II n'ont su faire autre chose que d'enrôler, en les trompant, quelques malheureux étrangers qui n'avaient rien de commun avec l'Italie.

A S. Exc. M. Thouvernel etc. Paris.

Soulange-Bodin.

### No. 287.

FRANKREICH. — General-Consul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Die Rückkehr ruhigerer Zustände in die neapolitan. Provinzen betr. —

Naples, 10 janvier 1862.

Monsieur le ministre, — la situation politique des provinces napolitaines se dégage manifestement des résistances de la réaction, que l'on considère maintenant comme à peu près nulles, et des essais d'agitation des partis avancés; en même temps l'usage modéré, mais ferme au besoin et très-

No 286.  
Frankreich,  
14. Decbr.  
1861.

No. 287.  
Frankreich,  
10. Januar  
1862.

**No. 287.** équitable, que le préfet de Naples fait de son autorité, lui donne chaque jour la mesure, si ce n'est des résultats positifs et complets qu'on peut atteindre ici, du moins de l'affaiblissement de toute opposition active, organisée et capable de lutte ouverte.

Frankreich,  
10. Januar  
1862.

*A. S. Exc. M. Thouvenel, etc. Paris.*

*Soulange-Bodin.*

### No. 288.

**GROSSBRITANNIEN.** — Consul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Bericht über den befriedigenden Zustand des Landes. —

Naples, Jan. 14. (Received January 29.) 1862.

**No. 288.**

Gross-  
britannien,  
14. Januar  
1862.

My Lord,—I have the honour to report to your lordship that this country continues tranquil, and the prospects of commerce for the new year appear favourable. The produce of olive oil, the principal and most valuable export from these provinces, is now ascertained to have been generally extremely abundant and of good quality. There is some discontent that the duty on the exportation of this oil from the Neapolitan provinces is retained, as in other parts of Italy olive oil is not subject to such export duty; but the impost is of old date, and the revenue from it is so large that it has probably been found unadvisable to give it up at once. ¶ A change is being now made in the currency in Naples and the provinces by the substitution of lire for the old Neapolitan currency of ducats and grani. This, of course, occasions some temporary inconvenience, which unfortunately is aggravated by the circumstance that the Bank is not sufficiently supplied with silver coin, and pays dividends, &c., in gold 20-franc pieces at a fixed rate, although gold is not yet made a legal tender, and is not readily current at the same rate. A petition from the mercantile body on this subject has been sent to Turin, and it may be supposed that gold will be made a legal tender here as it is in other parts of Italy.—I have, &c.

*The Earl Russell, etc., London.*

*Edw. Walter Bonham.*

### No. 289.

**GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Turin an den Min. d. Ausw. — Bericht über den drohenden Wiederausbruch von Raubeinfällen in Süditalien. —

Turin, Feb. 22. (Received February 25.) 1862.

**No. 289.**

Gross-  
britannien,  
22. Februar  
1862.

(Extract.) I have good ground for believing that brigandage is now being organised under the authority of the ex-King of Naples and the patronage of the Court of Rome, for operations on a large and bloody scale during the approaching spring. ¶ It is my duty to bring this question under the serious consideration of her Majesty's Government, because, if brigandage is once more to be organised and tolerated, it must, from the sheer force of circumstances, place the Italian Government between two fires; the one, the strength which it will infuse into the ranks of the "party of action," as it is designated, in other words, the Mazzinians; the other, the necessity which this Government will be under of maintaining its authority at the risk of civil war; because we must expect to hear the Mazzinians



ery treason on Ricasoli, if Ricasoli, puts the law in force against Mazzini on a question upon which every city in Italy has recently pronounced itself. ¶ Brigandage, therefore, if again permitted to make Rome its head-quarters, may force this Government to adopt a forward movement, and that movement may light the flames of discord throughout Europe.

No. 288.  
Gross-  
britannien,  
26. Februar  
1862.

The danger, then, is not in the meeting, but in the great political fact of the continued occupation of Rome by foreign troops, when the necessity for that occupation has absolutely ceased; and this danger will be by so much the more augmented by the fact that brigandage, which has cost the lives of many an honest conscript and good soldier, which has widowed some and beggared others, which is a heavy pull upon the public purse, and which is the more detested because it would be suppressed, if it were not covered by the presence of foreigners, and concocted and carried on by foreigners, and composed mainly of the scum of foreign society, is once more restored, reorganised, and flourishing in that very city which the entire Italian nation claims as their common capital, etc.

Turin, March 29. (Received April 1,) 1862.

(Extract.) I have the honour to inform your lordship that I have been told on good authority that Prince Petrucci, who for some time past has been organising an expedition at Trieste to land in the Neapolitan provinces, has now ordered a quantity of red Garibaldi shirts and other equipments in imitation of Garibaldi's Volunteers, for the purpose of dressing his recruits in them, and so mystifying the population wherever they may land. ¶ It appears, finally, that Fantoni, who has been so much abused for a proclamation never authorised or published, drew up the document by order of his Colonel, Brianza, and that Brianza was placed on half pay as soon as the fact came to the knowledge of the Government.

29. März  
1862.

*The Earl Russell, etc., London.*

*J. Hudson.*

## No. 290.

**GROSSBRITANNIEN.** — Consul in Neapel an den Min. d. Ausw. — Das Wiederauftauchen von Räuberbanden in Süditalien betr. —

Naples, Feb. 25. (Received March 1.) 1862. 33

My Lord,—I have the honour to report to your lordship that accounts having appeared in the papers stating that a numerous band of brigands or adventurers, organised in the Roman territory, had recently appeared in the vicinity of Terracina, rendering the roads near the frontier insecure, and watching apparently a favourable moment for an incursion into this territory, I took an opportunity yesterday of inquiring from Colonel Farriola, chief of the staff of his Excellency General la Marmora, as to the correctness of the report. Colonel Farriola told me it was true, but that his last accounts reported the band had gone off in the direction of Fro-

No. 290.  
Gross-  
britannien,  
26. Februar  
1862.

**No. 290.** Gross-britannien, 25. Februar 1862. sinone. He seemed to entertain no doubt that an irruption on a large scale would shortly be made into this territory. He further said the Government had reason to believe that preparations were in progress by Bourbon agents at Marseilles, at Barcelona, and also at Malta, to embark a certain number of adventurers for a landing in this country. He added that the Government were well prepared, that the accounts from the provinces were very favourable, the general state of feeling good, and that if these adventurers did actually venture on landing they would meet with no support, but come to certain destruction. I believe this is a true view of the case, and that a landing now would have, if possible, even less chance of success than that effected by General Borgès in September last. ¶ The number of Neapolitans enrolled in the army in North Italy is considerable. Of these many have now come down with or to join their regiments in these provinces, and the favourable account they give of their new service has produced a very good effect, and tended greatly to remove the prejudice against North-Italy which the ill-disposed were and are constantly endeavouring to instill into the minds of the peasantry.—I have, &c.

*The Earl Russell, etc., London.*

*Edw. Walter Bonham.*

### No. 291.

**ITALIEN.** — Min d. Inn. an die Präfecten. — Mahnung, die Bevölkerung über die politischen Absichten der Regierung aufzuklären und schädliche Demonstrationen zu verhindern.\*)

Turin, le 4 février 1862.

**No. 291.** Italien, 4. Februar 1862.

Le gouvernement du Roi poursuit l'accomplissement des vœux que la nation a exprimés par la voie de ses représentants légitimes; il emploie tout son soin et toute son activité à faire jouir toutes les provinces du royaume du bénéfice des libres institutions, et à compléter l'unité et l'indépendance de l'Italie. ¶ Cependant il rencontre deux espèces d'obstacles dans cette voie: les uns, naturels et inévitables, consistant dans les intérêts et dans les passions qui ont trouvé leur satisfaction sous les gouvernements qui sont tombés devant le droit et la volonté de la nation; les autres dérivant des partis qui, professant des aspirations semblables à celles du gouvernement, voudraient pourtant se substituer à lui dans l'action qu'il n'appartient qu'à lui de promouvoir, d'initier et de modérer afin qu'elle soit respectée et efficace. ¶ Pour surmonter les actes de la première espèce, il faut au gouvernement, aussi bien qu'une autorité matérielle, une très grande autorité morale: car les ennemis de la liberté et de l'Italie ont un concours assuré, actif et infatigable dans le principe religieux, dont ils abusent, puissant par les traditions séculaires et par les croyances universelles. ¶ Mais, comme ils sont en contradiction manifeste avec le droit et la volonté de la nation, ils ont été réduits à l'impuissance par la force de l'opinion publique en Italie, et tombent d'eux-mêmes sous la menace de la loi. ¶ Néanmoins, il faut de la vigilance et de la précaution contre ces ennemis pour que, au

\*) Dieees und das folgende Actenstück (Nro 292) sind den Herausgebern nur in französischer Uebersetzung zugänglich geworden.

nom des principes religieux, ils n'induisent pas en erreur les consciences ignorantes et craintives, et ne les poussent pas jusqu'à la rébellion, et afin que la répression soit prompte et rigoureuse au cas où ils iraient trop loin. ¶ Cependant il est important de surveiller également ceux qui, soit de bonne foi, soit pour des buts de secte, font de la question romaine un instrument d'agitation populaire, et parviennent à exciter des méfiances et des soupçons envers le gouvernement et entravent et empêchent l'œuvre tandis qu'ils prétendent l'aider. Dans l'un et l'autre cas, le dommage que peut souffrir la cause nationale est grave. ¶ Le gouvernement du Roi a solennellement déclaré par quels voies et moyens il entend aller à Rome; ces voies et ces moyens lui ont été indiqués par le Parlement national et ce sont les seuls qui soient indiqués par la logique des faits et par la nature des choses comme propres à accomplir les vœux de la nation. ¶ Il a l'espoir d'atteindre le but par ces voies et par ces moyens, et lui seul peut décider de ce qu'il faut faire et du moment opportun; car il est lui seul, et sous sa responsabilité, exécuter de la volonté nationale, et pour la connaissance qu'il doit avoir et que lui seul est à même d'avoir du véritable état des choses et pour juger de l'opportunité et de la mesure de l'action. Ni sa dignité ni les intérêts de la nation ne comporteraient jamais qu'il se laissât devancer ou entraîner. ¶ Dans la question romaine, il s'agit surtout d'obtenir un grand triomphe moral dans lequel les consciences des catholiques sincères de toutes les nations civilisées et de la nation italienne en particulier sont intéressées. ¶ On voit déjà les fruits de la modération des Italiens et de la sagesse qu'ils ont développée dans cette oeuvre, et le gouvernement du Roi a lieu de se louer des succès obtenus. ¶ La libre Eglise et l'Etat libre inaugureront un nouvel ordre de choses, dont les Italiens pourront devenir les initiateurs en s'accordant avec jugement et modération sur le programme de conciliation entre l'Italie et le pontificat que les Romains ont exprimé ces jours derniers avec une concision et une sagesse antiques. ¶ Mais pendant que le gouvernement du Roi emploie toute sa diligence à la question de Rome, dont les partis et les factions abusent pour des buts différents, il a besoin de toute son autorité morale et de toute la confiance des populations. ¶ Il a la conscience de ne l'avoir pas démeritée, et, en face de la gravité des événements, il entend que son œuvre ne soit troublée ni par des élans inconsidérés, ni par des manifestations bruyantes; d'où les catholiques pourraient tirer une raison de se mettre en défiance contre les vrais sentiments des Italiens, en les interprétant mal, ou de douter de l'autorité de la puissance gouvernementale, qui est une garantie désirée de tout le monde et nécessaire à tous. ¶ Veuillez, monsieur le préfet, éclairer l'opinion publique de la province que vous administrez, de manière qu'elle ne songe point à dévier ou à sortir des règles de la modération, et user de toute votre autorité pour empêcher qu'on ne fasse ou qu'on ne renouvelle ces manifestations que le gouvernement considère comme inconvenantes à une nation grande et forte, et constituée de manière à pouvoir, par l'entremise de ses représentants, exprimer ses aspirations et ses volontés.

*Ricasoli.*

## No. 292.

ITALIEN. — Min. d. Innern an die Präfecten. — Die Politik des neugebildeten Cabinets betr. —

Turin le 8 avril 1862.

No. 292.

Italien,  
8. April  
1862.

Appelé par la confiance du roi à diriger le ministère de l'intérieur, je crois qu'il est de mon devoir de porter à la connaissance des chefs des provinces les intentions du nouveau cabinet, tant en ce qui concerne la direction politique qu'en ce qui regarde la direction administrative. ¶ Aujourd'hui notre politique est dominée par la pensée de la réintégration de l'unité nationale et par celle des libertés qui, sans entraver l'unité, assurent le développement de la vie publique dans toutes les parties de la nation. ¶ Tant que l'œuvre unificatrice ne sera pas accomplie, c'est-à-dire tant que tous les divers membres de la famille italienne ne seront pas réunis et que le gouvernement ne sera pas installé dans son centre naturel, il ne peut y avoir que deux programmes politiques en Italie. Les hommes qui s'y succèdent au pouvoir ne peuvent différer entre eux que dans leur opinion sur le degré de liberté dont ils croient, dans les conditions actuelles, le pays susceptible. ¶ Le bon sens et la sagesse, dont les Italiens ont donné des preuves si incontestables au monde civilisé, font croire au nouveau cabinet qu'il ne peut y avoir de danger à étendre les franchises que le statut accorde à la nation. ¶ Son programme politique se résume dans le cri qui éclate sur tous les points de la Péninsule: unité et liberté. Ce programme, il s'efforcera de le réaliser. Mais pour atteindre ce but, il a besoin du concours de toutes les forces nationales, sans faire d'exceptions parmi les hommes qui ont combattu pour l'affranchissement de la patrie sous le drapeau de Victor Emmanuel, parce que tous ceux qui combattent sous ce drapeau sont bien méritants de la cause nationale. Tous ont fait leur devoir et ont, par conséquent, droit à être considérés comme dignes de continuer à faire les sacrifices nécessaires pour l'indépendance de l'Italie et à aspirer aux récompenses réservées aux meilleurs de ses fils. ¶ Dans ce but, la politique du gouvernement prend parmi les partis le caractère d'une politique de conciliation, la seule au moyen de laquelle on puisse accomplir et consolider l'œuvre de notre résurrection. ¶ En conséquence, les chefs des provinces feront tous leurs efforts pour diriger les esprits vers ce but, en provoquant tout ce qui peut favoriser les effets de cette politique et en faisant disparaître tous obstacles qui peuvent les entraver. A cet effet toutes les libertés constitutionnelles doivent être protégées dans toutes leurs manifestations jusqu'aux limites au-delà desquelles elles sortiraient des conditions de l'ordre public et cesseraient d'être légitimes. ¶ On ne doit cependant pas oublier que, s'il est convenable d'associer au gouvernement par tous les moyens toutes les forces vives du pays, il est également nécessaire de réprimer énergiquement toutes les tentatives que l'on pourrait faire pour le remplacer dans l'œuvre qui lui appartient à lui seul, et qui engage exclusivement sa responsabilité, tant en ce qui touche à l'administration intérieure qu'en ce qui concerne les relations de l'Etat avec l'étranger. ¶ Le gouvernement faillirait à son devoir s'il se laissait déborder

à cet égard. Les lois l'ont suffisamment armé contre de pareils excès. Il traitera comme des ennemis du roi et de la patrie tous ceux qui s'en rendraient coupables. ¶ D'un autre côté, tandis que les préfets devront favoriser le développement de toutes les libertés, ils ne cesseront pas de surveiller les débris des factions hostiles à l'unité nationale et à la monarchie constitutionnelle, non pas pour dénier à ceux qui en font partie les garanties auxquelles ont droit tous les citoyens, mais pour être prêts à réprimer avec énergie les tentatives qui pourraient se produire contre l'ordre de choses fondé sur le suffrage de la nation. ¶ Dans quelques provinces, la sécurité des personnes et des propriétés est troublée par des bandes d'individus pervers ou égares qui parfois les infestent au nom des princes déchus. Il est nécessaire d'en délivrer le pays et de rassurer partout les esprits à ce sujet. Il y a lieu d'espérer que les autorités politiques, d'accord avec les magistratures communales et à l'aide du concours de la milice civique, pourront atteindre ce but. ¶ Le gouvernement est fermement résolu à protéger efficacement la liberté des consciences, l'indépendance du ministère religieux et à faire respecter ceux qui en sont investis. Mais il ne consentira jamais à ce que, sous le prétexte de la religion, on cherche à compromettre les droits de la dynastie, l'intégrité ou l'indépendance de l'Etat. Le pouvoir politique est suffisamment armé par les lois pour rendre impuissantes des tentatives de ce genre. ¶ Une grande partie, la plus grande partie sans doute de notre clergé gémit de ne pouvoir s'associer plus ouvertement au mouvement national. Il est convenable de tenir compte de la nature des motifs qui lui interdisent de l'abandonner à ses instincts naturels et au sentiment de ses devoirs civiques. Notre Eglise, en ce qui concerne sa manière d'être extérieure, est dans un moment de crise; or on ne doit pas lui imputer toutes les conséquences de la situation qui la travaille. La liberté à laquelle nous la convions sera plus favorable à sa mission spirituelle que ne l'ont été les conditions qu'elle semble regretter, et elle sera aussi propice à sa mission d'ordre, de civilisation et de progrès. ¶ Quant à la direction administrative, le nouveau cabinet, en sauvegardant les droits de l'unité politique, entend réveiller dans tout le pays la vie publique et développer les franchises communales et provinciales. ¶ L'opinion publique a applaudi à l'acte par lequel le parlement donnait au roi le droit de déférer aux chefs des provinces quelques-unes des attributions réservées par le passé au pouvoir central. On a vu dans cet acte le moyen le plus propre à atteindre en peu de temps le but désirable d'une plus prompte exécution des affaires. Mais si l'on a fait ainsi quelque chose de louable sous tous les rapports, l'œuvre ne sera accomplie que lorsque, en maintenant intacts les droits essentiels du pouvoir exécutif, la plus grande partie des attributions concernant l'administration des provinces et des communes sera répartie entre les représentants que la loi assigne à ces êtres moraux. ¶ De cette façon on arrivera, dans le sens le plus conforme aux tendances libérales de notre époque, à la décentralisation administrative qu'on réclame et qui ne consiste pas seulement à mettre, suivant une expression familière, le gouvernement à la porte des administrés, mais bien plutôt à mettre ceux-

No. 292.  
Italien,  
8. April  
1862.

ci en état de se gouverner eux-mêmes en toutes les choses dans lesquelles ils ont nécessairement une plus grande compétence morale et pratique, et qui, par des considérations d'intérêt général, ne doivent pas rester soumises au pouvoir politique. Cette maxime expliquera l'initiative du gouvernement dans les réformes de nos lois administratives. C'est dans cet esprit que devront procéder ses représentants dans les provinces, autant que les lois le leur permettront. L'organisation provinciale et communale en vigueur dans presque toutes les parties du royaume leur facilitera ce procédé. Etablies véritablement sur les principes du système constitutionnel, les autorités provinciales et communales, en qui la puissance royale se joint, par un lien de mutuel et perpétuel accord avec la puissance élective, peuvent, sans péril, être investies de toutes les attributions dont elles sont en possession dans les Etats les plus libres. ¶ Le représentant du gouvernement qui est à la tête desdites autorités communique en même temps et une force d'action et une mesure qui rendent les provinces et les communes aptes aux franchises auxquelles, dans des conditions différentes, elles ne pourraient aspirer. ¶ Les préfets ont véritablement jusqu'aujourd'hui dans le concours permanent des députations provinciales un élément de force morale pour administrer les provinces, qu'ils chercheraient en vain dans le seul appui du gouvernement. Ils ont dans ces mêmes députations un conseil qui accroît leur autorité quand ils ont à défendre en face du pouvoir central les intérêts collectifs des administrés, et qui facilitent de diverses manières leur œuvre quand il s'agit d'activer l'exécution des lois et des ordres du gouvernement dans les provinces. Ainsi, par le développement des principes qui sont déjà dans les nouvelles institutions, on obtiendra, au moyen de l'élargissement des franchises locales, la consolidation de l'autorité centrale. ¶ Outre les attributions qui leur sont spécialement dévolues, les chefs politiques des provinces ont, comme attribution générale et principale, de veiller sur tous les services publics, et de faire dès lors en sorte, tout en respectant l'indépendance et la responsabilité des fonctionnaires qui sont spécialement chargés de ces services, que toutes les branches de l'administration publique traduisent en actes la pensée gouvernementale. ¶ Ils auront soin de pourvoir à ce que, par le fait de leurs subordonnés, les intérêts des administrés n'éprouvent aucun préjudice. Ils veilleront avec sollicitude à ce que les affaires qui sont de leur ressort soient expédiées avec toute la diligence possible. Les lenteurs et les entraves des bureaux sont, à coup sûr, bien souvent la cause principale qui fait qu'on n'entreprend pas ou qu'on ne conduit pas à leur terme les plus utiles entreprises, et qu'on voit rester bien des fois inertes les forces morales et matérielles qui, pour déployer leur efficacité au profit de tout le pays, ont besoin du concours de l'autorité publique. ¶ On veut ici que chacun s'aperçoive qu'aujourd'hui les fonctions sont établies pour le service du public, non pour l'avantage particulier ou la commodité de ceux qui en sont investis, comme naguère cela se voyait dans quelques-unes des belles parties de notre péninsule où les emplois publics semblaient précisément créés plutôt comme un moyen de tracasser de toutes les façons les citoyens, que comme des fonctions instituées dans leur

intérêt: il faut que tout le monde, à chaque occasion, demeure convaincu du changement qui s'est opéré à cet égard. ¶ Pour atteindre ces divers buts, le gouvernement fait le plus grand fonds sur le patriotisme, sur l'expérience, sur la capacité éprouvée des préfets, et a la confiance que, comprenant la responsabilité qui leur incombe, ils concourront à fortifier, en suivant la ligne qui vient de leur être tracée, les conditions nécessaires au maintien de l'ordre et de la liberté dans tout le royaume. Dans cette voie, les préfets et les employés qui sont sous leur dépendance continueront à bien mériter du roi et de la patrie. Et le soussigné n'aura pas de plus grande satisfaction que de pouvoir rendre témoignage du concours utile qu'ils auront donné à l'exécution de son mandat.

*Rattazzi.*

### No. 293.

**GROSSBRITANNIEN und VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA.** — Vertrag zur Unterdrückung des Sklavenhandels.

The United States of America and her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland being desirous to render more effectual the means hitherto adopted for the suppression of the slave trade carried on upon the coast of Africa, have deemed it expedient to conclude a treaty for that purpose, and have named as their plenipotentiaries, that is to say, the President of the United States of America, William H. Seward, Secretary of State, and her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Hon. Richard Bickerton Pemell Lord Lyons, a Peer of her United Kingdom, a Knight Grand Cross of her Most Honourable Order of the Bath, and her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the United States of America, who, after having communicated to each other their respective full powers found in good and due form, have agreed upon and concluded the following articles:—

Article 1. The two high contracting parties mutually consent that those ships of their respective navies which shall be provided with special instructions for that purpose as hereinafter mentioned, may visit such merchant vessels of the two nations as may, upon reasonable grounds, be suspected of being engaged in the African slave trade, or of having been fitted out for that purpose, or of having during the voyage on which they are met by the said cruisers been engaged in the African slave trade, contrary to the provisions of this treaty, and that such cruisers may detain and send or carry away such vessel, in order that they may be brought to trial in the manner hereinafter agreed upon. ¶ In order to fix the reciprocal right of search in such a manner as shall be adapted to the attainment of the object of this treaty, and at the same time avoid doubts, disputes, and complaints, the said right of search shall be understood in the manner and according to the rules following:— ¶ First. It shall never be exercised, except by vessels of war authorised expressly for that object, according to the stipulations of this treaty. ¶ Second. The right of search shall in no

No. 292.  
Italien,  
8. April  
1862.

No. 293.  
Gross-  
britannien  
und  
Vereinigte  
Staaten  
Amerika,  
7. April  
1862.

**No. 203.** case be exercised with respect to a vessel of the navy of either of the two Powers, but shall be exercised only as regards merchant vessels; and it shall not be exercised by a vessel of war of either contracting party within the limits of a settlement or port, nor within the territorial waters of the other party. ¶ Third. Whenever a merchant vessel is searched by a ship of war, the commander of the said ship shall, in the act of so doing, exhibit to the commander of the merchant vessel the special instructions by which he is duly authorised to search, and shall deliver to such commander a certificate, signed by himself, stating his rank in the naval service of his country, and the name of the vessel he commands, and also declaring that the only object of the search is to ascertain whether the vessel is employed in the African slave trade, or is fitted up for the said trade. When the search is made by an officer of the cruiser who is not the commander, such officer shall exhibit to the captain of the merchant vessel a copy of the before-mentioned special instructions, signed by the commander of the cruiser, and he shall in like manner deliver a certificate, signed by himself, and stating his rank in the navy, the name of the commander by whose orders he proceeds to make the search, that of the cruiser in which he sails, and the object of the search as above described. If it appears from the search that the papers of the vessel are in regular order, and that it is employed on lawful objects, the officer shall enter into the log-book of the vessel that the search has been made in pursuance of the aforesaid special instructions, and the vessel shall be left at liberty to pursue its voyage. The rank of the officer must not be less than that of a lieutenant in the navy, unless the command, either by reason of death or other cause, is at the time held by an officer of inferior rank. ¶ Fourth. The reciprocal right of search and detention shall be exercised only within the distance of 200 miles from the coast of Africa, and to the southward of the 3<sup>d</sup> parallel of north latitude, and within 30 leagues from the coast of the Island of Cuba.

Article II. In order to regulate the order of carrying the provisions of the preceding article into execution, it is agreed— ¶ First. That all the ships of the navies of the two nations which shall be hereafter employed to prevent the African slave trade shall be furnished by their respective Governments with a copy of the present treaty, of the instructions for cruisers annexed thereto (marked A), and of the regulations for the mixed courts of justice annexed thereto (marked B), which annexes respectively shall be considered as integral parts of the present treaty. ¶ Second. That each of the high contracting parties shall, from time to time, communicate to the other the names of the several ships furnished with such instructions, the force of each, and the names of their several commanders. The said commanders shall hold the rank of captain in the navy, or at least that of lieutenant, it being nevertheless understood that the instructions originally issued to an officer holding the rank of lieutenant of the navy, or other superior rank, shall, in case of his death or temporary absence, be sufficient to authorise the officer to whom the command of the vessel has devolved

Gross-  
britannien  
und  
Vereinigte  
Staaten  
v. Amerika,  
7. April  
1862.



to make the search, although such officer may not hold the aforesaid rank in the service. ¶ Third. That if at any time the commander of a cruiser of either of the two nations shall suspect that any merchant vessel under the escort or convoy of any ship or ships of war of the other nation carries negroes on board, or has been engaged in the African slave trade, or is fitted out for the purpose thereof, the commander of the cruiser shall communicate his suspicion to the commander of the convoy, who, accompanied by the commander of the cruiser, shall proceed to the search of the suspected vessel; and in case the suspicions appear well founded, according to the tenor of this treaty, then the said vessel shall be conducted or sent to one of the places where the mixed courts of justice are stationed, in order that it may there be adjudicated upon. ¶ Fourth. It is further mutually agreed that the commanders of the ships of the two navies respectively who shall be employed on this service shall adhere strictly to the exact tenor of the aforesaid instructions.

No. 293.  
Gross-  
britannien  
und  
Vereinigtes  
Staaten  
v. Amerika,  
7. April  
1802.

Article III. As the two preceding articles are entirely reciprocal, the two high contracting parties engage mutually to make good any losses which their respective subjects or citizens may incur by an arbitrary and illegal detention of their vessels; it being understood that this indemnity shall be borne by the Government whose cruiser shall have been guilty of such arbitrary and illegal detention; and that the search and detention of vessels specified in the first article of this treaty shall be effected only by ships which may form part of the two navies respectively, and by such of those ships only as are provided with the special instruction annexed to the present treaty in pursuance of the provisions thereof. The indemnification for the damages of which this article treats, shall be paid within the term of one year, reckoning from the day in which the mixed court of justice pronounces its sentence.

Article IV. In order to bring to adjudication with as little delay and inconvenience as possible the vessels which may be detained according to the tenor of the first article of this treaty, there shall be established, as soon as may be practicable, three mixed courts of justice, formed by an equal number of individuals of the two nations named for this purpose by their respective Governments. These courts shall reside, one at Sierra Leone, one at the Cape of Good Hope, and one at New York. ¶ But each of the two high contracting parties reserves to itself the right of changing at its pleasure the place of residence of the court or courts held within its own territories. ¶ The courts of justice shall judge the causes submitted to them according to the provisions of the present treaty, and according to the regulations and instructions which are annexed to the present treaty, and which are considered an integral part thereof, and there shall be no appeal from their decision.

Article V. In case the commanding officer of any of the ships of the navies of either country, duly commissioned according to the provisions of the first article of this treaty, shall deviate in any respect from the stipulations of the said treaty, or from the instructions annexed to it, the

**No. 293** Government which shall conceive itself to be wronged thereby shall be entitled to reparation; and in such case the Government to which such commanding officer may belong binds itself to cause inquiry to be made into the subject of the complaint, and to inflict upon the said officer a punishment proportioned to any wilful transgression which he may be proved to have committed.

Gross-  
britannien  
und  
Vereinigte  
Staaten  
v. Amerika,  
7. April  
1863

Article VI. It is hereby further mutually agreed that every American or British merchant vessel which shall be searched by virtue of the present treaty may lawfully be detained, and sent or brought before the mixed courts of justice established in pursuance of the provisions thereof, if in her equipment there shall be found any of the things hereinafter mentioned, namely:— ¶ First. Hatches with open gratings instead of the close hatches, which are usual in merchant vessels. ¶ Second. Divisions or bulkheads in the hold or on deck in greater number than are necessary for vessels engaged in lawful trade. ¶ Third. Spare planks fitted for laying down a second or slave deck. ¶ Fourth. Shackles, bolts, or handcuffs. ¶ Fifth. A larger quantity of water in casks or in tanks than is requisite for the consumption of the crew of the vessel as a merchant vessel. ¶ Sixth. An extraordinary number of water casks or of other vessels for holding liquid, unless the master shall produce a certificate from the Custom-house at the place from which he cleared outwards, stating that a sufficient security had been given by the owners of such vessel that such extra quantity of casks or of other vessels should be used only to hold palm oil, or for other purposes of lawful commerce. ¶ Seventh. A greater number of mestubs or kids than requisite for the use of the crew of the vessel as a merchant vessel. ¶ Eighth. A boiler, or other cooking apparatus of an unusual size, and larger, or capable of being made larger, than requisite for the use of the crew of the vessel as a merchant vessel, or more than one boiler, or other cooking apparatus of the ordinary size. ¶ Ninth. An extraordinary quantity of rice, of the flour of Brazil, of manioc or cassada, commonly called farina, of maize, or of Indian corn, or of any other article of food whatever, beyond the probable wants of the crew; unless such rice, farina, flour, maize, Indian corn, or other articles of food be entered on the manifest as part of the cargo for trade. ¶ Tenth. A quantity of mats or matting greater than is necessary for the use of the crew of the vessel as a merchant vessel, unless such mats or matting be entered on the manifest as part of the cargo for trade. ¶ If it be proved that any one or more of the articles above specified is or are on board, or have been on board, during the voyage in which the vessel was captured, that fact shall be considered as prima facie evidence that the vessel was employed in the African slave trade, and she shall in consequence be condemned and declared lawful prize, unless the master or owners shall furnish clear and incontrovertible evidence, proving to the satisfaction of the mixed court of justice that at the time of her detention or capture the vessel was employed in a lawful undertaking, and that such of the different articles above specified as were found on board at the time of detention, or as may have

been embarked during the voyage on which she was engaged when captured, were indispensable for the lawful object of her voyage.

Article VII. If any one of the articles specified in the preceding article as grounds for the condemnation should be found on board a merchant vessel, or should be proved to have been on board her during the voyage on which she was captured, no compensation for losses, damages, or expenses consequent upon the detention of such vessel, shall, in any case, be granted either to the master, the owner, or any other person interested in the equipment or in the lading, even though she should not be condemned by the mixed court of justice.

Article VIII. It is agreed between the two high contracting parties that in all cases in which a vessel shall be detained under this treaty by their respective cruisers as having been engaged in the African slave trade, or as having been fitted out for the purposes thereof, and shall consequently be adjudged and condemned by one of the mixed courts of justice to be established as aforesaid, the said vessel shall, immediately after its condemnation, be broken up entirely, and shall be sold in separate lots after having been so broken up, unless either of the two Governments should wish to purchase her for the use of its navy, at a price to be fixed by a competent person chosen for that purpose by the mixed courts of justice, in which case the Government whose cruiser shall have detained the condemned vessel shall have the first option of purchase.

Article IX. The captain, master, pilot, and crew of any vessel condemned by the mixed courts of justice shall be punished according to the laws of the country to which such vessel belongs, as shall also the owner or owners, and the persons interested in her equipment of cargo, unless they prove that they had no participation in the enterprise. ¶ For this purpose the two high contracting parties agree that, in so far as it may not be attended with grievous expense and inconvenience, the master and crew of any vessel which may be condemned by a sentence of one of the mixed courts of justice, as well as any other persons found on board the vessel, shall be sent and delivered up to the jurisdiction of the nation under whose flag the condemned vessel was sailing at the time of capture, and that the witnesses and proofs necessary to establish the guilt of such master, crew, or other persons shall also be sent with them. ¶ The same course shall be pursued with regard to subjects or citizens of either contracting party who may be found by a cruiser of the other on board a vessel of any third power, or on board a vessel sailing without flag or papers, which may be condemned by any competent court for having engaged in the African slave trade.

Article X. The negroes who are found on board of a vessel condemned by the mixed courts of justice, in conformity with the stipulations of this treaty, shall be placed at the disposal of the Government whose cruiser has made the capture, they shall be immediately set at liberty and shall remain free, the Government to whom they have been delivered guaranteeing their liberty.

No. 288.  
Gross-  
britannien  
und  
Vereinigte  
Staaten  
v. Amerika,  
7. April  
1862.

**No. 293.**  
Gross-  
britannien  
und  
Vereinigte  
Staaten  
v. Amerika.  
7. April  
1862.

**Article XI.** The acts or instructions annexed to this treaty, and which it is mutually agreed shall form an integral part thereof, are as follows: — ¶ (A) Instruction for the ships of the navies of both nations destined to prevent the African slave trade. ¶ (B) Regulation for the mixed courts of justice.

**Article XII.** The present treaty shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged at London in six months from this date, or sooner if possible. It shall continue and remain in full force for the term of ten years from the date of exchange of the ratifications, and further until the end of one year after either of the contracting parties shall have given notice to the other of its intention to terminate the same, each of the contracting parties reserving to itself the right of giving such notice to the other at the end of the said term of ten years. And it is hereby agreed between them that on the expiration of one year after such notice shall have been received by either from the other party, this treaty shall altogether cease and determine.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present treaty, and have hereunto affixed the seal of their arms. ¶ Done at Washington, the seventh day of April, in the year of our Lord one thousand eight hundred and sixty-two.

*William H. Seward.*  
*Lyons.*

### No. 294.

**FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN.** — Vertrag zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der beiderseitigen Handelsgesellschaften. —

**No. 294.**  
Frankreich  
und  
Gross-  
britannien.  
30. April  
1862.

Sa Majesté l'Empereur des Français et Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, ayant jugé utile de s'entendre pour régulariser, dans leurs Etats et Possessions respectifs, la situation des compagnies et associations commerciales, industrielles et financières, constituées et autorisées suivant les lois particulières à chacun des deux Pays, ont résolu de conclure une Convention dans ce but, et ont muni, à cet effet, de leurs pleins pouvoirs, savoir: ¶ Sa Majesté l'Empereur des Français, M. Edouard-Antoine Thouvenel, sénateur, son ministre et secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères; ¶ Et Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le très-honorable Henri-Richard-Charles comte Cowley, son ambassadeur extraordinaire et plenipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Français; ¶ Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

**Art. 1<sup>er</sup>.** Les Hautes Parties contractantes déclarent reconnaître mutuellement à toutes les compagnies et autres associations commerciales, industrielles ou financières, constituées et autorisées suivant les lois particulières à l'un des deux Pays, la faculté d'exercer tous leurs droits et d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit

pour y défendre, dans toute l'étendue des Etats et Possessions de l'autre puissance, sans autre condition que de se conformer aux lois desdits Etats et Possessions.

Art. 2. Il est entendu que la disposition qui précède s'applique aussi bien aux compagnies et associations constituées et autorisées antérieurement à la signature de la présente Convention qu'à celles qui le seraient ultérieurement.

Art. 3. La présente Convention est faite sans limitation de durée. Toutefois, il sera loisible à l'une des deux Hautes Puissances contractantes de la faire cesser en la dénonçant un an à l'avance. Les deux Hautes Puissances contractantes se réservent, d'ailleurs, la faculté d'introduire, d'un commun accord, dans cette Convention, les modifications dont l'utilité serait démontrée par l'expérience.

Art. 4. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans le délai de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposée le sceau de leurs armes. ¶ Fait en double original à Paris, le 30 avril 1862.

(L. S.) Thowenel. (L. S.) Cowley.

## No. 295.

VEREINIGTE STAATEN der JONISCHEN INSELN. — Protest der gesetzgebenden Versammlung wegen angeblicher Verletzung des Pariser Friedens Seitens des Protectorats mit der Antwort des Lord High Commissioner. —

PROTEST AGAINST THE PROTECTORATE. — Whereas the 5th article of the Treaty of Paris of the 5th of November, 1815, imposed, simply for the fulfilment of duties intrusted to the Protectorate, that 'Her Britannic Majesty shall have the right to occupy the fortresses and places of these States, and to maintain garrisons in the same;' and whereas by the 6th article it was provided in what manner everything which may relate to the maintenance of the fortresses already existing shall be regulated, which was done by the 12th article of the 2d section, chapter vii., of the Constitution of 1817; ¶ Whereas, independently of various other large sums expended by the Ionian States for the maintenance and repair of the existing fortresses, the sum of 164,000*l.* was paid to the Protectorate, in virtue of the 24th Act of the 2d Parliament, dated the 19th of March, 1825, 'to restore and complete the fortifications of Corfu and Vido;' and by the resolution of the 1st of June, 1833, of the 4th Parliament, the sum of 15,000*l.* in addition was granted for the same purpose, under the condition, however, that as regarded the entire sum of 179,000*l.*, in the first Session of the Assembly 'there should be submitted to it the accounts showing the application of the sums so voted, and the uses made of them, in order to judge of their legitimate application; which it would appear has never been done by the Protectorate; ¶ Whereas, by the resolution of the 5th Parliament of the 14th of January, 1836, which was substituted for article 12,

No. 294.  
Frankreich,  
und  
Gross-  
britannien,  
30. April  
1862.

No. 295  
Jönische  
Inseln,  
30. April  
1862.

**No. 295.** section 2, chapter vii., of the Constitution of the year 1817, the annual sum of 35,000*l.* was fixed for the 'maintenance of the existing fortresses;' *Jonische Inseln,* ¶¶ Whereas, by the 28th article of the resolution of the 8th Parliament of 29. April. 1862. the 6th (18th) of December, 1849, this sum, destined in part for the maintenance of the existing fortresses, was reduced to the annual sum of 25,000*l.*, which is now paid; ¶¶ Whereas the Protectorate, in violation of the duties assumed by it for the preservation of the fortresses, has destroyed fortresses which existed, has constructed new forts, has undertaken, and continues to undertake, many other works entirely contrary to the spirit and letter of the Treaty of Paris, without the authority of the Ionian Assembly;

Therefore,— The Septinsular Assembly protests against the Protectorate for all that it has done, does, or may do in this matter.

The present shall be officially communicated to the Lord High Commissioner as the representative of the Protectorate, in order that through him it may be sent to the gracious Queen of Great Britain, reserving the exercise of all other rights.

Corfu, 17th (29th) April, 1862.

*Ella Zervo Jacobato*, President. *N. Lusi*, *G. Dusmani*, Secretaries.

#### Antwort des Lord High Commissioner.

The Most Noble the Legislative Assembly has transmitted to the Lord High Commissioner a document styled a 'Protest of the Twelfth Assembly against the Protectorate,' in order 'that his Excellency, as representative of the Protectorate, may transmit the same to Her Majesty the Queen of Great Britain.' ¶ The Lord High Commissioner declines to receive this document from the Legislative Assembly. It is not within the competency of the Legislative Assembly to address a protest to Her Majesty the Queen. ¶ The only constitutional and legal course for the Legislative Assembly to pursue in approaching the protecting Sovereign is laid down in chap. vii., sec. 7, art. 8 of the Constitutional Charter. ¶ The Legislative Assembly exists in virtue of the Constitution alone, and must regulate itself according to the provisions of the Charter. ¶ The Lord High Commissioner therefore returns to the Most Noble the Legislative Assembly the paper transmitted to his Excellency by the Most Illustrious the President.

Palace of St. Michael and St. George, Corfu, May 10.

By his Excellency's command,

*E. F. Barr*, Acting Secretary to the Lord *High* Commissioner.

#### No. 296.

**PREUSSEN.** — Rede bei Eröffnung beider Häuser des Landtags am 19. Mai 1862 im allerhöchsten Auftrag, gehalten von dem Vorsitzenden des Staatsministeriums, Prinzen zu Hohenlohe-Jngelfingen. \*)

**No. 296.**  
*Preussen,*  
19. Mai  
1862.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! — Se. Majestät der König haben mir den Auftrag ertheilt, den Land-

\*) Vergl. No. 252 und 253.

tag der Monarchie in Allerhöchst ihrem Namen zu eröffnen. ¶ Die Regierung Sr. Majestät hält es für ihre Pflicht, Ihre Thätigkeit in der heute beginnenden Sitzungs-Periode nicht länger in Anspruch zu nehmen, als es zur Erledigung der dringendsten Angelegenheiten nothwendig ist. ¶ Die Finanzen des Staates gestalten sich fortschreitend günstiger. Zu den Kosten der Heeres-Organisation hat es des in dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1861 in Aussicht genommenen Zuschusses aus dem Staatsschatze nach dem inzwischen erfolgten Jahres-Abschlusse nicht bedurft; die Mehr-Einnahmen dieses Jahres haben den Bedarf noch überstiegen. ¶ Des Königs Majestät haben genehmigt, dass zur Erleichterung des Landes die Steuer-Zuschläge vom 1. Juli d. J. ab nicht weiter in Anspruch genommen werden. Aus den Ihnen ungesäumt vorzulegenden Staatshaushalts-Etats für die Jahre 1862 und 1863 werden Sie ersehen, dass der hierdurch entstehende Einnahme-Ausfall durch zeitweilige Einschränkungen im Bereiche der Militair-Verwaltung, durch Ersparnisse an den Ausgaben für die Staatsschulden und durch höhere Einnahmen vollständig gedeckt wird, und dass daneben noch Mittel zu nützlichen Verwendungen auf allen Gebieten der Staatsverwaltung verfügbar bleiben. ¶ Die grössere Specialisirung der Einnahmen und Ausgaben in den Staatshaushalts-Etats und die zeitige Vorlegung des Etats für das Jahr 1863 werden Ihnen die Ueberzeugung gewähren, dass die Regierung Seiner Majestät ausführbaren Anträgen der Landesvertretung gern zu entsprechen bereit ist. ¶ Die Ausführungs-Arbeiten zur anderweitigen Regelung der Grundsteuer sind bis zum Abschluss des ersten wichtigen Stadiums, der vorläufigen Feststellung des Classifications-Tarifs, durch die Central-Commission, gelangt. ¶ Wiederholte Erwägungen haben weitere Ersparnisse in dem Militair-Haushalt zwar vorübergehend ausführbar erscheinen lassen. Ohne Verletzung der Lebensbedingungen der Heeres-Organisation können diese Beschränkungen jedoch nur so lange stattfinden, bis in der Grundsteuer eine neue Einnahmequelle sich eröffnet haben wird. ¶ Giebt die Regierung Seiner Majestät hierdurch Zeugniß, dass sie die Erledigung der in früheren Sessionen erhobenen Bedenken bereitwillig anstrebt, so ist sie auch zu erwarten berechtigt, dass bei Beurtheilung unserer Armee-Einrichtung und unserer Armee-Bedürfnisse die Rücksichten für die, auf der ungeschmälerten Tüchtigkeit der Armee beruhende Unabhängigkeit und Sicherheit des Vaterlandes massgebend sein werden. ¶ Das auf die Vertheidigung der deutschen Küsten gerichtete Streben der Regierung Seiner Majestät wird in den jetzt schwebenden commissarischen Berathungen von Vertretern fast aller deutschen Staaten hoffentlich eine wesentliche Förderung finden. Mit gleichem Interesse bleibt das eifrige Bemühen der Königlichen Regierung der weiteren Entwicklung unserer Flotte zugewandt. ¶ Die Eisenbahnen erfreuen sich eines steigenden Verkehrs. Die Regierung Seiner Majestät wird bestrebt sein, in denjenigen Theilen des Landes, welche dieses Communicationsmittels noch entbehren, den Eisenbahnbau zu fördern. Es wird Ihnen eine auf die Erweiterung des vaterländischen Eisenbahn-Netzes bezügliche Vorlage zugehen. ¶ Die Landwirthschaft und der Gewerbefleiss werden auf der internationalen Ausstellung in London den ehrenvollen Rang

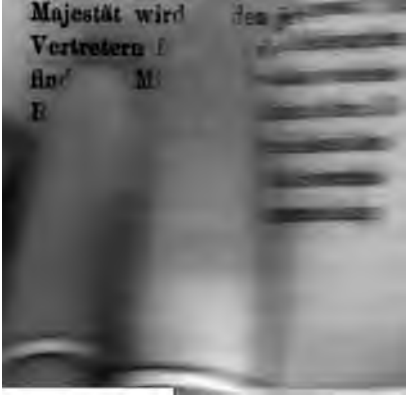
196.  
essen,  
Mai  
1862

tag der Monarchie in Allerhöchst ihrem Namen zu eröffnen. Sr. Majestät hält es für ihre Pflicht, Ihre Thätigkeit in der Sitzungs-Periode nicht länger in Anspruch zu nehmen, der dringendsten Angelegenheiten nothwendig ist. Staates gestalten sich fortschreitend günstiger. Zu der Organisation hat es des in dem Staatshaushalts-Etat Aussicht genommenen Zuschusses aus dem Staatsschatz erfolgten Jahres-Abschlusse nicht bedurft; die Jahres haben den Bedarf noch überstiegen. Des 1. Juli d. J. ab nicht weiter in Anspruch genommen Ihnen ungesäumt vorzulegenden Staatshaushalts-Entwurf 1863 werden Sie ersehen, dass der hierdurch durch zeitweilige Einschränkungen im Bereich durch Ersparnisse an den Ausgaben für höhere Einnahmen vollständig gedeckt wird zu nützlichen Verwendungen auf allen Gebieten in den Staatshaushalts-Etats und die im Jahr 1863 werden Ihnen die Ueberzeugung Seiner Majestät ausführbaren Anträge sprechen bereit ist. Die Ausführung der Grundsteuer sind bis zum vorläufigen Feststellung der Commission, gelangt. Wiederum nisse in dem Militair-Haushalt lassen. Ohne Verletzung der können diese Beschränkungen Grundsteuer eine neue die Regierung Seiner Majestät der in früheren Sessionen sie auch zu erwarten richtung und unserer ungeschmälerten Tüchtigkeit Sicherheit des Vaterlandes theidigung der deutschen

ses, dem Könige am 7. Juni  
des Letztern. —  
tigster König,

No 297.  
7. Juni  
1862

en legt uns die unverbrüchliche e Verlangen des Volkes die Pflicht über die gegenwärtige Lage des ie in tiefster Ehrfurcht darzulegen. auszusprechen, dass inmitten der recht und die Treue gegen die Mon: aller Bestrebungen des Volkes fest- arme dieses Gefühls keine Klasse der ler grossen politischen Parteien hinter ssische Volk weiss sich Eins mit seinem wissen für alle Zeit. Nachdem die M- cherheit über die künftige Richtung der lange beschäftigt hatten, erfolgte die





**No. 206.** behaupten, welchen sie in früheren Ausstellungen erworben haben. ¶ Die Verhandlungen über eine vertragsmässige Regelung der Verkehrs-Verhältnisse zwischen dem Zollverein und Frankreich haben zu einer Verständigung geführt. Die Regierung Seiner Majestät ist dabei, im Einverständnisse mit ihren Zoll-Verbündeten, von der Ueberzeugung geleitet worden, dass es nicht blos darauf ankomme, dem Zollverein für seine Erzeugnisse, seine Schifffahrt und seinen Handel die Rechte der am meisten begünstigten Nation in Frankreich zu sichern, sondern dass die Fortschritte der wirthschaftlichen Entwicklung und Erkenntniss es erheischten, den Zollvereins-Tarif im Ganzen im Sinne der Verkehrs-Freiheit umzugestalten. ¶ Dass die Aussicht auf eine solche Umgestaltung manche Besorgnisse erregen werde, war zu erwarten. Es ist aber erfreulich, dass diese Besorgnisse schon jetzt einer richtigeren Erkenntniss der Vortheile, welche die Erweiterung des Marktes darbietet, zu weichen beginnen. Mehrere Zollvereins-Regierungen haben ihr Einverständniss bereits zu erkennen gegeben, und darunter die Königlich Sächsische Regierung, welche durch den Umfang und die Vielseitigkeit des eigenen Gewerbefleisses auf die Würdigung der gewerblichen Interessen vorzugsweise hingewiesen ist. Wir zählen darauf, dass auch die übrigen Zollvereins-Regierungen, indem sie dem Gesichtspunkte der Förderung der materiellen Interessen des Zollvereins treu bleiben, einem Werke ihre Zustimmung ertheilen werden, welches der Ausgangspunkt für einen neuen Aufschwung in der wirthschaftlichen Entwicklung des Vereins zu werden verspricht. ¶ Ausser den Verträgen mit Frankreich werden Ihnen Handels- und Schifffahrts-Verträge mit der Pforte, mit Japan, China, Siam und Chile, so wie der Vertrag über Ablösung des Stader-Zolles und einige mit deutschen Regierungen abgeschlossene Militair-Conventionen zur verfassungsmässigen Zustimmung vorgelegt werden. ¶ Die Unterhandlungen mit der Königlich Dänischen Regierung haben noch zu keinem Resultate geführt. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob Dänemark die Deutschland gegenüber durch das Abkommen von 1852 übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen sich entschliessen wird. ¶ In der Frage der deutschen Bundesreform hält die Königlich Dänische Regierung an dem Standpunkte fest, welchen sie eingenommen hat. ¶ In der Kurhessischen Verfassungsfrage ist es den unablässigen Bemühungen der Regierung Seiner Majestät gelungen, bei fast allen deutschen Regierungen endlich der Ueberzeugung Anerkennung zu verschaffen, dass die Verfassung von 1831, ausschliesslich der bundeswidrigen Bestimmungen derselben, wiederhergestellt werden muss, und Oesterreich hat sich zu diesem Zwecke zu einem gemeinsamen Antrage am Bunde mit ihr vereinigt, dessen nunmehrige unverweilte Annahme zu erwarten steht. Das diesem Antrage direct entgegengetretende, das Rechtsgefühl des Landes tief verletzende neue Wahlverfahren wird, dem ausdrücklichen Verlangen Preussens und dem von der Bundes-Versammlung an die Kurfürstliche Regierung gerichteten Ersuchen gemäss, nicht zur Durchführung kommen. Dass auch die schliessliche Entscheidung nunmehr ohne weitere Zögerung zu Gunsten der Verfassung von 1831 erfolge, dafür wird die Regierung Seiner Majestät Sorge tragen. In Bezug auf einen hierbei eingetretenen Incidenzfall sieht die Re-

gierung Seiner Majestät noch bestimmten Erklärungen der kurfürstlichen Regierung entgegen und wird in jedem Falle die Würde Preussens zu wahren wissen. ¶ Für Wissenschaft und Kunst werden grössere Mittel in Anspruch genommen, welche Sie gern bewilligen werden. ¶ Die organischen Gesetze, deren Entwürfe dem letzten Landtage vorgelegt waren, werden erst während der im nächsten Winter zu eröffnenden Sitzungsperiode des Landtages zur Erledigung gelangen können. ¶ Die Regierung Sr. Majestät hält fest an den prinzipiellen Grundlagen, auf welchen jene Gesetz-Entwürfe beruhen, und wird dieselben in diesem Sinne durchzuführen bestrebt sein. Die Gesetz-Entwürfe, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister und die Kreis-Ordnung, werden der bereits begonnenen Berathung nicht entzogen werden. ¶ Meine Herren! Die Regierung wird — unbeirrt durch den Drang wechselnder Parteiungen — mit Ernst und Eifer bemüht sein, die allgemein bekannten Grundsätze, welche Seine Majestät der König bei Uebernahme der Regenschaft und seitdem wiederholentlich den Räten der Krone als Richtschnur für die Verwaltung des Landes bezeichnet haben, auf dem bisher betretenen Wege durchzuführen. Sie wird, diesen Grundsätzen gemäss wie die Rechte der Krone, so auch die verfassungsmässigen Rechte der Landesvertretung gewissenhaft wahren. Sie giebt sich aber auch der Hoffnung hin, dass Sie, meine Herren! ihr bei den zur Aufrechthaltung der Ehre und Würde Preussens sowie zur Förderung aller Zweige friedlicher Thätigkeit nöthigen Massregeln Ihre patriotische Unterstützung nicht versagen werden. ¶ Auf Befehl Seiner Majestät des Königs erkläre ich nunmehr den Landtag der Monarchie für eröffnet, und ersuche die Mitglieder des Herrenhauses, ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses aber, zur Konstituierung ihrer Versammlung zu schreiten.

No. 296.  
Preussen,  
19. Mai  
1862.

### No. 297.

**PREUSSEN.** — Adresse des Abgeordnetenhauses, dem Könige am 7. Juni 1862 überreicht, nebst Antwort des Letztern. —

Allerdurchlauchtigster, grossmächtigster König,  
Allernädigster König und Herr!

Im Beginne unserer Verhandlungen legt uns die unverbrüchliche Treue gegen die Krone und das dringende Verlangen des Volkes die Pflicht auf, Ew. Majestät unsere Ueberzeugung über die gegenwärtige Lage des Landes eben so mit loyalem Freimuth wie in tiefster Ehrfurcht darzulegen. Vor Allem fühlen wir uns gedrungen, auszusprechen, dass inmitten der Bewegung der letzten Monate die Ehrfurcht und die Treue gegen die Monarchie als unerschütterliche Grundlage aller Bestrebungen des Volkes feststeht, und dass in der Tiefe und Wärme dieses Gefühls keine Klasse der Bevölkerung, keine Provinz, keine der grossen politischen Parteien hinter der anderen zurückbleibt. Das preussische Volk weiss sich Eins mit seinem Könige, es will sich Eins mit ihm wissen für alle Zeit. Nachdem die Militairvorlagen und eine gewisse Unsicherheit über die künftige Richtung der preussischen Politik die Gemüther lange beschäftigt hatten, erfolgte die

No. 297.  
Preussen,  
7. Juni  
1862.

**No. 297.** Auflösung des Hauses der Abgeordneten und die Umgestaltung des Ministeriums unter Umständen, welche das Land über die sachlichen Gründe der Krisis unbelehrt liessen; es folgten die Wahlerlasse des neuen Ministeriums und anderer Behörden, wodurch nicht nur den Beamten die freie Betheiligung an der Wahlbewegung verkürzt und an manchen Stellen auf das Wahlrecht der übrigen Staatsbürger ein nicht gesetzlicher Druck geübt, sondern auch der geheiligte Name Ew. Majestät in den Streit der Parteien hineingezogen und ein nicht verfassungsmässiger Gegensatz zwischen Königthum und Parlament aufgestellt wurde. ¶ Die mehrfach gemachte Unterstellung, als ob ein grosser Theil der Volksvertretung und mit ihr der preussischen Wähler sich feindlicher Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig machen könnte, verkennt den tief monarchischen Grundzug der Nation, in welchem das Königthum seine starke Wurzeln treibt; sie widerstrebt dem Rechts- und Wahrheitsgeföhle des Volkes, welches nicht anarchischer Umsturzgelüste verdächtig gemacht zu werden verdient. ¶ Ew. K. Maj. bitten wir unterthänigst, keinen Widerspruch finden zu wollen zwischen der begeisterten Liebe, welche das ganze Land Ew. Maj. jederzeit entgegengetragen hat, und zwischen einem Ergebniss der Wahlen, welches unzweifelhaft gegen einzelne Anschauungen und Massregeln der Königlichen Staatsregierung gerichtet war.

Allergnädigster König und Herr! Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Das preussische Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an den Thron eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmässiges Recht. Es ersehnt den Erlass der zum Ausbau unserer Verfassung, zur Begründung einer selbständigen Gemeinde- und Kreisverwaltung und zur höheren Entwicklung der Volkskraft nothwendigen Gesetze, die Zurückführung der Gesamtsteuerlast auf ein der Steuerkraft entsprechendes Mass, die Sicherung des Staats und der Schule gegen kirchliche Uebergriffe, die verfassungsmässige Beseitigung des Widerstandes, welchen bisher ein Factor der Gesetzgebung diesem Verlangen entgegengestellt hat. ¶ Es ersehnt nach Aussen eine kräftige und vorwärtsschreitende Politik, welche Ew. Majestät erhebende Erklärung vom 9. Novbr. 1858: „Die Welt muss wissen, dass Preussen überall bereit ist, das Recht zu schützen“, in vollem Umfange verwirklicht: es begehrt also in Wiederholung seiner früher ausgesprochenen Ueberzeugung, dass mit allen Mitteln auf die Herstellung des verfassungsmässigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen, und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hingedirkt — dass damit unser eigener Rechtszustand gesichert und die Ehre und die Interessen Preussens als europäischer Grossmacht gewahrt werden. ¶ Weit entfernt, in eine Prärogative der Krone einzugreifen, glauben wir diese Krone nur zu stützen und zu stärken, indem wir Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht die Ueberzeugung aussprechen, dass keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bedürfnissen der Nation widerstrebt,

die untrennbaren Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal die Machtstellung Preussens in Deutschland und in Europa vorzugsweise auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruht. ¶ In dem Bewusstsein, dass nur auf diesem Wege eine wahrhaft conservative und monarchische Politik durchgeführt werden kann, richten wir an das väterliche Herz Ew. Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte, durch hochsinnige Gewährung der nationalen Wünsche Ihrem getreuen Volke den inneren Frieden zu sichern und in der vollen Einigkeit von Regierung und Volk Ew. Majestät erhabenem Hause, wie dem Vaterlande neuen Glanz und eine grössere Zukunft zu bereiten. ¶ In tiefster Ehrfurcht ersterben wir u. s. w.\*)

No. 297.  
Preussen,  
7. Juni  
1862.

#### Antwort des Königs.

Ich habe die Mir so eben ausgedrückte Versicherung der Treue und loyalen Ergebenheit gern entgegengenommen. Indem ich wiederholt es ausspreche, dass Ich unverändert auf dem Boden der beschworenen Verfassung stehe, so wie auf dem Meines Programmes vom November 1858, und Ich Mich dabei in voller Uebereinstimmung mit Meinem Ministerium befinde, knüpfe Ich hieran die feste Erwartung, Ihre ausgesprochenen Gesinnungen durch die That bewährt zu sehen, und da Sie einen Satz Meines Programmes von 1858 herausgehoben haben, so wollen Sie sich dasselbe Zeile für Zeile einprägen, dann werden Sie Meine Gesinnung recht erkennen.

\*) Während der Berathung der Adresse verlas der Finanzminister v. d. Heydt die nachstehende Erklärung des Staatsministeriums:

„Das Staatsministerium hat sich bei der Discussion über die Vorfrage, ob eine Adresse zu beschliessen sei oder nicht, einer Bethelligung enthalten zu sollen geglaubt. Es kann dem Staatsministerium nur willkommen sein, wenn das hohe Haus sich gedrunken fühlt, in einer Adresse an des Königs Majestät den Gefühlen der Ehrfurcht und der Treue Ausdruck zu geben. Ob der von der Commission vorgeschlagene Entwurf oder ob die heute im Wege der Amendements eingebrachten Entwürfe diesem Zwecke entsprechen, wird das hohe Haus zu erwägen haben. Der Commissions-Entwurf gedenkt weder des Allerhöchsten Erlasses vom 19ten März c., noch der bei Eröffnung der Session im Allerhöchsten Auftrage verlesenen Thronrede. Er findet kein Wort für die huldvollen Kundgebungen Sr. Maj. des Königs. Bei der Darlegung der Lage des Landes giebt er weder für die unverkennbaren Erfolge unserer auswärtigen Politik, noch für das durch die offenkundigsten Thatsachen bestätigte Wachsen der öffentlichen Wohlfahrt ein Interesse zu erkennen. Ob ein solches Schweigen mit dem Zwecke der Adresse übereinstimme, kann das Staatsministerium nur der unbefangenen Erwägung des hohen Hauses anheimgeben. Das Staatsministerium muss sich beim Beginn der Debatte vorzugsweise gegen die Annahme verwahren, dass seinerseits irgendwo die in dem Commissions-Entwurf bekämpfte Unterstellung gemacht sei, als ob ein grosser Theil der Volksvertretung und der preussischen Wähler sich feindlicher Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig und anarchischer Umsturzgelüste verdächtig gemacht habe. Aus keinem Acte der Staatsregierung ist eine solche Beschuldigung zu entnehmen. Allerdings hat das Staatsministerium es als seine unerlässliche Pflicht erkannt, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren und nicht zuzugeben, dass der Kraft des k. Regiments, auf welcher Preussens Grösse und Wohlfahrt wie Preussens Zukunft beruht, zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe. Das Staatsmini-

No. 297. **sterium** hat sich in diesem Punkte in offenen Gegensatz gestellt gegen jede Partei, deren Bestrebungen auf die Verlegung des Schwerpunktes der Staatsgewalt in die Volksvertretung gerichtet sind. Auch hierin befindet sich das Ministerium seiner gewissenhaften Ueberzeugung nach im vollen Einklange mit der Verfassung. Es hat sich der Erkenntniss nicht verschliessen dürfen, dass die Erweiterung des Einflusses und der Macht eines Factors der Gesetzgebung nicht erstrebt, der Schwerpunkt des Regiments nicht verschoben werden kann, ohne zugleich jede segensreiche Wirkung der Verfassung in Frage zu stellen. Nach der Ueberzeugung des Staatsministeriums legt die Verfassung jedem Factor der Gesetzgebung die Verpflichtung auf, nicht durch den rücksichtslosen Gebrauch seiner besondern Rechte die Grundbedingungen des preussischen Staatslebens zu gefährden. An diese Wahrheit hat das Staatsministerium erinnert, indem es der Entwicklung eines parlamentarischen Regiments die ungeschwächte Erhaltung des königlichen Regiments gegenübergestellt hat. Gegen die Missdeutung, dass hiermit ein nicht verfassungsmässiger Gegensatz zwischen „Königthum und Parlament“ aufgestellt worden sei, muss sich das Staatsministerium entschieden verwahren. In dem verfassungsmässigen Preussen giebt es kein Königthum ohne Landesvertretung, aber auch keine Landesvertretung ohne Königthum. Das Staatsministerium hat im Bewusstsein voller Loyalität und Verfassungstreue gehandelt, als es nach der berechtigten Entschliessung des erhabenen Trägers der Krone die Leitung der Geschäfte in einem Zeitpunkte übernahm, wo unverkennbar eine nicht gewöhnliche Erregung der Gemüther herrschte, wo namentlich im Drange nach raschen Erfolgen die politischen Parteien theils in der Zersetzung, theils in der Umbildung, theils in der kaum begonnenen Entfaltung begriffen waren. Angesichts dieser Zustände musste das Ministerium seinen ersten Beruf in der Hingebung an die grossen, von der jeweiligen Parteigestaltung unabhängigen unwandelbaren Aufgaben jeder preussischen Regierung erblicken. Es konnte nicht gewillt sein, die Lösung dieser Aufgaben von dem fernern Verlaufe der Entwicklung der politischen Parteien abhängig zu machen, und musste deshalb nur um so mehr die Nothwendigkeit erkennen, die Einheit und energische Zusammenfassung des ganzen Verwaltungsorganismus, für dessen kräftige und heilbringende Action das Ministerium die Verantwortlichkeit trägt, gegen ein unzuträgliches Eingehen auf regierungsfeindliche Wahlagitationen sicher zu stellen. Die Staats-Regierung weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, den erhabenen Namen Sr. Majestät des Königs auf ungehörige Weise in den Streit der Parteien gezogen zu haben. Sie hat nur die Pflicht erfüllt, dem Lande die Entschliessungen Sr. Majestät kund zu thun und einer das zulässige Mass überschreitenden Verwickelung der besonderen Organe der königlichen Executive in die Agitationen der Parteien vorbeugen wollen. Die freie Ausübung des Wahlrechts ist den Beamten nicht verkümmert worden. Das Staatsministerium ist sich der Verpflichtung bewusst, dem Lande den Segen einer gerechten, thatkräftigen und wohlwollenden Verwaltung, frei von jeder tendentiösen Hemmung der freien Entwicklung geistiger und materieller Interessen, zu erhalten. Es wird daher, den Allerhöchsten Intentionen gemäss, in freisinniger, aber besonnener Weise die weitere Durchführung der Verfassung zu fördern und die Schwierigkeiten, welche auf diesem Wege liegen, mit Ruhe und Festigkeit zu überwinden haben. Es wird die verfassungsmässigen Rechte der Krone pflichtgemäss wahren, die Rechte beider Factoren der Landesvertretung mit Loyalität und Gewissenhaftigkeit achten und jede eintretende Differenz im Geiste gemeinsamer Hingebung für Thron und Vaterland zu schlichten sich angelegen sein lassen, in der unerlässlichen Voraussetzung, auch bei der Landesvertretung gleicher Gesinnung zu begegnen. Das war der Standpunkt der gegenwärtigen Regierung, als sie die Leitung der Geschäfte übernahm. In diesem Geiste ist der Landtag berufen und eröffnet worden. In diesem Geiste wird die Staatsregierung ihre Aufgabe ferner zu lösen trachten, unbeirrt durch die einseitigen Bestrebungen der Parteien, wie durch die falsche Auffassung ihres Standpunktes und ihrer Handlungen. Redlich bemüht, diese zu berichtigen und jene zu bekämpfen, hält das Staatsministerium an der Hoffnung fest, zum Heil des Vaterlandes das Vertrauen zu rechtfertigen, durch welches dasselbe in entscheidender Stunde berufen worden ist.“

## No. 298.

**RUSSLAND.** — Kaiserlicher Ukas, die Wiederherstellung des Staatsraths und anderer Institutionen des Königreichs Polen betr. —

[Uebersetzung.]

No. 298.

Russland,  
26. März  
1861.

Von Gottes Gnaden Wir Alexander II., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, König von Polen, Grossfürst von Finnland etc. etc. ¶ In beständiger Sorge um das Wohl Unserer Unterthanen des Königreichs Polen und in dem Verlangen, die Institutionen dieses Landes zu entwickeln und zu verbessern, haben Wir verordnet und verordnen:

Art. 1. An Stelle der Allgemeinen Versammlung der Warschauer Departements des dirigirenden Senats wird der Staatsrath des Königreichs Polen wieder hergestellt.

Art. 2. Im Staatsrath werden sitzen: 1) die Generaldirectoren der Regierungscommissionen und der präs. Generaldirector der Oberrechnungskammer, als Mitglieder des Rathes von Amtswegen: 2) Mitglieder, welche durch Uns zum ständigen oder zeitweiligen Sitz in diesem Rathe aus dem Kreise der Bischöfe oder der höheren Geistlichkeit überhaupt, nicht minder unter den Vorsitzenden der Behörden des landschaftlichen Creditvereins und den Präsidenten der Gubernialräthe berufen werden, so wie andere Personen nach Unserem Befinden. ¶ Zum Zweck der zu gebenden Erläuterungen zu den dem Staatsrath zur Prüfung vorgelegten Gesetzentwürfen wird die Regierung Delegirte bestimmen.

Art. 3. Zu den Attributen des Staatsraths gehören: 1) die Gegenstände, welche bisher der Erkenntniss der Allgemeinen Versammlung der Warschauer Departements des dirigirenden Senats unterlagen; 2) die Prüfung des Jahresbudgets der Einnahmen und Ausgaben des Königreichs; 3) die Prüfung der Rechenschaftsberichte der Vorstände der verschiedenen Zweige der Administration über deren Thätigkeit in den ihnen anvertrauten Abtheilungen, so wie der Anzeigen des Generalcontroleurs bezüglich der Revision der Rechnungen; 4) die Prüfung der Vorstellungen der Gubernialräthe über die Bedürfnisse und das Wohl der Gubernien; 5) die Prüfung der an den Rath gebrachten Bitten und Klagen wegen der Missbräuche von Beamten und Verletzungen von Gesetzen durch dieselben.

Art. 4. Im Staatsrath führt Unser Statthalter im Königreich den Vorsitz. Wenn der Statthalter abwesend ist, oder nicht persönlich im Rathe den Sitz einnehmen kann, präsidiert an seiner Stelle ein zu dieser Function von Uns besonders berufenes Mitglied des Rathes.

Art. 5. Es wird eine Regierungscommission der religiösen Bekenntnisse und der öffentlichen Aufklärung im Königreich Polen errichtet, unter dem Vorsitz eines General-Directors, welcher von Amtswegen Mitglied des Administrationsrathes ist.

Art. 6. Die Abtheilung der geistlichen Angelegenheiten in der Regierungscommission des Innern, sammt den bei derselben befindlichen Dienstabtheilungen wird von dieser Commission abgetrennt und in die Commission der religiösen Bekenntnisse und der öffentlichen Aufklärung einverleibt.

No. 298.  
Russland,  
26. März  
1861.

Art. 7. In jedem Gubernium und in jedem Kreise des Königreichs werden besondere wählbare Gubernial- und Kreisräthe errichtet, unter dem Vorsitz von Personen, welche die Regierung unter den gewählten Mitgliedern dazu beruft.

Art. 8. Gegenstände der Berathungen in den Gubernialräthen werden die Bedürfnisse und das Wohl des Guberniums sein, namentlich die Entwicklung des Ackerbaues, der Landesindustrie und des Handels, die Land- und Wassercommunicationen, die Aufsicht über Arme, Spitäler, Wohlthätigkeitsanstalten, Gefängnisse, nicht minder über die Arbeiten zum öffentlichen Nutzen. ¶ Die Gubernialräthe können über dergleichen Bedürfnisse des Guberniums Vorstellungen an die Regierung richten.

Art. 9. Die Gubernialräthe werden einmal im Jahre berufen werden. Der Tag der Versammlung und die Zeitdauer der Berathungen wird im Berufungsacte bestimmt sein.

Art. 10. Der Umfang des Antheils der Kreisräthe an den Interessen der Localregierung wird unverzüglich in einer besonderen Verordnung bestimmt werden.

Art. 11. Bei den Berathungen der Gubernial- und der Kreisräthe werden Regierungs-Commissaire zugegen sein. ¶ Die Vorstellungen der Gubernialräthe werden den Commissairen schriftlich übergeben.

Art. 12. In Warschau und in den anderen bedeutenderen Städten des Königreichs werden Municipalräthe errichtet, deren Mitglieder gewählt werden.

Art. 13. Dem Municipalrath kommt zu: die wirthschaftliche Verwaltung der Stadt, die Veranschlagung und Vorlegung des Budgets derselben an die Regierung, die Ergreifung von kompetenzmässigen Mitteln zur inneren Ordnung der Stadt, die Aufsicht über die städtischen öffentlichen Anstalten, nicht minder die Prüfung aller auf ihre Anträge von den Staatsbehörden übersandten Angelegenheiten.

Art. 14. Unser Statthalter im Königreiche wird uns Pläne zur Organisation und weiteren Entwicklung der oben bezeichneten Institutionen vorlegen.

Art. 15. Die Ausführung dieses Ukases, der in das Gesetzblatt aufzunehmen ist, beehlen Wir Unserem Statthalter im Königreiche.

Gegeben zu St. Petersburg 14ten (26sten) März 1861.

*Alexander.*

## No. 299.

**RUSSLAND.** — Kaiserl. Ukas, betr. die Ernennung des Grossfürsten Konstantin zum Statthalter von Polen. —

[Uebersetzung.]

No. 299.  
Russland,  
8. Juni  
1862.

Von Gottes Gnaden Wir Alexander II., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, König von Polen, Grossfürst von Finnland etc. etc. etc. ¶ Indem Wir ein neues Pfand Unserer Sorgfalt für das Wohl Unserer Unterthanen des Königreichs Polen geben wollen, haben Wir beschlossen zu ernennen und ernennen durch gegenwärtigen Ukas Se. kais. H. Unsern vielgeliebten

Bruder, den Grossfürsten Konstantin Nikolajewitsch, zu Unserm Statthalter in dem Königreich. ¶ Gegeben in Zarskoje Sjelo, den 27. Mai (8. Juni) 1862.

Alexander.

No. 299  
Russland.  
8. Juni  
1862

### No. 300.

**RUSSLAND.** — Kaiserl. Ukas, betr. die Competenz des Statthalters und der Civilverwaltung von Polen. —

[Uebersetzung]

Von Gottes Gnaden Wir Alexander II., Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, König von Polen, Grossfürst von Finnland etc. etc. ¶ In Berücksichtigung des Bedürfnisses, die oberste Regierungsbehörde des Königreichs Polen den neuen Institutionen anzupassen, welche diesem Königreiche durch Unsern Ukas vom (14.) 26. März 1861\*) verliehen worden sind, sowie andererseits zum Zwecke einer genaueren Bestimmung der Amtsbefugniß des Statthalters und der Competenz der Civilbehörde im Königreiche, haben Wir mit Rücksicht darauf, dass die Unseren Statthaltern im Königreiche unterm (17.) 29. April 1818 verliehene Allerhöchste Vollmacht den gegenwärtigen Vethältnissen nicht mehr entspricht, beschlossen und verordnen, wie folgt:

No. 300.  
Russland.  
8. Juni  
1862.

Art. 1. Der Statthalter in seiner Eigenschaft als Unser Stellvertreter im Königreich Polen wird daselbst alle Regierungsautorität ausüben, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt und derjenigen Angelegenheiten, welche nach den bestehenden Vorschriften oder nach Unseren späteren Befehlen Unserer definitiven Entscheidung vorbehalten sind, sowie auch derjenigen, die er Uns mit Rücksicht auf ihre besondere Wichtigkeit vorzulegen für nöthig hält.

Art. 2. Zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Königreiche wird Unser Statthalter die administrative und die executive Gewalt durch Vermittelung des ihm unterstehenden Chefs der Civilregierung und des Befehlshabers der im Königreiche stehenden Truppen ausüben. ¶ Er ist der oberste Vorgesetzte aller Behörden im Königreiche, ebenso wie der Armee, welche auf Grund einer besonderen Verordnung hierüber unter seinen Befehlen steht.

Art. 3. Unser Statthalter ist Präses des Staatsrathes des Königreichs und führt den Vorsitz im Administrationsrathe. so oft er dies für nöthig erachten wird.

Art. 4. Die gegenwärtig bestehende Canzlei des Statthalters wird aufgehoben, und alle Administrativgeschäfte, welche bisher durch dieselbe in Ausführung gebracht wurden, kehren wieder an die betreffenden Behörden zurück. Für die Corespondenzen in Angelegenheiten, welche zu den ausschliesslichen Attributionen des Statthalters gehören, sowie auch in solchen, welche die auswärtigen Beziehungen betreffen, werden nach einem Specialetat Nebencanzleien errichtet.

Art. 5. Die unmittelbare Leitung des Civildienstes im Königreiche steht dem Chef der Civilregierung zu. ¶ Er präsidiert im Administrations-

\*) No. 298.



**No. 300.** rathe, wenn der Statthalter in demselben nicht zugegen ist, und in diesem Falle gibt auch seine Meinung bei Stimmgleichheit den Ausschlag. Er ist Mitglied des Staatsrathes, in welchem er unter den Mitgliedern des Administrationsrathes die erste Stelle einnimmt, und der unmittelbare Vorgesetzte der Regierungskommissionen und der mit denselben in gleichem Range stehenden Civilbehörden des Königreichs.

Russland,  
8. Juni  
1862.

Art. 6. Die Protokolle der unter dem Vorsitze des Chefs der Civilregierung abgehaltenen Sitzungen des Administrationsrathes werden dem Statthalter vorgelegt, welcher die Macht hat, die Ausführung solcher Beschlüsse, in denen er wichtige Inconvenienzen erblickt, zu suspendiren und solche unverzüglich Unserer Entscheidung vorzulegen.

Art. 7. Die im Gesetzblatte veröffentlichten Verordnungen des Administrationsrathes werden mit der Unterschrift des Statthalters versehen sein, welche durch den Chef der Civilregierung und den betreffenden Generaldirector zu contrasigniren ist.

Art. 8. Der Chef der Civilregierung und der Administrationsrath entscheiden über alle Angelegenheiten, welche mit dem Civildienste in Zusammenhang stehen und nicht nach den für die bestehenden Behörden vorgeschriebenen Organisationen zu deren endgültiger Entscheidung gehören, mit Ausnahme derjenigen Angelegenheiten, welche der ausschliesslichen Decision des Statthalters vorbehalten sind.

Art. 9. Unser Statthalter im Königreiche entscheidet oder begutachtet alle höheren Staats- sowie die militärischen Angelegenheiten. ¶ Ihm steht zu: ¶ die Verkündigung Unserer Allerhöchsten Befehle und seiner eigenen Befehle an die Civilverwaltung über Veränderungen im Dienste; ¶ das Recht der Begnadigung und der Bestätigung der Strafurtheile in dem durch die bestehenden Vorschriften nachgewiesenen Umfang, ¶ die Bestätigung der in jurisdictionellen Sachen gefällten Urtheile, ebenso aller Urtheile in politischen Angelegenheiten bis zur Verkündigung der in dieser Hinsicht vorbereiteten Vorschriften; ¶ der Erlass definitiver Verfügungen in allen Dingen, welche die bewaffnete Macht angehen und mit der Civilverwaltung des Königreichs in Zusammenhang stehen. ¶ Der Statthalter begutachtet und legt Uns vor: alle Rapporte, Rechenschaftsberichte und Angelegenheiten, welche Unsere Entscheidung erfordern, und entscheidet endlich über alle Angelegenheiten, die der Chef der Civilregierung mit Rücksicht auf deren besondere Wichtigkeit dem Statthalter vorzulegen für nöthig hält. ¶ Der Statthalter darf den Chef der Civilregierung zur Unterzeichnung einzelner oder aller Vorlagen ermächtigen, welche in Ausführung der in den Protokollen des Administrationsrathes enthaltenen Entscheidungen gemacht werden.

Art. 10. Im Fall einer Krankheit oder Abwesenheit des Chefs der Civilregierung bezeichnet der Statthalter einen Stellvertreter; sollte die Verhinderung länger als 28 Tage dauern, so wird der Stellvertreter durch Uns bestimmt werden.

Art. 11. Alle Vorshriften über die Regierung des Königreichs Polen, welche durch diesen Ukas nicht abgeschafft sind, bleiben in Kraft.

Art. 12. Die Ausführung dieses Ukases, welcher in das Gesetzblatt aufzunehmen ist, übertragen Wir Unserm Statthalter im Königreiche Polen. No. 300.  
Russland,  
8. Juni  
1862.  
Gegeben in *Zarskoje Sjelo* am 27. Mai (8. Juni) 1862.

*Alexander.*

### No. 301.

**KIRCHENSTAAT.**—Allocution des Papstes im Consistorium vom 9. Juni 1862. —\*)  
[Uebersetzung.]

Ehrwürdige Brüder! — Wir wurden von inniger Freude ergriffen, als wir gestern mit Gottes Hülfe die Ehrenbezeugungen und den Cultus für die siebenundzwanzig unerschrockenen Helden unserer göttlichen Religion bestimmen konnten, zumal wir Euch an unserer Seite haben, Euch, die Ihr, mit hoher Frömmigkeit und mit so vielen Tugenden ausgerüstet, um unsere Sorge inmitten so beklagenswerther Zeiten zu theilen, indem Ihr tapfer für das Haus Israels kämpfet, für uns ein ausserordentlicher Trost und eine Stütze seid. Wollte Gott, dass, während wir von dieser Freude erfüllt sind, sonst keine Ursache des Kummers und der Trauer unser Herz bedrückte! In der That, wie sollten wir nicht von Schmerz und Herzeleid niedergebeugt werden, wenn wir die so schweren und für alle Zeiten beklagenswerthen Verluste und Uebel wahrnehmen, wovon die katholische Kirche und im Gleichen die bürgerliche Gesellschaft zum grossen Schaden der Seelen elendiglich gepeinigt und unterdrückt werden! Ihr kennt ja, ehrwürdige Brüder, diesen Krieg, der dem gesammten Katholicismus von den nämlichen Männern erklärt worden, die da als Widersacher des Kreuzes Jesu Christi, erbittert gegen seine heilige Lehre und unter einander vereint durch ein strafbares Bündniss, Alles vergessen, Alles verlästern und versuchen, die Grundfesten der menschlichen Gesellschaft zu erschüttern, ja sogar, wenn es möglich wäre, Alles auf den Kopf zu stellen, die Geister und Herzen zu verführen, dieselben in die verderblichsten Irrlehren zu stürzen und sie von der katholischen Religion abtrünnig zu machen. Diese treulosen Trugschmiede, diese Lügenfabrikanten entlocken ohne Unterlass den Finsternissen die ungeheuersten Irrthümer alter Zeiten, die schon so oftmals widerlegt, von den weisesten und gelehrtesten Schriften besiegt und mit den strengsten Strafen der Kirche belegt worden; ohne Unterlass sind sie bemüht, dieselben noch zu steigern, indem sie sie in neue trügerische Formen und Worte kleiden und dieselben überall und in jeglicher Art und Weise ausbreiten. Mit dieser fluchwürdigen und wahrhaft satanischen Arglist besudeln und verderben sie alle Wissenschaft, bereiten zum Unheil der Seelen ein tödtliches Gift und befördern eine zügellose Leichtfertigkeit und die schlechtesten Leidenschaften; sie stürzen die religiöse und gesellschaftliche Ordnung um; sie suchen jede Idee von Gerechtigkeit, Wahrheit, Recht, Ehre und Religion zu vernichten, und sie verhöhnen, beschimpfen und verachten die Lehre und die heiligen Vorschriften Christi. Der Geist sträubt sich und schaudert davor, die hauptsächlichsten dieser pestilenzialistischen Irrlehren auch nur obenhin zu berühren, wodurch diese Menschen in unseren unglücklichen Zeiten alle göttlichen und menschlichen

No. 301.  
Kirchen-  
staat,  
9. Juni  
1862.

\*) Vergl. No. 276.

**No. 301.** Dinge in Verwirrung bringen. ¶ Ihr wisset Alle, ehrwürdige Brüder, dass diese Menschen vollständig den nothwendigen Zusammenhang zerstören, der nach Gottes Willen die natürliche und die übernatürliche Ordnung verbindet, und sie verkehren, stürzen und vertilgen den eigentlich wahren und rechtmässigen Charakter der göttlichen Offenbarung, sowie die Autorität, Einrichtung und Macht der Kirche. Und sie gelangen zu jener Meinungsverwegenheit, dass sie kein Bedenken tragen, jede Wahrheit, jedes Gesetz, jede Macht, jedes Recht göttlichen Ursprunges zu verneinen; sie schämen sich nicht, zu behaupten, dass die Wissenschaft der Philosophie und Moral, so wie die bürgerlichen Gesetze, nicht von der Offenbarung ausgehen können und sollen, und verleugnen die Autorität der Kirche; die Kirche sei nichts als eine wirkliche und vollkommene, vollständig freie Gemeinschaft und könne sich nicht auf eigene und unwandelbare Rechte, die ihr doch ihr göttlicher Stifter ertheilt hat, stützen, sondern es stehe der Gewalt zu, zu bestimmen, welche Rechte die Kirche habe, und in welchen Schranken sie dieselben ausüben dürfe. Hieraus ziehen sie irrthümlich den Schluss, dass die Staatsgewalt sich in Dinge mischen dürfe, die zur Religion, zu den Sitten und zur geistlichen Regierung gehören, ja, dass dieselbe sogar verhindern dürfe, dass die Prälaten gläubiger Völker frei und gegenseitig mit dem römischen Kirchenoberhaupte, das da eingesetzt ist zum Oberhirten der Kirche, verkehren; und solches alles geschieht in der Absicht, damit diese nothwendigste und innigste Vereinigung unter den mystischen Gliedern des Leibes Christi und ihrem ehrwürdigen Haupte vernichtet werde. Noch mehr, sie tragen kein Bedenken, mit Trug und List vor der Menge zu behaupten, dass die Diener der Kirche und der römische Oberhirt von allen weltlichen Rechten und von jeder weltlichen Gewalt ausgeschlossen werden müssten. ¶ Unter Anderem nehmen sie bei ihrer äussersten Schamlosigkeit keinen Anstand, zu behaupten, dass die göttliche Offenbarung nicht nur nichts nütze sei, sondern sogar der Vervollkommnung des Menschen schade, dass sie unvollständig und folglich einem steten und unendlichen Fortschritte unterworfen sei, welcher dem Fortschritte der menschlichen Vernunft entsprechen müsse. So wagen sie zu behaupten, dass die in den heiligen Schriften niedergelegten und erzählten Prophezeiungen und Wunder Dichter-Fabeln seien, dass die heiligen Geheimnisse unseres Glaubens das Ergebniss von philosophischen Forschungen seien, und dass die heiligen Bücher des alten und neuen Testaments nur Mythen enthielten und — es ist entsetzlich es auszusprechen — dass unser Herr, Jesus Christus nur eine mythische Fiction sei. Demgemäss behaupten diese unruhigen Adepten falscher Dogmen, dass die Moralgesetze nicht der göttlichen Sanction bedürften und es nicht nöthig sei, dass die menschlichen Gesetze mit dem natürlichen Rechte in Uebereinstimmung ständen oder von Gott die verpflichtende Kraft empfangen, und sie versichern, dass ein göttliches Gesetz gar nicht vorhanden sei. Noch mehr, sie leugnen jede Einwirkung Gottes auf Welt und Menschen und stellen kühn den Satz auf, die menschliche Vernunft sei, ohne alle Ehrfurcht vor Gott, der einzige Schiedsrichter über Wahres und Falsches, über Gutes und Böses, sie habe in sich ihr

Kirchen-  
staat,  
9. Juni  
1862.

Gesetz und reiche mit ihren natürlichen Kräften aus, um das Wohl der Menschen und Völker zu fördern. Während sie boshafter Weise alle Wahrheiten der Religion von der ursprünglichen Kraft der menschlichen Vernunft ausgehen lassen, rüsten sie jeden Menschen mit einer Art von angeborenem Rechte aus, kraft dessen er frei über Religion denken und reden, und Gott die Ehre und den Cultus erweisen könne, den er kraft seiner Laune für den besten halte. ¶ Denn bis zu solcher Höhe versteigt sich ihre Gottlosigkeit und Schamlosigkeit, dass sie den Himmel angreifen und Gott selbst bei Seite zu schaffen suchen. In der That, in einer Bosheit, die nur noch von ihrer Albernheit übertroffen wird, scheuen sie sich nicht, den Satz aufzustellen, dass die höchste Gottheit voll Weisheit und Vorsicht nicht vom Weltall unterschieden sei, dass Gott mit der Natur dasselbe und diese Veränderungen unterworfen sei, dass Gott in Welt und Menschen aufgehe, dass Alles Gott sei, dass Gott dieselbe Substanz und dasselbe wie die Welt sei, und dass es sohin keinen Unterschied zwischen Geist und Materie, Nothwendigkeit und Freiheit, Wahrem und Falschem, Gutem und Bösem, Gerechtem und Ungerechtem gebe. Wahrlich, wahn-sinniger, gottloser und der Vernunft selber widerstreitender kann nichts eronnen werden! Sie treiben mit Autorität und Recht in so verwegener Weise Hohn, dass sie die Frechheit haben, zu behaupten, dass das Recht in der Thatsache bestehe, dass die Pflichten des Menschen ein leeres Wort seien, und dass alle menschlichen Thaten ihre Berechtigung haben. ¶ Und nun Lüge auf Lüge, Wahnwitz auf Wahnwitz häufend, alle legitime Autorität, alles legitime Recht, jede Pflicht und Schuldigkeit mit Füßen tretend, nehmen sie keinen Anstand, an die Stelle des wahren und legitimen Rechtes das falsche und lügnerische Recht der Macht zu setzen und die moralische Ordnung der materiellen Ordnung unterzuordnen. Sie kennen keine andere Gewalt, als die, welche in der Materie liegt. Ihre ganze Moralität und Ehre besteht darin, Reichthümer, gleichviel mit welchen Mitteln diese auch erlangt werden, zu sammeln und allen gemeinen Leidenschaften zu fröhnen. Bei diesen verabscheuungswürdigen Grundsätzen befördern sie die Rebellion des Fleisches wider den Geist, nähren und entflammen dieselbe und gestehen derselben jene natürlichen Rechte und Gaben zu, von denen sie behaupten, dieselben würden von der katholischen Lehre verkannt, wobei sie die Ermahnung des Apostels missachten, der da spricht: „So Ihr nach dem Fleische lebet, werdet Ihr sterben; so Ihr aber das Fleisch tödtet durch den Geist, werdet Ihr leben.“ (Röm. Cap. VIII. 13.) Sie suchen die Rechte jedes rechtmässigen Eigenthums umzustossen und zu vernichten, und sie ersinnen in der Bosheit ihres Geistes eine Art von unbeschränktem Rechte, das der Staat genieße, und hierin wollen sie kühnlich Quelle und Ursprung aller Rechte erkennen. ¶ Doch während wir in Kürze und mit Herzeleid diese Hauptirrlahren unseres unglücklichen Jahrhunderts durchfliegen, übergehen wir, ehrwürdige Brüder, mit Stillschweigen so viele andere, fast unzählbare Lügen, die Ihr alle vollkommen kennet und mit deren Hülfe die Feinde Gottes und der Menschen die heilige, so wie die bürgerliche Gesellschaft zu verwirren und zu erschüttern

No. 301.  
Kirchen-  
staat,  
9. Juni  
1862.

sich bemühen. Mit Stillschweigen auch übergehen wir die so mancherlei schweren Beleidigungen, Schmähungen und Kränkungen, wodurch die Diener der Kirche und dieser apostolische Stuhl verfolgt werden. Auch reden wir nicht von jener abscheulichen Heuchelei, womit die Häupter und Spiessgesellen dieser Auflehnung und dieser Unordnung, besonders in Italien, sich den Schein geben, als wollten sie, dass die Kirche sich der Freiheit erfreue, während sie mit kirchenschänderischer Frechheit täglich mehr und mehr die Rechte dieser Kirche mit Füßen treten, sie ihrer Güter berauben, ihrem Amte hochsinnig zugethane Prälaten und Geistliche verfolgen und einkern, die Diener der religiösen Orden und die gottgeweihten Jungfrauen aus ihren Asylen vertreiben, und die zu Allem fähig sind, wenn es gilt, die Kirche in schmachvolle Knechtschaft zu zwingen und dieselbe zu unterdrücken. ¶ Während Eure so sehr ersehnte Gegenwart uns zu besonderem Wohlgefallen gereicht, seid Ihr selber Zeugen von der Freiheit, die heutigen Tages in Italien unsere ehrwürdigen Brüder im Episcopate haben, welche, während sie mit Muth und Ausdauer die Kämpfe des Herrn und Heilandes kämpfen, zu unserem tiefen Leidwesen verhindert wurden, dieser Versammlung anzuwohnen, was sie doch so sehnlich wünschten, wie die Erzbischöfe und Bischöfe des unglücklichen Italien uns durch alle ihre gegen uns und gegen den heiligen Stuhl von Liebe und Ergebenheit erfüllten Schreiben zu wissen gethan haben. Desgleichen gewahret Ihr hier keinen der portugiesischen Prälaten, und wir sind tief betrübet, wenn wir der Hindernisse gedenken, die ihrer Reise nach Rom in den Weg gestellt wurden. Wir wollen auch der bedauerlichen Schrecknisse nicht gedenken, womit die Sectirer diese gottlosen Irrlehren zum bitteren Leid unseres Herzens, des Eurigen, sowie des Herzens aller Wohlmeinenden begleiten. ¶ Wir reden kein Wort von jener gottlosen Verschwörung, von jenen strafbaren, hinterlistigen Kunstgriffen, womit sie die weltliche Souverainetät dieses heiligen Stuhles umstürzen und vernichten wollen. Wir wollen vielmehr auf jene bewunderungswürdige Einmüthigkeit hinweisen, worin Ihr selber in Gemeinschaft mit allen ehrwürdigen Prälaten der katholischen Welt nie müde geworden seid, und durch Eure an uns gerichteten Briefe wie durch Eure Hirtenbriefe fort und fort diese Gottlosigkeit aufgedeckt und bekämpft habt, während Ihr zugleich lehrtet, dass diese weltliche Souverainetät des heiligen Stuhles dem römischen Oberhirten verliehen ward durch einen besonderen Rathschluss der göttlichen Vorsehung, und dass sie nothwendig sei, damit dieser römische Oberhirt, indem er keines Fürsten oder keiner bürgerlichen Macht Unterthan, in der gesammten Kirche mit vollkommener Freiheit die höchste Gewalt und Autorität ausübe, womit er durch unseren Heiland Jesus Christus selbst göttlich bekleidet ward, um die gesammte Heerde des Heilandes zu hüten und zu lenken und um für das Beste der Kirche, so wie für die Bedürfnisse und Vortheile der Gläubigen Sorge tragen zu können. ¶ Die beklagenswerthen Gegenstände, mit welchen wir Euch bisher, ehrwürdige Brüder, unterhalten haben, bieten, wie nicht zu verkennen, einen traurigen Anblick; denn wer sieht nicht, dass so viele gottlose Dogmen, so viele Ränke und verworfene Thorheiten mit jedem Tage mehr das Volk

der Christen elendiglicher verderben und es an den Rand des Abgrundes bringen, die katholische Kirche, ihre Heilslehre, ihre Rechte und ehrwürdigen Gesetze, sowie ihre gerechten Diener angreifen, Laster und Verbrechen verbreiten und die bürgerliche Gesellschaft selber über den Haufen stossen! ¶ Indem wir uns nun unseres apostolischen Amtes erinnern und voller Besorgniss sind für das Seelenheil aller uns von Gott anvertrauten Völker, und da wir, um uns der Worte des heiligen Leo, unseres Vorgängers, zu bedienen, „diejenigen, welche unserer Obhut anvertraut sind, nicht anders regieren können, als indem wir mit dem Eifer des Glaubens diejenigen verfolgen, welche irre leiten und irre geleitet sind, und mit der grösstmöglichen Strenge das Gift aus den gesunden Seelen reissen, damit es nicht weiter um sich greife“ (Epist. VII ad Episcop. per Ital. C II), so erheben wir unsere apostolische Stimme in Eurer erlauchten Gesellschaft und verwerfen, ächten und verdammen die oben erwähnten Irrlehren nicht nur als dem katholischen Glauben und der katholischen Lehre, den göttlichen und kirchlichen Gesetzen, sondern selbst dem natürlichen und ewigen Gesetze und Rechte der gesunden Vernunft zuwiderlaufend. ¶ Wir ermahnen und beschwören Euch, ehrwürdige Brüder, die Ihr das Salz der Erde, die Hüter und Hirten der Heerde des Herrn seid, mit Eurer bewunderungswürdigen Frömmigkeit und Eurem bischöflichen Eifer zur höchsten Ehre Eures Standes mehr und mehr fortzufahren, wie Ihr es gethan habt, mit äusserster Sorgfalt und Wachsamkeit die Euch anvertrauten Gläubigen von jenen vergifteten Weiden zu entfernen und die abscheuliche Verkehrtheit jener Meinungen mit Wort und Schrift zu widerlegen und zu bekämpfen. Ihr wisst, dass es sich um die höchsten Interessen, nämlich um unsern heiligen Glauben, die katholische Kirche und ihre Lehren, das Heil der Völker, den Frieden und die Ruhe der menschlichen Gesellschaft handelt. Daher hört nie auf, so viel in Euren Kräften steht, von den Gläubigen die Ansteckung jener Pest fern zu halten, nämlich ihnen keine verderblichen Bücher und Zeitschriften in die Hände fallen oder unter die Augen kommen zu lassen, die Gläubigen in den heiligen Lehren unserer erhabenen Religion zu unterweisen und sie zu ermahnen, dass sie vor den Lehrern der Verruchtheit fliehen, wie man vor der Begegnung einer Schlange flieht. Wendet alle Eure Sorge darauf, dass die Geistlichkeit in Heiligkeit und Gelehrsamkeit unterrichtet werde und durch alle Tugenden leuchte, dass die Jugend beider Geschlechter zur Ehrbarkeit des Herzens, zur Frömmigkeit und zu allen Tugenden erzogen werde, und dass der Gang ihrer Studien ein heilbringender sei. Wacht mit äusserstem Fleisse darüber, dass in die wissenschaftlichen und höheren Studien sich nichts einschleiche, was dem Glauben, der Religion und den guten Sitten zuwider ist. Handelt mit männlicher Energie, ehrwürdige Brüder, und lasst in diesen grossen Wirren der Zeit Euren Muth nicht sinken, sondern hört nicht auf, indem Ihr Euch auf den göttlichen Beistand stützt, den unbezwingbaren Schild der Gerechtigkeit und des Glaubens ergreift und das geistliche Schwert, welches das Wort Gottes ist, in die Hand nehmt, Euch den Anstrengungen aller Feinde der katholischen Kirche und dieses apostolischen Stuhles zu widersetzen, ihre Pfeile

No. 201. zu zerbrechen und ihre Angriffe zurückzuwerfen. ¶ Und doch, ehrwürdige  
 Kirchen-  
 Ma.  
 v. Juni:  
 1802.  
 Brüder, laßt uns, indem wir Tag und Nacht die Augen zum Himmel erheben, nicht aufhören, in der Demuth unseres Herzens und mit unseren inbrünstigsten Gebeten den Vater der Barmherzigkeit und den Gott alles Trostes, welcher das Licht in der Finsterniss leuchten läßt und selbst aus den Steinen Kinder Abrahams hervorgehen lassen kann, anzuflehen und ihn bei den Verdiensten Jesu Christi, seines eingeborenen Sohnes, zu beschwören, der christlichen und bürgerlichen Gesellschaft eine helfende Hand zu reichen, alle Irrlehren und Gottlosigkeiten zu verschrecken, mit dem Lichte seiner Gnade den Geist derer zu erleuchten, welche in der Irre wandeln, sie zu bekehren und zu sich zurückzurufen und seiner heiligen Kirche den ersehnten Frieden zu verleihen, auf dass sie auf der ganzen Erde wachse, blühe und gedeihe. Damit wir aber das, was wir begehren, leichter erlangen, laßt uns zur Mittlerin bei Gott die allerheiligste und unbefleckte Mutter Gottes, die Jungfrau Maria, nehmen, welche voller Barmherzigkeit und Liebe für alle Menschen stets alle Ketzereien vernichtet hat, und deren Fürbitte bei Gott niemals nöthiger gewesen ist. Auch laßt uns den heiligen Joseph, den Gemahl der allerheiligsten Jungfrau, die heiligen Apostel Petrus und Paulus, alle Bewohner des Himmels, namentlich aber diejenigen um ihre Fürsprache anflehen, welche wir als so eben in die Bücher der Heiligkeit eingetragen verehren. ¶ Ehe wir schliessen, können wir dem Wunsche nicht widerstehen, nochmals Zeugniß von dem so überaus grossen Gefühle des Trostes abzulegen, das uns durchdringt, indem wir uns Eures Beistandes erfreuen, ehrwürdige Brüder, die Ihr mit diesem päpstlichen Stuhle durch die Bande der Treue, der Frömmigkeit und der Ehrfurcht verbunden seid und, indem Ihr Euer Amt mit bewunderungswürdigem Eifer verwaltet, Euren Ruhm darin sucht, dass Ihr den Ruhm Gottes so viel wie möglich mehrt und für das Heil der Seelen Sorge tragt; die Ihr in der innigsten Eintracht Eurer Seelen, eben so wie Euere Brüder, die Bischöfe der ganzen katholischen Welt und die ihrer Obhut anvertrauten Gläubigen, ohne Unterlass bemüht seid, unsere herbe Qual und unsern bitterm Schmerz zu lindern. Desshalb bekennen wir bei dieser Gelegenheit öffentlich und in der lieblichsten Sprache die Dankbarkeit und Liebe, welche wir für Euch, jene ehrwürdigen Brüder und alle jene Gläubigen empfinden. Und wir verlangen von Euch, dass Ihr, wenn Ihr in Eure Diöcesen zurückgekehrt seid, in unserm Namen den Eurer Obhut anvertrauten Gläubigen diese Gesinnungen kund thut und sie unserer väterlichen Zuneigung versichert, indem Ihr ihnen den apostolischen Segen ertheilt, welchen wir aus der Tiefe unseres Herzens und mit den besten Wünschen für jedes wahre Glück mit Freuden Euch, ehrwürdige Brüder, und ihnen ertheilen.

## No. 302.

**KIRCHENSTAAT.** — Adresse der zur Canonisirung der japanesischen Martyrer in Rom versammelten Cardinäle und Erzbischöfe, dem Papste am 9. Juni 1862 überreicht, nebst Antwort des Letzteren. —

[Uebersetzung.]

Heiligster Vater! Seit die Apostel Jesu Christi am heiligen Pfingsttage, eng vereint mit Petrus, dem Haupte der Kirche, den heiligen Geist empfangen und, durch dessen göttliche Kraft getrieben, den in der heiligen Stadt versammelten Menschen von fast allen Nationen, Jedem in seiner Sprache, die Wunder der Macht Gottes verkündet: haben niemals, wir glauben es, bis zu diesem Tage und bis zur Wiederkehr dieser Feier sich so viele ihrer Erben um den verehrungswürdigen Nachfolger Petri versammelt gefunden, um sein Wort zu vernehmen, seine Decrete zu hören, sein Ansehen zu befestigen. Nun, so wie den Aposteln nichts Angenehmeres widerfahren konnte mitten in den Gefahren der jungen Kirche, als den ersten Statthalter Jesu Christi auf dieser Erde zu umringen, der soeben erst vom Geiste Gottes erfüllt worden: so ist uns, mitten in den gegenwärtigen Bedrängnissen der heiligen Kirche, nichts theurer, nichts geheiligter, als zu den Füßen Deiner Heiligkeit alles das niederzulegen, was unsere Herzen an Verehrung und Liebe für Dich enthalten, und gleichzeitig einmüthig kund zu geben, von welcher Bewunderung wir erfüllt sind für die hohen Tugenden, in denen unser Kirchen-Oberhaupt strahlt, und wie wir aus tiefstem Herzen uns dem anschliessen, was er, ein neuer Petrus, gelehrt, was er so muthvoll beschlossen und entschieden hat. Eine neue Gluth entflammt unsere Herzen, ein belebenderes Glaubenslicht erhellt unsere Einsicht, eine heiligere Liebe ergreift unsere Seele. Wir fühlen unsere Zungen beben von jenen Flammen, welche in glühendem Wunsche für das Heil der Menschen das Herz Marias entzündeten und die bei ihr befindlichen Apostel trieben, die Grösse Gottes zu verkünden. ¶ Indem wir Deiner Heiligkeit lebhaft für die Erlaubniss danken, in dieser so schweren Zeit Deinem päpstlichen Throne uns nahen, Dich in Deiner Betrübniß trösten und Dir öffentlich die Gefühle bekunden zu dürfen, welche uns selbst, unsere Geistlichkeit und die unserer Sorge anvertrauten Völker beseelen: richten wir an Dich mit Einer Stimme, aus Einem Herzen unseren Zuruf, unseren Glückwunsch und unser Gelöbniß. Lebe lange, heiliger Vater, und zum Heile der Leitung der katholischen Kirche! Fahre fort, wie Du es thust, sie mit Deiner Willenskraft zu schützen, mit Deiner Weisheit zu führen, mit Deinen Tugenden zu schmücken. Gehe uns voran wie der gute Hirt, sei uns Vorbild, weide die Schafe und Lämmer in den himmlischen Triften und stärke sie mit den himmlischen Wassern der Weisheit. Denn Du bist uns der Meister der heiligen Lehre, Du bist der Einheits-Mittelpunkt, Du bist für die Völker das von der göttlichen Weisheit bereitete unaufhörliche Licht, Du bist der Felsen, Du bist der Grund der Kirche selbst, gegen welche die Pforten der Hölle niemals Macht haben werden. Wenn Du sprichst, ist es Petrus, den wir vernehmen; wenn Du befehlst, ist es Jesus Christus, dem wir gehorchen. Wir bewundern Dich,

No. 302.  
Kirchen-  
staat,  
8. Juni  
1862.



**No. 302.** wie Du mitten in so vielen Prüfungen und Stürmen dastehst, mit heiterer Kirchen-  
Stirn, mit unerschütterlichem Herzen, Dein heiliges Amt erfüllend, unbe-  
staat.  
8. Juni  
1862.  
zwinglich und ungebeugt. Aber während wir so viele Ursache haben,  
uns zu preisen, können wir uns gleichzeitig nicht enthalten, unsere Blicke  
auf betäubende Schauspiele zu richten. Von allen Seiten, in der That,  
treten vor unsere Seele die entsetzlichen Verbrechen, welche dieses schöne  
Land Italien, dessen Ehre und Stütze, glückseliger Vater, Du bist, jammer-  
voll verwüstet haben und jetzt Deine und des heiligen Stuhles Souverainität  
zu erschüttern und umzustürzen suchen, aus der doch alles, was es Schönes  
gibt in der bürgerlichen Gesellschaft, wie von seinem Urquell entfloßen  
ist. Weder die dauernden Rechte der Jahrhunderte, noch der lange und  
friedliche Besitz der Macht, noch die von der Autorität des ganzen Europa  
sanctionirten und garantirten Verträge haben es verhindern können, dass  
Alles umgestürzt ward unter Verachtung aller der Gesetze, auf die sich  
bis jetzt die Existenz und die Dauer der Staaten gestützt. Um uns mit  
dem, was uns zunächst berührt, zu beschäftigen, Dich, heiligster Vater,  
sehen wir durch das Verbrechen jener Usurpatoren, welche die „Freiheit  
nur zum Deckmantel ihrer Bosheit“ nehmen, der Provinzen beraubt, welche  
durch die Fürsorge und unter dem Schutze der Würde des heiligen Stuhles  
und der ganzen Kirche sich einer billigen Verwaltung erfreuten. Deine  
Heiligkeit hat mit unbezwinglichem Muthe diesen rechtlosen Gewaltthaten  
Widerstand geleistet, und wir müssen Dir dafür im Namen aller Katholiken  
den lebhaftesten Dank abstaten. Wahrlich, wir bekennen, dass die welt-  
liche Herrschaft des heiligen Stuhls eine Nothwendigkeit und durch den  
klaren Willen der göttlichen Vorsehung eingerichtet worden ist; wir zögern  
nicht, zu erklären, dass in dem gegenwärtigen Zustande der menschlichen  
Dinge diese weltliche Souverainität für das Heil der Kirche und für die  
freie Regierung der Seelen durchaus erfordert wird. Sicherlich musste es  
so sein, dass das römische Oberhaupt der ganzen Kirche weder der Unter-  
than noch der Gast irgend eines Fürsten war, sondern, auf seinem Throne  
sitzend und Herr in seiner Domaine und seinem eigenen Königreich, kein  
anderes Recht anerkannte, als das seinige, und so in edler, friedlicher und  
angenehmer Freiheit den katholischen Glauben schützen, und die ganze  
christliche Republik vertheidigen, leiten und regieren konnte. Wer könnte  
nun in Abrede stellen, dass im Streit der menschlichen Dinge, Meinungen  
und Einrichtungen, mitten in Europa zwischen den drei Continenten der  
alten Welt, ein heiliger Ort sein muss, ein erhabener Stuhl, von dem sich,  
abwechselnd für die Völker und für die Fürsten eine grosse und mächtige  
Stimme erhebt, die Stimme der Gerechtigkeit und der Freiheit, unparteiisch  
und ohne Bevorzugung, frei von jedem willkürlichen Einfluss und weder  
durch Schreckungen zu unterdrücken, noch durch Kunstgriffe zu täuschen.  
Wie und in welcher Weise würde es sich haben machen lassen, dass die  
von allen Punkten des Erdkreises kommenden, alle Völker und alle Gegenden  
vertretenden Prälaten der Kirche hier sicher anlangten, um mit Deiner  
Heiligkeit die wichtigsten Interessen zu berathen, wenn sie auf diesem  
Strande hier irgend einen Fürsten herrschen fänden, welcher entweder ihre

Fürsten schein ansehe oder von ihnen schein angesehen würde wegen seiner Feindseligkeit? Wahrlich, es giebt Christenpflichten und es giebt Staatsbürgerpflichten, Pflichten, die sich keineswegs widerstreiten, aber doch von einander verschieden sind. Wie sollten die Bischöfe sie erfüllen können, wenn nicht in Rom eine weltliche Souverainetät, sowie eine päpstliche Souverainetät herrschte, unabhängig von jedem Recht eines Andern und Mittelpunkt der allgemeinen Eintracht, nicht trachtend nach irgend welcher menschlichen Ehre, nichts thugend für die irdische Herrschaft? Wir sind frei zum freiherrschenden Papste gekommen, als Hirten in den Sachen der Kirche, als dem Wohle und den Interessen des Vaterlandes ergebene Bürger, weder unsere Hirten- noch unsere Bürgerpflichten versäumend. Weil es nun so ist, wer wollte es wagen, diese so alte, auf eine solche Autorität und durch eine solche Macht der Thatsachen gestützte Souverainetät anzufechten? Welche andere Macht könnte ihr verglichen werden, wenn man selbst das menschliche Recht in Betracht zieht, auf dem die Sicherheit der Fürsten und die Sicherheit der Völker beruht? Welche Macht ist so ehrwürdig und heilig? Welche Monarchie oder welche Republik kann, in den vergangenen oder heutigen Jahrhunderten, so erhabener, so alter, so unverletzlicher Rechte sich rühmen? Wenn diese Rechte einmal nur für diesen heiligen Stuhl missachtet und unter die Füße getreten würden, welcher Fürst wäre dann sicher, sein Königreich, welche Republik, ihr Land zu behalten? So, heiligster Vater, kämpfest und streitest Du gewiss für die Religion, aber auch für die Gerechtigkeit und für das Recht, die Grundlagen der menschlichen Dinge bei allen Nationen. Aber es kommt uns nicht zu, länger von dieser wichtigen Sache zu reden, die wir darüber Deine Worte und Deine Belehrungen vernommen haben. Deine Stimme hat in der That, der priesterlichen Trompete vergleichbar, in alle Welt verkündet, dass „durch einen besonderen Rathschluss der göttlichen Vorsehung der römische Oberpriester, der durch Jesum Christum zum Haupt- und Mittelpunkte seiner ganzen Kirche ernannt worden, eine weltliche Souverainetät erlangt“ (Litt. ap. 28. Mai 1860, Alloc. 20. Juni 1859, Encycl. 9. Juni 1860, Alloc. 17. December 1860); wir müssen es also als gewiss annehmen, dass diese Souverainetät nicht zufällig vom heiligen Stuhle erworben, sondern ihm durch eine besondere Veranstaltung Gottes, durch eine lange Reihe von Jahren, durch die einmüthige Zustimmung aller Staaten und Reiche zugewiesen und durch eine Art von Wunder gestärkt und aufrecht erhalten worden ist. Du hast gleichfalls in erhabener und feierlicher Sprache erklärt, dass Du, „die bürgerliche Souverainetät der römischen Kirche, ihre weltlichen Besitzungen und ihre Rechte, welche der katholischen Welt gehören, mit Energie ganz und unverletzlich wahren wollest, dass der Schutz der Souverainetät des heiligen Stuhles und des Patrimoniums Petri alle Katholiken angehe, dass Du bereit seiest, eher Dein Leben zu opfern, als die Sache Gottes, der Kirche und der Gerechtigkeit Preis zu geben“ (Encycl. 19. Januar 1860). Wir antworten auf diese prächtigen Worte, dass wir bereit sind, mit Dir in Gefangenschaft und Tod zu gehen; wir bitten Dich demüthig, in diesem festen Entschluss und dieser Standhaftigkeit unerschütterlich zu bleiben und

No. 302  
Kirchen-  
staat.  
8. Juni  
1862.

No. 302.  
Kirchen-  
-saat.  
8. Juni  
1862.

Engeln und Menschen das Bild einer unbezwinglichen Seele und eines souverainen Muthes zu geben. Das fordert von Dir die Kirche Jesu Christi, zu deren glücklichen Regierung die weltliche Souverainetät den römischen Päpsten von der Vorsehung zugetheilt, und welche die Beschützung dieser Souverainetät so als ihre Sache anerkannt hat, dass ehemals, während der apostolische Stuhl leer stand, mitten unter den schrecklichen Umständen alle Väter vom Concil zu Costnitz selbst in Gemeinschaft die weltlichen Besitzungen der römischen Kirche haben verwalten wollen, wie dies die öffentlichen Documente beglaubigen. Das verlangen von Dir die gläubigen Christen, welche, durch alle Gegenden des Erdballs zerstreut, sich glücklich preisen, dass sie uns frei zu Dir haben kommen und den Interessen ihrer Gewissen obliegen sehen. Das verlangt von Dir endlich die bürgerliche Gesellschaft, welche fühlt, dass der Umsturz Deiner Regierung auch ihre eigenen Grundvesten erschüttern würde. ¶ Durch ein gerechtes Urtheil hast Du jene schuldbeladenen Menchen verdammt, welche die Kirchengüter angetastet haben, und all ihr Thun für null und nichtig erklärt (Allocution vom 25. Septbr. 1859); Du hast decretirt, dass alle von ihnen versuchten Handlungen gesetzwidrig und kirchenräuberisch seien (Allocution vom 20. Juni 1859); Du hast mit Fug und Recht erklärt, dass die Urheber dieser Missethaten kirchliche Strafen und Censuren verwirkt haben (Apostolischer Brief vom 26. März 1860). ¶ Diese ernsten Worte aus Deinem Munde und diese bewundernswürdigen Handlungen müssen wir mit Hochachtung aufnehmen und nochmals unsere volle Zustimmung aussprechen. Gerade so wie der Körper stets zugleich mit dem Haupte leidet, mit welchem er durch das Band der Glieder und dasselbe Leben verbunden ist, — ist es nothwendig, dass wir in vollkommener Mitleidenschaft mit Dir stehen. Wir sind in Deiner schmerzlichen Trauer so mit Dir verbunden, dass wir alles, was Du leidest, vermöge der Gemeinschaft unserer Liebe mitleiden. Wir flehen zu Gott, dass er diesen so ungerechten Bedrängnissen ein Ende machen und der in so schmähhlicher Weise geplünderten und unterdrückten Kirche, der Braut seines Sohnes, ihre Freiheit und ihren früheren Glanz wiedergebe. ¶ Doch wir wundern uns nicht darüber, dass die Rechte des heiligen Stuhles mit so heftigem und unversöhnlichem Hasse angegriffen werden. Schon vor mehreren Jahren war die Thorheit gewisser Menschen auf den Punkt gediehen, dass sie sich nicht nur bemühten, alle Lehren der Kirche zu verwerfen oder in Zweifel zu ziehen, sondern auch die christliche Wahrheit und die christliche Gemeinde über den Haufen zu werfen. Daher diese gottlosen Angriffe einer hohlen Wissenschaft und falschen Bildung auf die Lehren unserer heiligen Schriften und deren göttliche Offenbarung. Daher jenes arglistige Bestreben, die Jugend der mütterlichen Obhut der Kirche zu entziehen, um ihr die Irrlehren des Jahrhunderts, häufig sogar mit Vorenthaltung jedes Religions-Unterrichts, einzuflossen; daher diese neuen und verderblichen Theorien von der socialen, politischen und religiösen Weltordnung, die jetzt allthalben verbreitet werden: daher die bei Vielen hier zu Lande nur zu sehr eingebürgerte Gewohnheit, die Autorität der Kirche zu verachten, sich ihre Rechte anzumassen, ihre Vor-

schriften zu verkennen, ihre Diener zu beleidigen, ihren Cultus zu verspotten, und alle Menschen, welche sich schmähdlich von der Religion entfernen und auf der Bahn der Verderbniss wandeln, namentlich aber, wenn es Geistliche sind, zu ehren und zu preissen. Die ehrwürdigen Prälaten und die Priester des Herrn werden ihrer Macht entkleidet, zum Exil gezwungen oder in Fesseln geschlagen; in beleidigender Weise werden sie vor die bürgerlichen Gerichte geschleppt, weil sie ihrem heiligen Amt treu geblieben sind. Die Bräute Christi seufzen, aus ihren Schutzstätten verjagt, von Leid verzehrt, oder auf dem Punkte, vor Elend zu sterben; die Mönche sind gezwungen, gegen ihren Willen wieder in die Welt zu treten; gewalthätige Hände strecken sich nach dem heiligen Erbtheil der Kirche aus; durch abscheuliche Bücher, durch Zeitschriften, durch Bilder wird zu gleicher Zeit der Sitte, der Religion, ja, der Schamhaftigkeit der Krieg erklärt. ¶ Diejenigen, welche sich solche Angriffe erlauben, wissen recht gut, dass beim heiligen Stuhle, gleichsam wie in einer uneinnehmbaren Feste, die Stärke und die Gerechtigkeit aller Tugend und aller Wahrheit wohnen, und dass die Anstrengungen des Feindes an dieser Burg zerschellen; dass der heilige Stuhl ein Wirthurm ist, von dessen Spitze aus das scharfblickende Auge des Wächters die in der Ferne gelegten Schlingen entdeckt und seine Gefährten davon in Kenntniss setzt. Daher dieser unversöhnliche Hass, dieser unheilbare Neid, daher dieser leidenschaftliche Eifer der verkehrten Menschen, welche die römische Kirche und den heiligen apostolischen Stuhl herabdrücken, ja, vernichten möchten, wenn es je möglich wäre. ¶ Wer würde nicht, beiligster Vater, wenn er solche Dinge ansieht oder auch nur anhört, seine Thränen fließen lassen? Von gerechtem Schmerze ergriffen, erheben wir daher Augen und Hände zum Himmel und flehen mit aller Kraft unserer Seele den göttlichen Geist an, auf dass er, der einst die im Entstehen begriffene Kirche Petri kräftigte und heiligte, sie heute unter Deinem Hirtenstabe und Scepter schütze, ausdehne und verherrliche. Möge Maria, die von uns feierlich mit dem Titel der Unbefleckten Begrüßte, die Zeugin der von uns gehegten Wünsche sein! mögen die heilige Asche der heiligen Patrone der römischen Kirche, Petrus und Paulus, sowie die ehrwürdigen Reliquien so vieler Päpste, Märtyrer und Bekenner des Glaubens, welche schon den Boden, auf dem unser Fuss steht, heilig machen; mögen namentlich jene Seligen, welche heute ein allerhöchstes Decret von Dir in die Reihen der Heiligen eingetragen hat, Zeugen davon sein; sie müssen jetzt in einer neuen Weise den Schutz der Kirche in die Hand nehmen, und werden dort droben an ihren Altären dem Allmächtigen ihr erstes Gebet für Dich darbringen. ¶ In ihrer Gegenwart daher verdammen wir Bischöfe hier — damit die Gottlosigkeit sich nicht so anstelle, als ob sie nichts davon wisse, und damit sie nicht wage, es zu leugnen, — die von Dir verdamnten Irrlehren, und verwerfen und verabscheuen die neuen und fremden Lehren, welche allerwärts zum Schaden der Lehre Jesu Christi verbreitet werden; wir verdammen und verwerfen die Kirchen-Schändungen, Plünderungen, Verletzungen der geistlichen Immunität und die übrigen gegen die Kirche und den Stuhl Petri verübten Frevelthaten. ¶ Diesen Protest, dessen

Nö. 302.  
Kirchen-  
staat,  
8 Juni  
1862.

**No. 302.** Eintragung in die öffentlichen Bücher der Kirche wir begehren, bringen wir Kirchenstaat, 6. Juni 1862. in aller Aufrichtigkeit im Namen unserer abwesenden Brüder vor, sowohl derer, welche inmitten so vieler Bedrängnisse, in ihren Häusern festgehalten, heute murren und schweigen, wie derer, welche, durch ernste Geschäfte oder schlechte Gesundheit verhindert, heute in unserer Mitte nicht erscheinen konnten. Wir reihen uns unseren Klerus und unser getreues Volk an, die, gleich uns, von einer frommen Ehrerbietung und tiefen Liebe beseelt, ihre Anhänglichkeit an Dich sowohl durch ihr anhaltendes Gebet, wie durch das mit edler Freigebigkeit gespendete Opfer des Peters-Pfennigs bewiesen, indem sie wohl wussten, dass ihre Opfer sowohl den Bedürfnissen des Oberhirten der Kirche dienen, als auch seine Freiheit schützen würden. ¶ Möge es Gott gefallen, dass alle Völker sich verständigen, um diese heilige Sache der christlichen Welt und der socialen Ordnung sicher zu stellen! Möge es Gott gefallen, dass die Könige und die Mächtigen der Welt begreifen, wie die Sache des Papstes die Sache aller Fürsten und aller Staaten ist; möge es Gott gefallen, dass sie sehen, wohin die verbrecherischen Bemühungen seiner Widersacher führen, und mögen sie die entscheidenden Beschlüsse fassen! — Möge es Gott gefallen, dass jene wenigen Geistlichen und Mönche, welche, ihres Berufes nicht eingedenk, indem sie ihren Oberen den schuldigen Gehorsam verweigerten und frevelhaft sich die Rechte der Kirche anmassten, dem Verderben entgegen eilen, zur richtigen Erkenntniss kommen! ¶ Das ist es, was wir mit Dir, heiliger Vater, weinend, inbrünstig vom Himmel erleben, während wir, zu Deinen Füßen liegend, von Dir jene himmlische Kraft begehren, welche Dein apostolischer und väterlicher Segen verleiht. Möge er der Tiefe Deines Herzens reich entströmen, damit er sich nicht nur über uns, sondern auch über unsere vielgeliebten abwesenden Brüder und die uns anvertrauten Gläubigen ergiesse! Möge er für unsere Schmerzen wie die der Welt eine Linderung und Tröstung sein, möge er uns in unserer Schwäche aufrichten, unsere Arbeiten und Werke befruchten und endlich rasch glückliche Zeiten für die heilige Kirche Gottes herbeiführen!

Rom, 8. Juni im J. des Herrn 1862. (Folgen 266 Unterschriften.)

#### Antwort des Papstes.

Die Gefühle, die Ihr, ehrwürdige Brüder und vielgeliebte Söhne, uns kundgethan, haben uns hoch erfreut; sie sind die Unterpfeiler Eurer Liebe gegen den heiligen Stuhl, und noch mehr, sie sind ein glänzender und herrlicher Beweis von dem Bande der Liebe, das so innig die Hirten der katholischen Kirche nicht allein unter einander, sondern auch mit diesem Stuhle der Wahrheit verbindet; hieraus erhellt, dass Gott, der Urquell des Friedens und der Liebe, mit uns ist. Und wenn Gott mit uns, wer kann wider uns sein? Daher sei Gott Lob, Ruhm und Ehre! Friede, Heil und Freude sei mit Euch? Friede sei Euren Herzen! Friede den Eurer Obhut anvertrauten gläubigen Christen! Friede sei mit Euch und mit Allen, damit Ihr jubelt mit den Heiligen und ein neues Loblied singet im Hause des Herrn von Jahrhundert zu Jahrhunderten!

## No. 303.

ITALIEN. — Adresse der Italienischen Deputirtenkammer an den König, die Entgegnung auf die Adresse des Klerus an den Papst. —

[Uebersetzung.]

No. 303.

Italien,  
18. Juni  
1862.

Sire! Zahlreiche Bischöfe, zum grössten Theile Italien fremd, haben, in Rom zu einer religiösen Feierlichkeit versammelt, unser Vaterland mit Schmähungen bedeckt, die um so schwerer sind, als sie die Negation unseres nationalen Rechtes enthalten und den Stempel ausländischer Gewaltthätigkeit tragen. Auf die unerhörte Lehre, dass Rom die Sclavin der katholischen Welt sei, und dass die Zwecke der Religion unvereinbar seien mit der Unabhängigkeit der Halbinsel, antworten wir, Sire, indem wir uns fest um Sie schaaren und Angesichts Italiens und der Römer erklären, dass wir entschlossen sind, das Recht der Nation aufrecht zu halten, ebenso wie das ihrer Hauptstadt, welche durch die Gewalt unter einer Herrschaft zurückgehalten wird, der sie widerstrebt. ¶ Wir wollen uns, Sire, von derselben Standhaftigkeit durchdringen lassen, von der Sie unserem Vaterlande und der Welt ein so grosses Beispiel geben. Unseren Feinden, wer sie auch sein mögen, werden wir das ruhige Vertrauen des italienischen Volkes auf die Gerechtigkeit seiner Sache entgegenstellen, das Vertrauen auf die Kraft seiner freien Institutionen, auf die Tapferkeit der Armee und des zur Betheiligung an dem nationalen Kampfe bereitwilligen Bürgers, und vor Allem auf Ihre Tapferkeit, Sire, Ihre Loyalität und die Verehrung, welche Ihr Name überall findet. ¶ Das sind die Gründe, aus denen die öffentliche Meinung aller civilisirten Völker dieser Haltung Italiens gegenüber verlangt, dass Italien unter die Nationen aufgenommen werde, welche ihre eigenen Herren sind. ¶ In der Gewissheit, alle die mit uns vereint zu sehen, welche durch Natur und Recht zur italienischen Familie gehören, glauben wir den Moment nicht fern, wo die Hindernisse aufgehoben werden, welche bisher die Erfüllung des Wunsches, der Rom als Hauptstadt Italiens begrüsst, verzögert haben. ¶ Die Worte, welche jüngst in den Hallen des Vatikans erschollen sind, erklären die Massregeln für unmöglich, durch welche die Diplomatie mit der Rom unterdrückenden weltlichen Herrschaft das Recht Italiens, mit dem Ihrer Krone identisch, vereinen zu können geglaubt hat. Diese Sprache erschreckt uns nicht; sie hat jenen Zögerungen jeden Grund genommen, welche die Mässigung Ihres Volkes auf eine so harte und schwere Probe stellen. ¶ Daraus, dass ausländische Prälaten, wenig beachtend die ausschliesslich religiöse und geistliche Natur ihrer hohen Sendung, so feierlich ein Votum für die politische Reaction abgeben, daraus, dass aus den im Namen des Pontifex regierten Gebieten verbrecherische Banden Verheerung in die südlichen Provinzen des Königreichs hineinbringen, wird Europa erkennen, dass Ihre Autorität, Sire, und die der Gesetze eines freien Volkes, das stolz ist, Sie an seiner Spitze zu haben, allein den römischen Verhältnissen eine friedliche Grundlage geben können, indem sie die Confusion und den Conflict der Gewalten aufhebt, welche die Gewissen beunruhigt und den Frieden der Welt bedroht.

## No. 304.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. an den königl. Gesandten in Karlsruhe. — Die Stellung Preussens zur kurhess. Verfassungsfrage und zum Wahlgesetze von 1849 betr.

Berlin, 27. März 1862.

No. 304.  
Preussen.  
27. März  
1862.

Hochgeborener Herr Graf! Ew. Hochgeboren übersende ich anliegend Abschrift eines Erlasses, welchen der Freiherr von Roggenbach unterm 18. d. M. in der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit an den Grossherzoglich Badischen Gesandten am hiesigen Hofe gerichtet und von welchem der letztere die Gefälligkeit gehabt hat, mir Abschrift zu lassen. ¶ Ich habe aus demselben zunächst nur mit lebhafter Befriedigung den Entschluss der Grossherzogl. Regierung entnehmen können, gegenüber dem gemeinschaftlichen Antrage Preussens und Oesterreichs vom 8. d. M., ihren eigenen Antrag vom 4. Juli v. J.\*) nicht als einen gegensätzlichen aufrecht zu halten, sondern unserem Antrage seinem einfachen Wortlaute nach, und sofern durch den Ausschuss keine beschränkende oder den Charakter desselben verändernde Anträge gestellt werden, zuzustimmen. Dass dies letztere nicht geschehe, ist auch unser Wunsch. Je einfacher und unbedingter die Annahme des Antrags erfolgt, um so grösser wird die Wirkung sein, welche wir von demselben erwarten dürfen. Diese Wirkung beruht wesentlich auf dem Eindruck, welchen die Uebereinstimmung der Deutschen Regierungen in Kassel hervorbringen wird. Wir haben geglaubt, dass dieser Eindruck gerade dann am stärksten sein werde, wenn durch den Beschluss des Bundes der Kurfürstlichen Regierung die Gewissheit gegeben würde, dass die Deutschen Regierungen von wie verschiedenen Auffassungen sie auch bisher ausgegangen sein möchten, doch jetzt alle in der Ueberzeugung zusammenträfen, dass eine friedliche und erspriessliche Lösung der beklagenswerthen Verwickelungen nur durch ein offenes und rückhaltloses Aufgeben des bisherigen Weges und eine Rückkehr zu der alten, eben so sehr auf historischen Grundlagen, wie auf einer freien und gegenseitigen Vereinbarung beruhenden Verfassung von 1831 gefunden werden könne. Um dieser Ueberzeugung einen unbedingten Ausdruck geben zu können und uns damit ihr volles moralisches Gewicht zu sichern, sind wir auch über die Bedenken hinweggegangen, welche, wie der Grh. Minister bemerkt, sich einer Fassung des Antrages hätten entgegenstellen können, wodurch der Kurfürstlichen Regierung ein Rath ertheilt, ja eine ausdrückliche Aufforderung zum Handeln an dieselbe gerichtet wird. ¶ Wenn wir aber erst von dieser Aufforderung, sofern sie zum Bundesbeschluss erhoben wird, diejenige moralische Wirkung erwarten, welche in Kassel eine Wendung der Dinge herbeiführen kann, so wird die Grossh. Regierung sich auch überzeugen, dass wir ihr nicht im Voraus diejenigen Garantien über die Ausführung und das Gelingen des Werkes geben können, auf welche der Freiherr von Roggenbach in seiner Depesche vom 19. d. M. hindeutet. Unseres Erachtens können diese Garantien wesentlich nur darin gefunden werden, dass die Ausführung sich in der Hand von Männern befinde, welche durch ihre ganze politische

\*) Bd. I. No. 84.

Haltung und ihre feste Anhänglichkeit an die alte Verfassung sich das Vertrauen des Landes erworben haben, und bei denen zugleich eine wahrhaft besonnene und gemässigte Gesinnung vorausgesetzt werden darf. Eine andere Bürgschaft für einen wirklichen Frieden, für eine redliche Ausführung der Absichten, von denen die Kaiserliche Oesterreichische Regierung sowohl, wie wir selbst bei der Stellung des gemeinschaftlichen Antrages geleitet waren, wissen wir nicht aufzufinden. Die Art und Weise der Ausführung glaubten wir mit Vertrauen einer Regierung, welche diese Elemente in sich vereinigt, überlassen zu dürfen. ¶ In allem bisher Erwähnten glaube ich auf die Zustimmung der Grossherzogl. Regierung rechnen zu dürfen. Aber ich verhehle mir auch die Verschiedenheit der Auffassung nicht, welche sich in einem allerdings nicht unwichtigen Punkte in der Depesche des Freiherrn von Roggenbach ausspricht; und jemehr ich wünsche, für die praktische Behandlung der Sache am Bundestage eine Einigung zu erreichen, um so nothwendiger ist es, auch hierüber eine volle Klarheit eintreten zu lassen. ¶ Wir haben nämlich unter demjenigen, was wir der Kurfürstlichen Regierung selbst überlassen zu dürfen glaubten, auch die Entscheidung über die Anwendung der Wahlgesetze von 1831 oder 1849 mitbegriffen. Die Grossherzoglich Badische Regierung kann sich hierzu nicht entschliessen; es scheint vielmehr gerade dies der Punkt zu sein, über welchen sie im Voraus eine Bürgschaft verlangt, welche die Rechtscontinuität zwischen den früheren und künftigen Rechtszuständen sichern soll. Sie geht dabei von der Auffassung aus, dass ein wesentliches Moment dieser Rechtscontinuität, über deren Nothwendigkeit wir mit ihr vollständig einig sind — in der Anwendung des Wahlgesetzes von 1849, als des vor dem Eintreten des Zwischenzustandes in Wirksamkeit bestandenen, gesucht werden müsse. ¶ Es ist dem Freiherrn von Roggenbach nicht unbekannt, dass wir diese Auffassung in ihrer Unbedingtheit nicht theilen. Wenn wir die Frage über die Anwendung des einen oder des anderen der beiden Wahlgesetze als eine offene behandelten, so konnten wir dies nur in der Ueberzeugung thun, dass die Rechtscontinuität eben so vollständig durch eine Anknüpfung an das Wahlgesetz von 1831 gewahrt werde, falls diese durch die freie Uebereinstimmung des Landes und der Regierung erfolgte. Durch diese freie Uebereinstimmung werden unseres Erachtens auch alle Bedenken vollständig beseitigt, welche von einem bloss formalen Standpunkt aus erhoben werden könnten. ¶ Dazu kommt, dass das Wahlgesetz von 1831 innig mit den Grundlagen und dem ganzen historischen Charakter der Verfassung von 1831 verwachsen ist, während das Wahlgesetz von 1849 sich von diesen Grundlagen in nicht unwichtigen Punkten entfernt. ¶ Es ist auch unter den besonnenen und gemässigten Anhängern der Verfassung in Kurhessen selbst kaum ein Zweifel darüber vorhanden, dass das Wahlgesetz von 1849 den wahren Bedürfnissen und den Wünschen des Landes selbst nicht entspricht, und dass einer der ersten Akte einer nach demselben zusammenberufenen Versammlung in einer wesentlichen Abänderung desselben bestehen müsste. Dass dies in einem speciellen Punkte durch die Berücksichtigung bundesrechtlicher Ansprüche gefordert werde, ist auch



**No. 304.** in der Depesche vom 18. März bereits anerkannt. Ob dies auf dem einfachen Wege einer Einberufung der Berechtigten und ihres Eintrittes in die Versammlung geschehen könne, ohne dass sich auch hier wieder formale Bedenken erheben würden, mag dahingestellt bleiben. Sind doch, wie der grossherzogl. Regierung nicht unbekannt sein wird, selbst gegen die formale Begründung des Wahlgesetzes von 1849 auf dem Boden von Verfassungsbestimmungen schon bei seiner Entstehung einzelne Bedenken laut geworden. Eine sichere und dem Rechtsbewusstsein vollständig entsprechende Basis wird eine das Vertrauen des Landes besitzende Regierung in der freien Zustimmung des Landes zu ihren Akten finden dürfen. Diese Zustimmung zu der Anwendung des Wahlgesetzes von 1831 zu erlangen, werden auch diejenigen die Kurfürstliche Regierung nicht verhindern wollen, welche sich selbst für das Wahlgesetz von 1849 aussprechen würden. Wir haben die Berechtigung einer Auffassung nicht anerkennen können, welche das Wahlgesetz von 1831 vom Bundestage selbst als Bedingung hätte aufstellen lassen; — eben weil wir die freie Zustimmung des Landes als Bedingung desselben voraussetzten. Aber indem wir der Kurfürstl. Regierung überlassen, selbst zu beurtheilen, was sie in dieser Beziehung vom Lande vertrauensvoll fordern und erwarten zu dürfen glaubt, verhehlen wir weder unsere eigene Ueberzeugung von den Vorzügen der älteren Wahlordnung, noch unseren aufrichtigen Wunsch, dass das hessische Land seine freudige Zustimmung zu einer nach allen Seiten hin versöhnenden Lösung geben möge. Wir glauben dem hessischen Lande keinen bessern Dienst leisten zu können, als wenn wir, indem wir seine Rechte wahren, zugleich ihm eine solche friedliche Lösung zu erleichtern suchen, und wir können nur dringend wünschen, dass dieselbe nicht von anderer Seite, auch in der besten und redlichsten Absicht, erschwert werden möge. ¶ Dies sind die Gründe, welche uns zu der Fassung unseres Antrages bewegen haben. Die Berathungen des Ausschusses und der von demselben zu erstattende Bericht werden hoffentlich von denselben Grundsätzen geleitet werden. Wir werden dabei mit unserer eben ausgesprochenen Ueberzeugung in Betreff der beiden Wahlgesetze nicht zurückhalten, und wir würden uns glücklich schätzen, wenn wir dafür die Zustimmung der befreundeten Regierungen gewinnen könnten. Jedenfalls aber hegen wir die Zuversicht, dass der Austausch der verschiedenen Meinungen bei den Berathungen des Ausschusses eine Vereinigung über den wesentlichen Kern der Berichterstattung nicht unmöglich machen, namentlich auch auf die schliessliche Abstimmung über den Antrag selbst keinen Einfluss äussern, und den Charakter, welchen wir demselben zu erhalten wünschen, nämlich den Ausdruck der übereinstimmenden Ueberzeugung der deutschen Regierungen in dem Hauptpunkte, der Nothwendigkeit der Rückkehr zu der alten Verfassung, nicht verändern werden. ¶ Ew. Hochgeboren ersuche ich ergebenst, dem Freiherrn von Roggenbach, mit dem Ausdruck meines aufrichtigsten Dankes für seine offene und vertrauensvolle Mittheilung und das darin gezeigte bereitwillige Entgegenkommen, zugleich unsere eigene Auffassung darzulegen und ihm

zu dem Ende von diesem Erlass vollständig Kenntniss zu geben, auch wenn er es wünscht, Abschrift von demselben zu lassen. ¶ Empfangen etc.  
*An den Grafen Flemming etc., Karlsruhe.*

**No. 304.**  
 Kurbessen,  
 27. März  
 1862.

*Bernstorff.*

### No. 305.

**KURBESSEN.** — Verordnung vom 26. April 1862, die Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände betreffend. —

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst &c. &c. verordnen, nach Anhörung Unseres Gesamt-Staatsministeriums, da die auf Grund und nach Massgabe der Verfassungs-Urkunde und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 ausgeschriebenen Wahlen zu der zweiten Kammer der drei letztberufenen Landtage von der Mehrzahl der hierzu berufenen Wähler unter dem unstatthaften, die Verhinderung der Ausübung des landständischen Berufs Seitens der Landtags-Abgeordneten bezweckenden Vorbehalte des Verfassungsrechts von 1831 vollzogen worden sind, und in Folge dessen die Mehrheit der Abgeordneten zur zweiten Kammer im Widerspruche mit der Annahme der Wahlen nach der Verfassung und dem Wahlgesetze vom 30. Mai 1860 die Erfüllung ihres verfassungsmässigen Berufs verweigert hat; ¶ da ein solches ordnungswidriges Verfahren zur Hinderung des verfassungsmässigen Ganges der Regierung nicht geduldet werden darf, vielmehr die Vollziehung der Wahlen auf Grund und nach Massgabe der Verfassung und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 jeden entgegenstehenden Vorbehalt ausschliesst, und die Erfüllung und Ausführung des durch die Verfassungs-Urkunde vom 30. Mai 1860 vorgezeichneten landständischen Berufs mit rechtlicher Nothwendigkeit fordert; ¶ da eine Sicherung gegen gleiche oder ähnliche Ordnungswidrigkeiten, sowie eine Bürgschaft für die Ausführung und Erfüllung des verfassungsmässigen Berufs Seitens der Abgeordneten zur zweiten Kammer der Landstände hiernach geboten ist,

**No. 305.**  
 Kurbessen,  
 26. April  
 1862

wie folgt:

§ 1. Wer in seiner Eigenschaft als Wahlberechtigter an einer Wahl zur zweiten Kammer der Landstände, sei es in activer oder passiver Weise, Theil nehmen will, hat vor der stattfindenden Wahl der Abgeordneten, bezüglich Wahlmänner (§§ 28, 29 und 40 des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860) die Erklärung abzugeben:

dass er die Wahl zur zweiten Kammer der Landstände auf Grund und nach Massgabe der Verfassung und des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 ohne irgend einen Vorbehalt vornehmen, beziehungsweise eintretenden Falles annehmen, und die unweigerliche geschäftsordnungsmässige Erfüllung des, durch die Ver-

**No. 305.**  
Kurhessen,  
26. April  
1862.

fassungs-Urkunde vom 30. Mai 1860 vorgezeichneten, landständischen Berufs Seitens der aus der Wahl hervorgehenden Abgeordneten gewahrt wissen wolle.

§ 2. Diese Erklärung ist von dem Wahl-Commissar für die Wahlen der grösseren nicht ritterschaftlichen Grundbesitzer (§ 26 des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860), von den Bürgermeistern der Städte (§ 30 daselbst) und von den Bürgermeistern der Landgemeinden (§ 40 daselbst) vor dem betreffenden Landrathe (Regierungs-Commissar, Polizei-Director) zu Protocoll abzugeben. ¶ Nachdem mit diesem Protocoll das Wahlprotocoll eröffnet sein wird, haben sodann der genannte Wahlcommissar vor der Wahl der Abgeordneten (§ 28 daselbst), beziehungsweise die Bürgermeister der Städte und der Landgemeinden vor der Wahl der Wahlmänner (§§ 33 und 40 daselbst) die ausser ihnen wahlberechtigten (s. § 1, Abs. 1) Personen die obige Erklärung entweder schriftlich oder zu Protocoll abgeben zu lassen. ¶ Die Abfassung dieser Protocolle hat in der von Unserem Ministerium des Innern dafür vorzuschreibenden Form zu erfolgen.

§ 3. Wer diese Erklärung abzugeben verweigern sollte, darf zu den Wahlen der Abgeordneten, so wie der Wahlmänner nicht zugelassen werden, und ist, insofern er solche nicht vor der Abgeordnetenwahl nachholen würde, in dem betreffenden Verzeichniss zu streichen. ¶ Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden bei dem Wahlcommissar und den Bürgermeistern der Städte und Landgemeinden mit Ordnungsstrafen von 30 bis 50 Thalern geahndet, und ist bei fortgesetzter Renitenz gegen die Ausführung dieser Verordnung gegen die wahlleitenden Gemeindebeamten das Disciplinarverfahren einzuleiten.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des beigedrückten Staatssiegels, gegeben zu Kassel am 26. April 1862.

**Friedrich Wilhelm.**

(St. S.)

Vt. Volmar.

## No. 306.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Sechszehnte Sitzung vom 1. Mai 1862. (§ 186) Protest der althessischen Ritterschaft gegen den Oesterreichisch-Preussischen Antrag. \*) —

**No. 306.**  
Deutscher  
Bund,  
1. Mai  
1862.

Kurhessen. Der Gesandte ist beauftragt, den Protest zur Kenntniss hoher Bundesversammlung zu bringen, welchen die althessische Ritterschaft, gestützt auf ihre altständischen Rechte, die ältesten des Landes, dagegen einlegt, wenn durch den Oesterreichisch-Preussischen Antrag in der Kurhessischen Verfassungssache diese Rechte nicht volle Berücksichtigung finden sollten. Der Protest ist an Kurfürstliches Ministerium des Innern gerichtet und lautet:

„Seit den ältesten Zeiten bildete die althessische Ritterschaft eine der drei Curien der unter der Leitung des Erbmarschalls

\*) No. 255.

tagenden althessischen Landstände, während die Obervorsteher der ritterschaftlichen Stifter Kaufungen und Wetter einer der beiden anderen Curien, der der Prälaten, angehörten.

No. 306.  
Deutscher  
Bund,  
1. Mai  
1862.

Diese althergebrachten, lange Jahrhunderte hindurch bis 1831 bestandenen landschaftlichen Rechte des Erbmarschalls, der althessischen Ritterschaft und der ritterschaftlichen Obervorsteher fanden dann auch in der Verfassung vom 5. Januar 1831, § 63, Num. 3, 4 und 6, und dem Wahlgesetze vom 16. Februar 1831, § 4 und § 6, Num. 1, sowie in den beiden Verfassungen von 1852 und 1860 Anerkennung.

Die Fassung des zur Oeffentlichkeit gelangten, von der Kaiserlich-Oesterreichischen und der Königlich-Preussischen Regierung am 8. März d. J. bei der hohen deutschen Bundesversammlung eingebrachten, die Kurbessische Verfassungsfrage betreffenden Antrages lässt nicht deutlich erkennen, ob und inwieweit die standschaftlichen Rechte der althessischen Ritterschaft bei der definitiven Regelung der Hessischen Verfassungsangelegenheit entsprechende Berücksichtigung finden müsse.

Wir nehmen zwar keineswegs an, dass es geradezu beabsichtigt sein könne, einem wohlberechtigten conservativen Elemente der seitherigen Hessischen Landesvertretung seine fernere Geltung zu entziehen, zumal in jenen Antrag ein Vorbehalt zu Gunsten der Reichsritterschaft Aufnahme gefunden hat, obgleich diese erst durch die Verfassung von 1831 in die Landesvertretung eingeführt worden ist, während das standschaftliche Recht der althessischen Ritterschaft das älteste im Lande ist und der Grundbesitz der nur aus einigen wenigen Familien bestehenden Reichsritterschaft im Vergleich mit demjenigen der zahlreichen althessischen Ritterschaft nur einen unbedeutenden Bruchtheil bildet.

Wir verhehlen uns aber nicht, dass in Folge obengedachten Antrages, sofern derselbe zum Beschlusse erhoben werden sollte, schliesslich eine Verkümmernng unserer landschaftlichen Rechte herbeigeführt werden könnte, und halten uns unter diesen Umständen für verpflichtet, gegen eine jede definitive Regelung der Kurbessischen Verfassungsangelegenheit, bei welcher die standschaftlichen Rechte der althessischen Ritterschaft nicht volle Berücksichtigung finden sollten, Namens dieser Ritterschaft im Voraus Verwahrung einzulegen.

Wir bitten Kurfürstliches Ministerium, diesen Protest anzunehmen und das angeschlossene Duplicat desselben zur Kenntniss der hohen Bundesversammlung gelangen zu lassen.“

Auf Präsidialvorschlag wurde beschlossen: diese Mittheilung der Kurfürstlich-Hessischen Regierung dem Ausschusse für die Kurbessische Verfassungsangelegenheit zuzuweisen.

## No. 307.

PREUSSEN. — Min. d. Ausw. a. d. kön. Gesandten in Wien. — Aufforderung an das K. K. Cabinet zu gemeinschaftlicher, unmittelbarer Einwirkung in Cassel. —

Berlin, den 6. Mai 1862.

N. 307.  
cussen,  
1. Mai  
1862.

Hochwohlgeborener Freiherr! Eure Excellenz sind durch meine telegraphische Mittheilung bereits davon unterrichtet, dass der Versuch, dem Kurfürsten von Hessen von der Ausführung der Verordnung vom 26. April und dem Ausschreiben neuer Wahlen durch den Bund abmahnen zu lassen, gescheitert ist. Die Sache ist dadurch auf eine Spitze getrieben, auf welcher eine unmittelbare Entscheidung erfolgen muss. ¶ Wir können weder die rücksichtslose Nichtachtung unserer ausgesprochenen Absichten, welche in dem jüngsten Vorgehen der Hessischen Regierung liegt, noch auch die Gefahren übersehen, welche der Versuch, Minoritätswahlen zu erzwingen, in seinem Schosse birgt. Der herausfordernde Charakter der neuesten Massregeln ist der Art, dass wir unsere Action nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen dürfen. Unseres Erachtens kann die Oesterreichische Regierung dies jetzt eben so wenig als wir. ¶ Wir sind daher entschlossen, an die Kurfürstliche Regierung die Forderung zu stellen, dass sie die direct gegen unseren gemeinschaftlichen Antrag vom 8. März gerichtete Verordnung vom 26. April zurücknehme und überhaupt das ganze Wahlverfahren sistire. Um diese Forderung mit Nachdruck zu unterstützen, werden Se. Majestät der König Allerhöchstihren General-Adjutanten und Ober-Stallmeister, General-Lieutenant v. Willisen, mit einem Schreiben an den Kurfürsten nach Kassel senden. ¶ Wenn der Kurfürst sich diesem Begehren fügt, so werden wir darin die gebührende Genugthuung, zugleich aber auch die Bürgschaft erblicken, dass er den in unserem gemeinschaftlichen Antrage vom 8. März bezeichneten Weg wirklich einschlagen wird. ¶ Lehnt der Kurfürst unsere Forderung ab, so wird die nächste und unmittelbare Folge die Abberufung unseres Gesandten aus Kassel sein, verbunden mit der Erklärung, dass Se. Maj. der König im weiteren Verlauf nach den Umständen handeln und nur noch das Interesse Preussens zu Rathe ziehen werde, welches von den Folgen der überstürzenden Massregeln der Kurfürstlichen Regierung auf das Unmittelbarste berührt wird. ¶ Unser Verhältniss zu dem Antrage vom 8. März wird hiedurch nicht verändert. Wir werden vielmehr gleichzeitig sämmtliche deutsche Bundesregierungen darauf aufmerksam machen, wie das Vorgehen der Hessischen Regierung die Nothwendigkeit einer schleunigen Abstimmung am Bunde und einer einfachen Annahme des Oesterreichisch-Preussischen Antrages auf das Schlagendste beweist. Wir setzen voraus, dass diese spätestens binnen 14 Tagen erfolgen kann. ¶ Die Kaiserlich-Oesterreichische Regierung findet sich, unseres Erachtens, der Kurfürstlichen Regierung gegenüber in derselben Lage wie wir, wenn auch die Gefahren der unausbleiblichen Verwirrung in Hessen ihr nicht so nahe treten wie uns. Wir würden es natürlich und wünschenswerth finden, dass sie sich zu einer gleichen Mission nach Kassel schon jetzt entschliesse. Einem sol-

oben Schritt beider Regierungen wird der Kurfürst voraussichtlich keinen Widerstand entgegensetzen; und wir werden uns alsdann freuen, auf diese Weise die Lösung durch ein gemeinsames Handeln erreicht zu haben. ¶ Um eine gleichzeitige Sendung von Wien aus zu ermöglichen, wollen wir die Abreise des diesseitigen Abgesandten noch aufhalten, bis Ew. Excellenz uns von der Aufnahme dieser Mittheilung bei dem Herrn Grafen von Rechberg unterrichtet haben, worüber ich eine telegraphische Meldung erwarte. ¶ Ich ersuche Sie, sofort mit dem Kaiserlichen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen, und ermächtige Sie, ihm Abschrift dieser Depesche zu lassen. ¶ Empfangen etc.

Sr. Ex dem Frhrn. v. Werthern, etc. Wien.

Bernstorff.

### No. 308.

Deutsche Bundesversammlung. — Siebenzehnte Sitzung vom 8. Mai 1862. (§ 156) die Behandlung der Verwahrungen kurhessischer Wahlcorporationen gegen die Verordnung vom 26. April betr. —

Verzeichniss der Eingaben. — Die Eingabe No. 26, von Dr. Juchow, Advocaten dahier, als Bevollmächtigten am 5. d. M. überreicht und von 87 Wählern der Residenzstadt Cassel unterm 1. d. M. an hohe Bundesversammlung gerichtet, um Verwahrung gegen die von der Kurfürstlichen Regierung erlassene Verordnung vom 26. April d. J. in Betreff der Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände einzulegen, beantragt Präsidium der Reclamationscommission zuzuweisen, an welche eine frühere Eingabe von solchen Wählern überwiesen worden ist und in der Regel alle Privateingaben zu gelangen haben.

Der Königlich-Preussische Herr Gesandte schlägt vor, die vorliegende Eingabe nicht erst an die Reclamationscommission, sondern sogleich an den Ausschuss für die Kurhessische Verfassungsangelegenheit zu verweisen.

#### Umfrage.

Oesterreich. Der Gesandte stimmt aus formellen Gründen für den Präsidialantrag.

Preussen. Indem der Gesandte sich auf den von ihm gemachten Vorschlag bezieht, bemerkt er zu dessen Begründung Folgendes: ¶ Der Charakter des Wahlausschreibens der Kurfürstlichen Regierung vom 3. d. M. erscheint in Verbindung mit dem demselben vorhergegangenen Wahlerlasse vom 26. v. M. sowohl in staatsrechtlicher als politischer Beziehung von höchst zweifelhafter und bedenklicher Art. Diese Maassregeln sind ganz geeignet, schwere, in diesem Augenblicke nicht näher zu erörternde politische Folgen nach sich ziehen. Zudem constituirt die Eile, mit welcher die Kurfürstliche Regierung auf diesem Fundamente die Wahlen betreibt, ein periculum in mora und für Rechtsverhältnisse, an denen die Königlich-Preussische Regierung ihr Interesse lebhaft bethätigt, ein Präjudiz. Endlich involvirt der Wahlerlass und die auf denselben gegründete Action einen Mangel an Rücksicht gegenüber dem Antrage, welchen die Königliche Re-

No. 307.  
Preussen,  
6. Mai  
1862.

No. 308.  
Deutscher  
Bund.  
8. Mai  
1862.

**No. 308.** gierung im Vereine mit der Kaiserlich-Oesterreichischen in der Bundestags-  
 Deutscher  
 Rund.  
 8. Mai  
 1862. Sitzung vom 8. März d. J. gestellt hat. Aus diesen Motiven erscheint der  
 Vorschlag einer ausnahmsweise beschleunigten Geschäftsbehandlung geboten,  
 und hat der Gesandte nicht verabsäumen dürfen, dies wenigstens zu Pro-  
 tocoll zu constatiren.

**Bayern.** Der Gesandte spricht sich für Verweisung dieser Ein-  
 gabe, wie der früher eingegangenen ähnlichen, an die Reclamationscom-  
 mission aus, und fügt als Vorsitzender dieser Commission bei, dass dieselbe  
 in der nächsten Sitzung über alle in letzter Zeit ihr zugewiesenen, die  
 Kurbessische Verfassungsangelegenheit betreffenden Eingaben Vortrag er-  
 statten werde.

**Königreich Sachsen.** Der Gesandte tritt dem Präsidialantrage bei.

**Hannover.** Der Gesandte stimmt für die Verweisung der Ein-  
 gabe an die Reclamationscommission, indem diess dem bestehenden Ge-  
 schäftsgange bei der Behandlung der Privatreclamationen gemäss ist, und  
 auch in voriger Sitzung bereits eine Mehrzahl auf die Verfassung bezüglicher  
 Eingaben ebenfalls an die Reclamationscommission verwiesen sind.

**Württemberg.** Der Gesandte stimmt nach Maassgabe der Ge-  
 schäftsordnung für die Reclamationscommission dafür, dass die vorliegende  
 Privateingabe, so wie es mit allen von Privaten eingegebenen Vorstellungen  
 in dieser Angelegenheit gehalten worden, dem Präsidialantrage entsprechend  
 an diese Commission gewiesen werde.

**Baden.** Der Gesandte ist schon aus dem formellen Grunde für  
 die Verweisung an den Kurbessischen Ausschuss, weil es natürlich er-  
 scheint, alles Material in einer Sache, für welche ein eigener Ausschuss  
 bestellt ist, unmittelbar an diesen abzugeben und es nicht den verzögernden  
 Umweg durch einen anderen Ausschuss machen zu lassen.

**Kurbessen.** Der Gesandte erklärt sich für die Verweisung der be-  
 treffenden Eingabe an die Reclamationscommission und bemerkt bezüglich der  
 von dem Königl. Preuss. Herrn Gesandten seinem Antrage beigefügten Begrün-  
 dung Folgendes: ¶ Die Kurfürstliche Regierung ist zu dem Erlass des Wahl-  
 ausschreibens vom 3. d. durch die Bestimmung des § 69 der Verfassungsur-  
 kunde vom 30. Mai 1860 und die Erwägung genöthigt, dass ihr zur Ver-  
 hütung der unheilvollsten Verwirrungen im Lande die Beobachtung der  
 Vorschriften der erwähnten Verfassungsurkunde, sowie das Festhalten an  
 dem auf diese Verfassung basirten Rechtszustande so lange obliege, bis der-  
 selbe auf gesetzlichem Wege abgeändert sein werde. Es kann deshalb,  
 zumal diese Erwägung der Kurfürstlichen Regierung zur Kenntniss der Ka-  
 binette in Wien und Berlin gelangt ist, von einem Mangel an Rücksicht,  
 welchen der Wahlerlass und die darauf gegründete Action nach Ansicht des  
 Königlich-Preussischen Herrn Gesandten involviren soll, keine Rede sein und  
 muss gegen eine derartige Kritik eines von der Kurfürstlichen Regierung  
 vorgenommenen Aktes entschieden Protest eingelegt werden. Die Kurfürst-  
 liche Regierung hat wiederholt ihre Willfähigkeit erklärt, dem gemeinschaft-  
 lichen Antrage vom 8. März d. J. diejenige Rücksicht zu schenken, welche  
 der Machtstellung Oesterreichs und Preussens gebührt, und wenn dieses

nach Ansicht des Königlich-Preussischen Herrn Gesandten nicht hinreichend geschehen ist, so liegt der Grund nur darin, dass es der Kurfürstlichen Regierung trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, in dem Antrage oder aus sonstigen Erklärungen zu entdecken, was denn eigentlich die Absicht der antragstellenden höchsten Regierungen sei. Bevor nicht hierüber entweder diese Regierungen selbst oder der Bund schlüssig geworden, und dadurch der Kurfürstlichen Regierung eine sichere Grundlage zum Handeln dargeboten ist, muss dieselbe lediglich auf dem gegenwärtigen Rechtsboden verharren und kann unmöglich Versuche anstellen, welche nur dazu führen würden, alle Autorität im Lande in Frage zu stellen, ohne zum Ziele zu führen. ¶ Uebrigens behält der Gesandte eine etwaige weitere Erklärung seiner Regierung vor.

No. 308.  
Deutscher  
Bund,  
8. Mai  
1862.

Grossherzogthum Hessen. Der Gesandte stimmt für die Verweisung an die Reclamationscommission, indem er sich den Aeusserungen der Herren Gesandten von Bayern und Hannover anschliesst.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Der Gesandte stimmt dem Präsidialantrage bei.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte kann die vorliegende Eingabe mehrerer Einwohner Kurhessens nur als eine Privatreclamation ansehen, welche an die für Bittschriften bestehende Commission zu verweisen. da seine allerhöchste Regierung die Kurhessische Verfassungsfrage, nach dem von ihr Anfang an eingenommenen Standpunkte, nur als eine innere Landesangelegenheit betrachtet.

Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsische Häuser. Der Gesandte tritt um so mehr der Abstimmung des Grossherzoglich-Badischen Herrn Gesandten bei, als auch in vielen früheren ähnlichen Fällen Eingaben von Privaten an die betreffenden Specialausschüsse verwiesen worden sind.

Braunschweig und Nassau, sowie Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: treten dem Präsidialantrage bei.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte stimmt dafür, dass die vorliegende Eingabe aus Grund offener Connexität und als Material, ohne Präjudiz für die Zukunft, ausnahmsweise direct dem Ausschusse für die Kurhessische Verfassungsangelegenheit zugewiesen werde.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Der Gesandte schliesst sich der Abstimmung des Königlich-Hannöverischen Herrn Gesandten an.

Freie Städte. Die Verweisung der vorliegenden Eingabe an den Kurhessischen Ausschuss würde nur dann zulässig erscheinen, wenn gleichzeitig die in gleicher Angelegenheit vorausgegangenen und an die Reclamationscommission verwiesener Eingaben dieser Commission wieder abgenommen und an den Kurhessischen Ausschuss verwiesen werden wollten. Lüge in der That Gefahr im Verzuge, so würde es jedenfalls Aufgabe des bestehenden Specialausschusses sein, dessfalls geeigneten Antrag einzubringen.

Es erfolgte demnach der Beschluss: die vorliegende Eingabe an die Reclamationscommission zu überweisen.





es seiner Regierung trotz aller Anstrengungen nicht gelungen sei, die eigentliche Absicht der antragstellenden Regierungen zu entdecken, so darf der Gesandte sein Bedauern nicht zurückhalten, dass es den erwähnten Anstrengungen nicht gelungen ist, wenigstens so viel zu entdecken, dass der Preussisch-Oesterreichische Antrag vom 8. März d. J. nicht auf die Befestigung und Erweiterung der Verfassung von 1860 mittelst solcher Massregeln gerichtet sein konnte, wie sie die Wahlverordnung vom 26. v. M. implicirt.

Der Kurfürstlich-Hessische Herr Gesandte behielt hierauf seiner Regierung eine etwaige Erklärung vor.

§ 165.

Kurhessen. Der Gesandte ist beauftragt, folgende Erklärung abzugeben.

Die Bundesversammlung wird sich nicht der Verpflichtung entziehen wollen, bei Fassung eines Beschlusses über den am 10. d. M. gestellten, die Wahlen zur zweiten Kammer der Landstände in Kurhessen betreffenden Antrag, eben so wie dies bei jedem andern Antrage geschieht, zu prüfen, ob dieser Antrag in den Bundesgesetzen seine Begründung finde. Die Bundesversammlung wird sodann sich nicht der Verpflichtung entziehen wollen, wenn der Antrag zum Beschluss erhoben werden sollte, die Gründe, weshalb dieser als den Bundesgesetzen entsprechend anzusehen sei, sei es auf die eine oder andere Weise, darzulegen, zumal wenn, wie hier, von dem Betheiligten das Gegentheil behauptet und zu begründen versucht wird. Die Kurfürstliche Regierung darf hiernach eine Prüfung des Antrags nach dem Bundesrechte und, wenn der Beschluss dem Antrage entsprechend ausfallen sollte, die Darlegung erwarten, dass und welchergestalt der Beschluss in den Bundesgesetzen seine Begründung finde. ¶ Der jetzige Verfassungs- und Rechtszustand in Kurhessen, an dessen Gründung Oesterreich und Preussen den hervorragendsten Antheil genommen haben, beruht einestheils auf noch in voller Kraft bestehenden Bundesbeschlüssen, und ist andertheils dergestalt eine innere Landesangelegenheit geworden, dass die Bundesversammlung nicht berechtigt erscheint, daran ohne Einwilligung der Kurfürstl. Regierung etwas zu ändern. Wenn die Kurhessische Verfassungs-Angelegenheit auch vor der Bundesversammlung ihre vollständige Erledigung noch nicht gefunden hat, so ist das doch nur insoweit nicht der Fall, als die Kurfürstl. Regierung die ihr in Aussicht gestellte Garantie für die Verfassung vom 30. Mai 1860 noch nicht nachgesucht, bzw. erhalten hat. Die Bundesversammlung hat sich eine sonstige Einwirkung nicht vorbehalten, und es ist insbesondere die Frage wegen Einberufung der zweiten Kammer und der zu diesem Zwecke anzuordnenden Wahlen eine rein innere Landesangelegenheit. Ein hiergegen angehender, die Kurfürstl. Regierung an Vornahme der Wahlen hindernder Bundesbeschluss würde eine Verletzung der bundesgrundgesetzlich garantirten Unabhängigkeit eines Bundesgliedes sein, während ein blosses Ersuchen der bestimmten verfassungsmässigen Verpflichtung gegenüber von der Kurfürstlichen Regierung selbstverständlich nicht berücksichtigt werden könnte, indem ein Ersuchen den betreffenden Minister vor einer Verfassungsverletzung und deren Folgen nicht schützen könnte. Die Kur-

No. 310. fürstliche Regierung kann sich nicht dazu verstehen, eine Vorschrift der  
 Deutscher  
 Bund,  
 13. Mai  
 1862.  
 Verfassung zu verletzen; sie wird vielmehr den jetzigen Rechtszustand in  
 ihrem Lande so lange aufrecht erhalten, bis er auf gesetzmässigem Wege  
 abgeändert ist, und sie würde sich genöthigt sehen, gegen alle Massnahmen,  
 welche darauf gerichtet wären, sie von diesem Standpunkt zu verdrängen,  
 Verwahrung einzulegen, wie sie sich denn auch der Verpflichtung überhoben  
 hält, darzulegen, dass das Ausschreiben der Wahlen nicht als ein Mangel  
 an Rücksichtnahme gegenüber dem Antrag vom 8. März c. aufgefasst wer-  
 den könne. ¶ Die Kurfürstliche Regierung kann es nur bedauern, dass die-  
 sem Akte, wozu sie, wie bereits bemerkt, verfassungsmässig verpflichtet  
 war, eine solche Bedeutung hat untergelegt werden können. Was die  
 Art und Weise betrifft, in der sie diesmal die Aufforderung zu den Wahlen  
 erlassen hat, so kann sie nicht mit der Bemerkung zurückhalten, dass, wenn  
 sie auch die ganze Erbitterung der Tagespresse, alle Anfeindungen und  
 Verdächtigungen, als enthalte die Verordnung vom 26. April ein Attentat  
 auf die Wahlfreiheit, voraussah, doch in hohem Grade überrascht sein musste,  
 selbst von Seiten Hoher Regierungen auf Bedenklichkeiten dieses Schrittes  
 hingewiesen zu werden. Die Kurfürstliche Regierung glaubt, dass ein eini-  
 germassen gerechtes und billiges Urtheil ihr Verfahren gerechtfertigt ansehen  
 müsse. Sie war dreimal bereits durch das Verhalten der zweiten Kammer  
 verhindert worden, mit ihren Ständen in verfassungsmässiger Weise die  
 Wünsche des Landes, soweit thunlich, zu befriedigen. Das Verhalten der  
 Abgeordneten zur zweiten Kammer, welche die Wahlen annahmen, den  
 Einberufungsschreiben Folge leisteten, alle vorbereitenden Handlungen vor-  
 nahmen, selbst den vorgeschriebenen Ständeeid auf gewissenhafte Erfüllung  
 des landständischen Berufs leisteten, und gleichwohl alle diese Handlungen  
 vornahmen, um alsbald nach der Eröffnung der Kammer in beschlussmä-  
 ssiger Form die Erklärung abzugeben, dass sie sich zur Erfüllung dieses  
 landständischen Berufs nicht bereit finden lassen könnten, — dieses Ver-  
 fahren verletzte offenbar wie die Regierung so Diejenigen, welche wirklich  
 von ihrem Wahlrechte Gebrauch machen wollten, da die Mehrheit ihrer  
 Mitwähler nicht blos über die Person des zu wählenden Abgeordneten, son-  
 dern auch darüber, ob ein wirklicher Abgeordneter gewählt werden solle,  
 entschied — es verletzte die Verfassung überhaupt, weil verfassungsmässige  
 Handlungen dazu missbraucht wurden, um vom Boden der Verfassung aus  
 sie selbst zu stürzen. ¶ Die Kurfürstliche Regierung konnte einem solchen  
 Verfahren gegenüber, als sie die Wahlen auszuschreiben verpflichtet war,  
 nicht zweifeln, dass es ihr ebenso geboten wie zuständig sei, die wirkliche  
 Vornahme der Wahlen zu sichern und das Wahlverfahren der verfassungs-  
 widrigen Einwirkung Derer zu entziehen, welche voraussichtlich zum vierten  
 Male dasselbe in sein Gegentheil verkehrt haben würden. Die Erklärung,  
 von welcher zu dem Ende die Kurfürstliche Regierung die Ausübung des  
 Wahlrechtes abhängig gemacht hat, ist nicht die mindeste Zuthat oder Be-  
 schränkung der Verfassung; auch die oberflächlichste Erwägung wird erge-  
 ben, dass die Erklärung auch nicht das Allergeringste enthält, was nicht  
 schon in der blossen Vornahme des Aktes rechtlich und thatsächlich liegt,

und damit ausgesprochen wird, wenn sie anders in verfassungsmässiger Weise und ohne Mentalreservation geschieht. Die Kurfürstliche Regierung ging daher mit der Verordnung vom 26. April d. J. gewiss nicht über das Gebiet der Handhabung und Vollziehung der Gesetze hinaus. Sie kann behaupten, dass wenn jemals von einer deutschen Regierung von dem in diesen Grenzen unbestrittenen Verordnungsrecht mit Aufrechterhaltung der Verfassung Gebrauch gemacht worden ist, es bezüglich der gedachten Verordnung der Fall ist. ¶ Die kurfürstliche Regierung darf daher mit Zuversicht von hoher Bundesversammlung erwarten, dass ihr durch Suspension der nach dieser Verordnung vorzunehmenden Wahlen, mithin durch Hinderung des verfassungsmässigen Ganges der Regierung, ein Zustand im Lande nicht bereitet werde, wodurch ein verfassungsloser Zustand, wenn nicht unmittelbar herbeigeführt, doch vorbereitet werden würde.

No. 310.  
Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

#### § 166.

Indem Präsidium in Gemässheit des in der letzten Sitzung (Prot. § 158) gefassten Beschlusses die Berathung über den Seitens der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen gestellten Antrag eröffnete, äusserte es Folgendes: ¶ Präsidium bedauert, dass die Kurfürstlich-Hessische Regierung sich durch den in der vorigen Sitzung von Oesterreich und Preussen gestellten Antrag nicht zu einer entgegenkommenden Erklärung veranlasst gesehen habe, hegt aber ungeachtet der in der heutigen Sitzung von dem Herrn Gesandten von Kurhessen zu Protokoll gegebenen Erklärung die Hoffnung, dass die Kurfürstliche Regierung einem diesem Antrage entsprechenden Beschlusse der hohen Bundesversammlung Folge geben werde, und schlägt vor, sofort über den gedachten Antrag abzustimmen.

Der Kurfürstlich-Hessische Herr Gesandte beantragte, den erwähnten Antrag von Oesterreich und Preussen, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache und die Bedeutsamkeit der Kompetenzfrage, vorerst dem Ausschusse für die Kurhessische Verfassungsangelegenheit zur Prüfung zuzuweisen.

Präsidium wies dagegen auf die Dringlichkeit der Sache hin, welche nach § 24 der Geschäftsordnung einen Ausnahmefall bildet, und schritt, damit die hohe Bundesversammlung über die Vorfrage entscheide, sodann zur Umfrage. — — —

Nachdem sich die Mehrheit der Herren Gesandten dafür ausgesprochen, über den von Oesterreich und Preussen in der letzten Sitzung gestellten Antrag sofort abzustimmen, hielt demgemäss Präsidium über denselben Umfrage.

Oesterreich und Preussen. Die Gesandten beziehen sich auf den gemeinschaftlich gestellten Antrag.

Bayern. Der Gesandte ist beauftragt, dem Antrage zuzustimmen.  
Königreich Sachsen: dessgleichen.

Hannover. Da weder die Frage der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860, noch die Verfassungsmässigkeit der Kurfürstlichen Verordnung bundesgemäss erörtert und entschieden ist, der Bund aber ein Inhibitorium erst nach der Entscheidung dieser Fragen erlassen kann, so

**No. 301.** vermag die Königliche Regierung dasselbe nicht für rechtlich begründet zu halten und ist der Gesandte angewiesen, gegen dasselbe zu stimmen.

Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

Württemberg. Der Gesandte stimmt Namens der Königlichen Regierung dem Antrage zu.

Baden. Der Gesandte ist angewiesen, zu dem gemeinschaftlichen Antrage der allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen zuzustimmen. ¶ Die Grossherzogliche Regierung geht bei dieser ihrer Zustimmung von der Unterstellung aus, dass der Beschluss nicht nur gegen die Kurhessische Verordnung vom 26. April an sich gerichtet ist, sondern dass er auch eine Erklärung gegen die Rechtsbeständigkeit des Wahlgesetzes von 1860 involvire. Sie wenigstens vermag aus diesem letzteren, auch wenn es ganz unverändert bleibt, weder Rechte noch Pflichten der Kurhessischen Regierung abzuleiten. ¶ Im Uebrigen kann die Grossherzogliche Regierung nicht unterlassen, ihre Ueberzeugung auszusprechen, dass durch einen gegen etwaige Minoritätswahlen und deren Benutzung gerichteten Schritt in der Ordnung der Kurhessischen Verfassungswirren wenig gewonnen sein wird. Die ganze Angelegenheit ist dadurch besten Falles wieder auf den Standpunkt zurückgebracht, auf welchem dieselbe schon längst zu so grossen Besorgnissen geführt, und welcher die Veranlassung zu den immer noch nicht erledigten Anträgen gegeben hat, welche die Grossherzogliche Regierung selbst und welche später die beiden allerhöchsten Höfe von Oesterreich und Preussen zu stellen bemüssigt waren. Durch das jüngste Vorgehen der Kurfürstlichen Regierung und die dadurch jetzt hervorgerufenen ausserordentlichen Massnahmen dürfte auch der letzte Zweifel geschwunden sein, dass es die höchste Zeit ist, das Verfassungsrecht des Kurfürstenthums auf unangreifbare Grundlagen zurückzuführen, und die Grossherzogliche Regierung spricht daher die sichere Hoffnung aus, dass endlich in der Sache selbst Beschluss gefasst werde.

Kurhessen. Der Gesandte behält seiner Regierung gegen einen dem Antrage entsprechenden Beschluss Verwahrung und weitere Erklärung vor.

Grossherzogthum Hessen. Der Gesandte ist ermächtigt, dem Antrage zuzustimmen. Die Grossherzogliche Regierung hegt den lebhaften Wunsch, dass es endlich gelingen möge, durch eine definitive Regelung der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit einen Grund des Zwiespaltes hinwegzuräumen, dessen zersetzende Einwirkung nicht allein im Kurfürstenthum Hessen, sondern im gesammten deutschen Vaterlande in so beklagenswerther Weise fühlbar wird. Die Grossherzogliche Regierung wird daher jedes auf ein so wünschenswerthes Ziel gerichtete Bestreben, insofern es sich innerhalb der durch das internationale Recht und insbesondere durch die Bundesverträge für eine directe Einwirkung auf eine souveraine Regierung gezogenen Grenzen bewegt, nach Kräften unterstützen, ohne sich irgendwie durch eine vorgefasste Meinung für eine bestimmte Art der Lösung dieser schwierigen Frage beirren zu lassen. In diesem Sinne hat die Grossherzogliche Regierung den von Oesterreich und Preussen am 8. März d. J. gestellten Antrag aufgefasst, der, wenn auch darin bis jetzt noch keine bestimmte Gewähr für einen befriedigenden Erfolg erblickt werden

kann, doch immerhin die Möglichkeit in Aussicht stellt, dass auf dem dadurch angebahnten Wege eine endliche gedeihliche Feststellung der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit erzielt werden könne, zumal die erfreuliche Thatsache eines gemeinsamen Vorgehens der beiden deutschen Grossmächte einem solchen günstigen Erfolge in hohem Grade förderlich sein muss. Die Grossherzogliche Regierung konnte aber nicht verkennen, dass die Art und Weise, wie die Kurfürstlich-Hessische Regierung neue Wahlen angeordnet hat, leicht dazu führen kann, einen günstigen Erfolg jenes Antrages der hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen sehr zu erschweren. In Berücksichtigung dieser Erwägungen ist der Gesandte beauftragt worden, dem heute vorliegenden Antrage zuzustimmen, zugleich aber — um jeder möglichen Missdeutung dieser Abstimmung vorzubeugen — zu erklären, dass die Grossherzogliche Regierung dabei unterstelle, dass selbstverständlich nach Lage der Sache dem an die Kurfürstliche Regierung zu richtenden Ersuchen lediglich die Bedeutung und Tragweite eines Wunsches zugemessen werden könne. Ferner hat der Gesandte noch hinzuzufügen, dass durch seine heutige Abstimmung der Ansicht und Beschlussfassung der Grossherzoglichen Regierung über den Antrag Oesterreichs und Preussens vom 8. März d. J. in keiner Weise präjudicirt werden soll, da die Grossherzogliche Regierung eine richtige Würdigung dieses Antrages, der nur in allgemeinen Umrissen die Grundzüge des neu einzuschlagenden Weges angibt, erst dann für möglich erachtet, wenn derselbe aus den Berathungen des Ausschusses in einer präciseren Gestalt hervorgegangen oder doch durch die Motivirung näher erläutert sein wird.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Durch die Bundesbeschlüsse vom 27. März 1852 und 24. März 1860 ist im Einklange mit den Grundgesetzen des Bundes die definitive Feststellung des Verfassungswerkes der Kurfürstlichen Regierung überlassen, auch dabei als selbstverständlich anerkannt, dass bis auf Weiteres das gegenwärtige Wahlgesetz in Wirksamkeit bleibe. ¶ Von den die Unabhängigkeit der einzelnen Bundesstaaten gewährleistenden und die Einwirkung der Bundesversammlung auf die innere Staatseinrichtung und Staatsverwaltung in der Regel ausschliessenden Bestimmungen dieser Grundgesetze ist dabei eine Ausnahme nicht gemacht, namentlich Nichts vereinbart worden, wonach die rücksichtlich solcher Einwirkung in den Artikeln 53 und 61 der Wiener Schlussacte aufgestellten Grenzen und Bedingungen in dieser Angelegenheit abgeändert wären. ¶ Wenn nun eben so wenig die Voraussetzungen des Artikels 26 der Schlussacte vorhanden sind, so kann die Anwendung und Durchführung jenes Wahlgesetzes, mag dieselbe sich nun als zweckmässig und möglich erweisen oder nicht, lediglich Sache der hohen Landesregierung sein. Der Gesandte hat daher Namens seiner allerhöchsten Regierung zu erklären, dass dieselbe in erster Linie aus formellen und materiellen Gründen eine voraufgehende Begutachtung des Antrages durch den Ausschuss gewünscht haben würde, sich übrigens nicht für berechtigt ansieht, dem beantragten Ersuchen ihrerseits beizupflichten. Der Gesandte stimmt demnach gegen den Antrag.

No. 310.  
Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

№. 310.  
Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte ist beauftragt, dem Antrage beizutreten.

Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsische Häuser. Der Gesandte ist ermächtigt, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen.

Braunschweig und Nassau. Der substituirte Gesandte ist angewiesen, dem Antrage beizutreten.

Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Der Gesandte ist nicht ermächtigt, dem Antrage zuzustimmen. ¶ Je bedeutungsvoller eine Annahme des Antrages für hohe Bundesversammlung, wie für die verfassungsmässigen Zustände in Kurhessen und in den deutschen Bundesstaaten im Allgemeinen werden dürfte, um so mehr erscheint es als Pflicht, die wesentlichsten Gesichtspunkte, auf welchen die Abstimmung der Grossherzoglichen Regierungen beruht, hervorzuheben. ¶ Wenn die Kurfürstlich-Hessische Regierung sich veranlasst gesehen hat, die Wahlen auf Grund der Verfassung von 1860 auszuschreiben, so hat sie damit einer verfassungsmässigen Obliegenheit entsprochen, welcher sie sich ohne eine Verletzung dieser Verfassung nicht zu entziehen vermochte, und wenn dieselbe durch das wiederholte Verhalten der Mehrheit der zweiten Kammer sich bewogen gefunden hat, Zwecks Aufrechthaltung und Ausführung der bestehenden Verfassung zu verordnen, dass jeder Wähler die Rechtsbeständigkeit der verfassungsmässigen Bestimmungen, auf welchen sein Wahlrecht beruht, vor dessen Ausübung ausdrücklich anerkennen solle, so ist, ohne auf diese völlig innere Landesangelegenheit näher einzugehen, doch in deren Betreff zu bemerken, dass die Ausübung eines Wahlrechtes an sich das Anerkenntniss der Rechtsbeständigkeit derjenigen Bestimmungen, welche die Grundlage für die Berufung zur Theilnahme an der Wahl bilden, unbedingt voraussetzt oder involvirt. Mag nun auch durch den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen am 8. März l. J. gestellten Antrag die Wiedereinführung der im Jahre 1852 durch Bundesbeschluss ausser Wirksamkeit gesetzten Verfassung von 1831 in Aussicht genommen worden sein, so ist doch über denselben Seitens hoher Bundesversammlung ein Beschluss noch nicht gefasst worden, letztere steht vielmehr bezüglich der Kurhessischen Verfassungsangelegenheit auf dem Standpunkte des Bundesbeschlusses vom 24. März 1860, in Folge dessen die gegenwärtig in Kurhessen bestehende Verfassung von der Kurfürstlichen Regierung definitiv eingeführt wurde. Während demnach aus dem dem bisherigen Standpunkte hoher Bundesversammlung entsprechenden verfassungsmässigen Vorgehen der Kurfürstlichen Regierung bezüglich der Wahlen für Hochdieselbe nicht wohl die Berechtigung sich ableiten lässt, diesem Vorgehen entgegenzutreten, auch der bundesrechtlichen Erwägung und Entschliessung über den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen unterm 8. März l. J. gestellten Antrag durch solches Vorgehen kein Eintrag geschehen kann, so dürfte andererseits die Annahme des gegenwärtigen Antrages wohl nicht ohne Präjudiz für die Verhandlungen hoher Bundesversammlung über jenen Antrag vom 8. März sein, indem diese hohe Versammlung durch eine solche Beschlussfassung im Gegensatz zu ihrem bisherigen Standpunkte

denjenigen, welcher in dem eben gedachten Antrage vom 8. März seinen Ausdruck gefunden hat, sich vorweg aneignen und somit die Freiheit der Berathungen über denselben beeinträchtigen würde. Eine Genehmigung des vorliegenden Antrages ohne vorgängige Annahme des Antrages vom 8. März l. J. wäre aber um so bedenklicher und von um so ernsterer Bedeutung, als dadurch der Kurfürstlich-Hessischen Regierung, während ihr angesonnen würde, die Handhabung der auf Grund der bisherigen Bundesbeschlüsse im Kurfürstenthum bestehenden Verfassung zu sistiren, doch andererseits weder dafür, noch für Einführung einer andern Verfassung eine rechtliche Grundlage geboten würde. Es wäre durch einen solchen Beschluss der verfassungsmässige Standpunkt der Regierung erschüttert, dem gegen die bestehende Verfassung sich auflehrenden Theile der Bevölkerung aber ein gewichtiger moralischer, wie rechtlicher Halt gegeben. ¶ Was insbesondere die bundesrechtliche Kompetenz hoher Bundesversammlung bezüglich des vorliegenden Antrages anlangt, so dürfte dieselbe schwerlich zu erweisen sein. Aus der Vorlage der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen ist nicht zu entnehmen, auf welche bundesgrundgesetzliche Bestimmung die Kompetenz gestützt werden soll. Eine Einwirkung in die inneren Staatseinrichtungen eines Bundesstaates steht hoher Bundesversammlung bekanntlich nur in besonderen Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen zu. (Art. 25, 26, 53 und 61 der Wiener Schlussacte). Wie der Vergleich mit diesen Bestimmungen der Bundesgrundgesetze ergibt, dass keine derselben hier anwendbar ist, so wird man in solcher Ueberzeugung durch den Umstand bestärkt, dass in der Vorlage ihrer nicht Erwähnung geschieht. Auch die für den Bundesbeschluss etwa zu wählende Form des Ersuchens an die Kurfürstlich-Hessische Regierung überhebt hohe Bundesversammlung nicht der Verpflichtung, ihrem Beschlusse eine bundesrechtliche Grundlage zu geben. Während eine solche Form eine durchaus gebräuchliche und der bundesgrundgesetzlichen Stellung der Bundesstaaten entsprechende ist, dürfte dieselbe eben so wenig den Charakter des Bundesbeschlusses als eines Inhibitoriums gegen die Vornahme der Wahlen in Kurhessen verändern, als demselben dadurch der Ausdruck der berechtigten Erwartung Seitens hoher Bundesversammlung und insbesondere der hohen antragstellenden Regierungen, dass ihrem Ersuchen entsprochen werde, benommen würde. Wenn man aber aus den im Ausschusse über die Kurbessische Verfassungsangelegenheit schwebenden Verhandlungen glaubt ein Motiv für die Kompetenz hoher Bundesversammlung zu Gunsten des vorliegenden Antrages entlehnen zu können, so muss dagegen auch hier, wie oben bereits geschehen ist, auf das Präjudicirliche des gegenwärtigen Antrages für jene Verhandlungen aufmerksam gemacht und daraus die wohl nicht unbegründete Folgerung abgeleitet werden, dass zuvörderst die durch den Antrag Oesterreichs und Preussens vom 8. März l. J. angeregten Verhandlungen in hoher Bundesversammlung einen diesem Antrage entsprechenden Abschluss erhalten haben müssten, bevor Hochdieselbe ein weiteres Vorgehen auf dieser von ihren bisherigen Beschlüssen völlig abweichenden Grundlage und in Gemässheit des gegenwärtigen Antrages in Erwägung zu



No. 310.  
Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

ziehen berechtigt sein dürfte. Nur ein Beschluss hoher Bundesversammlung, dass die Kurhessische Verfassung von 1860 nicht rechtsbeständig sei, oder ein solcher, dass Hochdieselbe competent sei, über die Rechtsbeständigkeit dieser Verfassung sich auszusprechen, eventuell deren Aufhebung zu veranlassen, vermöchte dem hier vorliegenden Antrage eine rechtliche Grundlage zu verleihen, nicht aber die Existenz von Verhandlungen an sich, welche formell nur die Einbringung eines Antrages und dessen Verweisung an den Ausschuss voraussetzt. Wollte man der Existenz von Verhandlungen über eine Verfassungsangelegenheit eine so weit greifende Bedeutung verleihen und daraufhin hoher Bundesversammlung die Berechtigung zugestehen, die Sistirung der betreffenden Verfassung zu bewirken, so wäre damit für die Verfassungszustände der Bundesstaaten im Allgemeinen eine äusserst bedenkliche und in ihrer politischen, wie staatsrechtlichen Tragweite nicht zu ermessende Unsicherheit geschaffen. Am Wenigsten kann endlich die Competenz hoher Bundesversammlung bezüglich des vorliegenden Antrages als sich an die früheren Verhandlungen Hochderselben über die Kurhessische Verfassungsangelegenheit anlehnend gedacht werden; diese Verhandlungen und Beschlüsse, welche auf Antrag oder in Unterstützung der Kurfürstlichen Regierung statthatten, haben im Jahre 1860 ihren staatsrechtlichen Abschluss gefunden, und wenn demnächst die Kurhessische Verfassungsangelegenheit zuerst von der Grossherzoglich-Badischen Regierung am 4. Juli v. J., dann von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen am 8. März d. J. wieder an diese hohe Versammlung gebracht worden ist, so haben doch die durch letztere Anträge hervorgerufenen Verhandlungen einen völlig andern Ausgangs- wie Zielpunkt; diese neueren Verhandlungen sind namentlich gegen die Entschliessungen der Kurfürstlichen Regierung gerichtet, welche letztere die Erledigung der im Innern des Landes gegen die Rechtsbeständigkeit der Verfassung sich äussernden Bedenken und gegen deren Handhabung sich erhebenden Schwierigkeiten als eine innere Angelegenheit in Anspruch nimmt; dieselben sind bestimmt, die Wiedereinführung der zufolge des Bundesbeschlusses vom 27. März 1852 ausser Wirksamkeit gesetzten Verfassung von 1831 zu bewirken. ¶ Da hiernach hohe Bundesversammlung nicht für berechtigt angesehen werden kann, über Sistirung der Wahlen in Kurhessen Beschluss zu fassen; da somit für die Kurfürstliche Regierung eben so wenig die Verpflichtung, gegenüber hoher Bundesversammlung, als die Berechtigung im Hinblick auf die Bestimmungen der Landesverfassung besteht, dem in einem solchen Beschlusse an sie gerichteten Ersuchen zu entsprechen; da überdiess jedes bundesverfassungsmässig nicht gerechtfertigte Einschreiten des Bundes in Kurhessen die Autorität der Kurfürstlichen Regierung, wie der Bundesversammlung gefährden muss, — so stimmt der Gesandte Namens seiner hohen Regierungen gegen den Antrag.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der Gesandte stimmt dem Antrage zu.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Für die Curie ist der Gesandte noch ohne

Instruction und hält sich das Protokoll offen, fügt jedoch die Bemerkung bei, dass die Fürstlichen Regierungen von Reuss jüngerer Linie und Waldeck dem Antrage beitreten.

No. 310.  
Deutscher  
Bund,  
13. Mai  
1862.

Freie Städte. Der Gesandte stimmt dem Antrage zu.

Hierauf erfolgte in Gemässheit des Antrages der höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen der Beschluss:

1) die Kurfürstlich-Heussische Regierung zu ersuchen, das nach Massgabe neuerlich ergangener Verordnungen eingeleitete landständische Wahlverfahren zu sistiren, um nicht der schwebenden Verhandlung am Bunde über den von Oesterreich und Preussen am 8. März d. J. gestellten Antrag zu präjudiciren;

2) den Kurfürstlichen Herrn Gesandten zu ersuchen, vorstehenden Beschluss zur Kenntniss seiner hohen Regierung zu bringen.

### No. 311.

**OESTERREICH.** — Gesandter in Kassel an den kurhessischen Min. d. Ausw. — Aufforderung zur Sistirung der Wahlen betr. —

Kassel, 16. Mai 1862.

Sofort nachdem das Kais. Kabinet von dem beabsichtigten Wahlausschreiben in Kurhessen Kenntniss erhalten hatte, war der Unterzeichnete &c. mit dringenden Vorstellungen gegen einen solchen Schritt beauftragt worden. Die Vorstellungen blieben jedoch fruchtlos, die Kurfürstl. Regierung erliess am 3. d. M. das Wahlausschreiben, nachdem sie schon zuvor durch eine landesherrliche Verordnung vom 26. April alle Diejenigen von der Wahl ausgeschlossen hatte, welche nicht durch eine ausdrückliche Erklärung die Verfassung von 1860 anerkannt haben würden. ¶ Die Verbindung dieser beiden Massregeln prägte dem Vorgehen der Kurfürstlichen Regierung einen Charakter auf, der nicht missverstanden werden konnte, und bezeichnete dasselbe als direct gegen den von Oesterreich und Preussen gemeinschaftlich am Bunde gestellten Antrag vom 8. März gerichtet. Die Kaiserliche Regierung hat nicht umhin gekonnt, die Sache am Bunde zur Sprache zu bringen, und auf gemeinschaftlichen Antrag von Oesterreich und Preussen hat die Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 13. d. M. beschlossen „die Kurfürstl. Regierung zu ersuchen, das nach Massgabe neuerlich ergangener Verordnungen eingeleitete landständische Wahlverfahren zu sistiren, um nicht der schwebenden Verhandlung am Bunde über den von Oesterreich und Preussen am 8. März l. J. gestellten Antrag zu präjudiciren.“ ¶ Es liegt zwar im dringendsten eigenen Interesse der Regierung Sr. k. Hoh. des Kurfürsten, diesem Ersuchen, welches der Kaiserliche Hof trotz seiner milden Form als eine bindende Aufforderung betrachtet, zu entsprechen; die Kaiserliche Regierung hält sich aber auch für verpflichtet, sie hiezu auch noch in ihrem eigenen Namen aufzufordern und hat den Unterzeichneten beauftragt, sich bei Sr. &c. des Hrn. v. Göddaeus angelegentlichst zur Erzielung dieses Resultates zu verwenden, in welchem sie allein die Rücksichten wieder erkennen könnte, die sie in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, und welche in dem letzten Vorgehen der kurfürst-

No. 311.  
Oesterreich,  
16. Mai  
1862.

**No. 311.** lichen Regierung wohl kaum zu finden sein dürften. ¶ Indem der Unter-  
 Oesterreich. zeichnete fernerhin im Namen seiner a. h. Regierung um eine möglichst  
 18. Mai baldige Antwortserklärung ersucht, benutzt &c.“  
 1862.

*Herrn v. Göddaicus, etc.*

*Karnicki.*

## No. 312.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Zwanzigste Sitzung vom 19. Mai 1862.  
 (§ 170) Kurhessische Verwahrung gegen den Bundesbeschluss vom  
 13. Mai. —

**No. 312.**  
 Deutscher  
 Bund,  
 19. Mai  
 1862.

Kurhessen. — Der Gesandte ist beauftragt, auf den in der  
 Sitzung hoher Bundesversammlung vom 13. d. Mts. gefassten Beschluss,  
 die Sistirung des Wahlverfahrens betr., nachfolgende Erklärung abzugeben:

Die Kurfürstliche Regierung hat es seither nicht an Beweisen ihrer  
 Bundestreue, so wie ihrer föderativen Gesinnungen fehlen lassen. ¶ Ihre  
 Bundestreue hat sie bei der Befolgung von Bundesbeschlüssen, die ihr nach  
 den Bundesgrundgesetzen als Pflichten aufgelegt wurden, ihre föderative  
 Gesinnung aber in so fern bewiesen, als sie in der Verfassungssache auch  
 Wünsche von Bundesgliedern erfüllt hat, die über die Bundesverpflichtungen  
 hinausgingen. Im vorliegenden Falle war nun der Antrag gestellt, das ein-  
 geleitete Wahlverfahren zu sistiren, ohne dass ein Motiv aus den Bundes-  
 grundgesetzen sich angegeben fand. Die Kurfürstliche Regierung konnte  
 daher den Antrag auf ein Ersuchen nur in dem Sinne auffassen, dass ihr  
 dabei überlassen bleiben solle, zu erwägen, ob sie rechtlich in der Lage  
 sei, demselben Statt zu geben oder nicht, womit ihr allein die Verantwort-  
 lichkeit für die Ausführung zugewiesen wäre. In dieser Auffassung des  
 Antrages musste die Regierung die Erklärung vom 13. d. M. dahin abgeben,  
 dass sie einer bestimmten verfassungsmässigen Verpflichtung gegenüber  
 einem Ersuchen nicht entsprechen könne. Wenn nun dieser Erklärung un-  
 geachtet die Hohe Bundesversammlung den Antrag zum Beschlusse erhob,  
 so kann die Kurfürstliche Regierung nunmehr zugleich im Hinblick auf ihr  
 zugekommene Erklärungen der hohen antragstellenden Regierungen nicht  
 anders annehmen, als dass Hohe Bundesversammlung aus einem bundes-  
 grundgesetzlichen Motiv ein förmliches Inhibitorium habe erlassen und eine  
 intervenirende Thätigkeit habe entfalten wollen. Die Kurfürstliche Regierung  
 gibt demgemäss die Erklärung ab, dass sie den am 13. d. M. gefassten  
 Bundesbeschluss befolgen und das Wahlverfahren einstweilen sistiren werde,  
 vorbehaltlich des Rechtsbestandes der Verfassung von 1860, es sei denn,  
 dass Hohe Bundesversammlung eine andere Auslegung des von ihr gestellten  
 Ersuchens der Kurfürstlichen Regierung etwa noch zugehen lassen sollte.  
 ¶ Die Kurfürstliche Regierung muss jedoch wegen der garantirten, durch  
 einen solchen Beschluss aber verletzten Unabhängigkeit des Landesherrn  
 und des Landes Verwahrung einlegen und der Bundesversammlung die Ver-  
 tretung aller Folgen überlassen, die sich hieraus entwickeln können.

Präsidium hält es für genügend, sich hinsichtlich der so eben  
 von dem Herrn Gesandten von Kurhessen abgegebenen Erklärung auf den

Bundesbeschluss vom 13. d. M. und auf dessen Beweggründe zurückzuziehen, indem Hohe Bundes-Versammlung von der Anzeige der bevorstehenden Sistirung des nach Massgabe neuerdings ergangenen Wahlverfahrens Kenntniss nimmt.

Die Bundesversammlung war hiermit einverstanden.

**No. 312.**  
Deutscher  
Bund,  
19. Mai  
1862.

### No. 313.

**PREUSSEN.** — Königl. Gesandter in Kassel an den kurfürstl. Min. d. Ausw. — Genugthuungsforderung wegen der Aufnahme des Generals von Willisen. — Kassel, 18. Mai 1862.

Der unterzeichnete Königlich Preussische Gesandte am Kurfürstlich hessischen Hofe ist von seiner Regierung beauftragt, Sr. Hochwohlgeboren dem Vorstande des Kurfürstlichen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Geheimen Legationsrathe von Göddaeus, die folgende Mittheilung zu machen. ¶ Der General-Adjutant Sr. Majestät des Königs, General-Lieutenant von Willisen, hat Kassel verlassen müssen, ohne dass Se. Königliche Hoheit der Kurfürst Sich bewogen gefunden hätten, ihn nochmals zu empfangen und ihm Höchstselbst genügende Erklärungen wegen der Aufnahme zu geben, welche der Abgesandte Sr. Majestät und das Allerhöchste Schreiben, dessen Ueberbringer er war, gefunden haben. ¶ Se. Majestät der König haben indessen erwogen, dass der officiell vorbereitete Empfang des mit einer rein persönlichen Sendung beauftragten Generals und die Gegenwart von zwei Ministerial-Vorständen bei demselben diesem Verfahren den Charakter eines Akts aufprägen, für welchen das gesammte Ministerium die Verantwortung trägt. Allerhöchstdieselben wollen daher in der sofortigen Entlassung der verantwortlichen Rathgeber Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten eine entsprechende Genugthuung erblicken. Sollte jedoch eine bestimmte und befriedigende Erklärung hierüber dem Unterzeichneten nicht bis zum Dienstag, den 20. d. M., zugehen, so hat er den Befehl erhalten, die diplomatischen Beziehungen zur Kurfürstlichen Regierung abzubrechen und Kassel sofort zu verlassen. ¶ Indem der Unterzeichnete den Herrn Geheimen Legations-Rath v. Göddaeus ganz ergebenst ersucht, diese Note unverzüglich Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten vorzulegen, benutzt er auch diesen Anlass &c.

*Herrn v. Göddaeus, etc.*

*v. Sydow.*

**No. 313.**  
Preussen,  
18. Mai  
1862.

### No. 314.

**KURHESSEN.** — Min. d. Ausw. a. d. K. preuss. Gesandten in Kassel. — Ablehnung der vorstehenden preussischen Forderung. — Kassel, 19. Mai 1862.

Der unterzeichnete Geheime Legations-Rath hat nicht gesäumt, den Inhalt der gef. Note vom gestrigen, die ausserordentliche Mission des Herrn General-Lieutenants v. Willisen betreffend, zu Allerhöchster Kenntniss Sr. Königlichen Hoheit des Kurfürsten zu bringen. Die Kurfürstliche Regierung

**No. 314.**  
Kurbessen,  
26. April  
1862.

**No. 314.** sieht sich jedoch zu ihrem Bedauern ausser Stande, die Ansichten theilen zu können, welche darin über die Ministerverantwortlichkeit in Beziehung auf den Hergang der dem General von Willisen Allerhöchst gewährten Audienz zur Sprache gebracht werden. ¶ Indem sich der Unterzeichnete daher beehrt, Sr. des Königlich Preussischen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Kurfürstlichen Hofe, Herrn Wirklichen Geheimraths von Sydow Excellenz die ergebendste Mittheilung zu machen, dass in Folge dessen Se. Königliche Hoheit der Kurfürst Allerhöchst sich nicht bewogen finden können, dem in der geschätzten Note ausgesprochenen Verlangen Sr. Majestät des Königs von Preussen zu entsprechen, benutzt derselbe gleichzeitig diesen Anlass zu erneuertem Ausdrucke &c.

*Sr. Exc., Herrn v. Sydow, etc.*

*v. Göddaeus.*

### No. 315.

**PREUSSEN.** — Königl. Gesandter in Kassel an d. kurf. Min. d. Ausw. — Den Abbruch der diplomat. Beziehungen und die von Preussen in der kurhess. Sache verfolgten Ziele betr. —

Kassel, 20. Mai 1862.

**No. 315.**  
Preussen,  
20. Mai  
1862.

Der unterzeichnete Königlich Preussische Gesandte am Kurfürstlich-Hessischen Hofe bedauert, aus der ihm gestern Abend zugekommenen gefälligen Note Sr. Hochwohlgeboren des Vorstandes des Kurfürstlich Hessischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Geheimen Legationsrathes von Göddaeus, ersehen zu müssen, dass Se. Königliche Hoheit der Kurfürst auch zu der in der Note vom 18. d. M. verlangten Genugthuung Sich nicht haben entschliessen können. ¶ Erhaltenem Befehle gemäss, hat der Unterzeichnete, unter solchen Umständen, die diplomatischen Beziehungen zu der Kurfürstlichen Regierung durch gegenwärtige Mittheilung um so mehr abzubrechen und demzufolge Kassel noch heute zu verlassen, als des Königs, seines Allergnädigsten Herrn, Majestät den Vorgang vom 12. d. M. nicht ausser seinem Zusammenhange mit den Rathschlägen und Handlungen aufzufassen vermögen, durch welche Kurhessen in seine gegenwärtige Lage gebracht worden ist. ¶ Se. Majestät der König behalten Sich die weiteren Entschliessungen vor, haben aber den Unterzeichneten angewiesen, bei seiner Abreise in Betreff der Angelegenheit, welche zu der Sendung des Generals von Willisen Veranlassung gegeben hatte, Folgendes zu erklären:

Dass das Wahlverfahren, dem am 13. d. M. von der deutschen Bundesversammlung ausgesprochenen Ersuchen gemäss, eingestellt werde, sehen des Königs Majestät als selbstverständlich an. ¶ Allerhöchstdieselben können aber die Sache hiermit nicht für abgethan erachten. ¶ Es handelt sich nicht allein um provisorische und vorläufige Massregeln, sondern um die definitive Erledigung der ganzen Angelegenheit, welche nur durch die wirkliche Herstellung der Verfassung von 1831 erfolgen kann. ¶ Die Königliche Regierung hat dies wiederholt als ihre Ueberzeugung und als ihren ernstlichen Rath ausgesprochen. ¶ Sie

kann nicht umhin, es jetzt als eine unabweisliche Nothwendigkeit und als die Bedingung zu bezeichnen, von deren Erfüllung die künftigen Beziehungen zwischen Preussen und dem Kurstaate abhängig sein werden.

No. 315.  
Preussen,  
20. Mai  
1862.

Indem der Unterzeichnete mit dieser Erklärung seinen amtlichen Verkehr mit dem Herrn Geheimen Legations-Rathe von Göddaeus abschliesst, benutzt er auch diesen Anlass &c.

Herrn v. Göddaeus, etc.

v. Sydow.

### No. 316.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** Ein und zwanzigste Sitzung vom 22. Mai 1862. (§ 178) Bericht des Kurbessischen Ausschusses über die zur Erledigung der Kurbessischen Verfassungsangelegenheit vorliegenden Anträge. —

Der K. Württembergische Herr Gesandte erstattete im Namen des Ausschusses für die Kurbessische Verfassungsangelegenheit nachstehenden Vortrag: (Nach einer einleitenden Bemerkung über die formale Lage der Sache lautet das Gutachten, wie folgt:)

No. 316.  
Deutscher  
Bund,  
22. Mai  
1862.

Der Ausschuss durfte davon ausgehen, dass Hohe Bunderversammlung nicht den Anspruch machen werde, dass er die ganze ihm unter der Hand angewachsene Masse der vorstehend verzeichneten Anträge, Erklärungen und Denkschriften Hoher Regierungen, wie Kundgebungen von Staatsangehörigen des Kurfürstenthums Hessen einer ins Einzelne gehenden Begutachtung unterziehe, und er hat sich daher, zumal der Grossh. Badische Hr. Gesandte im Ausschusse erklärte, dass er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn der Antrag der Grossh. Regierung gegen den Antrag der Hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen vom 8. März l. J. zurückgestellt werde, dahin verständigt: lediglich diesen letzteren Antrag zu begutachten. Auch hat sich die Mehrheit des Ausschusses dahin geeinigt: der Hohen Bunderversammlung die Annahme dieses Antrags zu empfehlen. Zwar hat eine Minorität des Ausschusses die Berechtigung der Bunderversammlung zu der vorgeschlagenen Einwirkung auf die inneren Landesangelegenheiten des Kurfürstenthums in Zweifel gezogen. Die Majorität des Ausschusses glaubt jedoch von einer ausführlichen Begründung der Competenz Hoher Bunderversammlung Umgang nehmen zu sollen, nachdem diese durch ihren Beschluss vom 13. d. M. bereits selbst hierüber entschieden hat. Dieselbe begnügt sich daher, unter Hinweisung auf den Art. II der Bundesacte und Art. IX der Wiener Schlussacte hervorzuheben, dass die schon früher zum Gegenstande von Bundesbeschlüssen gemachten Verfassungsangelegenheiten des Kurfürstenthums in neuester Zeit unverkennbar eine Wendung genommen haben, welche für die innere Sicherheit Deutschlands gefährdend erscheint, wie sich bei der nachfolgenden Betrachtung des vorliegenden Antrags selbst ergeben wird. Dabei hat der Ausschuss darauf aufmerksam zu machen, dass die Kurfürstl. Regierung zwar in der Bundestagssitzung vom 19. April 1860 die Erklärung abgab: dass sie nach Genehmigung sämtlicher Anträge

**No. 316.** der Stände die hiernach zu erlassende Verfassung nach deren Publication  
 Deutscher Hoher Bundesversammlung thunlichst bald überreichen werde, eine solche  
 Bund, Vorlage aber niemals erfolgt ist, auch die Kurfürstliche Regierung nicht die  
 23. Mai ihr nach § 27 der Wiener Schlussacte obliegende beruhigende Anzeige er-  
 1862. stattet, der Bundesversammlung also nicht Gelegenheit gegeben hat, die von  
 dieser noch im Beschlusse vom 24. März 1860 vorbehaltene, der Sachlage  
 entsprechende Entschliessung zu fassen. ¶ Dieselbe Minorität des Ausschusses  
 war aber auch, abgesehen von der Kompetenzfrage, der Ansicht dass, nach-  
 dem in Folge der früheren Bundesbeschlüsse die Verfassung vom 30. Mai  
 1860 verkündet worden ist, der Hohen Bundesversammlung nach Lage der  
 Sache eine solche Einwirkung, wie sie der vorliegende Antrag bezwecke,  
 nicht mehr möglich sei, ohne vorher die Rechtsbeständigkeit der ver-  
 schiedenen Verfassungen, sowohl derjenigen von 1860 wie der Verfassungs-  
 gesetze von 1831 und 1849, nach ihrer Landes- und Bundesverfassungsmässigen  
 Entstehung gegen einander geprüft zu haben, und eventuell mindestens über  
 die wichtigsten Punkte der Ausführung insoweit schlüssig geworden zu sein,  
 dass der Kurfürstl. Regierung eine sichere Grundlage für deren weiteres  
 Vorschreiten geboten werde. Allein die Majorität des Ausschusses konnte  
 sich auch dieser Auffassung nicht anschliessen. ¶ Nachdem im Verfolge der  
 von der Kurfürstl. Regierung im Jahr 1850 erbetenen Bundeshilfe den Hohen  
 Regierungen von Oesterreich und Preussen die Leitung und Vorbereitung der  
 Kurhessischen Verfassungsangelegenheit zu ihrer definitiven Erledigung über-  
 tragen worden war, stellten diese Hohen Regierungen in der Sitzung vom  
 7. Jan. 1852, unter ausführlicher Mittheilung der von den Bundescommissarien  
 getroffenen Massregeln und deren Anschauungen über die Ursache der eingetre-  
 tenen Wirren, im Einverständniss mit der Kurfürstl. Regierung diejenigen  
 Anträge welche dem Bundesbeschlusse vom 27. März 1852 zur Grundlage dienten.  
 Der weitere Verlauf der Angelegenheit ist so bekannt, dass der Ausschuss  
 es jetzt nicht für nothwendig erachtet, den Gang derselben hier nochmals dar-  
 zustellen, und er begnügt sich hervorzuheben, dass es der Kurfürstl. Regierung  
 bis jetzt nicht möglich geworden ist, einen solchen gesicherten, allseits aner-  
 kannten Rechtszustand herzustellen, wie ihn der Bundesbeschluss vom 27.  
 März 1852 als definitive beruhigende Erledigung der Verfassungsangelegenheit  
 des Kurfürstenthums bezweckt hatte. ¶ Mag man nun über die Ursachen  
 hiervon denken, wie man will, die Thatsache selbst ist nicht zu verkennen.  
 Mag man über die dabei in Widerspruch gezogenen Rechtsgrundsätze urtheilen,  
 wie man will, der Streit der Ansichten besteht und ist vielfach zu leidenschaftlicher  
 Erregung gesteigert worden. Mag man insbesondere die von der Kurfürstl.  
 Regierung unter dem 30. Mai 1860 als Verfassungsgesetz publicirte Urkunde  
 als eine durch vollständige Vereinbarung abgeschlossene formell als rechts-  
 gültig anerkennen oder nicht, materiell ist diese Verfassung, wenigstens für  
 den wesentlichen Theil einer verfassungsmässigen Gesetzgebung, nicht in  
 Wirksamkeit getreten; mag man den Widerstand der Wahlkörper und ihrer  
 Abgeordneten zur zweiten Kammer als einen auf rechtlichen Ansprüchen  
 begründeten betrachten oder nicht, er ist factisch vorhanden; mag die

Kurfürstliche Regierung noch so sehr überzeugt sein, „dass der Widerstand unfehlbar an dem gesunden Sinn des Volks scheitern und der Bereitwilligkeit zu friedlicher Erledigung auf bundesrechtlicher Grundlage Raum geben werde, sobald die Angelegenheit von den Hohen Bundesregierungen allseitig als eine innere aufgefasst und der Kurfürstl. Regierung zur Ausgleichung überlassen werden wollte,“ der Ausschuss theilt diese Ueberzeugung in Betracht der obwaltenden Umstände nicht. Entweder repräsentiren die auf Grund der Wahlordnung vom 30. Mai 1860 berufenen Abgeordneten zur zweiten Kammer das Volksbewusstsein, dann haben ihre Kundgebungen Anspruch auf die ernsteste Beachtung von Seiten des Landesherrn, oder sie sind nicht der wahre Ausdruck der Ueberzeugungen des Landes, dann beweist dieser Umstand, dass die gedachte Wahlordnung nicht die geeignete ist, um den gesunden Sinn des Volks zum Durchbruch zu bringen, und es erscheint dann wünschenswerth, durch eine andere Wahlordnung an den gesunden Sinn des Volks appelliren zu können. Der Ausschuss ist von der Ueberzeugung durchdrungen, dass die Kurfürstl. Regierung ausser Stand sei, auf Grund der Wahlordnung vom 30. Mai 1860 eine Abgeordnetenversammlung zu erlangen, welche ihr ermöglichte, die Verfassung vom 30. Mai 1860 in regelmässige Wirksamkeit zu setzen, und erachtet daher jedenfalls die Anwendung einer andern Wahlordnung oder Repräsentation der Landstände für unumgänglich nothwendig, um die obwaltenden Streitigkeiten zu einer versöhnlichen Lösung zu bringen. Eine solche Lösung erscheint aber nicht bloss als Bedürfniss des Kurfürstenthums selbst, sie ist auch im allgemeinen Interesse der Bundesgesammtheit dringend geboten. Die Kurhessische Verfassungsangelegenheit hat in ganz Deutschland die Gemüther erregt und bildet einen Gegenstand der vielfach leidenschaftlichen politischen Erörterung, theilweise auch der Agitation der politischen Parteien. Die Erörterung derselben ist bis in die Landesvertretungen der meisten Bundesstaaten gedrungen, und trägt, wenn sie noch länger ungelöst bleibt, so unverkennbar die Gefahr in sich, die Eintracht zwischen den Regierungen unter sich und mit ihren Landesvertretungen zu stören und die gedeihliche Behandlung und Förderung anderer Angelegenheiten von höchster Bedeutung zu erschweren oder zu hemmen, dass sie die Herzen aller Freunde des Vaterlandes mit ernster Besorgniss erfüllt. ¶ Unter diesen Umständen erscheint es als ein Gebot der Staatsklugheit zur Erreichung des allseitig als nothwendig anerkannten Ziels einen neuen Weg einzuschlagen. Der Beschluss vom 27. März 1852 steht nach der Ansicht der Majorität des Ausschusses einem solchen Entschluss nicht im Wege, denn es soll nicht der Zweck geändert werden, den die Bundesversammlung bei Fassung jenes Beschlusses im Auge hatte, nämlich einen gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustand in Kurhessen in Uebereinstimmung mit dem Bundesrecht herzustellen, sondern nur das in Anwendung zu bringende Mittel. Mag man nun von der durch die Grossherzogl. Badische Regierung kundgegebenen Ansicht, dass der Bundesbeschluss vom 27. März 1852 mit seinen Consequenzen durch die Bundesgesetze nicht gerechtfertigt erscheine, oder von der entgegengesetzten, durch die Majorität der Hohen Bundesversammlung stets festgehaltenen Ueber-

No. 316.  
Deutscher  
Rund,  
22. Mai  
1862.



No. 316.  
Deutscher  
Bund.  
22. Mai  
1862.

zeugung ausgehen, so wird doch jedenfalls nicht behauptet werden wollen, dass die Fassung jenes Bundesbeschlusses im Einzelnen durch die Grundgesetze des Bundes in der Art vorgeschrieben war, dass die Hohe Bundesversammlung ihre durch Art. 61. der Wiener Schlussacte begründete Einwirkung nicht auch in anderer Weise hätte eintreten lassen können. Die Bundesversammlung entschied sich für die damals beschlossene Art dieser Einwirkung, weil sich dieselbe nach dem Urtheil der Hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen, mit dem die Kurfürstl. Regierung selbst einverstanden war, als die zweckmässigste darstellte, und weil in Fällen, wie der damals vorgelegene, nach Art. 32 der Wiener Schlussacte und Art. 6 der Executionsordnung in Uebereinstimmung mit der Landesregierung verfahren werden soll. Wenn nun aber schon damals ein anderer Weg hätte eingeschlagen werden können, sofern er als zweckmässiger erkannt worden wäre, so muss dasselbe auch jetzt möglich sein, wo klar zu Tage liegt, dass das Ziel auf dem bisherigen Wege nicht mehr erreicht werden kann. Die Hohe Bundesversammlung hat weder die von ihr unabhängigen Handlungen und Verhältnisse, welche das Fehlschlagen des bisherigen Verfahrens herbeigeführt haben, zu verantworten, noch kann sie zu aussichtslosem Beharren bei diesem Verfahren verpflichtet sein. Aber auch die Kurfürstliche Regierung wird nicht gehindert sein, einen neuen Weg zu betreten, um auf demselben zum ersehnten Abschluss langjähriger Zerwürfnisse zu gelangen. ¶ Einen solchen neuen Weg will der Antrag der Hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen vom 8. März d. J. eröffnen, indem er die Verfassung vom 5. Jan. 1831 als Boden der Verständigung für die zur Zeit widerstreitenden Standpunkte in Aussicht nimmt. Der Antrag wahrt hierbei zunächst die jedem Einzelstaat bundesgrundgesetzlich gesicherte Selbständigkeit der Kurhessischen Regierung, indem er dieselbe nur auffordern will, die geeigneten Einleitungen zu treffen, damit die Verfassung vom 5. Jan. 1831 wieder in Wirksamkeit trete, keineswegs aber bezüglich der Art dieser Einleitungen dem freien Ermessen der Landesregierung vorgreift. Der Antrag wahrt aber zugleich das Bundesrecht, indem er vorbehält, dass zunächst auf verfassungsmässigem Wege diejenigen Abänderungen der genannten Verfassung zu vereinbaren seien, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich seien, und indem er die Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der vormaligen Reichsritterschaft hervorhebt. Die Majorität des Ausschusses hält es auch ihrerseits für angemessen, über diese Bezeichnung der wesentlichen allgemeinen Grundlagen des nun einzuschlagenden Verfahrens nicht hinaus zu gehen. Aber sie erachtet es doch für ihre Pflicht, einige in jenen Grundlagen klar enthaltene Voraussetzungen darzulegen. Es erscheint nämlich als selbstverständlich: 1) dass die seit dem Jahr 1852 erlassenen Gesetze solange in Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmässigen Abänderung unterliegen; 2) dass anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal factisch ausser Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wieder hergestellt werden, sondern suspendirt bleiben, bis sie auf verfassungsmässigem Wege abgeschafft sind. In diesem Sinne

befürwortet der Ausschuss den Antrag vom 8. März, und giebt sich, im Falle die Bundesversammlung diesen Antrag zum Beschluss des Bundes erhebt, der zuversichtlichen Erwartung hin, dass die Kurfürstliche Regierung eben so sehr die bundesgenossenschaftlich freundlichen Motive als das Gewicht einer von der Bundesversammlung im allgemeinen Interesse des Bundes, wie im speciellen Interesse des Kurstaats gebotenen dringenden Aufforderung nicht verkennen, sondern einen neuen Beweis ihrer bewährten föderativen Gesinnungen wie ihrer dem Lande mehrfach kundgegebenen Bereitwilligkeit zu einem versöhnlichen Austrag der obwaltenden Verfassungsstreitigkeiten liefern werde. ¶ Aus vorstehenden Erwägungen stellt die Majorität des Ausschusses, indem sie sich die Erwägungsgründe der Höchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen aneignet, den Antrag:

No. 316.  
Deutscher  
Bund,  
22. Mai  
1862.

Hohe Bundesversammlung möge

1) in der Erwägung: dass die Bundesversammlung sich ihre schliessliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat, — ¶ dass auf der Grundlage der Verfassungsurkunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständnis zwischen der Kurfürstlichen Regierung und dem Lande nicht hat erzielt werden können, — ¶ dass der Bundesbeschluss vom 27. März 1852, wengleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezweckte, — ¶ dass die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt, — ¶ die Kurfürstliche Regierung auffordern, unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 ausser Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmässigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete;

2) von vorstehendem Beschlusse der Kurfürstlich-Hessischen Regierung durch Vermittlung ihres Herrn Gesandten Kenntniss geben.

Präsidium schlägt vor, den Ausschussantrag am 24. d. M. zur Abstimmung zu bringen.

Kurhessen. Der Gesandte beantragt auf Grund des § 24 der Geschäftsordnung eine weitere Hinausschiebung des Abstimmungstermines, zumal es kaum möglich sein wird, bis übermorgen eine motivirte Abstimmung, zu deren Abgabe jeder Regierung Gelegenheit geboten werden muss, abzugeben.

Mehrere Stimmen sprachen sich hingegen für sofortige Abstimmung aus.

Nach vertraulicher Erörterung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen: über obigen Ausschussantrag am 24. d. M. abzustimmen.

## No. 317.

**DEUTSCHE BUNDESVERSAMMLUNG.** — Zwei und zwanzigste Sitzung vom 24. Mai 1862. (§ 186) Abstimmung und Beschlussfassung über den Ausschusantrag auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831.

**No. 317.** Präsidium bringt den in der vorigen Sitzung (Prot. § 178) von der Majorität des Ausschusses für die Kurbessische Verfassungsangelegenheit gestellten Antrag zur Abstimmung.

Deutscher  
Bund,  
24. Mai  
1862.

Oesterreich. Der Gesandte hat dem Antrage des Ausschusses unter Bezugnahme auf die in denselben aufgenommenen Motive zuzustimmen.

Preussen. Die Königliche Regierung stimmt dem Antrage zu, indem sie mit der Majorität des Ausschusses der Ansicht ist,

1) dass die seit dem Jahre 1852 erlassenen Gesetze so lange in Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmässigen Abänderung unterliegen;

2) dass anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal factisch ausser Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wieder hergestellt werden, sondern suspendirt bleiben, bis sie auf verfassungsmässigem Wege abgeschafft sind.

Die Königliche Regierung glaubt auf die Motive des Gutachtens nicht weiter eingehen zu sollen, kann aber nicht umhin, zu bemerken, dass sie dieselben nicht durchgehends ihrer Auffassung entsprechend findet. Es ist diess unter Anderem der Fall hinsichtlich der Art und Weise, wie die Competenz der hohen Bundesversammlung für die vorliegende Frage begründet wird, sowie in Betreff der für die Nothwendigkeit einer andern Wahlordnung angeführten Gründe. ¶ Die Königliche Regierung darf, nachdem sie ihren Standpunkt über die Angelegenheit wiederholt zu Protocoll der hohen Versammlung erklärt hat, hierauf Bezug nehmen und sich eines nochmaligen näheren Eingehens bei der gegenwärtigen Gelegenheit enthalten.

Bayern. Die Königliche Regierung stimmt dem Antrage der Ausschussmajorität aus den in dem Antrage selbst aufgenommenen Erwägungsgründen bei.

Königreich Sachsen. Die Königliche Regierung, indem sie dem Antrage des Ausschusses beitrifft, glaubt es sich selbst, wie der hohen Bundesversammlung schuldig zu sein, über die Motive ihrer Abstimmung keinen Zweifel bestehen zu lassen. ¶ Der Bund hat im Jahre 1860 durch Majoritätsbeschluss eine Entscheidung getroffen, welche im Hinblick auf den vorausgegangenen Bundesbeschluss von 1852 so und nicht anders folgerichtigerweise erfolgen konnte: im Hinblick auf einen Bundesbeschluss, der in Folge eines Oesterreichisch-Preussischen Commissionsberichtes von dem betreffenden Bundestags-Ausschusse zur Annahme empfohlen worden und ebenfalls Majoritätsbeschluss war. Obschon nun besagter Bundesbeschluss von 1852 allerseits sieben Jahre lang unangefochten in Wirksamkeit belassen wurde und eine neue Ordnung der Verfassungszustände in Kurbessen in's Leben gerufen hatte, so ist gleichwohl dem nachfolgenden Bundesbeschlusse von 1860, welcher nur die Consequenz des ersteren war, und hiervon abgesehen nach dessen Vorgang als Majoritätsbeschluss jeden-

falls unangefochtene Geltung zu beanspruchen hatte, eben diese Geltung bestritten worden. ¶ Auf die rechtliche Begründung dieses Einspruches jetzt zurückzukommen, kann nicht die Absicht sein. Unbestreitbare Thatsache aber ist es, dass diesem Einspruche gegenüber und nachdem die im Beschlusse von 1860 in Aussicht genommene Garantietheilung Anstand gefunden hatte, sich im Kurstaate ein Widerstand gegen die von der Kurfürstlichen Regierung eingeleitete Ausführung des Bundesbeschlusses von 1860 gebildet hat, der nicht allein eine definitive Ordnung der verfassungsmässigen Zustände verhindert, sondern auch für die allgemeinen deutschen Verhältnisse und insbesondere für ein gedeihliches Zusammenwirken der deutschen Regierungen zu einem sehr nachtheiligen, ja verderblichen Elemente sich gestaltet. ¶ Die Regierungen, welche für den Bundesbeschluss von 1860 gestimmt haben, mögen diesen Zustand der Dinge tief beklagen, sie mögen das Bewusstsein für sich in Anspruch nehmen, denselben nicht hervorgerufen zu haben, immerhin können sie der Erkenntniss sich nicht verschliessen, dass bewandten Umständen nach eine consequente Durchführung der Bundesbeschlüsse von 1852 und 1860 zu einer Unmöglichkeit, dagegen eine alsbaldige Erledigung dieser schwebenden Frage zu einem allgemein deutschen Bedürfnisse geworden ist. Sowie daher die diesseitige Regierung den von Oesterreich und Preussen unterm 8. März d. J. bei hoher Bundesversammlung eingebrachten Antrag als einen erwünschten Uebergang zu endlicher Verständigung nur freudig begrünnen konnte, so auch nimmt dieselbe nicht Anstand, dem auf dessen Annahme gerichteten Ausschussberichte ihre Zustimmung zu ertheilen.

Hannover. Obwohl die Königliche Regierung tief beklagt, dass die Verfassung vom 30. Mai 1860, welche legal auf dem Bundesrechte entstand, wegen thatsächlicher Hindernisse nicht zur Wirksamkeit gelangt ist, so stimmt doch Allerhöchstdieselbe dem Antrage des Ausschusses unter der Voraussetzung bei, dass vor Publication der Verfassung vom 5. Januar 1831 zwischen der Bundesversammlung und der Kurfürstlichen Regierung vereinbart werde, welche Bestimmungen dieser Verfassung als bundeswidrige nicht zu publiciren sind und welches Wahlgesetz bei dem Zusammenberufen der Ständeversammlung zu Grunde gelegt werden soll. Ohne eine solche vorgängige Vereinbarung glaubt die königliche Regierung, dass der neue Weg, welcher durch den Antrag des Ausschusses vorgeschlagen wird, keine Erledigung der Kurbessischen Verfassungsangelegenheit, sondern vielmehr Wirren und Conflicte bringt, welche die grössten Verlegenheiten erzeugen. Ohnedies findet die Königliche Regierung weder mit dem Bundesrecht, noch mit der Bundesautorität vereinbar, dass der bundeswidrige Inhalt der Verfassung von 1831 zunächst durch Verhandlung und Beschluss zwischen der Kurfürstlichen Regierung und den Ständen entfernt werden soll. Artikel 56 der Wiener Schlussakte setzt Verfassungen voraus, welche nicht mit dem Bundesrechte collidiren, und er bezieht sich nur auf Aufhebung oder Aenderung von Bestimmungen, welche die inneren Landesverhältnisse und solche Gegenstände betreffen, bei welchen den Ständen nach ihrer Natur eine Einwilligung oder

**No. 317.** Mitwirkung zusteht; zu diesen Gegenständen gehören aber die Grundprincipien des Bundes nicht, da bei deren Schöpfung die Stände weder als Mitcontrahenten, noch als Garanten concurrirt haben. Und ebensowenig gelangt man vom Standpunkt der Bundesexecutive zu einer Mitwirkung der Stände bei Entfernung bundeswidriger Bestimmungen der Verfassungen. Vielmehr ist die h. Bundesversammlung diejenige Autorität, welche dafür zu sorgen hat, dass die Verfassungen der Einzelstaaten nicht über die Grundsätze der Bundesverfassung hinausgehen und ihnen widersprechen, und die betreffenden Regierungen sind das executive Organ, durch welches dieselbe ihre Entscheidungen vollzieht, insoweit sie das nicht unmittelbar thut. Die Stände waren bis jetzt keine Organe der Bundesexecutive. Selbst vom Standpunkte der Zweckmässigkeit möchte es sich empfehlen, wenn die Bundesversammlung in Vereinbarung mit der Kurfürstlichen Regierung das Bundeswidrige präcisirt. Dann wissen Regierung und Stände genau, woran sie sind, während die Verwicklung fortdauert, wenn Ungewissheit bleibt, und Regierung und Stände über den Begriff des Bundeswidrigen in Streit gerathen.

Württemberg. Der Gesandte stimmt dem Ausschussantrage zu.

Baden. Die Grossherzogliche Regierung erkennt als unbestreitbaren Grundsatz, dass dem Bunde eine Einmischung in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten nicht zusteht, ausser im Falle eines unzweifelhaften Widerspruches mit bundesgrundgesetzlichen Bestimmungen. Desshalb gesteht sie den Bundesbeschlüssen vom 27. März 1852 und 24. März 1860 rechtliche Wirkungen nicht zu, weil dieselben, ihrer Ueberzeugung nach, bei der Absicht, bundeswidrige Feststellungen in der Kurbessischen Verfassung von 1831 entfernen, die Grenzen der bezeichneten Zuständigkeit überschritten haben. ¶ Da diese Beschlüsse überdiess auch im Kurfürstenthume solchen Schwierigkeiten in der Ausführung begegneten, dass daraus immer bedenklichere Verwickelungen zu entstehen drohten, so trug die Grossherzogliche Regierung im Kreise ihrer höchsten und hohen Verbündeten schon vor beinahe einem Jahre auf Eröffnung eines ihr von allen Standpunkten aus möglich scheinenden Ausweges zur Wiedergewinnung eines verfassungsmässigen Bodens an. Sie rechnete dabei einerseits bei den sämmtlichen Bundesregierungen auf eine gleiche Auffassung des dringenden Bedürfnisses einer Lösung, andererseits bei der Kurfürstlichen Regierung auf den Wunsch, zum Frieden mit dem eigenen Volke zu gelangen. Bevor sich nun aber diese Erwartungen erfüllten, ist von der Kaiserlich-Oesterreichischen und der Königlich-Preussischen Regierung unterm 8. März d. J. gemeinschaftlich ein Antrag eingebracht worden, welcher die Kurfürstliche Regierung auffordert, Einleitung zur Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände im Kurfürstenthume zu treffen. ¶ Die Grossherzogliche Regierung will sich diesem Versuche, die vertragsmässige Grundlage des öffentlichen Rechtes im Kurfürstenthume wieder zu gewinnen, nicht entziehen und stimmt daher der von der Mehrheit des Ausschusses empfohlenen Annahme des Antrages der beiden höchsten Regierungen zu. ¶ Sie geht übrigens bei dieser ihrer Zustimmung von folgenden Annahmen aus:

1) dass die höchsten antragstellenden Regierungen eine Rückkehr

zur Verfassung von 1831 nicht empfehlen könnten, wenn nicht neben der in den Erwägungsgründen hervorgehobenen thatsächlichen Erfolglosigkeit der Bundesbeschlüsse von 1852 und 1860 auch deren rechtliche Wirkungen mit dem heute zu fassenden Beschlusse für aufgehoben zu erachten wären;

2) dass somit keinerlei Zweifel bestehen kann, was nunmehr wieder das im Kurfürstentume geltende Recht und folgerichtig auch der verfassungsmässige Weg ist, auf welchem zu Abänderungen der Verfassung von 1831, die etwa zur Herstellung einer Uebereinstimmung mit den Bundesgrundgesetzen erforderlich sein mögen, gelangt werden muss;

3) dass auch die empfohlene Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der ehemaligen Reichsritterschaft der Kurfürstlichen Regierung keine Veranlassung geben kann, das in rechtlicher Wirksamkeit bestehende Wahlgesetz von 1849 bei Beschaffung des Organs für die als nöthig erachtete Revision sowohl der Verfassung von 1831 als des Wahlgesetzes selbst bei Seite zu setzen.

Schliesslich bemerkt die Grossherzogliche Regierung noch, dass sie sich bei ihrer Zustimmung zwar den Antrag, nicht aber die Ausführungen und Rathschläge des Ausschussberichtes aneignet, und dass sie für den Fall des Misslingens des jetzt gemachten Versuches sich ein Zurückkommen auf ihren am 4. Juli v. J. gestellten Antrag ausdrücklich vorbehält.

Kurbessen. Der Gesandte enthält sich der Abstimmung, glaubt übrigens, wenn er auch die ihm sonst durch den Ausschussbericht dargebotene Gelegenheit zur Abgabe von Erklärungen und Erläuterungen nicht weiter benutzen will, bezüglich der Behauptung des Ausschusses, dass die Kurfürstliche Regierung die ihr obliegende beruhigende Anzeige nicht erstattet, der Bundesversammlung also nicht Gelegenheit gegeben habe, die von dieser vorbehaltene, der Sachlage entsprechende Entschliessung zu fassen, Folgendes bemerken zu müssen: ¶ Abgesehen davon, dass eine beruhigende Anzeige in der am 19. April 1860 abgegebenen Erklärung der Kurfürstlichen Regierung in Verbindung mit der notorisch stattgefundenen Publication der Verfassung vom 30. Mai 1860 recht wohl gefunden werden könnte, welche Notorietät von hoher Bundesversammlung als in dem Grade vorhanden anerkannt wird, dass sie sich nur auf diesen Grund hin mit der Ausserwirksamkeitsetzung dieser Verfassung beschäftigt, von deren Publication ihr noch keine genügende Kunde geworden sein soll, würde die hohe Bundesversammlung auf den Grund des Beschlusses vom 24. März 1860 nur zu der Aufforderung berechtigt sein, die beruhigende Anzeige zu erstatten, nicht aber den Beschluss zurückzunehmen. Die Kurfürstliche Regierung hat das am wenigsten erwartet, dass aus der Nichteinholung der Garantie ein Einwand erhoben und daraus die Berechtigung der Bundesversammlung hergeleitet werden würde, sich in der jetzt beabsichtigten Weise in eine innere Landesangelegenheit zu mischen, nachdem sie das Nachsuchen um Garantie auf Ersuchen mehrerer der deutschen Bundesregierungen und auf den persönlichen, Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten ausgedrückten Wunsch deutscher Fürsten unterlassen hat.

Grossherzogthum Hessen. Die Grossherzogliche Regierung

**No. 317.** vermag nicht zu verkennen, dass, zumal nach den neuesten Vorgängen, keine Aussicht mehr vorhanden ist, den Kurhessischen Verfassungsstreit auf dem bisher betretenen Wege zu einem baldigen, allseitig anerkannten Abschluss zu bringen. Die Grossherzogliche Regierung kann sich daher nur damit einverstanden erklären, dass ein anderer Weg und zwar unter Zugrundelegung der Verfassung von 1831 eingeschlagen werde, um das wünschenswerthe Ziel einer endlichen Erledigung dieser Angelegenheit zu erreichen. Die Grossherzogliche Regierung stimmt daher dem vorliegenden Antrage zu, obwohl sie gewünscht hätte, dass es von dem Ausschusse unternommen worden wäre, den von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen am 8. März d. J. gestellten Antrag schärfer zu präcisiren oder doch in der Motivirung der Kurfürstlichen Regierung bestimmtere Anhaltspunkte für die von ihr demnächst einzuleitenden Schritte an die Hand zu geben, und zwar namentlich durch genaue Bezeichnung derjenigen Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen einer Abänderung bedürfen. Die Grossherzogliche Regierung würde in einem solchen Verfahren einen Eingriff in die Selbständigkeit der Kurfürstlichen Regierung um so weniger erblickt haben, als letztere selbst bei einer früheren Gelegenheit Zweifel über die Bedeutung und Tragweite des vorliegenden Antrages geäußert hat. Eine die Beseitigung dieser Zweifel bezweckende, eingehende Verständigung über die von der Kurfürstlichen Regierung demnächst einzuleitenden Schritte hätte einem günstigen Erfolge des nunmehr angebahnten Weges, nach der Ueberzeugung der Grossherzoglichen Regierung, nur förderlich sein können. Die Grossherzogliche Regierung hält deshalb, indem sie, wie bemerkt, dem vorliegenden Antrage zustimmt, an der Hoffnung fest, dass die hohe Bundesversammlung sich im wahren Interesse der Sache der Aufgabe, eine solche nähere Verständigung herbeizuführen, nicht entziehen werde, falls etwa die Kurfürstlich Hessische Regierung in Folge des zu fassenden Beschlusses in dieser Richtung bestimmte Wünsche äussern sollte.

Dänemark wegen Holstein und Lauenburg. Da die Königliche Regierung nur die Vorschriften der Bundesgrundgesetze über die Einwirkung des Bundes auf innere und Verfassungs-Angelegenheiten als massgebend für Grundlage und Grenzen der in dieser Angelegenheit zu fassenden Beschlüsse anzuerkennen vermag, so sieht sie sich ausser Stande, der vorgeschlagenen Aufforderung beizupflichten und hat den Gesandten angewiesen, unter Berufung auf das Bundesrecht, sowie unter Bezugnahme auf die von ihm in der 35. Sitzung des Jahres 1859, in der elften des Jahres 1860 und in der Sitzung vom 13. d. M. abgegebenen Vota gegen den Antrag des Ausschusses zu stimmen.

Niederlande wegen Luxemburg und Limburg. Der Gesandte ist ermächtigt, dem Ausschussantrage beizutreten, da durch die Uebereinstimmung der beiden allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preussen die Aussicht eröffnet worden ist, die in Folge der Aufhebung der Kurhessischen Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen und den Vorschriften der Artikel 54, 55 und 56 der

Wiener Schlussacte Genüge zu leisten. Zugleich hat der Gesandte zu bemerken, dass, wenn die Königlich-Grossherzogliche Regierung sich früher stets gegen eine Einmischung der Bundesversammlung in die inneren Angelegenheiten des Kurfürstenthums ausgesprochen hat, ihre gegenwärtige Abstimmung keineswegs eine Veränderung ihrer diessfallsigen Ansicht andeuten soll, sondern lediglich die Folge ihres Wunsches ist, zur Herstellung rechtlicher Verhältnisse mitzuwirken.

Grossherzoglich- und Herzoglich-Sächsische Häuser. Der Gesandte ist angewiesen, dem Ausschussantrage beizutreten, und hat dabei für Sachsen-Weimar-Eisenach zu erklären, es geschähe diess unter der durch die Worte des Antrages nicht ausgeschlossenen Voraussetzung, dass bei Wiederherstellung der Verfassung von 1831 auch der formell gültige Weg eingehalten werde.

Sachsen-Coburg-Gotha schliesst sich der Abstimmung Badens an. Braunschweig und Nassau. Der substituirté Gesandte stimmt dem Ausschussantrage zu.

Mecklenburg. Die Grossherzoglichen Regierungen haben den von den Allerhöchsten Höfen von Wien und Berlin in der Sitzung der Bundesversammlung vom 8. März l. J. bezüglich der Kurbessischen Verfassungsangelegenheit eingebrachten Antrag der eingehendsten Prüfung unterzogen. Dieselben haben sich dies um so mehr als Aufgabe stellen müssen, als sie den Werth und das Gewicht des Einverständnisses der beiden deutschen Grossmächte über eine, einen deutschen Bundesstaat betreffende Angelegenheit in vollstem Masse anerkennen. ¶ Die Grossherzoglichen Regierungen haben, bevor sie in Erwägung zogen, ob der durch den Antrag bezeichnete Weg zur Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurbessen führen dürfte, vor Allem sich die Frage vorlegen müssen, ob und inwieweit hoher Bundesversammlung annoch eine Einwirkung auf diese Verfassungsangelegenheit zustehe. Die Erörterung der Frage hat zu der Betrachtung geführt, dass, nachdem die Kurfürstlich Hessische Regierung dem Bundesbeschlusse vom 24. März 1860, ad 1 — wie sich aus deren Anzeige in der Sitzung vom 19. April 1860 ergibt — entsprochen hatte, hoher Bundesversammlung in der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums nur noch die Entschliessung über die der am 30. Mai 1860 publicirten Verfassung zu gewährende Garantie vorbehalten blieb, dass auch nur zu solchem Zwecke die Vorlage dieser Verfassung erfordert werden konnte und geschehen sollte. Da demnach jene Verhandlungen vor hoher Bundesversammlung über Feststellung der Verfassung zu einem definitiven Abschluss gelangt waren, da ebensowohl in Gemässheit der früheren Erklärungen der Kurbessischen Stände Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen und der Kurbessischen Regierung über den Inhalt der Verfassung nicht bestanden, so gelangte dieselbe durch den Act der Publication auch im Kurfürstenthum zu einem formellen und rechtsgültigen Abschluss. Aus jenen Verhandlungen dürfte demnach wohl ebensowenig die Berechtigung hoher Bundesversammlung zur ferneren Einwirkung auf die gedachte Angelegenheit abzuleiten sein, als diese in den eine solche Einwirkung regelnden bundesgrundgesetz-



No. 317.  
Deutscher  
Bund,  
24. Mai  
1862.

lichen Bestimmungen einen rechtlichen Anhalt findet. Auch wird weder in dem gestellten Antrage, noch in dem über diesen erstatteten Vortrage des Ausschusses auf eine dieser besonderen Bestimmungen der Bundesgrundgesetze hingewiesen. Eine Erweiterung solcher Bestimmungen aber zu Gunsten des vorliegenden Falles aus der allgemeinen Bestimmung des Art. 9 der Wiener Schlussacte und aus dem auf die Erhaltung der inneren Sicherheit Deutschlands gerichteten Bundeszwecke zu entnehmen, erscheint um so bedenklicher, als einerseits auch nach dem an die Spitze des Artikels der Schlussacte gestellten Satze die Bundesversammlung stets ihre Rechte und Obliegenheiten nur innerhalb der ihr vorgezeichneten Schranken ausübt, andererseits vorerst der Nachweis geführt werden müsste, dass in der That durch den gegenwärtigen Zustand im Kurfürstenthum Hessen die innere Sicherheit Deutschlands bedroht sei. ¶ Die Grossherzoglichen Regierungen verkennen nicht, dass der Handhabung und Durchführung der im Kurfürstenthum Hessen bestehenden Verfassung Schwierigkeiten entgegenstehen, welche für dieses, je länger sie dauern, um so ernstere Bedeutung gewonnen haben; sie verkennen ebensowenig, dass die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen sehr wünschenswerth und im Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt; allein um deswillen vermögen sie in den Kurhessischen Zuständen noch nicht eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands zu finden. Indem die Grossherzoglichen Regierungen vielmehr ein besonders hohes Gewicht darauf legen dass die Ordnung der Kurhessischen Verfassungszustände nicht in einer das monarchische Princip, wie die Autorität hoher Bundesversammlung gefährdenden Weise geschehe, so vermögen sie auch sich der Ueberzeugung nicht zu verschliessen, dass bei der geringen Verschiedenheit zwischen den Ansichten der Kurfürstlichen Regierung und den Wünschen des Landes — soweit diese berechtigt erscheinen dürften — über den materiellen Inhalt einer revidirten Verfassung eine Einigung un schwer zu erzielen sein würde, wenn die Angelegenheit, wie die Kurfürstliche Regierung in Anspruch nimmt, ferner als eine innere des Landes behandelt wird, ja, dass diese Einigung auf dem einen oder andern Wege wohl bereits würde erreicht worden sein, wenn diese Art der Behandlung auch sonst eingehalten und jede nicht berechtigte Einwirkung auf die Kurhessischen Verfassungszustände von aussen unterblieben wäre. Dieselben können nicht glauben, dass dem Verfassungstreite in Kurhessen an sich eine Deutschlands innere Sicherheit bedrohende Gefahr innewohnt, sie neigen sich vielmehr zu der Annahme hin, dass, wenn dieser Verfassungstreit dennoch eine so weit gehende Bedeutung in der That gewonnen haben sollte, dies anderweitigen politischen Erscheinungen zuzuschreiben sein dürfte, welche durch die Genehmigung des vorliegenden Antrages Seitens hoher Bundesversammlung sich nicht verlieren, sondern eher sich vermehren und an intensiver Kraft gewinnen werden. Die Grossherzoglichen Regierungen erlauben sich ferner darauf hinzuweisen, dass, wenn sie in ihrer Abstimmung am 13. dieses Monats über den Antrag wegen Sistirung des Wahlverfahrens auf das Präjudicirliche der Annahme dieses Antrags zu dem jetzt zur Ent-

schliessung hoher Bundesversammlung stehenden Antrage aufmerksam gemacht haben, sie die Richtigkeit dieser ihrer Auffassung in dem vorliegenden Ausschussvortrage allerdings bestätigt finden, inzwischen aber nicht als zutreffend anzuerkennen vermögen, dass auf den Beschluss vom 13. dieses Monats wegen eines Incidentpunktes die Competenz hoher Bundesversammlung bezüglich des überdies einer gegen den Eintritt jenes Incidentpunktes zurückliegenden Zeit angehörenden Hauptantrags gegründet werde. ¶ Während die Grossherzoglichen Regierungen aus solchen Erwägungen die Competenz hoher Bundesversammlung zu einem Eingreifen in die inneren Verfassungszustände des Kurfürstenthums Hessen ohne und gegen den Willen der dortigen Regierung bundesrechtlich nicht begründet finden, glauben dieselben, abgesehen von dieser ersten und wichtigsten Frage, auch ihre Bedenken gegen die Zweckmässigkeit des im Antrage vorgezeichneten Weges für eine gedeihliche Erledigung der Verfassungsangelegenheit nicht zurückhalten zu sollen. Den Grossherzoglichen Regierungen will es scheinen, dass, nach eingehender Erwägung des Inhalts der Erklärungen der Kurfürstlichen Regierung vom 19. December vorigen Jahres und vom 27. März, sowie der am 23. Januar dieses Jahres überreichten Denkschrift, zufolge der gegenwärtigen Lage der Angelegenheit, diese Regierung zunächst zu einer Erklärung darüber aufzufordern sei, wie sie die der Durchführung und Handhabung der bestehenden Verfassung sich entgegenstellenden Schwierigkeiten zu beseitigen und zu einem gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustande im Lande zu gelangen gedenke. Die Grossherzoglichen Regierungen bezweifeln nicht, dass hierauf eine Erklärung erfolgen würde, welche hinreichende Anknüpfungspunkte enthielte, um im formellen Anschluss an den gegenwärtigen öffentlichen Rechtszustand im Kurfürstenthum eine Verständigung zu erzielen, bei welcher allen irgend gerechtfertigten Wünschen des Landes Rechnung getragen wäre. Wenn aber in Gemässheit des vorliegenden Antrags die Kurfürstliche Regierung aufgefordert werden soll, die auf Grund des Bundesbeschlusses vom 27. März 1852 ausser Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831 wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, so glauben die Grossherzoglichen Regierungen doch zu bedenken geben zu sollen, dass jener Bundesbeschluss gefasst wurde, nachdem die Commissäre der den deutschen Bund vertretenden hohen Regierungen von Oesterreich und Preussen in ihrer Vorlage nachgewiesen hatten, dass die Verfassung von 1831 Grundsätze und Bestimmungen enthalte, deren Anwendung zur gänzlichen Lähmung der Regierung und zur Auflösung aller staatlichen Ordnung geführt hätten. Die Grossherzoglichen Regierungen erkennen gerne an, dass in der Voraussetzung, dass anerkannt bundeswidrige Bestimmungen nicht wiederhergestellt werden, sondern suspendirt bleiben sollen, ferner dass in der empfohlenen Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft und endlich in dem Vorbehalt einer verfassungsmässigen Revision der Verfassung Zwecks Herstellung der Uebereinstimmung derselben mit den Bundesgesetzen einige Garantie bezüglich des endlichen Inhalts der Verfassung liegen dürfte, allein wie es

**No. 317.** sehr ungewiss erscheint, wann der Abschluss über die Verfassung zu erreichen sein wird, wie der Kurfürstlichen Regierung die einstweilige Verständigung derselben mit den Ständen, die endliche Bestimmung über den bekanntlich höchst schwankenden Begriff der Bundeswidrigkeit von Verfassungsbestimmungen vorbehalten bleibt, so ist der Kurfürstlichen Regierung durch den Antrag weder eine feste Grundlage für ihr Vorgehen in der Verfassungs-Angelegenheit, noch insbesondere ein fester Anhalt dafür, wie sie einstweilen den öffentlichen Rechtszustand des Landes zu gestalten haben würde, gegeben. ¶ Die Grossherzoglichen Regierungen haben stets aufrichtigst beklagt, dass die Kurfürstliche Regierung nicht bereits in der dem Bundesbeschlusse vom 27. März 1852 nächstfolgenden Zeit zu einem Abschluss des Verfassungswerks gelangt ist. Dieselben hegen auch jetzt den aufrichtigsten Wunsch, dass der Abschluss abermaliger Verhandlungen über die Verfassung zwischen Regierung und Ständen auf dem von den Allerhöchsten Höfen von Wien und Berlin vorgeschlagenen Wege in einer allseitig befriedigenden Weise und binnen kurzer Frist gelingen möge allein die rechtlichen und politischen Bedenken, welche nach ihrer innersten Ueberzeugung jenem Wege entgegenstehen, sind für sie zu bedeutungsvoll, als dass sie dieselben zurückdrängen können. ¶ Der Gesandte ist demnach angewiesen, gegen den Antrag zu stimmen.

Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Für die Curie hat der Gesandte dem Antrage beizutreten. Die Grossherzoglich-Oldenburgische Regierung ist dabei der Ansicht, dass hinter den Worten „Verfassung vom 5. Januar 1831“ einzuschalten gewesen wäre: nebst Aenderungen von den Jahren 1848 und 1849; da indessen die Frage wegen des Wahlgesetzes nach dem vorliegenden Antrage unentschieden bleibt, so hat die Grossherzogliche Regierung demselben beistimmen können. Für die hohen Regierungen von Anhalt und Schwarzburg-Rudolstadt glaubt der Gesandte eine etwaige Aeusserung noch vorbehalten zu müssen.

Liechtenstein, Reuss, Schaumburg-Lippe, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg. Der Gesandte ist für die Curie noch ohne Instruction, für Reuss jüngere Linie und Waldeck hat er dem Ausschussantrage zuzustimmen.

Freie Städte. Für die Curie stimmt der Gesandte dem Ausschussantrage zu, für Lübeck unter der Voraussetzung, dass die Kurhessischen Stände, behufs Revision der Verfassung von 1831, auf Grund des Wahlgesetzes von 1849, oder, falls zuvor noch eine Revision dieses Wahlgesetzes selbst für nöthig erachtet werden sollte, behufs dieser Revision auf Grund desselben Wahlgesetzes einberufen werden.

Preussen. Der Gesandte behält seiner allerhöchsten Regierung eine etwaige Erklärung bezüglich der in einigen Abstimmungen enthaltenen Bemerkungen vor.

Die Bundesversammlung hat hierauf beschlossen;

1) in der Erwägung: dass die Bundesversammlung sich ihre schliessliche Erklärung über die Erledigung der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen vorbehalten hat, — ¶ dass auf der Grundlage der

Verfassungsurkunden vom 13. April 1852 und vom 30. Mai 1860 ein Einverständnis zwischen der Kurfürstlichen Regierung und dem Lande nicht hat erzielt werden können, — ¶ dass der Bundesbeschluss vom 27. März 1852, wenngleich er die bundeswidrigen Bestimmungen der früheren Verfassungsgesetze nicht im Einzelnen bezeichnet hat, grundsätzlich doch nur eine Revision dieser Gesetze nach bundesrechtlichen Gesichtspunkten bezweckte, — dass die endliche Herstellung eines gesicherten und allseitig anerkannten Rechtszustandes in Kurhessen im dringenden Interesse des Landes wie des gesammten Deutschlands liegt, ¶ die Kurfürstliche Regierung aufzufordern, unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standchaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 ausser Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Jan. 1831, vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmässigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete;

2) von vorstehendem Beschlusse der Kurfürstlich-Hessischen Regierung durch Vermittlung ihres Herrn Gesandten Kenntniss zu geben.

Der Kurfürstlich-Hessische Herr Gesandte gab sodann folgende Erklärung ab:

Ich bin beauftragt, gegen den eben gefassten Bundesbeschluss auf den Grund der Bundesgesetze und der durch völkerrechtliche Verträge garantirten Unabhängigkeit meines allergnädigsten Landesherrn und seines Landes Verwahrung einzulegen, gleichzeitig aber zu bemerken, dass die Kurfürstliche Regierung der Macht der Verhältnisse folgen und dem Bundesbeschlusse nachkommen wird. \*)

\*) In der Bundestagsitzung vom 5. Juni gab Württemberg nachträglich folgende Erklärung ab: „Die königl. Regierung hat sich in Absicht auf den von Oesterreich und Preussen in der Sitzung vom 8. März d. J. gestellten und von dem Ausschuss in der Sitzung vom 22. v. M. zur Annahme empfohlenen Antrag zunächst auf eine einfach zustimmende Erklärung beschränkt und sich einer näheren Angabe ihrer Auffassung von der Bedeutung dieses Antrags enthalten, um nicht Zweifel über den Sinn dieses Antrages im Schoosse der Bundesversammlung hervorzurufen und hiedurch die ihr wünschenswerth erschienene einmüthige Beschlussfassung der Bundesversammlung zu erschweren. Nachdem jedoch sämmtliche Bundesregierungen, welche dem Antrag beigestimmt haben, ihre Zustimmung unter Bezugnahme theils auf die dem Antrage selbst zu Grunde gelegten Erwägungen, theils auf die in dem Ausschussantrage enthaltenen Motive begründet haben, so findet sich die k. Regierung, um jedem Missverständnisse über die Bedeutung ihrer Zustimmung zu begegnen, veranlasst, die letztere kurz dahin zu erläutern, dass sie dem von dem berichtenden Ausschusse befürworteten Antrag in dem Sinne zugestimmt habe, dass durch denselben eine Wiederherstellung des ganzen bis zum Jahre 1852 im Kurstaate bestehenden Verfassungsrechts, vorbehaltlich der auf verfassungsmässigem Wege zu unternehmenden Herstellung der Uebereinstimmung mit dem Bundesrechte, bezweckt und insbesondere eine Wiederherstellung der aus dem Jahre 1848/49 stammenden Zusätze zu der Verfassung von 1831 nicht ausgeschlossen werden solle — Die k. Regierung ist indess auch ihrerseits des Dafürhaltens, dass die Bundesversammlung von ihrem Standpunkte aus die kurf. Regierung zu Wiederherstellung anerkannter bundeswidriger Bestimmungen nicht auffordern könne, dass daher namentlich die Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1849 in seinen dormaligen Bestimmungen eigentlich nur eine transitorische sein könne, indem gerade dieses Gesetz mit dem Bundesrecht nicht im Einklange stehe, sonach mindestens einer wesentlichen Modification bedürfe.“

## No. 318.

**KURHESSEN.** — Landesherrliche Verkündigung vom 22. Juni 1862. — Die Wiederherstellung der Verfassungsurkunde von 1831 betreffend. —

No 318.  
Kurhessen,  
22. Juni  
1862

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst etc., verkündigen, wie folgt: ¶ Es hat die hohe deutsche Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 24. Mai d. J. auf den gemeinschaftlichen Antrag der k. k. österreichischen und der königlich preussischen Regierung den Beschluss gefasst:

„Die kurfürstliche Regierung aufzufordern, unter Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürgten Standschaftsrechte der Mediatisirten und der Reichsritterschaft geeignete Einleitung zu treffen, damit die im Jahre 1852 ausser Wirksamkeit gesetzte Verfassung vom 5. Januar 1831. vorbehaltlich derjenigen zunächst auf verfassungsmässigem Wege zu vereinbarenden Abänderungen, welche zur Herstellung der Uebereinstimmung mit den Bundesgesetzen erforderlich sind, wieder in Wirksamkeit trete.“

In Vollziehung dieses Bundesbeschlusses, für dessen Ausführung die von der Bundesversammlung anerkannten Grundsätze:

„dass die seit dem Jahre 1852 erlassenen Gesetze so lange in Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmässigen Abänderung unterliegen,“

und

„dass anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal factisch ausser Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wieder hergestellt werden, sondern suspendirt bleiben, bis sie auf verfassungsmässigem Wege abgeschafft sind,“

als massgebend zu betrachten sind, und in der Absicht, den Verfassungs- und Rechtszustand Unserer Lande sicher zu stellen und zu befestigen, thun Wir kund und verordnen:

§ 1. Die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 und die folgenden zu derselben gehörigen Gesetze:

das Gesetz vom 25. November 1831. die Legitimation der Landstände betreffend,

das Gesetz vom 26. October 1848. die freie Wahl der Staatsdiener zu Landtagsabgeordneten betreffend,

das Gesetz vom 5. April 1849, die Zusammensetzung der Ständeversammlung und die Wahl der Landtags-Abgeordneten betreffend, endlich

die Geschäftsordnung der Ständeversammlung vom 20. Juli 1848, treten mit dem Erscheinen dieser Unserer Verkündigung unter den in den folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen und Vorbehalten wieder in Wirksamkeit, und werden demgemäss die Verfassungsurkunde vom 30. Mai 1860 und das Gesetz von demselben Tage, die Wahl der Landstände betreffend, hierdurch aufgehoben. ¶ Insoweit es die veränderte Organisation der innern Landesverwaltung nöthig macht, werden Wir die zu Ausführung des Wahlgesetzes v. 5. April 1849 erforderlichen ergänzenden Bestimmungen für die zunächst vorzunehmenden Wahlen im Wege der Ver-

ordnung erlassen, und in gleicher Weise für die Besorgung der in den §§ 1 bis 4 der Geschäftsordnung dem — zur Zeit nicht vorhandenen — bleibenden ständischen Ausschüsse zugewiesenen Geschäfte anderweite geeignete Fürsorge treffen.

No. 318.  
Kurhessen,  
23. Juni  
1862.

§ 2. Die nachfolgenden als bundeswidrig anzusehenden Bestimmungen:

- 1) der § 60 der Verfassungsurkunde, soweit er die Aufnahme der Verpflichtung zur Beobachtung und Aufrechterhaltung der Verfassung in den Dienst der Offiziere vorschreibt;
- 2) der § 61 derselben, insoweit er dahin ausgelegt worden ist, dass die Verantwortlichkeit eines Staatsdieners wegen Verfassungsverletzungen auch für den Fall eintrete, wo dieser die Verfügung einer ihm vorgesetzten Behörde zur Vollziehung brachte;
- 3) das Gesetz vom 26. October 1848 über die Abänderungen einer das Kriegswesen betreffenden Bestimmung des § 107 der Verfassungsurkunde,

bleiben bis zur demnächstigen verfassungsmässigen Abänderung ausser Wirksamkeit; namentlich kommt statt des unter 3 bezeichneten Gesetzes der § 107 der Verfassungsurkunde seinem ganzen Inhalte nach zur Anwendung.

§ 3. Um bis zu der demnächstigen verfassungsmässigen Feststellung des Staatsbedarfs den Staatshaushalt vor gefahrdrohenden Störungen und die Staatskasse vor unwiederbringlichen Verlusten zu sichern, verordnen Wir, dass bis zu dieser hiernächstigen Feststellung die dermalen bestehenden Steuern und Abgaben in Gemässheit der zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen forterhoben werden.

§ 4. Die seit dem 4. September 1850 bis zum Eintritte der Verfassungsurkunde vom 13. April 1852 ergangenen provisorischen Gesetze, deren Beseitigung den gleichzeitigen Erlass anderweiter Vorschriften im verfassungsmässigen Wege erfordert, sollen mit den von Uns für erforderlich zu erachtenden Aenderungen demnächst Unseren getreuen Ständen zur verfassungsmässigen Zustimmung vorgelegt werden, und bleiben einstweilen in unveränderter Wirksamkeit.

§ 5. Wir werden die unter der Herrschaft der Verfassungsgesetze vom 13. April 1852 und 30. Mai 1860 ergangenen gesetzlichen Erlasse einer Revision unterwerfen und für diejenigen, deren Beseitigung erforderlich erscheint, Gesetzesentwürfe zu deren Abänderung Unseren getreuen Ständen vorlegen lassen.

§ 6. Zugleich ist es Unser Wille, dass diejenigen landesherrlichen Verordnungen, welche gesetzliche mit landständischer Zustimmung ergangene Anordnungen und Bestimmungen beseitigt haben, der Ständeversammlung demnächst zur verfassungsmässigen Zustimmung über deren Fortbestehen oder Abänderung vorgelegt werden sollen.

§ 7. Wegen Einberufung der Ständeversammlung werden Wir alsbald weitere Anordnungen treffen, damit die durch den obenverkündigten Bundesbeschluss vorbehaltene Berücksichtigung der bundesrechtlich verbürg-

**No. 318.** ten Standschaftsrechte der Standesherrn und der Reichsritterschaft bald-  
Kurbessen, thunlichst ihre Erledigung finde.  
22. Juni  
1862.

Urkundlich Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und des  
beigedrückten Staatssiegels gegeben zu Kassel am 22. Juni 1862.

*Friedrich Wilhelm.*

(St. S.)

Vt. v. Dehn-Rotfelser. Vt. Pfeiffer.

Vt. v. Osterhausen. Vt. Stiernberg.

---

# I. Inhaltsverzeichnis, nach den Gegenständen alphabetisch geordnet:

## **Dänisch-deutsche Frage.** (Vgl. Bd. I. No. 60—63.)

1851 Aug. 9.	<b>Dänemark.</b> Prinz Friedrich Wilhelm v. Hessen an d. dänischen Staatsrath, die Entsagung auf die Thronfolge betr. ....	No. 235.
1860 Mai 16.	— Min. d. Ausw. an den Gesandten in Berlin, Protest gegen die Behandlung der Angelegenheiten der Herzogthümer in der preussischen Abgeordnetenversammlung.	„ 244.
„ „ 29.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. a. d. Gesandten in Kopenhagen, Zurückweisung des vorausgehenden dänischen Protestes.	„ 245.
„ Juni 10.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Berlin. Replik auf die vorausgehende preussische Depesche.	„ 246.
„ „ 29.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Kopenhagen, Rückäußerung auf die vorausgehende dänische Depesche nebst Promemoria über die rechtliche Stellung Deutschlands zu dem Herzogthum Schleswig ..	„ 247.
1861 Oct. 26.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Berlin, Vorschläge zur Ordnung der holsteinischen Frage....	„ 236.
„ Dec. 5.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Kopenhagen, Antwort auf die dänischen Vorschläge zur Ordnung der holstein. Frage.....	„ 237.
„ „ 26.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. an die Gesandten in Wien und Berlin, die Ordnung der holstein. Frage betr....	„ 238.
1862 Jan. 27.	— Vorlagen an den Reichsrath, die staatsrechtl. Verhältnisse der Monarchie betr.....	„ 241.
„ Febr. 8.	<b>Oesterreich und Preussen.</b> Antwort auf die dän. Depesche vom 26. Decbr. 1861 (No. 239).....	„ 239.
„ „ 14.	— — Die Min. d. Ausw. an die resp. Gesandten in Kopenhagen, die dem dänischen Reichsrath gemachten Vorlagen betr.....	„ 240.
„ März 12.	<b>Dänemark.</b> Min. d. Ausw. gleichlautend an die kön. Gesandten in Wien und Berlin, Erwiderung auf die österr.-preuss. Depeschen vom 8. u. 14. Februar....	„ 243.
„ „ 13.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> Vortrag des holstein. Ausschusses und der Executionscommission, die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg betr.....	„ 243.
„ „ 19.	<b>Dänemark.</b> Gesandter bei der deutsch. Bundesvers. an den k. k. Präsidialgesandten, Protest gegen den in der Bundesvers. vom 13. März gestellten Ausschussantrag.	„ 243.
„ „ 21.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> K. K. Präsidialgesandter an den dän. Bundestagsgesandten, Empfangsanzeige des vorausgehenden Protestes.....	„ 249.
„ „ 27.	— Verhandlung über die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg.....	„ 250.



**Dappenthal-Angelegenheit.** (Vgl. Bd. I, No. 140 u. 141)

- 1861 Oct. 31. **Schweiz.** Bundesrath an den schweizerischen Gesandten in Paris. Reclamation wegen Verletzung des schweizerischen Gebiets..... No. 258.
- „ Nov. 8. **Frankreich.** Min. d. Ausw. an dens., Erwiderung auf die vorstehende Reclamation des Bundesraths ..... „ 259.
- „ „ 23 **Schweiz.** Bundesrath an dens., rechtliche Begründung der Ansprüche der Schweiz auf das Dappenthal... „ 260.
- 1862 Jan. 29. — Ders. an dens., Protest gegen die Beschränkung der Souveränitätsausübung der Schweiz im Dappenthal „ 261.

**Deutschlands Verfassung.** (Vgl. Bd. I. No. 163 u. 164.)

- 1861 Oct. 15. **Sachsen.** Denkschrift der kön. Regierung zu dem Project einer Reform des deutschen Bundes..... No. 175.
- „ Nov. 5, **Oesterreich.** Antwort auf das k. sächs. Project einer Reform des deutschen Bundes..... „ 223.
- „ „ 10. **Sachsen.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Wien, die Reform des deutschen Bundes betr..... „ 224.
- „ „ 12. — Ders. an dens. Desgl..... „ 225.
- „ „ 20. — Nachtrag zur Denkschrift vom 15. October (No. 175) „ 176.
- „ „ 22. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Wien, die Reform des deutschen Bundes betr..... „ 226.
- „ Dec. 20. **Preussen.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Dresden. Antwort auf das k. sächs. Project einer Reform des deutschen Bundes..... „ 177.
- 1862 Jan. 11. **Sachsen.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Berlin, Erwiderung auf die vorstehende preuss. Depesche... „ 227.
- „ „ 28. **Baden.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Dresden, Erwiderung auf das sächs. Bundesreformprojekt.... „ 228.
- „ Febr. 2. **Oesterreich und einige andere deutsche Staaten.** Identische Verwahrung gegen die preuss. Erklärung in der deutschen Verfassungsangelegenheit, vom 20. December 1861 (No. 177)..... „ 229.
- „ „ 2. **Sachsen.** Gesandter in Berlin an d. preuss. Min. d. Ausw., Anschluss an die vorausgehende Verwahrung. „ 230.
- „ „ 2. **Preussen.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Wien, die österr. Auffassung von der Bedeutung des Bundestags-Präsidiums (No. 228) betr..... „ 231.
- „ „ 8. **Mecklenburg.** Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in Wien, den Nichtanschluss an die identische Note vom 2. Febr. (No. 229) betr..... „ 234.
- „ „ 14. **Preussen.** Antwort auf die identische Note Oesterreichs und anderer Staaten vom 2. Febr..... „ 232.
- „ „ 14. — Geschäftsträger in Dresden an den sächs. Min. d. Ausw., die deutsche Verfassungsangelegenheit betr... „ 233.
- „ „ 21. — Denkschrift zur Beleuchtung der in der identischen Note (No. 229) aufgestellten politischen und bundesrechtlichen Ansichten..... „ 251.

**Englisch-amerikanische Differenzen.** (Vgl. Bd. I. No. 170—174.)

1861. Nov. 12. **Verein. Staaten.** Lieutenant Fairfax, Bericht über die Wegnahme der Herrn Mason u. Gen. von Bord des „Trent.“..... No. 189.
- „ „ 16. — Capt. Wilkes v. „San Jacinto“ a. d. Marinemin., desgl. „ 190.
- „ „ 30. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Genugthuungsforderung wegen der Trent-Angelegenheit..... „ 191.

- 1861 Nov. 30. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. an die Gesandten in London, die Trentangelegenheit und andere Differenzpunkte betr. . . . . No. 192.
- „ Dec. 18. **Oesterreich.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, die Trentangelegenheit betr. . . . . „ 201.
- „ „ 19. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, desgl. . . . . „ 193.
- „ „ 25. **Preussen.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, desgl. . . . . „ 203.
- „ „ 26. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. an den grossbritann. Gesandten in Washington, Bewilligung der Auslieferung der an Bord des „Trent“ weggenommenen Personen. „ 194.
- „ „ 27. **Grossbritannien.** Gesandter in Washington an den kön. Min. d. Ausw., Begleitbericht zu der vorstehenden amerikanischen Note. . . . . „ 195.
- „ „ 27. — Ders. an den amerikan. Min. d. Ausw., Empfangsanzeige der Note vom 26. Dec. (194) . . . . . „ 196.
- „ „ 27. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. an den französ. Gesandten in Washington, Antwort auf die französ. Aulassung in der Trentangelegenheit (Bd. I. No. 174). „ 200.
- „ „ 31. **Grossbritannien.** Gesandter in Washington an den kön. Min. d. Ausw., die von den Verein. Staaten zugestandene Herausgabe der an Bord der „Eugenia Smith“ weggenommenen Personen betr. . . . . „ 205.
- „ „ 31. — Ders. an dens., den Fall des „James Campbell“ betr. „ 206.
- „ „ 31. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. a. d. Marinemin., desgl. „ 203.
- „ „ 31. **Grossbritannien.** Gesandter in Washington an den kön. Min. d. Ausw., die Desavouirung der Besidigung blockadebrüchiger brit. Seeleute Seitens des amerikanischen Gouvern. betr. . . . . „ 207.
- „ „ 31. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. a. d. Marinemin., desgl. „ 207.
1862. Jan. 11. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Erklärung der Befriedigung mit der von den Verein. Staaten gewährten Genugthuung in der Trentangelegenheit. . . . . „ 197.
- „ „ 11. — Ders. an dens., Billigung des Verhaltens des Letztern in der Trentangelegenheit. . . . . „ 198.
- „ „ 19. **Verein. Staaten.** Min. d. Ausw. an den österr. Gesandten in Washington, Antwort auf die österr. Dep. vom 18. Decbr. 1861 (No. 201) . . . . . „ 202.
- „ „ 9/31. **Russland.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Beglückwünschung zur Erledigung der Trentangelegenheit. . . . . „ 204.
- „ „ 23. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Erwiederung auf die amerikan. Rechtsausführung in der Trentangelegenheit (194) . . . . . „ 199.
- Handelspolitik.** (Vgl. Bd. I. No. 1—7, 64 u. 65.)
1862. Jan. 27. **Frankreich.** Ber. üb. d. Handelsverhältnisse Frankreichs No. 267.
- „ April 30. **Frankreich und Grossbritannien.** Vertrag zur Regelung der rechtlichen Verhältnisse der beiderseitigen Handelsgesellschaften. . . . . „ 204.
- Jödische Inseln.**
1862. April 29. **Verein. Staaten der Jödischen Inseln.** Protest der gesetzgebenden Versammlung wegen angeblicher Verletzung des Pariser Friedens Seitens des Protectorats. No. 205.

1862. Mai 10.	<b>Grossbritannien.</b> Antwort des Lord High Commissioner auf den vorstehenden Protest. ....	No. 295.
<b>Italienische Frage.</b> (Vgl. Bd. I. No. 8—27, 70—79, 114, 115, 152—155.)		
1861. Juni 11.	<b>Frankreich.</b> Minister d. Ausw. an den Consul in Cagliari, Widerlegung der Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung der Insel Sardinien. ....	No. 210.
" "	18. — Ders. an die diplomat. Vertreter im Auslande, über die Gründe der Anerkennung des Königs von Italien	" 209.
" "	22. — Gesandter in Rom an den kais. Min. d. Ausw., die Ansichten des römischen Hofes über die Ordnung der römischen Frage betr. ....	" 211.
" "	26. — Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in Rom. Widerlegung der Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung der Insel Sardinien. ....	" 210.
" Juli 4.	— Ders. an die diplomat. Vertreter im Auslande, die Aufnahme der französ. Anerkennung des Königs von Italien Seitens der europäischen Cabinete betr. ....	" 212.
" "	6. — Ders. an den Geschäftsträger in Rom, die Auslassungen des Bischofs von Poitiers betr. ....	" 213.
" "	13. — Geschäftsträger in Rom an den Min. d. Ausw., desgl.	" 214.
" "	22. — Min. d. Ausw. an den Geschäftsträger in Turin, die angebl. Grausamkeiten der italien. Truppen in Süditalien betr. ....	" 279.
" "	25. — Geschäftsträger in Turin an den Min. d. Ausw., desgl.	" 280.
" Sept. 10.	<b>Italien.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Paris. Vorschläge zur Ordnung der Verhältnisse des Heil. Stuhls, deren Uebermittlung durch Frankreich gewünscht wird.	" 215.
" "	25. <b>Frankreich.</b> Consularagent in Avezzano a. d. Generalconsul i. Neapel, Bericht üb. d. Räuberwesen i. Süditalien	" 282.
" Oct. 1.	— Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw., Widerlegung der übertreibenden Gerüchte von den Ausschreitungen der Truppen in Süditalien. ....	" 281.
" "	12. — Ders. an dens., den räuberischen Angriff auf die Wohnung eines französ. Consularagenten betr. ....	" 283.
" "	26. — Ders. a. dens., das Umsichgreifen des Räuberwesens betr.	" 284.
" Nov. 9.	— Ders. an dens., die Abnahme des Räuberwesens betr.	" 285.
" "	26. — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Turin, die Gründe der Ablehnung der Uebermittlung des Turiner Projects zur Ordnung der röm. Frage (215) betr. ....	" 216.
" Dec. 14.	— Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw., die Gefangennahme und Hinrichtung des Banditenhüptlings Borgès betr. ....	" 286.
1862. Jan. 3.	<b>Italien.</b> Min. d. Ausw. an die diplomat. Vertreter im Auslande, die jüngsten Verhandlungen des italien. Parlaments und die Zustände des Reichs betr. ....	" 217.
" "	10. <b>Frankreich.</b> Generalconsul in Neapel an den Min. d. Ausw., die Rückkehr ruhigerer Zustände in den neapolitan. Provinzen betr. ....	" 287.
" "	11. — Min. d. Ausw. an den Botschafter in Rom, die Regelung der Verhältnisse des heilig. Stuhls zu Italien betr.	" 218.
" "	14. <b>Grossbritannien.</b> Consul in Neapel an den Min. d. Ausw., den befriedigenden Zustand des Landes betr.	" 288.
" "	18. <b>Frankreich.</b> Botschafter in Rom an den Min. d. Ausw., Bericht über die Ablehnung jeden Vorschlags zur Verständigung mit dem Turiner Cabinet. ....	" 219.

1862. Jan. 18.	<b>Kirchenstaat.</b> Cardinal-Staatssekretär an den kais. franz. Botschafter in Rom, desgl. ....	No. 220.
„ Febr. 4.	<b>Italien.</b> Min. d. Inn. an die Präfecten; Mahnung, die Bevölkerung über die politischen Absichten der Regierung aufzuklären und schädliche Demonstrationen zu verhindern .....	„ 291.
„ „ 22.	<b>Grossbritannien.</b> Gesandter in Turin an den Min. d. Ausw., den drohenden Wiederausbruch von Raubeinfällen in Süditalien betr. ....	„ 289.
„ „ 25.	— Consul in Neapel an dens., das Wiederauftauchen von Räuberbanden in Süditalien betr. ....	„ 290.
„ März 29.	— Gesandter in Turin an dens., desgl. . . . .	„ 289.
„ April 8.	<b>Italien.</b> Min. d. Inn. an die Präfecten, die Politik des neugebildeten Cabinets betr. ....	„ 292.
„ Juni 8.	<b>Kirchenstaat.</b> Adresse der in Rom zur Canonisation der japanesischen Märtyrer versammelten Cardinäle und Bischöfe an den Papst .....	„ 302.
„ „ 9.	— Allocution des Papstes an die oben erwähnten Cardinäle und Bischöfe .....	„ 301.
„ „ 18.	<b>Italien.</b> Adresse der italien. Deputirtenkammer an den König, als Entgegnung auf die Adresse des Clerus an den Papst .....	„ 303.

**Italienisch-spanische Differenzen.**

1861. Nov. 30.	<b>Italien.</b> Min. d. Ausw. an die diplomat. Vertreter im Ausland, den Abbruch der diplomat. Beziehungen zu Spanien aus Anlass des Streites wegen Uebernahme der neapolitan. Consulats-Archive betr. ....	No. 277.
„ Dec. 6.	<b>Spanien</b> Min. d. Ausw. an die diplomat. Vertreter im Ausland, desgl. ....	„ 278.

**Katholische Kirchenverhältnisse.** (Vgl. Bd. I. No. 116.)

1862. März 26.	<b>Kirchenstaat.</b> Allocution des Papstes, gelegentlich der Canonisation der japanes. Martyrer. ....	No. 276.
„ Juni 8.	— Adresse der in Rom zur Canonisation der japanesischen Märtyrer versammelten Cardinäle und Bischöfe an den Papst, nebst Antwort des Letzteren. ....	„ 302.
„ „ 9.	— Allocution d. Papstes a. d. erwähnt. Cardinäle u. Bischöfe	„ 301.
„ „ 18.	<b>Italien.</b> Adresse der italien. Deputirtenkammer an den König, als Entgegnung auf die Adresse des Clerus an den Papst .....	„ 303.

**Kurhessische Verfassungsfrage.** (Vgl. Bd. I, No. 30—34, 159, 160.)

1862. Januar.	<b>Baden.</b> Min. d. Ausw. an die Vertreter bei den deutschen Höfen, die kurhess. Verfassungsangelegenh. betr.	No. 254.
„ Januar.	— Denkschrift desgl. s. ausserordentliche Beilage des Staatsarchivs.	
„ März 8.	<b>Oesterreich</b> und <b>Preussen.</b> Antrag beim Bunde, auf Wiederherstellung der 1830r Verfassung . . . . .	„ 255.
„ „ 27.	<b>Kurhessen.</b> Erklärung am Bunde bezüglich d. österr.-preuss. Antrags. ....	„ 256.
„ „ 27.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Karlsruhe, den österr.-preuss. Antrag betr. ....	„ 304.
„ April 26.	<b>Kurhessen.</b> Verordnung in Betreff der Landtagswahlen	„ 305.
„ Mai 1.	<b>Deutsche Bundesversammlung.</b> Protest der hessischen Ritterschaft. . . . .	„ 306.
„ „ 6.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Wien, Vorschlag zu gemeinsamer Einwirkung in Kassel ...	„ 307.

- |  |   |          |
|--|---|----------|
| 1862. Mai 6.   | <b>Deutsche Bundesversammlung.</b> Proteste hessischer Wahlcorporationen .....  | No. 308. |
| " " 10.  | — Oesterreichisch-preussischer Antrag auf Sistirung des Wahlverfahrens.....   | " 309.   |
| " " 13.  | — Beschluss über den vorerwähnten Antrag.....   | " 310.   |
| " " 16.  | <b>Oesterreich.</b> Gesandter in Kassel an den hess. Min. d. Ausw., das angeordnete Wahlverfahren betr.....   | " 311.   |
| " " 19.  | <b>Deutsche Bundesversammlung.</b> Verwahrung Kurhessens gegen den Beschluss vom 13. Mai.....   | " 312.   |
| " " 18.  | <b>Preussen.</b> Gesandter in Kassel an den hessischen Min. d. Ausw., Genugthuungsforderung wegen der dem General v. Willisen zu Theil gewordenen Aufnahme.....                   | " 313.   |
| " " 19.  | <b>Kurhessen.</b> Min. d. Ausw. an den preuss. Gesandten, Ablehnung der Genugthuungsforderung.....  | " 314.   |
| " " 20.  | <b>Preussen.</b> Gesandter in Kassel an den hess. Min. d. Ausw. Abbruch des diplomatischen Verkehrs.....  | " 315.   |
| " " 22.  | <b>Deutsche Bundesversammlung.</b> Antrag des kurhess. Ausschusses auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831.....   | " 316.   |
| " " 24.  | — Annahme des vorerwähnten Ausschussantrages... ..  | " 317.   |
| " Juni 22.   | <b>Kurhessen.</b> Verordnung zur Wiederherstellung der Verfassung von 1831.....   | " 318.   |
| <b>Mexicanische Verhältnisse.</b> (Vgl. Bd. I. No. 118, 146 u. 147.) |   |          |
| 1861. Nov. 11.   | <b>Frankreich.</b> Min. d. Ausw. an den Contre-Admiral Jurien de la Gravière, allgemeine Instruction über dessen Verhalten der mexicanischen Regierung gegenüber.....             | No. 265. |
| " " 11.  | — Ders. an dens., Uebermittlung der Note über die Beschwerden Frankreichs gegen Mexico.....   | " 266.   |
| " Dec. 4.  | <b>Verein. Staaten.</b> Staatssecretär d. Ausw. an die Gesandten von Spanien, Frankreich und England, Ablehnung des Beitritts zu der gegen Mexico abgeschlossenen Convention..... | " 180.   |
| " " 18.  | <b>Mexico.</b> Proclamation des Präsidenten Juarez.....   | " 264.   |
| " " 29.  | <b>Grossbritannien.</b> Gesandtschaft in Mexico an den Min. d. Ausw., die Stimmung in Mexico betr.....  | " 270.   |
| 1862. Jan. 19.   | — Min. d. Ausw. an den Gesandten in Madrid, Mahnung zum strengen Festhalten am Zwecke der abgeschlossenen Convention.....   | " 267.   |
| " " 24.  | — Gesandter in Paris an den Min. d. Ausw., das Gerücht der Erhebung des Erzherz. Maximilian von Oesterreich zum Könige von Mexico betr.....                                       | " 268.   |
| " " 27.  | — Min. d. Ausw. an die Gesandtschaft in Mexico, die Stellung Englands zu dem Plane mit Erzherz. Maximilian betr.....  | " 269.   |
| " März 3.  | <b>Verein. Staaten.</b> Staatssecr. d. Ausw. an die Gesandten in Paris, London und Madrid, die Einführung einer monarchischen Staatsform in Mexico betr.....                      | " 272.   |
| " April 9.   | <b>Frankreich.</b> Die französ. Bevollmächtigten in Mexico an den mexicanischen General Doblado, Ankündigung der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten.....                        | " 271.   |
| <b>Militäreconventionen.</b> (Vgl. Bd. I. No. 29, 161 u. 162.)       |   |          |
| 1861. Dec. 15.   | <b>Sachsen-Meiningen.</b> Replik des Herzogs an den Herzog von Sachsen-Coburg, die Militäreconvention des Letztern mit Preussen betr.....   | " 179.   |

**Nordamerikanische Krisis.** (Vgl. Bd. I. No. 42—50, 100—113, 156—158, 167—169.)

1862. Feb. 22. **Conföderirte Staaten.** Inauguraladresse des Präsid Jefferson Davis..... No. 274.  
 „ „ 22. — Botschaft dess. an den Senat und das Haus der Abgeordneten..... „ 275.  
 „ März 6 **Verein. Staaten.** Botschaft des Präsidenten Lincoln, betr. Geldunterstützung aus den Mitteln der Union für zur allmählichen Solavenemancipation schreitende Einzelstaaten... „ 278.

**Polnische Frage.** (Vgl. Bd. I. No. 85—99.)

1861. März 26. **Russland.** Kaiserlicher Ukas, die Wiederherstellung des Staatsraths und anderer Institutionen des Königreichs Polen betr..... No. 298.  
 1862 Juni 8. — Kaiserlicher Ukas, die Ernennung des Grossfürsten Konstantin zum Statthalter von Polen betr. .... „ 299.  
 „ „ 8. — Kaiserlicher Ukas, die Competenz des Statthalters und der Civilverwaltung von Polen betr. .... „ 300.

**Preussische Kammerauflösung und Ministerwechsel.**

1862. März 11. **Preussen.** Mittheilung des Min. v d. Heydt, Namens des Staatsministeriums, an das Haus der Abgeordneten, die Auflösung desselben betr..... No. 252.  
 „ „ 19. — Königlicher Erlas an das Staatsministerium, die Wahlen zum Landtage und die Grundsätze des neu gebildeten Cabinets betr..... „ 253.  
 „ Mai 19. — Rede bei Eröffnung beider Häuser des Landtags durch den Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen.. „ 296.  
 „ Juni 7. — Adresse des Abgeordnetenhauses an den König, nebst Antwort des Letztern.. „ 279.

**Seerecht.** (Vgl. Bd. I. No. 44, 45, 48, 49, 53, 55, 57—59, 100—102, 112, 113, 156 und 174.)

1856. April 16. **Pariser Congress.** Declaration über das Seekriegsrecht..... No. 181.  
 1861. Juni 14. **Verein. Staaten.** Gesandter in London an den Staatssecr. d. Ausw., die Verhandlung mit England wegen des Beitritts der Union zu der Seerechtsdeclaration des Pariser Congresses und andere Gegenstände betr.... „ 182.  
 „ Juli 1. — Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in London, Instruction zu den Verhandlungen über Feststellung der Seerechts-Grundsätze..... „ 183.  
 „ August 19. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten d. Verein. Staaten in London, eine von der englischen Regierung beabsichtigte Erklärung bei dem Abschluss einer Convention über den Beitritt der Verein. Staaten zu der Pariser Seerechtsdeclaration betr..... „ 184.  
 „ „ 23 **Verein. Staaten.** Gesandter in London an d. Staatssecr. d. Ausw., Begleitschreiben zu der vorstehenden Note des englischen Cabinets..... „ 185.  
 „ „ 26. **Grossbritannien.** Min. d. Ausw. an den Gesandten der Verein. Staaten in London, Recapitulation der Verhandlungen über den Beitritt der Verein. Staaten zu der Pariser Seerechtsdeclaration..... „ 186.  
 „ Sept. 7. **Verein. Staaten.** Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in London, den Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt zu der Pariser Seerechtsdeclaration betr. .... „ 187.

1861. Sept. 10.	<b>Ver. Staaten.</b> Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in Paris, den Verlauf und Abbruch der Verhandlungen mit dem französ. Cabinet über den Beitritt zur Pariser Seerechtsdeclaration betr.....	No. 188.
„ Nov. 16.	— Capt. Wilkes vom „San Jacinto“ an den Marinemin., die Wegnahme des Hrn. Mason und Gen. von Bord des „Trent“ betr .....	„ 190.
„ „ 30.	— Staatssecr. d. Ausw. an den Gesandten in London, die Trentangelegenheit und andere Differenzpunkte betr. ....	„ 192.
„ Dec. 19.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, eine Unterredung mit dem amerikan. Gesandten in London aus Anlass der vorstehenden Depesche betr.....	„ 193.
„ „ 25.	<b>Preussen.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, die Trentangelegenheit betr.....	„ 203.
„ „ 26.	<b>Verein. Staaten.</b> Staatssecr. d. Ausw. an den grossbrit. Gesandten: in Washington, Bewilligung der Auslieferung der an Bord des „Trent“ weggenommenen Personen. ....	„ 194.
1862. Jan. 9/21.	<b>Russland.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Beglückwünschung zur Erledigung der Trentangelegenheit.....	„ 204.
„ „ 28.	<b>Grossbritannien.</b> Min. d. Ausw. an den Gesandten in Washington, Erwiderung auf die amerikan. Rechtsausführung in der Trentangelegenheit.....	„ 199.
„ „ 31.	— Ders. an die Lords der Admiralität, die Benutzung der engl. Häfen durch Schiffe der Kriegführenden während des gegenwärtigen amerikan. Bürgerkriegs betr .....	„ 208.
„ April 7.	— und <b>Verein. Staaten.</b> Vertrag zur Unterdrückung des Clavenhandels. ....	„ 203.

**Thronreden, Manifeste, Adressen &c.** (Vgl. Bd. I. No. 16, 35, 37, 42, 47, 52, 54, 56, 144, 145, 149—151, 165, 168 u. 169.)

1858. Nov. 8.	<b>Preussen.</b> Ansprache des Prinzregenten an das Staatsministerium, die Grundsätze seiner Regierung betr. ....	No. 253.
1861. Dec. 18.	<b>Mexico.</b> Proclamation des Präsidenten Juarez... ..	„ 264.
1862 Jan. 14.	<b>Preussen.</b> Rede des Königs bei Eröffnung des Landtags .....	„ 178.
„ „ 27.	<b>Frankreich.</b> Rede des Kaisers bei Eröffnung der Gesetzgebenden Körperschaften .....	„ 221.
„ „ 27.	— Exposé über die auswärt. u. commerciellen Verhältnisse des Kaiserreichs.....	{ 222. 257.
„ Febr. 22.	<b>Conföd. Staaten von Amerika.</b> Inauguraladresse des Präsid Jefferson Davis.....	„ 274.
„ „ 22.	— Botschaft dess. an den Senat und das Haus der Abgeordneten.....	„ 275.
„ März 3.	— <b>Verein. Staaten von Amerika.</b> Botschaft des Präsidenten Lincoln betr. Geldunterstützung behufs der Clavenemancipation.....	„ 273.
„ „ 11.	<b>Preussen.</b> Mittheilung des Min. v. d. Heydt, Namens des Staatsministeriums, an das Haus der Abgeordneten, die Auflösung desselben betr.....	„ 252.
„ „ 19.	— Königlicher Erlass an das Staatsministerium, die Wahlen zum Landtage und die Grundsätze des neu gebildeten Cabinets betr. ....	„ 253.
„ „ 26.	<b>Kirchenstaat.</b> Allocution des Papstes bei Gelegenheit der Canonisation der japanes. Martyrer. ....	„ 276.

1862. Mai 19. **Preussen.** Rede bei Eröffnung beider Häuser des Landtags durch den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen . . . . . No. 296.
- „ Juni 7. -- Adresse des Abgeordnetenhauses an den König nebst Antwort des Letztern. . . . . „ 297.
- „ „ 8. **Kirchenstaat.** Adresse der in Rom zur Canonisation der japanesischen Märtyrer versammelten Cardinäle und Bischöfe an den Papst, nebst Antwort des Letzteren. . . . . „ 302.
- „ „ 9. — Allocution des Papstes an die oben erwähnten Cardinäle und Bischöfe. . . . . „ 301.
- „ „ 18. **Italien.** Adresse der italien. Deputirtenkammer an den König, als Entgegnung auf die Adresse des Clerus an den Papst . . . . . „ 303.
- Ungarische Vorfassungs-Angelegenheit, s. ausserordentliche Beilage zum Staatsarchiv.**
- Ville-la-Grand-Vorf. II.** (Vgl. Bd. I, No. 81—84 u. 139.)
- 1862 Febr. 18. **Frankreich.** Gesandter in Bern an den schweizer Bundesraths-Präsidenten, den Schadenersatz für die bei den Vorfällen in Ville-la-Grande Beschädigten betr. No. 262.
- „ „ 24. **Schweiz.** Der Bundesrath an den schweizer Gesandten in Paris, Antwort auf die vorstehende Note und definitive Erledigung der Entschädigungsfrage . . . . . „ 263.



## II. Inhaltsverzeichniss, nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

### Amerika, Vereinigte Staaten von

#### Englisch-Amerikan. Differenzen: (Vgl. Bd. I. No. 171)

1861.	Novbr.	12.	No. 189.
"	"	16.	" 190.
"	"	30.	" 192.
"	Decbr.	26.	" 194.
"	"	27.	" 200.
"	"	31.	" 206.
"	"	31.	" 207.
1862.	Jan.	19.	" 202.

#### Mexicanische Frage:

1861.	Decbr.	4.	No. 180.
1862.	März	3.	" 272.

#### Nordamerikanische Krisis:

(Vgl. Bd. I. No. 42—51, 101—3,  
105—9, 111, 157, 158 u. 169.)

1862.	März	6.	No. 273.
-------	------	----	----------

Aus den s. g. conföderirten Staaten herrührend.

(Vgl. Bd. I, No. 52—56, 167 u. 168.)

1862.	Febr.	22.	No. 274.
"	Februar		" 275

#### Seerecht:

(Vgl. Bd. I. No. 44, 45, 48, 49,  
100—102, 112.)

1856.	April	16.	No. 181.
1861.	Juni	14.	" 182.
"	Juli	1.	" 183.
"	August	23.	" 185.
"	Septbr.	7.	" 187.
"	"	10.	" 188.
"	Novbr.	16.	" 190.
"	"	30.	" 192.
"	Decbr.	26.	" 194.
1862.	April	7.	" 228.

**Die übrigen amerikanischen  
Länder** sind unter ihren besondern  
Bezeichnungen aufgeführt.

### Baden.

#### Kurhessische Verfassung:

(Vgl. Bd. I, No. 34 u. 160.)

1862.	Januar	No. 254.
-------	--------	----------

(S. auch die bad. Denkschrift, ausserordent-  
liche Beilage des Staatsarchivs, und  
vergl. Deutscher Bund.)

#### Verfassung Deutschlands:

1862.	Januar 28.	No. 223.
-------	------------	----------

### Bayern.

#### Verfassung Deutschlands:

1862.	Februar 2.	No. 229.
-------	------------	----------

### Dänemark.

#### Dänisch-deutsche Frage:

(Vgl. Bd. I. No. 60 u. 61.)

1851.	August 9.	No. 235.
1860.	Mai 16.	" 244.
"	Juni 10.	" 246.
1861.	Octbr. 26.	" 236.
"	Decbr. 26.	" 233.
1862.	Januar 27.	" 241.
"	März 12.	" 242.
"	" 19.	" 248.

### Deutscher Bund.

#### Dänisch-deutsche Frage.

(Vgl. Bd. I. No. 68.)

1862.	März 13.	No. 243.
"	" 21.	" 249.
"	" 27.	" 250.

#### Kurhessische Verfassung:

(Vgl. Bd. I. No. 34, 159 u. 160)

1862.	März 8.	No. 255.
"	" 27.	" 256.
"	Mai 1.	" 306.
"	" 8.	" 308.
"	" 10.	" 309.
"	" 13.	" 310.
"	" 19.	" 312.
"	" 22.	" 316.
"	" 24.	" 317.

**Die einzelnen deutschen Staaten sind besonders aufgeführt.**

**Frankreich.**

**Dappenthal-Angelegenheit.**

1861. Novbr. 8. No. 259.

**Handelspolitik:**

(Vgl. Bd. I. No. 1—4, 64 u. 65.)

1862. Januar 27. No. 257.

„ April 30. „ 294.

**Italienische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 13 u. 16.)

1861. Juni 18. No. 209.

„ „ 22. „ 211.

„ „ 26. „ 210.

„ Juli 4. „ 212.

„ „ 6. „ 213.

„ „ 13. „ 214.

„ „ 22. „ 279.

„ „ 25. „ 280.

„ Septbr. 25. „ 282.

„ Octbr. 1. „ 281.

„ „ 12. „ 283.

„ „ 26. „ 284.

„ Novbr. 9. „ 285.

„ „ 26. „ 216.

„ Decbr. 14. „ 286.

1862. Januar 10. „ 287.

„ „ 11. „ 218.

„ „ 18. „ 219.

**Mexicanische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 147.)

1861. Novbr. 11. No. 265.

„ „ 11. „ 266.

1862. April 9. „ 271.

**Seerecht:**

(Vgl. Bd. I, No. 58, 113 u. 174.)

1856. April 16. No. 181.

**Thronreden, Manifeste, Adressen &c.**

1862. Januar 27. No. 221.

„ „ 27. „ 222.

„ „ 27. „ 257.

**Ville-la-Grand-Vorfall:**

(Vgl. Bd. I, No. 82.)

1862. Febr. 18. No. 262.

**Grossbritannien.**

**Englisch-Amerikan. Differenzen:**

(Vgl. Bd. I, No. 170, 172 u. 173.)

1861. Novbr. 30. No. 191.

„ Decbr. 19. „ 193.

„ „ 27. „ 195.

„ „ 27. „ 196.

„ „ 31. „ 205.

**Grossbritannien.**

**Englisch-Amerikan. Differenzen:**

1861. Decbr. 31. „ 206.

„ „ 31. „ 207.

1862. Januar 11. „ 197.

„ „ 11. „ 198.

„ „ 23. „ 199.

**Handelspolitik:**

1862. April 30. No. 294.

**Jonische Inseln:**

1862. Mai 10. No. 295.

**Italienische Frage:**

(Vgl. Bd. I, No. 10 u. 11.)

1862. Januar 14. No. 288.

„ Febr. 22. „ 289.

„ „ 25. „ 290.

„ März 29. „ 289.

**Mexikanische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 118 u. 147.)

1861. Decbr. 29. No. 270.

1862. Januar 19. „ 267.

„ „ 24. „ 268.

„ „ 27. „ 269.

**Seerecht:**

(Vgl. Bd. I. No. 57 u. 156.)

1856. April 16. No. 181.

1861. August 19. „ 184.

„ „ 23. „ 186.

„ Decbr. 19. „ 193.

1862. Januar 23. „ 199.

„ „ 31. „ 206.

„ April 7. „ 293.

**Hannover.**

**Verfassung Deutschlands:**

1862. Febr. 2. No. 229.

**Hessen (Grossherzogthum).**

**Verfassung Deutschlands:**

1862. Febr. 2. No. 229.

**Jonische Inseln, Vereinigte Staaten der**

1862. April 29. No. 295.

**Italien (Sardinien).**

**Italienische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 8, 9, 14, 25, 27,

72, 75, 76, 78, 79, 115 u. 152.)

1861. Septbr. 10. No. 215.

1862. Januar 3. „ 217.

„ Febr. 4. „ 291.

„ April 8. „ 292.

„ Juni 18. „ 303.

**Italienisch-spanische Differenzen:**

1861. Novbr. 30. No. 277.

**Seerecht:**

1856. April 16. No. 181.

**Kirchenstaat.****Allocutionen:**

(Vgl. Bd. I. No. 116.)

1862.	März	26.	No. 276.
"	Juni	8.	" 302.
"	"	9.	" 301.

**Italienische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 18, 22, 78.)

1862.	Januar	18.	No. 220.
-------	--------	-----	----------

**Katholische Kirchenverhältnisse:**

(Vgl. Bd. I. No. 116.)

1862.	März	26.	No. 276.
"	Juni	8.	" 302.
"	"	9.	" 301.

**Kurhessen.****Kurhessische Verfassung:**

(Vgl. Bd. I. No. 159.)

1862.	März	27.	No. 256.
"	April	26.	" 305.
"	Mai	19.	" 314.
"	Juni	22.	" 318.

(s. auch deutscher Bund.)

**Mecklenburg.****Verfassung Deutschlands:**

1862.	Februar	8.	No. 234.
-------	---------	----	----------

**Meinungen.****Militairconventionen:**

(Vgl. Bd. I. No. 161.)

1861.	Decbr.	15.	No. 179.
-------	--------	-----	----------

**Mexico.****Mexicanische Verhältnisse:**

(Vgl. Bd. I. No. 146.)

1861.	Decbr.	18.	No. 264.
-------	--------	-----	----------

**Nassau.****Verfassung Deutschlands:**

1862.	Febr.	2.	No. 229.
-------	-------	----	----------

**Oesterreich.****Dänisch-deutsche Frage:**

1862.	Febr.	8.	No. 239.
"	"	14.	" 240.

**Englisch-amerikan. Differenzen:**

1861.	Decbr.	18.	No. 201.
-------	--------	-----	----------

**Kurhessische Verfassung:**

(Vgl. Bd. I. No. 30 u. 32.)

1862.	März	8.	No. 255.
"	Mai	16.	" 311.

(s. auch deutscher Bund.)

**Seerecht:**

1856.	April	16.	No. 181.
-------	-------	-----	----------

**Verfassung Deutschlands:**

1861.	Novbr.	5.	No. 223.
1862.	Febr.	2.	" 229.

**Pariser Congress.****Seerecht:**

1856.	April	16.	No. 181.
-------	-------	-----	----------

**Preussen.****Dänisch-deutsche Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 62.)

1860.	Mai	29.	No. 245.
"	Juni	29.	" 247.
1861.	Decbr.	5.	" 237.
1862.	Febr.	8.	" 239.
"	"	14.	" 240.

**Englisch-amerikan. Differenzen:**

1861.	Decbr.	25.	No. 203.
-------	--------	-----	----------

**Kammerauflösung und Ministerwechsel:**

1862.	März	11.	No. 252.
"	"	19.	" 253.
"	Mai	19.	" 296.
"	Juni	17.	" 297.

**Kurhessische Verfassung:**

(Vgl. Bd. I. No. 31, 33 u. 160.)

1862.	März	8.	No. 255.
"	"	27.	" 304.
"	Mai	6.	" 307.
"	"	18.	" 313.
"	"	20.	" 315.

(s. auch deutscher Bund.)

**Seerecht:**

(Vgl. Bd. I. No. 59, 112.)

1856.	April	16.	No. 181.
1861.	Decbr.	25.	" 203.

**Thronreden, Manifeste, Adressen etc.:**

(Vgl. Bd. I. No. 35.)

1858.	Novbr.	8.	No. 253.
1862.	Januar	14.	" 178.
"	März	11.	" 252.
"	"	19.	" 253.
"	Mai	19.	" 296.
"	Juni	7.	" 297.

**Verfassung Deutschlands:**

1861.	Decbr.	20.	No. 177.
1862.	Febr.	2.	" 231.
"	"	14.	" 232.
"	"	14.	" 233.
"	"	21.	" 251.

**Russland.****Englisch-amerikan. Differenzen:**

1862.	Januar	9/21.	No. 204.
-------	--------	-------	----------

**Polnische Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 91)

1861.	März	26.	No. 298.
"	Juni	8.	" 299.
"	"	8.	" 300.

**Russland.****Seerecht.**

1856.	April	16.	No. 181.
1862.	Januar	9/21.	" 204.

**Sachsen (Königreich).****Verfassung Deutschlands:**

(Vgl. Bd. I. No. 164.)

1861.	Octbr.	15.	No. 175.
"	Novbr	10.	" 224.
"	"	12.	" 225.
"	"	20.	" 176.
"	"	22.	" 226.
1862.	Januar	11.	" 227.
"	Febr.	2.	" 230.

**Sardinien u. Italien.****Schweiz.****Dappenthal-Frage:**

(Vgl. Bd. I. No. 140 u. 141.)

1861.	Octbr.	31.	No. 258.
-------	--------	-----	----------

**Schweiz.****Dappenthal-Frage:**

1861.	Novbr.	23.	" 260.
1862.	Januar	29.	" 261.

**Ville-la-Grand-Vorfall:**

(Vgl. Bd. I. No. 81, 83, 84 u. 139.)

1862.	Februar	24.	No. 263.
-------	---------	-----	----------

**Spanien.****Italienisch-spanische Differenzen:**

1861.	Decbr.	6.	No. 278.
-------	--------	----	----------

**Türkei.****Seerecht:**

1856.	April	16.	No. 181.
-------	-------	-----	----------

**Vereinigte Staaten u. Amerika.****Württemberg.****Verfassung Deutschlands:**

1862.	Februar	2.	No. 229.
-------	---------	----	----------

SEP 9 1919